

Monatsbericht – Mai 2025

77. Jahrgang, Nr. 5

Dies ist ein automatisch erzeugtes Dokument.
Die veröffentlichte Fassung finden Sie auf publikationen.bundesbank.de.

Inhaltsverzeichnis

Überblick	5
1 Weltwirtschaft	6
2 Finanzmarktumfeld	8
3 Geldpolitik und Bankgeschäft	10
4 Deutsche Wirtschaft	12
5 Staatsfinanzen	17
Internationales und europäisches Umfeld	21
1 Weltwirtschaft im Zollsturm	22
Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhöhter Unsicherheit	27
Zu den möglichen Auswirkungen der aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China	37
2 Temporäre Wachstumsverstärkung im Euroraum	48
Nutzung von künstlicher Intelligenz im europäischen Ländervergleich	50
Literaturverzeichnis	61
Geldpolitik und Bankgeschäft	64
1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung	65
2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet	68
3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden	75
Literaturverzeichnis	83
Finanzmärkte	84

1 Finanzmarktumfeld	85
2 Wechselkurse	87
3 Wertpapiermärkte	91
Streubesitz von Staatsanleihen gestiegen	100
Literaturverzeichnis	107
Konjunktur in Deutschland	108
1 Deutsche Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn gestiegen	109
2 Insbesondere die Warenexporte, aber wohl auch die Investitionen und der private Konsum erhöhten sich	111
3 Arbeitsmarkt zum Jahresstart mit wenig Bewegung	113
Aktuelle Entwicklungen bei der Arbeitskräftehortung in Deutschland	117
4 Löhne stiegen zuletzt deutlich schwächer	121
5 Die Inflationsrate stieg im ersten Vierteljahr erneut leicht an	124
Die jüngere Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland ..	127
6 Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren	131
Literaturverzeichnis	139
Öffentliche Finanzen	141
1 Staatlicher GesamthaushaltDieser Abschnitt bezieht sich auf Daten der VGR und die Maastricht-Schulden. Danach wird über die Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik) in den Bereichen berichtet, für die Ergebnisse für das erste Quartal 2025 vorliegen.	142
EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden	149
2 Gebietskörperschaften	154

Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten	165
3 Sozialversicherung	179
Literaturverzeichnis	184

Überblick

1 Weltwirtschaft

1.1 Weltwirtschaft im Zollsturm

Die Weltwirtschaft war zu Jahresbeginn 2025 noch in solider Verfassung.

Vorzieheffekte in Erwartung zusätzlicher US-Zölle scheinen den Welthandel und die globale Industrieproduktion sogar vorübergehend stimuliert zu haben. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaftsleistung im Euroraum im abgelaufenen Quartal merklich zulegte. In China blieb das Wachstumstempo vorerst solide. In den USA sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Umfeld des sprunghaften Anstiegs der Einfuhren zwar leicht, andere Indikatoren zeigten aber noch keine maßgebliche Beeinträchtigung der Konjunktur an.

Ab dem Frühjahr dürfte der protektionistische Schwenk der US-Handelspolitik zunehmend auf der Weltwirtschaft lasten. Die handelspolitische Unsicherheit war bereits seit der Wahl des neuen US-Präsidenten erheblich angestiegen. Anfang 2025 hatte die neue US-Regierung dann begonnen, erste Zusatzzölle auf Einfuhren aus verschiedenen Ländern zu erheben. Weitere Zollerhebungen folgten. Zum Teil kam es zu Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner. Teils wurden die Zollerhebungen später wieder zurückgenommen. Im Handel zwischen den USA und China waren die gegenseitigen Zollsätze vorübergehend prohibitiv hoch. Zuletzt war der durchschnittliche Effektivzollsatz der USA gegenüber allen Handelspartnern um mehr als 13 Prozentpunkte höher als zum Jahresbeginn und damit auf dem höchsten Stand seit den 1930er Jahren.¹⁾ Vielen Handelspartnern der USA drohen ab Juli weitere Zollerhebungen, sofern Verhandlungen über eine Neugestaltung der bilateralen Handelsbeziehungen scheitern. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die neuen Zölle und die anhaltende handelspolitische Unsicherheit die Weltwirtschaft zunehmend belasten. Gemäß Unternehmensumfragen trübten sich die Geschäftserwartungen nicht nur im Verarbeitenden Gewerbe, sondern auch im Dienstleistungsbereich in den letzten Monaten deutlich ein.

1 Dieser Teil des Berichts wurde am 20. Mai 2025 um 11:00 Uhr abgeschlossen.

1.2 Disinflation schreitet voran, in einzelnen Ländern Risiken aufgrund der Zölle

Angesichts der eingetrübten Nachfrageaussichten gaben die Rohstoffpreise auf breiter Front nach. Dies gilt insbesondere für die Energierohstoffpreise. Ein Fass der Sorte Brent kostete zum Abschluss dieses Berichts 66 US-\$ und damit rund 13 % weniger als noch im Februar. Neben dem verschlechterten weltwirtschaftlichen Ausblick trug dazu die Entscheidung einiger OPEC-Staaten bei, ihre Ölförderung stark auszuweiten. Die europäischen Gaspreise sanken ebenfalls merklich. Auch die Preise für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe ermäßigten sich zuletzt etwas.

Der globale Disinflationsprozess schreitet voran, in den USA dürften die Zollanhebungen jedoch weiteren Fortschritten entgegenstehen. Unter dem Einfluss der gesunkenen Energiepreise schwächte sich der Verbraucherpreisanstieg in den Industrieländern bis April auf 2,4 % im Vorjahresvergleich ab. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kernrate gab leicht auf 2,8 % nach. Perspektivisch dürften die massiven Zollanhebungen der USA die dortigen Verbraucherpreise in die Höhe treiben. In anderen Industrieländern sollten die niedrigen Rohstoffpreise und die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar den weiteren Disinflationsprozess in den nächsten Monaten eher unterstützen.

2 Finanzmarktumfeld

2.1 Unruhe an den Finanzmärkten durch die US-Politik

Die internationalen Finanzmärkte wurden ebenfalls stark von den politischen Entwicklungen in den USA beeinflusst. So lösten die US-Zollankündigungen Anfang April gravierende Finanzmarktreaktionen aus, die wohl auch zeigten, dass zumindest vorübergehend das Vertrauen in den "Safe haven"-Status der US-Währung beschädigt war. Zum Teil vermuteten die Marktteilnehmer hinter diesem Politikvorstoß auch einen weiter gefassten wirtschaftspolitischen Versuch, das US-Handelsbilanzdefizit über einen schwächeren US-Dollar zu verringern. Diese Wahrnehmung wurde dadurch verstärkt, dass der US-Präsident wiederholt Vertreter der US-Notenbank öffentlich und teils scharf kritisierte. Marktteilnehmer rechneten aus all diesen Gründen mit beträchtlichen Wachstums- und Anlagerisiken für die US-Wirtschaft. Die aufkommenden Sorgen führten zu einer äußerst ungewöhnlichen Finanzmarktreaktion: Der US-Dollar geriet auf breiter Basis unter merklichen Abwertungsdruck. Gleichzeitig brach der Risikoappetit der Investoren ein, was zu kräftigen Verlusten am Aktienmarkt bei hoher Finanzmarktvolatilität führte, und die Kurse von US-Staatsanleihen gaben spürbar nach. Die Reaktion wich damit qualitativ von den sonst üblichen "Safe haven"-Bewegungen unter Finanzmarktstress ab, bei denen der US-Dollar aufwertet und US-Treasuries an Wert gewinnen.

2.2 Hohe Unsicherheit an den Märkten für Staatsanleihen

Die internationalen Staatsanleiherenditen entwickelten sich bei hoher Unsicherheit uneinheitlich. Zu Beginn des ersten Quartals 2025 dominierte die Sorge der Marktteilnehmer vor einer weiteren deutlichen Konjunkturabkühlung. Die Zollankündigungen der US-Regierung verstärkten diese Entwicklungen, stoppten den vorangegangenen Rückgang der US-Renditen aber abrupt und sorgten für einen sprunghaft steigenden US-Renditevorsprung gegenüber Bundeswertpapieren. Hierzu trug bei, dass die Bundesanleiherenditen deutlich fielen, da sie von den Anlegern als

sicherer Hafen betrachtet wurden. Über den gesamten Berichtszeitraum betrachtet standen dem aber die Einflüsse der hohen geplanten Fiskalausgaben für Verteidigung und Infrastruktur in Deutschland und im Rest des Euroraums gegenüber, die für sich genommen aus Sicht der Marktteilnehmer mit mittelfristigen Wachstumsimpulsen einhergehen und dadurch vor allem das Bild höherer längerfristiger Realzinsen stützten. Auch der erwartete zunehmende Streubesitz von Bundesanleihen angesichts des erwarteten Emissionsvolumens trug zu dem Renditeanstieg bei.

2.3 Zeitweise starke Kurseinbrüche an den Aktienmärkten

Durch die US-Politik nahm der Risikoappetit unter den Marktteilnehmern zeitweise markant ab. Der Markt für riskante Finanzmarktanlagen geriet damit massiv unter Druck. So kam es mit den Zollankündigungen zu kräftigen Aktienkursverlusten, zunehmenden Renditeaufschlägen bei Unternehmensanleihen und einem außergewöhnlich starken Anstieg der impliziten Aktienmarktvolatilitäten. Die Ankündigung der US-Regierung, eine Vielzahl von Zöllen temporär auszusetzen, führte dann aber wieder zu einer Gegenbewegung und trug zu kräftigen Kursgewinnen bei, die die vorangegangenen Verluste mehr als wettmachten. Das Potenzial für Abwärtskorrekturen bei weiteren Volten der US-Wirtschaftspolitik bleibt weiter beachtlich. Bei vergleichsweise günstigen Gewinnaussichten europäischer Unternehmen lastete die mit der US-Zollpolitik weiterhin verbundene Unsicherheit vor allem auf den US-Gewinnerwartungen. Insgesamt legten die US-amerikanischen Aktienkurse leicht zu, während europäische Aktien kräftige Kursgewinne verzeichneten.

3 Geldpolitik und Bankgeschäft

3.1 EZB-Rat senkt Leitzinsen zwei weitere Male ab

Auf seinen geldpolitischen Sitzungen im März und April 2025 beschloss der EZB-Rat zwei weitere Zinssenkungen. Der Zinssatz für die Einlagefazilität, mit dem der EZB-Rat den geldpolitischen Kurs steuert, notiert nun bei 2,25 %. Der EZB-Rat begründete die Zinssenkungen vor allem mit dem gut voranschreitenden Disinflationsprozess: Die Inflation hat sich im Wesentlichen im Einklang mit den im März neu erstellten Projektionen entwickelt. Der EZB-Rat betonte in seiner Kommunikation die außergewöhnlich hohe Unsicherheit, die derzeit von den internationalen Spannungen und ihren möglichen Folgen für den Euroraum ausgeht. Insbesondere in einer solchen Situation wird die weitere Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses von der Datenlage abhängen und weiterhin von Sitzung zu Sitzung erfolgen.

3.2 Kreditvergabe im Euroraum erholte sich weiter

Der Anstieg des breit gefassten Geldmengenaggregats M3 setzte sich im ersten Quartal 2025 fort; die Kreditvergabe erholte sich weiter. Die monetäre Dynamik stabilisierte sich zunehmend; die Jahreswachstumsrate von M3 lag Ende März bei 3,6 %. Der Zuwachs zu M3 stammte insbesondere aus Zuflüssen zu täglich fälligen Einlagen, während die übrigen kurzfristigen Einlagen erneut rückläufig waren. Ursächlich hierfür waren die fortgesetzten Leitzinssenkungen, die den Renditevorteil kurzfristiger Termineinlagen inzwischen erkennbar reduziert haben. Auf der Entstehungsseite bildete die Kreditvergabe der Banken an heimische Nichtbanken den mit Abstand bedeutendsten Gegenposten zum Geldmengenwachstum. Ausschlaggebend dafür war die Kreditvergabe an private Haushalte. Aber auch die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen legten weiter zu. Der Fortgang dieser Erholung dürfte nicht zuletzt vom Ausgang der aktuellen Handelskonflikte und ihren Folgen für die einzelnen Mitgliedsländer abhängen.

3.3 Kreditgeschäft deutscher Banken mit Zuwachs

Das Buchkreditgeschäft deutscher Banken mit dem inländischen nichtfinanziellen Privatsektor wuchs im ersten Quartal spürbar. Die Vergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte setzte ihre seit Sommer 2024 beobachtete Erholung fort. Eine optimistischere Einschätzung der privaten Haushalte zu den Aussichten am Wohnimmobilienmarkt sowie der Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus förderten in diesem Segment die Kreditnachfrage. Das Kreditgeschäft mit dem nichtfinanziellen Unternehmenssektor blieb dagegen erneut ohne nennenswerten Impuls. Die verhaltene Nachfrage deutscher Unternehmen nach Bankkrediten spiegelt vor allem den unsicheren Wirtschaftsausblick wider. Hierzu passt, dass die Banken laut BLS ihre Kreditrichtlinien im ersten Quartal 2024 erneut – wenngleich marginal – strafften und dies mit den ihrer Ansicht nach gestiegenen Kreditrisiken begründeten.

4 Deutsche Wirtschaft

4.1 Deutsche Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn gestiegen

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland erhöhte sich im ersten Quartal 2025 etwas. Laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale BIP saisonbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal, in dem es in gleicher Größenordnung gesunken war. Die Produktion sowohl in der Industrie als auch im Bau legte im ersten Quartal zu. Zu dem Anstieg der Industrieproduktion dürften neben einer insgesamt etwas verbesserten Auftragslage auch Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Anhebungen von Zöllen seitens der US-Regierung beigetragen haben. Die Warenexporte legten aufgrund dieser Effekte ebenfalls deutlich zu. Auch die privaten Konsumausgaben trugen zum Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität bei. Sie profitierten noch von den im vergangenen Jahr kräftig gestiegenen Löhnen. Sowohl die höhere Produktion in der Industrie als auch der gestiegene private Konsum dürften die Dienstleister gestützt haben. Trotz des Gegenwinds durch eine hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit und eine niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie sind die Ausrüstungsinvestitionen wohl gestiegen.

4.2 Arbeitsmarkt zum Jahresstart mit wenig Bewegung, Lohnanstieg deutlich abgeschwächt

Der Arbeitsmarkt änderte sich im ersten Quartal kaum. Nachdem sich der Beschäftigungsstand bereits im Herbst seitwärts bewegt hatte, blieb die gesamte Erwerbstätigkeit auch im Berichtsquartal gegenüber dem Vorquartal unverändert. Dabei glichen wie bereits zuvor die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungen den Rückgang im Produzierenden Gewerbe aus. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich moderat. Die Aussichten bleiben gedämpft.

Die Tarifverdienste stiegen im ersten Quartal erheblich schwächer als im Vorquartal.

Einschließlich der Nebenvereinbarungen erhöhten sie sich um lediglich 0,9 % gegenüber dem Vorjahr, nach 5,8 % im vierten Quartal 2024. Ausschlaggebend für den niedrigeren Lohnanstieg waren vor allem negative Basiseffekte aus den hohen Inflationsausgleichsprämien im ersten Quartal 2024, die dieses Jahr wegfallen. Werden ausschließlich die Grundvergütungen betrachtet, nahmen die Tarifverdienste im ersten Quartal mit 6,7 % gegenüber dem Vorjahr dagegen ähnlich stark zu wie im vierten Quartal 2024. Die Effektivverdienste stiegen im ersten Quartal voraussichtlich deutlich stärker als die Tarifverdienste.

Die jüngsten Tarifabschlüsse fielen überwiegend niedriger aus als zuvor. Auch die Lohnforderungen gehen allmählich zurück. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwächephase, der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und gesunkener Inflationsraten wird es wohl weiterhin spürbar niedrigere Abschlüsse geben als in den vergangenen zwei Jahren. Die unabhängige Mindestlohnkommission wird bis Ende Juni eine Empfehlung zur Anpassung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns an die Bundesregierung geben. Die Mindestlohnkommission soll frei und unabhängig abwägen, wie sie ihren gesetzlichen Spielraum nutzt. Käme es, wie teilweise von politischer Seite gefordert und laut Koalitionsvertrag als im Jahr 2026 erreichbar dargestellt, zu einer raschen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 € je Stunde, hätte dies voraussichtlich deutliche Auswirkungen auf die Tarifverdienste in Handwerk, Bau und arbeitsintensiven Dienstleistungen. Hier würden dann die unteren Lohngruppen wohl spürbar angehoben.

4.3 Die Inflationsrate stieg im ersten Vierteljahr erneut leicht an

Der Preisauftrieb verstärkte sich im ersten Quartal 2025 etwas. Gegenüber dem Vorquartal stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) saisonbereinigt um 0,7 %, nach 0,5 % im Schlussquartal 2024. Das lag vor allem an den Dienstleistungen. Außerdem stiegen die Energiepreise im Durchschnitt des ersten Quartals wieder an, nachdem sie in den zwei vorangegangenen Quartalen noch gefallen waren. Sowohl Industriegüter ohne Energie als auch Nahrungsmittel verteuerten sich zum Jahresstart dagegen nur moderat und deutlich weniger kräftig als noch im Schlussvierteljahr 2024. In der Vorjahresbetrachtung stieg die Inflationsrate im ersten Quartal 2025 erneut leicht (auf 2,6 %). Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel) verharrte dagegen bei 3,2 %.

Im April zogen die Preise insgesamt moderat an. Die Inflationsrate sank leicht von 2,3 % im März auf 2,2 %. Die Kernrate stieg aufgrund der dynamischen Dienstleistungspreise dagegen kräftig von 2,8 % auf 3,1 % an. Auch nach anderen Maßen ist die zugrunde liegende Inflation weiterhin erhöht, verlor aber seit der Hochinflationsphase merklich an Dynamik.

Der Inflationsausblick ist aktuell besonders unsicher; aus gegenwärtiger Sicht dürfte die Inflationsrate in den kommenden Monaten um 2 % schwanken. Die immer noch kräftige Verteuerung der Dienstleistungen sollte allmählich nachlassen. Darüber hinaus dürften die gesunkenen Energiepreise die Inflationsrate dämpfen. Von den im Koalitionsvertrag angekündigten staatlichen Maßnahmen mit direkter Preiswirkung geht weiterer Abwärtsdruck auf die Energiepreise aus (zum Beispiel Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte). Allerdings ist noch unklar, wann die Maßnahmen umgesetzt werden. Dann könnte die Inflationsrate in Deutschland für eine Weile unter 2 % fallen.

4.4 Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren

Im zweiten Quartal könnte die deutsche Wirtschaft in etwa auf der Stelle treten. Vielfältige Belastungsfaktoren bestehen fort, und mit der verschärften Zollpolitik der US-Regierung kommt zusätzlicher Gegenwind hinzu. Dieser trifft insbesondere die Exportwirtschaft, die ohnehin mit einer schwierigen Wettbewerbsposition und schwacher Nachfrage zu kämpfen hat. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen befindet sich nämlich nach wie vor auf schwachem Niveau. Die Handelspolitik der US-Regierung belastet den Exportausblick nicht nur durch die verhängten oder angedrohten Zölle, sondern auch durch die mit den Finanzmarktreaktionen einhergegangene kräftige Aufwertung des Euro. Kurzfristig könnten zwar drohende noch höhere Zölle weitere Vorzieheffekte zur Folge haben. Grundsätzlich führen vorgezogene Produktion oder Exporte jedoch früher oder später zu einem entsprechenden Rückpralleffekt. Solche Belastungen könnten durchaus schon im laufenden Quartal auftreten. Die mit dem Zollkonflikt verbundene Unsicherheit beeinträchtigt zusätzlich die Planungssicherheit und damit die Investitionsneigung der Unternehmen. Letztere wird zudem durch die immer noch niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie geschwächt. Die Bremswirkung der zuvor erhöhten Finanzierungskosten auf die Investitionen dürfte zwar allmählich auslaufen, die Banken verschärften aber angesichts der unsicheren

makroökonomischen Lage ihre Vergaberichtlinien für Unternehmenskredite im ersten Quartal noch einmal marginal. Die Bauinvestitionen könnten in etwa stagnieren. Denn die Nachfrage nach Bauleistungen ist noch nicht so gefestigt, dass schon kurzfristig Impulse zu erwarten sind. Etwas Auftrieb könnte erneut vom privaten Konsum ausgehen. Von den Arbeitseinkommen sind zwar kurzfristig keine Impulse zu erwarten, aber die Verbraucherstimmung hellte sich gemäß Umfragen von GfK im April auf.

4.5 Maßnahmen des Koalitionsvertrags entfalten wohl erst ab 2026 spürbare Wachstumsimpulse

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen dürften in den kommenden Jahren konjunkturstützend wirken. Bis neue Infrastrukturprojekte im Bauwesen zusätzliche Aufträge generieren, sind allerdings zunächst Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren zu durchlaufen. Selbst wenn diese deutlich beschleunigt werden sollen, sind spürbare Impulse für die Bauproduktion wohl frühestens ab dem kommenden Jahr zu erwarten. Dabei hängt ihre Stärke auch von den verfügbaren Produktionskapazitäten ab. Die geplanten beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten dürften die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen stärken. Höhere Verteidigungsausgaben schlagen sich nach dem nötigen administrativen Vorlauf in höheren staatlichen Investitions- und Konsumausgaben nieder. Die höhere Nachfrage dürfte zwar teilweise durch höhere Importe Anbietern aus dem Ausland zugutekommen, letztlich dürften aber nicht zuletzt inländische Hersteller von Rüstungsgütern davon profitieren. Die angelegte höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage könnte mittelfristig zu etwas höheren Inflationsraten führen. Allerdings sind im Koalitionsvertrag auch einige fiskalische Maßnahmen enthalten, die vorübergehend die Inflation unmittelbar dämpfen, insbesondere bei Energie. Die konkreten makroökonomischen Effekte der expansiveren Fiskalpolitik werden im Rahmen der neuen Deutschland-Prognose genauer abgeschätzt. Diese wird im Juni veröffentlicht.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält einige angebotsseitige Vorhaben, die das langfristige Wachstum der deutschen Volkswirtschaft stärken können. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung des Umfelds für Unternehmensinvestitionen. Hierzu zählen die Vorhaben zum Bürokratieabbau, zur Modernisierung der staatlichen Verwaltung und Digitalisierung ebenso wie die geplanten steuerlichen Investitionsanreize. Auch Maßnahmen zur Steigerung der Innovationstätigkeit, wie ein besserer Wagniskapitalzugang für junge Unternehmen, können einen Beitrag leisten. Bei vielen Vorhaben wird die Wachstumswirkung maßgeblich von der konkreten Umsetzung abhängen. Bei der Energiewende steht ein schlüssiges Gesamtkonzept noch aus. Mit effizienzsteigernden Maßnahmen und marktbasierten Mechanismen können die Kosten der Energiewende begrenzt werden. Die Pläne der neuen Regierung zielen zum Teil in diese Richtung. Das Arbeitsangebot wird zwar durch einzelne Maßnahmen gestärkt. So dürfte die geplante Bürgergeldreform die Suchanreize arbeitsloser Personen und dadurch das Arbeitsangebot steigern. Die Maßnahmen zur Stärkung der Fachkräftezuwanderung überzeugen hingegen nur teilweise. Zudem hätten an etlichen Stellen inländische Reserven beim Arbeitsangebot stärker genutzt werden können.

5 Staatsfinanzen

5.1 Expansive Finanzpolitik lässt staatliche Defizit- und Schuldenquote künftig deutlich steigen

Die deutsche Finanzpolitik ändert ihren Kurs: Defizit- und Schuldenquote dürften in den nächsten Jahren deutlich steigen. Der Gesetzgeber hat die Schuldenbremse gelockert und die staatlichen Kreditspielräume damit umfangreich erweitert. Gemäß Koalitionsvertrag wird die Finanzpolitik die erweiterten Spielräume nutzen. Zu erwarten sind derzeit erhebliche Mehrausgaben für Verteidigung und staatliche Infrastruktur, aber auch für Subventionen und Renten. Hinzu kommt der demografisch bedingte Ausgabendruck. Alles in allem könnte die strukturelle Ausgabenquote in den kommenden Jahren deutlich über 50 % steigen. Einnahmenseitig sind höhere Beitragssätze zur Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung angelegt, weil deren Ausgaben dynamisch wachsen. Die Abgabenquote dürfte daher trotz der angekündigten Steuerentlastungen zunehmen. Alles in allem könnte die gesamtstaatliche Defizitquote im Jahr 2027 eine Größenordnung von 4 % erreichen. Im laufenden Jahr könnte die Defizitquote aber zunächst noch etwas sinken (von 2,8 % im Vorjahr): Die Steuereinnahmen wachsen merklich, die Sozialbeitragssätze steigen kräftig, und die fiskalische Neuausrichtung schlägt sich wegen des nötigen Vorlaufs wohl noch kaum nieder.

5.2 Mit anstehenden Gesetzesänderungen verlässliche Leitplanken vereinbaren

Deutschland steht vor großen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Herausforderungen, und es ist wichtig, sie zügig zu bewältigen. Aufgrund der relativ guten Ausgangslage der Staatsfinanzen sind vorübergehend deutlich höhere Defizite gut zu verkraften.

Dauerhaft hohe Defizite wären allerdings nicht mit soliden Staatsfinanzen und den EU-Regeln vereinbar. Steigende und hohe Zinslasten würden die fiskalischen Handlungsspielräume empfindlich einschränken und hohe Schuldenquoten die Resilienz der Staatsfinanzen beschädigen. Aus gutem Grund zielen die EU-Regeln – einschließlich des EU-Vertrags – darauf, dass Schuldenquoten über 60 % im Normalfall sinken. Bindende EU-Fiskalregeln sind ein wichtiger Anker für solide Staatsfinanzen und eine stabilitätsorientierte Währungsunion.

Die EU-Vorgaben für die deutschen Staatsfinanzen werden zumindest nach einer Übergangsphase deutlich enger sein als die neuen nationalen Kreditspielräume. Aktuell besteht noch keine Klarheit hinsichtlich der konkreten nationalen und EU-Vorgaben. So fehlen zu den reformierten nationalen Regeln noch Ausführungsgesetze. Für die EU-Ebene muss Deutschland erstens noch einen Fiskalplan für die laufende vier- bis siebenjährige Planungsperiode vereinbaren. Zweitens ist noch offen, welche Zusatzspielräume die beantragte Ausweichklausel für höhere Verteidigungsausgaben eröffnet. Nach einer Periode mit temporär gelockerten EU-Vorgaben wird Deutschland aber voraussichtlich eine strukturelle gesamtstaatliche Defizitquote von etwa 1 % anstreben müssen. Dies entspricht ungefähr dem jahresdurchschnittlichen Kreditspielraum des neuen Infrastrukturfonds. Perspektivisch stehen die neuen nationalen Verschuldungsmöglichkeiten folglich nur teilweise zur Verfügung.

Bund und Länder sollten in den anstehenden Beschlüssen bereits berücksichtigen, dass die gesamstaatlichen Defizite im weiteren Verlauf wieder erheblich sinken müssen. Es wäre folgerichtig, diesen absehbaren Korrekturbedarf von vornherein zu begrenzen, indem sie die neu geschaffenen Kreditspielräume ausschließlich für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen (einschließlich Klimaneutralität) reservieren. Andere zusätzliche Maßnahmen wären dann gegenzufinanzieren. Hierzu bietet sich nicht zuletzt an, Wirtschaftlichkeitsreserven etwa durch eine digitale Verwaltung zügig zu heben und Subventionen abzubauen. Darüber hinaus könnte das Steuer- und Transfersystem überprüft werden und dabei insbesondere effizienter und zielgenauer ausgestaltet werden. Änderungen in diese Richtungen sieht der Koalitionsvertrag auch vor. Er stellt aber gleichzeitig zahlreiche neue Ausnahmetatbestände bei Steuern oder punktuelle Förderungen in Aussicht. Wichtige Ansatzpunkte für eine höhere Erwerbsbeteiligung sollen wohl nicht genutzt werden. Nahe läge unter anderem, Sonderregeln für vorgezogene Renteneintritte abzuschaffen und das gesetzliche Rentenalter ab 2031 mit der Lebenserwartung weiter steigen zu lassen. Dies würde die Rentenversicherung beschäftigungsfreundlicher und die öffentlichen Finanzen robuster gegenüber der demografischen Entwicklung aufstellen, und der mehrjährige Vorlauf gäbe den Beschäftigten und Arbeitgebern Planungssicherheit.

Zu empfehlen wäre, den deutschen Staatshaushalten in den Gesetzen zur Ausgestaltung der geänderten Schuldenbremse wieder verlässliche Leitplanken zu geben. Im Rahmen der anstehenden Ausführungsgesetze wäre es ratsam, die neuen Kreditspielräume für Maßnahmen zum Bewältigen der Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen (einschließlich Klimaneutralität) zu reservieren, die über das 2024 Erreichte hinausgehen. Es könnten also der Verwendungsbereich und die Zusätzlichkeit konkret abgesichert werden. Darüber hinaus könnten Bund und Länder abstecken, wie sie ihre jeweiligen, nationalen Verschuldungsspielräume für die aktuelle Übergangsphase in Einklang mit den (zu vereinbarenden) EU-Vorgaben zu Fiskalplan und Ausweichklausel bringen. Dies würde mehr Transparenz bieten und wäre insbesondere dann wichtig, wenn die EU-Vorgaben enger ausfallen als die nationalen Spielräume.

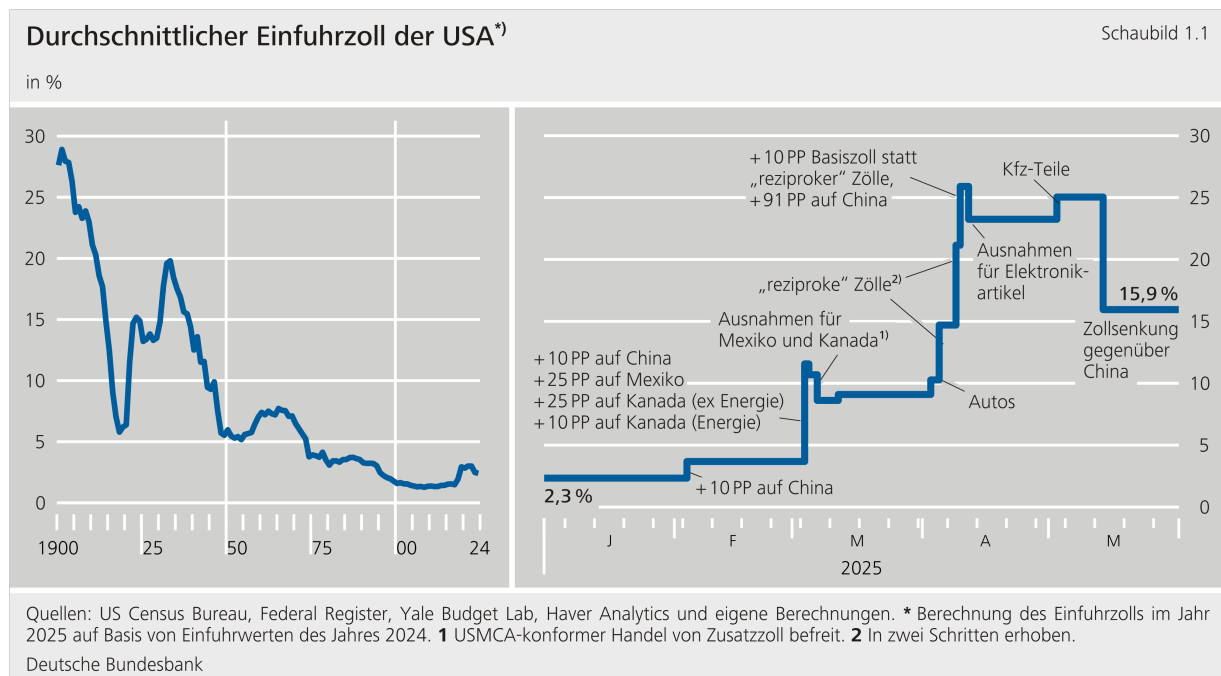
In der angekündigten weiteren Reform der Schuldenbremse lassen sich solide Staatsfinanzen und die Ziele der EU-Regeln wieder über bindende Kreditgrenzen im Grundgesetz verankern. Denn es wäre damit nicht vereinbar, verteidigungsbezogene Ausgaben dauerhaft weitgehend von der Schuldenbremse auszunehmen. Die Vorschläge der Bundesbank für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse bieten demgegenüber weiterhin geeignete Ansatzpunkte für eine langfristig tragfähige Regel: Sie zielen darauf, sowohl den staatlichen Investitionen (in Infrastruktur und Verteidigung) Vorrang einzuräumen als auch solide Staatsfinanzen und die EU-Regeln abzusichern.

Internationales und europäisches Umfeld

1 Weltwirtschaft im Zollsturm

Die Weltwirtschaft war zu Jahresbeginn 2025 noch in solider Verfassung.

Vorzieheffekte in Erwartung zusätzlicher US-Zölle scheinen den Welthandel und die globale Industrieproduktion sogar vorübergehend stimuliert zu haben. Auch einige europäische Volkswirtschaften steigerten ihre Exporte in die USA erheblich. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaftsleistung im Euroraum im abgelaufenen Quartal merklich zulegte. In China blieb das Wachstumstempo vorerst solide. In den USA sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Umfeld des sprunghaften Anstiegs der Einfuhren zwar leicht, andere Indikatoren zeigen für das Winterquartal aber noch keine maßgebliche Beeinträchtigung der Konjunktur an.



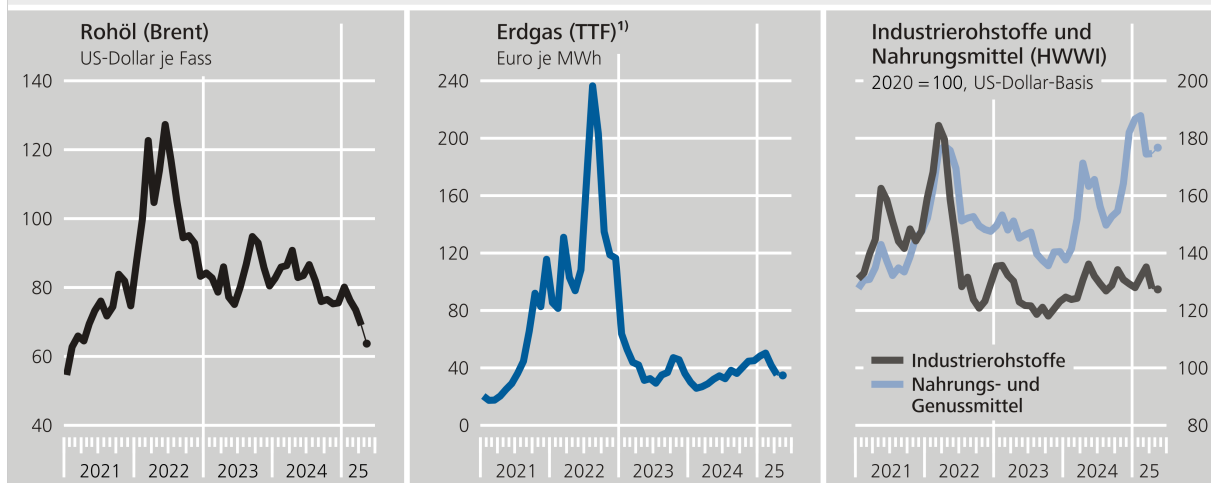
Ab dem Frühjahr dürfte der protektionistische Schwenk der US-Handelspolitik zunehmend auf der Weltwirtschaft lasten. Die handelspolitische Unsicherheit war bereits seit der Wahl des neuen US-Präsidenten erheblich gestiegen. Anfang 2025 hatte die neue US-Regierung dann begonnen, erste Zusatzzölle auf Einfuhren aus verschiedenen Ländern zu erheben. Weitere Zollerhebungen folgten. Seit April fordern die USA von praktisch allen Handelspartnern einen Zusatzzoll von mindestens 10 %. Für Einfuhren von Stahl und Aluminium, aber auch von Autos und Teilen für Personenkraftwagen, greifen noch höhere sektorale Zölle. Zum Teil kam es zu Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner. Teils wurden Zollerhebungen später wieder zurückgenommen. Im Handel zwischen den USA und China waren die gegenseitigen Zollsätze nach mehreren Eskalationsrunden zwischenzeitlich prohibitiv hoch, bevor sich beide Länder auf eine vorübergehende "Waffenruhe" verständigten. Aktuell ist der durchschnittliche Effektivzollsatz der USA gegenüber allen Handelspartnern um mehr als 13 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn und damit auf dem höchsten Stand seit den 1930er Jahren. Vielen Handelspartnern der USA drohen ab Juli weitere Zollerhebungen, sofern Verhandlungen über eine Neugestaltung der bilateralen Handelsbeziehungen scheitern.¹⁾ Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die neuen Zölle und die anhaltende handelspolitische Unsicherheit die Weltwirtschaft zunehmend belasten (siehe hierzu auch den Exkurs „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhöhter Unsicherheit“). Gemäß Unternehmensumfragen trübten sich die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten Monaten deutlich ein, während sich die Lageeinschätzung noch solide hielt. Dabei dürfte zukünftig insbesondere das Exportgeschäft unter einer schwächeren Nachfrage leiden. Auch im Dienstleistungssektor verschlechterte sich die Stimmung spürbar.

1 So könnte für die meisten Warenexporte der EU in die USA künftig ein Zollaufschlag von 20 Prozentpunkten greifen. Anderen Volkswirtschaften drohen zum Teil noch höhere Zusatzzölle. Diese sogenannten "reziproken" Zölle sollen die persistent hohen Handelsdefizite der USA adressieren, für die in den Augen der amerikanischen Regierung vor allem tarifäre und nichttarifäre Handelsschranken ursächlich sind. Vgl.: The White House (2025).

Rohstoffpreise

Schaubild 1.2

Monatsdurchschnitte



Quellen: LSEG, EEX und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 19. Mai 2025 (Rohöl und Erdgas) beziehungsweise Durchschnitt 1. bis 16. Mai 2025 (Industrierohstoffe und Nahrungs- und Genussmittel). ¹⁾ Preis für nächstfälligen Terminkontrakt.

Deutsche Bundesbank

Angesichts der eingetrübten Nachfrageaussichten gaben die Rohstoffpreise auf breiter Front nach. Dies gilt insbesondere für die Energierohstoffpreise. Ein Fass der Sorte Brent kostete zum Abschluss dieses Berichts 66 US-\$ und damit rund 13 % weniger als noch im Februar. Neben dem verschlechterten weltwirtschaftlichen Ausblick trug dazu die Entscheidung einiger OPEC-Staaten bei, ihre Ölförderung stark auszuweiten. Bereits vor der Bekanntgabe dieser Förderausweitung war die Internationale Energieagentur davon ausgegangen, dass der globale Ölmarkt 2025 und 2026 spürbar überversorgt sein würde.²⁾ Die europäischen Gaspreise sanken ebenfalls merklich und lagen mit 35 € je Megawattstunde wieder auf dem Niveau von vor einem Jahr. Eine zuletzt schwache chinesische Flüssiggasnachfrage sowie Pläne der EU, die Gasspeichervorgaben zu lockern, verstärkten den Abwärtsdruck auf die Notierungen.³⁾ Auch die Preise für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe gaben zuletzt etwas nach.

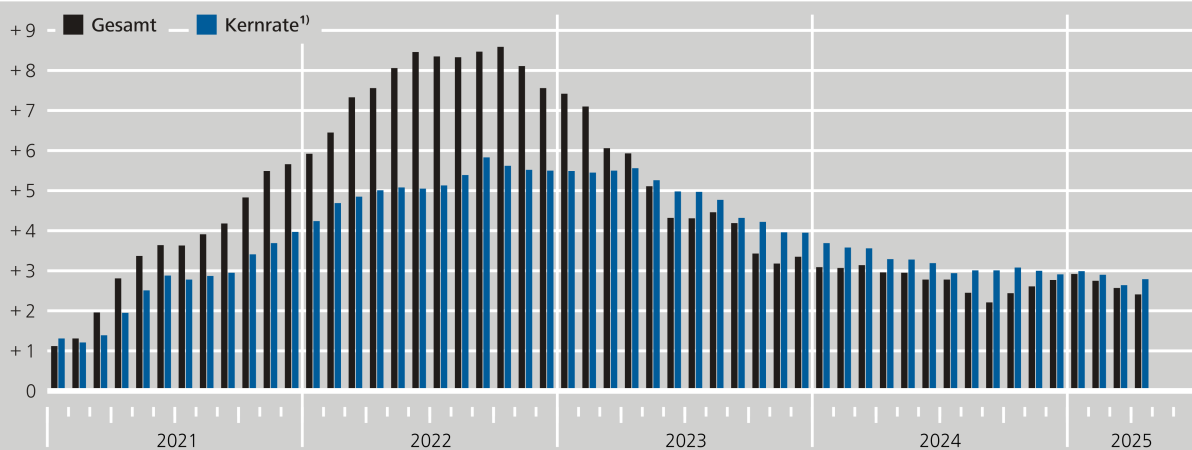
2 Vgl.: Internationale Energieagentur (2025).

3 Derzeit wird auf EU-Ebene darüber diskutiert, die Vorgabe, dass die europäischen Gasspeicher zum 1. November eines Jahres zu mindestens 90 % befüllt sein müssen, zu lockern. Dies dürfte sich während der Sommersaison, in der die Gasspeicher befüllt werden, nachfrage- und damit auch preisdämpfend auswirken.

Verbraucherpreise in Industrieländern^{*)}

Schaubild 1.3

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis nationaler Angaben. * EU, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. ¹ Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel; für EU, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich zusätzlich ohne alkoholische Getränke und Tabakwaren.

Deutsche Bundesbank

Der globale Disinflationsprozess schreitet voran, in den USA dürften die Zollanhebungen jedoch weiteren Fortschritten entgegenstehen. Unter dem Einfluss gesunkener Energiepreise schwächte sich der Verbraucherpreisanstieg in den Industrieländern zuletzt etwas ab. Im April belief sich die Teuerungsrate für den gesamten Warenkorb der Konsumenten auf 2,4 % binnen Jahresfrist, verglichen mit 2,9 % im Januar. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kernrate gab im gleichen Zeitraum leicht auf 2,8 % nach. Perspektivisch dürften die massiven Zollanhebungen der USA die dortigen Verbraucherpreise in die Höhe treiben. Auch in Kanada, das bereits mit Gegenzöllen auf die höheren US-Zölle reagiert hat, dürfte sich der Verbraucherpreisauftrieb verstärken. In anderen Industrieländern wiederum sollten die niedrigeren Rohstoffpreise und die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar den weiteren Disinflationsprozess in den nächsten Monaten eher unterstützen.

Aufgrund der Zolleskalation der USA senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine globale Wachstumsprognose merklich. Angesichts der sich schnell verändernden Lage in der internationalen Handelspolitik analysierte der IWF-Stab im World Economic Outlook vom April eine Reihe von Szenarien. Das Referenzszenario berücksichtigt dabei die Zollankündigungen bis zum 4. April 2025. Unter diesen Politikannahmen geht der IWF davon aus, dass das globale BIP-Wachstum von 3,3 % im Jahr 2024 auf 2,8 % im Jahr 2025 sinkt, bevor es 2026 auf 3 % ansteigt. Diese Projektionen liegen deutlich unter den Prognosen vom Januar. Die Abwärtsrevisionen betreffen nahezu alle Länder. Insbesondere leidet der globale Warenhandel unter den restriktiven Handelsmaßnahmen. Die Effekte der zwischenzeitlichen Zolleskalation zwischen den USA und China sowie das temporäre Aussetzen der übrigen länderspezifischen "reziproken" Zölle wurden in einem weiteren Szenario analysiert. Darin fallen die BIP-Einbußen in den USA und China deutlich stärker als im Referenzszenario aus, während die Weltwirtschaft insgesamt ähnlich stark betroffen wäre. Zudem warnte der IWF vor den Wachstumsrisiken, die mit Handelskriegen und den damit verbundenen Finanzmarkturbulenzen einhergehen könnten.⁴⁾

4 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2025).

Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhöhter Unsicherheit

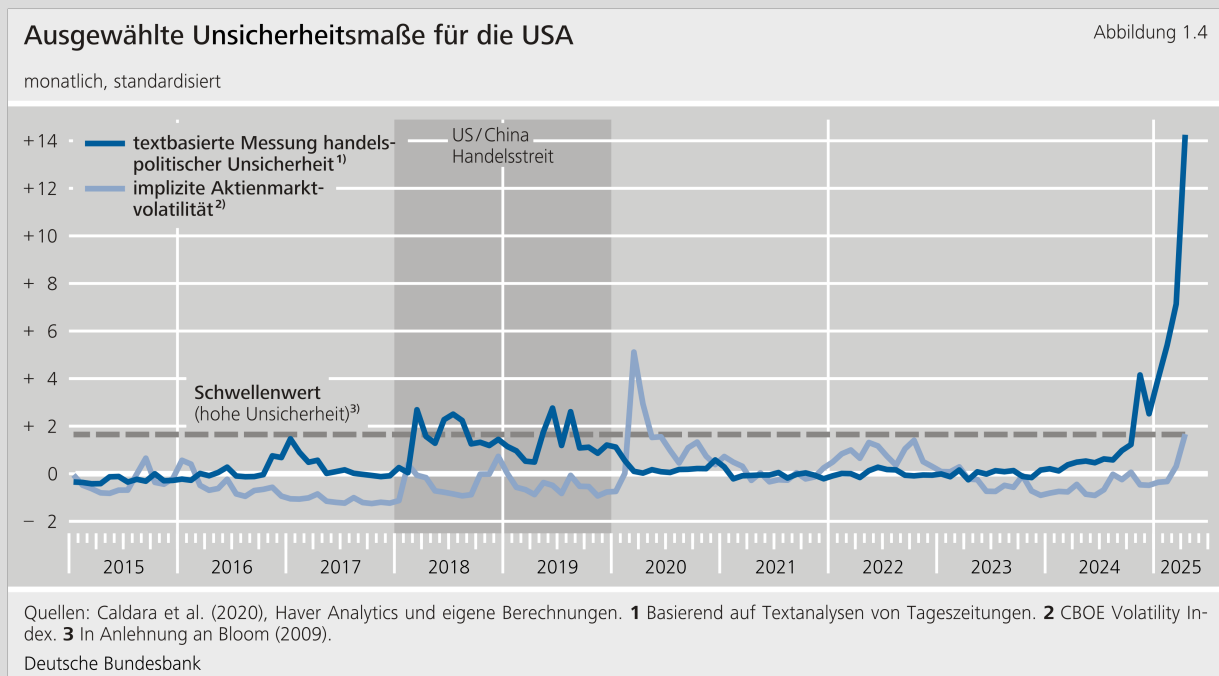
Zuletzt rückte die Diskussion über die Auswirkungen erhöhter Unsicherheit auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wieder in den Fokus der wirtschaftspolitischen Debatte. Ein wesentlicher Grund hierfür waren die handelspolitischen Spannungen, die durch die Zollankündigungen und Zollerhebungen der neuen US-Regierung ausgelöst wurden. So wird befürchtet, dass neben den direkten negativen Auswirkungen der Zollerhebungen selbst eine steigende Verunsicherung der Unternehmen und Verbraucher die ohnehin recht schwache Konjunktur im Euroraum zusätzlich belasten könnte.¹⁾

Unsicherheit kann die gesamtwirtschaftliche Aktivität über verschiedene Kanäle beeinträchtigen. Hierzu zählt insbesondere ein zögerliches Investitionsverhalten. Da Investitionen oftmals nur schwer oder gar nicht rückgängig zu machen sind, verschieben Unternehmen bei erhöhter Unsicherheit möglicherweise Investitionsentscheidungen, um diese bei besserer Informationslage gegebenenfalls nachzuholen. Private Haushalte können sich bei Käufen langlebiger Konsumgüter ähnlich verhalten. Erhöhte Unsicherheit kann zudem Finanzmarktreaktionen wie steigende Risikoaufschläge und eine restriktivere Kreditvergabe hervorrufen und damit ebenfalls die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen.²⁾

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024a).

2 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank (2018a).

Da es kein eindeutiges Maß für die gesamtwirtschaftlich relevante Unsicherheit gibt, stellt dies quantitative Wirkungsanalysen vor Herausforderungen. Zwar lässt sich Unsicherheit von verwandten Konzepten wie Risiko und Überraschung abgrenzen, ³⁾ eine eindeutige Messanleitung ergibt sich hieraus aber nicht. Folglich gibt es eine Reihe von Ansätzen zur Erfassung von Unsicherheit. Die daraus abgeleiteten Indikatoren unterscheiden sich zum Teil erheblich, was sowohl die Berechnungsmethode als auch die dabei verwendeten Daten betrifft.



Im Zuge der jüngsten handelspolitischen Auseinandersetzungen fanden Unsicherheitsindikatoren, die auf der Analyse von Zeitungsartikeln basieren, verstärkt Beachtung. Ein populäres Maß misst beispielsweise, wie häufig in einer Reihe überregionaler, vorwiegend US-amerikanischer, Tageszeitungen über handelspolitische Unsicherheit berichtet wird. ⁴⁾ Aus der Intensität der Berichterstattung wird der Grad an Unsicherheit abgeleitet.

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a).

⁴ Hierbei werden Zeitungsartikel des Boston Globe, des Chicago Tribune, des Guardian, der Los Angeles Times, der New York Times, des Wall Street Journal und der Washington Post in fest definierten Zeitintervallen nach Schlüsselwörtern oder Kombinationen von Schlüsselwörtern im Zusammenhang mit handelspolitischer Unsicherheit durchsucht. Vgl.: Caldara et al. (2020).

Dieses aus Textanalysen abgeleitete Maß handelspolitischer Unsicherheit schlug in den letzten Monaten außergewöhnlich kräftig aus. So stieg der Indikator nach dem Wahlsieg Donald Trumps im November 2024 sprunghaft an. Zur gleichen Zeit zeigten andere gängige Unsicherheitsmaße, wie etwa die aus Optionspreisen abgeleitete implizite Aktienmarktvolatilität, keine vergleichbare Entwicklung, und dies obwohl handelspolitische Spannungen typischerweise von den Finanzmärkten reflektiert werden.⁵⁾

Es stellt sich daher die Frage, was die textbasierten Maße handelspolitischer Unsicherheit eigentlich messen. Der Begriff "Unsicherheit" wird in Zeitungsartikeln nicht immer einheitlich verwendet. Manchmal werden gar bereits materialisierte Ereignisse mit Unsicherheit in Verbindung gebracht, oder vornehmlich ungünstige Neuigkeiten mit Unsicherheit assoziiert.⁶⁾ Nicht selten kommt es zu einer Vermengung der Konzepte Unsicherheit, Risiko und Überraschungen. Zudem kann die Auswahl der Schlagwortkombinationen sowie die der ausgewerteten Zeitungen Einfluss auf die Ergebnisse der Textanalyse haben.⁷⁾ Letzteres wirft auch die Frage auf, welchen Informationsgehalt textbasierte Maße, die auf der Auswertung von überwiegend US-amerikanischen Zeitungen basieren, für andere Länder und Regionen besitzen.

5 Eine Alternative stellt das von Ludvigson et al. (2021) entwickelte Maß für Finanzmarktunsicherheit dar, welches auf der bedingten Volatilität von Prognosefehlern eines umfangreichen Finanzmarktdatensatzes basiert (vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a, 2020). Dieser Indikator reicht aber aufgrund von Publikationsverzögerungen nicht bis an den aktuellen Rand.

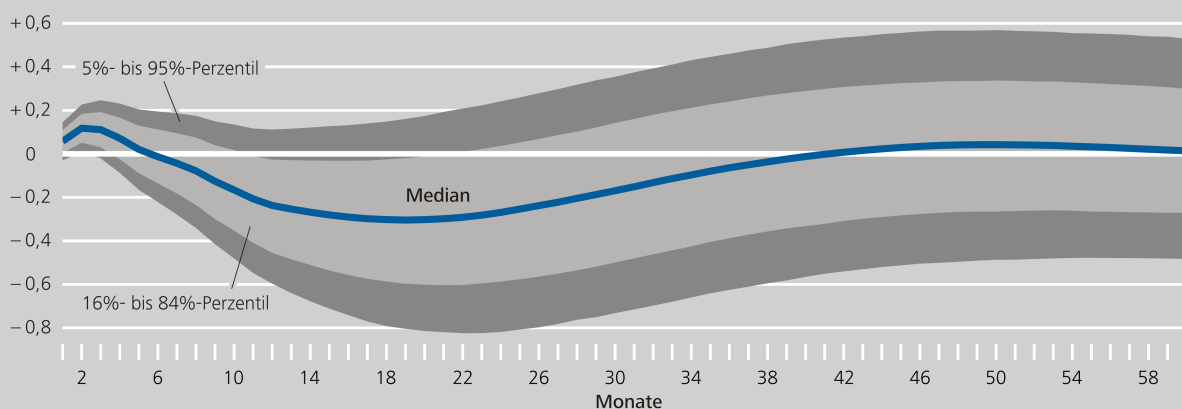
6 Vgl.: Handley und Limão (2022).

7 Vgl. unter anderem: Ghirelli et al. (2019).

Auswirkungen eines handelspolitischen Unsicherheitsschocks auf die Investitionsgüterproduktion in den USA^{*)}

Schaubild 1.5

in %



* Impuls-Antwort-Folge auf einen Unsicherheitsschock von einer Standardabweichung, abgeleitet aus einem bayesianisch geschätzten SVAR-Modell. Als Maß für handelspolitische Unsicherheit wird der Indikator von Caldara et al. (2020) verwendet. Die Investitionsgüterproduktion wird aufgrund ihrer monatlichen Verfügbarkeit zur Approximation der gesamtwirtschaftlichen Investitionen verwendet.

Deutsche Bundesbank

Analysen und Prognosen auf Basis textbasierter Unsicherheitsmaße sollten daher mit Vorsicht interpretiert werden. Zwar können einzelne Schwachpunkte textbasierter Maße adressiert werden, aber nur zu einem gewissen Grad.⁸⁾ Auch ist der Zusammenhang zwischen den textbasierten Maßen der handelspolitischen Unsicherheit und der Realwirtschaft gemäß empirischer Schätzungen nicht sonderlich eng. So zeigt sich selbst für die auf Unsicherheit typischerweise deutlich reagierenden Investitionen in unseren Analysen kein signifikanter Effekt.⁹⁾ Es stellt sich deshalb die Frage nach Alternativen.

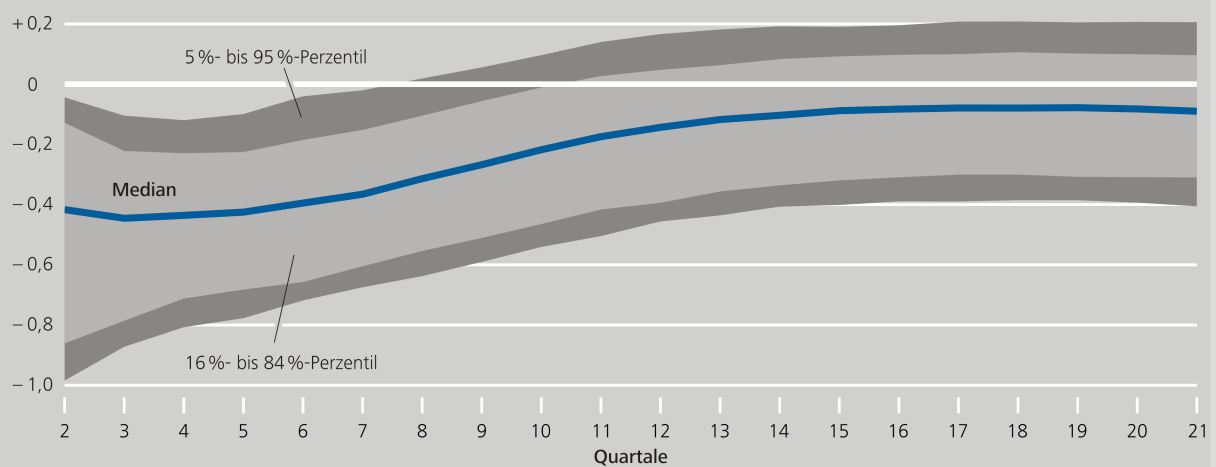
8 Vgl.: Handley und Li (2020).

9 Selbst in kleinen Modellen, in denen der Unsicherheit aufgrund fehlender alternativer Erklärungsfaktoren eine vergleichsweise große Wirkung ermöglicht wird, bleibt der Zusammenhang oft statistisch insignifikant. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2020). Das hier verwendete, rekursiv identifizierte strukturelle Vektorautoregressionsmodell (SVAR-Modell) für die Vereinigten Staaten wurde mit bayesianischen Methoden für den Zeitraum Januar 1985 bis Dezember 2024 geschätzt. Die Modellvariablen umfassen neben dem Maß für handelspolitische Unsicherheit einen Indikator für makroökonomische Unsicherheit (vgl.: Jurado et al. (2015)), den Aktienkursindex S&P 500, einen kurzfristigen Schattenzins (vgl.: Krippner (2013)), den Verbraucherpreisindex, den effektiven US-Importzollsatz, die Arbeitslosenquote, die Investitionsgüterproduktion sowie die um die Investitionsgüterproduktion bereinigte Industrieproduktion. Die Lag-Ordnung des Modells beträgt 12.

Wirkung eines Unsicherheitsschocks auf das reale BIP im Euroraum^{*)}

Schaubild 1.6

in %



* Impuls-Antwort infolge eines Unsicherheitsschocks von einer Standardabweichung abgeleitet aus einem bayesianisch geschätzten SVAR-Modell mit Vorzeichenrestriktionen. Als Maß für Unsicherheit dient die implizite Aktienmarktvolatilität.

Deutsche Bundesbank

Indikatoren, die die Verunsicherung an den Finanzmärkten widerspiegeln, bieten sich als Maß für gesamtwirtschaftlich relevante Unsicherheit an. Die implizite Aktienmarktvolatilität in den Vereinigten Staaten reagierte im April teils kräftig auf die handelspolitischen Spannungen. Gleichwohl waren die Ausschläge erheblich geringer als bei den textbasierten Maßen. Auch an den Finanzmärkten im Euroraum stieg die Unsicherheit. Empirische Schätzungen legen nahe, dass in der Vergangenheit Phasen erhöhter Aktienmarktvolatilität im Durchschnitt mit deutlichen negativen realwirtschaftlichen Effekten verbunden waren.¹⁰⁾ Aus diesen Erfahrungen lassen sich Erwartungen für die gegenwärtige Entwicklung ableiten. Dabei ist die Dauer der Verunsicherung von Bedeutung. Zwar zeigte der EURO STOXX 50 Volatility-Index im April teils kräftige Ausschläge, im Monatsmittel blieb er jedoch im Gegensatz zu seinem US-amerikanischen Pendant spürbar unter dem geläufigen Schwellenwert für hohe Unsicherheit. Sollte die Verunsicherung an den Finanzmärkten nicht wieder erheblich aufflammen, dürften die gesamtwirtschaftlichen Effekte für den Euroraum somit deutlich geringer ausfallen, als es die für einen Quartalsschock berechneten Impuls-Antwort-Reaktionen andeuten.

10 Die Impuls-Antwort-Funktionen wurden aus einem bayesianisch geschätzten SVAR-Modell für den Euroraum abgeleitet. Die Schätzungen stützen sich auf den Zeitraum vom ersten Quartal 1999 bis zum vierten Quartal 2024. In das SVAR-Modell gehen der EURO STOXX 50 Volatility-Index, das reale BIP, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, ein Schattenzins (vgl.: Krippner (2013)), ein Bankkreditspread sowie ein Stressindikator für das Finanzsystem (CISS) ein. Die Identifikation der strukturellen Schocks erfolgt anhand von kontemporären Vorzeichenrestriktionen. Die Lag-Ordnung des Modells beträgt 5. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a) sowie Meinen und Röhe (2018).

Implizite Aktienmarktvolatilität

Schaubild 1.7

Tageswerte (standardisiert)



Quelle: Haver Analytics und eigene Berechnungen. **1** In Anlehnung an Bloom (2009). **2** VSTOXX 50 Volatility Index. **3** CBOE Volatility Index.
Deutsche Bundesbank

1.1 Chinesische Wirtschaft trotz des Zollkonflikts mit den USA bislang robust

In China blieb das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2025 robust. Binnen Jahresfrist stieg das reale BIP nach offizieller Schätzung wie schon im Schlussquartal 2024 um 5,4 %. Im Vergleich zur Vorperiode erhöhte sich die Wirtschaftsleistung saisonbereinigt um 1,2 %. Die Konjunktur wurde zum einen durch staatliche Kaufanreize gestützt, die den privaten Verbrauch merklich anschoßen. Darüber hinaus legten die Warenexporte von hohem Niveau aus nochmals zu. Auch die Exporte in die USA blieben trotz der dortigen Einführung erster neuer Zusatzzölle auf chinesische Produkte bis März 2025 solide.

In den kommenden Monaten dürfte der Zollkonflikt mit den USA die chinesische Konjunktur jedoch merklich belasten. Die Ankündigung sogenannter "reziproker" Zölle durch die US-Regierung Anfang April löste zwischen China und den USA binnen weniger Tage eine Kette aus Zöllen und Gegenzöllen aus. Nachdem über mehrere Wochen extrem hohe Zölle im bilateralen Handel in Kraft waren, einigten sich beide Länder Mitte Mai auf eine vorübergehende Aussetzung der meisten Zusatzzölle. Eine nahezu vollständige Handelsentkopplung und die damit verbundenen hohen BIP-Einbußen wurden so zumindest vorerst abgewendet (vgl. dazu den Exkurs „Zu den möglichen Auswirkungen der aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China“). Die Verbraucherpreise lagen im April um 0,1 % unter dem Niveau des Vorjahres. Ohne Nahrungsmittel und Energie gerechnet ergab sich ein kleiner Anstieg um 0,5 %. Die chinesische Zentralbank senkte Anfang Mai ihren Leitzins und die Höhe der Mindestreserven für Kreditinstitute.

1.2 Unterschiedliche Tendenzen in anderen großen Schwellenländern

In Indien dürfte das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2025 hoch geblieben sein. Im Schlussquartal 2024, bis zu dem offizielle BIP-Daten vorliegen, war die Wirtschaftsleistung um 6,2 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Zum Jahresbeginn 2025 scheint die Wirtschaft weiter recht schwungvoll expandiert zu haben, insbesondere dank eines lebhaften Dienstleistungssektors. Unsicher bleiben die Perspektiven für die Industrie. Indiens Warenexporte in die USA sollen im Rahmen der „reziproken“ US-Zölle künftig mit einer Zusatzlast von 26 % belegt werden. Die indische Regierung versucht, diese mit einer Handelsvereinbarung mit den USA noch

abzuwenden.⁵⁾ Vor allem infolge von niedrigeren Nahrungsmittelpreisen ging die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe seit dem Herbst 2024 deutlich zurück auf 3,2 % im April. Die Zentralbank senkte den Leitzins im Februar und April um jeweils 25 Basispunkte auf nun 6 %.

Brasilien offenbar mit konjunkturellem Zwischenspur. Im Schlussquartal 2024 hatte der Aufschwung in Brasilien deutlich an Kraft verloren. Das reale BIP war saisonbereinigt lediglich um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Für das erste Quartal zeichnet sich zwar wieder eine Wachstumsverstärkung ab; diese dürfte aber nicht zuletzt auf außergewöhnlich hohe Ernteerträge zurückgehen und somit nicht von Dauer sein. Die bremsenden Effekte der seit Längerem deutlich restriktiven Geldpolitik sollten in den kommenden Monaten wieder stärker zum Ausdruck kommen. Die hohe Teuerung, die Abwertung des Real und Überhitzungstendenzen hatten die Zentralbank zum Jahresende 2024 veranlasst, die Leitzinsen entgegen dem globalen Trend kräftig zu erhöhen. Dennoch verstärkte sich der Verbraucherpreisanstieg in den letzten Monaten weiter und lag im April mit 5,5 % oberhalb des Zielkorridors der Zentralbank. Diese hob den Leitzins seit Jahresbeginn 2025 nochmals in mehreren Schritten auf zuletzt 14,75 % an.

In Russland schwächte sich das Wirtschaftswachstum deutlich ab. Gemäß der Schnellschätzung des nationalen Statistikamts verringerte sich die Vorjahresrate des realen BIP im ersten Vierteljahr 2025 deutlich auf 1,4 %, nach 4,5 % im Schlussquartal 2024. Im Vergleich zum Vorquartal dürfte die Wirtschaftsleistung saisonbereinigt spürbar gesunken sein.⁶⁾ Dahinter steht, dass sich die Investitionen angesichts der anhaltend straffen Geldpolitik erheblich abschwächten. Zudem verlor der private Verbrauch offenbar weiter an Schwung. Trotz der konjunkturellen Verlangsamung verharrte die Arbeitslosenquote mit zuletzt 2,3 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe blieb mit 10,2 % im April hoch. Die Zentralbank beließ den Leitzins bei 21 %. Die Lage des Staatshaushaltes verschlechterte sich derweil wesentlich. Die öffentlichen Ausgaben stiegen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine bis zuletzt anhaltend kräftig. Zudem verringerte der jüngste Ölpreistrückgang bei gleichzeitig weitgehend stabilem Außenwert des Rubel die staatlichen Einnahmen.

5 Knapp ein Fünftel der gesamten Warenausfuhr Indiens ging zuletzt in die USA.

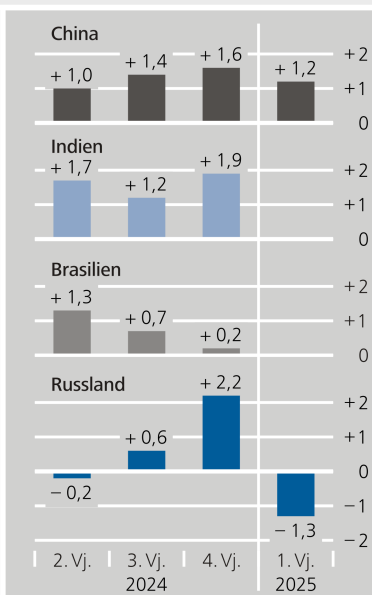
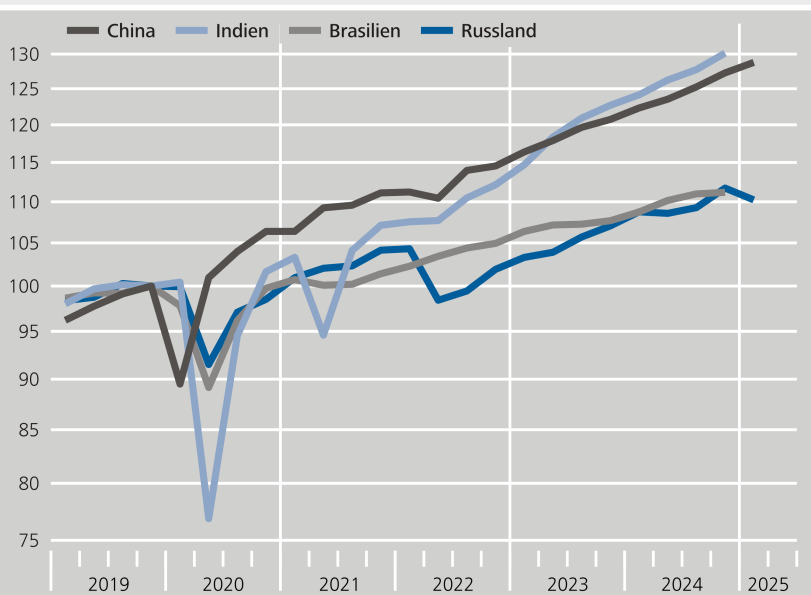
6 Die saisonbereinigte Veränderungsrate wurde noch nicht offiziell ausgewiesen. Laut eigener Saisonbereinigung sank die Wirtschaftsleistung um 1,3 % gegenüber dem Schlussquartal 2024.

Reales BIP in ausgewählten großen Schwellenländern

Schaubild 1.8

4. Vj. 2019 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: National Bureau of Statistics of China, Central Statistics Office of India, IBGE, Rosstat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Zu den möglichen Auswirkungen der aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China entspannte sich zuletzt wieder merklich, es gelten aber weiterhin hohe Zölle. Bereits wenige Tage nach ihrem Amtsantritt verschärfte die neue US-Regierung den handelspolitischen Kurs gegenüber China. In zwei Schritten belegte sie die Einfuhr sämtlicher chinesischer Waren mit Zusatzzöllen von insgesamt 20 %. China reagierte darauf mit moderaten Gegenmaßnahmen. Im Rahmen der Ankündigung "reziproker" Zölle gegenüber allen Handelspartnern Anfang April legten die USA dann für China weitere Zusatzzölle in Höhe von 34 % fest. Die Antwort Chinas, sämtliche Importe aus den USA in gleicher Weise zu bezollen, löste eine Spirale von Vergeltungszöllen aus. Kurzfristig unterlag ein Großteil des Handels zwischen den USA und China Zollsätzen von weit über 100 %. Zwar wurde Mitte Mai ein Gutteil dieser beidseitigen Zusatzzölle nach bilateralen Verhandlungen ausgesetzt, bereits im August droht aber eine Rückkehr zu prohibitiv hohen Zollschränken. Die durchschnittlichen effektiven US-Zölle auf chinesische Waren liegen zudem auch aktuell noch gut 30 Prozentpunkte höher als zu Beginn des Jahres, die chinesischen Zölle auf US-Produkte mehr als 10 Prozentpunkte.

Trotz des bereits seit mehreren Jahren anhaltenden Handelskonflikts zwischen den USA und China war der gegenseitige Warenaustausch für beide Länder bis zuletzt sehr bedeutsam. Bereits in der ersten Amtszeit von Präsident Trump hatten die USA und China einen Handelskrieg ausgetragen. Damals war ein großer Teil der jeweiligen Importe aus dem anderen Land mit Zusatzzöllen von bis zu 25 % belegt worden. Die Lieferungen der betroffenen Waren sanken daraufhin deutlich.¹⁾ Gleichwohl war vor allem der Warenfluss aus China in Richtung USA auch zuletzt noch sehr umfangreich. Im Jahr 2024 lieferte China Waren im Wert von 525 Mrd US-\$ in die USA. Das entsprach rund 15 % der gesamten chinesischen Warenexporte beziehungsweise rund 2 % der weltweiten Exporte.²⁾ Die Exporte der USA nach China waren hingegen deutlich geringer.

Simulationsrechnungen ergeben, dass prohibitiv hohe Zölle erhebliche gesamtwirtschaftliche Einbußen in den USA sowie in China nach sich ziehen würden. Die mittelfristigen Folgen sehr hoher Zölle im Handel zwischen den USA und China, wie sie zwischen Mitte April und Mitte Mai in Kraft waren, können mithilfe des Weltwirtschaftsmodells NiGEM abgeschätzt werden.³⁾ Die Modellrechnungen legen nahe, dass derart hohe Zölle auf Dauer die Ausfuhren Chinas und der USA massiv beeinträchtigen würden.⁴⁾ Die Gesamtausfuhren Chinas fielen gegenüber einem Referenzszenario ohne Zusatzzölle um fast 10 % geringer aus, die der USA um gut 5 %. Übertragen auf den Handel zwischen den USA und China würden damit etwa zwei Drittel des bilateralen Warenaustausches entfallen. Die gesamte Wirtschaftsleistung würde in China gegenüber dem Referenzszenario bis 2027 um 1,5 % und in den USA um 2,3 % sinken. Neben dem Wegfall von Exporten spielt dabei eine Rolle, dass sich in beiden Ländern importierte Vorleistungen und Endprodukte erheblich verteuern würden. Dies ist auch der Grund dafür, dass die USA trotz eines hohen Defizits im Warenhandel mit China größere BIP-Einbußen zu befürchten hätten.

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020).

2 Der genannte Warenwert beruht auf chinesischen Angaben. Umgekehrt weist die US-Außenhandelsstatistik deutlich niedrigere Importe aus China aus, was unter anderem an einer möglichen Unterfakturierung von Zolldokumenten zur Vermeidung von US-Zöllen sowie an der fehlenden Erfassung von Kleinimporten unter der Zollfreigrenze (de minimis) liegen dürfte. Vgl.: Clark (2025).

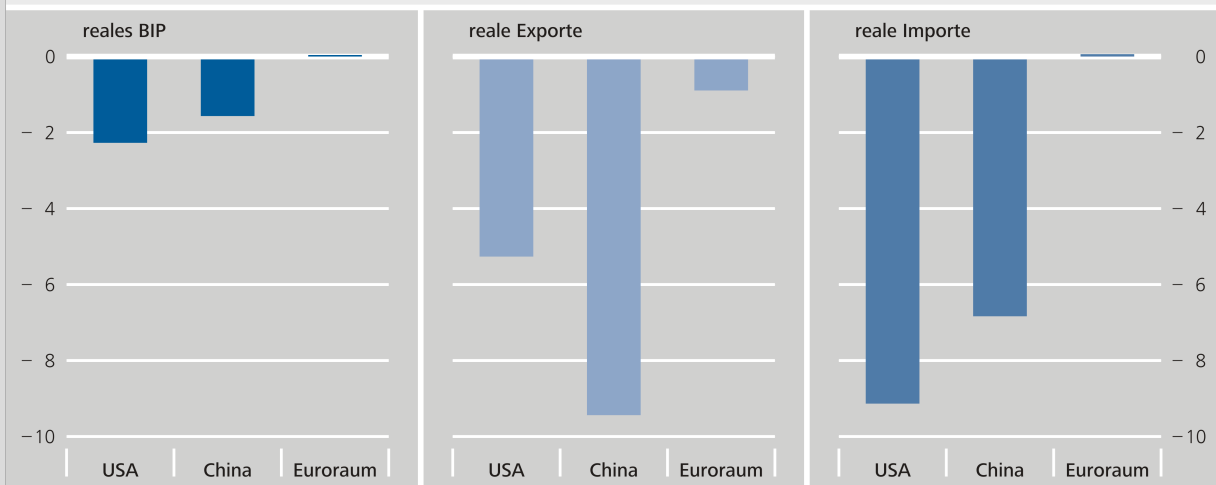
3 NiGEM ist ein semi-strukturelles Modell des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), das die Volkswirtschaften der meisten OECD-Länder sowie wichtiger aufstrebender Volkswirtschaften abbildet. Vgl. hierzu: Hantzsche et al. (2018) sowie Bernard et al. (2024).

4 Zollerhöhungen der USA gegenüber den übrigen Handelspartnern, andere Politikinitiativen der neuen US-Regierung, der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit sowie die jüngsten Finanz- und Devisenmarktbewegungen werden in den Simulationen nicht betrachtet. Für eine breiter angelegte Analyse früherer Politikvorschläge der US-Regierung und ihrer Implikationen für die deutsche Wirtschaft vgl.: Deutsche Bundesbank (2024a).

Die Ausstrahlwirkungen eines Handelskrieges zwischen den USA und China auf den Euroraum dürften überschaubar sein. Die Wirtschaftsleistung des Euroraums würde den NiGEM-Simulationen zufolge mittelfristig kaum beeinflusst. Dabei lastet zwar die schwächere Wirtschaftsentwicklung speziell in China und in den USA auf den europäischen Exporten. Zugewinne an Weltmarktanteilen wiegen dies jedoch weitgehend auf. Die Einfuhren des Euroraums steigen in den Modellrechnungen nur geringfügig an. Dies scheint Befürchtungen zu entkräften, dass chinesische Exporteure ihre ursprünglich für die USA bestimmten Waren stark vergünstigt in Europa absetzen könnten. Allerdings können die auf aggregierten Handelsströmen aufsetzenden Modellrechnungen derartige Umlenkungseffekte im internationalen Handel nur grob abschätzen.

Makroökonomische Auswirkungen prohibitiv hoher Zölle im US-chinesischen Handel*) Schaubild 1.9

Abweichungen von der Basislinie im Jahr 2027 in %



Quelle: Eigene Berechnungen anhand von NiGEM-Simulationen. * Simulation der Auswirkungen der von Jahresbeginn bis Mitte April 2025 eingeführten Zölle im US-chinesischen Handel unter der Annahme, dass diese dauerhaft in Kraft bleiben würden.

Deutsche Bundesbank

Alternative Rechnungen sprechen ebenfalls nicht für eine Flut chinesischer Importe in Europa. Im Großen und Ganzen unterscheidet sich der Produktmix der chinesischen Exporte in die USA nicht allzu sehr von den chinesischen Exporten in die EU oder in andere Regionen. Dies lässt vermuten, dass eine Umverteilung der bisher für die USA bestimmten Exporte mehr oder weniger proportional auf die übrigen Handelspartner erfolgen würde.⁵⁾ Bei einem unterstellten Rückgang der chinesischen Exporte in die USA um zwei Drittel könnten die chinesischen Exporte in die EU demnach um rund 11 % steigen. Dies käme einer Zunahme der gesamten Extra-Importe der EU um lediglich 2½ % gleich. In der Realität dürfte der Anstieg noch weitaus geringer sein. Ein Teil der nicht mehr von den USA abgenommenen Waren dürfte von der chinesischen Inlandsnachfrage absorbiert werden. Naheliegender ist zudem, dass viele chinesische Waren über Drittländer weiterhin den Weg in die USA finden würden.⁶⁾ Schließlich wäre, im Einklang mit den oben beschriebenen Simulationsergebnissen, in China mit Produktionsverlusten zu rechnen.⁷⁾

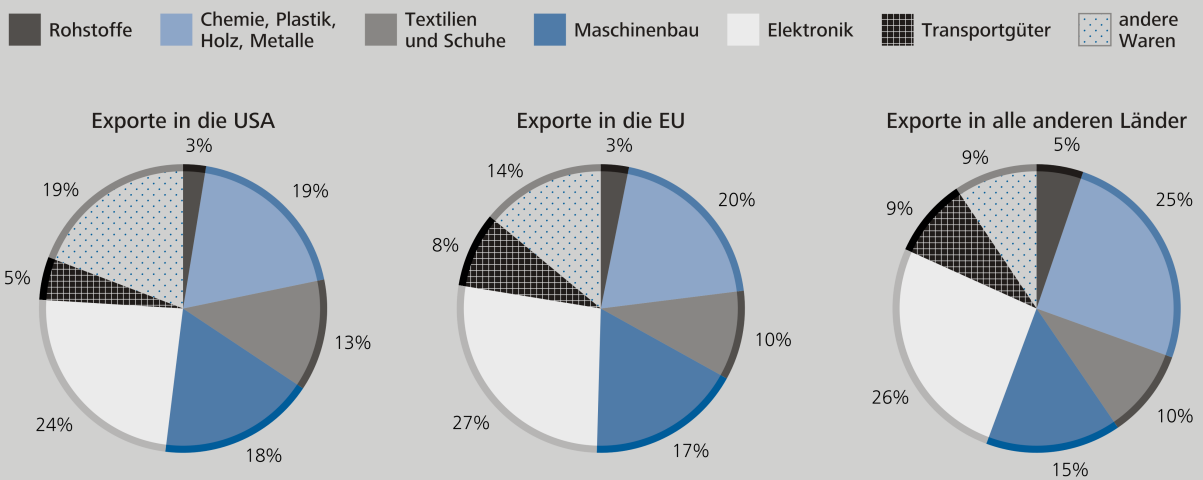
5 Hierfür sprechen auch Erfahrungen aus dem bisherigen Handelskonflikt der USA und China. Analysen des EZB-Stabs zufolge führten die US-Importbeschränkungen zwischen 2012 und 2023 zu einem Anstieg der Exporte Chinas in den Euroraum, aber auch in andere Weltregionen. Vgl.: Europäische Zentralbank (2025).

6 Vorstellbar ist beispielsweise, dass China zwar weiterhin wesentliche Komponenten eines Produkts herstellt, die Endfertigung jedoch in Länder verlagert, von denen der US-Markt zu niedrigeren Zöllen bedient werden kann. Seit Beginn der Handelsauseinandersetzungen zwischen den USA und China im Jahr 2018 mehrten sich die Hinweise für eine derartige Umstrukturierung von Wertschöpfungsketten. Vgl.: Freund et al. (2024).

7 Modellbasierte Simulationen des IfW Kiel sowie der Welthandelsorganisation (WTO) zeigen ebenfalls überschaubare Umlenkungseffekte für Europa. Im Handelsmodell des Kieler Instituts führt ein durch Zollerhebungen bedingter Rückgang der US-Importe aus China um nahezu 50 % zu einem Anstieg der EU-Importe aus China um 3 %. Der WTO-Untersuchung zufolge wäre ein Rückgang der US-Importe aus China um knapp 80 % mit einem Anstieg der Importe Europas aus China um 6 % verbunden. Vgl.: Hinz et al. (2025) sowie Welthandelsorganisation (2025).

Sektorale Struktur chinesischer Warenexporte nach Zielregionen (2024)

Schaubild 1.10



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Zollbehörde Chinas.
Deutsche Bundesbank

Die Aussicht auf deutliche wirtschaftliche Einbußen in beiden Volkswirtschaften dürfte wesentlich zu der jüngsten Entspannung in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China beigetragen haben. Hierfür spricht auch, dass die vorläufige Einigung die hohen Defizite der USA im bilateralen Handel, ein Kernanliegen der US-Regierung, zunächst nicht adressiert. Weitere Verhandlungen könnten sich vor diesem Hintergrund als herausfordernd darstellen. Allerdings käme ein weiterer Abbau von Zollschränken beiden Volkswirtschaften zugute. Auch unter den seit Jahresbeginn eingeführten und noch verbliebenen Zusatzzöllen fällt in NiGEM-Simulationen mittelfristig die Wirtschaftsleistung in den USA und China um jeweils ½ % niedriger aus als im Referenzszenario ohne diese Zölle.

1.3 Wirtschaftsentwicklung in den USA zunehmend von Zollerhöhungen gezeichnet

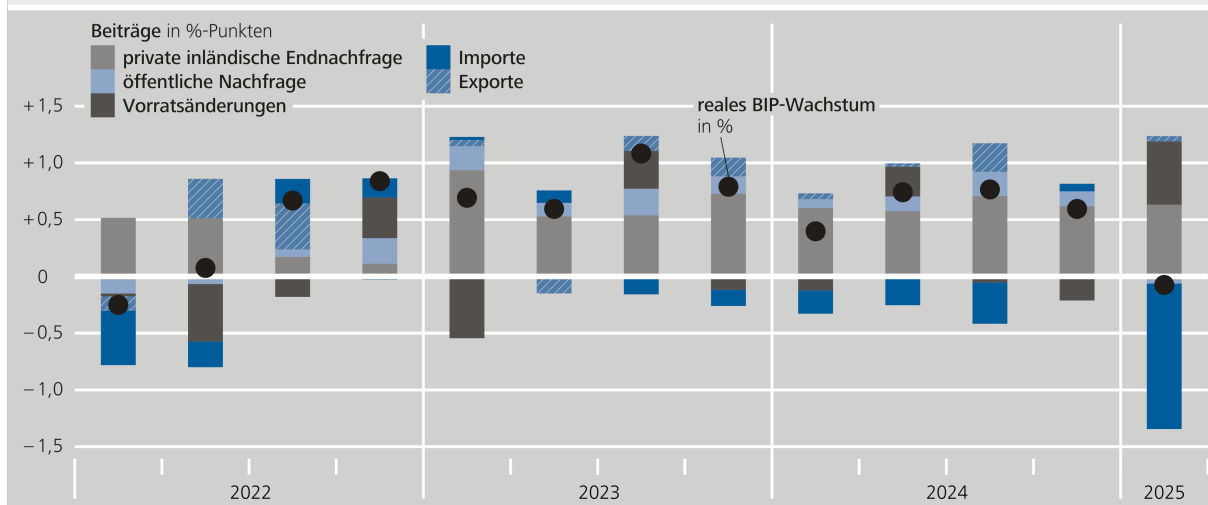
In den Vereinigten Staaten geriet der zuvor lebhafteste Wirtschaftsaufschwung zum Jahresauftakt ins Stocken. Das reale BIP blieb im ersten Vierteljahr gemäß der ersten Schätzung saisonbereinigt um 0,1 % hinter dem Stand des Vorquartals zurück. Die Neuausrichtung der US-Handelspolitik hinterließ dabei deutliche Spuren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Obwohl erste Zollsätze bereits im Februar angehoben worden waren, zogen die Einfuhren in Erwartung weiterer Zollerhöhungen sprunghaft an. Dies galt insbesondere für Einfuhren pharmazeutischer Produkte sowie von IT-Hardware. Spiegelbildlich legten die entsprechenden Lager- und Ausrüstungsinvestitionen kräftig zu, wenn auch nicht ganz im gleichen Ausmaß. Allein diese Diskrepanz legt nahe, dass das schwache BIP-Ergebnis die konjunkturelle Abkühlung überzeichnet.⁷⁾ Hierfür spricht auch, dass Unternehmen in den USA auch in anderen Bereichen ihre Investitionen spürbar ausweiteten. Auf den Auslandsmärkten fanden Produkte aus den USA im Winter zudem vermehrt Abnehmer. Schließlich steigerten die privaten Verbraucher ihre Ausgaben trotz eines witterungsbedingt schwachen Jahresauftakts merklich. Als Stütze der Verbrauchskonjunktur erwies sich dabei abermals der anhaltend robuste Arbeitsmarkt. Die öffentliche Nachfrage sank zwar erstmals seit fast drei Jahren im Quartalsvergleich etwas, dabei spielte neben den Sparanstrengungen der Regierung aber auch eine Normalisierung der Militärausgaben eine Rolle.

7 Die tatsächliche Entwicklung der Lagerhaltungsinvestitionen im Winterquartal kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden. Aufgrund der schwierigen Datenlage setzte das zuständige statistische Amt insbesondere für den Monat März Schätzwerte an; siehe: Bureau of Economic Analysis (2025). Da die US-amerikanischen VGR für die früheren BIP-Setzungen ausschließlich über die Verwendungsseite gerechnet werden, mindern Einfuhren rechnerisch das BIP, solange ihnen keine zusätzliche Verwendung einschließlich der Lagerhaltung gegenübersteht.

Beiträge zum Wachstum der realen Wirtschaftsleistung in den USA

Schaubild 1.11

saisonbereinigt



Quellen: BEA, Haver Analytics und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

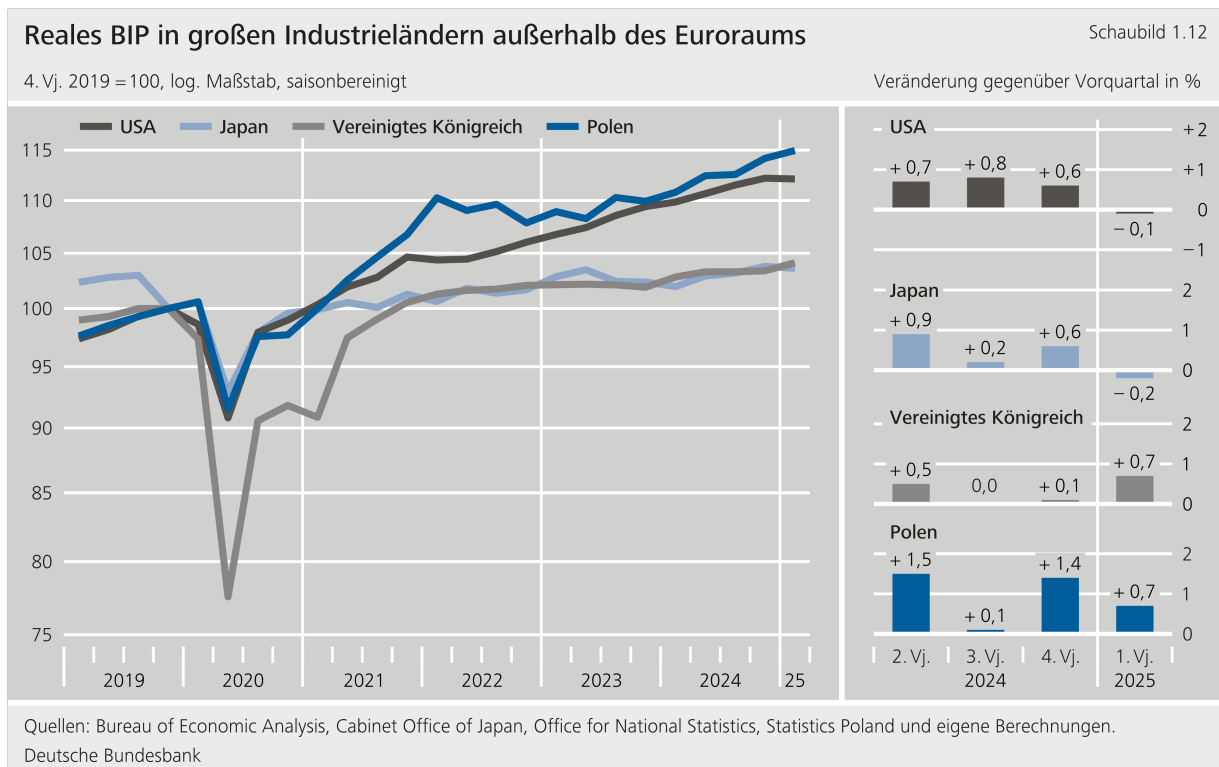
Perspektivisch dürften die Zollerhebungen die US-Wirtschaft zunehmend belasten.

Aktuell liegt der durchschnittliche Effektivzollsatz der USA infolge diverser präsidentialer Erlasse um mehr als 13 Prozentpunkte über dem Niveau von Jahresbeginn. Gleichzeitig trug die erratische Handelspolitik zur Verunsicherung bei. Unternehmen in allen großen Wirtschaftszweigen korrigierten vor dem Hintergrund dieser Gemengelage ihre Geschäftserwartungen nach unten. Auch das Konsumentenvertrauen trübte sich ein, da viele Verbraucher mit einem Teuerungsschub rechnen. Tatsächlich legen die Erfahrungen aus dem letzten Handelskonflikt der USA mit China nahe, dass heimische Unternehmen und Verbraucher schlussendlich die Hauptlasten höherer Zölle tragen.⁸⁾ Erste Hinweise auf entsprechende Effekte im aktuellen Umfeld liefern

Unternehmensumfragen, die auf verbreitet steigende Einkaufspreise hindeuten. In den amtlichen Preisstatistiken dürfte sich dies aufgrund von langen Lieferwegen und einer graduellen Kostenweitergabe erst nach und nach zeigen.⁹⁾ Kurzfristig werden die Zollwirkungen zudem durch die Effekte gesunkener Rohstoffpreise überlagert. Im April lag die Vorjahresrate der Verbraucherpreise bei 2,3 % und damit merklich niedriger als drei Monate zuvor. Die Kernrate gab auf immer noch hohe 2,8 % nach. Die US-Notenbank beließ vor diesem Hintergrund und aufgrund der entgegengesetzten Risiken für ihr Beschäftigungs- und Preisstabilitätsmandat die Leitzinsen zuletzt unverändert.

8 Vgl.: Amiti et al. (2020).

9 Hoch frequente Daten zu den Verkaufspreisen bezollter Produkte in den Online-Shops großer US-Einzelhändler deuten bereits erste, aber noch moderate Preisanhebungen an. Vgl.: Cavallo et al. (2025).



1.4 BIP-Rückgang in Japan

Die japanische Wirtschaft startete schwach in das Jahr 2025. Laut der ersten Schätzung sank das BIP preis- und saisonbereinigt im Winterquartal um 0,2 % gegenüber der Vorperiode, in der es noch um 0,6 % zugelegt hatte. Der private Verbrauch stagnierte, auch weil der starke Verbraucherpreisauftrieb die Kaufkraft der Haushalte schmälerte. Die japanischen Unternehmen hingegen weiteten ihre Investitionen spürbar aus und verstärkten ihren Lageraufbau. In der Folge stiegen die Importe stark an. Die Ausfuhren gingen leicht zurück. Ungeachtet der rückläufigen Wirtschaftsleistung war die Arbeitsmarktlage anhaltend günstig. Die Arbeitslosenquote blieb im März mit 2,5 % niedrig. Das Lohnwachstum dürfte auch im laufenden Jahr kräftig ausfallen. Die vorläufigen Ergebnisse der diesjährigen Frühjahrslohnrunde

beinhalten eine tarifliche Lohnerhöhung um 3,8 %. ¹⁰⁾ Diese würde dazu beitragen, dass sich der Verbraucherpreisauftrieb nachhaltig verfestigt. Im März stiegen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 3,6 %. Vor allem die Nahrungsmittelpreise zogen kräftig an. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet lag bei 1,6 %. Mit Blick auf die Unsicherheit hinsichtlich der US-Zollpolitik ließ die japanische Notenbank trotz des recht kräftigen Preisanstiegs ihren Leitzins im Mai unverändert bei 0,5 %.

1.5 Lebhaftige Konjunktur im Vereinigten Königreich

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs expandierte im ersten Quartal schwungvoll. Das BIP stieg um 0,7 % im Vergleich zum Vorquartal. Dazu trug insbesondere eine lebhaftige Aktivität im Dienstleistungssektor bei. Zudem zog die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe merklich an, wozu Vorzieheffekte bei den Ausfuhren in Erwartung höherer US-Einfuhrzölle beitrugen. Die Bautätigkeit stagnierte. Trotz des kräftigen BIP-Wachstums im ersten Quartal trübte sich die Stimmung laut Unternehmensumfragen bis April merklich ein. Hierbei spielten wohl neben der Verunsicherung bezüglich der US-Handelspolitik auch Steigerungen der Lohnnebenkosten und des Mindestlohns eine Rolle. ¹¹⁾ Die Anfang Mai verkündete Handelsvereinbarung mit den USA könnte Unternehmen zuletzt wieder etwas zuversichtlicher gestimmt haben, weil zumindest die Gefahr einer weiteren Eskalation im bilateralen Handelsverhältnis gebannt scheint. ¹²⁾ Die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich etwas. Das Lohnwachstum gab leicht nach, lag zuletzt aber noch bei 5,5 % im Vorjahresvergleich. Seit Jahresbeginn schritt auch der Disinflationprozess voran. Die Vorjahresrate des HVPI sank im März weiter auf 2,6 %. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Teuerungsrate gab auf 3,4 % nach. Die britische Notenbank rechnete mit weiter voranschreitender Disinflation und senkte Anfang Mai ihren Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,25 %.

10 Die Verhandlungen erfassen nur einen kleinen Teil der japanischen Arbeitnehmer, haben aber Signalwirkung für die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung.

11 Seit April müssen Unternehmen höhere Abgaben zur Sozialversicherung leisten.

12 Die Vereinbarung sieht unter anderem vor, dass für bis zu 100 000 in die USA exportierte Personenkraftwagen der US-Einfuhrzoll von 27,5 % auf 10 % gesenkt wird. US-Zusatzzölle für Stahl und Aluminium sollen ganz gestrichen werden. Der US-Basiszollsatz soll jedoch weiterhin bei 10 % liegen. Die Zollbelastung für britische Exporte in die USA bleibt dadurch noch immer weit höher als vor dem Amtsantritt Trumps.

1.6 Polnische Wirtschaft an Tempo verloren

In Polen schwächte sich das Wirtschaftswachstum zum Jahresbeginn ab. Das reale BIP stieg nach vorläufigen Angaben im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt um 0,7 %, nachdem es im vierten Quartal noch mit doppelt so hoher Rate gewachsen war. Während die Aktivitäten im Dienstleistungssektor weiter kräftig expandierten, sank die Erzeugung von Industriegütern. Lediglich die Investitionsgüterproduktion legte nach einer längeren Schwächephase wieder zu. Im Bausektor stagnierte die Aktivität. Der private Verbrauch wuchs voraussichtlich nur verhalten. Die Einzelhandelsumsätze gingen preisbereinigt sogar zurück. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin durch Knappheiten geprägt. Die Arbeitslosenquote blieb auf dem niedrigen Stand von 2,7 %, und die Bruttolöhne im Unternehmenssektor stiegen im Vorjahresvergleich um rund 8 %. Die Inflationsrate sank im April im Vorjahresvergleich auf 4,3 %, nach 4,9 % im März. In Reaktion hierauf senkte die polnische Notenbank im Mai ihren Leitzins um 0,5 Prozentpunkte auf 5,25 %, die erste Zinsanpassung seit Oktober 2023.

2 Temporäre Wachstumsverstärkung im Euroraum

Im Euroraum legte die Wirtschaftsleistung im ersten Vierteljahr 2025 merklich zu.

Der Schnellschätzung von Eurostat zufolge stieg das BIP preis- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,3 %. Ohne Irland gerechnet wuchs es um 0,2 %. ¹³⁾ Im Vorquartal war das BIP im Euroraum etwas verhaltener gestiegen. Bei der jüngsten Wachstumsverstärkung dürften Vorzieheffekte in Erwartung höherer US-Zölle auf Einfuhren eine Rolle gespielt haben. ¹⁴⁾ Die nur leicht aufwärtsgerichtete konjunkturelle Grundtendenz im Euroraum insgesamt veränderte sich wohl nicht. Zwar hellte sich die Lage im Verarbeitenden Gewerbe etwas auf, der Schwung bei den Dienstleistungen ließ jedoch nach. Die konjunkturellen Aussichten sind nicht zuletzt angesichts der verstärkten protektionistischen Bestrebungen in den USA und der allgemein hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit verhalten. Die Produktionserwartungen fielen zuletzt im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistern deutlich schlechter aus als zuvor. Stützend dürften die gelockerten Finanzierungsbedingungen und die gesunkenen Rohstoffpreise wirken. Von den angekündigten Fiskalprogrammen sind erst im späteren Jahresverlauf spürbare Wachstumsimpulse zu erwarten.

Der private Verbrauch blieb aufwärtsgerichtet, verlor aber wohl an Schwung. Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen stiegen im Januar und Februar weniger stark als im Vorquartal, in dem sie aufgrund von Einmaleffekten sehr kräftig zugelegt hatten. Auch die Ausweitung der Einzelhandelsumsätze verlangsamte sich. Steigende Löhne im Zusammenspiel mit gemäßigten Teuerungsraten sorgten wohl weiterhin für eine günstige Einkommenssituation der privaten Haushalte. Gleichwohl sank das Verbrauchervertrauen im Verlauf des ersten Quartals spürbar. Vor allem die Erwartungen bezüglich der zukünftigen allgemeinen wirtschaftlichen Situation und der eigenen wirtschaftlichen Lage trübten sich merklich ein. In der Folge sank der Anteil der Haushalte, die aktuell größere Anschaffungen tätigen wollen.

13 Der statistische Ausweis des BIP wird in Irland wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018b).

14 Diese scheinen insbesondere für das irische BIP ein Wachstumstreiber gewesen zu sein. Hier wurde der Vorquartalswert um 3,2 % übertroffen.

Die Investitionstätigkeit expandierte zu Jahresbeginn allenfalls wenig.¹⁵⁾ Die Bauproduktion legte in den ersten beiden Monaten erneut zu, wohl weiterhin gestützt durch Infrastrukturmaßnahmen. Der Wohnungsbau scheint sich stabilisiert zu haben. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg bis zum Ende des Vorjahres spürbar an. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften hingegen gesunken sein. Nach dem starken Anstieg beim Erwerb von Transportmitteln vor dem Jahreswechsel scheint es hier eine Gegenbewegung gegeben zu haben. Die Inlandsumsätze der Produzenten von Kapitalgütern stiegen zudem im Januar und Februar preisbereinigt nur wenig. Die Aufwendungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für geistiges Eigentum dürften im Zuge des Digitalisierungstrends weiter zugelegt haben. Hierbei spielte wohl die zunehmende Nutzung von künstlicher Intelligenz eine Rolle (vgl. Exkurs "Nutzung von künstlicher Intelligenz im europäischen Ländervergleich").

15 Ohne Irland. Der statistische Ausweis der Investitionen insgesamt, insbesondere jedoch derer in geistiges Eigentum, wird dort seit mehreren Jahren wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018b).

Nutzung von künstlicher Intelligenz im europäischen Ländervergleich

Die raschen Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz (KI) wecken Hoffnungen auf Impulse für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Dies gilt insbesondere für den Euroraum, in dem die Produktivitätsgewinne seit geraumer Zeit schwach ausfallen. ¹⁾ Spürbare Produktivitätseffekte setzen dabei voraus, dass KI im Unternehmenssektor auf breiter Front eingesetzt wird.

Eine Umfrage zur Nutzung von KI in deutschen, spanischen und italienischen Unternehmen liefert Einblicke in das Ausmaß der KI-Nutzung in drei großen Euro-Ländern. Ermöglicht wird der Ländervergleich durch eine Kooperation der Deutschen Bundesbank, der Banca d'Italia und der Banco de España, die 2024 im Rahmen ihrer repräsentativen Unternehmensbefragungen harmonisierte Fragen zur KI-Nutzung stellten. ²⁾ Die Befragungen erfassen auch die Intensität der KI-Nutzung und heben sich damit wesentlich von anderen Erhebungen ab. ³⁾

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024b), Banca d'Italia (2024) sowie Banco de España (2025). Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Stichproben in allen drei Ländern auf Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitenden aus folgenden Sektoren begrenzt: Verarbeitendes Gewerbe, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bergbau, Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie wirtschaftliche Dienstleistungen (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft NACE B-N ohne NACE F und NACE K). Die Gesamtstichprobe in Deutschland enthält zusätzlich Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitenden und weitere Sektoren. Daher gibt es gewisse Unterschiede bei den hier präsentierten Ergebnissen und jenen der Gesamtstichprobe, vgl.: Deutsche Bundesbank (2024b).

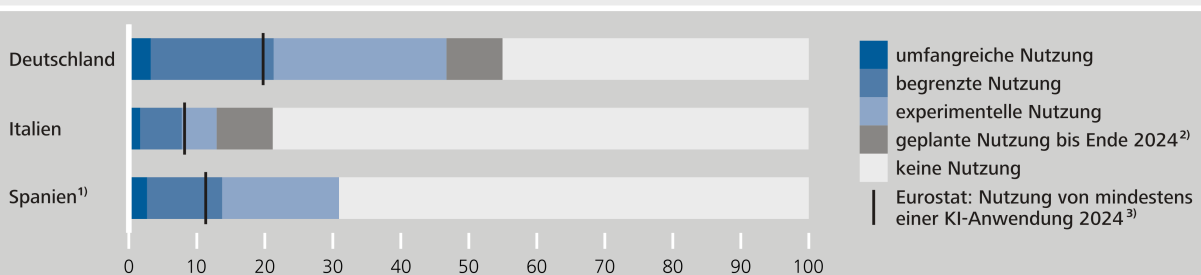
3 Dies gilt insbesondere für die Eurostat-Daten der Erhebung „EU survey on ICT usage and e-commerce in enterprises“, die auf Befragungen der jeweiligen nationalen Statistikämter basieren und lediglich erfassen, ob in den Unternehmen mindestens eine KI-Anwendung zum Einsatz kommt.

In deutschen Unternehmen war die KI-Nutzung 2024 laut Umfragen deutlich stärker ausgeprägt als in Spanien und Italien. Insgesamt gaben 47 % der deutschen Unternehmen an, KI bereits in umfangreichem, begrenztem oder experimentellem Umfang einzusetzen. In Spanien und Italien fiel die Gesamtnutzung mit 31 % beziehungsweise 13 % deutlich niedriger aus. Die umfangreiche Nutzung der Technologie war dabei in allen drei Ländern ähnlich gering. Die Unterschiede zwischen den Ländern bestehen vor allem bei der begrenzten und experimentellen KI-Nutzung. In Deutschland und Spanien nutzten 2024 deutlich mehr Unternehmen KI in begrenztem Maße (18 % beziehungsweise 11 %) als in Italien (6 %). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der experimentellen Nutzung, die in Deutschland und Spanien mit 25 % und 17 % die dominierende Nutzungsweise darstellte, in Italien mit 5 % hingegen deutlich niedriger ausfiel. Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass sich die Befragungszeiträume unterscheiden. Während italienische und deutsche Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 2024 befragt wurden (in Italien von Februar bis Mai, in Deutschland von April bis Juni), fanden die Befragungen spanischer Unternehmen erst im November 2024 statt. Dies kann den länderübergreifenden Vergleich verzerren, da die KI-Adaption im Verlauf des Jahres 2024 weiter zugenommen haben dürfte. So gaben in Deutschland und Italien weitere 8 % der Unternehmen an, KI zwar noch nicht zu nutzen, ihren Einsatz aber bis zum Jahresende 2024 zu planen.

Nutzung von künstlicher Intelligenz in Unternehmen in Deutschland, Italien und Spanien 2024^{*)}

Schaubild 1.13

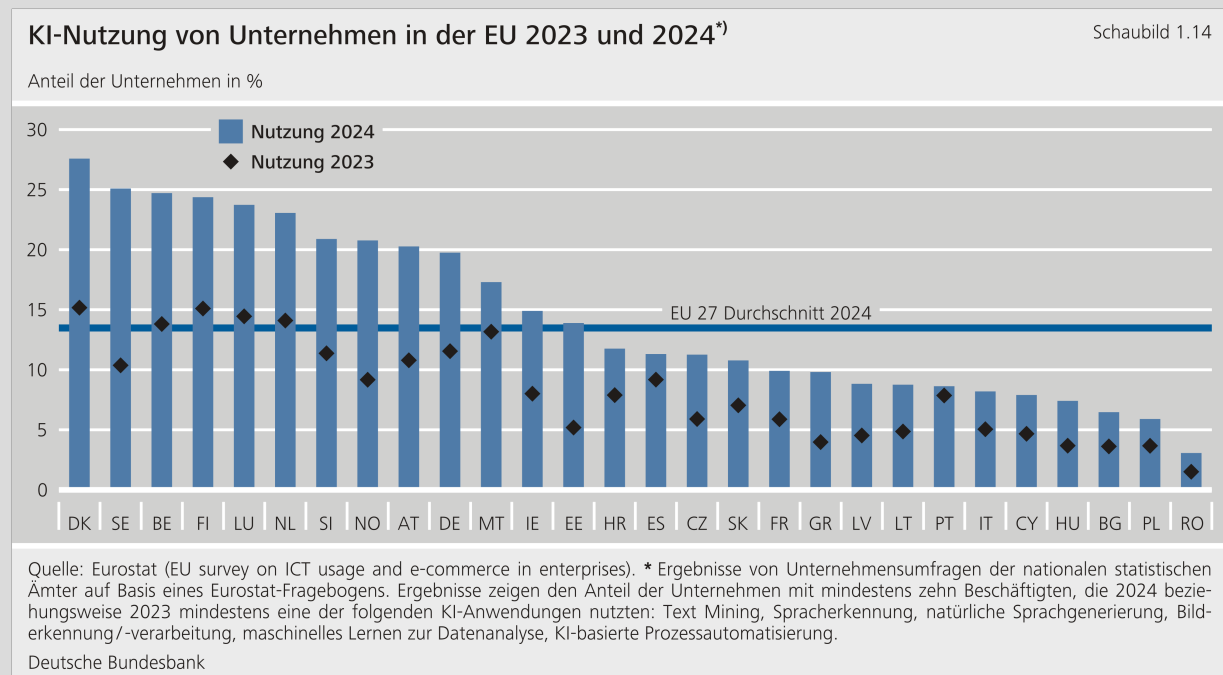
Anteil der Unternehmen in %



Quellen: Unternehmensumfragen der Bundesbank (BOP-F), der Banca d'Italia (INVIND) und der Banco de España (EBAE) sowie Eurostat. * Die Ergebnisse basieren auf repräsentativen Umfragen deutscher, italienischer und spanischer Unternehmen in den Zeiträumen von Februar bis Mai 2024 in Italien, April bis Juni 2024 in Deutschland und November 2024 in Spanien. Zur Harmonisierung der Daten gehen nur Antworten von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten ein, die folgenden Wirtschaftsbereichen zugeordnet sind: Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft, Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie weitere wirtschaftliche Dienstleistungen (NACE B-N ohne NACE F und NACE K). ¹ Zur Kategorie „keine Nutzung“ werden auch Unternehmen gezählt, die für 2025 eine geplante Nutzung angaben. ² Aufgrund des späteren Umfragezeitpunktes wurden spanische Unternehmen nicht nach einer geplanten Nutzung für 2024 befragt. ³ EU survey on ICT usage and e-commerce in enterprises. Die Ergebnisse zeigen den Anteil der Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten, die 2024 mindestens eine der folgenden KI-Anwendungen nutzten: Text Mining, Spracherkennung, natürliche Sprachgenerierung, Bilderkennung/-verarbeitung, maschinelles Lernen zur Datenanalyse, KI-basierte Prozessautomatisierung.

Deutsche Bundesbank

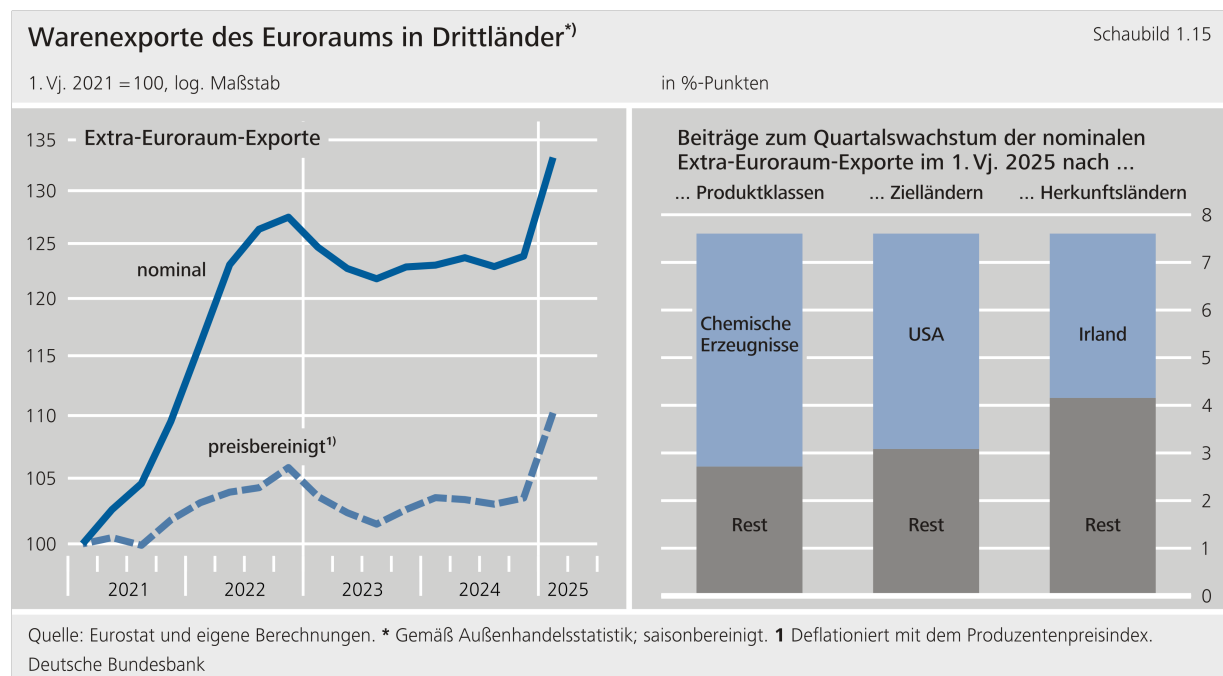
Weitere Umfrageergebnisse für einen breiteren Länderkreis stützen den Befund, dass die KI-Nutzung in Deutschland deutlich stärker als in Spanien oder Italien verbreitet ist. Die statistischen Ämter der EU-Mitgliedsländer erheben den Anteil der Unternehmen, die mindestens eine KI-Technologie einsetzen.⁴⁾ Dieser Wert entspricht für die drei oben betrachteten Euro-Länder weitgehend der Summe aus begrenzter und umfangreicher Nutzung. Die Ergebnisse der statistischen Ämter bestätigen die deutlich höhere KI-Nutzung in deutschen Unternehmen im Vergleich zu Spanien und Italien. Gleichwohl zählt Deutschland nicht zu den EU-Spitzenreitern. Im EU-Vergleich liegt Deutschland auf Rang neun, wobei insbesondere Unternehmen in den skandinavischen Ländern KI deutlich häufiger nutzen.



In der Gesamtschau zeigen die Umfragedaten für 2024, dass die KI-Nutzung in den Unternehmen sichtlich zunimmt. In allen EU-Ländern stieg die KI-Nutzung gegenüber 2023 zum Teil erheblich an. Gleichwohl besteht in vielen Ländern weiteres Nutzungspotenzial. Dass die Technologie noch vergleichsweise wenig intensiv genutzt wird, ist angesichts ihrer Neuheit wenig überraschend. Allerdings bedeutet dies auch, dass gesamtwirtschaftlich bedeutsame Produktivitätszuwächse aufgrund der Verbreitung von KI zumindest kurzfristig wenig wahrscheinlich sind.

4 Die von Eurostat veröffentlichten Daten sind Teil des „EU survey on ICT usage and e-commerce in enterprises“.

Die Wareneinfuhren in Drittländer legten laut Handelsstatistik kräftig zu. Der Anstieg war bei den Vorleistungen wohl besonders ausgeprägt. Auch die Exporte von Konsumgütern scheinen deutlich zugelegt zu haben. Die Ausfuhren von Investitionsgütern dürften dagegen nur leicht gestiegen sein. Nach Ländern gab es insbesondere bei den Exporten in die USA ein Plus. Die Ausfuhren in die Schweiz stiegen ebenfalls kräftig, die Exporte nach China und in das Vereinigte Königreich deutlich weniger stark.¹⁶⁾ Die schwungvollen Ausfuhren in die USA dürften auf Vorzieheffekte aufgrund der dortigen Zollankündigungen zurückgehen. Das betraf insbesondere Lieferungen von pharmazeutischen Produkten, vor allem aus Irland. Diese Transaktionen schlugen sich aber vermutlich nicht in vollem Umfang in der inländischen Wertschöpfung nieder, beispielsweise, wenn sie mit einem Abbau von Lagerbeständen einhergingen. Die Dienstleistungsexporte des Euroraums legten gemäß Zahlungsbilanzangaben in den ersten beiden Monaten des Jahres kräftig zu. Die Wareneinfuhren aus Drittländern stiegen preisbereinigt noch einmal merklich. Die Zuwächse waren über die Güterklassen hinweg wohl breit angelegt.



¹⁶ Die USA entwickelten sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Exportdestination des Euroraums. Im Jahr 2024 belief sich der Anteil der USA an den gesamten Extra-Euroraum-Exporten auf 17 %, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 10 % und China mit 7 %.

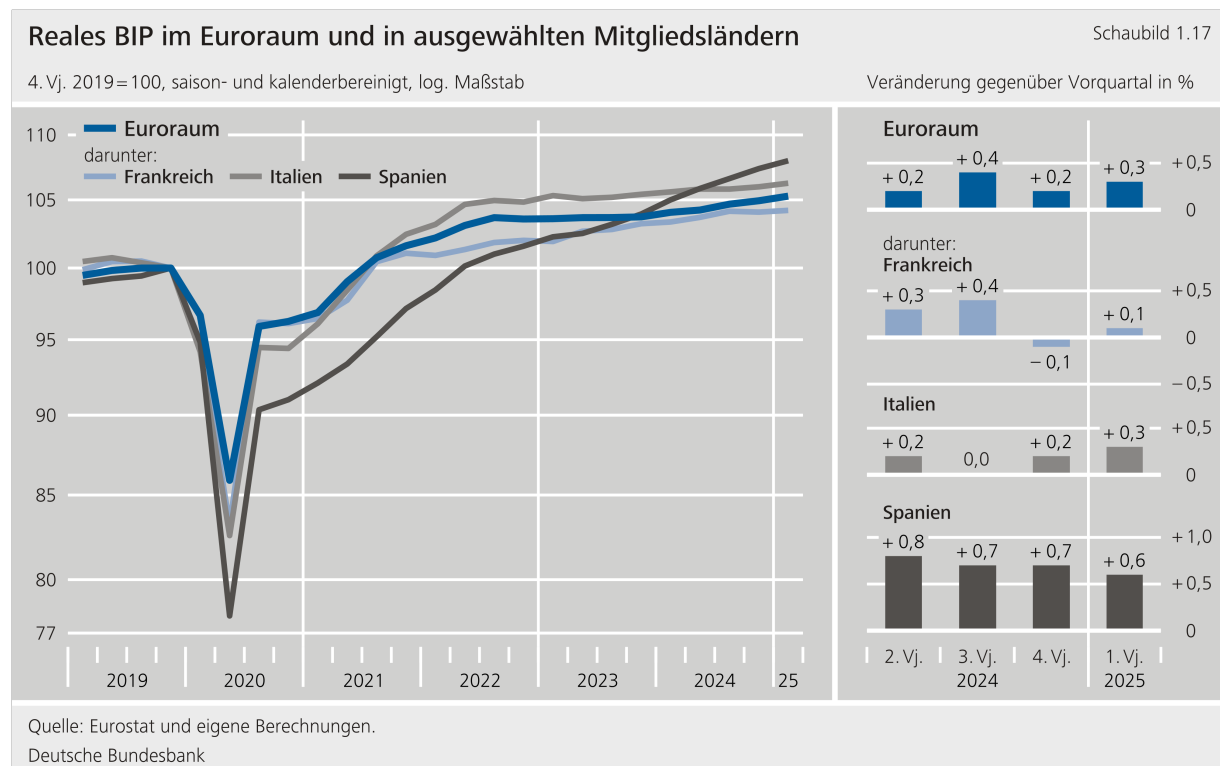
Im Verarbeitenden Gewerbe hellte sich die Lage etwas auf. Vor allem die Herstellung von Konsumgütern stieg im ersten Vierteljahr deutlich, aber auch die Erzeugung von Vorleistungen und von Kapitalgütern legte spürbar zu. Vermutlich im Zusammenhang mit den Vorzieheffekten im Handel mit den USA zog die Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen kräftig an. Die industrielle Kapazitätsauslastung erhöhte sich leicht, blieb aber unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Laut Umfragen der Europäischen Kommission näherten sich die Einschätzung der Neuaufträge wieder dem langfristigen Durchschnitt an, insbesondere bei Investitionsgütern. Der Preisdruck auf der Erzeugerstufe nahm wieder zu. Die Erzeuger- und Importpreise stiegen im Vorjahresvergleich spürbar, vor allem da die Energiepreise im ersten Vierteljahr 2025 deutlich höher waren als im ersten Vierteljahr des Vorjahres.



In den Dienstleistungsbranchen ließ der Schwung zum Jahresbeginn etwas nach. Zwar setzte sich in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie im Bereich Verkehr und Lagerei die spürbare Expansion fort. Der Tourismus scheint sich hingegen abgeschwächt zu haben. Die Geschäftstätigkeit im Gastgewerbe ging jedenfalls zuletzt zurück. Laut Umfragen der Europäischen Kommission belastete ein Mangel an Arbeitskräften die Dienstleistungsbranche. Zuletzt klagten die Unternehmen jedoch auch vermehrt über eine unzureichende Nachfrage.

Die Wirtschaftsleistung stieg im ersten Vierteljahr in den meisten Mitgliedsländern an, teilweise aber nur mäßig. Die Vorzieheffekte aufgrund verstärkter Exporte in die USA waren nur in wenigen Ländern des Euroraums bedeutsam, insbesondere in Irland. Wichtiger war wohl die sich schon länger abzeichnende Stabilisierung im Verarbeitenden Gewerbe und die Stärkung der Baukonjunktur in einigen Ländern. Die Eintrübung im Gastgewerbe schwächte die Expansion in den südlichen Ländern ab.

Die französische Wirtschaft blieb zu Jahresbeginn kraftlos. Das reale BIP legte laut der ersten Schätzung geringfügig um 0,1 % zu. Der private Verbrauch verlor weiter an Schwung und kam nicht über das Niveau des Vorquartals hinaus. Die Investitionen gingen erneut zurück, vor allem bei den Bauten und den Ausrüstungen. Die Exporte sanken ebenfalls, während die Importe anstiegen. Lediglich vom Lageraufbau ergab sich nach den bisherigen vorläufigen Angaben ein deutlich positiver Wachstumsbeitrag. Entstehungsseitig setzte sich der Rückgang der Wertschöpfung im Baugewerbe fort. Im Verarbeitenden Gewerbe gab es dagegen erstmals seit Ende 2023 wieder Zugewinne. Bei den Dienstleistern expandierte die Geschäftstätigkeit leicht.



In Italien legte die Wirtschaftsleistung im ersten Vierteljahr spürbar zu. Das reale BIP stieg vorläufigen Angaben zufolge um 0,3 %. Impulse kamen wohl von den Warenexporten, die von einer höheren Auslandsnachfrage und zollbedingten Vorzieheffekten profitierten. Darüber hinaus erholte sich die Binnennachfrage. Der private Verbrauch dürfte dank höherer real verfügbarer Einkommen gestiegen sein. Zudem verstärkte sich wohl die Investitionstätigkeit, insbesondere hinsichtlich Bautätigkeiten. Auch die industrielle Erzeugung legte zu. Die Aktivität der Dienstleister stagnierte hingegen.

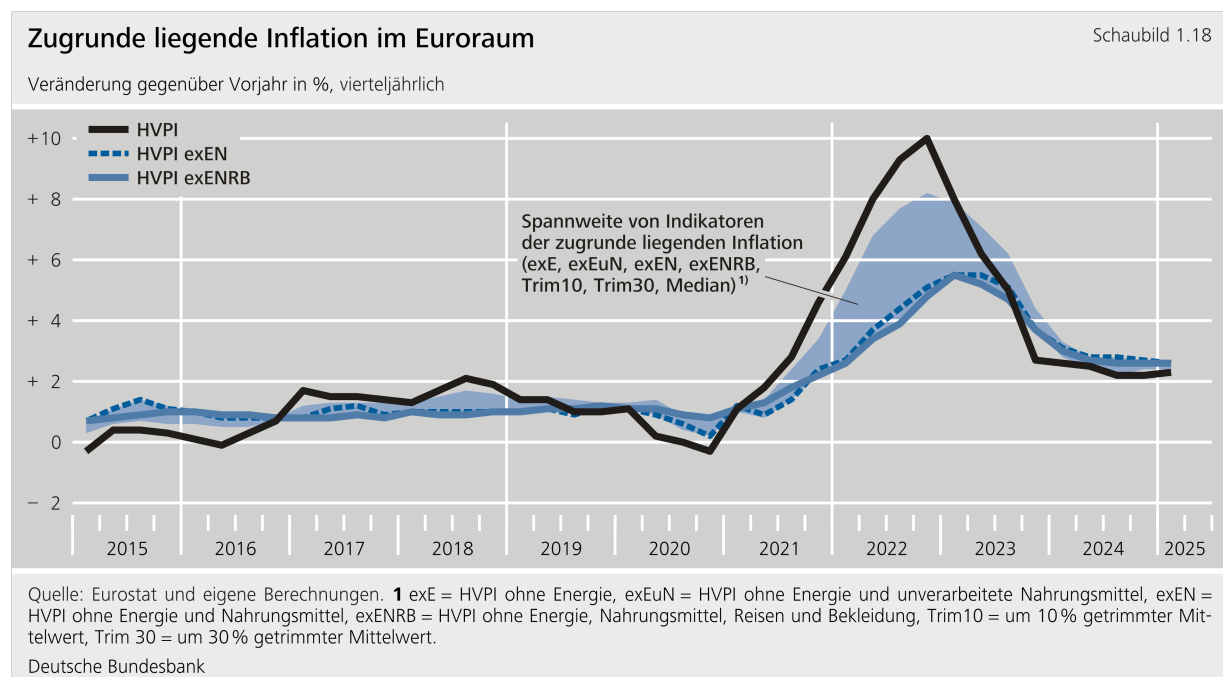
Der Aufwärtstrend in Spanien hielt weiterhin an. Das reale BIP stieg laut der ersten Schätzung im Winterquartal 2025 um 0,6 %. Dabei blieb das Wachstum breit angelegt. Privater und öffentlicher Verbrauch sowie die Investitionstätigkeit legten zu. In der Folge stiegen die Einfuhren merklich, aber auch die Ausfuhren insbesondere von Diensten wurden ausgeweitet. Entstehungsseitig profitierte insbesondere die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. In den Bereichen der Dienstleistungen und der Bauwirtschaft nahm die Aktivität ebenfalls zu, die Wachstumsraten gaben jedoch im Vergleich zum Vorquartal nach.

In den übrigen Mitgliedsländern ergab sich ein gemischtes Bild. In Belgien, Litauen und Zypern stieg die Wirtschaftsleistung merklich. In den Niederlanden schwächte sich das Wachstum weiter ab. Ein kleines Plus gab es auch in Österreich, Finnland, der Slowakei und Estland. In Portugal sank das reale BIP, nach einem besonders kräftigen Anstieg im Vorquartal. In Slowenien ließ die gesamtwirtschaftliche Aktivität ebenfalls nach.

Die Lage am Arbeitsmarkt blieb zu Jahresbeginn insgesamt günstig, aber es mehrten sich Zeichen für eine gewisse Eintrübung. Die Zahl der Beschäftigten stieg im ersten Quartal nochmals an, und die Arbeitslosenquote blieb auf dem Tiefstand von 6,2 %. Allerdings stieg die Zahl der Arbeitslosen etwas, vor allem in den größeren Ländern des Euroraums. Die Stimmung am Arbeitsmarkt trübte sich weiter ein. Die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen sinken bereits seit mehreren Monaten, während die Arbeitslosigkeitserwartungen laut Verbraucherbefragung stiegen. Das Lohnwachstum dürfte sich im ersten Quartal 2025 weiter abschwächen und auf weniger als 4 % gegenüber dem Vorjahr gefallen sein.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen im ersten Vierteljahr 2025 etwas kräftiger an als zuvor. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,8 % und damit etwas stärker als in den drei vorhergehenden Quartalen. Vor allem die Energiepreise stiegen erstmals wieder merklich, nachdem sie längere Zeit gesunken waren. Dienstleistungen verteuerten sich weiterhin kräftig und etwas stärker als noch im Herbst. Bei Nahrungsmitteln nahm der Preisauftrieb etwas ab, blieb aber moderat. Bei Industrieerzeugnissen ohne Energie verharrte er auf niedrigem Niveau.

Im Vorjahresvergleich zog die Inflationsrate wieder leicht auf 2,3 % an. Das lag vor allem an den Energiepreisen, deren Beitrag zur Inflationsrate im Gegensatz zu den letzten beiden Quartalen nicht mehr negativ war. In den anderen Bereichen schwächte sich der Preisauftrieb dagegen geringfügig ab (Dienstleistungen, Nahrungsmittel) oder blieb moderat (Industrieprodukte ohne Energie). Bei den Waren ohne Energie dürfte der Disinflationprozess größtenteils abgeschlossen sein. Die Teuerung im Dienstleistungsbereich war dagegen mit 3,7 % weiterhin hoch. Entsprechend lag die Kerninflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel mit 2,6 % immer noch deutlich über dem Mittelwert der letzten 25 Jahre, obwohl sie zum zweiten Mal in Folge gesunken war.



Im April 2025 verharrte die Inflationsrate bei 2,2 %. Der Preisauftrieb bei Dienstleistungen verstärkte sich merklich, vor allem wegen höherer Reisepreise im Zusammenhang mit Ostern. Dies wirkte dem spürbaren Rückgang der Energiepreise entgegen, die der Abwärtsbewegung an den internationalen Rohstoffmärkten folgten. Industriegüter ohne Energie und Nahrungsmittel verteuerten sich im Einklang mit ihren längerfristigen Mittelwerten. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel), die im März auf 2,4 % gesunken war, stieg durch die höhere Teuerung im Dienstleistungsbereich wieder merklich auf 2,7 % an.

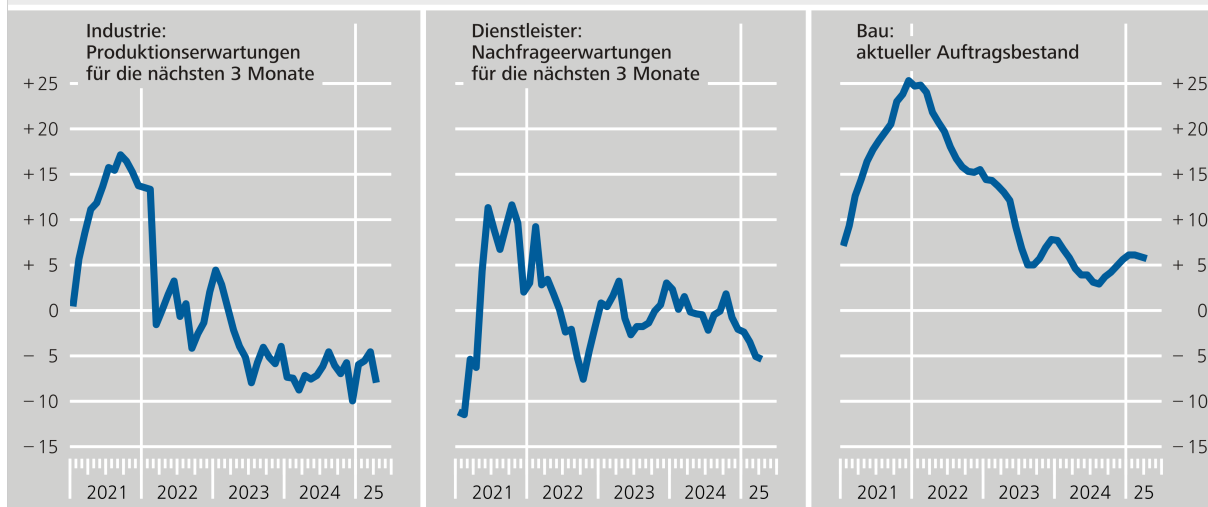
Der Inflationsausblick für den Euroraum unterliegt erhöhter Unsicherheit. Die Energierohstoffpreise fielen zuletzt stark. Dazu trugen unter anderem Nachfragesorgen aufgrund der Handelspolitik der US-Regierung bei. Zugleich wertete der US-Dollar in der Tendenz gegenüber dem Euro ab. Ob es sich bei diesen Entwicklungen nur um kurzfristige Schwankungen oder um nachhaltige Änderungen handelt, bleibt abzuwarten. Grundsätzlich dämpfen niedrigere Energierohstoffpreise und ein höherer Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar die Inflationsrate vor allem im Bereich der Energie und der Industriegüter ohne Energie. Andererseits könnte ein eskalierender Zollstreit mit Gegenzöllen der EU auf Importe aus den USA den Preisauftrieb auf den vorgelagerten Stufen verstärken. Außerdem sind die Maße der zugrunde liegenden Inflation weiterhin etwas erhöht, was auf noch anhaltende Aufwärtsrisiken hindeutet.¹⁷⁾ Der Disinflationsprozess bei den Dienstleistungen erscheint grundsätzlich intakt. Hierzu tragen nachlassende Lohnsteigerungen und die verzögerte Wirkung der restriktiven Geldpolitik bei. Allerdings verstärkte sich im April der Preisauftrieb bei Dienstleistungen überraschend. Daher gilt es, gerade in diesem Bereich die Preisentwicklung genau zu beobachten.

17 Vgl. dazu auch den Exkurs „Die jüngere Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland“ im Artikel „Konjunktur in Deutschland“.

Stimmungsindikatoren für den Euroraum

Schaubild 1.19

Abweichungen vom langfristigen Mittelwert, monatlich, saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Für das laufende Quartal zeichnet sich im Euroraum eine Abschwächung des BIP-Wachstums ab. Bei den Ausfuhren könnte es in Erwartung weiterer Zollanhebungen nochmals Vorzieheffekte geben. Früher oder später dürfte es hier aber zu Gegenbewegungen kommen. Seit Jahresbeginn stieg zudem die Unsicherheit über die künftige Außenhandelspolitik und die allgemeine wirtschaftspolitische Ausrichtung in den USA und deren Folgen beträchtlich an. Untersuchungen zeigen, dass ein dauerhafter Anstieg der Unsicherheit insbesondere die Investitionstätigkeit spürbar beeinträchtigen könnte (siehe Exkurs „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhöhter Unsicherheit“). Dazu passt, dass sich die Produktionserwartungen im Verarbeitende Gewerbe trotz günstigerer Auftragslage wieder verschlechterten. Zusätzlich trübte sich der Ausblick bei den Dienstleistern ein. Der private Verbrauch dürfte angesichts schwächer steigender Realeinkommen und hoher Unsicherheit langsamer ausgeweitet werden. Das Verbrauchervertrauen fiel jedenfalls seit Februar wieder weiter unter seinen langfristigen Durchschnitt. Unterstützend dürften dagegen die gelockerten Finanzierungsbedingungen und die gesunkenen Rohstoffpreise wirken. Von den angekündigten Ausgabenprogrammen für Verteidigung und Infrastruktur sind zwar erst mittelfristig spürbare direkte Wachstumsimpulse zu erwarten, sie können aber bereits im laufenden Jahr zur Stabilisierung der Erwartungen beitragen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum im laufenden und im kommenden Quartal nur wenig expandieren.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 20. Mai 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Amiti, M., S. J. Redding und D. E. Weinstein (2020), Who's Paying for the US Tariffs? A Longer-Term Perspective, American Economic Association, Papers and Proceedings, Vol. 110, S. 541 – 546.

Banca d'Italia (2024), Survey of Industrial and Service Firms in 2023: Main results, Statistics, Juni 2024.

Banco de España (2025), Adoption of artificial intelligence in Spanish firms: an initial analysis based on the Banco de España Business Activity Survey, Economic Bulletin, 2025/Q2, Article 6.

Bernard, S., L. de Greef, I. Hurst, A. I. Kaya, I. Liadze und B. Naisbitt (2024), The Effects of Higher US Tariffs, National Institute of Economic and Social Research, Global Economic Outlook Topical Feature, Oktober 2024, S. 64 – 77.

Bloom, N. (2009), The Impact of Uncertainty Shocks, Econometrica, Vol. 77(3), S. 623 – 685.

Bureau of Economic Analysis (2025), Gross Domestic Product, 1st Quarter 2025 (Advance Estimate), News Release, 30. April 2025.

Caldara, D., M. Iacoviello, P. Molligo, A. Prestipino und A. Raffo (2020), The economic effects of trade policy uncertainty, Journal of Monetary Economics, Vol. 109, S. 38 – 59.

Cavallo, A., P. Llamas und F. Vazquez (2025), Tracking the Short-Run Price Impact of U.S. Tariffs, Harvard Business School: Faculty & Research, Working Paper, Mai 2025.

Clark, H. L. (2025), U.S. Imports from China Have Fallen by Less Than U.S. Data Indicate, Federal Reserve Bank of New York, Liberty Streets Economics Blog, 26. Februar 2025.

Deutsche Bundesbank (2024a), Zu möglichen Auswirkungen angekündigter Maßnahmen der designierten US-Regierung auf die deutsche Wirtschaft, Monatsbericht, Dezember 2024.

Deutsche Bundesbank (2024b), Verbreitung und Einsatzziele künstlicher Intelligenz in deutschen Unternehmen, Monatsbericht, Dezember 2024.

Deutsche Bundesbank (2021), Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum, Monatsbericht, Januar 2021, S. 15 – 47.

Deutsche Bundesbank (2020), Folgen des zunehmenden Protektionismus, Monatsbericht, Januar 2020, S. 49 – 71.

Deutsche Bundesbank (2018a), Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Unsicherheit, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 49 – 65.

Deutsche Bundesbank (2018b), Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 67 – 81.

Europäische Zentralbank (2025), Auswirkungen der Handelsspannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China auf den Euroraum – Erkenntnisse zu Zöllen aus der Zeit der ersten Trump-Regierung, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 3/2025, S. 49 – 55.

Freund, C., A. Mattoo, A. Mulabdic und M. Ruta (2024), Is US trade policy reshaping global supply chains?, Journal of International Economics, Vol. 152.

Ghirelli, C., J. J. Pérez und A. Urtasun (2019), A new economic policy uncertainty index for Spain, Economics Letters, Vol. 182, S. 64 – 67.

Handley, K. und N. Limão (2022), Trade Policy Uncertainty, Annual Review of Economics, Vol. 14, S. 363 – 395.

Handley, K. und J. F. Li (2020), Measuring the Effects of Firm Uncertainty on Economic Activity: New Evidence from One Million Documents, National Bureau of Economic Research, Working Paper, Nr. 27896.

Hantzsche, A., M. Lopresto und G. Young (2018), Using NiGEM in uncertain times: Introduction and overview of NiGEM, National Institute of Economic and Social Research, National Institute Economic Review, Vol. 244, S. R1 – R14.

Hinz, J., I. Méjean und M. Schularick (2025), The consequences of the Trump trade war for Europe, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Kiel Policy Brief, Nr. 190.

Internationale Energieagentur (2025), Oil Market Report, April 2025.

Internationaler Währungsfonds (2025), World Economic Outlook: A Critical Juncture amid Policy Shifts, April 2025.

Jurado, K., S. C. Ludvigson und S. Ng (2015), Measuring Uncertainty, American Economic Review, Vol. 105(3), S. 1177 – 1216.

Krippner, L. (2013), Measuring the stance of monetary policy in zero lower bound environments, Economics Letters, Vol. 118(1), S. 135 – 138.

Ludvigson, S. C., S. Ma und S. Ng (2021), Uncertainty and Business Cycles: Exogenous Impulse or Endogenous Response?, American Economic Journal: Macroeconomics, Vol. 13(4), S. 369 – 410.

Meinen, P. und O. Röhe (2018), To sign or not to sign? On the response of prices to financial and uncertainty shocks, Economics Letters, Vol. 171, S. 189 – 192.

The White House (2025), Regulating Imports with a Reciprocal Tariff to Rectify Trade Practices that Contribute to Large and Persistent Annual United States Goods Trade Deficits, Executive Order, 2. April 2025.

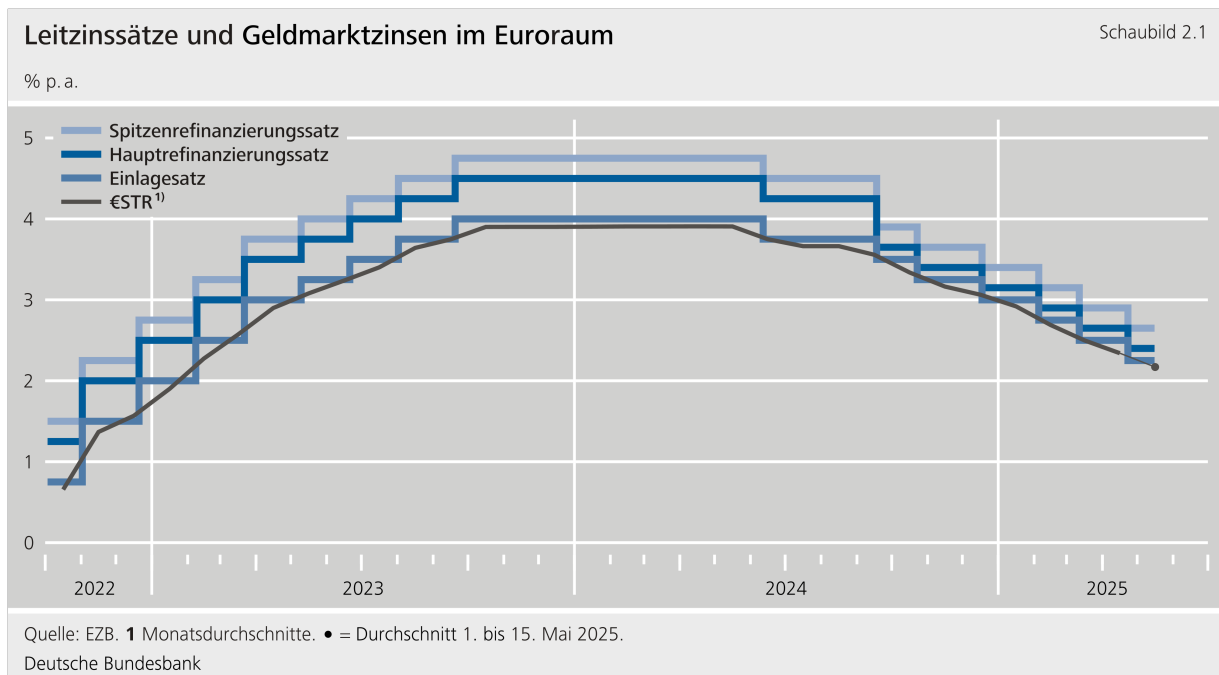
Welthandelsorganisation (2025), Global Trade Outlook and Statistics, April 2025.

Geldpolitik und Bankgeschäft

1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Auf seinen geldpolitischen Sitzungen im März und April 2025 senkte der EZB-Rat die Leitzinssätze um jeweils 25 Basispunkte. Mit diesen Zinssenkungen notierte der Zinssatz für die Einlagefazilität, mit dem der EZB-Rat den geldpolitischen Kurs steuert, bei 2,25 % (siehe Schaubild 2.1). Der Disinflationsprozess schreitet aus Sicht des EZB-Rats gut voran. Die Inflation hat sich im Wesentlichen weiterhin im Einklang mit den Erwartungen der Fachleute entwickelt. Die jüngsten Projektionen stimmen eng mit den bisherigen Inflationsaussichten überein. EZB-Fachleute erwarten nun eine Gesamtinflation von durchschnittlich 2,3 % für 2025, 1,9 % für 2026 und 2,0 % für 2027. In der Aufwärtsrevision der Gesamtinflation für 2025 spiegeln sich höhere Energiepreise wider. Die meisten Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation deuten darauf hin, dass sich die Inflation nachhaltig im Bereich des mittelfristigen Zielwerts von 2 % einpendeln wird.¹⁾ Die Binneninflation hingegen bleibt hoch.

1 Vgl. dazu auch Schaubild 1.18 im Artikel "Internationales und europäisches Umfeld" sowie den Exkurs "Die jüngere Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland" im Artikel "Konjunktur in Deutschland".



Der EZB-Rat betonte in seiner Kommunikation nach beiden Sitzungen die wachsende und außergewöhnlich hohe Unsicherheit, durch welche die gegenwärtige Situation geprägt ist. Insbesondere in einer solchen Situation wird die Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses von der Datenlage abhängen und weiterhin von Sitzung zu Sitzung erfolgen.

Die kurzfristigen Geldmarktsätze vollzogen die Senkungen der Leitzinsen vollständig nach. Nach der Senkung der Leitzinsen im April notierte die Euro Short-Term Rate (€STR) zuletzt bei 2,168 % und damit rund 8 Basispunkte unterhalb des neuen Niveaus des Einlagesatzes.

Marktteilnehmer erwarten mindestens eine weitere Zinssenkung bis Ende 2025. Die vor der Sitzung im April durchgeführte geldpolitische Umfrage des Eurosystems (Survey of Monetary Analysts) zeigte an, dass die Teilnehmer im Median noch eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte im Juni erwarten. Allerdings lag der größte Teil des Umfragezeitraums noch vor der Ankündigung der US-Zölle. Die Geldmarktterminalsätze preisen dagegen aktuell zwei weitere Zinssenkungen im laufenden Jahr voll ein. Für die Juni-Sitzung ist ein Zinsschritt um 25 Basispunkte nahezu vollständig eingepreist.

Die geldpolitischen Wertpapierbestände waren seit Mitte Februar weiter rückläufig. Ursache des Rückgangs sind weiterhin die auslaufenden und nicht wiederangelegten Wertpapiere im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) und im Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP). Insgesamt hielt das Eurosystem am 2. Mai dem APP zugehörige Aktiva in Höhe von 2 530,6 Mrd €. Die im Rahmen des PEPP ausgewiesenen Wertpapierbestände lagen am selben Tag bei 1 530,5 Mrd €.

Die Überschussliquidität nahm weiterhin ab. Ihr Volumen lag zuletzt bei 2 733 Mrd €. Für den Rückgang waren die auslaufenden Wertpapiere im APP und PEPP hauptverantwortlich.

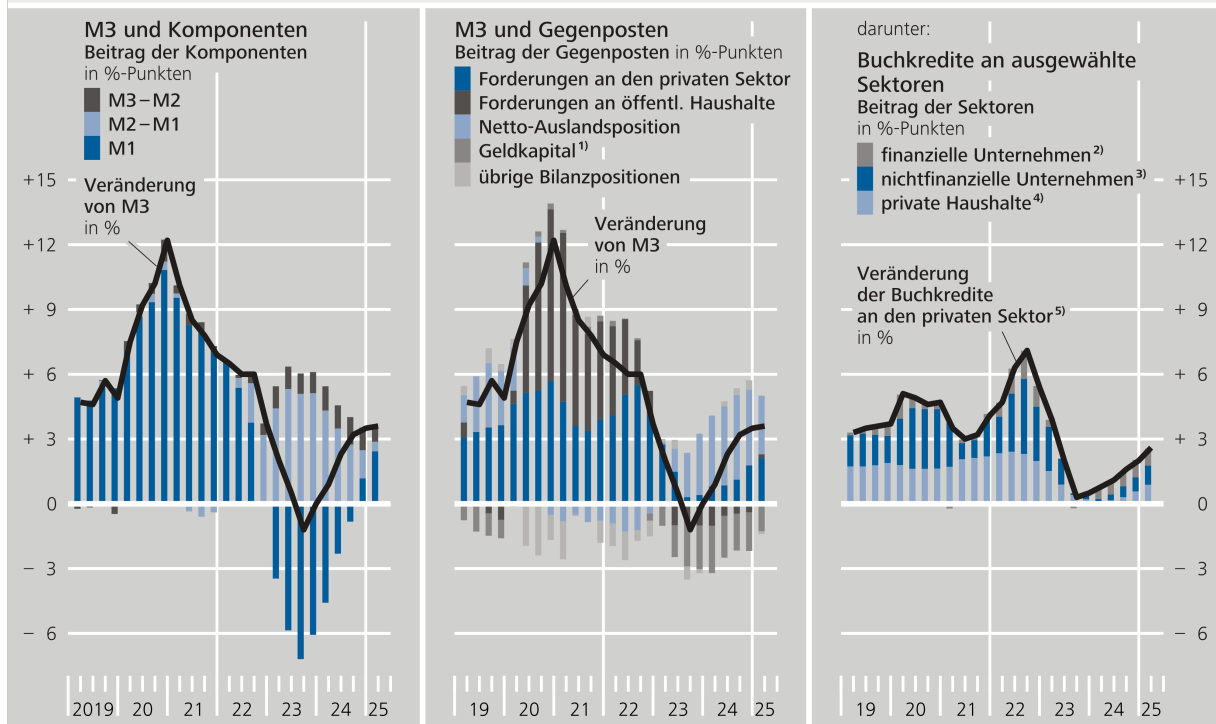
2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Der Anstieg des breit gefassten Geldmengenaggregats M3 setzte sich im ersten Quartal 2025 fort. Die monetäre Dynamik stabilisierte sich weiter; die Jahreswachstumsrate von M3 lag Ende März bei 3,6 % (siehe Schaubild 2.2). Der Zuwachs zu M3 stammte insbesondere aus Zuflüssen in täglich fällige Einlagen, während die übrigen kurzfristigen Einlagen wie bereits im Vorquartal rückläufig waren. Mit diesen Umschichtungen innerhalb des Geldmengenaggregats reagierten die geldhaltenden Sektoren auf die rückläufigen Zinsen für kurzfristige Termineinlagen; zugleich gewannen Anlagen außerhalb von M3 aufgrund des Anstiegs der längerfristigen Zinsen zum Teil wieder an Attraktivität. Auf der Entstehungsseite bildete die Kreditvergabe der Banken an heimische Nichtbanken den mit Abstand bedeutendsten Gegenposten zum Geldmengenwachstum. Ausschlaggebend dafür war die Dynamik bei den Buchkrediten an private Haushalte. Aber auch die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen legten weiter zu. Der Fortgang dieser Erholung dürfte nicht zuletzt vom Ausgang der aktuellen Handelskonflikte und ihren Folgen für die einzelnen Mitgliedsländer abhängen. Für das zweite Quartal beabsichtigen die im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken eine weitere Straffung der Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft, auch weil sie mit sich weiter verschlechternden Kreditqualitätsindikatoren rechnen.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euroraum

Schaubild 2.2

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsendstände, saisonbereinigt



Quelle: EZB. ¹ Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. ² Nichtmonetäre finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. ³ Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. ⁴ Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁵ Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden.

Deutsche Bundesbank

Die Geldhaltung privater Nichtbanken nahm im ersten Quartal 2025 weiter zu, allerdings mit verringerter Dynamik. Aufgestockt wurden vor allem täglich fällige Einlagen, darüber hinaus auch kurzfristige Spareinlagen sowie marktnah verzinste Geldmarktfondsanteile und kurzfristige Bankschuldverschreibungen (siehe Tabelle 2.1). Täglich fällige Einlagen wurden insbesondere von privaten Haushalten und finanziellen Unternehmen aufgebaut. Offensichtlich veranlasste die zunehmende Volatilität an den Finanzmärkten finanzielle Unternehmen, unter ihnen vor allem Investmentfonds, Mittel in liquiden Anlagen zu parken. Private Haushalte schichteten noch stärker als im Vorquartal Mittel von kurzfristigen Termineinlagen in täglich fällige Einlagen um. Ursächlich hierfür waren die sukzessiven geldpolitischen Leitzinssenkungen: Sie haben die Renditedifferenzen zwischen diesen beiden kurzfristigen Anlageformen inzwischen erkennbar reduziert. Per saldo verloren M3-Einlagen vor dem Hintergrund der gestiegenen Renditen an den Kapitalmärkten gegenüber den Vorquartalen jedoch an Attraktivität. Dies führte dazu, dass private Haushalte ihre Ersparnisse auch in anderen Anlageformen, wie Investmentfondsanteilen, anlegten.

Nichtfinanzielle Unternehmen reduzierten ihre Geldhaltung per saldo. Sie bauten sowohl täglich fällige Einlagen als auch kurzfristige Termineinlagen ab. Nach dem ungewöhnlich starken Aufbau täglich fälliger Einlagen im Vorquartal spiegelt der Abbau im Berichtsquartal vor allem Tilgungen kurzfristiger Unternehmenskredite sowie die Verwendung liquider Mittel für Betriebsausgaben wider. Dies bestätigt auch die Unternehmensumfrage SAFE (Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln).²⁾

Trotz des Anstiegs der langfristigen Zinsen blieb die Nachfrage der Anleger nach längerfristigen Bankschuldverschreibungen und Bankeinlagen begrenzt. Da die Banken zudem weniger Kapital und Rücklagen aufbauten als im Vorquartal, schwächte sich der dämpfende Einfluss der Geldkapitalbildung auf das Geldmengenwachstum weiter ab. Dies gilt insbesondere im Vorjahresvergleich, als die Banken noch in großem Umfang längerfristige Bankschuldverschreibungen emittierten, weil sie Finanzmittel für die Rückzahlung der GLRG III-Darlehen benötigten.

2 Die Umfragedaten legen nahe, dass viele der befragten Unternehmen ihre Betriebsausgaben im ersten Quartal 2025 über ausreichende interne Mittel und damit über Einlagen finanzieren konnten.

Tabelle 2.1: Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors im Euroraum¹⁾

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2024 4. Vj.	2025 1. Vj.	Passiva	2024 4. Vj.	2025 1. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euroraum	138,0	118,9	Von Zentralstaaten gehaltene Bestände ³⁾	- 25,4	- 10,7
davon:					
Buchkredite	100,7	117,2	GeldmengeM3	166,7	108,4
Buchkredite, bereinigt ²⁾	125,5	116,4	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	37,3	1,7	Bargeld und täglich fällige Einlagen(M1)	178,0	119,9
			Übrige kurzfristige Einlagen(M2-M1)	- 29,9	- 26,3
Kredite an öffentliche Haushalte im Euroraum	5,9	28,9	Marktfähige Finanzinstrumente(M3-M2)	18,7	14,8
davon:					
Buchkredite	11,0	6,6	Geldkapital	72,4	27,2
Wertpapierkredite	- 5,1	22,3	davon:		
			Kapital und Rücklagen	59,1	16,1
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	103,3	13,8	Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	13,3	11,1
Andere Gegenposten vonM3	- 33,5	- 36,5			

1 Statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 2 Bereinigt um Kreditverkäufe, Kreditverbriefungen und um Positionen im Zusammenhang mit durch MFIs erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen. 3Einschließlich Einlagen der Zentralstaaten beim MFI-Sektor sowie der von Zentralstaaten gehaltenen Wertpapiere, die vom MFI-Sektor begeben wurden.

Auf der Entstehungsseite trug die Kreditvergabe an inländische Nichtbanken am meisten zum Wachstum der Geldmenge bei. Buchkredite an private Haushalte spielten dabei die größte Rolle, aber auch die Ausleihungen an finanzielle und nichtfinanzielle Unternehmen nahmen deutlich zu. Daneben stiegen auch die Kredite der Banken an den öffentlichen Sektor, die im ersten Quartal 2025 höhere Zuflüsse als im Vorquartal verzeichneten. Dies lag daran, dass die Banken ihre Bestände an Staatsanleihen aus dem Euroraum im Berichtsquartal per saldo stärker aufstockten, als die Bestände des Eurosystems aus den geldpolitischen Ankaufprogrammen sanken.

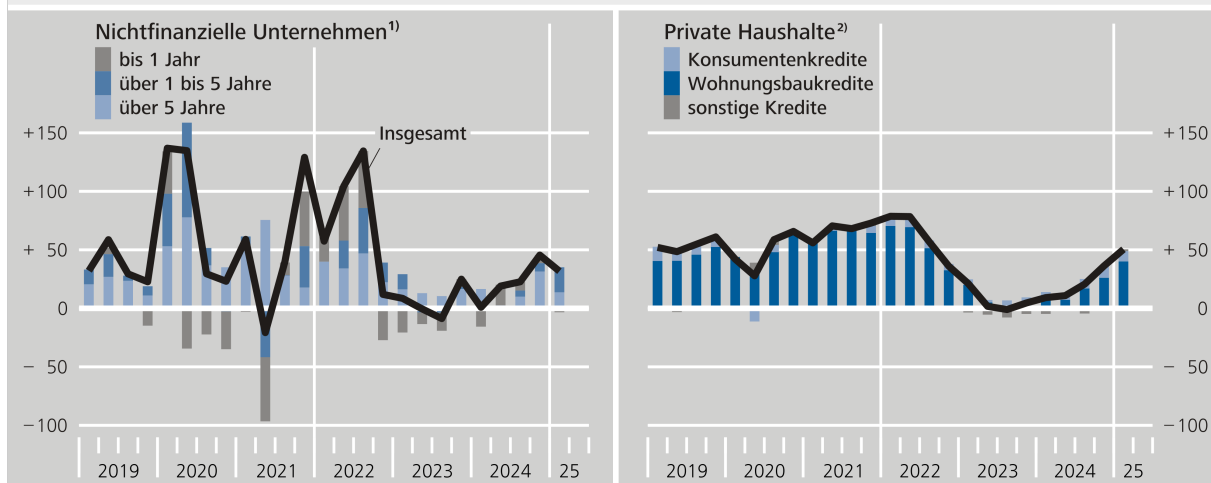
Die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen setzten ihre allmähliche Erholung fort. Der Zufluss war zwar etwas geringer als im Vorquartal, als die Unternehmen angesichts der günstigen Zinskonstellation in größerem Umfang Anleihen durch Buchkredite substituiert hatten. Insgesamt deutet die Grundtendenz der Kreditvergabe aber auf eine Verstetigung der Erholung der Kreditvergabe hin (siehe Schaubild 2.3). Die Zuwächse konzentrierten sich dabei auf das mittlere bis lange Laufzeitband, das üblicherweise für die Investitionstätigkeit der nichtfinanziellen Unternehmen relevant ist. Die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten nahm dagegen ab; ursächlich dafür war nach Ansicht der im BLS befragten Bankmanager ein geringerer Mittelbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel.

Allerdings blieb die Erholung der Kreditvergabe bislang verhalten und könnte auch im zweiten Quartal gedämpft bleiben. Zwar stützt der fortgesetzte Rückgang der Kreditzinsen für sich genommen die Kreditnachfrage. Jedoch bremst die erratische US-Zollpolitik die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen laut der Unternehmensumfrage SAFE im zweiten Quartal 2025 zwar einen leichten Anstieg ihrer Investitionen erwarten. Es ist jedoch unklar, ob dies zu einer höheren Kreditnachfrage führt, da die Unternehmen auch berichteten, dass sie aufgrund ausreichender Eigenmittel bislang keine Kredite benötigten.

Buchkredite des MFI-Sektors an den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum^{*)}

Schaubild 2.3

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



* Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden. ¹ Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. ² Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds strafften die BLS-Banken ihre Richtlinien für Unternehmenskredite per saldo weiter, wenn auch nur geringfügig. Die Banken begründeten die neuerliche Straffung in erster Linie mit den ihrer Ansicht nach gestiegenen Kreditrisiken; diesen Anstieg führten sie auf die gedämpfte Wirtschaftslage sowie auf branchen- und firmenspezifische Faktoren zurück. Insbesondere hatten die Höhe der Quote notleidender Kredite und weitere Indikatoren für die Kreditqualität laut den BLS-Banken einen restriktiven Einfluss. Für das Folgequartal planen die Banken eine weitere Straffung der Richtlinien.

Das Buchkreditgeschäft der Banken mit privaten Haushalten legte im ersten Quartal 2025 weiter zu. Insbesondere bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten bestätigte sich der bereits in den Vorquartalen beobachtete Aufwärtstrend (siehe Schaubild 2.3). Die Konsumentenkredite nahmen ähnlich kräftig wie in den Vorquartalen zu. Zudem stiegen die sonstigen Kredite, einschließlich Kredite an Einzelunternehmen, im Vergleich zu den Vorquartalen deutlich. Wichtige Gründe dafür dürften gesunkene Kreditzinsen, aber auch ein gestiegenes Verbrauchervertrauen sein. Die im BLS befragten Banken gestalteten ihre Richtlinien für Konsumenten- und sonstige Kredite allerdings leicht restriktiver als im vierten Quartal 2024, vor allem aufgrund einer ihrer Einschätzung nach gestiegenen Kreditrisikos.

Für die zunehmende Dynamik bei den Wohnungsbaukrediten an private Haushalte waren sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren verantwortlich. Die im BLS befragten Banken erklärten den von ihnen beobachteten Nachfrageanstieg vor allem mit dem rückläufigen allgemeinen Zinsniveau. Darüber hinaus waren sie der Ansicht, dass private Haushalte die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt und die voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum positiver bewerteten als zuvor. Auch das Verbrauchervertrauen sei gestiegen. Zudem setzten die BLS-Banken die Lockerung der Richtlinien, die im ersten Quartal 2024 begann, fort. Als Hauptgrund dafür nannten die Banken eine gestiegene Wettbewerbsintensität im Bankensektor. Für das zweite Quartal planen die Banken allerdings leichte Straffungen.

3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

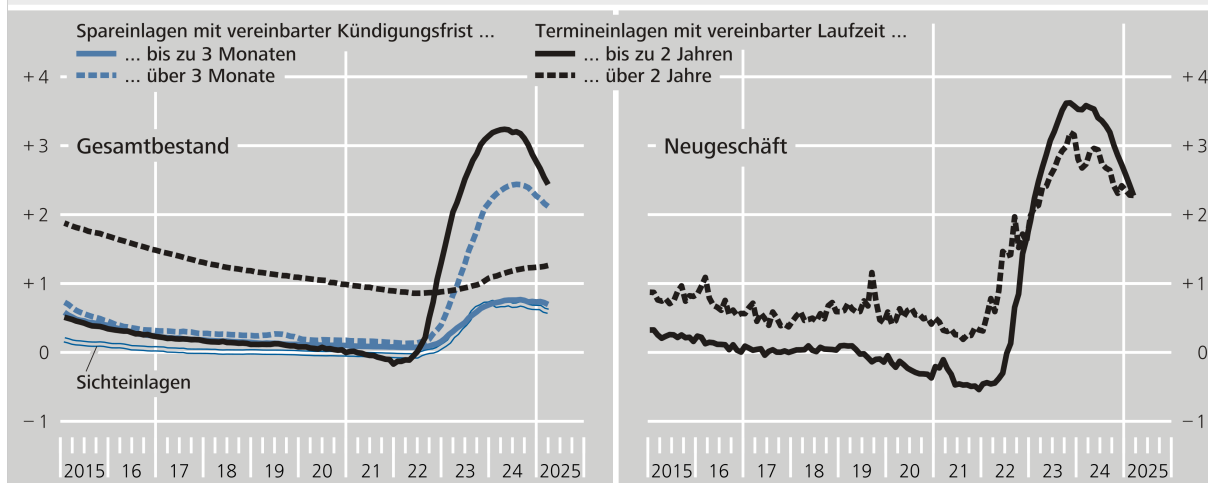
Das Einlagengeschäft des deutschen Bankensektors mit inländischen Nichtbanken ging im ersten Quartal 2025 moderat zurück. Ausschlaggebend dafür war, dass die Haushalte und Unternehmen in Deutschland – anders als im Euroraum – ihre kurzfristigen Termin- und Spareinlagen per saldo stärker reduzierten als sie täglich fällige Einlagen aufbauten. Mit dem fortgesetzten Abbau kurzfristiger Terminguthaben reagierten Anleger aus allen Sektoren auf die geldpolitischen Leitzinssenkungen. Diese reduzierten die Zinsdifferenz zwischen den kurzfristigen Termineinlagen und den hochliquiden täglich fälligen Einlagen weiter (siehe Schaubild 2.4).

Zugleich verringerte sich der Aufbau täglich fälliger Einlagen gegenüber dem Vorquartal deutlich. Dies lag vor allem daran, dass nichtfinanzielle Unternehmen – anders als im Vorquartal – ihre Bestände an täglich fälligen Einlagen abbauten. Hierbei dürfte es sich auch um eine Gegenbewegung zu dem ungewöhnlich hohen Aufbau im Schlussquartal 2024 gehandelt haben. Dagegen stockten private Haushalte täglich fällige Einlagen per saldo erneut deutlich auf. Die Präferenz der Haushalte für diese hochliquide Einlageform dürfte neben dem Zinsumfeld auch auf die erhöhte wirtschaftliche Unsicherheit zurückzuführen sein. In geringem Umfang bauten private Haushalte und Unternehmen darüber hinaus auch längerfristige Einlagen auf.

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland^{*)}

Schaubild 2.4

% p. a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik (volumengewichtete Zinssätze). Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als Neugeschäfte interpretiert werden.

Deutsche Bundesbank

Das Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden nahm im ersten Quartal 2025 erneut spürbar zu. Zum einen bauten die Banken ihr Kreditgeschäft mit dem inländischen Privatsektor erneut aus, wenngleich etwas schwächer als im Vorquartal. Zum anderen verzeichneten die Kredite an öffentliche Haushalte ungewöhnlich kräftige Zuflüsse und leisteten damit den größeren Beitrag zum aktuellen Kreditgeschäft. Bestimmend hierfür war vor allem, dass die Banken ihren Bestand an deutschen Staatsanleihen ungewöhnlich stark aufstockten. Ein Motiv dafür dürfte der markante Anstieg der Bund-Renditen zum Jahresende 2024 gewesen sein, der zunächst im US-Zinsverbund erfolgte und durch die Beschlüsse zur Lockerung der Schuldenbremse Anfang März noch einmal Auftrieb erhielt.³⁾

3 Generell besteht kein sehr enger Zusammenhang zwischen der kurzfristigen Entwicklung der Kassenlage der öffentlichen Haushalte und dem Kreditgeschäft mit den öffentlichen Haushalten. In der Regel planen öffentliche Einheiten Kreditaufnahmen längerfristig und bauen beispielsweise Kassenreserven teils sogar überjährig auf und ab. Die bislang vorliegenden Daten zu den öffentlichen Finanzen im ersten Quartal zeigen im Vorjahresvergleich eine eher günstige Entwicklung. Vgl. in diesem Monatsbericht, Artikel "Öffentliche Finanzen".

Tabelle 2.2: Banken in Deutschland: Kredit- und Einlagenentwicklung¹⁾

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2024	2025
	4. Vj.	1. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs²⁾		
täglich fällig	90,2	16,8
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	- 25,8	- 22,0
über 2 Jahre	14,5	3,7
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	- 4,8	- 5,7
über 3 Monate	0,2	- 0,7
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	7,0	6,9
Wertpapierkredite	- 3,6	14,2
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ³⁾	11,5	7,3
darunter:		
an private Haushalte ⁴⁾	7,9	10,2
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁵⁾	0,3	0,3
Wertpapierkredite	9,3	3,5

1 Banken einschließlich Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 2 Unternehmen, private Haushalte (sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck) und öffentliche Haushalte (ohne Bund). 3 Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. 4 Und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Neben der Kreditvergabe an öffentliche Haushalte legte auch das

Buchkreditgeschäft mit privaten Haushalten im ersten Quartal 2025 weiter zu. Wie auch in den Vorquartalen beschränkte sich das Wachstum fast ausschließlich auf die Wohnungsbaukredite, die den stärksten Zuwachs seit Ende 2022 verzeichneten und damit ihre seit Sommer 2024 beobachtete Aufwärtstendenz fortsetzten. Die Erholung der Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten spiegelt mehrere Faktoren wider. Zum einen sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite im Verlauf des letzten Jahres insgesamt leicht gesunken. Zum anderen ist der Bedarf an Wohnraum nach wie vor hoch, und die Preise für Bestandsimmobilien sind gegenüber den im Jahr 2022 erreichten Höchstständen noch vergleichsweise günstig.⁴⁾ Hinweise auf weitere Faktoren liefern die aktuellen Ergebnisse des BLS. Nach Einschätzung der im BLS befragten Banken war die gestiegene Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten vor allem auf das gesunkene allgemeine Zinsniveau (siehe Schaubild 2.5) zurückzuführen. Außerdem gaben die BLS-Banken an, dass die privaten Haushalte die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt – einschließlich der voraussichtlichen Entwicklung der Preise für Wohneigentum und der erwarteten Renditen – weiterhin positiv einschätzten und dass auch das Verbrauchervertrauen angestiegen sei. Für das zweite Quartal 2025 rechnen die BLS-Banken mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten.

4 Laut den Daten der vierteljährlichen Kreditnehmerstatistik war der Anstieg der Buchkredite an den Bau- und den Immobiliensektor im ersten Quartal 2025 – wie auch in den Quartalen zuvor – vor allem auf Wohnungsunternehmen zurückzuführen, während die Nettokreditvergabe an das Baugewerbe deutlich geringer ausfiel und zuletzt sogar zurückging. Diese Entwicklung legt nahe, dass der Anstieg der Wohnungsbaukredite an private Haushalte im Berichtsquartal vor allem eine Zunahme der kreditfinanzierten Transaktionen am Markt für Bestandsimmobilien widerspiegelt.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an private Haushalte^{*)}

Schaubild 2.5



* Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 2. Vierteljahr 2025.

Deutsche Bundesbank

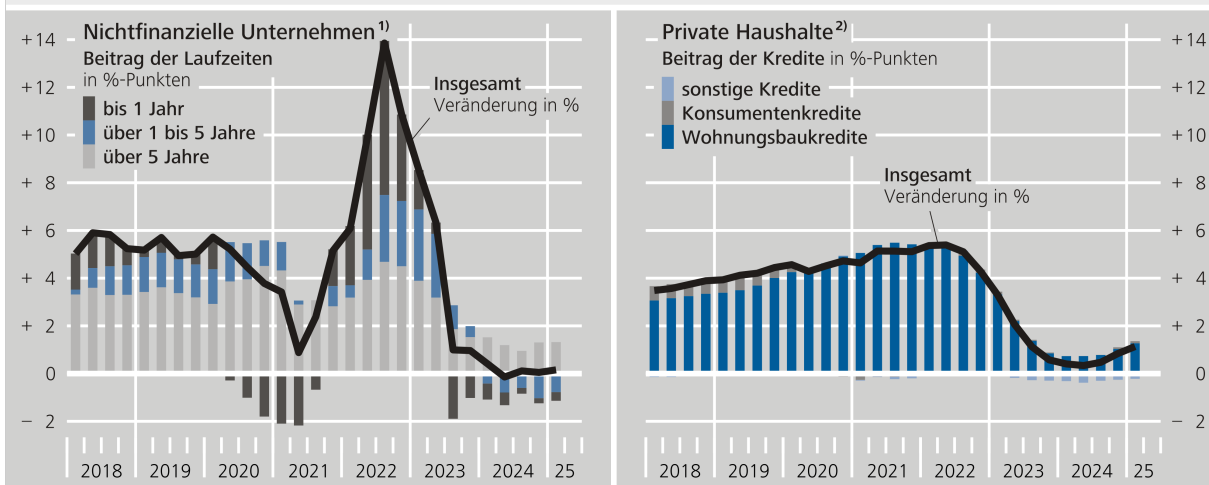
Die BLS-Angaben deuten zudem darauf hin, dass die deutschen Banken ihre Richtlinien und Bedingungen für Wohnungsbaukredite im ersten Quartal 2025 erstmalig seit 2021 wieder leicht lockerten. Die befragten Banken begründeten die Lockerungen vor allem damit, dass ihre Risikotoleranz gestiegen sei. Aber auch verbesserte Aussichten am Wohnimmobilienmarkt, der gestiegene Wettbewerb mit anderen Banken und die geringeren Eigenkapitalkosten ließen die Banken ihre Kreditangebotspolitik expansiver gestalten.

Im Gegensatz zu den Wohnungsbaukrediten blieb das Kreditgeschäft der Banken mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen erneut ohne nennenswerten Impuls. Dabei fiel die Entwicklung in den einzelnen Laufzeitsegmenten wieder heterogen aus. Während die kurz- und mittelfristigen Buchkredite mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren einen merklichen Rückgang verzeichneten, nahmen die Ausleihungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren erneut zu (siehe Schaubild 2.6). Dazu passt, dass das aggregierte Niveau der Zinsen für langfristige Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen im Berichtsquartal weiterhin unterhalb des Niveaus für kürzer laufende Buchkredite lag, wenngleich sich der Abstand deutlich verringerte.

Buchkredite^{*)} deutscher Banken an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor

Schaubild 2.6

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsendstände, saisonbereinigt



* Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. 1 Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. 2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

Die insgesamt verhaltene Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen

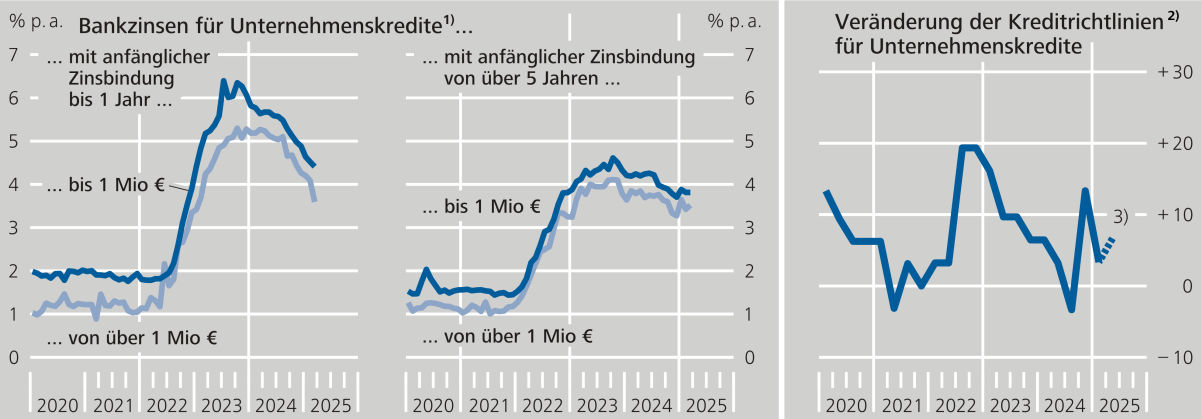
spiegelt vor allem den unsicheren Wirtschaftsausblick wider. Dieser Faktor dämpfte die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen in der Industrie und auch im Bausektor nach wie vor spürbar, wenngleich sich im Bausektor zuletzt erste positive Tendenzen abzeichneten.⁵⁾ Die Angaben der BLS-Banken untermauern diese Einschätzung grundsätzlich und liefern weitere Hintergrundinformationen. So geben die im BLS interviewten Banken an, dass der zusätzliche Finanzierungsbedarf ihrer Firmenkunden im ersten Quartal 2025 sich auf Fusionen, Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen sowie auf Umfinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung konzentrierte. Der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen nahm nach Angaben der BLS-Banken hingegen weiter ab, bedingt durch eine hohe Unsicherheit mit Blick auf die wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen.

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025).

Die BLS-Banken haben im ersten Quartal 2025 ihre Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft per saldo marginal gestrafft. Die Straffung betraf ausschließlich die Kreditvergabe an große Unternehmen. Für kleine und mittlere Unternehmen wurden die Richtlinien dagegen marginal gelockert. Gleichzeitig stieg die Kreditlehnungsquote bei Unternehmenskrediten erneut an, und davon waren ausschließlich die Kreditanfragen und -anträge kleiner und mittlerer Unternehmen betroffen. Die restriktive Gestaltung ihrer Angebotspolitik begründeten die Banken mit dem ihrer Ansicht nach gestiegenen Kreditrisiko. Diese Einschätzung bezieht sich zum einen auf die gedämpfte allgemeine Wirtschaftslage und die Konjunkturaussichten, zum anderen aber auch auf branchen- und firmenspezifische Faktoren. Die Banken berichteten zudem, dass die Höhe der Quote notleidender Kredite einschließlich weiterer Indikatoren für die Kreditqualität im ersten Quartal 2025 restriktiv auf die Richtlinien für Unternehmenskredite gewirkt habe.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Schaubild 2.7



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 2. Vierteljahr 2025.

Deutsche Bundesbank

Die bereits getroffenen und für die Zukunft erwarteten Leitzinsentscheidungen des EZB-Rats beeinflussten die Ertragslage der Banken laut BLS in den vergangenen sechs Monaten insgesamt negativ. Nach den vier Zinssenkungen im Oktober und Dezember 2024 sowie im Februar und März 2025 war der Einfluss der Leitzinsentscheidungen zum ersten Mal seit Einführung dieser Frage in der April-Runde 2023 nicht mehr positiv. Für das Sommerhalbjahr 2025 rechnen die Banken erneut mit einem negativen Einfluss der Leitzinsentscheidungen auf ihr Zinsergebnis und auf ihre Ertragslage. Der Abbau der für geldpolitische Zwecke gehaltenen Wertpapierbestände des Eurosystems schwächte für sich genommen die Liquiditätsposition der Banken in Deutschland. Auch den Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen und ihre Eigenkapitalquote beurteilten die deutschen Banken als geringfügig negativ.

Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2025), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, April 2025.

Finanzmärkte

1 Finanzmarktumfeld

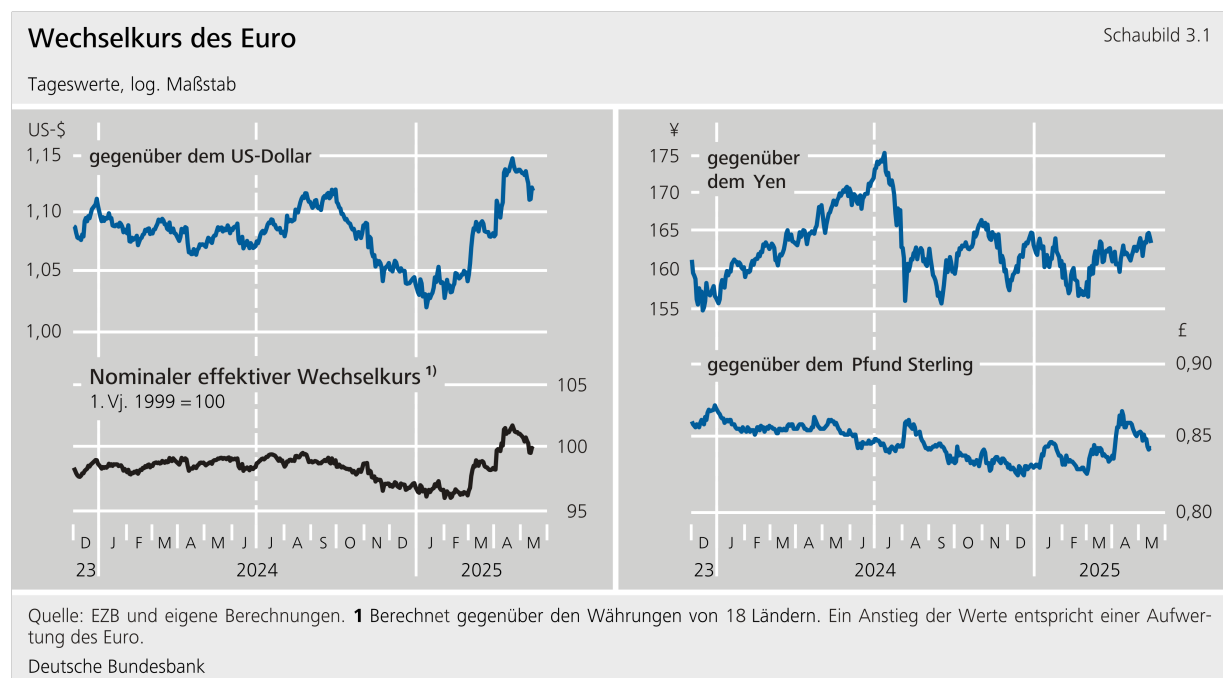
Die internationalen Finanzmärkte wurden ebenfalls stark von den politischen Entwicklungen in den USA beeinflusst. So lösten die US-Zollankündigungen Anfang April gravierende Finanzmarktreaktionen aus, die wohl auch zeigten, dass zumindest vorübergehend das Vertrauen in den "Safe haven"-Status der US-Währung beschädigt war. Zum Teil vermuteten die Marktteilnehmer hinter diesem Politikvorstoß auch einen weiter gefassten wirtschaftspolitischen Versuch, das US-Handelsbilanzdefizit über einen schwächeren US-Dollar zu verringern. Diese Wahrnehmung wurde dadurch verstärkt, dass der US-Präsident wiederholt Vertreter der US-Notenbank öffentlich und teils scharf kritisierte. Marktteilnehmer rechneten aus all diesen Gründen mit beträchtlichen Wachstums- und Anlagerisiken für die US-Wirtschaft. Die aufkommenden Sorgen führten zu einer äußerst ungewöhnlichen Finanzmarktreaktion: Der US-Dollar geriet auf breiter Basis unter merklichen Abwertungsdruck. Gleichzeitig brach der Risikoappetit der Investoren ein, was zu kräftigen Verlusten am Aktienmarkt bei hoher Finanzmarktvolatilität führte, und die Kurse von US-Staatsanleihen gaben spürbar nach. Die Reaktion wich damit qualitativ von den sonst üblichen "Safe haven"-Bewegungen unter Finanzmarktstress ab, bei denen der US-Dollar aufwertet und US-Treasuries an Wert gewinnen.

Die internationalen Staatsanleiherenditen entwickelten sich bei hoher Unsicherheit uneinheitlich. Zu Beginn des ersten Quartals 2025 dominierte die Sorge der Marktteilnehmer vor einer weiteren deutlichen Konjunkturabkühlung. Die Zollankündigungen der US-Regierung verstärkten diese Entwicklungen, stoppten den vorangegangenen Rückgang der US-Renditen aber abrupt und sorgten für einen sprunghaft steigenden US-Renditevorsprung gegenüber Bundeswertpapieren. Hierzu trug bei, dass die Bundesanleiherenditen deutlich fielen, da sie von den Anlegern als sicherer Hafen betrachtet wurden. Über den gesamten Berichtszeitraum betrachtet standen dem aber die Einflüsse der hohen geplanten Fiskalausgaben für Verteidigung und Infrastruktur in Deutschland und im Rest des Euroraums gegenüber, die für sich genommen aus Sicht der Marktteilnehmer mit mittelfristigen Wachstumsimpulsen einhergehen und dadurch vor allem das Bild höherer längerfristiger Realzinsen stützten. Auch der erwartete zunehmende Streubesitz von Bundesanleihen angesichts des erwarteten Emissionsvolumens trug zu dem Renditeanstieg bei.

Durch die US-Politik nahm der Risikoappetit unter den Marktteilnehmern zeitweise markant ab. Der Markt für riskante Finanzmarktanlagen geriet damit massiv unter Druck. So kam es mit den Zollankündigungen zu kräftigen Aktienkursverlusten, zunehmenden Renditeaufschlägen bei Unternehmensanleihen und einem außergewöhnlich starken Anstieg der impliziten Aktienmarktvolatilitäten. Die Ankündigung der US-Regierung, eine Vielzahl von Zöllen temporär auszusetzen, führte dann aber wieder zu einer Gegenbewegung und trug zu kräftigen Kursgewinnen bei, die die vorangegangenen Verluste mehr als wettmachten. Das Potenzial für Abwärtskorrekturen bei weiteren Volten der US-Wirtschaftspolitik bleibt weiter beachtlich. Bei vergleichsweise günstigen Gewinnaussichten europäischer Unternehmen lastete die mit der US-Zollpolitik weiterhin verbundene Unsicherheit vor allem auf den US-Gewinnerwartungen. Insgesamt legten US-amerikanische Aktienkurse leicht zu, während europäische Aktien kräftige Kursgewinne verzeichneten.

2 Wechselkurse

Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn deutlich auf. Anfang März verbesserten sich nach Einschätzung von Marktteilnehmern die Konjunkturaussichten für den Euroraum merklich. Grund hierfür war, dass die in Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung stehenden Parteien ein überraschend umfangreiches Fiskalpaket in Aussicht gestellt hatten, mit dem die Verteidigungsfähigkeit und die Infrastruktur Deutschlands signifikant verbessert werden sollen. Dies belastete für sich genommen den US-Dollar zum Euro. Zusätzlich schwächten den US-Dollar enttäuschende Daten vom US-Arbeitsmarkt, zum Verbrauchervertrauen und später auch zum Geschäftsklima in den USA. Nach dem anfänglichen Optimismus im Zusammenhang mit dem Wahlsieg Donald Trumps gerieten so zunehmend die Inflations- und Wachstumsrisiken seiner Zollpläne in den Fokus. Vor diesem Hintergrund passte die Federal Reserve Mitte März ihre Wachstumsprognose für die Vereinigten Staaten für 2025 und 2026 nach unten an.

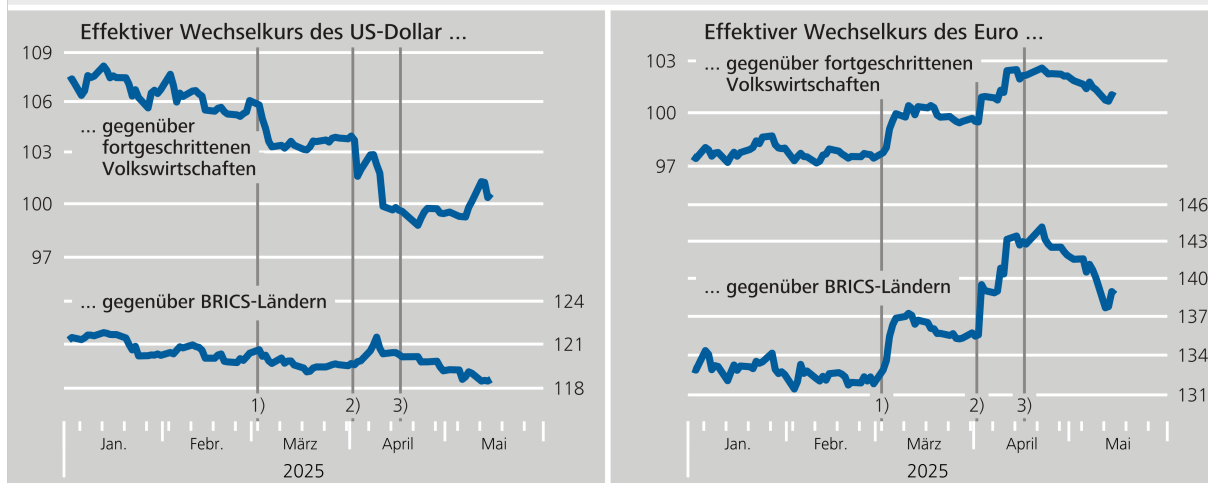


Die amerikanische Wirtschaftspolitik belastete den US-Dollar. Die von der US-Regierung Anfang April bekanntgegebenen weltweiten Einfuhrzölle fielen deutlich umfangreicher aus als erwartet. Dies verstärkte die Zinssenkungserwartungen in den USA, und der US-Dollar wertete gegenüber dem Euro innerhalb von zwei Tagen um 2,8 % ab. Diese Reaktion war insofern bemerkenswert, als die Verabschiedung von Einfuhrzöllen aufgrund der dadurch zu erwartenden geringeren Nachfrage nach Auslandswährung üblicherweise mit einer Aufwertung einhergeht. Dass es für den US-Dollar in diesem Fall anders kam, hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen sind offenbar die Risiken des US-Zollpakets für das Wirtschaftswachstum in den USA von den Marktteilnehmern als besonders gravierend eingeschätzt worden. Darüber hinaus scheinen die Märkte dem US-Dollar bei diesem Ereignis nicht das gleiche, hohe Vertrauen entgegengebracht zu haben wie sonst. Dies wird dadurch nahegelegt, dass die Zollankündigung nicht nur den US-Dollar belastete, sondern auch unmittelbar zu erheblichen Abschlagen bei US-Aktien und den Kursen langfristiger US-Staatsanleihen sowie zu einem zeitweise markant rückläufigen Risikoappetit führte (vgl. Kapitel "Wertpapiermärkte"). Eine solche Reaktion ist ungewöhnlich, weil solche Finanzmarkturbulenzen üblicherweise eine verstärkte Nachfrage nach als besonders sicher angesehenen US-Staatsanleihen zur Folge haben. Zwar setzte der US-Präsident die neu beschlossenen Zölle gegenüber der EU und anderen Handelspartnern zum Teil wieder aus. In der Folge beeinflusste jedoch die US-Zollpolitik gegenüber China den Euro-US-Dollar-Kurs spürbar. So gewann der Euro erneut merklich an Wert, als in einer mehrschrittigen Eskalation US-Zölle auf Einfuhren aus China und Gegenzölle Chinas beträchtlich erhöht wurden (vgl. Kapitel "Weltwirtschaft im Zollsturm" im Artikel "Internationales und europäisches Umfeld"). Als sich die beiden Staaten später vorläufig auf eine Verringerung der Zölle einigen konnten, verlor der Euro demgegenüber vorübergehend wieder an Wert. Neben der unsteten Zollpolitik belastete den US-Dollar der politische Druck des US-Präsidenten auf die Federal Reserve. Schließlich gab der US-Dollar auch wegen einer Herabstufung der Bonität US-amerikanischer Staatspapiere durch eine der großen Ratingagenturen nach. Im Ergebnis wertete der US-Dollar gegenüber dem Euro und effektiv gegenüber den Währungen fortgeschrittener Volkswirtschaften ab. Obwohl hohe US-Einfuhrzölle gerade Schwellenländer erheblich belasten dürften, gab der US-Dollar auch gegenüber einem Durchschnitt wichtiger Schwellenländerwährungen nach, eine ebenfalls ungewöhnliche Entwicklung. Bei Abschluss dieses Berichts notierte der Euro bei 1,13 US-\$ und damit 8,4 % stärker als zu Jahresbeginn.

Effektiver Wechselkurs des US-Dollar und des Euro seit Jahresbeginn^{*)}

Schaubild 3.2

1. Vj. 1999 = 100, log. Maßstab, Tageswerte



* Ein Anstieg der Kurve entspricht einer nominalen effektiven Aufwertung. **1** 3. März: Ankündigung des deutschen Fiskalpakets. **2** 2. April: Ankündigung umfangreicher US-Zölle. **3** 17. April: EZBR-Sitzung.
Deutsche Bundesbank

Der Kurs des Euro gegenüber dem Yen blieb seit Jahresbeginn per saldo nahezu unverändert. Nach der Leitzinserhöhung der Bank of Japan Ende Januar wertete der Euro gegenüber dem Yen zunächst ab. Die Kommunikation der Bank of Japan wurde als Signal dafür aufgefasst, dass sie entgegen dem globalen geldpolitischen Trend die Zinsen weiter erhöhen und so die Zinsdifferenz zum Euroraum einengen werde. Die Veröffentlichung besser als erwartet ausgefallener Wirtschaftsdaten und vergleichsweise hoher Inflationszahlen für Japan untermauerte diese Einschätzung. Anfang März stützte die Bekanntgabe des geplanten deutschen Fiskalpakets und die damit verbundenen positiven Konjunkturerwartungen den Euro auch gegenüber dem Yen. Seither bewegt er sich gegenüber dem Yen ohne klar erkennbaren Trend. Zuletzt notierte der Euro bei 163 Yen; seit Jahresbeginn blieb der Kurs des Euro zum Yen damit per saldo nahezu unverändert.

Der Euro wertete gegenüber dem Pfund Sterling seit Jahresbeginn auf. Im Berichtszeitraum wurde die Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem britischen Pfund von ähnlichen Faktoren bestimmt wie gegenüber dem US-Dollar. So wertete der Euro auch gegenüber dem Pfund Sterling nach Bekanntgabe des von den zukünftigen Koalitionären vereinbarten Fiskalpakets auf. Ein zweiter Aufwertungsschub folgte nach der Ankündigung der US-Regierung, weltweit hohe Zusatzzölle verhängen zu wollen. Hier machte sich die vergleichsweise enge politische und wirtschaftliche Verflechtung des Vereinigten Königreichs mit den USA bemerkbar. Das Pfund Sterling erholte sich zwar im Zuge der Zolleinigung des Vereinigten Königreichs mit den USA sukzessive. Bei Berichtsschluss notierte der Euro jedoch bei 0,84 Pfund Sterling und damit noch immer um 1,5 % stärker als Ende Dezember 2024.

Die effektive Aufwertung des Euro verschlechtert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Im gewogenen Durchschnitt gegenüber 18 Handelspartnern wertete der Euro relativ zum Jahresbeginn um 3,4 % auf. Dies war vornehmlich auf die oben erwähnte deutliche Aufwertung gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen. Doch gewann der Euro auch gegenüber zahlreichen Schwellenländerwährungen merklich an Wert. So lieferte beispielsweise die merkliche Aufwertung gegenüber dem Renminbi um 7,1 % einen weiteren wichtigen Beitrag zur Euro-Stärke. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hat sich daher seit Jahresbeginn verschlechtert. Aktuell ist die preisliche Wettbewerbsposition des Euroraums nach unseren Berechnungen gegenüber einem weiten Länderkreis zwar dennoch als günstig einzuschätzen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist nach diesem Maßstab jedoch auf ein neutrales Niveau gesunken.

3 Wertpapiermärkte

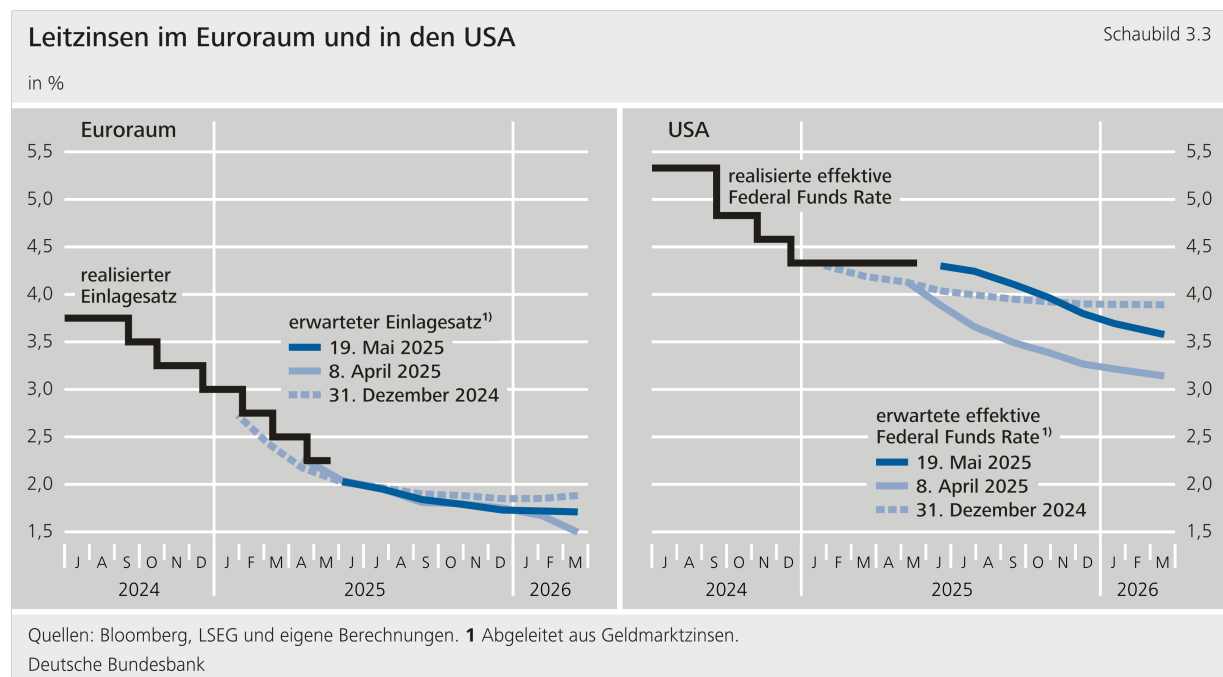
3.1 Rentenmarkt

Die Renditen von US-Staatsanleihen gaben angesichts sich verfestigender Erwartungen einer Konjunkturabkühlung merklich nach. Seit Jahresbeginn mehrten sich die Anzeichen für eine Eintrübung der US-Konjunktur, die sowohl die US-Leitzinserwartungen als auch die langfristigen US-Staatsanleiherenditen unter Druck setzten. So dämpften überraschend ungünstig ausgefallene Stimmungsindikatoren den zuvor noch stark ausgeprägten Konjunkturoptimismus. Diese Stimmungseintrübung betraf insbesondere das Verbrauchervertrauen, aber auch die Dienstleistungen und die Industrie. Ein wichtiger Grund hierfür war die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der US-Regierung, und zwar insbesondere die Zollpolitik. Sie führte Anfang April zu zeitweiligen Verwerfungen am Markt für langfristige US-Staatsanleihen mit temporär abrupt ansteigenden Renditen bei einer verringerten Marktliquidität. Laut Marktbeobachtern könnte sich dieser abrupte Renditeanstieg teilweise selbst verstärkt haben. So könnte er Investoren, die typischerweise kleine Kursunterschiede zwischen Staatsanleihen und darauf laufenden Future-Kontrakten ausnutzen, zum Verkauf ihrer Staatsanleihepositionen gezwungen haben.¹⁾ Zudem könnten die teilweise gleichzeitig eintretenden Kursverluste von US-Staatsanleihen und Aktien dazu geführt haben, dass sich Investoren von US-Staatsanleihen trennten, um Liquidität bei hohen Portfolioverlusten zu generieren.²⁾ Auffällig war außerdem, dass die zehnjährigen Renditen der US-Treasuries infolge der Zollankündigungen stärker anstiegen als die Sätze laufzeitgleicher US-Zinsswaps (OIS-Sätze). Zusammen mit einem deutlich gesunkenen Risikoappetit der Anleger und der effektiven Abwertung des US-Dollar deutet dies darauf hin, dass die Marktteilnehmer den "Safe haven"-Status der

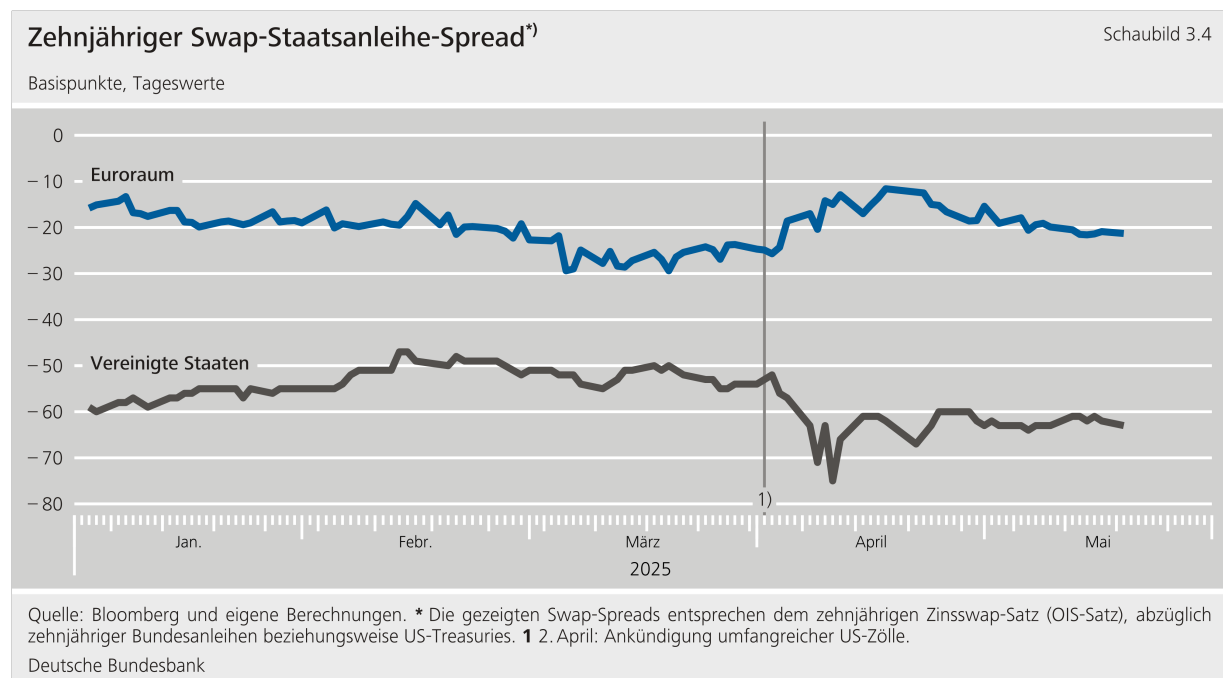
1 Solche Preisunterschiede („Basis“) können beispielsweise regulierungsbedingte Ungleichgewichte zwischen Nachfrage und Angebot an den entsprechenden Märkten widerspiegeln. Bei sogenannten „Basis-Trades“ versuchen die Marktteilnehmer davon zu profitieren, dass Anleihe- und Futurekurse konvergieren, wenn der Futurekontrakt ausläuft. Hierbei gehen sie typischerweise stark gehebelte Positionen ein. Im Falle starker Kursschwankungen besteht die Gefahr, dass diese Positionen beispielsweise wegen hoher Nachschussforderungen schnell aufgelöst werden müssen.

2 Vgl.: Archaya und Laarits (2025).

Treasuries zumindest zeitweise infrage stellten. Die nachfolgende Ankündigung der US-Regierung, für die nächsten 90 Tage auf einen Gutteil der jüngst beschlossenen länderspezifischen Zölle zu verzichten, trug dann zu einer Marktberuhigung und wieder etwas rückläufigen US-Staatsanleiherenditen bei. Zudem half die oben erwähnte Vereinbarung zwischen der US- und der chinesischen Regierung dabei, den Handelsstreit zu deeskalieren. Gleichwohl blieb die Unsicherheit über die weitere Wirtschaftspolitik der USA hoch und lastete weiterhin auf den Konjunkturperspektiven. Gegen Ende des Berichtszeitraums gab die Rating-Herabstufung der US-Treasuries von AAA auf AA1 durch die Ratingagentur Moody's den US-Renditen etwas Auftrieb. Im Ergebnis sanken die Renditen zehnjähriger US-Treasuries aber um 12 Basispunkte und lagen zuletzt bei 4,5 %.



Die Renditen langfristiger Staatsanleihen im Euroraum zogen trotz der rückläufigen US-Renditen und stärkerer Leitzinssenkungserwartungen an. Das Eurosystem senkte die Leitzinsen im Januar, März und April um jeweils 25 Basispunkte. Angesichts der Fortschritte beim Disinflationsprozess und der Sorgen vor einer weltweiten Konjunkturertrübung gab auch der Pfad für die Leitzinsen in der kurzen und mittleren Frist etwas nach. So lag der aus Geldmarktsätzen abgeleitete erwartete Einlagesatz bis Ende 2025 zuletzt bei 1,7 % und damit etwa 55 Basispunkte unter seinem aktuellen Niveau. Dass die Staatsanleiherrenditen im Ergebnis trotzdem leicht anstiegen, geht wesentlich auf die geplanten expansiven Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung in Deutschland zurück. Die Marktteilnehmer interpretierten diese Maßnahmen vor allem als positiven mittelfristigen Wachstumsimpuls und preisten dementsprechend ein höheres längerfristiges Realzinsniveau ein. Dabei erwarteten sie, dass die antizipierten fiskalischen Effekte nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sondern die Konjunktur des gesamten Euroraums stützen. Diese Effekte auf die Langfristzinsen überlagerten sowohl die Erwartung stärkerer Leitzinssenkungen als auch die renditedämpfenden US-Einflüsse, sodass die mit dem BIP gewichtete zehnjährige Euroraum-Rendite um 15 Basispunkte auf 3,0 % anstieg.

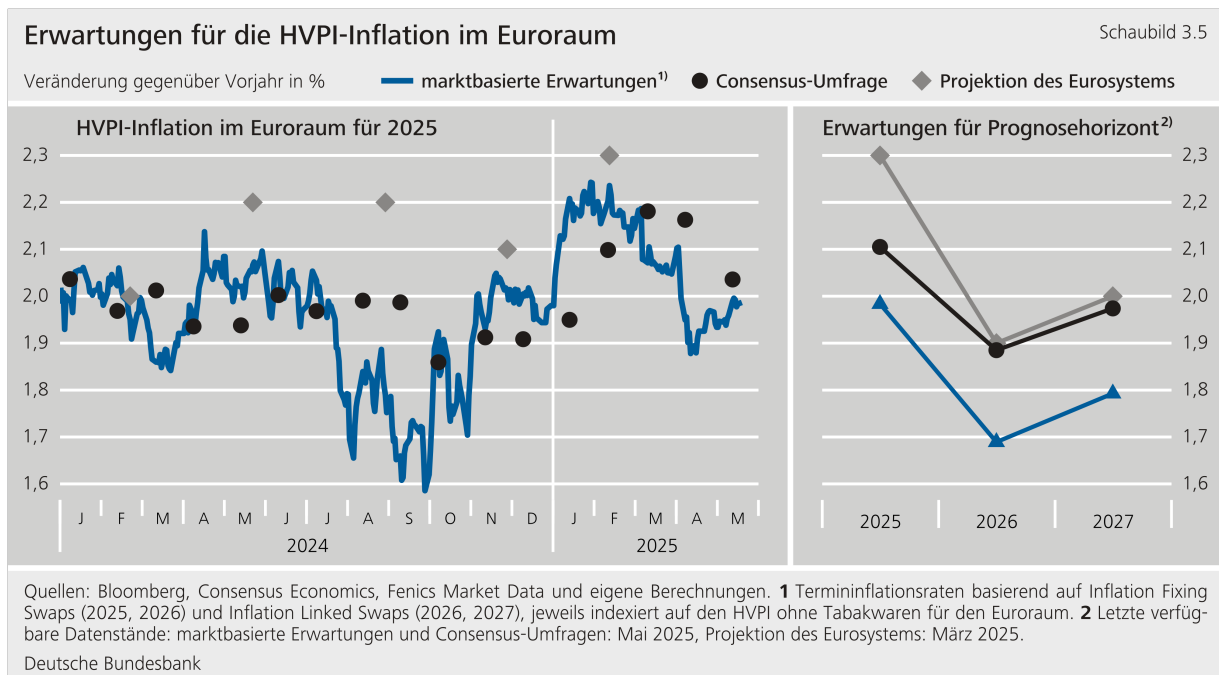


Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen und Staatsanleihen anderer Euro-Länder stiegen ähnlich stark an. Am 5. März, dem Tag nach der Ankündigung der Fiskalmaßnahmen, verzeichneten zehnjährige Bundesanleihen mit einem Renditeanstieg von 29 Basispunkten den höchsten Tagesanstieg seit 1990. Der von den Marktteilnehmern hiervon erwartete Wachstumsimpuls schlug sich sowohl in den langfristig erwarteten Realzinsen als auch in den realen Terminprämien nieder, während die Auswirkungen auf die Inflationserwartungen begrenzt blieben. Der Renditeanstieg übertraf zudem den Anstieg des laufzeitgleichen Zinsswap-Satzes (OIS-Satz). Hierin drückt sich ein höherer erwarteter Streubesitz aus, der von den Investoren aufzunehmen ist (siehe Exkurs "Streubesitz von Staatsanleihen gestiegen"). Aus Sicht der Marktteilnehmer belasten die geplanten Fiskalmaßnahmen weder die erstklassige Bonität Deutschlands noch den Benchmark-Status der Bundesanleihen. Dies zeigte sich auch nach den US-Zollankündigungen vom 2. April, als der Risikoappetit der Anleger einbrach und die gestiegene Nachfrage nach sicheren Bundesanleihen die Bundesanleiherendite wieder dämpfte ("Safe haven"-Flüsse). Zudem setzten die mit den Zollankündigungen einhergehenden, weltweiten Wachstumssorgen die Renditen zuletzt unter Druck. Im Ergebnis stiegen die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen im Berichtszeitraum aber um 22 Basispunkte an und lagen zuletzt bei 2,6 %.

Die BIP-gewichteten Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen des Euroraums gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen engten sich leicht ein. Der von den Zollankündigungen ausgelöste Rückgang des Risikoappetits schlug sich in den Renditeaufschlägen der Staatsanleihen des Euroraums nicht sichtbar nieder. Bemerkenswert ist, dass sich die Renditeaufschläge französischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen um insgesamt 165 Basispunkte einengten. Sie hatten zum Jahreswechsel angesichts großer politischer Unsicherheit ein relativ hohes Niveau erreicht.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen des Vereinigten Königreichs und Japans stiegen an. Nachdem die Bank of Japan im Januar die Leitzinsen auf 0,5 % angehoben hatte, gaben Spekulationen über weitere Zinserhöhungen den japanischen Staatsanleiherenditen Auftrieb. Zusätzlich gestützt durch steigende Löhne und im historischen Vergleich relativ hohe Inflationsraten, stiegen die Renditen Ende März auf 1,6 % und damit auf ein Niveau, das sie zuletzt 2008 erreicht hatten. Infolge der US-Zollankündigungen im April und der dadurch ausgelösten Konjunktursorgen und Sicherheitszuflüsse gaben sie zwar wieder nach. Gleichwohl liegen sie derzeit mit 1,5 % 38 Basispunkte höher als zum Jahreswechsel. Die Bank of England senkte im Februar und Mai den Leitzins um jeweils 25 Basispunkte. Im Hinblick auf weitere Zinssenkungen hob sie hervor, dass ein gradueller und vorsichtiger Ansatz angemessen sei. Wie im Euroraum reagierten die Zinsen im Vereinigten Königreich stark auf Neuigkeiten im Zollstreit. Im Ergebnis rentierten zehnjährige britische Gilts 10 Basispunkte über dem Niveau von Anfang Januar.

Die marktbasierten Inflationsindikatoren waren im Berichtszeitraum im Ergebnis kaum verändert. Für das Jahr 2025 liegt die marktbasierte Inflationserwartung, die sich aus Inflationsswaps für den Euroraum ergibt mit 2,0 % weiterhin im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel. Für die Jahre 2026 und 2027 veränderten sich die marktbasierten Inflationserwartungen im Ergebnis kaum. Sie signalisierten Abwärtsrisiken und verharrten am unteren Rand des Inflationsziels. Die auf Consensus Economics basierenden Umfragen lagen zielkonform für 2026 bei 1,9 % und 2027 bei 2,0 %. Während das Fiskalpaket der Bundesregierung kaum Auswirkungen auf die marktbasierte Inflationskompensation im Euroraum hatte, prägten im Berichtszeitraum maßgeblich die restriktivere US-Zoll- und Handelspolitik und die sich ändernden Rohstoffpreise die kurz- bis mittelfristigen Inflationserwartungen. Die Marktteilnehmer im Euroraum sahen in diesen Maßnahmen vor allem die Gefahr eines sich verschlechternden Wachstumsausblicks, was sich auch in den deutlich gesunkenen Ölpreisen nach den Zollankündigungen widerspiegelte. Dazu wirkte die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dämpfend auf die Inflationserwartungen im Euroraum. Die Gegenbewegung an den Finanzmärkten führte auch zu einem gewissen Anstieg der marktbasierten Inflationserwartungen in Richtung Preisstabilitätsnorm.



Marktpreise und Umfragen deuten auf weiterhin fest verankerte

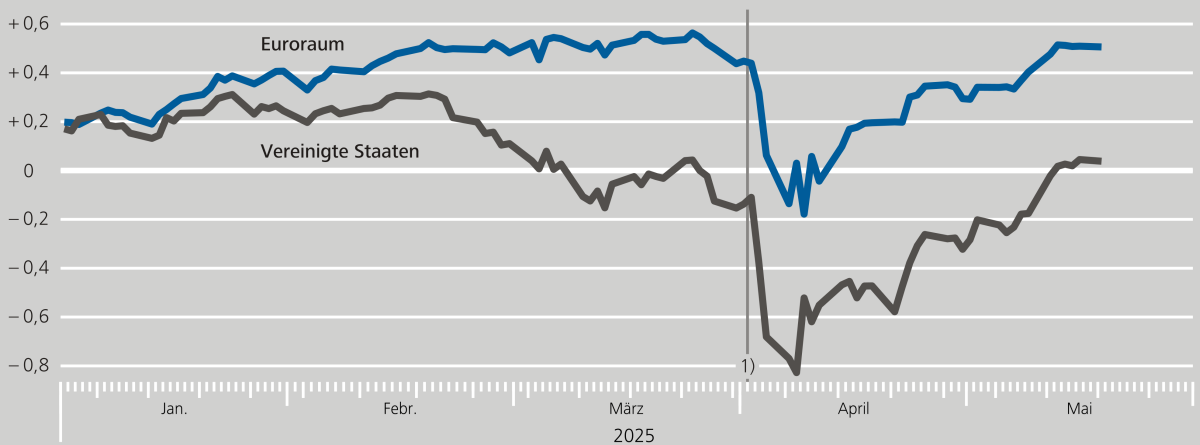
Inflationserwartungen am Stabilitätsziel hin. Die in fünf Jahren beginnende fünfjährige Termininflationssrate stieg seit Beginn des Jahres um 7 Basispunkte und lag damit weiterhin zielkonform bei 2,1 %. Auch die längerfristigen umfragebasierten Inflationserwartungen von Consensus Economics für den Euroraum, die vierteljährlich erhoben werden, lagen im April weiterhin auf dem Inflationsziel von 2 %.

Die Renditen europäischer Unternehmensanleihen stiegen zunächst im Umfeld des stark abnehmenden Risikoappetits der Marktakteure an, gingen zuletzt aber mit der allgemeinen Markterholung wieder zurück. Im Ergebnis erhöhten sich die Renditen von Unternehmensanleihen der Ratingklasse BBB sowohl für finanzielle als auch für nichtfinanzielle Unternehmen mit einer Restlaufzeit zwischen sieben und zehn Jahren. Weil die Renditen laufzeitgleicher Bundeswertpapiere ähnlich stark stiegen, veränderten sich die Renditeaufschläge damit im Ergebnis kaum. Insgesamt lagen die Finanzierungskosten europäischer Unternehmen gemessen an den Renditeaufschlägen zuletzt unabhängig von ihrer Kreditqualität unter ihrem jeweiligen Fünfjahresdurchschnitt.

Risikoappetit im internationalen Vergleich^{*)}

Schaubild 3.6

Standardabweichungen, Tageswerte



Quelle: Bloomberg und eigene Schätzungen. ^{*)} Risikoappetit der Anleger gemessen als gemeinsame Variation zahlreicher Risikomaße aus unterschiedlichen Finanzmarktsegmenten im jeweiligen Währungsraum, die mithilfe statistischer Verfahren extrahiert wird. Indikatoren sind normiert mit einem Mittelwert von null und einer Standardabweichung von eins, vgl.: Bundesbank (2025a). 1 2. April: Ankündigung umfangreicher US-Zölle.

Deutsche Bundesbank

3.2 Aktienmarkt

Die Aktienkurse verzeichneten unter erheblichen Schwankungen leichte Gewinne in den USA und kräftige Zuwächse im Euroraum. Der S&P 500-Index stieg im Februar zunächst auf einen neuen Höchststand, bevor er dann deutliche Kursrückgänge verzeichnete. Schließlich erholte er sich und lag zuletzt im Ergebnis 1,4 % höher als zu Beginn des Jahres. Der EuroStoxx stieg im Berichtszeitraum kräftig um insgesamt 12,6 %. In den USA verliehen zu Beginn des Jahres vor allem eine gute Berichtssaison den Notierungen Auftrieb. Der US-Technologiesektor büßte dann allerdings deutlich an Wert ein, als ein chinesisches Unternehmen ein überraschend leistungsfähiges KI-basiertes Sprachmodell vorstellte. In der Folge entwickelte sich auch der Gesamtmarkt deutlich schwächer, da sich insbesondere das für die US-Wirtschaft sehr relevante Verbrauchervertrauen stark eintrübte. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die Aussicht auf eine restriktive US-Zoll- und Handelspolitik gewesen sein, deren mögliche Folgen zu hoher Unsicherheit unter den Verbrauchern führte. Im Euroraum stiegen die Kurse dagegen im Berichtszeitraum aufgrund etwas besser als erwarteter Konjunktursignale an, was sich auch in den gestiegenen mittelfristigen Gewinnerwartungen der Unternehmen niederschlug. Ein maßgeblicher Impuls ging dabei von dem

beschlossenen deutschen Fiskalpaket aus, was sich unter anderem in überdurchschnittlichen Aktienkursgewinnen der Sektoren Bau und Rüstung widerspiegelte. Allerdings sorgten die überraschend konfrontativ ausgefallenen Zollankündigungen vom 2. April nicht nur in den USA, sondern auch im Euroraum für temporär kräftige Kursverluste, einen einbrechenden Risikoappetit und einen starken Anstieg der Unsicherheit. So stiegen die impliziten Volatilitäten an den Aktienmärkten im Zuge der US-Zollankündigungen beiderseits des Atlantiks auf mehrjährige Höchststände an. Die oben erwähnten zwischenzeitlich ausgehandelten Zollvereinbarungen der US-Regierung trugen später zu einer Marktberuhigung bei. So ging die Unsicherheit wieder deutlich zurück und lag gemessen an der impliziten Volatilität sowohl für den EuroStoxx als auch für den S&P 500-Index zuletzt wieder unter den jeweiligen fünfjährigen Mittelwerten. Vor diesem Hintergrund stiegen die Kurse deutscher Aktien (CDAX) mit 18,1 % auf einen neuen Höchststand und damit nochmal stärker als der europäische Gesamtmarkt. Alles in allem scheint in der divergenten Entwicklung zwischen dem Euroraum und den USA der erlittene Vertrauensschaden in den US-Währungsraum auf. Aktien des Vereinigten Königreichs gemessen am FTSE 100-Index gewannen 6,4 % an Wert. Japanische Aktientitel (Nikkei-Index) verzeichneten im Berichtszeitraum dagegen einen deutlichen Rückgang von 6,0 %, was insbesondere auf die Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar und die engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit den USA und die daraus resultierende Unsicherheit zur zukünftigen US-Handelspolitik zurückzuführen ist.

Aktien von Banken im Euroraum notierten mit einem außerordentlich kräftigen Kursplus, US-Banken verzeichneten ebenfalls Kursgewinne. Die Aktienkurse europäischer Banken stiegen im Berichtszeitraum deutlich stärker als der Gesamtindex EuroStoxx (+ 38,2 %). Ein Grund dafür waren die sowohl in der kurzen als auch in der mittleren Frist signifikant höher gestiegenen Gewinnerwartungen im Bankensektor. Dabei wurden die Auswirkungen möglicher Zinsrückgänge auf die Zinserträge weitgehend begrenzt und durch die kräftige Dynamik bei den Gebühreneinnahmen ausgeglichen. Insbesondere große systemische Geldhäuser profitierten von der hohen Marktvolatilität aufgrund der US-Zollpolitik. US-Banken verzeichneten deutlich niedrigere Kursgewinne, womit sie aber ebenfalls besser abschnitten als der US-Gesamtmarkt. Dämpfend dürfte sich auf die Kursentwicklung der US-Banken die Sorge über steigende Unternehmensinsolvenzen und eine schwächere Investitionstätigkeit in den USA ausgewirkt haben.

Die Bewertungsniveaus europäischer und US-amerikanischer Aktien sanken seit dem Jahreswechsel. Die Aktienrisikoprämien und die impliziten Eigenkapitalkosten, also die Summe aus sicheren Zinsen und Risikoprämien, änderten sich wenig oder stiegen an. Diese mit einem Dividendenbarwertmodell ermittelten Bewertungsmaße berücksichtigen sowohl kurz- und mittelfristige Gewinnerwartungen als auch die sicheren Zinsen. Die mittelfristigen Gewinnerwartungen stiegen für den Euroraum an, während sie sich für die USA im Einklang mit den eingetrübten US-Konjunkturaussichten abschwächten. Angesichts des wirtschaftspolitischen Kurses der US-Regierung korrigierten die Marktteilnehmer damit ihre bisherige Einschätzung, dass die mittelfristigen Gewinne in den USA weiterhin schnell wachsen würden. Zu den höheren impliziten Eigenkapitalkosten im Euroraum trugen die gestiegenen sicheren Zinsen nennenswert bei. Gemessen an den impliziten Eigenkapitalkosten liegt die Bewertung europäischer Aktien nahe ihrem langfristigen Durchschnitt, während sie für US-Aktien darüber liegt.

Streubesitz von Staatsanleihen gestiegen

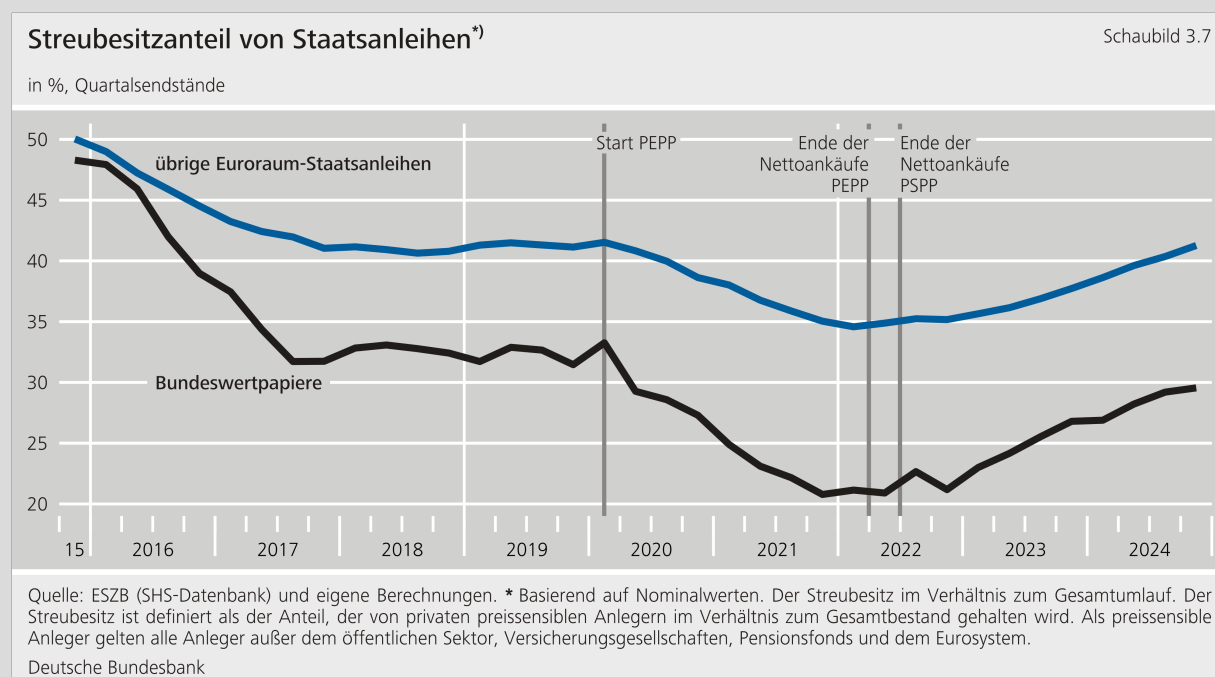
Für die Entwicklung der langfristigen Renditen im Euroraum spielt der Streubesitz von Bundesanleihen eine wichtige Rolle. Aufgrund ihrer hohen Kreditwürdigkeit und Liquidität fungieren diese Wertpapiere als Benchmark für die Preisbildung anderer Finanzinstrumente im Euroraum. Ein entscheidender Faktor dafür, dass Bundesanleihen diese Benchmark-Funktion erfüllen können, ist ein ausreichend hoher Streubesitz. Der Streubesitz umfasst den Bestand der Anleihen, der frei zum Handel zur Verfügung steht. Ein hoher Streubesitz gewährleistet, dass der Markt liquide ist, jederzeit gehandelt werden kann und der Markt neue Informationen zeitnah verarbeitet.

Um die Entwicklungen auf dem Markt für Bundesanleihen besser einordnen zu können, ist ein Vergleich mit dem Streubesitz von Staatsanleihen im übrigen Euroraum sinnvoll. Der Streubesitz wird auf Grundlage der sektoralen Wertpapierhalterstatistik des Eurosystems (SHS-S)¹⁾ ermittelt. Aus der SHS-S kann abgeleitet werden, welche Bestände sich in den Händen des Privatsektors befinden. Von diesem Gesamtbestand werden die Volumen abgezogen, die von langfristig orientierten privaten Investoren wie Versicherungen und Pensionskassen gehalten werden.²⁾ Hintergrund hierfür ist, dass diese Investoren aufgrund regulatorischer Vorgaben und ihrer Anlagestrategien in der Regel nicht in der Lage sind, Papiere vor der Fälligkeit zu veräußern. Ihre Bestände stehen somit nicht frei zum Handel zur Verfügung und werden deshalb nicht dem Streubesitz zugerechnet.

1 Die SHS-S erfasst die Wertpapiereigenbestände und die Kundenbestände aller meldepflichtigen, depotführenden Institute im Euroraum. Nicht in der SHS-S enthalten sind die Bestände der EZB oder der Nationalen Zentralbanken aus dem Euroraum. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2015).

2 Um mögliche Doppelzählungen in den SHS-Daten zu vermeiden, wird für jede Anleihe der SHS-Bestand mit dem ausstehenden Umlauf verglichen. Falls der SHS-Bestand größer ist, wird zulasten des Sektors der privaten Investoren außerhalb des Euroraums korrigiert. Vgl.: Eser et al. (2023).

Die Höhe des Streubesitzes kann sowohl in absoluten Werten als auch als prozentualer Anteil des Gesamtumlaufs angegeben werden. Die absoluten Angaben geben Auskunft über die Größe des Anleihemarkts und helfen preissensitiven Investoren, konkrete Handelsentscheidungen einzuschätzen. Für die Vergleichbarkeit der Anleihemärkte über die jeweiligen Jurisdiktionen und im Zeitverlauf bietet sich dagegen die prozentuale Darstellung an. Sie ist hilfreich, um die Marktfunktionalität und die Rolle der Investoren bei der Preisbildung einschätzen zu können, weshalb im Folgenden das relative Maß verwendet wird.



Seit dem Ende der Nettoankäufe der geldpolitischen Ankaufprogramme stieg der Streubesitz von Staatsanleihen in Deutschland und im übrigen Euroraum wieder merklich an. Der Grund für den vorherigen deutlichen prozentualen Rückgang lag vor allem an den Ankäufen des Eurosystems, das im Rahmen des Public Sector Purchase Programme (PSPP) und Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) zum größten Einzelinvestor von Staatsanleihen aus dem Euroraum aufstieg. Vor dem Auslaufen der geldpolitischen Nettoankäufe Mitte des Jahres 2022 befanden sich mehr als ein Drittel (36 %) des gesamten Umlaufs an Bundeswertpapieren im Bestand der Bundesbank.³⁾ Bis Ende 2024 ging dieser Anteil deutlich auf 25 % zurück.⁴⁾ Dies lag einerseits daran, dass das Eurosystem seine Bestände kontinuierlich reduzierte. Zum anderen stiegen aber auch die Netto-Anleiheemissionen des Bundes weiter an. Diese Bestände standen den handelnden Marktteilnehmern und damit den Streubesitzinvestoren somit zusätzlich zur Verfügung, sodass der Streubesitzanteil sowohl für Bundeswertpapiere als auch für die übrigen Staatsanleihen aus dem Euroraum auf Werte anstieg, die zuletzt kurz nach Einsetzen des PEPP Anfang 2020 erreicht wurden. Seit Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 hat sich der Umlauf von Bundeswertpapieren aufgrund der gestiegenen Staatsausgaben bis Ende 2024 deutlich um über 700 Mrd € erhöht. Wenn also der relative Streubesitzanteil ungefähr wieder auf den Werten von Anfang 2020 liegt, bezieht sich diese Berechnung auf höhere absolute Werte. Dadurch dürfte die Liquidität und Handelbarkeit von Bundeswertpapieren zusätzlich gestützt werden. Diese Entwicklung dürfte sich angesichts des Anfang 2025 beschlossenen deutschen Fiskalpakets und geplanten zusätzlichen Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur auch im laufenden Jahr weiter fortsetzen. Das zusätzliche Emissionsvolumen traf bislang auf eine entsprechende Nachfrage und konnte problemlos von der Deutschen Finanzagentur am Markt platziert werden.

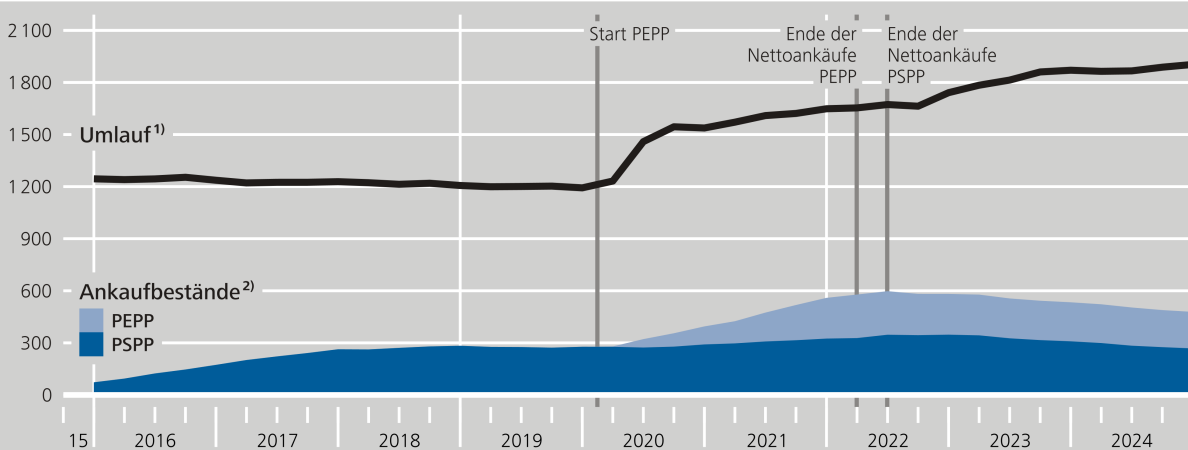
3 Es handelt sich um Bestände an Bundeswertpapieren aus den geldpolitischen Ankäufen der Bundesbank. Bestände des übrigen Eurosystems sind an dieser Stelle nicht eingerechnet.

4 Die Nettoankäufe des PEPP wurden zum Ende des ersten Quartals 2022 eingestellt, die Nettoankäufe des PSPP zum Ende des zweiten Quartals 2022. Seit März 2023 ersetzte das Eurosystem im erweiterten Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP), zu dem auch das PSPP gehört, seine auslaufenden Bestände nur noch teilweise und seit Juli 2023 gar nicht mehr. Beim PEPP ersetzte das Eurosystem seit Juli 2024 seine auslaufenden Bestände nur noch teilweise und seit Anfang 2025 gar nicht mehr.

Bundeswertpapiere: Umlauf und Bundesbankbestände^{*)}

Schaubild 3.8

Mrd €, Quartalsendstände



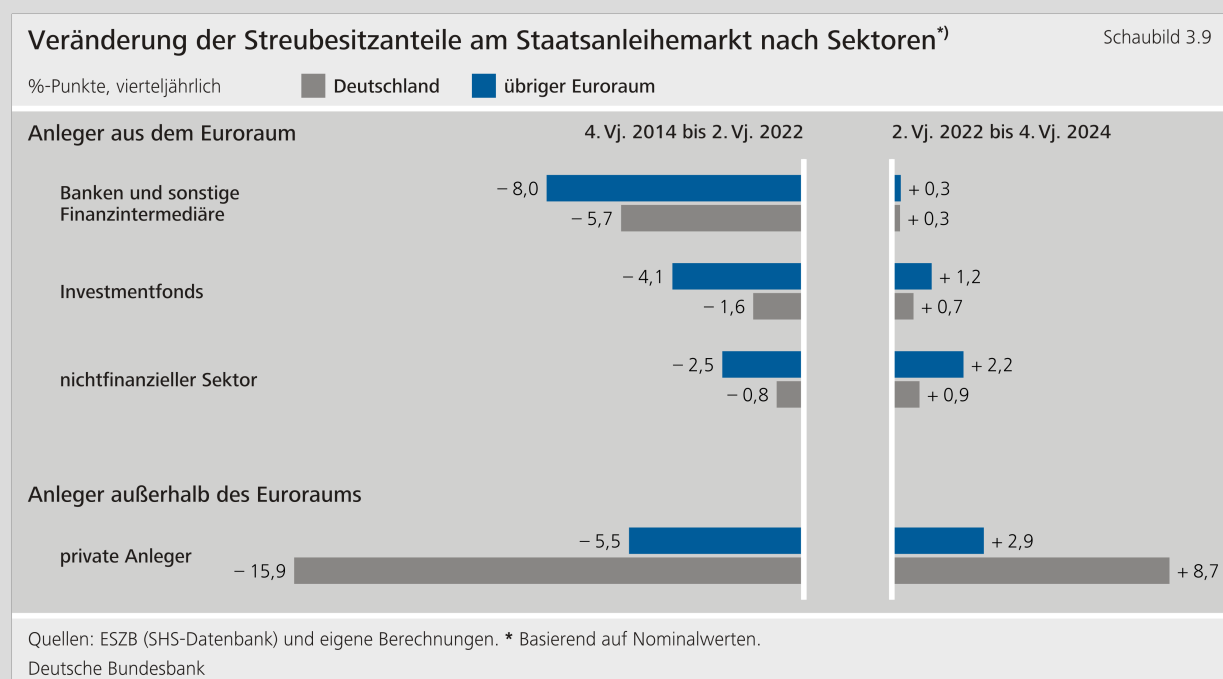
* Der Gesamtumlauf umfasst auch die Eigenbestände der Finanzagentur. Bei den PEPP- und PSPP-Beständen handelt es sich ausschließlich um die von der Bundesbank gehaltenen Bundeswertpapiere. ¹ Umfasst auch die Eigenbestände der Finanzagentur. ² Ausschließlich von der Bundesbank gehaltene Bestände.

Deutsche Bundesbank

Private Anleger außerhalb des Euroraums, deren Bestände dem Streubesitz zugerechnet werden, kauften seit Mitte 2022 die größten Volumen. Allerdings sind für diese Käufergruppe aus Drittstaaten die Daten in der SHS nicht mit der gleichen Detailtiefe erfasst wie für die Investoren innerhalb des Euroraums. So können die privaten Investoren außerhalb des Euroraums nicht weiter in Untergruppen unterteilt werden. Ein beträchtlicher Anteil der beobachteten Käufe dürfte sich aber auf den Büchern großer internationaler Finanzinvestoren befinden. Ihre Investitionen in Bundeswertpapiere fallen anteilmäßig höher aus als für den übrigen Euroraum. Das deutet darauf hin, dass sie nach den starken Verkäufen zuvor einen Nachholeffekt hatten, Bundeswertpapiere wieder aufzukaufen, die sie offenbar als Benchmark-Investition für den gesamten Euroraum sehen.⁵⁾

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

Innerhalb des Euroraums zählten neben dem nichtfinanziellen Sektor vor allem Investmentfonds und zuletzt auch wieder Banken zu den Käufergruppen. Somit haben also auch die für den Streubesitz relevanten, preissensitiven Investoren aus dem Euroraum ihre Bestände an europäischen Staatsanleihen aufgestockt. Insbesondere die Banken sind als Käufergruppe zurückgekehrt und haben ihre Bestände im Verlauf des Jahres 2024 wieder leicht erhöht, was wie bei den privaten Anlegern aus den Drittstaaten einen gewissen Aufholeffekt widerspiegelt und vermutlich an den verglichen mit der langen Niedrigzinsphase wieder höheren Renditen für europäische Staatsanleihen gelegen haben dürfte.⁶⁾

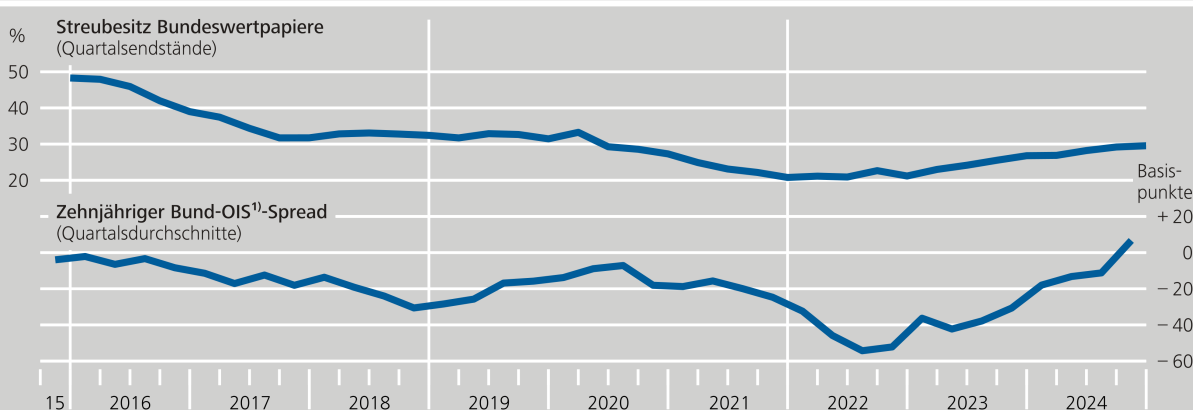


6 Bis Ende 2023 gingen die relativen Bestände der Banken zurück, vgl.: Deutsche Bundesbank (2024).

Der fortgesetzte Anstieg des Streubesitzes von Bundeswertpapieren führte zu einer sich auflösenden Knappheitsprämie. Als Knappheitsprämie ist die Zinsdifferenz zwischen den Renditen zehnjähriger Bundesanleihen und dem Zinsswap-Satz (OIS-Satz) mit zehnjähriger Laufzeit definiert.⁷⁾ Diese Zinsdifferenz engte sich seit Mitte 2022 mit dem Anstieg des Streubesitzes von Bundeswertpapieren unter leichten Schwankungen sukzessive ein. Dies deutet im Einklang mit entspannten Repomärkten auf eine sehr gute Verfügbarkeit von Bundeswertpapieren hin.

Streubesitz und Knappheitsprämie für Bundeswertpapiere^{*)}

Schaubild 3.10



Quellen: SHS-Datenbank, Reuters und eigene Berechnungen. * Die Berechnung des Streubesitzes basiert auf Nominalwerten. Der Streubesitz ist definiert als der Anteil, der von privaten preissensiblen Anlegern im Verhältnis zum Gesamtumlauf gehalten wird. Als preissensible Anleger gelten alle Anleger außer dem öffentlichen Sektor, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds und dem Eurosystem. 1 Overnight Index Swap (OIS)-Sätze beruhen auf Tauschkontrakten, bei denen zwei Parteien einen über die Laufzeit vereinbarten festen Zins gegen eine Abfolge von variablen Tagesgeldzinsen tauschen.

Deutsche Bundesbank

⁷ Diesem Vergleich liegt die Annahme zugrunde, dass das Eurosystem weitgehend proportional über alle Laufzeitbänder hinweg Staatsanleihen gekauft hat und Knappheiten im zehnjährigen Bereich sich auch im Streubesitz für alle Bundeswertpapiere widerspiegeln. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023).

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 19. Mai 2025, 22:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Acharya, V. V. und T. Laarits (2025), Tariff War Shock and the Convenience Yield of US Treasuries – A Hedging Perspective, Department of Finance, New York University (NYU), Stern School of Business, Working paper.

Deutsche Bundesbank (2025a), Der Risikoappetit auf den Finanzmärkten und Geldpolitik, Monatsbericht, Januar 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2024, Monatsbericht, März 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Streubesitz von Staatsanleihen in Deutschland und im übrigen Euroraum, Monatsbericht, Mai 2024.

Deutsche Bundesbank (2023), Zinsstrukturkurven in der volkswirtschaftlichen Analyse, Monatsbericht, Januar 2023, S. 55 – 77.

Deutsche Bundesbank (2015), Wertpapierhalterstatistiken zur Analyse des Wertpapierbesitzes in Deutschland und Europa: Methodik und Ergebnisse, Monatsbericht, März 2015, S. 101 – 114.

Eser, F., W. Lemke, K. Nyholm, S. Radde und A. L. Vladu (2023), Tracing the Impact of the ECB's Asset Purchase Programme on the Yield Curve, International Journal of Central Banking 19, S. 359 – 422.

Konjunktur in Deutschland

1 Deutsche Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn gestiegen

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland erhöhte sich im ersten Quartal 2025 etwas.

Laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale BIP saisonbereinigt¹⁾ um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal, in dem es in gleicher Größenordnung gesunken war. Die Produktion sowohl in der Industrie als auch im Bau legte im ersten Quartal zu. Zu dem Anstieg der Industrieproduktion dürften neben einer insgesamt etwas verbesserten Auftragslage auch Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Anhebungen von Zöllen seitens der US-Regierung beigetragen haben. Die Warenexporte legten aufgrund dieser Effekte ebenfalls deutlich zu. Auch die privaten Konsumausgaben trugen zum Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität bei.²⁾ Sie profitierten noch von den im vergangenen Jahr kräftig gestiegenen Löhnen. Sowohl die höhere Produktion in der Industrie als auch der gestiegene private Konsum dürften die Dienstleister gestützt haben. Trotz des Gegenwinds durch eine hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit und eine niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie sind die Ausrüstungsinvestitionen wohl gestiegen.

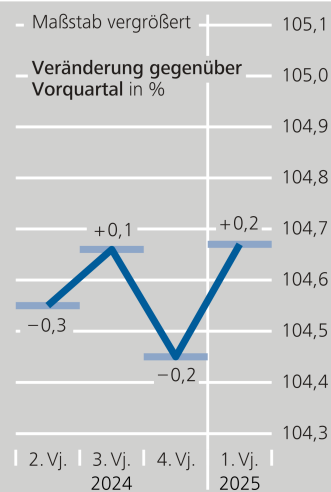
1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

2 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2025a).

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Schaubild 4.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

2 Insbesondere die Warenexporte, aber wohl auch die Investitionen und der private Konsum erhöhten sich

Industrieproduktion und Warenexporte legten zu. Die Industrieproduktion erhöhte sich im März 2025 saisonbereinigt kräftig gegenüber dem Vormonat. Auch im Mittel des ersten Quartals stieg sie deutlich gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie zuvor seit fast zwei Jahren nahezu kontinuierlich gesunken war. Der Anstieg war in vielen Industriezweigen zu beobachten. Die Auftragslage in der Industrie hatte sich zuletzt leicht verbessert. Der Anteil der Unternehmen mit Auftragsmangel ging im April gemäß Umfragen des ifo Instituts gegenüber Januar deutlich zurück. Bereits im Januar war er leicht gesunken. Dennoch war der Anteil mit 36,8 % im langjährigen Vergleich weiter erhöht. Die etwas bessere Auftragslage schlug sich in der Produktion nieder. Dass die Produktion nun so deutlich anstieg, dürfte aber auch Vorzieheffekten aufgrund der US-Zollpolitik geschuldet sein. Besonders kräftig erhöhte sich im März die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse, für die der Anteil der Exporte in die USA besonders hoch ist.³⁾ Auch der Maschinenbau und die Kraftfahrzeugindustrie verzeichneten starke Produktionszuwächse. Vorzieheffekte machten sich auch in den Warenexporten bemerkbar. So stiegen insbesondere die nominalen Warenexporte in die USA kräftig an. Auch die realen Warenexporte insgesamt legten im ersten Quartal deutlich zu.

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften im ersten Quartal gestiegen sein. Dies signalisieren die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im Inland und die bis Februar verfügbaren Importe von Investitionsgütern. Sie erhöhten sich preisbereinigt gegenüber dem Vorquartal. Dabei wurde wohl hauptsächlich in Güter investiert, die dem Sonstigen Fahrzeugbau zuzurechnen sind (dazu gehören auch Schiffe und Luftfahrzeuge für militärische Zwecke sowie militärische Kampffahrzeuge). Ohne den schwankungsanfälligen Sonstigen Fahrzeugbau gingen die Inlandsumsätze hingegen leicht zurück.

3 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2025b).

Die Bauinvestitionen erhöhten sich im ersten Quartal erneut. Darauf deutet zumindest die Bauproduktion hin, die im ersten Quartal saisonbereinigt anstieg. Während die Produktion im Ausbaugewerbe und im Tiefbau zulegte, sank sie im Hochbau deutlich. Die Bauproduktion profitierte im ersten Quartal von einer günstigen Witterung. Dies legen sowohl die Umfragen des ifo Instituts zur Behinderung der Bauproduktion durch Witterungseinflüsse nahe, als auch die für die Jahreszeit niedrige Zahl an Eistagen. Die Auftragslage war dagegen weiter ein begrenzender Faktor. Der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe mit Auftragsmangel stieg gemäß Umfragen des ifo Instituts im Durchschnitt des ersten Quartals auf 40 % und damit auf den höchsten Wert seit fast zwei Jahrzehnten.



Vom privaten Konsum gingen positive Wachstumsimpulse aus. Die im vergangenen Jahr kräftig gestiegenen Löhne boten noch weiteren Spielraum für zusätzliche Konsumausgaben. Diesen nutzten die Verbraucherinnen und Verbraucher wohl zu einem Teil. Dies kam auch den konsumnahen Dienstleistern zugute. Die preis- und saisonbereinigten Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe erhöhten sich im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal. Bei Anschaffungen von Kraftfahrzeugen hielten sich die Konsumenten dagegen zurück. Die Kraftfahrzeugzulassungen privater Halter sanken den Angaben des VDA zufolge im ersten Quartal kräftig.

3 Arbeitsmarkt zum Jahresstart mit wenig Bewegung

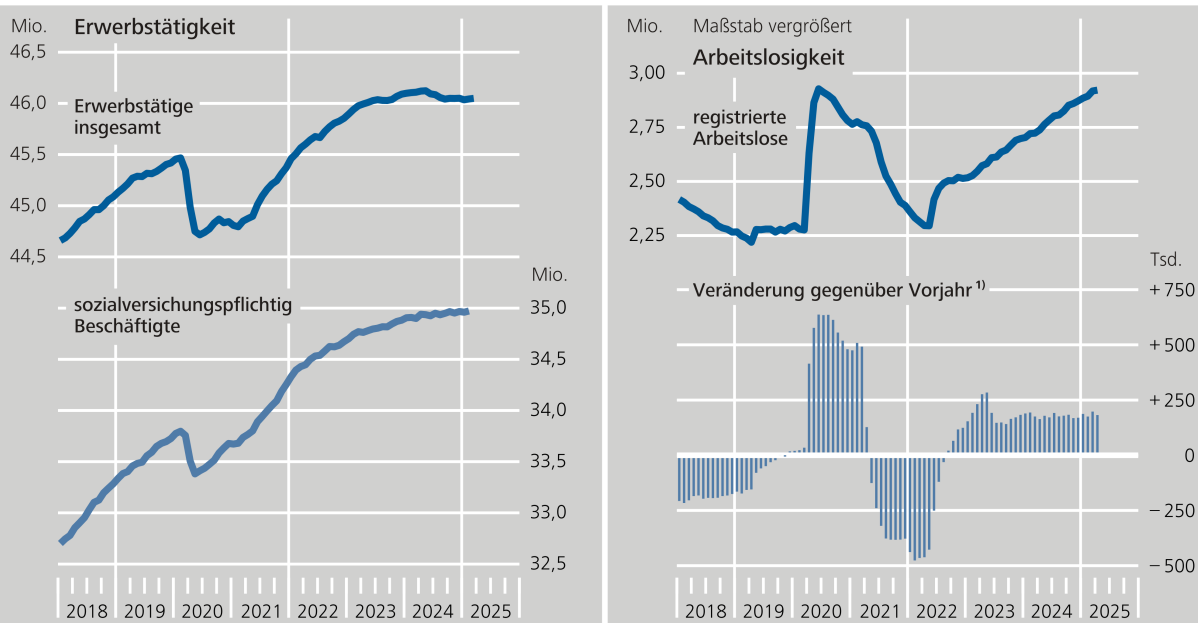
Der Arbeitsmarkt änderte sich im ersten Quartal kaum. Nachdem sich der Beschäftigungsstand bereits im Herbst seitwärts bewegt hatte, blieb die gesamte Erwerbstätigkeit auch im Berichtsquartal unverändert gegenüber dem Vorquartal. Dabei glichen wie bereits zuvor die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungen den Rückgang im Produzierenden Gewerbe aus. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich moderat. Die Aussichten bleiben gedämpft.

Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im ersten Vierteljahr saisonbereinigt auf dem Vorquartalsniveau. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2025 waren gemäß der ersten Hochrechnung von Destatis mit 46,04 Millionen Erwerbstätigen 7 000 Personen weniger erwerbstätig als im Durchschnitt des Vorquartals. Während die Selbstständigkeit weiter sank, stieg die Zahl der Arbeitnehmer marginal an. Sowohl die sozialversicherungspflichtig als auch die ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten – aktuelle Angaben reichen hier nur bis Februar – blieben jeweils auf dem Stand vom vierten Quartal. Auch die Inanspruchnahme von wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit blieb bis Februar den ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge auf dem leicht erhöhten Niveau aus dem letzten Quartal 2024.

Arbeitsmarkt in Deutschland

Schaubild 4.3

saisonbereinigt, monatlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. ¹ Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Die sektorale Zweiteilung zwischen den Beschäftigung aufbauenden

Dienstleistungsbereich und dem Personal abbauenden Verarbeitenden Gewerbe

hielt an. Im Verarbeitenden Gewerbe spielen neben den bisherigen Anpassungen über die natürliche Fluktuation und dem verringerten Einsatz von Leiharbeitern zunehmend Entlassungen eine Rolle (siehe Exkurs zur Arbeitskräftehortung und Entlassungswilligkeit der Unternehmen). Im Mittel der Monate Januar und Februar verstärkte sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Durchschnitt des Vorquartals saisonbereinigt auf 0,5 %. Außerdem sank die Beschäftigung in der Arbeitnehmerüberlassung weiter erheblich. Im Baugewerbe ging die Beschäftigung dagegen zuletzt nur noch wenig zurück. Auf der anderen Seite wuchs die Beschäftigung in praktisch allen Dienstleistungsbereichen. Die einzige Ausnahme bildete weiterhin der Handel. Den relativ stärksten Zuwachs gab es wiederum in der Energieversorgung, die absolut höchste Zunahme weiterhin im Gesundheits- und Sozialwesen. Beides sind Bereiche, die von den laufenden energetischen und demografischen Strukturveränderungen profitieren. Aber auch im Öffentlichen Dienst, den unternehmensnahen Dienstleistungen (ohne Leiharbeit) und dem Gastgewerbe wird weiterhin in nennenswertem Umfang eingestellt.

Das Arbeitskräfteangebot ist im Jahr 2024 nur noch dank der Zuwanderung aus Drittstaaten ein wenig gewachsen. Die Zahl der Erwerbspersonen mit deutscher Staatsangehörigkeit sinkt aus demografischen Gründen. Gestützt wurde die Zahl der Erwerbspersonen in der Vergangenheit durch die hohe Zuwanderung und deren nachfolgender Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Allerdings ließ die Zuwanderung im Jahr 2024 weiter deutlich nach. Auch zu Jahresbeginn 2025 schwächte sie sich weiter ab. Laut vorläufigen Angaben von Destatis verringerte sich die Nettozuwanderung aus dem Ausland 2024 gegenüber dem Vorjahr um 37 % auf 419 000 Personen. Insbesondere die Zuwanderung aus den anderen EU-Staaten war 2024 das erste Mal seit 15 Jahren, und damit auch seit Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die damaligen osteuropäischen Beitrittsstaaten, negativ. Dies schlägt sich auch in den Beschäftigtenzahlen nach Staatsangehörigkeit nieder. So ging im Februar 2025 laut BA nicht nur die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat zurück (um 190 000 Personen), sondern auch die Zahl derjenigen mit einer anderen EU-Staatsangehörigkeit (um 24 000 Personen). Dagegen erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Drittstaaten um 281 000 Personen, darunter die Hälfte aus der Ukraine und den wichtigsten Asylherkunftsstaaten. Die andere Hälfte dürfte arbeitsmarktorientierter Zuwanderung, zum Beispiel vom Westbalkan oder aus Indien, zuzuordnen sein.

Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im ersten Quartal 2025 moderat. Im Durchschnitt waren saisonbereinigt 2,90 Millionen Personen als arbeitslos registriert, rund 38 000 Personen mehr als im Schlussvierteljahr 2024. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2 %. Im April nahm die registrierte Arbeitslosigkeit nur wenig zu, die zugehörige Quote erreichte jedoch rundungsbedingt 6,3 %. Trotz der hohen Arbeitsnachfrage in vielen Dienstleistungsbereichen war der Übergang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung im historischen Vergleich gering. In den vergangenen Monaten ging er insbesondere bei Personen im Versicherungssystem des SGB III zurück, die normalerweise relativ zügig eine neue Erwerbsarbeit finden. Dies dürfte unter anderem an der mit dem Strukturwandel einhergehenden geringen Passgenauigkeit zwischen den Qualifikationen der häufig aus der Industrie ausgeschiedenen Personen und den Erfordernissen der offenen Stellen im Dienstleistungsbereich liegen. Die Effekte der Zuwanderung auf die Arbeitslosigkeit, die sich eher im Grundsicherungssystem des SGB II zeigen, spielten im Gegensatz zu 2022 und 2023 zuletzt nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die kurzfristigen Aussichten bleiben den Frühindikatoren des Arbeitsmarktes zufolge gedämpft. Das ifo Beschäftigungsbarometer, welches die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate ermittelt, verbesserte sich im April zwar relativ deutlich, befindet sich gleichwohl weiter tief im negativen Bereich. Das betrifft in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe und den Handel. Das IAB-Beschäftigungsbarometer für die Gesamtwirtschaft stabilisierte sich dagegen zuletzt im neutralen Bereich. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen sank entgegen dem lang anhaltenden Trend im April nicht. Der Zugang an neuen sozialversicherungspflichtigen Stellenofferten bei der BA, der in der jüngeren Vergangenheit besonders schwach gewesen war, erholte sich auf niedrigem Niveau leicht. Insgesamt haben sich die Beschäftigungsaussichten zuletzt zwar nicht weiter verschlechtert, eine positive Wende ist aus den Frühindikatoren jedoch nicht abzuleiten. Ähnliches gilt für die Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit stieg zwar im April etwas, blieb jedoch weiterhin deutlich im negativen Bereich, der eine steigende Arbeitslosigkeit ankündigt.

Aktuelle Entwicklungen bei der Arbeitskräftehortung in Deutschland

Der deutsche Arbeitsmarkt schwächte sich trotz der mehrjährigen wirtschaftlichen Stagnation bislang nur wenig ab. Die Beschäftigung sank lediglich geringfügig, und auch die Arbeitslosigkeit stieg nur etwas. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Arbeitskräftehortung wider.

Arbeitskräftehortung bedeutet, dass Unternehmen trotz schwacher Geschäftstätigkeit an ihren Arbeitskräften festhalten. Ein Grund hierfür könnte beispielsweise sein, dass es für die Arbeitgeber angesichts des demografischen Wandels schwierig wäre, nicht voll ausgelastete Fachkräfte im nächsten Aufschwung wieder zu gewinnen. Eine repräsentative Online-Befragung der Bundesbank (BOP-F) von mehr als 7 500 Unternehmen im dritten Quartal 2024 liefert hierzu Angaben – jeweils für das laufende Jahr, die beiden vergangenen Jahre und die Erwartungen über die kommenden zwölf Monate.¹⁾ In dieser Auswertung sind arbeitskräftehortende Unternehmen definiert als diejenigen Unternehmen, die sowohl angeben, dass ihre aktuelle Geschäftstätigkeit schwach ist, als auch dass sie keine betriebsbedingten Kündigungen vornehmen.²⁾ Ein Anstieg der Arbeitskräftehortung kann zum einen darauf zurückgeführt werden, dass sich die Geschäftstätigkeit breiter eintrübt (mehr Unternehmen betroffen). Zum anderen könnte die Bereitschaft, Arbeitskräfte zu entlassen, gesunken sein (mehr betroffene Unternehmen verzichten auf Kündigungen). Auch eine Kombination beider Ursachen ist möglich.

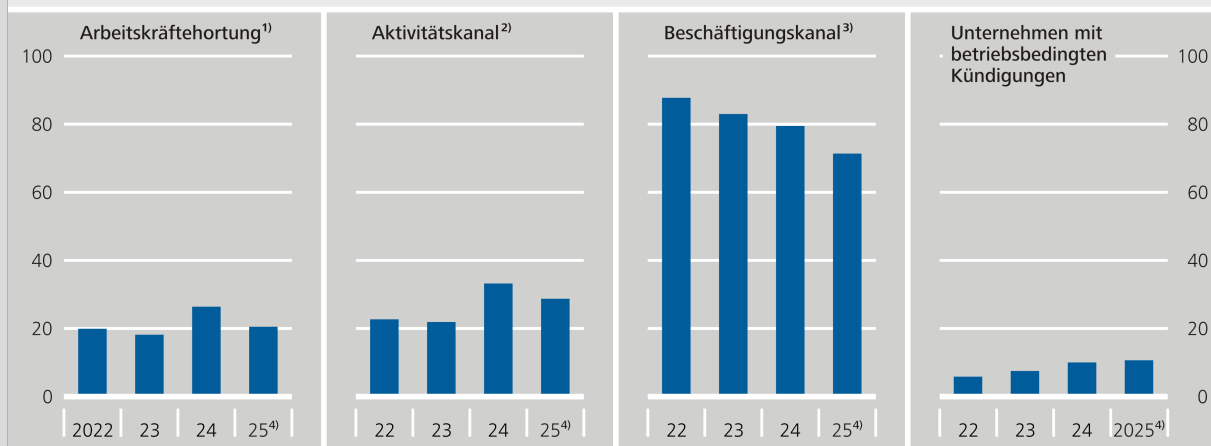
1 Vgl.: Boddin und Köhler (2024).

2 Weitere Indikatoren für Arbeitskräftehortung in Deutschland liegen von der EZB (2024) sowie der Europäischen Kommission (2023) vor. Im Unterschied zur hier verwendeten Definition, die sich auf die aktuelle Geschäftstätigkeit beziehungsweise die aktuelle Personalpolitik bezieht, ist der KOM-Arbeitskräftehortungsindikator vorausschauend. Die Geschäftstätigkeit wird als schwach eingestuft, sofern diese vom befragten Unternehmen als unterhalb des betriebsüblichen Niveaus eingeschätzt wird. Anders als laut KOM-Definition horten gemäß der hier verwendeten Definition auch solche Unternehmen Arbeitskräfte, die ihren Personalbestand ausschließlich durch natürliche Fluktuation, das heißt ohne betriebsbedingte Kündigungen, abbauen. Die hier verwendete Definition ist demnach breiter gefasst.

Arbeitskräftehortung und zugrunde liegende Kanäle in Deutschland

Schaubild 4.4

Anteil der Unternehmen in %

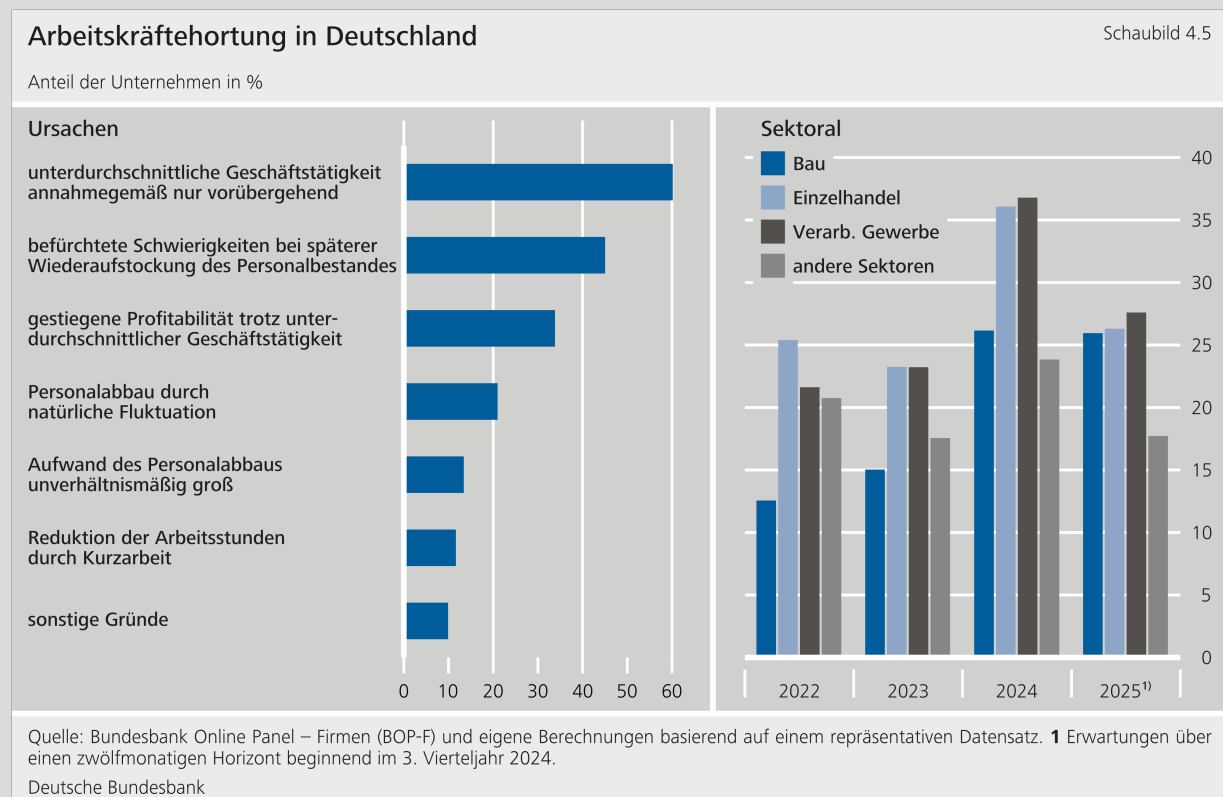


Quelle: Bundesbank Online Panel – Firmen (BOP-F) und eigene Berechnungen basierend auf einem repräsentativen Datensatz. **1** Anteil der Unternehmen ohne betriebsbedingte Kündigungen trotz unterdurchschnittlicher Geschäftstätigkeit an allen Unternehmen. **2** Anteil der Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Geschäftstätigkeit. **3** Anteil der Unternehmen ohne betriebsbedingte Kündigungen an Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Geschäftstätigkeit. **4** Erwartungen über einen zwölfmonatigen Horizont beginnend im 3. Vierteljahr 2024.

Deutsche Bundesbank

Die Arbeitskräftehortung in Deutschland stieg im letzten Jahr gemäß der Unternehmensumfrage der Bundesbank deutlich. Rund ein Viertel der Unternehmen fiel in die Kategorie, Arbeitskräfte zu horten – gegenüber etwas weniger als einem Fünftel im Jahr 2023. Dieser deutliche Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Unternehmen mit schwacher Geschäftstätigkeit kräftig von gut einem Fünftel 2023 auf rund ein Drittel 2024 stieg (Aktivitätskanal). Gleichzeitig sank unter Unternehmen mit schwacher Geschäftstätigkeit der Anteil derjenigen Unternehmen, die trotzdem auf betriebsbedingte Kündigungen verzichteten (Beschäftigungskanal). Dies bedeutet eine zunehmende Entlassungsbereitschaft. Diese dämpfte somit den Anstieg der Arbeitskräftehortung etwas. Auf sektoraler Ebene zeigen die Umfrageergebnisse, dass die Arbeitskräftehortung im vergangenen Jahr im Einzelhandel und Verarbeitenden Gewerbe am stärksten war. Die Unterschiede zwischen den Sektoren liegen insbesondere in der Geschäftstätigkeit – und weniger im Entlassungsverhalten.

Die wichtigsten Gründe für vermiedene Entlassungen waren die Hoffnung auf eine bessere Geschäftstätigkeit und die Sorge vor Arbeitskräfteknappheit. Mit 60 % waren die meisten arbeitskräftehortenden Unternehmen im vergangenen Jahr dahingehend optimistisch, dass sie davon ausgingen, dass ihre schwache Geschäftsaktivität vorübergehend war. Fast die Hälfte der arbeitskräftehortenden Unternehmen war zudem über die Schwierigkeiten besorgt, die typischerweise mit der Wiederanstellung von Personal nach einer Entlassung verbunden sind. Diese Sorgen sind angesichts des demografiebedingten Fachkräftemangels, der sich perspektivisch intensivieren dürfte, nicht unbegründet. Darüber hinaus planen mehr als ein Fünftel der arbeitskräftehortenden Unternehmen, den Personalbestand durch natürliche Fluktuation statt Kündigungen abzubauen. Somit stehen zwei der vier meistgenannten Gründe für die Arbeitskräftehortung in Zusammenhang mit dem bevorstehenden demografischen Wandel. Dies spricht dafür, dass sich die Arbeitskräftehortung langsamer als in der Vergangenheit abbauen könnte.



Bis Mitte 2025 legen die Erwartungen der Unternehmen einen spürbaren Rückgang der Arbeitskräftehortung nahe. Dazu werde annahmegemäß eine Erholung der Geschäftstätigkeit beitragen. Hinzu kommt, dass die Entlassungsbereitschaft unter Unternehmen mit weiterhin schwacher Geschäftstätigkeit weiter steigen werde. Dies deutet darauf hin, dass bei anhaltend schwacher Geschäftstätigkeit ein Teil der betroffenen Unternehmen seinen Optimismus verlieren könnte. Der bereits begonnene Beschäftigungsabbau dürfte daher in den kommenden Monaten weitergehen. Im Einzelhandel und im Verarbeitenden Gewerbe wird die Arbeitskräftehortung den Unternehmenserwartungen zufolge bis Mitte 2025 am deutlichsten zurückgehen. Dies liegt sowohl an einer erwarteten Aufhellung der Geschäftstätigkeit als auch an einer Zunahme der erwarteten Entlassungsbereitschaft der Unternehmen. Daher ist das Risiko für bevorstehende Entlassungen insbesondere in diesen beiden Wirtschaftszweigen derzeit erhöht.

Der erwartete Rückgang der Arbeitskräftehortung ist daher nicht notwendigerweise als Signal für eine anziehende Arbeitsnachfrage zu verstehen. Die für Mitte 2025 erwartete Arbeitskräftehortung liegt näher an ihrem Ausmaß von 2022 und 2023 als im vergangenen Jahr. Verglichen mit 2022 oder 2023 stehen dahinter jedoch deutlich schlechtere Geschäftserwartungen bei höherer Entlassungsbereitschaft.

4 Löhne stiegen zuletzt deutlich schwächer

Die Tarifverdienste stiegen im ersten Quartal 2025 erheblich schwächer als im Vorquartal. Einschließlich der Nebenvereinbarungen erhöhten sie sich um lediglich 0,9 % gegenüber dem Vorjahr, nach 5,8 % im vierten Quartal 2024. Ausschlaggebend für den niedrigeren Lohnanstieg waren vor allem negative Basiseffekte aus den hohen Inflationsausgleichsprämien im ersten Quartal 2024, die damals zum Beispiel in der Metall- und Elektroindustrie und im Öffentlichen Dienst der Länder ausgezahlt worden waren und dieses Jahr wegfallen.⁴⁾ Hinzu kam, dass in einigen Neuabschlüssen für die ersten Monate keine Steigerungen gegenüber dem Vorjahr vereinbart wurden. Werden aus den Tarifverdiensten die Sonderzahlungen wie Inflationsausgleichsprämien herausgerechnet und ausschließlich die Grundvergütungen betrachtet, so nahmen die Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft im ersten Quartal mit 6,7 % gegenüber dem Vorjahr dagegen ähnlich stark zu wie im vierten Quartal 2024 (6,6 %). Die alten Tarifabschlüsse mit höheren Stufenanhebungen wirken noch nach.

Die jüngsten Tarifabschlüsse fielen überwiegend niedriger aus als zuvor. So lag der Abschluss im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen deutlich unterhalb sowohl des vorangegangenen Tarifvertrags von 2023 während der Hochinflation als auch des längerfristigen Durchschnitts seit 2008. Auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie West und im Kraftfahrzeughandwerk war der jüngst vereinbarte Lohnanstieg niedriger als zuvor. Lediglich bei den Genossenschaftsbanken gab es ein überdurchschnittliches Lohnergebnis. Hier war der vorherige Abschluss noch vor der Phase hoher Inflationsraten zustande gekommen. Für die zwischenzeitlich eingetretenen Reallohneinbußen wurde nun ein teilweiser Ausgleich ausgehandelt.

4 Die abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien liefen Ende 2024 aus. Sie dämpfen die Vorjahresraten im laufenden Jahr durch negative Basiseffekte spürbar.

Die Lohnforderungen gehen allmählich zurück, was neben den sinkenden Inflationsraten auch auf das schwache wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen ist.

Die derzeitigen Lohnforderungen der Gewerkschaften betragen zwischen 6,0 % (Textile Dienste) und 12 % (Versicherungen) für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Sie liegen damit überwiegend niedriger als in der Hochphase der Inflation. Bis Jahresende werden Neuabschlüsse für nur noch rund 4½ Millionen Tarifbeschäftigte ausgehandelt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwächephase, der Unsicherheit über die weitere Entwicklung und gesunkener Inflationsraten wird es wohl weiterhin spürbar niedrigere Abschlüsse geben als in den vergangenen zwei Jahren.

Die Effektivverdienste stiegen im ersten Quartal 2025 voraussichtlich deutlich stärker als die Tarifverdienste. Sie nahmen aber ebenfalls weniger zu als im Vorquartal. Dies legt der Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes nahe.⁵⁾ Seine Vorjahresraten lagen zum Jahresstart bei 3,5 %, nach 5,0 % im vierten Quartal 2024.

Die unabhängige Mindestlohnkommission wird bis Ende Juni eine Empfehlung zur Anpassung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns an die Bundesregierung geben. Sie orientiert sich dabei nachlaufend an der Tarifentwicklung und dem Referenzwert von 60 % des Brutto-Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten. Zusätzlich berücksichtigt sie die Kriterien der EU-Mindestlohnrichtlinie.⁶⁾ Die Mindestlohnkommission soll frei und unabhängig abwägen, wie sie ihren gesetzlichen Spielraum nutzt. Käme es, wie teilweise von politischer Seite gefordert und laut Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung als im Jahr 2026 erreichbar dargestellt, zu einer raschen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 € je Stunde, hätte dies voraussichtlich deutliche Auswirkungen auf die Tarifverdienste in Handwerk, Bau und arbeitsintensiven Dienstleistungen. Hier würden dann die unteren Lohngruppen wohl spürbar angehoben.⁷⁾

5 In die Berechnung dieses Index gehen – im Unterschied zu den Effektivverdiensten aus den VGR – nur die Nominallöhne von Vollzeitbeschäftigten ein.

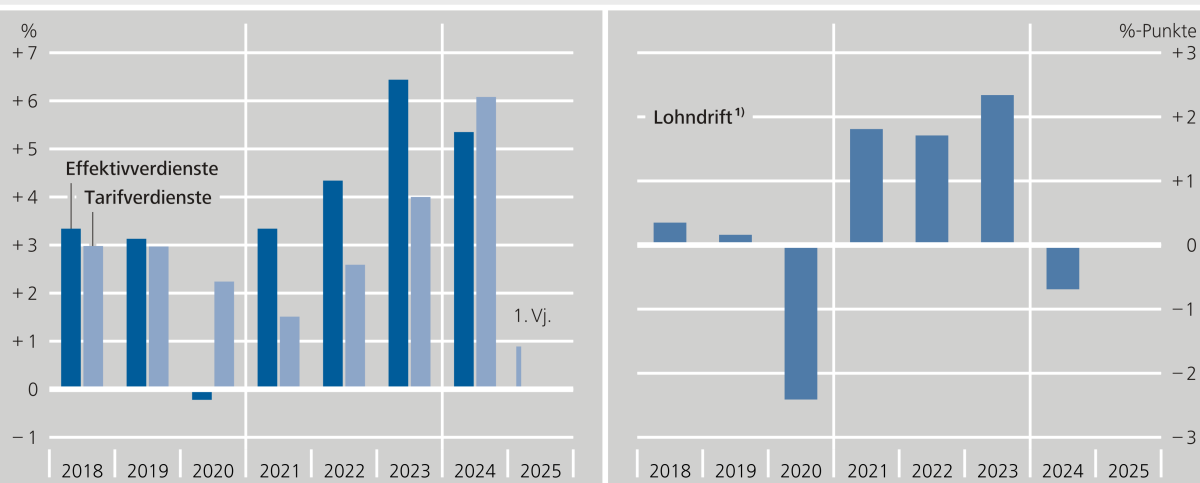
6 Dies sind die Kaufkraft der gesetzlichen Mindestlöhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, das allgemeine Niveau der Löhne und ihre Verteilung, die Wachstumsrate der Löhne sowie langfristige Produktivitätsniveaus und -entwicklungen.

7 In jüngerer Zeit wurden in einzelnen Niedriglohnbranchen der jeweilige Branchenmindestlohn und der tarifliche Einstiegslohn merklich erhöht. Bei einer deutlichen Mindestlohnanhebung werden in der Regel auch die Abstände zu den unmittelbar darüber liegenden Lohngruppen angepasst.

Arbeitsentgelte und Lohndrift

Schaubild 4.6

Veränderung gegenüber Vorjahr, auf Monatsbasis



Quellen: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und Deutsche Bundesbank (Tarifverdienste). ¹ Die Lohndrift wird als Vorjahresrate des Verhältnisses aus Effektiv- zu Tarifverdiensten berechnet.
Deutsche Bundesbank

5 Die Inflationsrate stieg im ersten Vierteljahr erneut leicht an

Der Preisauftrieb verstärkte sich im ersten Quartal 2025 etwas. Gegenüber dem Vorquartal stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) saisonbereinigt um 0,7 %, nach 0,5 % im Schlussquartal 2024. Das lag vor allem an den Dienstleistungen. Bei administrierten Diensten fiel die zum Jahresbeginn übliche Preiserhöhung dieses Mal besonders kräftig aus. Hier schlug sich auch die merkliche Verteuerung des Deutschlandtickets nieder. Außerdem stiegen die Energiepreise im Durchschnitt des ersten Quartals wieder an, nachdem sie in den zwei vorangegangenen Quartalen noch gefallen waren. Ausschlaggebend hierfür war die Verteuerung von Kraftstoffen. Zudem machte sich vor allem die weitere Anhebung des CO₂-Preises bemerkbar. Sowohl Industriegüter ohne Energie als auch Nahrungsmittel verteuerten sich zum Jahresstart dagegen nur moderat und deutlich weniger kräftig als noch im Schlussvierteljahr 2024. In der Vorjahresbetrachtung stieg die Inflationsrate im ersten Quartal 2025 erneut leicht an. Sie erhöhte sich von 2,5 % im vierten Quartal 2024 auf 2,6 %. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel) verharrte dagegen bei 3,2 %.

Im April zogen die Preise insgesamt moderat an. Saisonbereinigt erhöhte sich der HVPI erneut um 0,2 % (gegenüber dem Vormonat). Die Energiepreise sanken zwar merklich, dies glich aber den deutlichen Anstieg der Dienstleistungspreise, speziell für Reisen, nicht vollständig aus. Bei den Reisedienstleistungen stiegen vor allem die Preise für Pauschal- und Flugreisen im April kräftig an. Im Bereich Energie gaben hauptsächlich die Kraftstoffpreise nach. Dies war auf sinkende Rohölpreise auf den Energiemärkten zurückzuführen. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wirkte hier zusätzlich dämpfend. Die Preise für Industriegüter ohne Energie und Nahrungsmittel veränderten sich dagegen kaum. In den vergangenen Monaten waren vor allem unverarbeitete Nahrungsmittel der Gemüse- oder Fleischproduktion noch deutlich im Preis gestiegen. In der Vorjahresbetrachtung sank die Inflationsrate leicht von 2,3 % im März auf 2,2 % im April.⁸⁾ Die Kernrate stieg aufgrund der dynamischen Dienstleistungspreise dagegen kräftig von 2,8 % auf 3,1 % an. Auch nach anderen Maßen ist die zugrunde liegende Inflation weiterhin erhöht, verlor aber seit der Hochinflationsphase merklich an Dynamik.⁹⁾

Der Inflationsausblick ist aktuell besonders unsicher; aus gegenwärtiger Sicht dürfte die Inflationsrate in den kommenden Monaten um 2 % schwanken. Die immer noch kräftige Verteuerung der Dienstleistungen sollte allmählich nachlassen. Darüber hinaus dürften die gesunkenen Energiepreise die Inflationsrate dämpfen. Von den im Koalitionsvertrag angekündigten staatlichen Maßnahmen mit direkter Preiswirkung geht weiterer Abwärtsdruck auf die Energiepreise aus (zum Beispiel Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte). Allerdings ist noch unklar, wann die Maßnahmen umgesetzt werden. Dann könnte die Inflationsrate in Deutschland für eine Weile unter 2 % fallen.

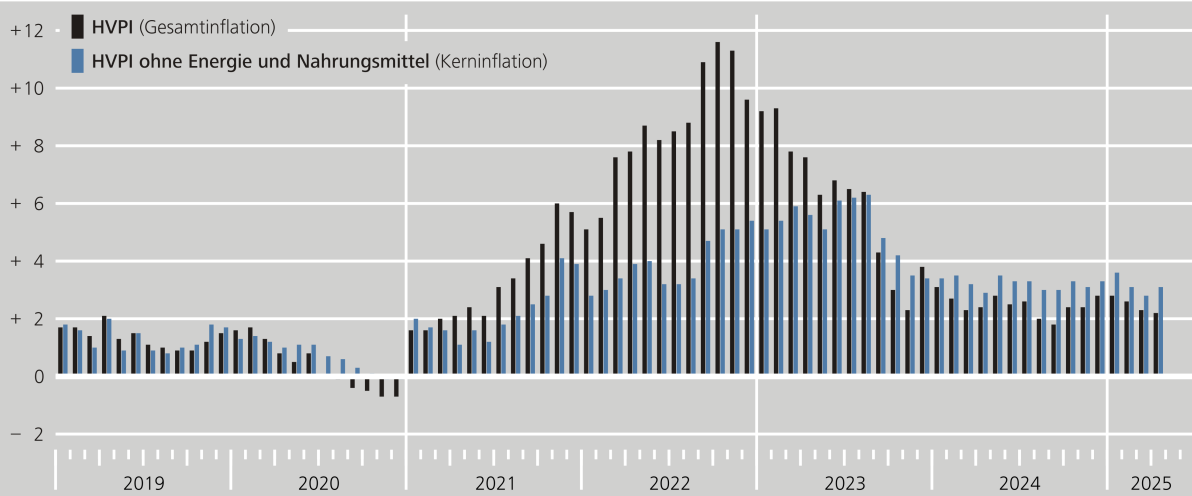
8 Die VPI-Rate sank im April ebenfalls leicht von 2,2 % auf 2,1 %.

9 Vgl. den Exkurs zur jüngeren Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland.

Gesamt- und Kerninflation in Deutschland

Schaubild 4.7

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, monatlich



Quellen: Statistisches Bundesamt und Eurostat.
Deutsche Bundesbank

Die jüngere Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland

Viele Notenbanken nehmen nicht nur die Gesamtinflationsrate, sondern auch die sogenannte zugrunde liegende Inflation in den Blick. Diese soll eine breit angelegte Preisdynamik erfassen und kurzfristige Schwankungen oder spezifische Preisbewegungen außer Acht lassen. Dabei ist die zugrunde liegende Inflation eine unbeobachtbare Größe, die geschätzt werden muss. Sie kann konzeptionell unterschiedlich verstanden und ermittelt werden.¹⁾ Gemeinsam ist allen Maßen, dass sie aus stark disaggregierten Verbraucherpreisdaten abgeleitet werden.

Für den Euroraum liegt eine breite Palette von Maßen der zugrunde liegenden Inflation vor.²⁾ Die Indikatoren beziehen sich alle auf das vom EZB-Rat gewählte Maß für Preisstabilität im Euroraum, den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Seit der jüngsten Hochinflationsphase gewann die zugrunde liegende Inflation stark an Bedeutung. Bei den geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats spielt sie seit einiger Zeit neben den gesamtwirtschaftlichen Prognosen sowie neu eingehenden Wirtschafts- und Finanzmarktdaten und der Stärke der geldpolitischen Transmission eine herausgehobene Rolle für die Beurteilung der Inflationsaussichten.³⁾

1 Details zur Berechnung sowie die Verweise auf akademische Studien finden sich in: Ciftci und Wieland (2025).

2 Vgl.: Ehrmann et al. (2018), Banbura et al. (2023) sowie Work stream on inflation measurement (2021).

3 Vgl.: Lane (2024).

Traditionelle Messgrößen für die zugrunde liegende Inflation, wie die „klassische“ Kernrate, beruhen auf dem Ausschluss bestimmter schwankungsanfälliger Preiskomponenten. Dabei werden diejenigen Bestandteile des HVPI-Warenkorbs ausgeklammert, deren Preise sich in der Vergangenheit als besonders volatil erwiesen. Prominente Beispiele sind die „klassische“ Kernrate, die Energie- und Nahrungsmittelpreise unberücksichtigt lässt, und getrimmte Mittelwerte. Letztere schließen einen bestimmten Prozentsatz an HVPI-Teilkomponenten aus, nämlich jene, deren Teuerungsrate besonders hoch oder niedrig ist.⁴⁾ Seit einigen Jahren dient zudem oft der HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Bekleidung und Reisen dazu, den zugrunde liegenden Preistrend besser abzuschätzen, da sich Bekleidungs- und Reisepreise ebenfalls als sehr volatil erwiesen.⁵⁾ Allerdings können vorübergehende Schocks diese traditionellen Messgrößen für die zugrunde liegende Inflation beeinflussen. Dies steht der Absicht entgegen, den mittelfristigen Preistrend abzugreifen. Zudem werden möglicherweise frühe Signale für Änderungen der zugrunde liegenden Inflation ausgeschlossen, wenn sie an den Rändern der Verteilung aller Teuerungsraten im HVPI-Warenkorb auftreten. So handelte es sich beispielsweise im April bei den am stärksten preistreibenden 15 % des HVPI-Warenkorbs zu 90 % um Dienstleistungen. In getrimmten Mittelwerten war somit ein großer Teil der Dienstleistungskomponenten mit wichtiger Signalfunktion für den zukünftigen Trend der Inflationsrate gar nicht mehr enthalten.

4 Es werden also monatlich diejenigen HVPI-Komponenten neu bestimmt, deren Teuerungsrate an den Rändern der Verteilung der Teuerungsraten des gesamten HVPI-Warenkorbes liegt.

5 Bekleidung und Reisen sind eigentlich Bestandteil der „klassischen“ Kernrate, weisen jedoch – vor allem in Deutschland – besonders starke Preisschwankungen und teilweise große methodische Brüche auf. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017) sowie Schnorrenberger et al. (2024).

Zusätzliche Informationen über die zugrunde liegende Inflation liefern alternative Maße, die auf ökonometrischen Modellen, neueren Methoden des maschinellen Lernens oder Mikrodaten beruhen. Beispielsweise gibt die Persistent Common Component of Inflation (PCCI) eine allen HVPI-Teilkomponenten gemeinsame, persistente Komponente wieder.⁶⁾ Neuere Methoden des maschinellen Lernens nehmen die Prognosegüte in den Blick. Zum Beispiel passt das Albacore-Maß die Gewichte der einzelnen HVPI-Komponenten so an, dass sie eine möglichst genaue Prognose der zukünftigen Inflationsrate liefern.⁷⁾ Außerdem lässt sich mithilfe von Mikrodaten ermitteln, ob innerhalb einer bestimmten HVPI-Teilkomponente die einzelnen Produktpreise relativ häufig oder eher selten angepasst werden.⁸⁾ Ein daraus abgeleiteter „Sticky Price“-Indikator, der nur die trägeren Komponenten mit relativ geringer Preisänderungshäufigkeit enthält, kann ebenfalls Aufschluss über die zugrunde liegende Preisentwicklung geben.⁹⁾

Sowohl traditionelle als auch alternative Maße zeigen einen merklichen Rückgang der zugrunde liegenden Inflation in Deutschland seit der Hochinflationsphase an, liegen aber weiterhin oberhalb ihrer historischen Durchschnitte.¹⁰⁾ Als die Inflationsrate in Deutschland im Oktober 2022 mit 11,6 % einen historischen Höchststand erreichte, kletterten vor allem die traditionellen, aber auch die alternativen Maße der zugrunde liegenden Inflation auf ganz außergewöhnlich hohe Werte. Gleichzeitig nahm die Spannweite dieser Indikatoren merklich zu. Mit einer gewissen Verzögerung zur geldpolitischen Straffung sank auch die zugrunde liegende Inflation. Seit Anfang 2024 verlangsamte sich ihr Rückgang jedoch deutlich, vor allem weil der Disinflationsprozess bei den Waren (ohne Energie) wohl weitgehend abgeschlossen ist. Im Vergleich zu ihren historischen Durchschnitten sind die meisten Indikatoren für die zugrunde liegende Inflation immer noch erhöht.¹¹⁾

6 Vgl.: Banbura und Bobeica (2020).

7 Vgl.: Goulet Coulombe et al. (2024) sowie Greso und Klieber (2024).

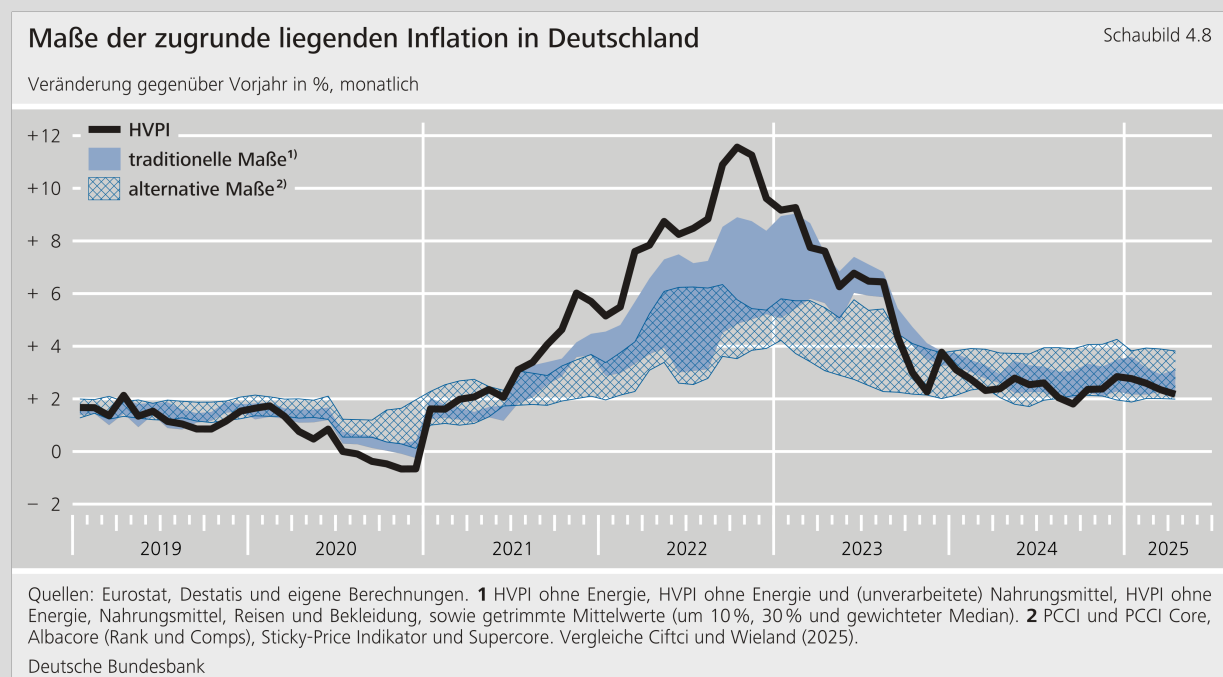
8 Gautier et al. (2024) berichten entsprechende Preisänderungshäufigkeiten für elf Länder des Euroraums während des Zeitraums niedriger Inflationsraten von 2010 bis 2019.

9 Vgl.: Bryan und Meyer (2010) sowie den [Sticky-Price CPI der Federal Reserve Bank of Atlanta](#).

10 Zur Kategorie der hier betrachteten traditionellen Maße zählen insgesamt sieben Indikatoren: HVPI ohne Energie, HVPI ohne Energie und (unverarbeitete) Nahrungsmittel, HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Reisen und Bekleidung sowie getrimmte Mittelwerte (um 10 %, um 30 % und gewichteter Median). In die Kategorie der hier betrachteten alternativen Maße fallen sechs zusätzliche Indikatoren: PCCI und PCCI Core, Albacore (Rank und Comps-Version), ein Sticky-Price-Indikator und Supercore. Das Supercore-Maß basiert auf einer Phillips-Kurven-Regression der reduzierten Form und enthält nur Komponenten der HVPI-Kernrate, die auf die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke reagieren.

11 Bei den alternativen Maßen liegt seit einigen Monaten das AlbacoreComps-Maß um gut 1 Prozentpunkt oberhalb der übrigen Maße dieser Gruppe. Ohne dieses Maß liegt das Band der alternativen Maße sogar leicht unterhalb desjenigen der traditionellen Maße.

Unterschiede zwischen den traditionellen und den alternativen Maßen zeigen sich vor allem in der Dynamik während des jüngsten Preisschubs. Die modellbasierten Indikatoren, insbesondere das PCCI-Maß, aber auch Albacore, haben bereits Anfang 2021 den Wendepunkt bei der Inflation hin zu höheren Raten erkannt – und damit etwas früher als die traditionellen Maße. Auch der Wendepunkt hin zum jüngsten Disinflationsprozess zeichnete sich in den alternativen Maßen etwas früher ab. Wegen der unterschiedlichen Dynamik der traditionellen und der alternativen Maße und ihren konzeptionellen Unterschieden bietet es sich an, auf eine Bandbreite an Maßen der zugrunde liegenden Inflation zu schauen.



6 Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren

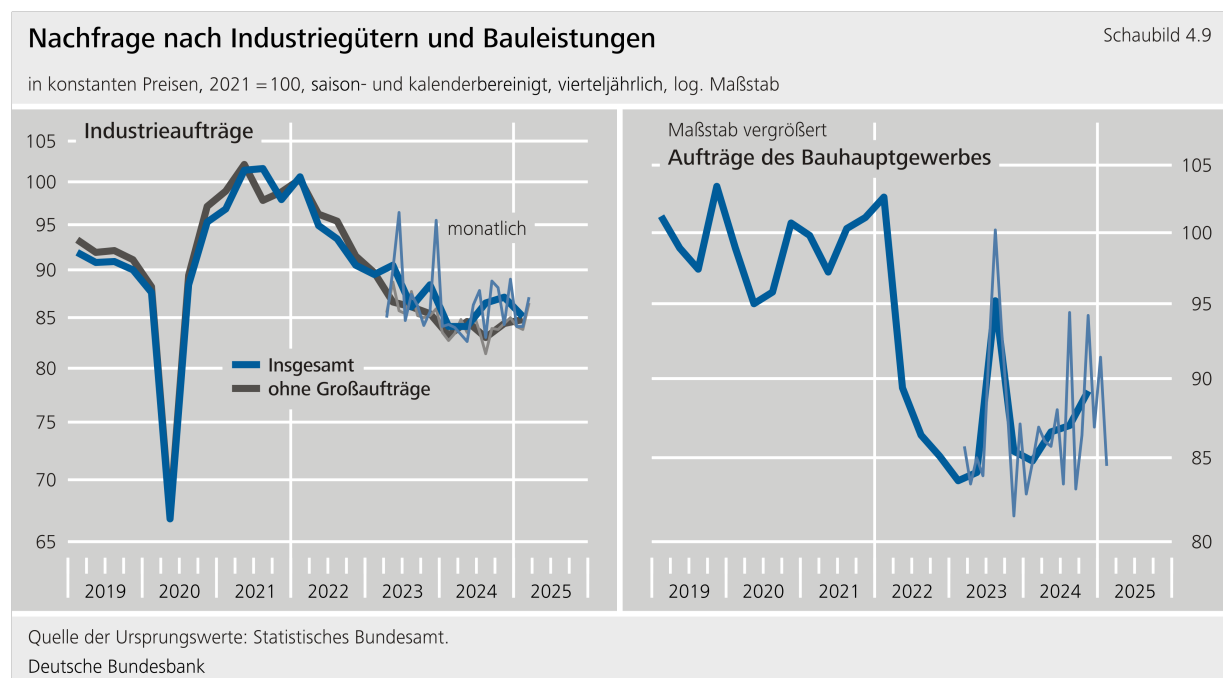
Im zweiten Quartal könnte die deutsche Wirtschaft in etwa auf der Stelle treten.

Vielfältige Belastungsfaktoren bestehen fort, und mit der verschärften Zollpolitik der US-Regierung kommt zusätzlicher Gegenwind hinzu. Dieser trifft insbesondere die Exportwirtschaft, die ohnehin mit einer schwierigen Wettbewerbsposition und schwacher Nachfrage zu kämpfen hat. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen befindet sich nämlich nach wie vor auf schwachem Niveau. Die Handelspolitik der US-Regierung belastet den Exportausblick nicht nur durch die verhängten oder angedrohten Zölle, sondern auch durch die mit den Finanzmarktreaktionen einhergegangene kräftige Aufwertung des Euro. Kurzfristig könnten zwar drohende noch höhere Zölle weitere Vorzieheffekte zur Folge haben. Grundsätzlich führen vorgezogene Produktion oder Exporte jedoch früher oder später zu einem entsprechenden Rückpralleffekt. Solche Belastungen könnten durchaus schon im laufenden Quartal auftreten. Die mit dem Zollkonflikt verbundene Unsicherheit beeinträchtigt zusätzlich die Planungssicherheit und damit die Investitionsneigung der Unternehmen. Letztere wird zudem durch die immer noch niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie geschwächt. Diese erhöhte sich laut Umfragen des ifo Instituts im April zwar leicht, lag aber weiterhin deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die Bremswirkung der zuvor erhöhten Finanzierungskosten auf die Investitionen dürfte zwar allmählich auslaufen, die Banken verschärften aber angesichts der unsicheren makroökonomischen Lage ihre Vergaberichtlinien für Unternehmenskredite im ersten Quartal noch einmal marginal. Die Bauinvestitionen könnten in etwa stagnieren. Denn die Nachfrage nach Bauleistungen ist noch nicht so gefestigt, dass schon kurzfristig Impulse zu erwarten sind. Etwas Auftrieb könnte erneut vom privaten Konsum ausgehen. Von den Arbeitseinkommen sind zwar angesichts des schwachen Arbeitsmarktausblicks und des nachlassenden Lohnwachstums kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Aber die Verbraucherstimmung hellte sich gemäß Umfragen von GfK im April auf, was mit einem deutlichen Rückgang der Sparneigung einherging. Stützende gesamtwirtschaftliche Effekte durch die absehbare, deutlich expansivere Fiskalpolitik sind dagegen kurzfristig noch nicht zu erwarten. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung dürften jedoch insbesondere die

höheren Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung der deutschen Wirtschaft Auftrieb verleihen.

Die Zollpolitik der US-Regierung dürfte die deutsche Industrie bereits im laufenden Quartal bremsen. Allerdings dürfte der Einstieg in das zweite Quartal durchaus noch gut gewesen sein. So besserte sich die Geschäftslage der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo Umfragen, die bei Abschluss dieses Berichts bis April vorlagen. Auch die kurzfristigen Produktionserwartungen erhöhten sich. Die Zahl produzierter Personenkraftwagen lag laut Angaben des VDA im April zwar unter dem Stand des März, aber noch deutlich über dem Vorquartal. Zu dem guten Start könnten weitere Vorzieheffekte beigetragen haben, da die USA ihre die EU betreffenden Universalzölle abgesehen von den Basiszöllen um 90 Tage aufschoben und somit weiterhin höhere Zölle drohen. Positiv entwickelte sich zuletzt der industrielle Auftragseingang. Er erhöhte sich im März über die meisten Sektoren hinweg saisonbereinigt deutlich gegenüber dem Vormonat. Auch in regionaler Hinsicht war der Anstieg breit angelegt. Im Mittel des ersten Quartals ging der Auftragseingang gegenüber dem Vorquartal zwar zurück. Ohne volatile Großaufträge gerechnet erhöhte er sich aber erneut. Vorzieheffekte spielten dabei wohl keine entscheidende Rolle. Zwar stiegen die Aufträge aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums. Sie waren aber nicht allein für den Anstieg maßgeblich. Vielmehr kamen insbesondere aus dem Inland mehr Neuaufträge. Dass von der US-Handelspolitik schon kurzfristig deutlich negative Auswirkungen ausgehen dürften, signalisieren die ifo Exporterwartungen im April, die sich stark eintrübten.

In der Bauwirtschaft verbessern sich zwar die Perspektiven, aber für das zweite Quartal sind noch keine Impulse zu erwarten. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich mittlerweile von ihrem sehr niedrigen Niveau aus etwas erholt, bleibt aber noch ohne durchgreifenden Schwung. Die Baugenehmigungen legten im ersten Quartal stark zu, nach einem bereits kräftigen Anstieg im Vorquartal. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe verringerte sich den bis Februar verfügbaren Angaben zufolge im ersten Quartal jedoch wieder etwas, nach drei Anstiegen in Folge. Dies geht auf den Tiefbau zurück, in dem die Neuaufträge im Februar stark zurückgingen. Dabei könnten auch vorübergehend weniger Aufträge aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes eine Rolle gespielt haben.¹⁰⁾ Insgesamt verbesserte sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe im April gemäß Umfragen des ifo Instituts. Dabei wurde die etwas verschlechterte Lageeinschätzung durch die deutlich gestiegenen Erwartungen mehr als ausgeglichen.¹¹⁾



¹⁰ Vgl.: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (2025).

¹¹ Die günstige Witterung im Winter könnte im zweiten Quartal zwar zu einer Gegenbewegung der Bauproduktion führen. Dagegen spricht allerdings, dass in Umfragen des ifo Instituts im April saisonbereinigt ein noch deutlich geringerer Anteil der Unternehmen angab, dass die Geschäftstätigkeit von Witterungseinflüssen beeinträchtigt wird. Hierfür könnte der vergleichsweise geringe Niederschlag eine Rolle gespielt haben. Für die Bautätigkeit spielen nämlich nicht nur Temperaturen eine Rolle, sondern auch der Niederschlag. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025).

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen dürften in den kommenden Jahren konjunkturstützend wirken. Bis neue Infrastrukturprojekte im Bauwesen zusätzliche Aufträge generieren, sind aber zunächst Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren zu durchlaufen. Selbst wenn diese deutlich beschleunigt werden sollen, sind spürbare Impulse für die Bauproduktion wohl frühestens ab dem kommenden Jahr zu erwarten. Dabei hängt ihre Stärke auch von den verfügbaren Produktionskapazitäten ab. Derzeit steigt die Auslastung im Tiefbau und liegt mittlerweile nur noch knapp unter dem Durchschnittsniveau der letzten zehn Jahre, während der Hochbau weiterhin deutlich unterausgelastet ist.¹²⁾ Mit den zusätzlichen staatlichen Investitionen dürfte die Kapazitätsauslastung im Tiefbau in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Potenzielle Engpässe lassen sich wahrscheinlich nur eingeschränkt durch einen Aufbau neuer Kapazitäten und die Verlagerung verfügbarer Kapazitäten aus dem Hochbau auffangen. Der geplante Abbau von bürokratischen Hürden im Wohnungsbau dürfte auch dort die Investitionen fördern. Die geplanten beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten dürften die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen stärken. Höhere Verteidigungsausgaben schlagen sich nach dem nötigen administrativen Vorlauf in höheren staatlichen Investitions- und Konsumausgaben nieder. Die höhere Nachfrage dürfte zwar teilweise durch höhere Importe Anbietern aus dem Ausland zugutekommen, letztlich dürften aber nicht zuletzt inländische Hersteller von Rüstungsgütern, etwa von Waffen und Munition oder von militärischen Fahrzeugen (die in den Wirtschaftsstatistiken dem Sonstigen Fahrzeugbau zugerechnet werden) davon profitieren. Die angelegte höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage könnte mittelfristig zu etwas höheren Inflationsraten führen. Allerdings sind im Koalitionsvertrag auch einige fiskalische Maßnahmen enthalten, die vorübergehend die Inflation unmittelbar dämpfen, insbesondere bei Energie.¹³⁾ Die konkreten makroökonomischen Effekte der expansiveren Fiskalpolitik werden im Rahmen der neuen Deutschland-Prognose genauer abgeschätzt. Diese wird im Juni veröffentlicht.

12 Vgl.: ifo Institut (2025).

13 So sollen die Stromsteuer und die Netzentgelte gesenkt sowie die Gasspeicherumlage abgeschafft werden. Die angekündigte Senkung des Umsatzsteuersatzes für gastronomische Dienstleistungen dürfte kaum zu größeren Preisrückgängen führen.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält angebotsseitige Vorhaben, die das langfristige Wachstum der deutschen Volkswirtschaft stärken können. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung des Umfelds für Unternehmensinvestitionen. Hierzu zählen die Vorhaben zum Bürokratieabbau, zur Modernisierung der staatlichen Verwaltung und Digitalisierung ebenso wie die geplanten steuerlichen Investitionsanreize. Auch Maßnahmen zur Steigerung der Innovationstätigkeit, wie ein besserer Wagniskapitalzugang für junge Unternehmen, können einen Beitrag leisten. Einzelne Maßnahmen wie die Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes oder die verbesserten Abschreibungen für Ausrüstungen sind dabei bereits recht konkret benannt. Bei vielen anderen Vorhaben wird die Wachstumswirkung maßgeblich von der konkreten Umsetzung abhängen.

Bei der Energiewende steht ein schlüssiges Gesamtkonzept noch aus. Mit effizienzsteigernden Maßnahmen und marktbasierten Mechanismen können die Kosten der Energiewende begrenzt werden. Die Pläne der neuen Regierung zielen zum Teil in diese Richtung. Gerade seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind die Energiekosten in Deutschland stark gestiegen. Unternehmensumfragen zufolge stellen sie eine Belastung für Investitionsentscheidungen am hiesigen Standort und die Wettbewerbsfähigkeit dar.¹⁴⁾ Gleichzeitig verdeutlichte der Energiepreisanstieg die Risiken hoher Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten. Auch um solche Abhängigkeiten zu vermeiden, ist es wichtig, die Energiewende voranzutreiben. Allerdings ist dabei auf Effizienz und Planungssicherheit zu achten, damit Energiekosten begrenzt werden. So sollten die Netzkosten möglichst von vorneherein nicht stark steigen. In diese Richtung ist zum Beispiel geplant, beim Netzausbau stärker auf günstige Freiluftleitungen zu setzen. Auch die angekündigte Beschleunigung des Rollouts von Smart Metern ist zu begrüßen, denn mit dynamischen Stromtarifen lassen sich Kosten begrenzen – und zudem die Netzstabilität verbessern. Es ist nachvollziehbar, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken, um die Endkundenpreise für Energie etwas zu dämpfen. Weniger überzeugend erscheint es, Netzentgelte zu subventionieren: Solche Nutzungsentgelte können knappheitsgerechte Preissignale senden. Auch der angedachte Industriestrompreis würde solche Signale für energieintensive Industrieunternehmen dämpfen. Bei umfänglichen Subventionen sind zudem die angespannten Staatsfinanzen im Blick zu behalten. Für die Dekarbonisierung will die Koalition vor allem die CO₂-Bepreisung nutzen, das heißt Preisanreize setzen. Diese Konzentration auf marktwirtschaftliche Anreizmechanismen erscheint grundsätzlich sinnvoll. Für effiziente Preisanreize wäre auf der EU-Ebene aber darauf hinzuwirken, die CO₂-Bepreisung möglichst gleichmäßig und ohne Ausnahme – wie im Fall der Landwirtschaft – auf alle Sektoren anzuwenden.

14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024) sowie Deutsche Industrie- und Handelskammer (2025).

Einzelne Maßnahmen stärken das Arbeitsangebot. So dürfte die geplante Bürgergeldreform die Suchanreize arbeitsloser Personen und dadurch das Arbeitsangebot steigern. Die Maßnahmen zur Stärkung der Fachkräftezuwanderung überzeugen hingegen nur teilweise. So ist beispielsweise eine neue, digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung (Work-and-Stay-Agentur) ausdrücklich zu begrüßen. Sie soll alle Prozesse der Erwerbsmigration von Personen aus Drittstaaten und der Anerkennung von deren Abschlüssen bündeln und beschleunigen. Auch das Vorhaben, Personen aus Drittstaaten, die in Deutschland berufliche oder akademische Abschlüsse erworben haben, zum Bleiben zu bewegen, ist sinnvoll. Allerdings werden hierzu noch keine konkreten Maßnahmen genannt. Gleichzeitig will die neue Regierung jedoch das Zuwanderungskontingent nach der Westbalkanregelung von 50 000 Personen jährlich halbieren. Auch wenn die Kontingentregelung 2024 wahrscheinlich nicht vollständig ausgeschöpft wurde, würde dies die beschäftigungsorientierte Zuwanderung einschränken. Hier wäre im Gegenteil eine Ausweitung der Regelung auf weitere Herkunftsstaaten zielführend.

An etlichen Stellen bleiben inländische Reserven beim Arbeitsangebot aber ungenutzt. So wird die demografische Entwicklung den Arbeitseinsatz und darüber das Potenzialwachstum Deutschlands in den kommenden Jahren stark belasten. Um Arbeitsmarktreserven bei Älteren zu aktivieren, bieten sich in der Rentenversicherung insbesondere mit abschlagsfreier Rente und gesetzlichem Renteneintrittsalter wirksame Ansatzpunkte, die aber offenbar nicht verfolgt werden sollen. Die geplante teilweise Steuerfreistellung von Erwerbseinkommen von Erwerbstätigen jenseits der Regelaltersgrenze (Aktivrente) dürfte hingegen kaum helfen (vgl. Abschnitt "Rentenpolitische Vorhaben der neuen Bundesregierung" im Artikel "Öffentliche Finanzen"). Auch hinsichtlich eines höheren Arbeitsangebots von Frauen bietet der Koalitionsvertrag keine Hinweise auf größere Strukturveränderungen. Zwar ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland im europäischen Vergleich relativ hoch. Ihre durchschnittliche Arbeitszeit ist jedoch vergleichsweise niedrig. Es wäre daher zu begrüßen, wenn Kinderbetreuungsangebote nun – wie anvisiert – schnell ausgeweitet würden. Daneben begünstigt das Abgabensystem teils reduzierte Erwerbstätigkeit (wie die Minijob-Begünstigungen und die beitragsfreie Mitversicherung in Kranken- und Pflegeversicherung in Partnerschaften). Dies dürfte dazu beitragen, dass in Deutschland auch kinderlose Frauen nur in vergleichsweise geringem Umfang einer Erwerbstätigkeit nachgehen.¹⁵⁾ Hier sind allerdings offenbar keine Änderungen geplant. Schließlich drohen deutlich steigende Sozialversicherungsbeiträge die Arbeitsanreize (und über höhere Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft) zu belasten. Diesbezüglich ist es wichtig, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Überprüfung im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung den angelegten Ausgabenanstieg begrenzt.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 20. Mai 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.

¹⁵⁾ Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023), S. 268, Abbildung 105: Nur 35 % der verheirateten kinderlosen Frauen arbeiten Vollzeit (zum Vergleich: verheiratete kinderlose Männer: 74 %), aber 46 % nur Teilzeit mit maximal 30 Stunden Arbeitszeit pro Woche (Männer: 15 %). Die restlichen 19 % sind nicht erwerbstätig (Männer: 11 %).

Literaturverzeichnis

Bańbura, M., E. Bobeica, K. Bodnár, B. Fagandini, P. Healy und J. Paredes (2023), Underlying Inflation Measures: An Analytical Guide for the Euro Area, ECB Economic Bulletin, Issue 5/2023.

Bańbura, M. und E. Bobeica (2020), PCCI: A Data-Rich Measure of Underlying Inflation in the Euro Area, ECB Statistics Paper, Nr. 38.

Boddin, D. und M. Köhler (2024), The High Frequency Firm Survey "Bundesbank Online Panel – Firms", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 244(3), 267 – 275.

Bryan, M. F. und B. Meyer (2010), Are Some Prices in the CPI More Forward Looking than Others? We Think so, Federal Reserve Bank of Cleveland, Economic Commentary, 2010-2.

Ciftci, M. und E. Wieland (2025), Underlying Inflation Measures for Germany, Bundesbank Technical Paper, im Erscheinen.

Deutsche Bundesbank (2025), Einfluss des Wetters auf die sektorale Wertschöpfung, in: Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht, Februar 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Inländische Investitionshemmnisse für deutsche Unternehmen, in: Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht Mai.

Deutsche Bundesbank (2017), Zur Volatilität der klassischen Kernrate in Deutschland, Monatsbericht, November 2017, S. 52 – 54.

Deutsche Industrie- und Handelskammer (2025), IHK-Unternehmensbarometer 2025.

Ehrmann, M., G. Ferrucci, M. Lenza, und D. O'Brien (2018), Measures of Underlying Inflation for the Euro Area, ECB Economic Bulletin, Issue 4/2018.

Europäische Kommission (2023), European Business Cycle Indicators: A new survey-based labour hoarding indicator, Technical Paper, 066, July 2023.

Europäische Zentralbank (2024), Higher profit margins have helped firms to hoard labour, ECB Economic Bulletin, Issue 4/2024.

Gautier, E., C. Conflitti, R. P. Faber, B. Fabo, L. Fadejeva, V. Jouvanceau, J.-O. Menz, T. Messner, P. Petroulas, P. Roldan-Blanco, F. Rumler, S. Santoro, E. Wieland und H. Zimmer (2024), New Facts on Consumer Price Rigidity in the Euro Area, American Economic Journal: Macroeconomics, Vol. 16(4), S. 3186 – 43.

Goulet Coulombe, P., K. Klieber, C. Barrette und M. Goebel (2024), Maximally Forward-looking Core Inflation.

Greso, P. und K. Klieber (2024), The Role of Inflation Subcomponents: Applying Maximally Forward-Looking Core Inflation to Euro Area countries, OeNB Bulletin, Q3/24.

Hauptverband der deutschen Bauindustrie (2025), Auftragseingang im Februar wieder leicht im Minus, Pressemitteilung vom 25. April 2025.

ifo Institut (2025), Tiefbau-Unternehmen zunehmend ausgelastet, Pressemitteilung vom 14. April 2025.

Lane, P. R. (2024), „Underlying Inflation: An Update“, Rede auf der “Inflation: Drivers and Dynamics Conference 2024” der Federal Reserve Bank of Cleveland und der EZB, 24. Oktober 2024.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023), Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren, Jahresgutachten 2023 /24.

Schnorrenberger, R., P. Schwind und E. Wieland (2024), Forecasting HICP Package Holidays with Forward-Looking Booking Data, Bundesbank Technical Paper, Nr. 04 /2024.

Statistisches Bundesamt (2025a), Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2025 um 0,2 % höher als im Vorquartal, Pressemitteilung Nr. 158 vom 30. April 2025.

Statistisches Bundesamt (2025b), 24 % der deutschen Pharma-Exporte 2024 gingen in die USA, Pressemitteilung Nr. N018 vom 14. April 2025.

Work stream on inflation measurement (2021), Inflation Measurement and its Assessment in the ECB’s Monetary Policy Strategy Review, Chapter 6: The Role of Underlying Inflation, ECB Strategy Review, ECB Occasional Paper, No. 265.

Öffentliche Finanzen

1 Staatlicher Gesamthaushalt¹⁾

1.1 Ausblick auf 2025 und die mittlere Frist

Mit der Lockerung der Budgetregeln ändert die deutsche Finanzpolitik ihren Kurs: Defizit- und Schuldenquote dürften in den nächsten Jahren deutlich steigen. Zum Ende der letzten Legislaturperiode hatte der Gesetzgeber die Kreditspielräume im Rahmen der Schuldenbremse erheblich erweitert. Zudem hatte er einen sehr umfangreichen Kreditrahmen für ein neues kreditfinanziertes Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität eingeräumt (vgl. Exkurs "Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten").

Die neue Bundesregierung nutzt die zusätzlichen Spielräume und steuert gemäß Koalitionsvertrag auf eine expansive Finanzpolitik zu.²⁾ Der Koalitionsvertrag sieht erhebliche Mehrausgaben vor, insbesondere für Verteidigung und staatliche Infrastruktur. Zudem sind höhere Subventionen und Renten vereinbart. Hinzu kommt der demografisch bedingte Ausgabendruck. Alles in allem könnte die strukturelle Ausgabenquote in den kommenden Jahren deutlich über 50 % ansteigen. Auf der Einnahmenseite wird die Abgabenquote deutlich zunehmen. Die Beitragssätze zur Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung werden perspektivisch weiter steigen, weil deren Ausgaben dynamisch wachsen. Im laufenden Jahr dürften die Beitragssätze zur Sozialversicherung zusammen genommen bei über 42 % liegen. Die steigenden Beitragssätze dürften die geplanten Steuersenkungen überwiegen.

1 Dieser Abschnitt bezieht sich auf Daten der VGR und die Maastricht-Schulden. Danach wird über die Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik) in den Bereichen berichtet, für die Ergebnisse für das erste Quartal 2025 vorliegen.

2 Vgl.: CDU, CSU, SPD (2025).

Die Defizitquote könnte im laufenden Jahr aber zunächst noch etwas sinken, weil die Steuereinnahmen merklich wachsen und die Sozialbeitragssätze kräftig steigen (Defizitquote 2024: 2,8 %). Die realwirtschaftliche Schwäche lastet zwar auf den Steuereinnahmen, stützende Einflüsse sind aber ebenfalls gewichtig (vgl. Abschnitt zur offiziellen Steuerschätzung). Zudem erhöhten die Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge zu Jahresbeginn stark, um Finanzierungslücken aus dem letzten Jahr zu schließen und Rücklagen wieder aufzufüllen. Daher dürfte das Defizit der Sozialversicherung sinken, trotz dynamisch wachsender Ausgaben. Die durch die neue Regierung angekündigte grundlegende fiskalische Neuausrichtung dürfte 2025 noch keine große Rolle spielen, da sie Vorlauf benötigt.

Ab dem kommenden Jahr dürfte die Defizitquote dann deutlich steigen, hauptsächlich getrieben durch zahlreiche Maßnahmen des Bundes (siehe auch Abschnitt "Fiskalpolitik mit Koalitionsvertrag neu ausgerichtet"). Aber auch bei den Ländern einschließlich der Kommunen ist mit anhaltenden Defiziten zu rechnen. Die Länder dürften die neuen strukturellen Kreditspielräume nutzen. Auch die Sozialversicherung dürfte insgesamt bis etwa 2027 Defizite verzeichnen, vor allem durch Finanzierungslücken der Rentenversicherung.³⁾ Alles in allem könnte die gesamtstaatliche Defizitquote im Jahr 2027 in struktureller Betrachtung eine Größenordnung von 4 % erreichen.

Die Maastricht-Schuldenquote lag 2024 mit 62,5 % nicht weit vom 60 %-Referenzwert entfernt. Sie wird in den kommenden Jahren spürbar steigen – wie auch die Zinsausgaben. Die Schuldenquote könnte bis 2027 über 65 % anwachsen. Hinzu kommt der deutsche Anteil an den EU-Schulden.⁴⁾ Durch die schuldenfinanzierten NGEU-Transfers dürfte dieser bis zum Ende des jetzigen Programms auf 2½ % des BIP klettern. Die staatlichen Zinsausgaben werden auch deswegen wachsen, weil die Durchschnittsverzinsung der Schulden weiter steigt. Sie nimmt bereits seit einigen Jahren wieder zu und betrug im letzten Jahr 1,7 %. Zuvor war sie während der langjährigen Nullzinsphase bis auf außergewöhnlich niedrige 0,9 % gesunken.

3 Die Sozialversicherung darf sich im Grundsatz nicht verschulden. Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) kann aber noch Defizite aus ihrer freien Rücklage finanzieren. Im Jahr 2027 dürfte diese nicht mehr ausreichen, und der GRV-Beitragssatz muss steigen. Für die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist nur eine konjunkturbedingte Finanzierungslücke zu erwarten. Diese überbrückt voraussichtlich der Bund durch ein Darlehen. Vgl. zur GRV und BA: Kapitel "Sozialversicherung".

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel 2: Öffentliche Finanzen.

1.2 Fiskalpolitik mit Koalitionsvertrag neu ausgerichtet

Deutschland steht vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt angesichts starker internationaler Umbrüche. Die neue Bundesregierung plant vor diesem Hintergrund zahlreiche Maßnahmen. Konkrete Gesetzentwürfe liegen zwar noch nicht vor, aber der Koalitionsvertrag zeigt die Richtung an. Zusätzliche staatliche Finanzmittel sollen in die Verteidigung sowie Infrastruktur fließen. Darüber hinaus setzt der Koalitionsvertrag Schwerpunkte bei der Förderung von Forschung, Innovation und Digitalisierung. Punktuelle Steuerentlastungen und Subventionen sollen Unternehmensinvestitionen und Arbeitsangebot stützen. Zudem soll die Verwaltung künftig schneller, digitaler und weniger bürokratisch werden.⁵⁾

Viele der genannten Vorhaben zielen in die richtige Richtung, um Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. Nun ist die Umsetzung entscheidend. Zu begrüßen ist beispielsweise, dass die neue Bundesregierung Verwaltungsprozesse über die staatlichen Ebenen hinweg beschleunigen, bündeln und vereinfachen will. Die Chancen der Digitalisierung will sie dafür besser nutzen (vgl. auch Abschnitt "Ergebnis 2024 und Ausblick"). Was das Beispiel auch verdeutlicht: Verfügbare Finanzmittel allein sind nicht genug. Es geht auch darum, die Strukturen insgesamt besser auf die Herausforderungen auszurichten. Insgesamt wird es darauf ankommen, die Vorhaben zügig und effizient umzusetzen.

5 Für eine Einschätzung der Maßnahmen im Koalitionsvertrag aus konjunktureller und angebotsseitiger Perspektive vgl. Kapitel "Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren" im Artikel "Konjunktur in Deutschland".

Es bleibt wichtig, das Steuer- und Transfersystem zu überprüfen und die Sozialversicherung an die demografischen Perspektiven anzupassen. Der Ausgabendruck ist auch durch die neu geplanten Maßnahmen erheblich. Und die Sozialbeitragssätze werden ohnehin demografiebedingt steigen. Insofern ist es zu begrüßen, dass die neue Bundesregierung bestehende Subventionen und Sondertatbestände überprüfen möchte. Das Prüfvorhaben bleibt im Koalitionsvertrag aber allgemein, während etliche neue Fördertatbestände dort bereits recht konkret angekündigt sind. Insgesamt wäre zu empfehlen, neue Sonder- und Fördertatbestände gut im Hinblick auf die dringlichen Herausforderungen zu begründen – oder auf sie zu verzichten. Es spricht viel dafür, spezielle Begünstigungen regelmäßig zu überprüfen oder von vorneherein zu befristen. Generell lässt sich das Steuer- und Transfersystem durch Steuern mit breiteren Bemessungsgrundlagen mit niedrigeren Steuersätzen und zielgenauere, konsistente Transfersystemen effizienter aufstellen. Hierdurch würde auch der bürokratische Aufwand sinken. Das Gegenteil ist bei punktuellen Ausnahmen der Fall. Zudem könnte die Bundesregierung vielfach empfohlene Ansätze für beschäftigungsfreundliche Reformen im Steuersystem und bei den Sozialversicherungen aufgreifen (vgl. auch Kapitel "Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren" im Artikel "Konjunktur in Deutschland" sowie unten die Abschnitte "Steuerpolitische Maßnahmen im Koalitionsvertrag" und "Rentenpolitische Vorhaben der neuen Bundesregierung").

Mit Blick auf die Dekarbonisierung und eine sichere, kosteneffiziente Energieversorgung bedarf es noch eines konsistenten und zielführenden Rahmens. Aus ökonomischer Sicht sind knappheitsgerechte Energiepreise zu empfehlen, weil sie Angebot und Nachfrage kostengünstig ins Gleichgewicht bringen.⁶⁾ Knappheitsbezogene Strompreise müssten neben Engpässen und Überangeboten bei der Stromproduktion auch die Auslastung der Netze widerspiegeln. Dies spricht gegen die angekündigte Subvention der Netzentgelte. Für die Dekarbonisierung lassen sich über Emissionszertifikate knappheitsbezogene Preissignale geben. Um die Dekarbonisierungsziele zu erreichen, darf der Preis dann allerdings nicht systematisch gedeckelt werden (vgl. Kapitel "Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft in etwa stagnieren" im Artikel "Konjunktur in Deutschland").

6 Eine finanzielle Überlastung einkommensschwacher privater Haushalte lässt sich dabei durch zielgerichtete Transfers vermeiden.

1.3 Mit anstehenden Gesetzesänderungen verlässliche Leitplanken für nachhaltige Finanzpolitik vereinbaren

Dauerhaft umfangreiche Defizite und eine entsprechend steigende Schuldenquote wären nicht mit soliden Staatsfinanzen und den EU-Regeln vereinbar. Mittelfristig zeichnen sich erhebliche Defizite ab (siehe oben Abschnitt "Ausblick auf 2025 und die mittlere Frist"). Vorübergehend gefährden sie solide deutsche Staatsfinanzen zwar nicht. Aber als Dauerzustand wären sie anders zu bewerten: Steigende und hohe Zinslasten würden die fiskalischen Handlungsspielräume empfindlich einschränken und hohe Schuldenquoten die Resilienz der Staatsfinanzen beschädigen. Aus gutem Grund zielen die EU-Regeln – einschließlich des EU-Vertrags – darauf, dass Schuldenquoten über 60 % im Regelfall sinken. Bindende EU-Fiskalregeln sind ein wichtiger Anker für solide Staatsfinanzen und eine stabilitätsorientierte Währungsunion.

Zu verlässlichen Perspektiven für die deutschen Staatsfinanzen gehört auch Klarheit über die konkreten Anforderungen durch die nationalen und die EU-Fiskalregeln. Aktuell fehlt diese Klarheit. Die reformierten nationalen Budgetregeln erlauben es, umfangreich Kredite aufzunehmen, es fehlen aber noch Ausführungsgesetze (vgl. Exkurs "Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten") und aktuelle Budgetplanungen. Nicht im Einzelnen absehbar sind derzeit auch die konkreten EU-Vorgaben für Deutschland: Erstens liegt für den laufenden vier- bis siebenjährigen Anpassungszeitraum noch kein Fiskalplan vor. Zweitens ist noch offen, was die Übergangsphase durch die beantragte Ausweichklausel für die Ausgabenspielräume genau bedeutet (vgl. Exkurs "EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden"). Insgesamt sind die neuen deutschen und EU-Fiskalregeln sehr komplex und in der Anwendung schwer nachvollziehbar. Deshalb sind transparente Budgetplanungen umso wichtiger. Aus diesen muss dabei insbesondere hervorgehen, wie die erweiterten nationalen Spielräume genutzt werden sollen und dass dies in Einklang mit den EU-Vorgaben steht. Hierfür sind nicht nur die Planungen bis zum jeweils nächsten Jahr wichtig. Vielmehr bedarf es auch Planungen zu den Anpassungsnotwendigkeiten im weiteren Verlauf.

Es ist zu erwarten, dass Deutschland gemäß EU-Vorgaben nach einer Übergangsphase zunächst eine strukturelle Defizitquote von etwa 1 % anstreben muss, um die Schuldenquote wieder unter 60 % zurückzuführen. ⁷⁾ Die EU-Regeln werden damit perspektivisch deutlich enger binden als die nationalen Kreditspielräume des Grundgesetzes: Eine Grundposition von 1 % für die strukturelle Defizitquote schöpft den jahresdurchschnittlichen Kreditspielraum des neuen Infrastrukturfonds bereits annähernd aus. Dies bedeutet, dass perspektivisch nur Teile der nationalen Verschuldungsmöglichkeiten genutzt werden können.

Bund und Länder sollten in ihren anstehenden Planungen bereits berücksichtigen, dass perspektivisch wieder eine solide Grundposition zu erreichen ist. Das voraussichtliche Ziel für die strukturelle gesamtstaatliche Defizitquote von etwa 1 % bedeutet, dass sie anfänglich höhere Defizite im Zeitverlauf wieder zurückführen müssen. Es wäre ratsam, dass sie diesen absehbaren Korrekturbedarf von vornherein begrenzen. Dazu könnten sie die Kreditspielräume der nationalen Regeln für die aktuellen Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen (einschließlich Klimaneutralität) reservieren, die über das 2024 Erreichte hinausgehen. Andere zusätzliche Maßnahmen wären dann gegenfinanzieren.

⁷ Diese Grundposition für das strukturelle Defizit sichert dann ab, dass die Schuldenquote im weiteren Verlauf Richtung 60 % sinkt. Die deutlichen demografischen Ausgabenanstiege führen dazu, dass Deutschland zunächst eine vergleichsweise niedrige strukturelle Defizitquote ansteuern muss. Vgl. ausführlicher zu möglicher EU-Vorgaben für Deutschland: Deutsche Bundesbank (2025b).

Zu empfehlen wäre, den deutschen Staatshaushalten in den anstehenden Gesetzen zur geänderten Schuldenbremse wieder verlässliche Leitplanken zu geben. Die Grundgesetzänderungen vom März 2025 sind durch Ausführungsgesetze noch zu konkretisieren. Dabei ließe sich verankern, die neuen Kreditspielräume wie beschrieben nur für zusätzliche Maßnahmen zum Bewältigen der Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen (einschließlich Klimaneutralität) zu nutzen. Es könnten also der Verwendungsbereich und die Zusätzlichkeit konkret abgesichert werden. In diesem Zuge könnten Bund und Länder ihre nationalen Verschuldungsspielräume für die aktuelle Übergangsphase in Einklang mit den (zu vereinbarenden) EU-Vorgaben zu Fiskalplan und Ausweichklausel abstecken. Der Koalitionsvertrag kündigt außerdem eine weitere Reform der Schuldenbremse an. In diesem Kontext lassen sich auch solide Staatsfinanzen und die Ziele der EU-Regeln wieder über bindende Kreditgrenzen im Grundgesetz verankern. Die Vorschläge der Bundesbank für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse bieten dazu weiterhin geeignete Ansatzpunkte: Sie zielen darauf, sowohl den staatlichen Investitionen (in Infrastruktur und Verteidigung) Vorrang einzuräumen als auch solide Staatsfinanzen und die EU-Regeln abzusichern.⁸⁾

8 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden

Die EU-Staaten wollen ihre militärische Verteidigungskraft erheblich stärken. Die Europäische Kommission regt dazu an, über vier Jahre bis zu 800 Mrd € zusätzliche Verteidigungsausgaben zu mobilisieren. Ihr Vorschlag unter dem Titel "Bereitschaft 2030" umfasst drei Säulen: i) über gemeinsame Verschuldung finanzierte Kredite (SAFE), ii) über die Europäische Investitionsbank mobilisiertes privates Kapital, iii) höhere national finanzierte Ausgaben. Die national finanzierten Ausgaben sollen mit vier Fünfteln den größten Anteil ausmachen. Dafür sollen die üblichen Grenzen aus den europäischen Fiskalregeln temporär gelockert werden.¹⁾

Die europäischen Fiskalregeln beinhalten eine nationale Ausweichklausel, die den fiskalischen Handlungsspielraum eines Mitgliedstaates erhöht. Voraussetzung sind außergewöhnliche Umstände, die sich der Kontrolle des Mitgliedstaates entziehen und erhebliche Auswirkungen auf seine öffentlichen Finanzen haben.²⁾ Ist die Ausweichklausel aktiviert, darf der Mitgliedstaat mehr ausgeben als in seinem Fiskalplan vereinbart.³⁾ Auch wenn eine Defizitquote damit über 3 % steigt, hat dies im Regelfall kein Defizitverfahren zur Folge. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die aufgrund der Ausnahmeklausel höheren Nettoausgaben (und Defizite) die mittelfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen nicht gefährden.

1 Vgl.: Europäische Kommission (2025a).

2 Vgl.: VO (EU) 1263/2024. Die Regeln beinhalten zudem auch eine allgemeine Ausweichklausel. Diese bezieht sich auf einen schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der Union als Ganzes.

3 Mitgliedstaaten erstellen einen nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan, den der Rat billigen muss. Dieser enthält unter anderem für einen vier- bis siebenjährigen Anpassungszeitraum den Pfad für das maximale Wachstum der netto national finanzierten Primärausgaben. An diesen jährlichen Wachstumsraten der Nettoausgaben werden die Haushaltsergebnisse gemessen. Auch im korrektiven Arm, das heißt, wenn sich ein Mitgliedstaat im Defizitverfahren befindet, muss es einen Netto-Ausgabenpfad einhalten. Im Weiteren wird für alle Fälle kurz von Fiskalplan gesprochen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a).

Rat und Kommission schlagen vor, dass alle Mitgliedstaaten die nationale Ausweichklausel beantragen.⁴⁾ Der Angriffskrieg Russlands bedrohe die europäische Sicherheit und sei ein außergewöhnlicher Umstand im Sinne der Ausweichklausel. Die Klausel ist zwar länderspezifisch. Aber alle Mitgliedstaaten seien bedroht, und die Verteidigungsbereitschaft der EU solle steigen. Daher plädieren Rat und Kommission dafür, dass alle Mitgliedstaaten die Ausnahme beantragen. Die Kommission strebt an, dann dem Rat Anfang Juni zu empfehlen, nationale Ausweichklauseln zu aktivieren. Der Rat könnte im Juli darüber entscheiden.⁵⁾

Rat und Kommission empfehlen eine Art "standardisierte Nutzung" der Ausweichklausel mit drei konkreten Eingrenzungen:

- **Die Fiskalpläne sollen ausschließlich wegen zusätzlicher Ausgaben für die Verteidigung überschritten werden.** Alle anderen Ausgaben sollen maximal so stark wachsen, wie in den Fiskalplänen vereinbart.⁶⁾ Andernfalls drohen Verfahrensschritte.
- **Der Umfang zusätzlicher kreditfinanzierter Verteidigungsausgaben soll begrenzt sein.** So will die Kommission gewährleisten, dass die öffentlichen Finanzen mittelfristig tragfähig bleiben. Sie schlägt dafür eine pauschale Grenze von 1,5 % des BIP pro Jahr vor. Sie will die Zusätzlichkeit am Niveau der Verteidigungsausgaben im Jahr 2021 messen.⁷⁾ Einen ungenutzten Spielraum kann ein Mitgliedstaat demnach auch nach Ende der Ausweichklausel nutzen: Dies soll dann möglich sein, wenn die entsprechenden Ausgabenverpflichtungen bereits in einem Ausnahmejahr eingegangen wurden (und einschließlich dieser Verpflichtungen die 1,5 %-Grenze nicht überschritten wurde).

4 Vgl.: Rat der Europäischen Union (2025).

5 Vgl.: Europäische Kommission (2025b).

6 Tatsächlich entsteht für Länder mit bindenden Sicherheitslinien aber zusätzlicher Spielraum. Denn Grenzen für Fiskalpläne, die aus den Sicherheitslinien resultieren, sollen bei aktiver Ausweichklausel nicht bindend sein.

7 Der Bezugspunkt 2021 ist für Länder relevant, die 2022 bis 2024 ihre Verteidigungsausgaben gesteigert hatten. Solche Länder können den Spielraum der Ausweichklausel insoweit nutzen, um andere Ausgaben zu erhöhen.

- **Die Ausweichklausel soll zeitlich begrenzt sein.** Sie soll für vier Jahre gelten, von 2025 bis 2028. Die Verteidigungsausgaben sind danach wieder ohne Ausnahmedefizite zu finanzieren. Allerdings könnte der Rat die Ausweichklausel wiederkehrend verlängern.

Die Umsetzung ist im Detail noch unklar. Dies gilt unter anderem für die Budgetgrenzen der Mitgliedstaaten nach dem Ende der Ausweichklausel.

Folgerichtig wäre, dass ihre Nettoausgaben dann auf das Niveau zurückfallen, das sie ohne Ausweichklausel plangemäß erreicht hätten. Die vorübergehend expansivere Ausrichtung der Fiskalpolitik wäre damit wieder zurückgenommen. In diesem Fall und bei ansonsten unveränderten Bedingungen verliefen die erwarteten Schuldenquoten ähnlich wie ursprünglich geplant – wären aber um die schuldenfinanzierten zusätzlichen Verteidigungsausgaben und die daraus resultierenden Zinsausgaben höher. Weniger stringent wäre dagegen, wenn nach der Ausnahmeklausel lediglich die ursprünglich vereinbarten jährlichen Ausgabenzuwachsraten wieder zu erreichen wären. Diese würden dann auf das wegen der zusätzlichen Verteidigungsausgaben höhere Ausgabenniveau aufsetzen. Damit wären die jährlichen Ausgaben und Defizite auch in allen Folgejahren höher als ursprünglich geplant – und entsprechend auch die Schulden (Sprungschancen-Effekt). Ein solcher Effekt entsteht auch, wenn vor oder mit Ende der Ausnahmezeit ein neuer Fiskalplan vereinbart wird, der auf den temporär erhöhten Defizitquoten der Vorjahre aufsetzt.⁸⁾

8 Mit oder ohne Ausweichklausel kann der "tatsächliche" Verlauf der Schuldenquote spürbar ungünstiger sein als der "geplante" Verlauf. Dies bleibt dann ohne prozedurale Folgen, wenn es beispielsweise aus zu optimistischen gesamtwirtschaftlichen Annahmen bei der Planung resultiert. Die zentralen Annahmen beziehen sich auf das nominale BIP-Wachstum und die Zinsen. Aber auch bei zutreffenden Annahmen kann eine Schuldenquote deutlich langsamer als geplant sinken. Auch dies kann ohne prozedurale Folgen bleiben. Dies ist der Fall, wenn die Nettoausgaben zwar höher sind als vereinbart, aber noch innerhalb der Grenzen des Kontrollkontos. Die EZB macht auf diesen wichtigen Punkt aufmerksam. Vgl.: Europäische Zentralbank (2025).

Grundsätzlich ist es angemessen, in dieser besonderen Situation die Ausweichklausel zu aktivieren, um zusätzliche Verteidigungsausgaben zu ermöglichen. Dass die Kommission vorschlägt, die ausnahmsweise höheren kreditfinanzierten Ausgaben zu begrenzen, ist gut und wichtig. Dass sie für die Ausnahme einen Standardfall entwirft, ist ein pragmatischer Ansatz. Es spricht aber einiges dafür, dass Mitgliedstaaten mit sehr hohen Schulden den im Standard vorgesehenen Spielraum nicht voll ausschöpfen. Da es sich um eine länderspezifische Ausnahmeklausel handelt, sollte umgekehrt aber auch möglich sein, höhere Grenzen als im Standardfall zu vereinbaren – wenn es dafür gute Gründe gibt. In jedem Fall ist es wichtig, dass alle Mitgliedstaaten nach der Ausnahmezeit zu ihrem regulären Netto-Ausgabenpfad zurückkehren.

Die Bundesregierung muss die EU-Vorgaben für Deutschland noch mit den EU-Gremien vereinbaren und in ihrer nationalen gesamtstaatlichen Planung berücksichtigen.

- **Deutschland sollte einen Fiskalplan vereinbaren, der die europäischen Vorgaben strikt umsetzt.** Dieser ist ohne den Spielraum der Ausweichklausel aufzustellen. Welche Budgetgrenzen gelten werden, ist derzeit noch unklar. Die europäischen Regeln verlangen, mit dem Fiskalplan eine solide Grundposition am Planende anzusteuern. Diese muss insbesondere gewährleisten, dass die Schuldenquote Richtung 60 % sinkt. Unter plausiblen Annahmen dürfte diese von Deutschland anzustrebende Grundposition bei einem strukturellen Defizit von etwa 1 % des BIP liegen.⁹⁾

⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b). Die Grundposition gilt einschließlich der künftig (weiter) steigenden alterungsbedingten Kosten. Sie erhöht sich bei längeren Anpassungszeiträumen in der Regel etwas. Dabei kann der Anpassungszeitraum vier bis sieben Jahre umfassen. Für eine längere Laufzeit als vier Jahre müssen Investitionen und Reformen geplant und umgesetzt werden.

- **Zudem wäre die Nutzung einer länderspezifischen Ausweichklausel zu vereinbaren. Sie könnte im Prinzip auch höhere zusätzliche Ausgaben als 1,5 % des BIP erlauben.** Da es sich um eine länderspezifische Klausel handelt, sollten Mitgliedstaaten in besonderen Fällen vom Standardfall abweichen dürfen (wenn besondere Umstände außerhalb der Kontrolle des Mitgliedstaates mit Einfluss auf die Staatsfinanzen vorliegen). Dies wäre dann von der Bundesregierung nachvollziehbar zu begründen – unter Umständen mit einem besonders hohen Bedarf an zusätzlichen Verteidigungsausgaben. Die Genehmigung obläge den zuständigen EU-Gremien.

Nach der Ausweichklausel-Periode muss Deutschland, wie alle anderen Mitgliedstaaten, wieder zum Netto-Ausgabenpfad des Fiskalplans zurückkehren. Strukturell höhere Ausgaben – etwa bei Verteidigung – muss Deutschland dann wieder gegenfinanzieren (siehe Exkurs "Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten").

2 Gebietskörperschaften

2.1 Steuereinnahmen

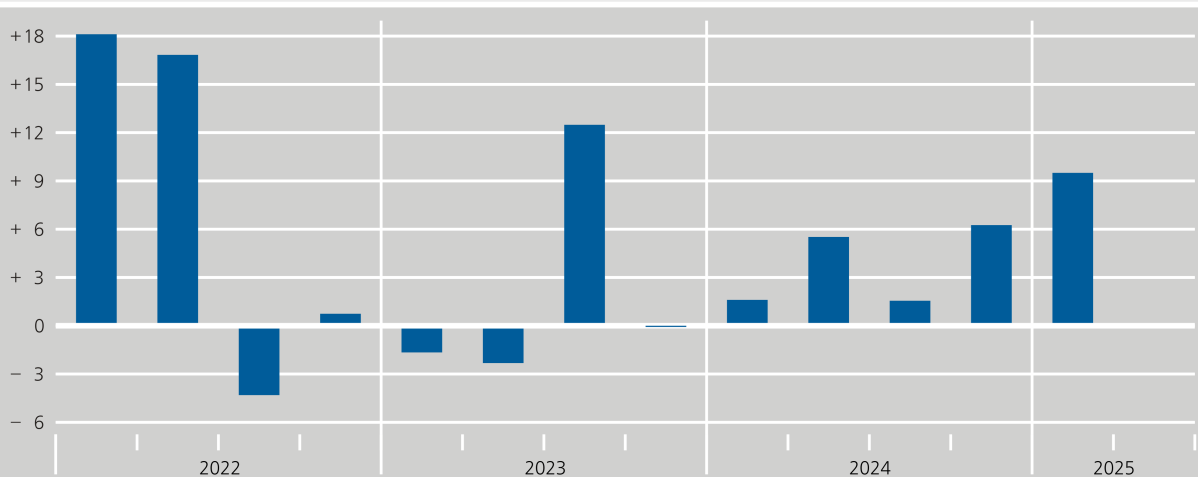
2.1.1 Erstes Quartal 2025

Die Steuern wuchsen im ersten Quartal dynamisch (+ 9½ % oder 19 Mrd € gegenüber dem Vorjahrsquartal, siehe Schaubild 5.1 und Tabelle 5.1). Dabei beschleunigten Sondereinflüsse einen ohnehin deutlichen Zuwachs. So trug die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge trotz ihres relativ kleinen Aufkommensanteils rund ein Fünftel zu dem Anstieg bei. Ursächlich dürften nicht zuletzt höhere Veräußerungserträge gewesen sein. Hingegen dürften die Zinserträge auf Einlagen weniger zum Zuwachs beigetragen haben als im Vorjahr. Denn Zinsniveau und Anlagevolumen veränderten sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Bei der Lohnsteuer (+ 7½ %) traten wohl steuerpflichtige Lohnelemente an die Stelle steuerfreier Entgeltbestandteile (Inflationsausgleichsprämie) und stützten so die Einnahmen. Dieser Effekt dürfte im weiteren Jahresverlauf nachlassen. Auch die Energiesteuer verzeichnete einen hohen Zuwachs. Grund dafür war ein Sondereffekt, da Beträge für das vierte Quartal 2024 erst Anfang 2025 flossen. Die Körperschaftsteuer verzeichnete im ersten Quartal zwar ebenfalls ein Plus, dies aber ausschließlich aufgrund eines verbesserten Saldos aus Nachzahlungen und Erstattungen für vergangene Zeiträume. Die unterjährig volatile Umsatzsteuer trug ebenfalls erheblich zum Zuwachs bei.

Steueraufkommen^{*)}

Schaubild 5.1

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. * Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern.

Deutsche Bundesbank

Tabelle 5.1: Steueraufkommen

Steuerart	1. Vierteljahr		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Schätzung für 2025 ¹⁾
	2024	2025		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mrd €			
Steuereinnahmen				
insgesamt ²⁾	203,0	222,3	+ 9,5	+ 3,7
darunter:				
Lohnsteuer ³⁾	57,1	61,3	+ 7,4	+ 4,4
Gewinnabhängige Steuern	40,3	45,3	+ 12,2	- 0,7
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer ⁴⁾	19,1	20,1	+ 5,1	+ 0,3
Körperschaftsteuer ⁵⁾	10,1	10,6	+ 4,9	- 10,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,5	5,4	- 2,4	- 4,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	5,6	9,2	+ 64,6	+ 22,0
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	73,6	79,0	+ 7,3	+ 3,2

Steuerart	1. Vierteljahr		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Schätzung für 2025 ¹⁾ Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	2024	2025		
Mrd €				
Übrige verbrauchsabhängige Steuern ⁷⁾	21,9	25,3	+ 15,6	+ 7,8

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis Steuerschätzungen und eigene Berechnungen. ¹ Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2025. ² Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließliche Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. ³ Kindergeld und Altersvorsorgezulage vom Aufkommen abgesetzt. ⁴ Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. ⁵ Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. ⁶ Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. ⁷ Energiesteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Stromsteuer, Alkoholsteuer, Luftverkehrssteuer, Kaffesteuer, Schaumweinsteuer, Zwischenerzeugnissteuer, Alkopopsteuer sowie Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Feuerschutzsteuer.

2.1.2 Steuerschätzung erwartet solide Zuwächse bis 2029, Abwärtskorrektur resultiert aus Steuersenkungen und gedämpfter Gewinnentwicklung

Die neue offizielle Steuerschätzung prognostiziert, dass die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 3½ % gegenüber dem Vorjahr steigen. Deutlich gestützt wird der Zuwachs dadurch, dass steuerpflichtige Lohnelemente an die Stelle steuerfreier Inflationsausgleichsprämien treten. Auch steigen die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sowie der Erbschaftsteuer stark.

Die Lohnsteuereinnahmen steigen um 4½ % – dies entspricht in etwa dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter. Der angesprochene Effekt durch die Inflationsausgleichsprämie dürfte den Zuwachs um etwa 3½ Prozentpunkte stützen. Die Kompensation der kalten Progression des Vorjahres und die nachträgliche Anhebung des Grundfreibetrags für das letzte Jahr kompensieren in etwa die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs im laufenden Jahr (preis- und reallohnbedingt). Neben weiteren Belastungen aus Steuerrechtsänderungen schlägt zu Buche, dass höhere Krankenkassenbeiträge (über den Lohnsteuerabzug) das Steueraufkommen senken.

Die Gewinnsteuern insgesamt stagnieren (- ½ %). Die Körperschaftsteuer geht stark zurück, das kräftige Plus bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge kompensiert dies aber (siehe zur Abgeltungsteuer oben Abschnitt "Erstes Quartal 2025"). Die Prognose für die Körperschaftsteuer berücksichtigt, dass die gewichtigen Vorauszahlungen im bisherigen Jahresverlauf stark sanken. Dafür dürfte eine Rolle spielen, dass die Gewinnentwicklung bei großen, exportorientierten Unternehmen zuletzt schwach war. Stabiler entwickelt sich das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer. Dies liegt teils daran, dass Renteneinkünfte im Zuge des Übergangs zur nachgelagerten Besteuerung zunehmend steuerpflichtig werden. Zudem scheinen sich die Gewinne der häufiger inlandsorientierten Personenunternehmen derzeit günstiger zu entwickeln als bei großen, stärker exportorientierten Kapitalgesellschaften. Gedämpft werden die Einnahmen aus der Einkommensteuer per saldo spürbar durch Rechtsänderungen – vor allem durch die angesprochene Kompensation der kalten Progression.

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer steigen um 3 %, und damit grob im Einklang mit den Zuwächsen beim privaten Verbrauch und den steuerbelasteten Staatsausgaben. Unterstellt ist damit, dass sich die Zuwächse im restlichen Jahresverlauf deutlich abschwächen. Dies erscheint plausibel, auch weil sich der positive Basiseffekt aus ausgelaufenen temporären Steuersenkungen auf das erste Quartal konzentriert.

Für 2026 erwartet die Steuerschätzung, dass die Einnahmen um 2½ % steigen. Die nominalen gesamtwirtschaftlichen Annahmen bewirken für sich genommen ein etwas schnelleres Einnahmenwachstum. Rechtsänderungen senken den Zuwachs per saldo aber leicht: Maßgeblich ist, dass die kalte Progression weiter kompensiert wird. Ebenfalls bedeutsam sind kräftige Rückgänge bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge und bei der Erbschaftsteuer, bei denen die hohen Niveaus aus dem Jahr 2025 nicht fortgeschrieben werden.

In den Folgejahren 2027 bis 2029 steigen die Einnahmen gemäß der Steuerschätzung um durchschnittlich 3½ %. Die Anstiege folgen im Wesentlichen aus den nominalen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsannahmen und der Steuerprogression. 2028 und 2029 steigen die Einnahmen dabei etwas langsamer, weil Erhöhungen des Rentenbeitrags unterstellt sind. Dies mindert das zu versteuernde Einkommen im Lohnsteuerabzug.

Die Steuerschätzung berücksichtigt in Aussicht stehende, aber noch nicht verabschiedete Steuersenkungen noch nicht. Diese würden ab 2026 deutliche Mindereinnahmen bringen. Im Koalitionsvertrag schon recht konkret angekündigte Maßnahmen und die fortgesetzte Kompensation der kalten Progression könnten die Zuwächse in den Jahren ab 2026 zusammen in einer Größenordnung von jeweils 1½ Prozentpunkte senken. Schon recht konkret angekündigt sind vor allem beschleunigte Abschreibungen, die Stromsteuersenkung, die Umsatzsteuerermäßigung für die Gastronomie und die stufenweise Körperschaftsteuersenkung ab 2028. Ab 2029 wären die jährlichen Zuwachsraten wohl nicht mehr so stark davon belastet.

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom Oktober 2024 ergeben sich kumuliert bis 2029 zwar Mindereinnahmen in Höhe von 81 Mrd €. Dies ist aber nicht überraschend, denn ausschlaggebend sind Steuersenkungen. Maßgeblich dafür ist die Kompensation der kalten Progression. Daneben tragen auch ungünstigere gesamtwirtschaftliche Annahmen zu der Abwärtskorrektur bei – vor allem bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Insgesamt ist laut offizieller Schätzung vor allem mit deutlich niedrigeren Einnahmen aus den einkommensabhängigen Steuern zu rechnen. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer korrigierte sie hingegen aufwärts – vor allem aufgrund des besser als damals geschätzten Jahresergebnisses 2024. Im Jahr 2025 kompensieren zudem einige temporäre Sonderentwicklungen die genannten Belastungen weitgehend – vor allem bei der Abgeltung- und der Erbschaftsteuer.

Tabelle 5.2: Ergebnisse der offiziellen Steuerschätzung und gesamtwirtschaftliche Projektionen der Bundesregierung

Position	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Steuereinnahmen ¹⁾						
in Mrd €	947,7	979,7	1 005,8	1 042,9	1 078,8	1 113,0
in % desBIP	22,0	22,3	22,2	22,4	22,5	22,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,5	3,4	2,7	3,7	3,4	3,2
Revision zur vorherigen Steuerschätzung in Mrd €	6,1	– 2,7	– 19,1	– 20,3	– 18,3	– 20,8
Nachrichtlich: Mindereinnahmen durch in Aussichtstehende Steuerentlastungen in Mrd €						

Position	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Ausgewählte Steuerrechtsänderungen aus dem Koalitionsvertrag ²⁾	.	.	- 14,3	- 22,7	- 31,1	- 30,5
Mindereinnahmen, wenn kalte Progression ab 2027 wie bisher kompensiert wird ³⁾	.	.	.	- 5,7	- 11,9	- 18,2
Wachstum des realenBIP in %						
Frühjahrsprojektion April 2025	- 0,2	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Herbstprojektion Oktober 2024	- 0,2	1,1	1,6	0,9	0,9	0,9
Wachstum des nominalenBIP in %						
Frühjahrsprojektion April 2025	2,9	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Herbstprojektion Oktober 2024	3,0	3,0	3,5	2,9	2,9	2,9

Quellen: Arbeitskreis Steuerschätzungen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und eigene Schätzungen. 1 Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, einschließlich der Erträge aus Gemeindesteuern. 2 Eigene Schätzungen auf Basis der Angaben im Koalitionsvertrag, vor allem: Abschreibungsbeschleunigung, Stromsteuersenkung, schrittweise Körperschaftsteuersenkung ab 2028, Umsatzsteuerermäßigung für Speisen in der Gastronomie. 3 Seit 2014 verschob der Gesetzgeber den Einkommensteuertarif Jahr für Jahr zumeist um die geschätzte Inflationsrate des Vorjahres. Gezeigt sind hier die Mindereinnahmen, die sich ergeben, wenn er diese Praxis beibehält und jeweils auch den Grundfreibetrag mit der Inflationsrate des Vorjahres verschiebt. Die Effekte sind grob abgeschätzt basierend auf der aktuellen Frühjahrsprojektion der Bundesregierung und den Lohnsteuereinnahmen nach aktueller Steuerschätzung. Sie sind invGR-Abgrenzung ausgewiesen.

2.1.3 Steuerpolitische Maßnahmen im Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag sieht steuerliche Erleichterungen für Unternehmen vor, um die Investitionsbedingungen und die Standortattraktivität zu verbessern. Allerdings sind die Maßnahmen teils erst für die nächste Legislaturperiode vorgesehen. Bereits in dieser Legislaturperiode sollen Unternehmen Ausrüstungsinvestitionen, die sie 2025 bis 2027 tätigen, zügiger abschreiben dürfen. Diese Maßnahme verbessert die Investitionsbedingungen. Ab 2028 soll dann der Körperschaftsteuersatz von derzeit 15 % um jährlich 1 Prozentpunkt sinken auf 10 % im Jahr 2032. Deutschland liegt gegenwärtig bei der Unternehmensteuerbelastung in Europa mit an der Spitze. Die geplanten Senkungsschritte sind geeignet, die Attraktivität des Unternehmensstandorts Deutschland zu verbessern. Zugleich setzen sie den Anreiz, Investitionen vorzuziehen, um sie teilweise noch unter den höheren Steuersätzen abzuschreiben.

Die Erleichterungen für Unternehmen sind wohl mit erheblichen Mindereinnahmen verbunden. Bei der Körperschaftsteuer führt eine Senkung des Steuersatzes um 1 Prozentpunkt rechnerisch zu Ausfällen von knapp 5 Mrd € pro Jahr (inklusive Solidaritätszuschlag). Wahlrechte bei der Einkommensteuer könnten die Ausfälle erhöhen. Mit diesen Wahlrechten können Personenunternehmen sich als Kapitalgesellschaften veranlassen lassen. Dies dürfte mit der Senkung der Körperschaftsteuer attraktiver werden. Die beschleunigten Abschreibungen dürften zunächst ab 2026 zu deutlichen Steuermindereinnahmen führen. Mittelfristig dürften diese Ausfälle aber bereits abnehmen, bevor sich Mehreinnahmen ergeben – gegenüber dem Status quo der linearen Abschreibung. Diese Mehreinnahmen gleichen die zuvor aufgelaufenen Mindereinnahmen in der Summe langfristig im Prinzip zwar aus. Aus Sicht von Kapitalgesellschaften könnte sich aus dem Zusammenspiel der beschleunigten Abschreibungen und dem gesenkten Körperschaftsteuersatz ab 2028 aber eine zusätzliche Entlastung ergeben.

Die Regierung strebt zudem eine Senkung der Einkommensteuersätze zur Mitte der Legislaturperiode an. Allerdings steht das Vorhaben ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt, und es gibt auch noch keine konkreten Vorschläge. Der Solidaritätszuschlag soll dagegen weiterhin erhoben werden.

Daneben will die neue Regierung verschiedene weitere Steuervergünstigungen einführen oder ausweiten. Darunter ist die geplante Umsatzsteuerermäßigung für Speisen in der Gastronomie finanziell am gewichtigsten. Daneben will die Regierung die Entfernungspauschale anheben und Überstundenzuschläge einkommensteuerfrei stellen. Zudem sollen Arbeitseinkommen von Rentnerinnen und Rentnern bis zu einer Schwelle von 24 000 € pro Jahr steuerfrei sein (sogenannte Aktivrente). Auch will die Bundesregierung Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit steuerlich begünstigen. Für Kinder soll es eine Sparförderung geben. Schließlich ist geplant, Agrardiesel wieder vollumfänglich steuerlich zu begünstigen und die Luftverkehrssteuer zu senken.

Empfehlenswert ist aber eher, bestehende Steuersubventionen kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu reduzieren. Denn Einzelregelungen und Ausnahmen machen das Steuerrecht kompliziert und erhöhen den bürokratischen Aufwand.⁹⁾ Eine Überprüfung ist zwar geplant, aber bislang gibt es hierfür weder einen Zeitplan noch eine Liste einzubeziehender Regelungen.

9 So auch: Bundesministerium der Finanzen (2024), S. 29 ff.

Die Bundesregierung sollte zudem das Steuersystem effektiv und effizient gestalten, damit es nicht zu vermeidbaren Steuerlasten kommt. Empfehlenswert sind in dieser Hinsicht eher niedrige Steuersätze und eine breite Bemessungsgrundlage.¹⁰⁾ So könnte die Regierung die Wirtschaft und Haushalte breiter entlasten, wenn sie bestehende Subventionen nach kritischer Prüfung streicht¹¹⁾ und auf neue Sonderregeln verzichtet. Zum Beispiel könnte sie dann früher und umfassender die Einkommensbesteuerung senken.

2.2 Bundesfinanzen

2.2.1 Erstes Quartal 2025

Das Defizit des Bundes einschließlich Extrahaushalten¹²⁾ lag im ersten Quartal 2025 etwas niedriger als ein Jahr zuvor. Es sank um 2½ Mrd € auf gut 11 Mrd €. Der Rückgang betraf vor allem den Kernhaushalt.

10 Siehe zum Beispiel: OECD (2010) sowie Thomas (2020).

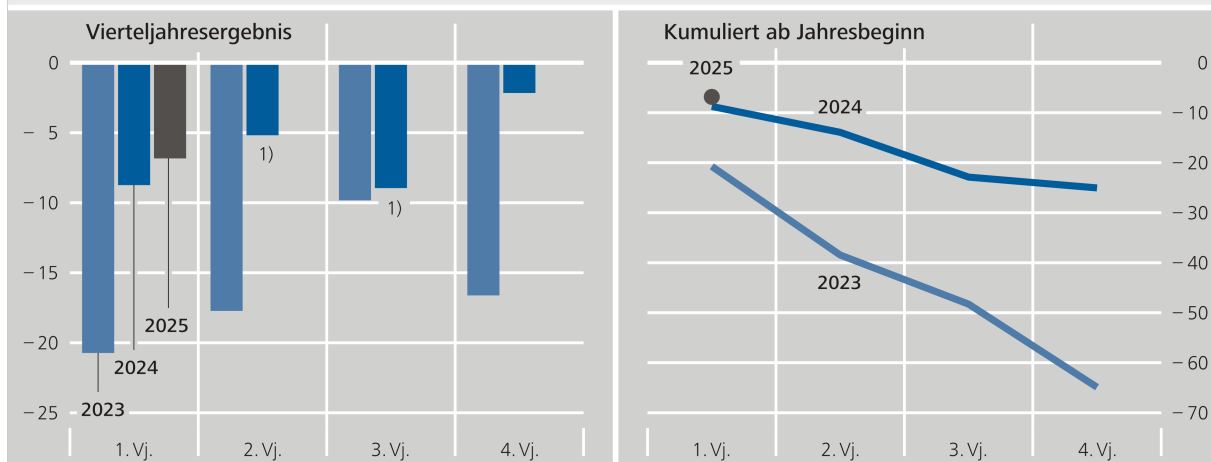
11 Siehe auch: Bundesrechnungshof (2024).

12 Einbezogen sind nur die Extrahaushalte, für die der Bund monatliche Kassenergebnisse veröffentlicht. Ausgeblendet bleiben damit nicht zuletzt die Bad Bank FMSW, der Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, Nahverkehrsunternehmen des Bundes (vor allem S-Bahn als Teil der Deutschen Bahn) und die Infrastruktursparte der Deutschen Bahn. Vgl. zur Abgrenzung des Berichtskreises: Deutsche Bundesbank (2023b) S. 78 ff.

Kernhaushalt des Bundes: Finanzierungssalden^{*)}

Schaubild 5.2

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen, Konjunkteffekte und die im Frühjahr 2025 eingeführte Ausnahme im Verteidigungsbereich. 1 Zinszahlungen gemäß Kassenstatistik des Bundes, Juli-Kupons wieder termingerecht erfasst (5½ Mrd €).

Deutsche Bundesbank

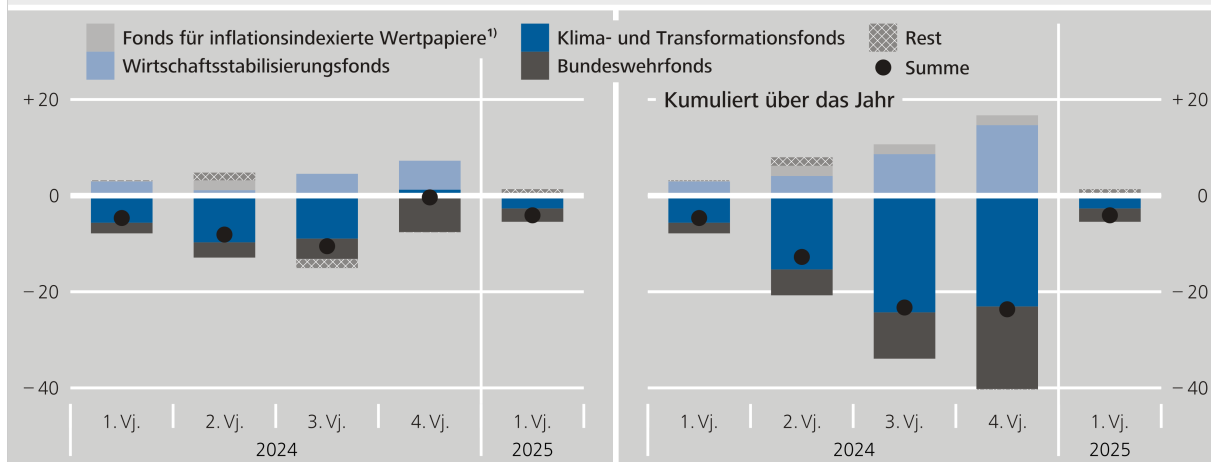
Im Kernhaushalt ging das Defizit dabei um gut 1½ Mrd € auf knapp 7 Mrd € zurück.

Die Steuereinnahmen stiegen kräftig um fast 11 % (+ 10 Mrd €) – hier hatten Sondereffekte den Zuwachs gestützt (siehe Steuerteil). Die Ausgaben legten mit knapp 8 ½ % etwas weniger stark zu. Unter den laufenden Ausgaben stiegen besonders die Zuschüsse (+ 3 Mrd €). Neben höheren Zahlungen an die Rentenversicherung schlugen die aus dem Klimafonds übernommenen Subventionen für klimafreundlichen Strom zu Buche. Die Zinsausgaben waren leicht rückläufig (- ½ Mrd €): Mit der Umstellung auf periodengerechte Verbuchung entfielen im Vorjahresvergleich zwar Ausgaben für Disagien von 2 Mrd €. Dem standen aber spürbare Mehrbelastungen bei der Refinanzierung von Bundesschuldtiteln gegenüber. Die Investitionsausgaben wuchsen sogar um 5 Mrd €. Ausschlaggebend war die erste Tranche der diesjährigen Kapitalaufstockung der Deutschen Bahn, die zum Ausbau der Infrastruktur vorgesehen ist. In der Schuldenbremse bucht der Bund die Zahlung als finanzielle Transaktion. Damit entbindet er sie von der Kreditgrenze, obwohl ein Infrastrukturausbau letztlich das Maastricht-Defizit belastet.

Finanzierungssalden der Extrahaushalte des Bundes^{*)}

Schaubild 5.3

Mrd €, Vierteljahresergebnis



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Nur kameralistisch buchende Einheiten, das heißt insbesondere ohne die Bad Bank FMS Wertmanagement und zusätzlich ohne den kameralistisch buchenden SoFFin, soweit dessen Defizite Schulden der Bad Bank refinanzierten. 1 Vorsorgefonds für Schlusszahlungen inflationsindexierter Bundeswertpapiere.

Deutsche Bundesbank

Bei den Extrahaushalten sank das Defizit im ersten Quartal im Vorjahresvergleich leicht auf 4½ Mrd €.

- Im Klimafonds sank das Defizit deutlich um 3 Mrd € auf 2½ Mrd €. Zu Buche schlug, dass nun der Kernhaushalt des Bundes die Subventionen für klimafreundlichen Strom übernommen hat. Vor Jahresfrist hatte der Fonds dafür noch 3 Mrd € gezahlt.
- Beim Bundeswehrfonds stieg das Defizit mäßig um ½ Mrd € auf knapp 3 Mrd €.
- Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds meldete ein ausgeglichenes Ergebnis, nach einem Überschuss aus Rückzahlungen von Hilfsdarlehen vor Jahresfrist.

2.2.2 Aussichten für 2025 und darüber hinaus

Der Bundesgesetzgeber lockerte im März die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse des Bundes erheblich. Verteidigungsbezogene Ausgaben über 1 % des BIP sind nun in der Höhe und über die Zeit unbegrenzt von der Schuldenbremse

befreit. Außerdem gibt es für zwölf Jahre einen Kreditspielraum von insgesamt 500 Mrd € für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz. Wichtige Konkretisierungen stehen noch aus, und letztlich sind auch die EU-Regeln zu beachten (siehe ausführlicher Exkurs "Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten").

Mit der Änderung des Grundgesetzes zeichnet sich für den Bundeshaushalt 2025 und die Planungen für die Folgejahre ein hoher Kreditspielraum ab. Die finanziellen Belastungen aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung dürften 2025 noch relativ eng begrenzt sein.¹³⁾ So müssen die Vorhaben erst gesetzlich verankert werden und anschließend anlaufen. Der zum Jahresauftakt beobachtete Defizitrückgang dürfte sich im weiteren Verlauf aber deutlich umkehren. Der Bundesfinanzminister kündigte an, einen Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 und Eckwerte für die Folgejahre bis Ende Juni vorzulegen.

13 Zudem besteht kein rechtliches Risiko mehr hinsichtlich des Solidaritätszuschlags: Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass der Sonderbedarf aus der deutschen Vereinigung noch nicht evident ausgelaufen ist. Vgl.: Bundesverfassungsgericht (2025).

Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten

1 Überblick

Deutschland steht vor großen Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastruktur. Es ist wichtig, diese nun entschieden anzugehen. Nach der Lockerung der Schuldenbremse im März sind hierfür umfangreiche Kreditspielräume vorhanden. Entscheidend ist nun, die Mittel zügig, zielgerichtet und wirtschaftlich einzusetzen. Dazu gilt es nicht zuletzt die Planungen, Genehmigungsprozesse und Auftragsvergaben bei staatlichen Investitionen sowie die Beschaffung von Militärausrüstung zu beschleunigen. Es ist zu begrüßen, dass der Koalitionsvertrag auch darauf abzielt.

Eine höhere staatliche Kreditaufnahme ist in der aktuellen Situation nachvollziehbar, die Staatsfinanzen müssen aber solide bleiben, und die EU-Regeln sind einzuhalten. Dies spricht erstens dafür, die stark ausgeweiteten Kreditspielräume zielgerichtet nur für die genannten Zwecke zu nutzen. Andere haushaltsbelastende Maßnahmen wären anderweitig zu finanzieren oder zurückzustellen. Zweitens wären die Defizite im weiteren Verlauf verlässlich auf ein Niveau zurückzuführen, das mit soliden Staatsfinanzen und den EU-Regeln in Einklang steht. Dauerhaft höhere Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur wären daher sukzessive gegenzufinanzieren. Drittens wäre eine grundlegende Reform der Schuldenbremse sinnvoll: Sie sollte nach einer Übergangsphase wieder eine stabilitätskonforme Kreditgrenze vorgeben und damit nicht zuletzt die grundlegenden EU-Anforderungen absichern. Die Bundesbank hat Anfang März Vorschläge gemacht, die Schuldenbremse dahingehend auszugestalten und gleichzeitig die staatlichen Investitionen zu stärken.

2 Die neuen Verschuldungsmöglichkeiten

Die Grundgesetzänderungen erweitern die Kreditspielräume erheblich für Fortschritte bei Verteidigung, Infrastruktur und Dekarbonisierung. Im Folgenden sind die neuen Kreditspielräume genauer dargestellt. Dabei wird deutlich, dass sie zumindest in Teilen noch genauer zu spezifizieren sind. Es ist empfehlenswert, sie darauf zu fokussieren, die genannten Herausforderungen zu bewältigen.

2.1 Verteidigung

Verteidigungsausgaben oberhalb einer Schwelle von 1 % des BIP sind dauerhaft von der Kreditgrenze der Schuldenbremse ausgenommen. Für höhere Verteidigungsausgabenquoten, wie sie etwa im Rahmen der NATO als notwendig gelten, gibt es damit keine nationale Kreditbegrenzung mehr. Im Grundgesetz ist verankert, dass diese Ausnahme insbesondere auch Hilfen für angegriffene Staaten wie die Ukraine und Ausgaben für Bevölkerungsschutz im Inland einbezieht. Die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses des Bundestages konkretisiert die Verteidigungsausgaben als die Ausgaben im Verteidigungsressort (Einzelplan 14 des Bundeshaushalts).¹⁾ Dabei hat der Bundesgesetzgeber grundsätzlich erhebliche Spielräume, welche Ausgaben er im Verteidigungsressort ansiedelt. Und er kann grundsätzlich die für die Kreditgrenze relevanten Ausgaben noch in einem Ausführungsgesetz genauer eingrenzen.

¹ Das Sondervermögen Bundeswehr aus dem Jahr 2022 läuft weiter, bis seine Kreditermächtigung von 100 Mrd € ausgeschöpft ist. Ende 2024 verfügte es noch über Ermächtigungen von 77 Mrd €; der Großteil ist dem Verteidigungsministerium zufolge bereits mit Beschaffungsverträgen belegt.

Im Haushaltsplan 2024 überschritten die Verteidigungsausgaben in der bislang angelegten Abgrenzung die 1 %-Schwelle bereits deutlich. Insoweit würden die Kreditspielräume nicht nur für zusätzliche Verteidigungsausgaben eingeräumt, sondern es würden Spielräume auch für andere im Haushalt veranschlagte Ausgaben geschaffen.²⁾ Neben Ausgaben von 53 Mrd € im Einzelplan 14 waren 2024 fast 8 Mrd € für die Ukraine und 2 Mrd € für Bevölkerungsschutz und Ähnliches veranschlagt. Die von der Sonderregel betroffenen Ausgaben erreichten damit fast 63 Mrd €. Bezogen auf das nominale BIP für den Haushaltsplan 2024 lag die 1 %-Schwelle demgegenüber mit gut 41 Mrd € sehr viel niedriger. Wäre die reformierte Schuldenbremse bereits in Kraft gewesen, hätte sich ein zusätzlicher Kreditspielraum von gut 21 Mrd € für andere Zwecke ergeben. Dieser hätte sogar eine Größenordnung von 30 Mrd € erreicht, wenn alle NATO-relevanten Verteidigungsausgaben (ohne die ohnehin kreditfinanzierten Beträge aus dem Sondervermögen Bundeswehr) im Einzelplan 14 erfasst worden wären.

Darüber hinaus können künftig höhere Verteidigungsausgaben des Kernhaushalts kreditfinanziert werden. Die NATO steht offenbar kurz davor, deutlich höhere Mindestverteidigungsausgaben von ihren Mitgliedsländern einzufordern, um nötige militärische Fähigkeiten abzusichern. Die Rede ist von einer Anhebung der NATO-Verteidigungsausgaben um 1,5 Prozentpunkte auf 3,5 % des BIP. Diese Mehrausgaben könnte Deutschland mit der gelockerten Schuldenbremse kreditfinanzieren. Außerdem betrifft die Neuregelung die Zusatzausgaben, die der Kernhaushalt ab 2028 zu bewältigen hat, wenn der Kreditrahmen des Bundeswehrfonds aufgebraucht ist. Insoweit schließen die neuen Kreditmöglichkeiten auch bisher in der Finanzplanung enthaltene Lücken.

2.2 Infrastruktur und Klimaneutralität

Für ein Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität steht ein Kreditrahmen von 500 Mrd € außerhalb der Schuldenbremse zur Verfügung. Die Bewilligungszeit ist dabei auf zwölf Jahre begrenzt. Vorgesehen ist, aus diesem Rahmen jeweils 100 Mrd € für Investitionen von Ländern samt Gemeinden sowie für Schritte zur Klimaneutralität zu verwenden.

2 Da die Detaillierungsergebnisse für 2024 noch nicht vorliegen, werden hier die Spielräume bezogen auf die Planung dargestellt.

Das Sondervermögen ist für zusätzliche Ausgaben vorgesehen. Dies ist bisher aber unzureichend abgesichert. Gemäß Begründung zur Grundgesetzänderung gilt die Zusätzlichkeit als erreicht, wenn der „veranschlagte Anteil an Investitionen 10 vom Hundert der Ausgaben im Bundeshaushalt ohne Sondervermögen und finanzielle Transaktionen übersteigt“. Dies lässt allerdings Interpretationsspielräume.³⁾ Die Zusätzlichkeit für Projekte von Ländern und Gemeinden sowie für die Klimaneutralität ist überhaupt nicht konkretisiert. Das Ausführungsgesetz zur Errichtung des Sondervermögens sollte diese Lücke noch schließen und auch die Stärkung der Infrastruktur des Bundes noch besser absichern.

Die Lücken in der Absicherung der Zusätzlichkeit lassen sich beispielhaft für den Haushaltsplan 2024 zeigen. In diesem lag der so abgegrenzte Ausgabenanteil im Kernhaushalt um gut 1 Prozentpunkt über der Mindestquote von 10 %.⁴⁾ Demnach hätten Ausgaben von 6 Mrd € in den Fonds verschoben werden können. In diesem Umfang wären zusätzliche Kreditspielräume im Kernhaushalt für andere Ausgaben entstanden. Der Fonds hätte insoweit nicht nur zusätzliche Investitionen finanziert.

Der Koalitionsvertrag legt nahe, dass bereits zuvor geplante Investitionen und angekündigte Strompreis-Subventionen über die neuen Kreditspielräume finanziert werden sollen. Im Bereich Schiene soll der Infrastrukturfonds offenbar helfen, die Haushaltslücken aus der Planung für 2025 von letztem Sommer zu schließen.⁵⁾ Auch aufgelaufene Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen für Krankenhäuser sollen nun mit Krediten finanziert werden – zuvor war dafür eine Finanzierung über die Länderhaushalte und höhere Krankenversicherungsbeiträge vorgesehen. Die im Grundgesetz für den Klimafonds reservierten Mittel könnten für die Senkung von Netzentgelten vorgesehen sein. Der Staat übernimmt damit im Wesentlichen Kosten von bereits erfolgten privaten Investitionen. Er verbilligt kreditfinanziert Stromverbrauch.

3 Vgl. zur Fundstelle in der Gesetzesbegründung: Deutscher Bundestag (2025), S. 23. Die Formulierung definiert die Quote aber nicht eindeutig, und es fehlt zum Beispiel eine transparente Ableitung aus bisherigen Quoten. Dies wäre eigentlich noch nachzuholen.

4 Im Zähler der Quote standen im Soll Investitionsausgaben von 52 Mrd € zu Buche. Darlehensvergaben und Eigenkapitaleinlagen sind hierbei ausgeklammert. Solche finanziellen Transaktionen unterliegen allerdings ohnehin nicht der Schuldenbremse. Die in den Nenner einfließenden Ausgabenansätze betrugen 459 Mrd € (ebenfalls ohne finanzielle Transaktionen).

5 Vgl.: CDU, CSU, SPD (2025), S. 26.

2.3 Länder

Die Länder sollen künftig Kredite von 0,35 % des BIP (derzeit 15 Mrd €) jährlich einplanen dürfen, um strukturelle Defizite zu finanzieren. Die Regel ersetzt das Verbot einer strukturellen Nettokreditaufnahme für die Länder im Grundgesetz. Die landeseigenen Regelungen dazu treten außer Kraft, sobald ein Bundesgesetz den neuen Spielraum auf die einzelnen Länder aufteilt. Offenbar verständigten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder im Mai 2025 auf die Aufteilung der Mittel.⁶⁾ Pressemitteilungen zufolge schlagen sie vor, die neuen Schuldenmittel wie auch ihren Anteil von 100 Mrd € aus den Infrastrukturfonds nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen. Der Königsteiner Schlüssel berücksichtigt zu einem Drittel die Bevölkerungszahl und zu zwei Dritteln das Steueraufkommen der Länder nach Länderfinanzausgleich. Die gesetzliche Umsetzung dazu steht noch aus. Hinsichtlich der neuen Verschuldungsmöglichkeiten wäre es naheliegend, auf die Tragfähigkeit abzustellen. Dies hätte dafür gesprochen, dabei ausschließlich auf das Steueraufkommen nach Länderfinanzausgleich abzustellen.

3 Zielgenauigkeit besser absichern

Es ist empfehlenswert, mit den anstehenden Ausführungsgesetzen dafür zu sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen die zweckbezogenen Kreditspielräume nur für die jeweiligen Ziele einsetzen. Im Folgenden wird erörtert, welche Regelungen in den Ausführungsgesetzen dazu beitragen können.

3.1 Verteidigung

Um die Zusätzlichkeit abzusichern, wäre die Kreditfinanzierung im Verteidigungsbereich auf zusätzliche Verteidigungsausgaben zu begrenzen. Dazu wäre erstens zu verhindern, dass der Bund künftig anderweitige Ausgaben in den begünstigten Bereich verlagert. Hierfür wäre naheliegend, sich nicht am letztlich relativ frei abgrenzbaren Einzelplan 14 (Ausgaben Verteidigungsressort) anzulehnen,⁷⁾ sondern an eine international abgestimmte Abgrenzung für Verteidigungsausgaben.

⁶ Vgl.: Deutsche Presse-Agentur (2025).

⁷ Im Einzelplan 14 sind jetzt bereits Einrichtungen wie Universitäten der Bundeswehr erfasst, deren Ausgaben eher bildungsorientiert sind statt verteidigungsbezogen.

Dafür scheinen die NATO-Ausgaben weniger geeignet, da diese nicht detailliert öffentlich verfügbar sind und die Abgrenzung international nicht ganz einheitlich erscheint. Geeignet wäre dagegen, die in der EU abgestimmte Abgrenzung von Aufgabenbereichen des Staates (COFOG) zugrunde zu legen.⁸⁾ Dies würde voraussichtlich auch zur geplanten verteidigungsbezogenen Ausweichklausel der EU-Regeln passen (vgl. dazu im Exkurs "EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden" die Ausnahmen zur Verteidigung). Hinzu kämen dann noch die explizit zusätzlich im Grundgesetz angeführten Ausgaben in der Bereichsausnahme etwa für Bevölkerungsschutz und Sicherheit der Datenverarbeitung.

Zweitens wären die neuen Spielräume tatsächlich nur für zusätzliche Verteidigungsausgaben gegenüber dem Vorjahr zu nutzen – und nicht um andere Haushaltslücken schließen. Praktikabel wäre, eine Zusätzlichkeit gegenüber dem Haushaltsergebnis 2024 abzusichern. Das heißt: Die im letzten Jahr im Kernhaushalt erreichte Ausgabenquote ist ein naheliegender Mindestwert für die nicht kreditfinanzierten Ausgaben. Hier könnten die COFOG-Ausgaben für den Kernhaushalt zuzüglich der explizit aufgeführten Bereiche (etwa Bevölkerungsschutz) herangezogen werden. Diese dürften sich etwa auf die Größenordnung von 1 % des BIP belaufen haben.⁹⁾ Diese Abgrenzung dürfte somit näherungsweise gewährleisten, dass keine Spielräume für andere Bereiche des Kernhaushalts entstehen. Gleichzeitig könnte jeder weitere Aufwuchs der Verteidigungsausgaben grundsätzlich wie intendiert kreditfinanziert werden. Dies gilt auch für die Fortführung der aus dem Bundeswehrfonds finanzierten Ausgaben im Kernhaushalt.

3.2 Infrastruktur und Klimaneutralität

Beim Infrastrukturfonds wäre es überzeugend, die Mittel für die wichtigsten Modernisierungsbedarfe zu reservieren. Die Politik argumentiert, dass sie die Kreditmittel zügig benötigt, um die Infrastrukturprobleme zu beheben. Entsprechend wäre davon auszugehen, dass sie die Schwachstellen hinreichend genau präzisieren und gezielt beheben kann. Recht offensichtlich scheinen Engpässe im Schienen- oder

8 Diese Abgrenzung enthält im Gegensatz zum Einzelplan 14 etwa nicht die Pensionen für ehemaliges militärisches Personal oder die Universitäten der Bundeswehr.

9 Die gemäß COFOG abgegrenzten Verteidigungsausgaben beliefen sich insgesamt im Jahr 2024 nach vorläufigen Angaben auf 1,1 % des BIP. Weil darin die kreditfinanzierten Ausgaben des Bundeswehrfonds mit enthalten sind, liegt der COFOG-Wert für den Kernhaushalt niedriger. In den 2024er-Referenzwert für die neue Bereichsausnahme sind aber noch die weiteren ausgenommenen Ausgaben einzurechnen (Bevölkerungsschutz, höhere Transfers an die Ukraine und andere). Da diese in etwa die Größenordnung der Ausgaben des Bundeswehrfonds hatten, gleichen sich diese Ab- und Zusetzungen in etwa aus.

Straßennetz (insbesondere bei Brücken), in der Bildungsinfrastruktur und bei der Digitalisierung der Verwaltung. Für die Energieversorgung sind in Deutschland im Wesentlichen Unternehmen verantwortlich. Insofern liegt der Investitionsbedarf für die Dekarbonisierung vor allem im Privatsektor. Der Staat kann dabei gezielt unterstützen, etwa um dekarbonisierungsbedingte Mehrkosten für eine Übergangszeit zu begrenzen. Generell ist die Politik gefordert, die aus dem Fonds zu finanzierenden Aufgabenbereiche und Projekte sorgfältig auszuwählen und im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen zu begründen. So gesehen erscheint es nicht recht überzeugend, die Kreditfinanzierung dafür vorzusehen, Strompreise in Form von Netzentgelten durch Subventionen allgemein zu senken.

Um bei der Infrastruktur Fortschritte zu erzielen, wäre es wichtig, dass die Fondsmittel nicht über Umwege in anderweitige Vorhaben in den Haushaltsplänen fließen. Dazu läge nahe, die Mindestinvestitionsquote im Kernhaushalt des Bundes anders abzugrenzen als bisher offenbar vorgesehen (vgl. für die Abgrenzung gemäß Gesetzesbegründung Abschnitt Infrastruktur und Klimaneutralität). Einerseits wären investive Ausgaben ohne Bezug zur deutschen Infrastruktur auszuklammern. Dies betrifft die Investitionszuschüsse an das Ausland (Entwicklungshilfe) und an nichtstaatliche Unternehmen (Soll 2024: zusammen 12 Mrd €) sowie Ausgaben für in Anspruch genommene Gewährleistungen (Soll 2024: 2½ Mrd €). Andererseits wäre es folgerichtig, Kapitaleinlagen bei der Bahn einzubeziehen, die letztlich in das Schienennetz fließen (Soll 2024: gut 5 Mrd €). Der derzeitige Ansatz klammert sie als finanzielle Transaktionen aus.¹⁰⁾ Wird die Investitionsquote um die vorgenannten Positionen korrigiert, hätte sie 2024 nahe, aber unter dem Mindestwert von 10 % gelegen. In dieser Abgrenzung würde die Mindestinvestitionsquote die Zusätzlichkeit der Bundesvorhaben des Fonds relativ gut absichern.¹¹⁾

Zudem wäre es folgerichtig, die zulässige Kreditaufnahme für Investitionen auf Basis der Ergebnisse im Jahresabschluss abzurechnen. Wenn die Zusätzlichkeit nicht nur für den Haushaltsplan, sondern auch bei Abrechnung auf Sollwerten basiert, entstehen Gestaltungsmöglichkeiten. Tatsächlich blieben bereits in der Vergangenheit die Investitionsausgaben im Ergebnis häufig spürbar unter den Haushaltsansätzen.

10 Investitionen in die Bahn-Infrastruktur erfolgen über die InfraGO AG, die Teil des Staatssektors ist. Investitionen, die diese Einheit aus Kapitaleinlagen finanziert, belasten das zu begrenzende Maastricht-Defizit genauso wie Investitionen dieser Einheit aus Bundeszuschüssen.

11 Vgl. zu einem letztlich ähnlichen Ansatz: Deutsche Bundesbank (2025b).

Die zielkonforme Mittelverwendung sollte auch für Länder und Gemeinden sowie für Klimaneutralität abgesichert werden. Damit etwa Länder und Gemeinden nicht bloß die Finanzierung ohnehin geplanter Maßnahmen auf den Fonds verlagern, könnte für sie ebenfalls eine Mindestinvestitionsquote gelten. Naheliegend wäre, dass sie bei der endgültigen Jahresabrechnung nur so viele Fondsmittel erhalten, wie ihre Investitionen eine Referenzquote aus der jüngeren Vergangenheit übersteigen.¹²⁾

4 Hinsichtlich Länderfinanzen: Transparenz erhöhen, Schieflagen wirksam verhindern

Mit eigenen strukturellen Kreditspielräumen steigt die Gefahr von Schieflagen. Entsprechend dringlicher ist es, dass die Länderfinanzen transparent sind und effektiv überwacht werden. Der neue Kreditspielraum sollte für die Länder als Anstoß dienen, ihre Schuldenbremsen stärker anzugleichen, ihre Haushaltsplanungen aussagekräftiger zu gestalten und die finanzstatistische Datenbasis zu verbessern.¹³⁾ Denn bisher sind die Regelungen vielfältig und Planungen sowie Daten schwer zu durchschauen. Dies erschwert eine unabhängige Überwachung der Länderfinanzen. Transparente Länderfinanzen würden auch dem Stabilitätsrat die Haushaltsüberwachung vereinfachen.

Die einzelnen Länder sollten die neuen Spielräume verantwortungsbewusst nutzen. Für Länder, die bereits hoch verschuldet sind oder gar Sanierungshilfen vom Bund erhalten, liegt es in ihrem eigenen Interesse, zunächst die Schieflagen zu beheben und die neuen Kreditspielräume erst danach zu nutzen. Um Schieflagen zuverlässig vorzubeugen, ist ein gutes Signalsystem wichtig. Hierfür läge es nahe, das Kennzahlensystem des Stabilitätsrates zu überprüfen, gegebenenfalls auch die kommunale Ebene einzubeziehen (etwa mit Angaben zu Kassenkrediten bis zum aktuellen Rand) und die Alarmschwellen zu senken.

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

13 Sinnvoll wäre, Globaltitel (zum Beispiel Mehreinnahmen und Minderausgaben) zu begrenzen und den Gruppierungsplan bei finanziellen Transaktionen einheitlich gemäß den Leitlinien der VGR anzuwenden. Zudem sollten die veröffentlichten Haushaltsplanungen mit Ergebnissen der jeweils aktuellen Steuerschätzungen und um zwischenzeitliche Steuerrechtsänderungen sowie neue Besoldungsanpassungen aktualisiert werden. Vgl. zu Ansatzpunkten für mehr Transparenz: Deutsche Bundesbank (2024a), Kapitel 5 „Ausblick auf 2024 und ausgewählte finanzpolitische Erwägungen“.

5 Künftige Aufgabe: Defizitanstieg wieder umkehren, EU-Regeln verlässlich einhalten

Die reformierte Schuldenbremse erlaubt umfangreiche Defizite und damit eine Schuldenquote, die sich immer weiter von 60 % entfernt. Eine solche Entwicklung ließe die Zinsausgaben stark steigen – auch, wenn Bund und Länder die neuen Spielräume zweckgemäß nutzen. Dies würde künftige Haushalte stark belasten und Handlungsspielräume einschränken. Zudem stünde diese Entwicklung perspektivisch nicht mit den EU-Regeln in Einklang. Die EU-Regeln für Defizite und Schuldenquote setzen wichtige Anker für solide Staatsfinanzen und eine stabilitätsorientierte Währungsunion. Es ist daher zu begrüßen, dass der Koalitionsvertrag eine stringente Anwendung fordert. All dies spricht dafür, die Ausführungsgesetze und die geplante weitere Änderung der Schuldenbremse zu nutzen, um solide Staatsfinanzen und EU-Regeln wieder über konkrete jährliche Kreditgrenzen im nationalen Recht zu verankern.

Für Deutschland dürften die EU-Vorgaben im neuen Regelwerk nach einer Ausnahmeperiode vorsehen, eine strukturelle gesamtstaatliche Defizitquote von etwa 1 % anzustreben. ¹⁴⁾ Deutschland hat (wie andere EU-Staaten) die nationale Ausweichklausel beantragt. Wird sie aktiviert, sind höhere als unter den normalen Regeln geplante Defizite zulässig (vgl. Exkurs "EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden"). Die neue Bundesregierung muss außerdem noch für den vier- bis siebenjährigen Anpassungszeitraum einen Fiskalplan mit den EU-Gremien vereinbaren. Dieser legt die Basislinie unabhängig von den zusätzlichen Defizitmöglichkeiten durch die Ausweichklausel fest. Dieser Fiskalplan dürfte vorgeben, dass Deutschland eine strukturelle gesamtstaatliche Defizitquote von etwa 1 % anstreben muss. Diese Zielquote liegt faktisch in der Nähe der jahresdurchschnittlichen Kreditspielräume des neuen Infrastrukturfonds. Wenn Bund und Länder diesen Fonds-Spielraum nutzen, kommt eine Kreditfinanzierung für andere Ausgaben kaum mehr in Betracht – auch nicht für zusätzliche Verteidigungsausgaben. Das bedeutet: Es gibt zwar aktuell eine Übergangsphase. Aber um die nationale Planung in Übereinstimmung mit den EU-Vorgaben zu bringen, kann perspektivisch nur ein kleiner Teil der neuen nationalen Kreditspielräume genutzt werden.

14 Diese Grundposition sichert dann ab, dass die Schuldenquote im weiteren Verlauf Richtung 60 % sinkt. Die deutlichen demografischen Ausgabenanstiege führen dazu, dass Deutschland zunächst eine vergleichsweise niedrige strukturelle Defizitquote ansteuern muss. Vgl. ausführlicher zu möglichen EU-Vorgaben für Deutschland Deutsche Bundesbank (2025b).

Die Ausführungsgesetze zur gelockerten Schuldenbremse bieten die Chance, verlässliche Leitplanken für die Haushaltsplanungen zu setzen. Dazu könnten die Gesetze die Verschuldungsspielräume des Bundes und der Länder einschließlich ihrer Sondervermögen in Einklang mit den gesamtstaatlichen EU-Vorgaben konkretisieren.

^{15) 16)} Beim Finanzierungsvorbehalt, der im Koalitionsvertrag verankert ist, wären nicht nur die nationalen Regeln, sondern auch das perspektivisch deutlich engere Defizitkorsett der EU-Regeln im Blick zu behalten. Da die Defizite im weiteren Verlauf wieder deutlich zu reduzieren sind, ist empfehlenswert, die Kreditspielräume für die aktuellen Herausforderungen bei Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen (einschließlich Klimaneutralität) zu reservieren und andere zusätzliche Maßnahmen gegenzufinanzieren.

Zu empfehlen wäre darüber hinaus, die grundgesetzlichen Vorgaben zu den Kreditgrenzen nochmals so anzupassen, dass sie mit dem EU-Referenzwert für die Schuldenquote kompatibel sind und solide Staatsfinanzen wieder wirksam absichern. Die Bundesbank hat darauf abzielende Vorschläge zur Reform der Schuldenbremse vorgelegt. Die derzeitigen Kreditgrenzen im Grundgesetz laufen ins Leere, wenn die EU-Vorgaben regelmäßig ambitionierter sind. Geeignete verfassungsrechtliche Leitplanken für die einzelnen Ebenen sind aber wichtige Bestandteile der nationalen Regeln. Sie haben auch den Vorteil, dass Verfassungsgerichte deren Einhaltung überprüfen können, was schon vorab die Bindungswirkung stärkt. Im Koalitionsvertrag ist eine weitere Reform der Schuldenbremse für dieses Jahr angekündigt. Statt nur punktueller Anpassungen etwa zur Verstetigung von Investitionen erscheinen grundlegende Änderungen für die Zeit nach der aktuellen Übergangsphase ratsam. Die Vorschläge der Bundesbank bieten dafür geeignete Ansatzpunkte: Sie zielen darauf, sowohl den staatlichen Investitionen (in Infrastruktur und Verteidigung) Vorrang einzuräumen als auch solide Staatsfinanzen und die EU-Regeln abzusichern.

15 Die EU-Fiskalgrenzen sind zwar als Ausgabenwachstumsraten definiert, die aus den Defizitzielen abgeleitet werden. Als nationale Anker scheinen aber eher – wie bei der Schuldenbremse – strukturelle Grenzen für die Nettokreditaufnahme von Bund und Ländern geeignet.

16 Die nationalen und EU-Fiskalregeln verfolgen teils unterschiedliche Ziele, etwa weil letztere föderale Strukturen und haushaltsrechtliche Aspekte weniger berücksichtigen. Insofern sind die Regeln nicht deckungsgleich. Deshalb ist es wichtig, dass der Stabilitätsrat regelmäßig überwacht, ob die deutschen Staatsfinanzen in Einklang mit den EU-Vorgaben stehen. Bei Bedarf muss er nötige Korrekturmaßnahmen vorschlagen. Der unabhängige Beirat unterstützt den Stabilitätsrat beim Monitoring bezüglich der EU-Regeln. Die Regelungen zur nationalen Überwachung der EU-Vorgaben sind noch an die reformierten EU-Regeln anzupassen.

2.3 Länderfinanzen ¹⁴⁾

2.3.1 Ergebnis 2024 und Ausblick

Die Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte verzeichneten im Jahr 2024 ein Defizit von 18 Mrd €, nach einem nahezu ausgeglichenen Abschluss im Jahr davor. Die Verschlechterung war auch durch Einmaleffekte und negative Konjunktureinflüsse getrieben. Die schwache Konjunktur bremste die Steuereinnahmen. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben kräftig. Bei den Personalausgaben schlugen sich nicht zuletzt Entgeltanpassungen nieder. Bei den Investitionen gab es auch gewichtige Einmaleffekte durch finanzielle Transaktionen wie etwa Beteiligungserwerbe. Bereinigt um diese finanziellen Transaktionen betrug das Defizit 8 Mrd €. Zusätzlich bereinigt um die Konjunkturkomponente aus der Frühjahrsschätzung 2025 der Bundesregierung ergibt sich in der Summe ein mehr oder weniger ausgeglichener Finanzierungssaldo.

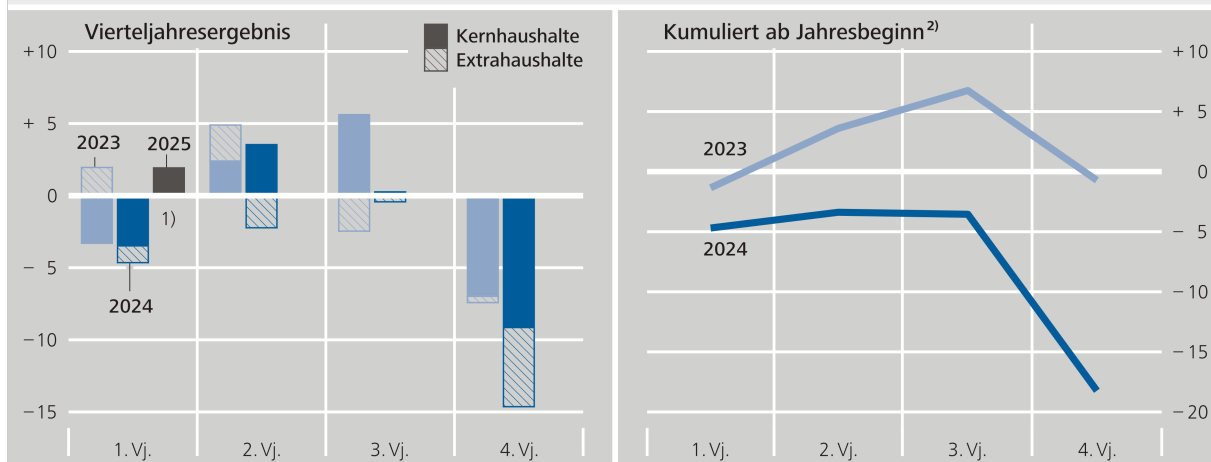
Das erste Quartal 2025 schlossen die Kernhaushalte der Länder mit einem Überschuss von 2 Mrd € ab. Die Verbesserung gegenüber dem Defizit von 3 Mrd € im Vorjahr ist dabei durch unterjährige ausgabenseitige Sonderentwicklungen überzeichnet. Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal kräftig (+ 5 %), insbesondere dank beträchtlich höherer Steuereinnahmen (+ 6 %). Die Ausgaben wuchsen hingegen lediglich um 1 %. Die Personalausgaben nahmen nur schwach zu (ebenfalls + 1 %). Hier war die Vorjahresbasis allerdings durch Einmalzahlungen erhöht. Ausgabendämpfend wirkte ein Sondereffekt in Nordrhein-Westfalen: Das Land hatte im Vorjahr Jahrespauschalen für Hochschulen bereits im Auftaktquartal gezahlt. Im zweiten Quartal wird dieser Effekt dann im Vorjahresvergleich negativ wirken.

¹⁴ Für die Extrahaushalte der Länder liegen die Daten mit stärkerer Verzögerung vor. Daher wird hier noch über den Jahresabschluss 2024 berichtet. Die Angaben zum ersten Quartal 2025 basieren auf der monatlichen Kassenstatistik zu den Kernhaushalten.

Finanzierungssalden der Länder

Schaubild 5.4

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Berechnet mit Angaben der monatlichen Kassenstatistik des Bundesministeriums der Finanzen zu den Kernhaushalten. Quartalsdaten, die auch Daten zu den Extrahaushalten umfassen, liegen noch nicht vor. **2** Kern- und Extrahaushalte zusammen.

Deutsche Bundesbank

Für das Gesamtjahr 2025 zeichnet sich wie im Vorjahr ein Defizit der Länder ab. Die Einnahmen dürften aufgrund der weiterhin schwachen Konjunktur wohl nur mäßig ansteigen. Die offizielle Steuerschätzung erwartet ein Wachstum der Steuereinnahmen der Länder um 3,2 % und damit eine deutlich langsamere Gangart als zum Jahresauftakt. Die gewichtigen Personalausgaben und der laufende Sachaufwand werden merklich steigen, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Die Nachwirkungen der hohen Inflationsraten auf diese Ausgaben sollten inzwischen ausgelaufen sein. Entlasten dürfte, dass die Belastungen aus finanziellen Transaktionen signifikant niedriger sein dürften als im Vorjahr.

Das voraussichtliche Defizit deutet nicht auf einen generellen Konsolidierungsbedarf hin. Allerdings dürfte sich die Lage zwischen den einzelnen Ländern deutlich unterscheiden. Grundsätzlich haben die Länder gemäß reformierter Schuldenbremse nunmehr einen strukturellen Kreditspielraum von zusammen 0,35 % des BIP. Unklar ist noch, was das für die strukturellen Spielräume der einzelnen Länder bedeutet: Bislang leiten die Länder die Kreditgrenzen ihrer Schuldenbremsen sehr unterschiedlich ab.¹⁵⁾ Außerdem haben zahlreiche Länder Tilgungspflichten aus Notlagenkrediten. Zudem hat der Bundesgesetzgeber noch nicht festgelegt, wie sich der neue strukturelle Spielraum auf die einzelnen Länder verteilt (vgl. Exkurs "Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten"). Abgesehen davon ist die Finanzlage in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Daher dürften in manchen Ländern durch den neuen Kreditspielraum zusätzliche finanzielle Spielräume bestehen, während andere Länder ihre Haushalte dennoch konsolidieren müssen.

Die neue Bundesregierung will prüfen, ob die Aufgaben zwischen den föderalen Ebenen angemessen verteilt sind und wo Digitalisierungspotenziale zu heben sind.

¹⁶⁾ Dies ist zu begrüßen. Eine Aufgabe und ihre Finanzierung sollten auf derselben staatlichen Ebene liegen. Ressourcen könnten dann besser genutzt werden. Denn es erleichtert der Wahlbevölkerung, Verantwortlichkeiten zu erkennen. Digitalisierung bietet zudem Chancen, um Verwaltungsprozesse im gesamten Bundesgebiet zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Dies könnte nicht zuletzt knappe Personalressourcen schonen.

2.3.2 Rückgriff auf die Notlagen-Klausel

Das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht erklärte Teile des Landeshaushalts 2024 für nichtig, da das Landesparlament Darlegungspflichten nicht erfüllt hatte.¹⁷⁾ Dem Urteil zufolge hatte das Land insbesondere nicht ausreichend begründet, dass die aufgenommenen Notlagenkredite notwendig waren. Das Urteil wirkt sich zwar nicht mehr auf den Landeshaushalt 2024 aus, da die Bücher bereits geschlossen sind. Allerdings sieht auch der Landeshaushalt 2025 einen Notlagenkredit vor (knapp ½ Mrd €). Das Landesparlament sollte nun prüfen, ob der

15 Die Länder verwenden für ihre Schuldenbremsen andere Bereinigungsverfahren als diejenige, die dem eingangs angesprochenen strukturellen Haushaltsausgleich der Ländergesamtheit für 2024 zugrunde liegt.

16 Vgl.: CDU, CSU, SPD (2025), S. 55 und S. 59.

17 Vgl.: Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht (2025).

Haushalt für 2025 den diesbezüglichen Vorgaben seines Verfassungsgerichts genügt und ihn andernfalls daran anpassen.

Das Urteil stellt relativ hohe Anforderungen für Notlagenkredite. Aus ökonomischer Sicht ist es richtig, eine strikte Schuldenregel mit einer notlagenbezogenen Ausnahmeklausel zu versehen. Gleichzeitig sind hohe Anforderungen für deren Inanspruchnahme wichtig, damit die Klausel die Intention der Schuldenregel nicht aushebelt. Insofern scheint es naheliegend, dass auch die anderen Länder strenge Maßstäbe anlegen. Aktuell planen neben Schleswig-Holstein auch das Saarland und Sachsen-Anhalt, im laufenden Jahr Notlagenkredite aufzunehmen.

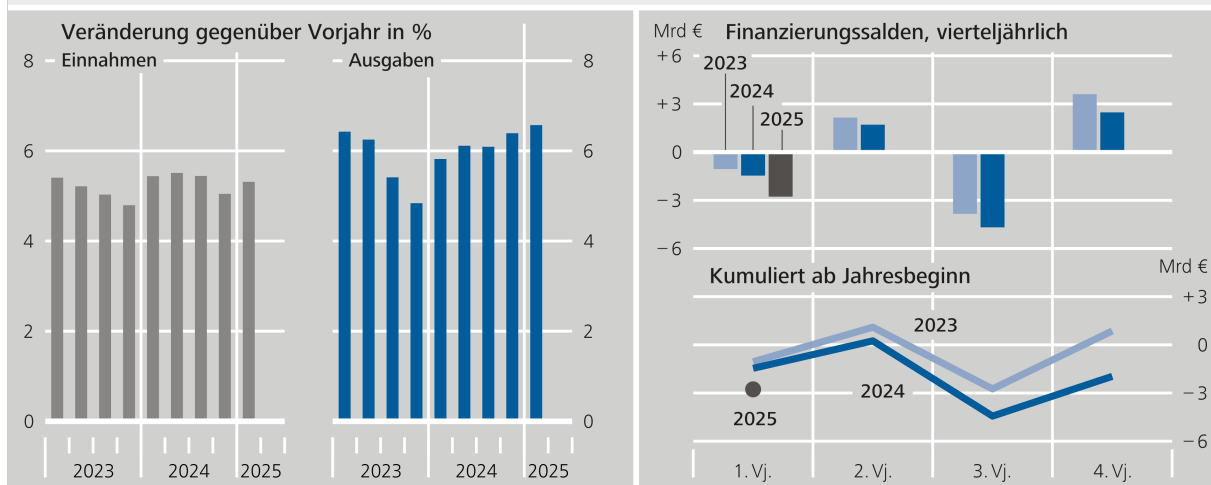
3 Sozialversicherung

3.1 Rentenversicherung

3.1.1 Ausblick auf 2025

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verbuchte im ersten Quartal 2025 ein Defizit von fast 3 Mrd €. Damit war der Fehlbetrag etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr. Die Einnahmen stiegen mit 5½ % zwar kräftig. Dahinter stand ein starker Zuwachs der beitragspflichtigen Entgelte. Sie legten stärker zu als die Entgelte insgesamt, weil wohl sozialbeitragspflichtige Entgelte abgabenbefreite Inflationsausgleichsprämien ersetzten. Die Ausgaben wuchsen mit 6½ % aber noch stärker als die Einnahmen: Neben der Rentenanpassung von 4½ % zur Jahresmitte 2024 trugen dazu drei Faktoren bei: i) eine steigende Rentenzahl, ii) Zusatzausgaben für die neuen Zuschläge für Erwerbsminderungsrenten und iii) gestiegene Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung.¹⁸⁾

¹⁸ Die Rentenversicherung beteiligt sich paritätisch an den Beiträgen der Rentenbeziehenden zur gesetzlichen Krankenversicherung. Der starke Anstieg der durchschnittlichen Zusatzbeiträge zum Jahr 2025 um gut 1 Prozentpunkt belastet die Rentenfinanzen spürbar. Im ersten Quartal sind die Auswirkungen noch begrenzt, weil für Rentenbeziehende die höheren Zusatzbeiträge erst ab März gelten. Im Vorjahr war der noch nachwirkende Anstieg der Zusatzbeitragssätze deutlich niedriger ausgefallen.



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund. * Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden.

Deutsche Bundesbank

Auch im Gesamtjahr 2025 dürfte sich das Defizit deutlich ausweiten. Die Ausgaben dürften zwar im weiteren Jahresverlauf etwas weniger schwungvoll zulegen. Grund ist, dass zur Jahresmitte die Renten etwas schwächer steigen als im Vorjahr (um gut 3½ %). Hinzu kommt, dass nur noch bis zur Jahresmitte die neuen Zuschläge für Erwerbsminderungsrenten die Ausgaben im Vorjahresvergleich erhöhen. Allerdings dürfte sich die Zuwachsrates bei den Einnahmen im weiteren Jahresverlauf demgegenüber noch etwas stärker abschwächen, da die stützenden Effekte im Zusammenhang mit den wegfallenden Inflationsausgleichsprämien auslaufen.

3.1.2 Rentenpolitische Vorhaben der neuen Bundesregierung

Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages sehen im Wesentlichen vor, die bisherige Rentenpolitik zu verstetigen. Der demografische Druck auf die Rentenversicherung bleibt daher im Grunde unverändert hoch. Der Koalitionsvertrag enthält zudem keine entscheidenden Impulse für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer. Der Druck auf die Rentenausgaben erhöht sich zudem durch die geplanten Maßnahmen deutlich: Erstens durch die Verlängerung der Haltelinie beim Versorgungsniveau und zweitens durch eine Ausweitung der angerechneten Erziehungszeiten bei Versicherten mit vor dem Jahr 1992 geborenen Kindern (sogenannte Mütterrenten). Allerdings soll der Bundeshaushalt die Mehrausgaben für

diese beiden Posten ausgleichen. Im Laufe der Legislaturperiode beabsichtigt die Regierung, über weitere Reformschritte für die Zeit nach 2031 zu diskutieren. Zuvor soll eine Reformkommission Vorschläge erarbeiten.

Die Bundesregierung plant, die Haltelinie von 48 % für das Versorgungsniveau bis 2031 zu verlängern. Damit steigen die Rentenausgaben deutlich stärker als ohnehin angelegt. Denn gemäß derzeitiger Rechtslage kann der Nachhaltigkeitsfaktor die Rentenanpassungen ab dem nächsten Jahr wieder bremsen. Das Versorgungsniveau sinkt deshalb gemäß aktuellen Vorausschauen. Im Jahr 2031 könnte es bei etwa 46½ % liegen.¹⁹⁾

Beim Rentenalter und Rentenzugang sind keine größeren Veränderungen vorgesehen. Angesichts der steigenden Lebenserwartung wäre es jedoch folgerichtig, das Rentenalter nach 2031 an die Lebenserwartung zu knüpfen.²⁰⁾ Ebenso naheliegend wäre, die Sonderregel eines abschlagsfreien Rentenzugangs für besonders langjährig Beschäftigte zu beenden. Dies würde positive Impulse für die Erwerbsbeteiligung senden und die Rentenversicherung besser an die demografischen Veränderungen anpassen.

19 Vgl.: Sozialbeirat (2024). Das Versorgungsniveau sinkt ab 2026 zusätzlich durch höhere Beitragssätze der sozialen Pflegeversicherung: Grund dafür ist, dass ohne Haltelinie Anhebungen vollständig von den Rentenbeziehenden zu tragen wären.

20 Die Bundesbank hat hierzu bereits in früheren Berichten umfassende Simulationen vorgelegt. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2019, 2023c, S. 80ff.).

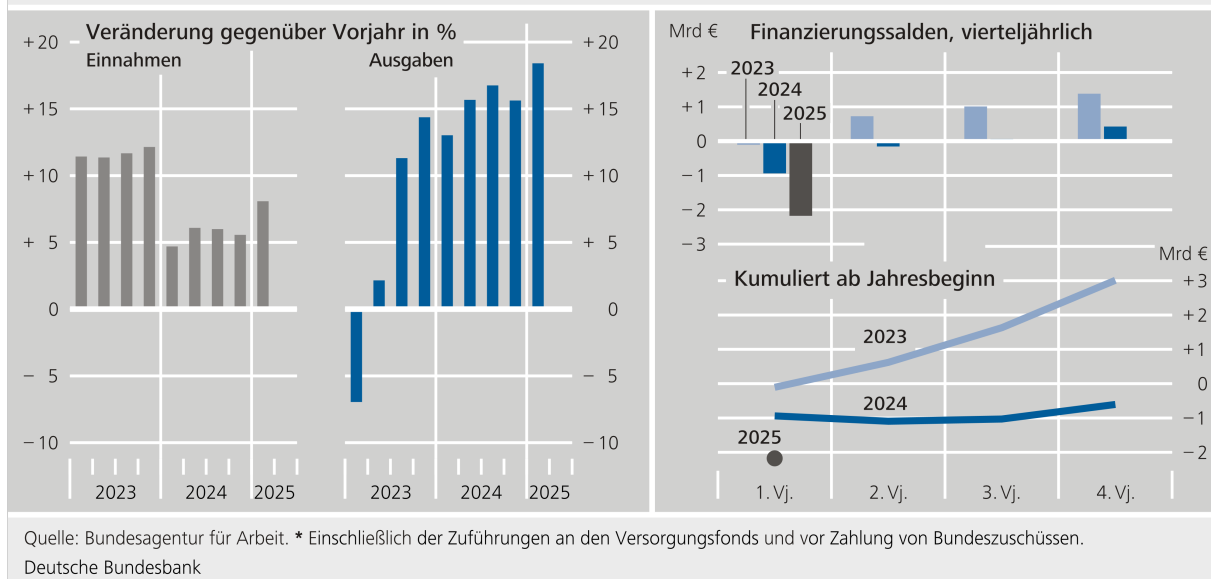
Vorgesehene finanzielle Anreize zur Verlängerung der Erwerbsphase über das gesetzliche Rentenalter hinaus dürften nur begrenzt wirken.²¹⁾ Die Bundesregierung beabsichtigt, finanzielle Anreize für Beschäftigte einzuführen, die es attraktiver machen sollen, über das gesetzliche Rentenalter hinaus weiterzuarbeiten (sogenannte Aktivrente). Dazu plant sie, Löhne und Gehälter von Beschäftigten nach der Regelaltersgrenze bis zu 2 000 € im Monat steuerfrei zu stellen. Allerdings diagnostizierte die alte Bundesregierung noch im Alterssicherungsbericht 2024, dass finanzielle Gründe bei der Entscheidung für Erwerbstätigkeit im Alter nur eine untergeordnete Rolle spielen.²²⁾ Außerdem haben spezielle steuerliche Begünstigungen weitere Nachteile: Sie machen die Besteuerung insgesamt komplexer, die Bemessungsgrundlage kleiner und schaffen Anreize zur Steuergestaltung. Daher spricht Einiges dagegen, Erwerbstätigkeit nach Überschreiten der Altersgrenze steuerlich gegenüber anderer Arbeit zu subventionieren.

3.2 Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verzeichnete im ersten Quartal 2025 ein Defizit von 2 Mrd €. Gegenüber dem Vorjahresquartal verschlechterte sich das Ergebnis um gut 1 Mrd €. Die Einnahmen der BA wuchsen zwar mit 8 % kräftig, wozu nicht zuletzt der höhere Umlagesatz für das Insolvenzgeld beitrug (0,15 %, nach 0,06 % im Vorjahr). Die Ausgaben stiegen aber wesentlich stärker (+ 18½ %), etwa das besonders gewichtige Arbeitslosengeld. Ursächlich waren vor allem die deutlich höheren Empfängerzahlen.

21 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank (2024b), Kapitel: 3.1.2 "Reformoptionen zur Stärkung des Erwerbspersonenpotenzials".

22 Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2024). So finden sich auch in Seibold (2021) nur schwache Effekte rein finanzieller Anreize. Dies gilt auch in anderen Ländern (vgl. unter anderem: Manoli und Weber (2016) Duggan et al. (2023) sowie Lalive et al. (2023)).



Im Gesamtjahr dürfte bei der BA ein spürbares Defizit anfallen. Dieses dürfte etwas höher sein als geplant (Plan: 1½ Mrd €). Allerdings sollte der Beitragssatz deshalb nicht angehoben werden müssen. Insgesamt belastet, dass der Arbeitsmarkt sich etwas ungünstiger entwickelt als bei Haushaltsaufstellung erwartet. Das Defizit könnte die verfügbaren Mittel der freien Rücklage übersteigen (Ende 2024: 3 Mrd €). Dann könnte der Bund durch überjährige Liquiditätshilfen verhindern, dass der Beitragssatz steigt. Sobald sich die wirtschaftliche Entwicklung aufhellt, dürfte die BA in der Lage sein, diese Hilfen aus Überschüssen zurückzuzahlen.

(In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 21. Mai 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.)

Literaturverzeichnis

Bundesministerium der Finanzen (2024), Bürgernahe Einkommensteuer, Abschlussbericht der Expertenkommission, November 2024.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2024), Alterssicherungsbericht 2024, Ergänztender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2024 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI, November 2024.

Bundesrechnungshof (2024), Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an den Rechnungsprüfungsausschuss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages: 29. Subventionsbericht der Bundesregierung – Steuervergünstigungen, März 2024.

Bundesverfassungsgericht (2025), Urteil des Zweiten Senats vom 26. März 2025 – 2 BvR 1505/20 –, Rn. 1 – 177, März 2025.

CDU, CSU, SPD (2025), Verantwortung für Deutschland, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, April 2025, S. 1 – 144.

Deutsche Bundesbank (2025a), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, April 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Solide Staatsfinanzen, gestärkte Investitionen: ein Vorschlag zur Reform der Schuldenbremse, Monatsbericht, März 2025.

Deutsche Bundesbank (2024a), Länderfinanzen 2023: Lage verschlechtert sich, aber noch struktureller Überschuss, Monatsbericht, Oktober 2024.

Deutsche Bundesbank (2024b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2024.

Deutsche Bundesbank (2023a), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2023, S. 60 – 78.

Deutsche Bundesbank (2023b), Zur zunehmenden Bedeutung der Extrahaushalte des Bundes, Monatsbericht, Juni 2023, S. 63 – 82.

Deutsche Bundesbank (2023c), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2023, S. 62 – 85.

Deutsche Bundesbank (2019), Langfristige Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 55 – 82.

Deutscher Bundestag (2025), Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 20/15117 vom 16. März 2025, S. 1 – 24.

Deutsche Presse-Agentur (2025), Länder teilen Infrastrukturmittel und Kreditooptionen auf, t-online, 9. Mai 2025.

Duggan, M., I. Dushi, S. Jeong und G. Li (2023), The Effects of Changes in Social Security's Delayed Retirement Credit: Evidence from Administrative Data, *Journal of Public Economics*, Juli 2023.

Europäische Kommission (2025a), Presseerklärung von Präsidentin von der Leyen zum Verteidigungspaket, 4. März 2025.

Europäische Kommission (2025b), Accommodating increased defence expenditure within the Stability and Growth Pact, Communication from the Commission, C(2025) 2000 final, 19. März 2025.

Europäische Zentralbank (2025), Flexibilität im überarbeiteten wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen der EU und Auswirkungen auf die Staatsverschuldung, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 3/2025, März 2025, S. 101 – 105.

Lalive, R., A. Magesan und S. Staubli (2023), How Social Security Reform Affects Retirement and Pension Claiming, *American Economic Journal: Economic Policy*, Vol. 15 (3), S. 115 – 150, August 2023.

Manoli, D. und A. Weber (2016), Nonparametric Evidence on the Effects of Financial Incentives on Retirement Decisions, *American Economic Journal: Economic Policy* Vol. 8 (4), S. 160 – 182, November 2016.

OECD (2010), Choosing a Broad Base – Low Rate Approach to Taxation, *OECD Tax Policy Studies*, No. 19, OECD Publishing.

Rat der Europäischen Union (2025), Koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel, Pressemitteilung vom 30. April 2025.

Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht (2025), Urteil vom 14. Februar 2025 – LVerfG 1/24 – Verfassungsmäßigkeit von Notkrediten im Landeshaushalt 2024, Februar 2025.

Seibold, A. (2021), Reference Points for Retirement Behavior: Evidence from German Pension Discontinuities, American Economic Review, Vol. 111(4), S. 1126 – 1165, April 2021.

Sozialbeirat (2024), Jahresgutachten 2024, Gutachten des Sozialbeirats, November 2024.

Thomas, A. (2020), Reassessing the regressivity of the VAT, OECD Taxation Working Papers, No. 49, OECD Publishing.

VO (EU) 1263/2024, Verordnung (EU) 2024/1263 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates, Amtsblatt der Europäischen Union, April 2024.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

- | | |
|---|-----|
| 1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum..... | 42• |
| 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland..... | 42• |

■ VI. Zinssätze

- | | |
|---|-----|
| 1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze..... | 43• |
| 2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) | 43• |
| 3. Geldmarktsätze nach Monaten..... | 43• |
| 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)..... | 44• |

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Aktiva..... | 48• |
| 2. Passiva..... | 49• |

■ VIII. Kapitalmarkt

- | | |
|--|-----|
| 1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland | 50• |
| 2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten..... | 51• |
| 3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten..... | 52• |
| 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten | 52• |
| 5. Renditen deutscher Wertpapiere | 53• |
| 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland | 53• |

■ IX. Finanzierungsrechnung

- | | |
|---|-----|
| 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 54• |
| 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 55• |
| 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte..... | 56• |
| 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte | 57• |

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

- | | |
|--|-----|
| 1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung..... | 58• |
| 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen | 58• |
| 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung | 59• |
| 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden | 59• |
| 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen..... | 60• |
| 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten | 60• |

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten	64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten.....	65*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels	69*
6. Arbeitsmarkt.....	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmens- gruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbs- fähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze	
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 7)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt					
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2023 Aug.	- 10,4	- 2,3	- 1,3	- 0,9	- 0,1	0,8	4,4	3,64	3,2
Sept.	- 10,0	- 2,2	- 1,2	- 1,1	- 0,3	0,5	4,9	3,75	3,3
Okt.	- 10,0	- 2,2	- 1,0	- 1,0	- 0,4	0,5	5,5	3,90	3,5
Nov.	- 9,6	- 1,9	- 0,9	- 0,6	- 0,7	0,2	5,1	3,90	3,3
Dez.	- 8,6	- 1,0	0,0	- 0,3	- 0,4	0,5	4,7	3,90	2,7
2024 Jan.	- 8,6	- 1,1	0,1	0,2	- 0,4	0,5	5,3	3,90	2,8
Febr.	- 7,7	- 0,6	0,4	0,4	- 0,2	0,8	5,0	3,91	2,9
März	- 6,7	- 0,3	0,9	0,9	- 0,1	0,9	5,0	3,91	2,9
April	- 5,9	0,1	1,3	1,3	0,1	0,9	4,7	3,91	3,0
Mai	- 5,0	0,6	1,6	1,7	- 0,0	0,5	4,4	3,91	3,0
Juni	- 3,4	1,2	2,3	2,1	0,3	0,9	4,4	3,75	3,1
Juli	- 3,0	1,2	2,4	2,5	0,3	0,9	4,0	3,66	3,0
Aug.	- 2,0	1,7	2,9	2,8	0,6	1,2	3,9	3,66	2,8
Sept.	- 1,3	2,0	3,2	3,2	0,6	1,3	3,8	3,56	2,7
Okt.	0,2	2,4	3,4	3,5	0,7	1,4	3,6	3,34	2,8
Nov.	1,5	2,9	3,8	3,6	0,8	1,3	3,4	3,16	2,9
Dez.	1,8	2,6	3,5	3,7	1,0	1,7	3,9	3,06	2,7
2025 Jan.	2,7	2,9	3,7	3,7	1,5	2,0	3,2	2,92	3,0
Febr.	3,4	3,0	3,9	3,7	1,7	2,2	3,1	2,69	2,9
März	3,8	3,1	3,6	...	1,6	2,1	2,7	2,50	3,3
April	2,34	3,1

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5 Euro Short-Term Rate. 6 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43*. 7 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				gegenüber dem US-Dollar	Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2023 Aug.	+ 26 865	+ 23 556	+ 24 934	+ 7 602	- 6 365	+ 3 540	+ 18 834	+ 1 325	1,0909	99,0	95,1
Sept.	+ 33 158	+ 28 624	+ 22 396	+ 11 755	- 67 499	+ 4 026	+ 78 011	- 3 897	1,0684	98,5	94,7
Okt.	+ 25 969	+ 26 701	+ 32 330	- 11 547	+ 6 518	+ 20 117	+ 13 515	+ 3 727	1,0563	98,0	94,0
Nov.	+ 35 621	+ 33 670	+ 59 337	+ 6 086	+ 19 966	+ 962	+ 30 803	+ 1 519	1,0808	98,7	94,6
Dez.	+ 39 796	+ 30 839	+ 36 646	- 7 606	- 69 841	+ 272	+ 112 668	+ 1 153	1,0903	98,2	93,9
2024 Jan.	+ 26 072	+ 26 923	+ 23 516	+ 9 744	- 19 735	+ 13 747	+ 18 938	+ 822	1,0905	98,4	94,4
Febr.	+ 33 770	+ 36 726	+ 22 456	+ 51 056	- 10 862	+ 13 308	- 31 907	+ 861	1,0795	98,1	94,1
März	+ 37 674	+ 36 280	+ 70 326	+ 39 153	+ 12 883	- 10 749	+ 29 568	- 528	1,0872	98,8	94,8
April	+ 39 106	+ 29 437	+ 28 726	+ 43 919	- 24 393	+ 16 836	- 8 437	+ 802	1,0728	98,6	94,5
Mai	+ 8 841	+ 30 318	+ 2 619	+ 10 572	- 16 621	- 2 382	+ 9 416	+ 1 634	1,0812	98,9	94,8
Juni	+ 57 360	+ 35 939	+ 99 431	+ 43 774	- 60 020	+ 2 222	+ 112 153	+ 1 302	1,0759	98,5	94,5
Juli	+ 41 407	+ 36 046	+ 44 391	+ 22 257	- 5 017	- 1 768	+ 32 049	- 3 131	1,0844	99,0	95,1
Aug.	+ 25 867	+ 18 438	+ 26 098	+ 2 947	- 29 476	- 7 407	+ 63 012	- 2 978	1,1012	99,0	95,0
Sept.	+ 45 082	+ 29 016	+ 79 553	+ 4 892	- 19 790	+ 4 592	+ 87 705	+ 2 155	1,1106	98,8	94,8
Okt.	+ 31 053	+ 29 078	+ 22 851	+ 35 199	+ 27 294	+ 16 907	- 56 220	- 329	1,0904	98,2	94,3
Nov.	+ 29 258	+ 32 895	+ 34 563	+ 25 844	+ 8 120	- 3 421	+ 2 692	+ 1 328	1,0630	97,5	93,6
Dez.	+ 50 440	+ 30 782	+ 37 245	- 43 720	+ 23 263	+ 5 452	+ 49 540	+ 2 711	1,0479	96,9	93,0
2025 Jan.	+ 18 027	+ 21 512	+ 8 405	+ 32 133	+ 17 242	+ 6 224	- 45 712	- 1 481	1,0354	96,7	p) 92,9
Febr.	+ 33 125	+ 38 264	+ 50 765	+ 3 165	+ 4 343	- 171	+ 42 151	+ 1 276	1,0413	96,3	p) 92,6
März	1,0807	98,3	p) 94,4
April	1,1214	100,5	p) 96,6

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	3,5	4,3	1,4	0,1	0,8	2,6	5,8	8,6	4,8	7,3	1,8
2023	0,4	1,2	0,3	3,0	0,9	0,9	2,3	5,5	0,7	3,3	2,9
2024	0,9	1,0	0,2	0,3	0,1	1,2	2,3	1,2	0,7	3,9	0,4
2023 4.Vj.	0,2	0,5	0,4	1,9	1,5	1,0	2,2	9,1	0,4	5,3	0,3
2024 1.Vj.	0,5	0,8	0,8	1,7	1,8	1,3	1,5	4,5	0,3	4,1	0,4
2.Vj.	0,5	1,0	0,1	0,3	0,9	0,8	2,4	3,0	0,8	3,7	0,0
3.Vj.	1,0	1,2	0,1	0,4	1,2	1,8	2,4	3,2	0,9	4,0	1,0
4.Vj.	1,2	1,1	0,4	1,2	0,9	1,1	2,7	9,2	1,0	3,9	0,3
2025 1.Vj.	1,2	...	0,4	1,2	...	0,5	...	13,3
Industrieproduktion ²⁾											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	1,8	0,5	0,3	2,1	4,0	0,6	2,5	12,3	0,3	1,7	0,8
2023	1,6	5,6	1,9	6,3	2,4	0,9	2,3	2,5	2,1	0,1	4,7
2024	3,0	4,3	p) 4,6	3,8	0,9	0,1	5,3	5,1	3,9	2,4	2,3
2023 4.Vj.	3,8	8,1	4,5	0,7	3,3	1,1	6,0	13,1	1,5	1,4	0,5
2024 1.Vj.	4,7	7,1	5,6	6,4	3,6	0,8	3,7	18,7	3,5	3,9	0,3
2.Vj.	4,0	4,7	5,1	3,4	3,7	0,4	9,7	12,9	3,4	4,7	4,6
3.Vj.	1,8	0,1	4,3	4,2	2,4	0,0	5,7	5,2	4,5	0,3	0,2
4.Vj.	1,6	5,1	p) 3,5	1,2	1,4	0,7	2,2	6,1	4,2	1,2	4,6
2025 1.Vj.	1,5	2,5	p) 1,7	0,1	1,5	0,3	3,0	p) 31,9	1,8	5,2	0,2
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾											
in % der Vollausslastung											
2022	82,3	79,1	85,3	71,7	81,0	81,8	75,9	79,6	79,0	77,0	75,0
2023	80,4	75,7	83,4	67,3	76,6	81,2	75,1	76,5	77,5	77,1	72,9
2024	78,2	74,5	78,9	65,5	74,6	80,8	77,7	76,5	75,5	75,3	72,2
2024 1.Vj.	79,0	74,0	80,9	64,9	73,3	80,9	73,4	76,0	75,5	76,3	71,4
2.Vj.	78,8	74,4	79,7	65,3	74,6	80,7	81,2	75,8	75,9	74,2	72,9
3.Vj.	77,6	74,4	77,9	66,1	76,4	81,6	78,3	75,5	75,5	73,8	72,1
4.Vj.	77,2	75,2	76,9	65,7	74,1	80,1	77,9	78,6	75,1	76,9	72,4
2025 1.Vj.	77,3	75,5	76,7	67,1	75,4	81,5	77,5	74,6	74,7	73,1	74,0
2.Vj.	77,7	77,0	76,9	67,4	76,5	81,9	79,5	77,2	75,3	75,1	75,0
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2022	6,7	s) 5,5	p) 3,1	s) 5,6	s) 6,8	s) 7,3	s) 12,5	s) 4,5	s) 8,1	s) 6,7	s) 6,9
2023	6,6	s) 5,5	p) 3,0	s) 6,4	s) 7,2	s) 7,3	s) 11,1	s) 4,3	s) 7,7	s) 6,1	s) 6,5
2024	6,4	s) 5,7	p) 3,4	s) 7,5	s) 8,4	s) 7,4	s) 10,1	s) 4,3	s) 6,5	s) 5,0	s) 6,9
2024 Nov.	6,2	5,9	3,5	7,4	8,9	7,3	9,4	4,2	6,0	4,6	7,0
Dez.	6,2	6,0	3,5	7,8	8,7	7,2	9,2	4,4	6,3	4,6	6,9
2025 Jan.	6,2	5,8	3,5	7,9	9,0	7,3	9,0	4,5	6,2	4,6	6,9
Febr.	6,2	5,9	3,5	8,6	9,2	7,4	8,6	4,4	5,9	4,5	6,9
März	6,2	5,9	3,5	8,7	9,5	7,3	9,0	4,4	6,0	4,5	6,7
April	4,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	8,4	10,3	8,7	19,4	7,2	5,9	9,3	8,1	8,7	10,7	17,2
2023	s) 5,4	2,3	6,0	9,1	4,3	5,7	4,2	5,2	5,9	8,4	9,1
2024	2,4	4,3	2,5	3,7	1,0	2,3	3,0	1,3	1,1	4,0	1,3
2024 Nov.	2,2	4,8	2,4	3,8	1,7	1,7	3,0	0,5	1,5	4,0	2,3
Dez.	2,4	4,4	2,8	4,1	1,6	1,8	2,9	1,0	1,4	4,5	3,4
2025 Jan.	2,5	4,4	2,8	3,8	1,7	1,8	3,1	1,7	1,7	5,0	3,1
Febr.	2,3	4,4	2,6	5,1	1,5	0,9	3,0	1,4	1,7	4,8	3,7
März	2,2	3,6	2,3	4,3	1,8	0,9	3,1	1,8	2,1	4,3	3,5
April	2,2	3,1	2,2	4,4	1,9	0,9	2,6	2,0	2,0	4,0	4,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2022	- 3,5	- 3,6	- 2,1	- 1,1	- 0,2	- 4,7	- 2,5	1,7	- 8,1	0,1	- 4,9
2023	- 3,5	- 4,1	- 2,5	- 3,1	- 3,0	- 5,4	- 1,4	1,5	- 7,2	- 0,8	- 2,4
2024	- 3,1	- 4,5	- 2,8	- 1,5	- 4,4	- 5,8	- 1,3	4,3	- 3,4	- 2,4	- 1,8
Staatliche Verschuldung ⁶⁾											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2022	89,5	102,7	65,0	19,1	74,0	111,4	177,0	43,1	138,3	68,5	44,4
2023	87,3	103,2	62,9	20,2	77,5	109,8	163,9	43,3	134,6	61,8	44,6
2024	87,4	104,7	62,5	23,6	82,1	113,0	153,6	40,9	135,3	57,6	46,8

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. **1** Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,5	– 1,1	4,3	5,0	5,3	7,0	0,4	2,7	6,2	7,2	2022
0,3	– 0,7	6,8	0,1	– 1,0	2,6	2,2	2,1	2,7	2,8	2023
2,8	1,0	6,0	1,0	– 1,2	1,9	2,1	1,6	3,1	3,5	2024
0,4	0,2	6,3	– 0,5	– 2,6	2,9	2,6	2,7	2,3	2,6	2023 4.Vj.
2,9	0,6	8,4	– 0,5	– 1,9	1,4	3,3	2,4	2,7	3,7	2024 1.Vj.
1,7	1,7	8,1	0,8	– 1,4	1,6	2,1	0,9	3,4	3,7	2.Vj.
2,5	0,0	4,9	1,7	– 0,9	1,8	1,4	1,6	3,2	3,9	3.Vj.
4,0	1,8	2,8	1,9	– 0,5	2,8	1,7	1,5	3,2	2,6	4.Vj.
3,4	2,0	0,9	– 0,7	2,6	3,0	2025 1.Vj.
Industrieproduktion ²⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
5,5	– 3,6	1,5	2,6	6,9	0,6	– 4,2	2,0	2,8	3,5	2022
– 5,2	– 4,3	7,0	– 0,0	0,1	– 3,1	4,1	– 4,9	– 1,7	1,7	2023
4,1	– 1,7	3,7	– 2,3	– 5,0	0,6	0,2	– 1,2	0,5	2,3	2024
– 2,5	– 2,4	4,2	– 1,8	– 2,7	– 3,5	8,5	– 4,1	– 1,1	2,7	2023 4.Vj.
3,1	– 4,0	– 2,2	– 3,6	– 5,7	1,5	– 4,3	– 3,0	1,1	3,9	2024 1.Vj.
3,6	0,8	4,2	– 3,0	– 5,2	1,7	0,0	– 3,2	0,0	4,1	2.Vj.
5,6	– 3,2	1,7	– 1,8	– 3,8	– 0,3	3,8	0,9	– 0,5	1,5	3.Vj.
4,3	– 0,3	11,3	– 0,7	– 5,3	– 0,8	1,5	0,7	1,4	– 0,2	4.Vj.
8,8	p)	0,3	p)	7,5	p)	1,4	p)	0,5	– 2,6	2025 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾										
in % der Vollausslastung										
77,8	80,7	64,7	83,7	87,8	81,9	83,3	84,9	78,7	58,2	2022
68,4	73,1	68,1	81,9	85,3	81,7	82,1	83,0	76,9	61,7	2023
71,0	76,4	78,7	78,3	82,8	81,2	79,8	81,1	77,6	63,5	2024
70,4	74,8	75,6	78,8	83,4	81,0	80,1	81,2	77,2	64,9	2024 1.Vj.
70,5	75,3	76,4	79,6	83,1	81,2	77,6	81,0	77,7	63,2	2.Vj.
71,4	76,0	81,4	77,7	82,5	81,3	81,3	81,2	77,9	62,8	3.Vj.
71,5	79,5	81,4	77,0	82,0	81,3	80,3	81,0	77,5	63,0	4.Vj.
71,5	77,0	70,8	77,6	81,9	81,5	83,4	81,4	76,4	67,9	2025 1.Vj.
70,6	79,3	78,5	77,5	82,5	81,0	83,0	81,2	74,8	65,5	2.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
s)	5,9	s)	4,6	s)	3,5	s)	3,6	s)	4,8	2022
s)	6,9	s)	5,3	s)	3,5	s)	5,1	s)	6,5	2023
s)	7,1	s)	6,2	s)	3,1	s)	3,7	s)	5,2	2024
6,5	6,5	2,9	3,7	5,1	6,6	5,2	3,6	10,8	4,7	2024 Nov.
6,4	6,4	3,0	3,7	5,4	6,5	5,1	3,4	10,8	4,9	Dez.
6,6	6,4	2,9	3,8	5,4	6,4	5,1	3,3	10,8	5,0	2025 Jan.
6,6	6,5	2,8	3,8	5,3	6,5	5,1	3,3	10,9	4,9	Febr.
6,4	6,4	2,8	3,9	5,4	6,5	5,0	3,2	10,9	4,8	März
...	3,8	April
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
18,9	8,2	6,1	11,6	8,6	8,1	12,1	9,3	8,3	8,1	2022
8,7	2,9	5,6	4,1	7,7	5,3	11,0	7,2	3,4	3,9	2023
0,9	2,3	2,4	3,2	2,9	2,7	3,2	2,0	2,9	2,3	2024
1,1	1,1	2,1	3,8	1,9	2,7	3,6	1,6	2,4	2,2	2024 Nov.
1,9	1,6	1,8	3,9	2,1	3,1	3,2	2,0	2,8	3,1	Dez.
3,4	2,4	1,8	3,0	3,4	2,7	4,2	2,3	2,9	2,9	2025 Jan.
3,2	1,9	2,0	3,5	3,4	2,5	4,1	1,9	2,9	2,3	Febr.
3,7	1,5	2,1	3,4	3,1	1,9	4,2	2,2	2,2	2,1	März
3,6	1,7	2,6	4,1	3,3	2,1	3,9	2,3	2,2	1,4	April
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
– 0,7	– 0,2	– 5,2	0,0	– 3,4	– 0,3	– 1,7	– 3,0	– 4,6	2,7	2022
– 0,7	– 0,8	– 4,7	– 0,4	– 2,6	1,2	– 5,2	– 2,6	– 3,5	1,7	2023
– 1,3	1,0	– 3,7	– 0,9	– 4,7	0,7	– 5,3	– 0,9	– 3,2	4,3	2024
Staatliche Verschuldung ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
38,1	24,9	49,5	48,4	78,4	111,2	57,7	72,7	109,5	81,1	2022
37,3	25,0	47,9	45,2	78,5	97,7	55,6	68,4	105,1	73,6	2023
38,2	26,3	47,4	43,3	81,8	94,9	59,3	67,0	101,8	65,0	2024

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Ab 2023 einschließlich

Kroatien. 6 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Euroraum ¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet						II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾		
		zusammen	darunter Wert- papiere	zusammen	darunter Wert- papiere										
2023 Aug.	– 56,1	– 66,9	– 12,2	10,8	13,5	31,4	61,8	30,4	20,6	– 2,3	4,0	9,3	9,6		
Sept.	37,1	33,5	– 1,6	3,6	2,7	62,8	– 106,6	– 169,4	45,8	15,3	5,0	10,8	14,7		
Okt.	– 33,9	5,8	– 10,5	– 39,8	– 39,4	54,6	49,5	– 5,1	21,6	– 9,2	4,7	26,5	– 0,4		
Nov.	36,1	45,2	– 2,7	– 9,1	– 5,1	58,3	51,5	– 6,8	16,2	– 4,8	5,6	22,5	– 7,1		
Dez.	– 57,8	– 47,1	2,7	– 10,7	– 19,6	26,3	– 99,9	– 126,2	25,4	12,5	5,9	4,5	2,5		
2024 Jan.	– 7,1	0,9	25,9	– 8,0	– 7,7	116,3	116,7	0,4	75,4	– 3,7	7,0	59,8	12,2		
Febr.	38,0	37,5	6,8	0,5	10,9	– 15,7	91,6	107,3	4,6	0,8	4,8	15,8	– 16,8		
März	56,3	48,6	3,8	7,7	8,0	64,0	98,3	34,3	34,5	5,7	3,0	34,2	– 8,4		
April	33,0	24,2	1,3	8,9	4,8	47,6	11,0	– 36,6	– 3,4	– 8,1	2,5	19,3	– 17,2		
Mai	– 25,5	– 7,7	– 1,6	– 17,8	– 15,0	41,2	67,4	26,2	4,6	2,2	1,7	– 1,0	1,6		
Juni	69,7	50,6	– 5,2	19,1	15,2	58,8	– 20,1	– 79,0	34,8	3,8	1,1	2,9	27,1		
Juli	– 17,0	14,3	– 5,9	– 31,3	– 26,5	65,3	46,8	– 18,5	2,4	– 8,5	1,1	4,5	5,3		
Aug.	– 6,1	– 15,8	– 4,4	9,7	9,7	53,0	61,5	8,5	16,3	– 2,7	0,9	14,0	4,2		
Sept.	44,6	47,3	1,7	– 2,8	– 0,5	56,4	141,3	84,9	39,7	12,1	1,8	11,1	14,6		
Okt.	– 2,2	16,6	10,2	– 18,8	– 26,2	39,5	– 31,5	– 70,9	10,9	– 7,7	1,3	9,3	8,1		
Nov.	38,0	39,9	17,1	– 1,9	– 3,6	13,8	138,4	124,6	7,1	5,4	0,3	8,0	– 6,6		
Dez.	– 13,3	14,0	8,1	– 27,3	– 30,2	24,5	– 230,3	– 254,8	60,5	17,2	0,7	– 15,3	58,0		
2025 Jan.	119,6	46,5	7,3	73,0	61,2	9,9	245,3	235,4	31,7	– 8,9	3,8	31,2	5,7		
Febr.	64,3	59,0	6,0	5,4	8,5	29,5	142,0	112,6	– 4,2	1,7	1,4	6,4	– 13,7		
März	52,5	41,5	– 5,9	11,1	13,0	0,9	26,8	25,9	4,4	0,1	2,0	– 3,2	5,5		

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet						II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾	
		zusammen	darunter: Wert- papiere	zusammen	darunter: Wert- papiere									
2023 Aug.	– 6,8	– 5,0	– 6,1	– 1,8	0,3	25,7	– 5,3	– 31,0	6,6	– 2,7	2,7	0,2	6,4	
Sept.	– 8,2	1,7	0,8	– 9,9	– 13,3	– 0,1	– 2,8	– 2,7	21,1	0,1	2,9	11,6	6,4	
Okt.	– 2,0	0,1	– 0,2	– 2,1	– 5,2	16,2	4,9	– 11,3	11,8	– 0,1	3,0	5,9	3,0	
Nov.	12,2	13,1	– 1,1	– 0,8	1,8	13,7	– 3,4	– 17,1	10,6	3,7	3,4	1,0	2,4	
Dez.	– 18,0	– 11,1	2,5	– 6,9	– 5,1	– 17,4	– 10,6	6,8	8,8	3,2	2,5	1,7	1,4	
2024 Jan.	11,1	2,0	– 0,5	9,1	6,7	74,5	20,7	– 53,7	– 1,8	– 0,1	2,5	12,7	– 17,0	
Febr.	10,6	20,2	6,8	– 9,6	– 7,6	– 17,0	40,0	57,1	– 6,9	– 1,6	2,4	7,7	– 15,3	
März	8,3	4,3	0,5	4,0	2,0	6,6	4,2	– 2,4	– 5,3	1,7	1,7	2,4	– 11,1	
April	– 13,5	– 3,7	– 3,9	– 9,8	– 13,1	41,3	4,2	– 37,1	16,0	2,0	0,9	11,2	1,9	
Mai	5,4	14,6	5,7	– 9,2	– 7,8	17,6	35,0	17,4	19,8	2,7	0,5	5,5	11,1	
Juni	4,2	– 4,1	– 2,7	8,3	5,1	– 24,4	– 15,4	9,0	19,8	– 0,7	0,4	– 2,0	22,1	
Juli	11,2	8,3	– 1,5	2,8	2,5	57,0	– 2,9	– 59,9	3,3	– 0,2	0,1	– 2,8	6,1	
Aug.	– 1,6	7,5	– 1,6	– 9,1	– 7,9	10,9	16,8	5,9	10,0	– 0,4	0,1	2,1	8,3	
Sept.	17,1	9,3	0,8	7,8	5,1	– 8,3	47,4	55,6	8,8	0,1	0,8	– 0,4	8,3	
Okt.	– 11,4	4,1	1,0	– 15,5	– 18,3	28,4	– 5,0	– 33,4	4,4	– 0,4	0,7	4,3	– 0,3	
Nov.	21,3	22,6	9,8	– 1,3	– 2,4	13,9	30,0	16,1	– 6,7	12,2	– 0,7	– 7,4	– 10,8	
Dez.	5,1	8,3	8,1	– 3,2	– 1,4	– 6,7	– 25,1	– 18,5	28,3	9,9	– 0,1	– 7,6	26,1	
2025 Jan.	31,2	11,6	0,7	19,6	13,7	– 8,0	24,7	32,7	25,1	– 0,1	– 0,3	13,5	11,9	
Febr.	16,4	20,2	4,3	– 3,7	– 3,8	13,9	39,7	25,8	– 14,9	0,9	– 0,3	3,7	– 19,3	
März	8,9	– 0,3	– 3,9	9,2	7,1	18,0	33,6	15,6	7,9	2,4	– 0,1	3,5	2,1	

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. ¹ Quelle: EZB. ² Abzüglich Bestand der MFIs. ³ Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. ⁴ Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. ⁵ Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). ⁶ In Deutschland nur Spareinlagen. ⁷ Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. ⁸ Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. ⁹ Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)												Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) 2) 7)			
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)						
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)								
- 20,0 35,1	5,8 - 16,8	0,0 0,0	- 43,5 46,4	- 45,1 44,6	- 102,0 - 11,6	- 7,6 - 3,1	- 94,4 - 8,5	81,2 79,8	- 24,3 - 23,6	4,4 - 5,8	8,4 - 0,7	0,8 2,2	2023 Aug. Sept.		
- 28,5 - 48,4 14,4	65,3 43,8 -222,9	0,0 0,0 0,0	- 44,8 76,4 167,0	- 87,8 54,6 166,4	- 169,0 18,5 71,9	- 4,2 2,7 14,0	- 164,8 21,3 57,8	102,9 48,8 75,8	- 21,7 - 12,7 18,7	23,1 21,4 - 26,8	18,8 16,9 14,4	8,4 - 10,1 2,1	Okt. Nov. Dez.		
18,9 9,1 - 26,9	138,6 5,9 - 22,3	0,0 0,0 0,0	- 134,6 0,4 122,3	- 184,7 15,1 103,2	- 238,3 - 31,0 57,8	- 17,1 - 0,9 5,2	- 221,2 - 30,1 52,7	61,0 55,7 46,8	- 7,4 - 9,6 - 1,4	28,4 4,4 24,9	30,9 - 11,1 15,9	1,8 - 5,7 - 9,3	2024 Jan. Febr. März		
- 23,9 - 24,3 4,1	47,0 18,0 - 78,7	0,0 0,0 0,0	27,5 22,0 144,8	- 22,8 48,7 154,1	- 18,4 32,5 143,4	2,5 2,8 7,0	- 20,8 29,6 136,4	- 1,8 10,2 12,4	- 2,7 6,0 - 1,6	6,6 - 4,4 8,5	22,8 - 20,4 10,2	6,5 - 6,4 - 4,6	April Mai Juni		
- 27,3 34,6 - 3,6	99,4 - 99,8 25,4	0,0 0,0 0,0	- 10,5 69,3 47,5	- 70,4 57,2 53,4	- 81,8 39,9 27,4	4,1 - 1,5 - 1,4	- 85,9 41,5 28,8	17,3 11,8 36,0	- 5,9 5,6 - 10,0	24,6 30,0 - 23,9	21,0 14,7 0,0	1,5 - 6,2 9,7	Juli Aug. Sept.		
24,3 - 42,3 - 57,9	7,0 - 93,8 - 35,2	0,0 0,0 0,0	10,5 173,6 79,9	- 26,8 169,1 87,0	- 11,3 187,0 64,1	- 0,1 3,9 15,9	- 11,2 183,1 48,2	- 8,0 - 21,1 - 16,8	- 7,5 3,2 39,6	4,1 5,4 - 57,7	18,9 20,9 15,4	1,0 - 14,7 - 1,1	Okt. Nov. Dez.		
42,3 33,0 - 36,7	117,2 5,5 52,3	0,0 0,0 0,0	- 84,2 26,2 46,1	- 133,4 26,2 93,4	- 137,7 45,3 71,4	- 12,5 1,5 3,8	- 125,2 43,8 67,6	- 6,5 - 23,2 7,5	10,8 4,0 14,5	58,9 39,0 - 41,8	17,1 7,7 - 20,0	3,9 - 13,8 1,2	2025 Jan. Febr. März		

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse				VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) ¹⁰⁾								Zeit
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Komponenten der Geldmenge								
		Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ^{9) 11)}	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)		täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten ⁶⁾	Repo-geschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) ^{7) 8)}	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) ⁷⁾			
- 7,4 - 11,6	- 1,5 - 12,1	2,9 3,6	- 1,9 - 1,7	6,4 5,7	- 21,1 - 13,3	30,4 17,8	- 11,2 - 8,6	1,1 1,0	0,1 0,1	- 7,1 - 0,7	2023 Aug. Sept.		
- 2,4 - 9,5 7,7	2,9 13,9 - 62,1	1,5 1,1 2,4	- 0,5 0,4 2,8	1,9 11,1 10,2	- 31,2 9,4 - 6,6	38,8 11,7 25,1	- 9,4 - 10,5 - 5,0	0,8 1,1 - 1,2	- 0,1 0,1 0,1	3,0 0,8 2,2	Okt. Nov. Dez.		
- 6,7 - 2,3 2,0	108,3 0,0 - 2,1	- 7,4 2,4 2,9	3,7 - 0,6 0,7	- 14,3 2,7 20,3	- 47,5 - 18,3 2,8	37,6 27,1 24,9	- 9,1 - 7,4 - 5,8	3,0 1,0 - 1,5	0,1 0,0 0,2	1,4 0,3 0,3	2024 Jan. Febr. März		
- 2,9 3,5 - 4,3	23,7 - 26,8 - 39,8	1,8 2,4 1,6	1,5 0,4 1,7	- 9,1 26,5 4,1	- 4,4 27,6 1,3	6,1 5,0 2,3	- 5,5 - 4,1 - 4,5	- 0,3 - 0,3 0,8	0,2 0,1 0,1	5,2 - 1,8 4,2	April Mai Juni		
- 6,1 6,8 5,6	75,8 - 40,3 - 6,9	2,9 4,2 3,9	1,7 - 1,1 - 0,9	- 4,8 32,8 12,5	- 7,3 22,9 6,7	9,0 9,3 8,9	- 4,2 - 2,9 - 2,7	0,7 1,7 - 2,7	0,2 0,4 0,3	- 3,3 1,5 2,0	Juli Aug. Sept.		
- 3,3 6,1 - 4,1	15,1 5,7 - 22,7	3,0 2,1 3,8	- 0,3 1,0 3,8	- 5,8 42,4 - 3,0	4,8 57,4 15,3	- 3,5 - 11,7 - 16,6	- 2,5 - 1,8 1,0	- 0,4 - 2,6 - 0,7	0,1 0,2 0,0	4,3 1,3 2,0	Okt. Nov. Dez.		
7,0 13,6 - 21,2	9,6 2,1 26,1	- 0,9 1,7 1,9	- 2,1 0,4 0,9	- 18,5 29,5 14,0	- 25,4 34,0 - 0,8	1,6 5,4 3,4	- 2,4 - 1,8 - 2,2	4,9 1,1 - 1,9	0,2 0,1 0,2	2,5 1,5 14,6	2025 Jan. Febr. März		

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Euroraum (Mrd €) ¹⁾												
2023 Febr.	34 092,1	21 862,9	15 545,5	13 159,9	1 541,1	844,6	6 317,4	991,3	5 326,2	7 001,8	5 227,3	
März	33 938,9	21 919,6	15 573,6	13 173,8	1 552,4	847,4	6 346,0	995,4	5 350,6	7 107,2	4 912,1	
April	33 942,3	21 909,0	15 601,1	13 168,5	1 566,5	866,2	6 307,9	991,1	5 316,8	7 038,5	4 994,8	
Mai	34 127,4	21 919,7	15 651,1	13 186,0	1 595,7	869,4	6 268,7	995,4	5 273,2	7 150,9	5 056,7	
Juni	34 037,0	21 915,5	15 637,3	13 182,3	1 584,5	870,5	6 278,2	988,5	5 289,7	7 066,1	5 055,4	
Juli	34 171,7	21 867,2	15 642,3	13 180,8	1 586,4	875,1	6 224,9	988,2	5 236,7	7 153,4	5 151,1	
Aug.	34 224,1	21 811,9	15 573,8	13 123,8	1 576,8	873,2	6 238,1	986,1	5 252,0	7 251,6	5 160,6	
Sept.	34 369,5	21 796,9	15 601,8	13 156,3	1 574,7	870,9	6 195,0	987,3	5 207,8	7 195,8	5 376,8	
Okt.	34 325,9	21 755,1	15 598,4	13 166,8	1 555,6	876,0	6 156,7	984,1	5 172,6	7 262,7	5 308,1	
Nov.	34 121,6	21 850,7	15 659,3	13 220,5	1 557,7	881,0	6 191,5	980,8	5 210,6	7 252,3	5 018,6	
Dez.	33 749,1	21 859,3	15 626,4	13 177,1	1 552,1	897,3	6 232,9	989,4	5 243,5	7 143,6	4 746,2	
2024 Jan.	33 826,8	21 826,3	15 623,8	13 146,9	1 569,3	907,5	6 202,5	986,6	5 215,9	7 299,5	4 701,0	
Febr.	33 991,9	21 839,1	15 653,8	13 168,3	1 569,3	916,2	6 185,2	976,5	5 208,8	7 382,3	4 770,6	
März	34 204,9	21 914,0	15 705,1	13 209,7	1 566,7	928,6	6 208,9	976,0	5 232,9	7 547,3	4 743,7	
April	34 385,9	21 919,1	15 723,3	13 232,9	1 562,2	928,3	6 195,8	979,4	5 216,4	7 602,8	4 863,9	
Mai	34 347,0	21 895,6	15 721,8	13 232,5	1 559,5	929,8	6 173,8	976,7	5 197,1	7 639,6	4 811,8	
Juni	34 354,9	21 978,4	15 780,1	13 299,1	1 562,7	918,4	6 198,2	980,7	5 217,5	7 673,4	4 703,1	
Juli	34 368,2	21 997,8	15 795,4	13 314,2	1 557,5	923,6	6 202,4	975,8	5 226,6	7 732,9	4 637,5	
Aug.	34 354,4	21 988,7	15 774,0	13 295,5	1 558,7	919,7	6 214,7	975,8	5 238,9	7 752,7	4 613,0	
Sept.	34 646,7	22 056,7	15 818,6	13 336,1	1 559,9	922,6	6 238,0	973,7	5 264,3	7 907,4	4 682,7	
Okt.	34 810,3	22 037,2	15 834,0	13 342,7	1 565,1	926,2	6 203,2	983,8	5 219,4	7 996,0	4 777,1	
Nov.	35 393,2	22 124,3	15 886,1	13 372,6	1 572,5	941,0	6 238,2	984,6	5 253,7	8 243,4	5 025,5	
Dez.	35 339,1	22 085,0	15 896,8	13 373,7	1 570,6	952,5	6 188,3	988,0	5 200,3	8 051,5	5 202,6	
2025 Jan.	35 952,7	22 204,9	15 947,3	13 407,6	1 565,8	974,0	6 257,5	999,8	5 257,7	8 370,9	5 376,9	
Febr.	35 647,3	22 275,7	16 004,0	13 458,6	1 564,1	981,3	6 271,7	996,6	5 275,1	8 544,0	4 827,6	
März	35 501,3	22 279,7	16 024,4	13 492,4	1 558,0	974,0	6 255,3	995,1	5 260,3	8 477,1	4 744,5	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2023 Febr.	8 712,0	5 371,7	4 186,6	3 662,2	243,6	280,9	1 185,1	284,0	901,1	1 443,9	1 896,4	
März	8 573,5	5 388,1	4 193,6	3 661,9	252,1	279,6	1 194,5	284,2	910,3	1 457,2	1 728,2	
April	8 559,3	5 383,7	4 206,2	3 672,7	252,4	281,1	1 177,5	287,7	889,8	1 435,7	1 739,8	
Mai	8 614,3	5 389,9	4 217,4	3 685,4	252,1	279,9	1 172,6	286,1	886,4	1 468,3	1 756,1	
Juni	8 647,9	5 387,4	4 215,9	3 679,0	255,5	281,4	1 171,5	284,2	887,4	1 433,5	1 826,9	
Juli	8 779,6	5 390,2	4 222,0	3 685,7	255,6	280,6	1 168,3	287,2	881,1	1 439,0	1 950,5	
Aug.	8 776,6	5 383,7	4 215,6	3 685,5	249,4	280,6	1 168,1	285,0	883,0	1 442,2	1 950,7	
Sept.	8 834,2	5 362,1	4 216,4	3 686,3	248,5	281,5	1 145,8	288,4	857,4	1 446,5	2 025,5	
Okt.	8 844,5	5 360,6	4 215,5	3 685,5	247,9	282,1	1 145,1	291,6	853,5	1 461,4	2 022,6	
Nov.	8 661,3	5 385,7	4 228,0	3 697,3	248,4	282,3	1 157,8	289,7	868,1	1 446,0	1 829,6	
Dez.	8 491,7	5 384,9	4 217,3	3 682,2	247,9	287,2	1 167,6	287,1	880,5	1 432,1	1 674,6	
2024 Jan.	8 532,9	5 390,7	4 218,3	3 682,5	246,2	289,6	1 172,4	289,5	882,9	1 463,2	1 679,1	
Febr.	8 600,8	5 391,4	4 236,7	3 694,8	250,2	291,7	1 154,7	287,7	867,0	1 502,2	1 707,2	
März	8 586,9	5 404,4	4 241,0	3 697,7	246,0	297,3	1 163,4	289,8	873,7	1 524,9	1 657,5	
April	8 673,8	5 380,1	4 235,7	3 697,3	244,1	294,3	1 144,4	293,1	851,3	1 544,0	1 749,8	
Mai	8 644,6	5 383,0	4 248,9	3 704,9	246,6	297,4	1 134,1	291,8	842,3	1 573,2	1 688,4	
Juni	8 574,0	5 393,1	4 244,9	3 703,4	247,7	293,7	1 148,2	295,0	853,2	1 566,2	1 614,8	
Juli	8 449,2	5 410,8	4 252,2	3 711,1	244,7	296,3	1 158,6	295,1	863,5	1 563,6	1 474,8	
Aug.	8 402,4	5 408,8	4 257,5	3 718,0	244,0	295,4	1 151,4	293,9	857,5	1 573,0	1 420,6	
Sept.	8 536,6	5 431,5	4 266,3	3 725,5	244,7	296,1	1 165,2	296,6	868,7	1 625,2	1 479,9	
Okt.	8 661,8	5 413,0	4 266,8	3 725,3	244,3	297,2	1 146,2	302,1	844,1	1 650,3	1 598,5	
Nov.	8 831,0	5 445,2	4 291,4	3 739,4	253,6	298,4	1 153,8	302,2	851,6	1 691,8	1 694,1	
Dez.	9 070,5	5 442,3	4 298,8	3 738,8	260,7	299,3	1 143,6	300,6	842,9	1 671,3	1 957,0	
2025 Jan.	9 347,4	5 468,4	4 307,6	3 745,9	258,5	303,2	1 160,8	306,5	854,3	1 713,1	2 165,9	
Febr.	8 863,1	5 487,3	4 327,6	3 760,5	257,9	309,2	1 159,7	306,6	853,1	1 757,5	1 618,3	
März	8 853,1	5 484,1	4 323,9	3 761,6	257,8	304,4	1 160,2	308,7	851,4	1 787,6	1 581,4	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem).
1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	Stand am Monatsende	
Euroraum (Mrd €) 1)											
1 529,9	15 842,9	14 625,3	14 773,4	9 067,7	1 220,4	157,6	1 746,0	2 531,8	49,9	2023 Febr.	
1 533,8	15 891,9	14 649,7	14 788,7	8 973,5	1 309,2	173,8	1 756,0	2 524,8	51,4	März	
1 537,9	15 848,9	14 650,2	14 784,8	8 924,0	1 341,7	187,5	1 764,9	2 513,9	52,8	April	
1 539,7	15 718,0	14 618,0	14 756,7	8 840,4	1 383,3	199,5	1 767,3	2 511,0	55,2	Mai	
1 542,7	15 760,5	14 649,8	14 755,8	8 761,2	1 451,8	217,6	1 767,5	2 499,8	58,0	Juni	
1 545,9	15 696,0	14 619,8	14 725,4	8 668,3	1 508,3	231,0	1 767,7	2 489,2	60,9	Juli	
1 538,3	15 646,8	14 595,4	14 694,0	8 578,0	1 579,2	240,9	1 765,9	2 465,1	65,0	Aug.	
1 535,2	15 756,0	14 654,7	14 766,5	8 569,2	1 647,6	255,2	1 782,7	2 441,7	70,1	Sept.	
1 531,0	15 636,6	14 577,0	14 702,2	8 421,2	1 736,5	275,6	1 773,4	2 420,5	74,9	Okt.	
1 528,3	15 648,2	14 645,5	14 759,2	8 426,3	1 776,0	286,2	1 782,0	2 408,0	80,6	Nov.	
1 542,3	15 822,6	14 816,0	14 927,5	8 489,3	1 826,8	302,1	1 795,3	2 427,3	86,7	Dez.	
1 524,6	15 684,0	14 665,5	14 798,3	8 295,3	1 878,6	317,5	1 793,7	2 420,4	92,8	2024 Jan.	
1 523,7	15 706,3	14 686,6	14 788,9	8 241,0	1 923,4	325,8	1 790,2	2 410,8	97,8	Febr.	
1 528,9	15 789,1	14 783,5	14 895,1	8 296,9	1 963,6	328,0	1 796,4	2 409,2	100,9	März	
1 531,4	15 777,3	14 755,1	14 896,7	8 292,2	1 977,3	328,6	1 788,3	2 406,8	103,5	April	
1 534,2	15 823,3	14 817,0	14 957,6	8 321,1	2 000,0	328,6	1 789,7	2 413,1	105,3	Mai	
1 541,2	15 991,4	14 965,4	15 084,3	8 425,5	2 020,5	325,6	1 794,6	2 411,7	106,4	Juni	
1 545,2	15 879,8	14 869,8	15 026,9	8 361,0	2 043,9	322,4	1 785,9	2 406,1	107,4	Juli	
1 543,7	15 993,1	14 950,1	15 098,6	8 418,1	2 056,8	321,7	1 781,8	2 411,8	108,4	Aug.	
1 542,2	16 053,6	15 001,3	15 137,2	8 423,0	2 082,0	326,0	1 793,6	2 402,3	110,2	Sept.	
1 542,1	16 058,3	14 984,5	15 145,0	8 433,2	2 093,1	323,2	1 787,8	2 396,0	111,6	Okt.	
1 546,0	16 196,6	15 156,0	15 294,2	8 587,2	2 080,0	320,1	1 795,5	2 399,4	111,9	Nov.	
1 561,9	16 238,5	15 246,1	15 431,3	8 675,4	2 076,7	313,1	1 814,1	2 439,4	112,6	Dez.	
1 549,4	16 151,1	15 116,5	15 319,6	8 557,6	2 084,0	306,0	1 805,8	2 451,3	114,9	2025 Jan.	
1 550,9	16 218,6	15 148,1	15 341,6	8 597,9	2 063,6	300,7	1 807,5	2 455,6	116,4	Febr.	
1 554,7	16 253,6	15 219,5	15 402,2	8 649,4	2 064,0	295,7	1 805,1	2 469,6	118,4	März	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
368,1	4 496,6	4 250,9	4 106,5	2 706,5	314,2	39,1	530,3	491,2	25,2	2023 Febr.	
369,0	4 505,7	4 236,8	4 090,4	2 667,4	336,4	42,4	536,3	481,0	26,8	März	
369,8	4 473,0	4 248,0	4 104,2	2 660,3	360,2	46,1	538,3	471,0	28,3	April	
370,7	4 469,7	4 256,0	4 103,8	2 647,5	373,8	50,3	540,9	460,8	30,5	Mai	
371,7	4 460,3	4 259,3	4 096,2	2 616,5	400,5	54,1	541,0	450,9	33,2	Juni	
373,1	4 455,4	4 259,2	4 106,1	2 603,8	426,9	57,6	540,8	440,7	36,2	Juli	
371,2	4 460,4	4 259,8	4 101,7	2 577,8	455,8	61,5	538,1	429,6	38,9	Aug.	
369,4	4 448,9	4 258,5	4 104,2	2 568,6	468,0	66,2	538,5	421,1	41,8	Sept.	
369,0	4 447,4	4 259,3	4 129,3	2 553,2	507,9	73,1	538,5	411,7	44,8	Okt.	
368,6	4 454,3	4 281,0	4 149,1	2 561,8	515,9	79,5	542,6	401,2	48,3	Nov.	
371,4	4 470,1	4 290,9	4 150,5	2 539,8	532,4	84,0	547,3	396,2	50,8	Dez.	
375,1	4 448,1	4 271,5	4 150,1	2 502,4	569,5	89,5	548,1	387,2	53,4	2024 Jan.	
374,5	4 447,8	4 273,8	4 147,4	2 481,0	590,5	94,7	545,6	379,8	55,8	Febr.	
375,2	4 475,1	4 300,5	4 166,8	2 483,2	607,5	97,0	547,6	374,1	57,4	März	
376,6	4 471,9	4 300,6	4 182,7	2 486,3	620,9	98,9	549,6	368,6	58,4	April	
377,0	4 506,4	4 331,5	4 204,0	2 501,4	626,2	100,7	552,3	364,5	58,9	Mai	
378,6	4 503,4	4 332,6	4 196,1	2 501,6	619,0	102,5	553,7	360,1	59,2	Juni	
380,3	4 494,3	4 327,9	4 212,7	2 507,6	632,9	103,3	553,6	355,9	59,4	Juli	
379,3	4 560,5	4 387,5	4 265,1	2 551,7	643,3	104,6	553,0	353,0	59,5	Aug.	
378,4	4 568,2	4 398,5	4 270,7	2 556,5	645,1	105,3	553,2	350,3	60,3	Sept.	
378,1	4 572,0	4 401,7	4 288,6	2 567,4	653,4	105,8	553,1	347,9	61,0	Okt.	
379,1	4 623,1	4 456,0	4 335,1	2 616,3	640,1	106,8	565,5	346,1	60,3	Nov.	
382,9	4 629,3	4 471,4	4 351,7	2 632,9	630,4	105,5	575,7	347,1	60,2	Dez.	
380,8	4 609,3	4 445,0	4 338,3	2 616,9	636,6	103,9	576,2	345,7	59,0	2025 Jan.	
381,2	4 649,0	4 466,1	4 356,4	2 643,2	631,0	102,9	576,8	343,8	58,7	Febr.	
382,2	4 628,0	4 467,5	4 346,5	2 639,8	626,5	100,6	579,4	341,6	58,6	März	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) ³⁾	Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte												
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte											
		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist ²⁾		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen			
bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren			von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: auf Euro					
Euroraum (Mrd €) ¹⁾													
2023 Febr.	570,9	498,6	297,5	115,2	28,7	40,3	13,2	3,7	281,6	281,5	651,3	2 247,7	1 520,1
März	602,4	500,8	288,6	125,8	28,4	39,6	14,7	3,7	255,3	255,2	662,3	2 246,0	1 540,4
April	575,3	488,8	278,5	123,3	29,7	39,4	14,2	3,7	261,7	261,3	683,4	2 242,5	1 550,5
Mai	470,7	490,6	277,9	126,7	29,3	39,4	13,8	3,6	291,9	287,8	685,0	2 288,8	1 579,9
Juni	495,1	509,5	288,6	134,7	29,4	39,3	13,8	3,6	280,4	280,3	678,8	2 302,0	1 589,6
Juli	466,0	504,6	281,7	137,7	28,4	39,4	13,9	3,6	284,1	283,4	689,4	2 391,9	1 635,9
Aug.	446,0	506,9	283,2	138,6	28,0	39,6	13,8	3,5	288,9	288,9	698,0	2 409,5	1 645,9
Sept.	481,2	508,2	285,3	136,7	29,3	39,7	13,8	3,4	281,7	281,7	697,3	2 431,8	1 657,7
Okt.	452,7	481,7	266,6	131,0	28,5	39,2	13,1	3,3	304,5	304,3	716,2	2 491,2	1 694,4
Nov.	404,4	484,7	275,0	127,5	27,2	38,9	13,0	3,2	325,3	325,2	733,2	2 488,6	1 696,0
Dez.	418,8	476,3	265,6	128,4	28,4	38,6	12,4	3,1	317,6	317,6	746,5	2 482,2	1 698,0
2024 Jan.	437,3	448,4	238,6	127,8	28,4	37,5	12,2	4,0	344,1	342,2	777,6	2 525,1	1 727,3
Febr.	446,5	471,0	260,7	130,6	26,1	38,1	11,7	3,8	348,6	347,8	766,5	2 534,7	1 745,9
März	419,6	474,5	258,7	135,5	26,9	37,7	12,0	3,7	373,5	372,8	782,4	2 559,9	1 758,1
April	442,7	437,9	232,4	129,8	22,6	37,7	11,8	3,7	380,3	373,9	805,4	2 589,9	1 772,1
Mai	418,5	447,2	244,3	127,8	22,2	37,7	11,6	3,6	375,6	366,7	786,5	2 574,6	1 767,3
Juni	422,7	484,4	275,6	133,7	22,8	37,4	11,4	3,5	384,5	384,4	798,0	2 581,9	1 766,9
Juli	395,4	457,5	253,1	129,9	22,9	36,9	11,2	3,5	408,9	390,7	820,3	2 579,4	1 771,3
Aug.	430,1	464,4	263,3	126,9	22,7	36,9	11,1	3,5	438,2	417,3	836,3	2 575,9	1 780,1
Sept.	426,5	489,9	283,2	135,2	20,7	36,8	10,6	3,4	414,0	400,9	837,7	2 589,5	1 802,6
Okt.	450,8	462,5	269,4	123,1	20,2	36,9	9,6	3,4	419,1	397,8	857,7	2 612,4	1 798,6
Nov.	408,8	493,6	299,8	124,2	20,0	36,7	9,5	3,3	425,8	411,6	879,4	2 623,7	1 791,9
Dez.	351,0	456,1	270,7	119,0	17,3	36,4	9,4	3,2	368,8	347,6	894,7	2 617,6	1 794,4
2025 Jan.	393,4	438,2	255,3	116,3	17,7	35,7	9,4	3,8	427,9	405,4	913,1	2 648,3	1 809,6
Febr.	426,1	450,9	266,7	119,2	16,9	34,8	9,6	3,7	466,9	443,2	923,3	2 644,1	1 811,1
März	389,2	462,2	269,4	129,3	15,8	34,6	9,7	3,6	423,5	408,6	904,4	2 615,1	1 808,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2023 Febr.	129,3	260,8	110,3	94,6	24,6	29,7	1,5	0,1	7,5	7,5	2,3	651,5	427,1
März	156,4	258,8	102,2	101,4	24,1	29,6	1,4	0,1	7,2	7,2	2,6	658,0	440,3
April	117,4	251,4	97,3	97,8	25,4	29,5	1,3	0,1	7,9	7,9	2,7	654,9	446,8
Mai	105,6	260,2	104,8	99,5	25,0	29,7	1,2	0,1	7,7	7,7	2,6	670,6	458,1
Juni	95,9	268,2	106,1	106,5	24,9	29,5	1,1	0,1	7,3	7,3	2,6	671,6	452,8
Juli	89,5	259,9	96,6	109,1	23,7	29,5	0,9	0,1	7,6	7,6	2,9	679,9	457,6
Aug.	96,8	261,9	100,9	107,1	23,3	29,6	0,9	0,1	8,7	8,7	3,0	688,8	469,0
Sept.	85,2	259,5	97,5	107,0	24,5	29,6	0,8	0,1	7,8	7,8	3,0	705,6	470,0
Okt.	82,8	235,3	81,6	99,3	24,1	29,4	0,7	0,1	8,5	8,5	2,9	713,0	476,3
Nov.	73,3	231,8	81,2	97,7	22,7	29,2	0,7	0,1	9,6	9,6	3,0	706,2	471,0
Dez.	81,1	238,6	84,9	100,3	23,9	28,6	0,7	0,1	8,4	8,4	3,2	699,9	476,8
2024 Jan.	74,4	223,6	75,5	95,6	24,0	27,8	0,7	0,1	11,4	11,4	3,3	717,4	486,5
Febr.	72,0	228,4	78,6	98,8	21,6	28,6	0,6	0,1	12,4	12,4	3,3	727,1	494,5
März	74,0	234,4	79,3	103,5	22,5	28,3	0,6	0,1	11,0	10,9	3,5	727,8	501,4
April	71,2	218,0	72,0	97,9	19,3	28,2	0,6	0,1	10,6	10,6	3,7	737,0	505,8
Mai	74,7	227,7	83,8	96,1	18,9	28,2	0,6	0,1	10,3	10,3	3,8	738,4	508,7
Juni	70,5	236,9	85,4	103,0	19,9	27,9	0,5	0,1	11,1	11,1	4,0	741,5	506,2
Juli	64,4	217,3	71,8	97,3	19,9	27,6	0,5	0,1	11,9	11,9	4,2	731,6	506,8
Aug.	71,1	224,3	81,5	94,7	19,7	27,7	0,5	0,1	13,5	13,5	4,6	731,6	506,9
Sept.	65,6	231,9	83,1	102,8	17,8	27,6	0,5	0,1	10,8	10,8	4,9	730,4	508,9
Okt.	68,3	215,1	77,8	91,7	17,3	27,8	0,5	0,1	10,5	10,5	4,9	735,5	506,3
Nov.	62,5	225,5	87,6	92,6	17,3	27,5	0,5	0,1	7,9	7,9	4,7	733,1	504,6
Dez.	58,4	219,2	86,9	89,8	14,8	27,2	0,4	0,1	7,2	7,2	4,8	726,8	503,3
2025 Jan.	65,4	205,6	76,9	86,3	15,3	26,6	0,4	0,1	12,1	12,1	5,0	741,9	519,8
Febr.	79,0	213,7	84,5	88,2	14,6	25,9	0,5	0,1	13,2	13,2	5,0	746,8	520,8
März	57,8	223,7	85,3	98,8	13,5	25,6	0,5	0,1	11,3	11,3	5,3	758,9	530,0

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

										Nachrichtlich					
verschreibungen (netto) ³⁾			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung ¹³⁾	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Monatsende		
mit Laufzeit						insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾					
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren													
Euroraum (Mrd €) ¹⁾															
47,0	30,4	2 170,3	5 670,8	2 817,1	79,8	4 971,0	0,0	11 066,2	15 154,2	16 009,8	6 827,3	192,2	2023 Febr.		
53,9	30,4	2 161,7	5 667,1	2 902,7	90,1	4 689,7	0,0	10 955,3	15 155,0	16 004,7	6 915,1	182,5	März		
50,2	32,9	2 159,4	5 633,5	2 895,0	110,4	4 728,9	0,0	10 900,3	15 133,6	16 008,3	6 915,2	182,9	April		
56,0	32,8	2 200,0	5 722,1	2 910,6	155,5	4 815,8	0,0	10 813,4	15 100,0	15 991,5	6 976,1	178,5	Mai		
49,8	33,0	2 219,2	5 584,4	2 881,2	147,2	4 859,8	0,0	10 747,9	15 117,6	15 990,6	6 968,9	178,0	Juni		
47,0	34,0	2 311,0	5 594,1	2 900,4	102,5	4 967,3	0,0	10 653,6	15 084,7	15 985,1	7 083,0	180,5	Juli		
50,1	33,4	2 326,0	5 656,5	2 919,6	122,1	4 944,4	0,0	10 553,8	15 042,0	15 946,1	7 119,7	176,9	Aug.		
45,0	36,4	2 350,4	5 541,1	2 883,4	113,5	5 129,5	0,0	10 547,2	15 094,2	16 000,9	7 129,7	180,3	Sept.		
54,4	36,6	2 400,2	5 511,9	2 908,5	124,9	5 101,1	0,0	10 376,1	15 003,7	15 954,6	7 199,6	179,6	Okt.		
45,1	35,9	2 407,6	5 446,5	2 938,0	170,2	4 843,3	0,0	10 388,1	15 048,2	16 020,4	7 250,4	180,8	Nov.		
45,8	34,8	2 401,6	5 299,6	3 008,0	60,7	4 469,6	0,0	10 446,6	15 199,9	16 192,6	7 333,2	177,4	Dez.		
40,5	36,1	2 448,5	5 339,9	3 007,5	109,1	4 514,8	0,0	10 212,7	15 023,7	16 058,9	7 383,9	180,3	2024 Jan.		
33,4	36,2	2 465,1	5 446,4	2 969,3	99,1	4 597,4	0,0	10 182,2	15 036,4	16 055,6	7 364,3	182,7	Febr.		
22,1	40,0	2 497,8	5 483,4	3 030,9	106,7	4 550,2	0,0	10 240,0	15 139,7	16 179,7	7 467,3	179,9	März		
28,0	39,5	2 522,4	5 464,6	3 025,4	107,7	4 703,9	0,0	10 223,2	15 120,3	16 209,9	7 480,9	187,4	April		
17,8	42,4	2 514,4	5 461,5	3 025,0	103,9	4 662,4	0,0	10 252,6	15 175,8	16 239,0	7 475,6	173,0	Mai		
13,8	43,4	2 524,7	5 418,9	3 063,0	68,1	4 507,9	0,0	10 398,3	15 344,8	16 402,1	7 529,6	176,8	Juni		
13,3	43,0	2 523,0	5 380,0	3 121,6	99,5	4 533,5	0,0	10 314,5	15 271,9	16 390,6	7 578,4	176,1	Juli		
- 1,1	51,2	2 525,8	5 337,5	3 143,4	35,3	4 451,3	0,0	10 380,8	15 352,6	16 483,9	7 599,7	176,5	Aug.		
3,6	54,7	2 531,2	5 404,5	3 203,4	36,6	4 565,3	0,0	10 405,6	15 402,3	16 527,4	7 678,5	176,9	Sept.		
2,3	54,9	2 555,2	5 387,2	3 256,9	42,2	4 634,6	0,0	10 400,1	15 384,9	16 549,2	7 751,7	175,0	Okt.		
- 8,5	54,0	2 578,3	5 590,4	3 279,2	2,3	4 849,8	0,0	10 593,5	15 566,3	16 740,3	7 804,8	180,0	Nov.		
- 6,9	49,8	2 574,7	5 372,1	3 301,7	29,5	4 954,3	0,0	10 661,5	15 659,4	16 825,4	7 842,8	176,4	Dez.		
- 7,7	52,1	2 603,9	5 603,0	3 375,6	76,8	5 207,4	0,0	10 523,0	15 525,9	16 748,1	7 939,7	178,9	2025 Jan.		
- 17,8	50,3	2 611,6	5 721,7	3 382,2	75,5	4 664,0	0,0	10 568,2	15 552,2	16 778,8	7 956,1	171,1	Febr.		
- 14,2	45,8	2 583,5	5 645,6	3 404,2	80,6	4 619,7	0,0	10 629,0	15 629,4	16 806,1	7 949,2	172,0	März		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
29,3	15,8	606,4	1 171,8	668,4	- 1 073,2	2 787,2	522,2	2 816,8	3 782,0	3 836,8	1 860,1	0,0	2023 Febr.		
36,2	17,5	604,3	1 188,0	700,6	- 1 129,7	2 641,2	524,5	2 769,6	3 756,4	3 819,8	1 897,7	0,0	März		
37,0	18,5	599,4	1 107,1	704,2	- 1 028,5	2 637,8	526,4	2 757,6	3 759,4	3 825,5	1 899,8	0,0	April		
41,2	19,5	609,9	1 122,5	715,6	- 1 036,9	2 662,4	529,0	2 752,3	3 762,8	3 833,9	1 926,7	0,0	Mai		
44,6	19,2	607,9	1 099,9	709,8	- 1 026,8	2 723,1	530,7	2 722,6	3 760,6	3 834,2	1 921,6	0,0	Juni		
44,5	19,9	615,4	1 070,7	724,0	- 996,4	2 835,7	532,2	2 700,4	3 759,3	3 834,2	1 946,1	0,0	Juli		
51,0	20,6	617,2	1 044,4	734,2	- 998,8	2 835,9	535,1	2 678,7	3 756,9	3 840,1	1 958,1	0,0	Aug.		
48,5	22,6	634,5	1 048,4	722,8	- 1 000,9	2 898,6	538,7	2 666,2	3 753,7	3 835,5	1 967,4	0,0	Sept.		
49,7	24,4	639,0	1 035,9	735,9	- 998,0	2 898,7	540,2	2 634,8	3 751,7	3 837,2	1 987,9	0,0	Okt.		
49,6	23,6	633,1	1 012,0	753,5	- 983,0	2 705,7	541,3	2 643,0	3 760,7	3 846,5	2 006,8	0,0	Nov.		
45,9	25,0	629,0	1 016,2	778,6	- 1 034,8	2 550,2	543,7	2 624,7	3 762,2	3 844,6	2 034,5	0,0	Dez.		
46,9	25,6	645,0	967,8	758,4	- 959,8	2 586,3	536,2	2 577,9	3 744,3	3 831,5	2 032,8	0,0	2024 Jan.		
46,4	26,4	654,4	1 024,7	731,1	- 992,0	2 646,3	538,6	2 559,6	3 745,7	3 834,2	2 015,6	0,0	Febr.		
45,7	26,7	655,4	1 022,6	744,6	- 988,1	2 590,4	541,5	2 562,4	3 767,6	3 854,5	2 033,5	0,0	März		
40,9	26,3	669,7	987,7	747,2	- 960,2	2 676,0	543,3	2 558,3	3 764,4	3 846,0	2 053,2	0,0	April		
39,6	25,8	673,1	1 001,7	746,9	- 986,7	2 623,7	545,7	2 585,2	3 792,3	3 871,8	2 059,4	0,0	Mai		
43,9	25,7	671,9	1 015,1	777,5	- 1 013,2	2 534,5	547,3	2 587,0	3 792,0	3 876,7	2 090,4	0,0	Juni		
40,7	25,6	665,3	951,2	798,5	- 972,6	2 430,1	550,2	2 579,4	3 789,3	3 871,6	2 104,4	0,0	Juli		
42,8	24,8	664,0	949,8	808,5	- 1 038,9	2 372,7	554,4	2 633,2	3 849,0	3 934,8	2 112,8	0,0	Aug.		
45,8	23,9	660,7	1 003,0	830,4	- 1 045,3	2 434,4	558,3	2 639,6	3 861,4	3 946,7	2 132,3	0,0	Sept.		
43,4	22,1	670,1	971,7	849,3	- 1 023,0	2 540,8	561,3	2 645,2	3 861,7	3 942,5	2 161,4	0,0	Okt.		
45,7	21,3	666,1	997,5	847,8	- 1 020,3	2 637,3	563,4	2 703,9	3 907,1	3 986,7	2 167,3	0,0	Nov.		
45,5	19,6	661,7	982,2	861,7	- 1 022,7	2 881,3	567,2	2 719,8	3 907,7	3 984,7	2 186,6	0,0	Dez.		
48,8	18,8	674,4	1 014,4	889,6	- 1 011,8	3 086,9	566,3	2 693,9	3 882,0	3 966,6	2 225,8	0,0	2025 Jan.		
50,5	18,6	677,7	1 040,9	877,9	- 1 028,7	2 558,8	568,0	2 727,7	3 908,6	3 996,0	2 217,1	0,0	Febr.		
66,1	17,3	675,6	1 042,4	883,9	- 1 013,8	2 537,2	569,9	2 725,1	3 906,5	4 006,4	2 223,1	0,0	März		

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für

den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren						Liquiditätsabschöpfende Faktoren				Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)	Einlage- fazilität				Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)		
Eurosystem 2)												
2023 April
Mai	945,0	1,4	1 117,7	0,1	4 905,6	3 996,1	0,0	1 559,8	360,6	870,5	182,7	5 738,6
Juni	948,2	1,6	1 100,5	0,1	4 884,1	4 126,4	0,0	1 563,7	256,4	806,6	181,6	5 871,7
Juli
Aug.	927,8	10,9	682,0	0,1	4 853,0	3 704,4	0,0	1 567,0	254,4	770,5	177,4	5 448,9
Sept.	924,3	5,6	601,0	0,1	4 811,2	3 647,4	0,0	1 564,2	222,5	733,8	174,3	5 386,0
Okt.	931,2	8,1	515,4	0,1	4 767,9	3 577,4	0,0	1 554,7	222,7	693,3	174,6	5 306,7
Nov.
Dez.	933,3	7,3	495,9	0,0	4 715,0	3 548,8	0,0	1 551,1	194,1	685,3	172,0	5 271,9
2024 Jan.	958,3	7,9	396,2	0,1	4 686,8	3 487,4	0,0	1 556,7	168,4	666,3	170,5	5 214,6
Febr.
März	966,5	4,8	397,3	0,0	4 646,4	3 490,9	0,0	1 543,2	168,5	643,8	168,6	5 202,7
April	1 002,8	2,8	249,4	0,0	4 599,5	3 337,9	0,0	1 546,1	137,8	664,3	168,4	5 052,3
Mai
Juni	1 031,7	2,5	149,1	0,0	4 550,7	3 214,0	0,0	1 551,5	119,5	682,3	166,7	4 932,1
Juli	1 063,7	5,7	104,9	0,0	4 494,3	3 113,2	0,0	1 559,5	115,2	712,7	168,1	4 840,8
Aug.
Sept.	1 083,7	3,0	85,5	0,0	4 442,0	3 058,7	0,0	1 564,2	119,2	702,9	169,3	4 792,2
Okt.	1 123,9	7,8	49,2	0,0	4 396,1	2 989,1	0,0	1 560,2	117,4	741,1	169,0	4 718,4
Nov.
Dez.	1 145,7	9,1	40,7	0,0	4 334,0	2 927,9	0,0	1 563,1	114,2	756,2	168,1	4 659,2
2025 Jan.
Febr.	1 198,5	10,8	17,5	0,0	4 274,9	2 904,4	0,0	1 576,6	107,2	742,7	170,8	4 651,8
März	1 219,2	8,4	18,3	0,1	4 203,8	2 846,9	0,0	1 567,0	118,9	744,7	172,4	4 586,2
April	1 286,2	10,0	14,5	0,1	4 121,7	2 806,9	0,0	1 571,4	100,8	781,7	171,6	4 549,9
Deutsche Bundesbank												
2023 April
Mai	239,2	0,7	200,2	0,1	1 066,1	1 228,0	0,0	375,7	73,4	– 221,1	50,1	1 653,9
Juni	241,7	0,7	198,9	0,1	1 056,8	1 256,3	0,0	377,2	54,7	– 241,8	52,0	1 685,4
Juli
Aug.	236,2	1,5	142,4	0,1	1 048,8	1 175,5	0,0	377,5	49,9	– 222,5	48,4	1 601,5
Sept.	234,5	0,8	131,2	0,1	1 041,3	1 177,8	0,0	377,3	40,1	– 235,4	48,0	1 603,1
Okt.	235,7	1,3	96,3	0,0	1 024,0	1 151,1	0,0	374,9	28,7	– 245,4	47,9	1 574,0
Nov.
Dez.	236,8	0,7	89,2	0,0	1 016,7	1 171,3	0,0	373,5	18,9	– 267,7	47,3	1 592,1
2024 Jan.	243,9	0,9	69,5	0,1	1 005,8	1 127,3	0,0	379,3	19,8	– 253,3	47,0	1 553,6
Febr.
März	246,5	0,7	69,3	0,0	996,7	1 164,4	0,0	379,2	16,3	– 293,4	46,7	1 590,3
April	257,8	0,7	40,4	0,0	983,5	1 122,4	0,0	379,4	17,1	– 282,5	45,9	1 547,7
Mai
Juni	265,9	0,6	21,3	0,0	970,0	1 102,8	0,0	380,9	13,5	– 285,8	46,3	1 530,0
Juli	275,7	0,7	15,7	0,0	954,3	1 092,8	0,0	383,0	12,1	– 287,6	46,1	1 521,9
Aug.
Sept.	280,5	0,6	13,3	0,0	943,3	1 044,7	0,0	384,6	11,4	– 249,5	46,6	1 475,9
Okt.	292,6	1,0	8,8	0,0	929,0	1 031,5	0,0	384,1	11,7	– 241,7	45,7	1 461,3
Nov.
Dez.	299,0	2,0	8,4	0,0	917,7	1 017,3	0,0	383,9	11,4	– 231,6	46,1	1 447,3
2025 Jan.
Febr.	312,4	1,0	3,5	0,0	907,0	980,6	0,0	386,3	14,0	– 205,3	48,1	1 414,9
März	317,8	0,7	3,2	0,1	886,5	991,1	0,0	384,6	14,0	– 228,5	47,0	1 422,8
April	338,9	0,9	2,6	0,0	864,6	976,8	0,0	386,0	11,9	– 214,5	46,8	1 409,6

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosysteem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisen-swapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosysteem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren						Liquiditätsabschöpfende Faktoren							
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems						Bank- noten- umlauf ⁵⁾	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) ⁶⁾	Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) ⁷⁾	Basisgeld ⁸⁾	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode ¹⁾	
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte ³⁾	Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte ⁴⁾							
Eurosystem ²⁾													
+ 28,2	+ 0,5	- 115,6	+ 0,1	- 33,4	- 106,9	± 0,0	+ 5,9	- 19,6	+ 8,7	- 8,4	- 109,4	2023 April	
+ 3,2	+ 0,2	- 17,2	± 0,0	- 21,5	+ 130,3	± 0,0	+ 3,9	- 104,2	- 63,9	- 1,1	+ 133,1	Mai	
												Juni	
- 20,4	+ 9,3	- 418,5	± 0,0	- 31,1	- 422,0	± 0,0	+ 3,3	- 2,0	- 36,1	- 4,2	- 422,8	Juli	
- 3,5	- 5,3	- 81,0	± 0,0	- 41,8	- 57,0	± 0,0	- 2,8	- 31,9	- 36,7	- 3,1	- 62,9	Aug.	
												Sept.	
+ 6,9	+ 2,5	- 85,6	± 0,0	- 43,3	- 70,0	± 0,0	- 9,5	+ 0,2	- 40,5	+ 0,3	- 79,3	Okt.	
												Nov.	
+ 2,1	- 0,8	- 19,5	- 0,1	- 52,9	- 28,6	± 0,0	- 3,6	- 28,6	- 8,0	- 2,6	- 34,8	Dez.	
+ 25,0	+ 0,6	- 99,7	+ 0,1	- 28,2	- 61,4	± 0,0	+ 5,6	- 25,7	- 19,0	- 1,5	- 57,3	2024 Jan.	
+ 8,2	- 3,1	+ 1,1	- 0,1	- 40,4	+ 3,5	± 0,0	- 13,5	+ 0,1	- 22,5	- 1,9	- 11,9	Febr.	
												März	
+ 36,3	- 2,0	- 147,9	± 0,0	- 46,9	- 153,0	± 0,0	+ 2,9	- 30,7	+ 20,5	- 0,2	- 150,4	April	
												Mai	
+ 28,9	- 0,3	- 100,3	± 0,0	- 48,8	- 123,9	± 0,0	+ 5,4	- 18,3	+ 18,0	- 1,7	- 120,2	Juni	
+ 32,0	+ 3,2	- 44,2	± 0,0	- 56,4	- 100,8	± 0,0	+ 8,0	- 4,3	+ 30,4	+ 1,4	- 91,3	Juli	
												Aug.	
+ 20,0	- 2,7	- 19,4	± 0,0	- 52,3	- 54,5	± 0,0	+ 4,7	+ 4,0	- 9,8	+ 1,2	- 48,6	Sept.	
+ 40,2	+ 4,8	- 36,3	± 0,0	- 45,9	- 69,6	± 0,0	- 4,0	- 1,8	+ 38,2	- 0,3	- 73,8	Okt.	
												Nov.	
+ 21,8	+ 1,3	- 8,5	± 0,0	- 62,1	- 61,2	± 0,0	+ 2,9	- 3,2	+ 15,1	- 0,9	- 59,2	Dez.	
+ 52,8	+ 1,7	- 23,2	± 0,0	- 59,1	- 23,5	± 0,0	+ 13,5	- 7,0	- 13,5	+ 2,7	- 7,4	2025 Jan.	
+ 20,7	- 2,4	+ 0,8	+ 0,1	- 71,1	- 57,5	± 0,0	- 9,6	+ 11,7	+ 2,0	+ 1,6	- 65,6	Febr.	
												März	
+ 67,0	+ 1,6	- 3,8	± 0,0	- 82,1	- 40,0	± 0,0	+ 4,4	- 18,1	+ 37,0	- 0,8	- 36,3	April	
Deutsche Bundesbank													
+ 10,3	+ 0,2	- 12,7	+ 0,0	- 11,0	- 35,7	± 0,0	+ 1,2	+ 4,1	+ 21,4	- 4,1	- 38,5	2023 April	
+ 2,6	+ 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 9,3	+ 28,3	± 0,0	+ 1,4	- 18,7	- 20,7	+ 1,9	+ 31,5	Mai	
												Juni	
- 5,6	+ 0,8	- 56,5	- 0,0	- 8,0	- 80,8	± 0,0	+ 0,4	- 4,7	+ 19,3	- 3,5	- 83,9	Juli	
- 1,7	- 0,7	- 11,2	+ 0,0	- 7,5	+ 2,3	± 0,0	- 0,2	- 9,8	- 13,0	- 0,4	+ 1,6	Aug.	
												Sept.	
+ 1,2	+ 0,5	- 35,0	- 0,0	- 17,3	- 26,7	± 0,0	- 2,4	- 11,5	- 9,9	- 0,0	- 29,1	Okt.	
												Nov.	
+ 1,1	- 0,6	- 7,1	- 0,0	- 7,3	+ 20,1	± 0,0	- 1,4	- 9,8	- 22,3	- 0,7	+ 18,1	Dez.	
+ 7,1	+ 0,2	- 19,7	+ 0,0	- 10,9	- 44,0	± 0,0	+ 5,8	+ 0,9	+ 14,3	- 0,3	- 38,5	2024 Jan.	
												Febr.	
+ 2,6	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 9,0	+ 37,2	± 0,0	- 0,2	- 3,5	- 40,1	- 0,3	+ 36,7	März	
+ 11,3	+ 0,0	- 28,9	- 0,0	- 13,3	- 42,0	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 10,9	- 0,8	- 42,6	April	
												Mai	
+ 8,1	- 0,1	- 19,2	- 0,0	- 13,4	- 19,6	± 0,0	+ 1,5	- 3,5	- 3,2	+ 0,4	- 17,7	Juni	
+ 9,7	+ 0,1	- 5,5	+ 0,0	- 15,7	- 10,0	± 0,0	+ 2,0	- 1,4	- 1,8	- 0,2	- 8,2	Juli	
												Aug.	
+ 4,9	- 0,1	- 2,4	- 0,0	- 11,0	- 48,1	± 0,0	+ 1,7	- 0,7	+ 38,0	+ 0,5	- 46,0	Sept.	
+ 12,0	+ 0,4	- 4,5	+ 0,0	- 14,2	- 13,2	± 0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 7,9	- 0,8	- 14,6	Okt.	
												Nov.	
+ 6,4	+ 1,0	- 0,4	+ 0,0	- 11,4	- 14,2	± 0,0	- 0,1	- 0,4	+ 10,0	+ 0,3	- 14,0	Dez.	
+ 13,4	- 1,0	- 4,9	+ 0,0	- 10,7	- 36,7	± 0,0	+ 2,3	+ 2,6	+ 26,3	+ 2,0	- 32,4	2025 Jan.	
+ 5,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 20,5	+ 10,5	± 0,0	- 1,6	+ 0,0	- 23,2	- 1,1	+ 7,8	Febr.	
												März	
+ 21,2	+ 0,2	- 0,6	- 0,0	- 21,9	- 14,3	± 0,0	+ 1,4	- 2,0	+ 14,0	- 0,2	- 13,1	April	

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwäh- rung an Ansässige im Euro-Wäh- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKI II	
Eurosystem ¹⁾										
2024 Okt. 18.	6 429,1	820,0	498,6	229,6	269,0	17,3	19,0	19,0	—	—
	6 414,4	820,0	499,7	229,5	270,3	17,5	19,1	19,1	—	—
Nov. 1.	6 404,2	820,0	499,3	229,2	270,1	15,2	18,8	18,8	—	—
	6 393,0	820,0	500,3	229,6	270,8	14,9	19,8	19,8	—	—
8.	6 383,0	820,0	499,2	229,1	270,1	15,9	20,1	20,1	—	—
15.	6 385,1	820,0	500,8	229,3	271,5	15,2	20,1	20,1	—	—
22.	6 372,8	820,0	500,3	229,4	270,9	15,9	20,5	20,5	—	—
29.										
Dez. 6.	6 352,0	819,8	501,2	229,4	271,8	15,1	20,3	20,3	—	—
	6 353,2	819,6	501,1	229,3	271,9	15,5	20,2	20,2	—	—
13.	6 344,8	819,6	502,5	229,4	273,2	15,8	20,7	20,7	—	—
20.	6 357,2	819,6	502,3	228,7	273,6	15,2	20,3	20,3	—	—
27.										
2025 Jan. 3.	6 412,6	872,2	522,6	236,8	285,8	15,1	20,3	20,3	—	—
	6 407,2	872,2	521,5	236,6	284,8	16,0	20,0	20,0	—	—
10.	6 403,4	872,2	523,6	237,7	285,9	17,6	20,9	20,9	—	—
17.	6 408,1	872,2	524,3	238,1	286,3	17,3	21,7	21,7	—	—
24.	6 393,7	872,2	521,3	237,9	283,4	19,3	22,6	22,6	—	—
31.										
Febr. 7.	6 371,0	872,2	521,6	238,1	283,6	19,5	21,9	21,9	—	—
	6 368,9	872,2	520,6	237,8	282,7	20,9	22,4	22,4	—	—
14.	6 349,6	872,2	521,2	237,8	283,4	21,5	22,3	22,3	—	—
21.	6 319,5	872,2	522,5	237,8	284,7	19,1	22,7	22,7	—	—
28.										
März 7.	6 287,8	872,2	522,9	237,8	285,0	20,5	22,8	22,8	—	—
	6 274,5	872,2	522,3	236,4	285,8	20,3	23,2	23,2	—	—
14.	6 274,3	872,2	522,1	236,4	285,7	20,9	23,0	23,0	—	—
21.	6 247,0	872,2	521,4	236,0	285,4	19,9	23,0	23,0	—	—
28.										
April 4.	6 338,2	1 002,2	510,1	231,5	278,5	19,6	22,8	22,8	—	—
	6 329,8	1 002,2	510,7	231,5	279,2	19,3	23,0	23,0	—	—
11.	6 329,3	1 002,2	515,4	234,8	280,6	18,4	23,2	23,2	—	—
18.	6 329,9	1 002,2	514,0	234,7	279,3	19,4	23,1	23,1	—	—
25.										
Mai 2.	6 313,6	1 002,2	515,0	234,7	280,4	17,7	22,9	22,9	—	—
	6 301,2	1 002,2	515,5	234,7	280,7	19,2	23,5	23,5	—	—
9.										
Deutsche Bundesbank										
2024 Okt. 18.	2 408,0	254,3	90,2	57,2	33,0	0,0	1,1	1,1	—	—
	2 406,3	254,3	91,2	57,2	34,0	0,0	0,1	0,1	—	—
25.										
Nov. 1.	2 397,6	254,3	89,8	57,2	32,7	0,0	0,2	0,2	—	—
	2 413,5	254,3	90,0	57,2	32,8	0,0	0,1	0,1	—	—
8.	2 407,7	254,3	90,0	56,9	33,1	0,0	0,1	0,1	—	—
15.	2 402,4	254,3	90,7	57,1	33,6	0,0	0,1	0,1	—	—
22.	2 403,0	254,3	91,4	57,1	34,2	0,0	0,0	0,0	—	—
29.										
Dez. 6.	2 402,0	254,3	90,6	57,1	33,5	0,0	0,4	0,4	—	—
	2 406,4	254,3	90,5	57,1	33,4	0,0	0,4	0,4	—	—
13.	2 385,8	254,3	90,5	57,1	33,4	0,0	0,9	0,9	—	—
20.	2 382,6	254,3	90,3	57,1	33,2	0,0	0,6	0,6	—	—
27.										
2025 Jan. 3.	2 395,0	270,6	92,8	59,2	33,6	0,0	0,5	0,5	—	—
	2 395,6	270,6	93,9	59,0	34,9	0,0	0,1	0,1	—	—
10.	2 406,0	270,6	95,8	59,2	36,6	0,0	0,1	0,1	—	—
17.	2 398,5	270,6	94,6	59,2	35,4	0,0	0,4	0,4	—	—
24.	2 408,1	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	1,2	1,2	—	—
31.										
Febr. 7.	2 412,6	270,6	94,4	59,2	35,2	0,0	0,2	0,2	—	—
	2 432,2	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	0,7	0,7	—	—
14.	2 389,3	270,6	94,2	59,1	35,2	0,0	0,4	0,4	—	—
21.	2 379,2	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	0,6	0,6	—	—
28.										
März 7.	2 373,9	270,6	94,6	59,1	35,6	0,0	0,3	0,3	—	—
	2 371,5	270,6	94,0	58,4	35,6	0,0	0,6	0,6	—	—
14.	2 353,5	270,6	94,1	58,4	35,6	0,0	0,3	0,3	—	—
21.	2 353,2	270,6	93,9	58,4	35,6	0,0	0,1	0,1	—	—
28.										
April 4.	2 399,0	310,9	91,7	57,1	34,6	0,0	0,2	0,2	—	—
	2 407,9	310,9	91,6	57,1	34,5	0,0	0,1	0,1	—	—
11.	2 374,5	310,9	92,8	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	—	—
18.	2 376,5	310,9	92,8	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	—	—
25.										
Mai 2.	2 395,4	310,9	92,4	57,9	34,4	0,0	0,2	0,2	—	—
	2 411,2	310,9	92,7	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	—	—
9.										

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweissichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem ¹⁾													
49,5	9,6	39,9	–	–	–	–	33,6	4 603,8	4 374,9	228,9	20,8	366,7	2024 Okt. 18.
49,9	10,0	39,9	–	–	0,0	–	29,2	4 596,0	4 365,1	230,9	20,8	362,3	25.
51,3	11,4	39,9	–	–	–	–	28,1	4 585,3	4 354,6	230,7	20,8	365,5	Nov. 1.
49,8	9,9	39,9	–	–	–	–	25,8	4 587,7	4 353,8	233,9	20,8	353,9	8.
49,2	9,2	39,9	–	–	0,1	–	30,4	4 577,4	4 341,4	236,0	20,8	350,1	15.
50,3	10,4	39,9	–	–	0,0	–	25,2	4 580,4	4 340,7	239,7	20,8	352,3	22.
52,6	10,4	42,2	–	–	–	–	26,1	4 559,9	4 318,9	241,0	20,8	356,7	29.
48,8	6,7	42,2	–	–	–	–	27,9	4 546,2	4 304,6	241,6	20,8	351,9	Dez. 6.
47,0	4,9	42,2	–	–	–	–	27,7	4 546,1	4 298,7	247,4	20,8	355,2	13.
25,2	8,0	17,2	–	–	0,1	–	37,3	4 539,7	4 290,6	249,1	20,8	363,1	20.
26,1	8,9	17,2	–	–	0,0	–	42,7	4 539,9	4 290,5	249,4	20,8	370,3	27.
34,2	17,0	17,2	–	–	–	–	29,2	4 533,0	4 283,2	249,8	20,4	365,7	2025 Jan. 3.
27,2	10,0	17,2	–	–	–	–	30,8	4 533,8	4 282,1	251,7	20,4	365,4	10.
25,3	8,0	17,2	–	–	0,1	–	31,7	4 524,2	4 268,1	256,1	20,4	367,5	17.
26,3	9,1	17,2	–	–	0,0	–	35,5	4 523,4	4 262,2	261,3	20,4	366,9	24.
31,0	11,9	19,1	–	–	–	–	31,3	4 510,6	4 248,1	262,5	20,4	364,9	31.
26,0	7,0	19,1	–	–	–	–	30,7	4 498,0	4 235,0	263,1	20,4	360,7	Febr. 7.
25,3	6,2	19,1	–	–	0,0	–	35,6	4 496,2	4 230,1	266,1	20,4	355,3	14.
27,9	8,7	19,1	–	–	0,1	–	46,0	4 470,1	4 201,9	268,2	20,4	348,0	21.
29,7	12,4	17,0	–	–	0,2	–	32,8	4 459,2	4 189,9	269,3	20,4	340,9	28.
25,0	7,9	17,0	–	–	0,0	–	28,3	4 444,2	4 173,3	270,9	20,4	331,5	März 7.
23,8	6,6	17,0	–	–	0,1	–	27,0	4 433,1	4 158,6	274,5	20,4	332,3	14.
25,6	8,4	17,0	–	–	0,1	–	31,5	4 431,1	4 154,5	276,6	20,4	327,7	21.
27,4	14,0	13,2	–	–	0,2	–	37,1	4 405,1	4 126,4	278,8	20,4	320,4	28.
23,2	10,0	13,2	–	–	–	–	33,5	4 390,7	4 111,1	279,6	20,3	315,8	April 4.
22,1	8,8	13,2	–	–	–	–	34,0	4 376,3	4 095,4	280,9	20,3	322,0	11.
25,2	11,9	13,2	–	–	0,0	–	39,5	4 366,9	4 086,2	280,7	20,3	318,2	18.
27,6	14,2	13,2	–	–	0,1	–	44,4	4 364,2	4 077,1	287,1	20,3	314,7	25.
29,5	15,6	13,9	–	–	0,0	–	42,0	4 350,5	4 061,8	288,7	20,3	313,4	Mai 2.
24,5	10,6	13,9	–	–	–	–	37,1	4 347,5	4 057,8	289,7	20,3	311,4	9.
Deutsche Bundesbank													
10,0	2,4	7,6	–	–	0,0	–	11,2	919,5	919,5	–	4,4	1 117,4	2024 Okt. 18.
10,2	2,6	7,6	–	–	0,0	–	9,7	919,3	919,3	–	4,4	1 117,1	25.
10,7	2,6	8,0	–	–	–	–	8,6	919,3	919,3	–	4,4	1 110,3	Nov. 1.
10,2	2,2	8,0	–	–	–	–	9,0	919,5	919,5	–	4,4	1 126,0	8.
10,1	1,9	8,0	–	–	0,1	–	9,4	918,1	918,1	–	4,4	1 121,3	15.
10,1	2,1	8,0	–	–	0,0	–	7,1	917,8	917,8	–	4,4	1 117,8	22.
11,6	2,4	9,2	–	–	0,0	–	9,3	917,6	917,6	–	4,4	1 114,5	29.
10,6	1,4	9,2	–	–	–	–	8,3	916,8	916,8	–	4,4	1 116,7	Dez. 6.
9,8	0,6	9,2	–	–	–	–	8,7	912,1	912,1	–	4,4	1 126,1	13.
4,3	0,7	3,5	–	–	0,1	–	9,1	912,0	912,0	–	4,4	1 110,2	20.
4,4	0,9	3,5	–	–	0,0	–	9,5	912,0	912,0	–	4,4	1 107,0	27.
5,5	2,0	3,5	–	–	–	–	5,4	910,9	910,9	–	4,0	1 105,3	2025 Jan. 3.
4,1	0,6	3,5	–	–	–	–	7,2	910,3	910,3	–	4,0	1 105,5	10.
4,6	1,0	3,5	–	–	0,1	–	8,0	903,2	903,2	–	4,0	1 119,7	17.
4,5	1,0	3,5	–	–	0,0	–	9,3	900,7	900,7	–	4,0	1 114,5	24.
4,2	0,7	3,5	–	–	–	–	9,9	900,4	900,4	–	4,0	1 123,5	31.
4,0	0,5	3,5	–	–	–	–	8,8	899,2	899,2	–	4,0	1 131,4	Febr. 7.
4,0	0,5	3,5	–	–	0,0	–	9,2	897,8	897,8	–	4,0	1 151,6	14.
4,6	1,0	3,5	–	–	0,1	–	10,4	881,1	881,1	–	4,0	1 124,1	21.
4,0	0,9	2,8	–	–	0,2	–	10,0	879,9	879,9	–	4,0	1 116,0	28.
3,4	0,6	2,8	–	–	0,0	–	8,7	878,3	878,3	–	4,0	1 113,9	März 7.
3,6	0,6	2,8	–	–	0,1	–	9,1	872,7	872,7	–	4,0	1 117,0	14.
3,8	0,9	2,8	–	–	0,1	–	8,2	870,5	870,5	–	4,0	1 102,0	21.
3,7	1,0	2,5	–	–	0,1	–	10,4	870,3	870,3	–	4,0	1 100,3	28.
3,3	0,8	2,5	–	–	–	–	9,1	865,2	865,2	–	4,0	1 114,6	April 4.
3,3	0,7	2,5	–	–	–	–	9,2	854,8	854,8	–	4,0	1 134,1	11.
3,7	1,1	2,5	–	–	0,0	–	8,1	852,6	852,6	–	4,0	1 102,3	18.
4,0	1,3	2,5	–	–	0,1	–	9,4	849,8	849,8	–	4,0	1 105,5	25.
3,7	1,1	2,6	–	–	0,0	–	10,0	849,7	849,7	–	4,0	1 124,6	Mai 2.
3,4	0,8	2,6	–	–	–	–	8,8	848,1	848,1	–	4,0	1 143,1	9.

-preisen bewertet. 1 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag	Passiva insgesamt	Bank- notenum- lauf ¹⁾	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung	Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt			Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten	
Eurosystem ³⁾														
2024 Okt. 18.	6 429,1	1 558,8	3 131,3	192,7	2 938,6	—	—	—	33,5	—	199,4	113,0	86,5	
	6 414,4	1 558,8	3 124,2	175,9	2 948,4	—	—	—	34,6	—	192,8	109,8	83,0	
Nov. 1.	6 404,2	1 562,5	3 103,6	178,4	2 925,2	—	—	—	33,3	—	212,8	127,9	85,0	
	6 393,0	1 561,3	3 119,9	161,5	2 958,3	—	—	—	32,4	—	196,6	111,5	85,0	
15.	6 383,0	1 560,3	3 097,0	150,9	2 946,1	—	—	—	34,0	—	212,0	109,6	102,4	
22.	6 385,1	1 559,7	3 116,9	151,5	2 965,4	—	—	—	34,6	—	195,8	110,2	85,6	
	6 372,8	1 563,8	3 057,7	156,9	2 900,8	—	—	—	32,6	—	218,0	128,0	90,0	
Dez. 6.	6 352,0	1 568,3	3 066,2	166,2	2 900,0	—	—	—	31,0	—	200,6	115,5	85,0	
	6 353,2	1 571,4	3 070,1	203,4	2 866,7	—	—	—	30,6	—	190,6	109,0	81,6	
20.	6 344,8	1 581,7	3 042,2	197,7	2 844,5	—	—	—	27,8	—	182,3	100,5	81,8	
	6 357,2	1 587,8	3 060,3	172,8	2 887,5	—	—	—	27,1	—	196,3	113,5	82,8	
2025 Jan. 3.	6 412,6	1 585,4	3 073,9	149,9	2 924,0	—	—	—	20,7	—	179,9	100,0	79,9	
	6 407,2	1 577,2	3 118,4	145,6	2 972,8	—	—	—	22,4	—	171,2	94,1	77,2	
17.	6 403,4	1 570,5	3 107,1	171,9	2 935,3	—	—	—	20,2	—	179,8	100,9	78,9	
	6 408,1	1 567,0	3 108,6	146,1	2 962,6	—	—	—	17,7	—	177,1	98,5	78,6	
31.	6 393,7	1 567,0	3 033,2	197,3	2 835,9	—	—	—	15,1	—	211,2	130,8	80,4	
	Febr. 7.	6 371,0	1 566,8	3 062,5	168,9	2 893,6	—	—	—	12,7	—	196,3	115,2	81,1
6 368,9		1 566,3	3 051,1	159,4	2 891,7	—	—	—	13,7	—	202,4	122,2	80,2	
21.	6 349,6	1 565,6	3 018,7	158,6	2 860,1	—	—	—	14,7	—	194,5	116,0	78,5	
	6 319,5	1 568,5	2 979,2	150,4	2 828,8	—	—	—	14,2	—	222,1	137,9	84,2	
März 7.	6 287,8	1 568,4	2 998,2	188,3	2 809,9	—	—	—	13,4	—	192,7	109,3	83,5	
	6 274,5	1 568,0	2 997,4	187,4	2 810,0	—	—	—	11,8	—	195,7	113,0	82,6	
21.	6 274,3	1 567,4	3 013,9	157,9	2 856,0	—	—	—	12,8	—	181,1	96,4	84,7	
	6 247,0	1 569,1	2 979,9	158,0	2 821,9	—	—	—	14,3	—	187,6	102,1	85,5	
April 4.	6 338,2	1 571,1	2 980,7	162,5	2 818,2	—	—	—	13,2	—	185,7	100,4	85,2	
	6 329,8	1 573,8	2 968,7	157,4	2 811,3	—	—	—	13,1	—	179,8	97,1	82,7	
18.	6 329,3	1 579,9	2 930,4	199,7	2 730,7	—	—	—	12,9	—	195,7	97,6	98,2	
	6 329,9	1 577,0	2 938,8	181,5	2 757,3	—	—	—	12,7	—	180,7	100,9	79,8	
Mai 2.	6 313,6	1 578,8	2 934,3	166,4	2 767,9	—	—	—	11,8	—	183,0	102,0	80,9	
	6 301,2	1 577,4	2 942,3	159,1	2 783,3	—	—	—	11,3	—	179,5	102,0	77,5	
Deutsche Bundesbank														
2024 Okt. 18.	2 408,0	383,5	1 070,0	55,4	1 014,7	—	—	—	4,3	—	21,9	8,8	13,1	
	2 406,3	384,2	1 066,9	43,8	1 023,1	—	—	—	4,4	—	24,4	10,9	13,5	
Nov. 1.	2 397,6	382,9	1 061,3	58,9	1 002,3	—	—	—	3,3	—	22,8	9,0	13,8	
	2 413,5	382,9	1 078,4	42,1	1 036,3	—	—	—	3,1	—	23,2	9,8	13,4	
15.	2 407,7	383,2	1 071,6	38,4	1 033,3	—	—	—	3,3	—	23,6	10,1	13,5	
	2 402,4	383,2	1 066,4	37,8	1 028,6	—	—	—	3,6	—	25,8	9,8	16,0	
22.	2 403,0	383,1	1 060,6	42,0	1 018,6	—	—	—	4,1	—	24,4	9,0	15,4	
	Dez. 6.	2 402,0	385,1	1 058,4	52,5	1 006,0	—	—	—	4,6	—	28,8	15,0	13,8
2 406,4		386,7	1 050,5	57,1	993,4	—	—	—	4,7	—	33,5	19,9	13,6	
20.	2 385,8	391,0	1 020,3	50,6	969,8	—	—	—	4,8	—	27,4	16,4	11,0	
	2 382,6	392,7	1 014,4	46,8	967,6	—	—	—	7,8	—	32,3	18,2	14,1	
2025 Jan. 3.	2 395,0	387,6	1 022,6	36,6	986,0	—	—	—	4,2	—	28,1	16,3	11,8	
	2 395,6	384,7	1 032,4	35,8	996,6	—	—	—	5,6	—	23,9	13,3	10,6	
17.	2 406,0	383,1	1 043,1	59,8	983,3	—	—	—	4,3	—	19,9	8,3	11,6	
	2 398,5	382,2	1 039,9	36,3	1 003,6	—	—	—	4,1	—	19,2	8,2	11,1	
31.	2 408,1	383,9	1 035,6	59,3	976,3	—	—	—	3,9	—	27,0	15,3	11,6	
	Febr. 7.	2 412,6	384,6	1 050,1	45,2	1 004,8	—	—	—	2,9	—	23,0	11,0	11,9
2 432,2		384,7	1 060,6	41,2	1 019,3	—	—	—	2,9	—	26,4	14,7	11,8	
21.	2 389,3	384,6	1 024,3	40,7	983,6	—	—	—	3,5	—	20,4	10,3	10,1	
	2 379,2	384,4	1 020,9	36,4	984,5	—	—	—	3,3	—	33,2	22,0	11,2	
März 7.	2 373,9	384,7	1 033,3	56,5	976,8	—	—	—	3,1	—	23,6	13,6	10,0	
	2 371,5	384,9	1 033,8	45,1	988,8	—	—	—	2,4	—	19,9	10,1	9,7	
21.	2 353,5	384,8	1 021,7	42,8	978,9	—	—	—	2,7	—	19,0	9,7	9,3	
	2 353,2	386,0	1 013,9	40,3	973,6	—	—	—	2,9	—	22,3	12,5	9,8	
April 4.	2 399,0	385,3	1 029,1	41,8	987,4	—	—	—	2,2	—	19,8	11,8	8,0	
	2 407,9	386,6	1 032,1	39,0	993,1	—	—	—	2,2	—	22,3	14,7	7,6	
11.	2 374,5	389,1	994,3	61,6	932,7	—	—	—	2,6	—	21,6	12,0	9,6	
	2 376,5	387,4	994,3	44,4	949,8	—	—	—	3,2	—	21,8	12,9	8,9	
Mai 2.	2 395,4	386,8	1 021,3	47,0	974,3	—	—	—	2,4	—	17,6	8,6	9,0	
	2 411,2	387,0	1 039,7	40,9	998,9	—	—	—	2,2	—	17,4	9,4	8,0	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein

Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 2)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 1)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklagen 4)		Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKMI II					insgesamt	darunter: Verlustvortrag 5)	
Eurosystem 3)											
198,2	14,3	1,4	1,4	–	176,6	209,5	–	806,6	99,5	.	2024 Okt. 18.
199,9	14,3	2,4	2,4	–	176,6	204,8	–	806,6	99,5	.	25.
191,1	12,7	1,5	1,5	–	176,6	204,1	–	806,6	99,5	.	Nov. 1.
189,2	13,1	0,7	0,7	–	176,6	197,2	–	806,6	99,5	.	8.
186,4	12,7	0,5	0,5	–	176,6	197,3	–	806,6	99,5	.	15.
182,9	12,6	0,8	0,8	–	176,6	199,1	–	806,6	99,5	.	22.
203,2	11,5	1,2	1,2	–	176,6	202,1	–	806,6	99,5	.	29.
189,9	11,9	0,5	0,5	–	176,6	201,1	–	806,6	99,5	.	Dez. 6.
194,2	11,4	0,5	0,5	–	176,6	201,8	–	806,6	99,5	.	13.
208,9	11,2	0,6	0,6	–	176,6	207,4	–	806,6	99,5	.	20.
179,2	11,2	0,6	0,6	–	176,6	212,2	–	806,6	99,5	.	27.
187,8	11,2	0,6	0,6	–	182,8	206,0	–	872,3	92,0	.	2025 Jan. 3.
153,9	11,9	1,1	1,1	–	182,8	203,7	–	872,5	92,0	.	10.
158,1	11,7	2,1	2,1	–	182,8	206,5	–	872,5	92,0	.	17.
167,4	12,3	0,7	0,7	–	182,8	209,8	–	872,5	92,0	.	24.
201,6	11,3	0,5	0,5	–	182,8	206,4	–	872,5	92,1	.	31.
171,0	11,7	0,4	0,4	–	182,8	202,4	–	872,4	91,9	.	Febr. 7.
174,9	11,8	0,5	0,5	–	182,8	201,1	–	872,4	91,9	.	14.
193,3	11,9	1,0	1,0	–	182,8	210,7	–	872,4	84,0	.	21.
196,2	10,6	1,0	1,0	–	182,8	208,4	–	872,4	64,2	.	28.
186,1	11,7	0,5	0,5	–	182,8	197,4	–	872,4	64,2	.	März 7.
173,1	11,7	0,8	0,8	–	182,8	206,7	–	872,4	54,1	.	14.
165,0	12,3	0,8	0,8	–	182,8	214,9	–	872,4	50,9	.	21.
170,8	11,4	0,8	0,8	–	182,8	212,9	–	872,4	45,1	.	28.
157,0	11,9	0,7	0,7	–	179,0	201,7	–	992,1	45,1	.	April 4.
160,9	12,1	0,7	0,7	–	179,0	204,7	–	992,1	45,0	.	11.
174,9	11,9	1,0	1,0	–	179,0	206,6	–	992,1	45,0	.	18.
178,8	11,7	0,9	0,9	–	179,0	213,2	–	992,1	45,1	.	25.
167,2	11,3	0,6	0,6	–	179,0	210,6	–	992,1	45,0	.	Mai 2.
152,4	12,7	0,6	0,6	–	179,0	208,8	–	992,1	45,0	.	9.
Deutsche Bundesbank											
52,4	0,0	0,2	0,2	–	45,5	19,5	558,3	249,1	3,2	.	2024 Okt. 18.
49,4	0,0	1,2	1,2	–	45,5	19,7	558,3	249,1	3,2	.	25.
49,1	0,0	– 0,0	– 0,0	–	45,5	19,2	561,3	249,1	3,2	.	Nov. 1.
47,4	0,0	0,2	0,2	–	45,5	19,2	561,3	249,1	3,2	.	8.
47,6	0,0	– 0,0	– 0,0	–	45,5	19,2	561,3	249,1	3,2	.	15.
44,8	0,0	0,2	0,2	–	45,5	19,4	561,3	249,1	3,2	.	22.
49,5	0,0	0,7	0,7	–	45,5	19,4	563,4	249,1	3,2	.	29.
44,6	0,0	– 0,0	– 0,0	–	45,5	19,3	563,4	249,1	3,2	.	Dez. 6.
50,4	0,0	– 0,0	– 0,0	–	45,5	19,5	563,4	249,1	3,2	.	13.
61,5	0,0	0,0	0,0	–	45,5	19,6	563,4	249,1	3,2	.	20.
54,4	0,0	0,0	0,0	–	45,5	19,7	563,4	249,1	3,2	.	27.
48,4	0,0	–	–	–	47,1	19,4	567,2	267,3	3,2	.	2025 Jan. 3.
44,2	0,0	0,5	0,5	–	47,1	19,4	567,2	267,3	3,2	.	10.
49,7	0,0	1,5	1,5	–	47,1	19,6	567,2	267,3	3,2	.	17.
48,3	0,0	0,3	0,3	–	47,1	19,7	567,2	267,3	3,2	.	24.
54,3	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,6	566,3	267,3	3,2	.	31.
49,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,2	566,3	267,3	3,2	.	Febr. 7.
54,5	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,2	566,3	267,3	3,2	.	14.
52,5	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,1	566,3	267,3	3,2	.	21.
51,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,6	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	28.
43,2	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	März 7.
44,4	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	14.
39,3	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,2	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	21.
42,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	28.
38,4	0,0	–	–	–	46,2	18,7	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	April 4.
40,1	0,0	–	–	–	46,2	19,0	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	11.
42,0	0,0	0,3	0,3	–	46,2	19,0	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	18.
44,9	0,0	0,3	0,3	–	46,2	19,1	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	25.
41,7	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,5	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	Mai 2.
39,2	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,5	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	9.

zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. 2 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 3 Quelle: EZB. 4 Die

Position "Grundkapital und Rücklagen" enthält mit negativen Vorzeichen in Vorjahren aufgelaufene Bilanzverluste, die auf künftige Jahre vorgetragen werden, bis sie durch Gewinne gedeckt werden können. 5 Dieser Wert wird ausschließlich für die Deutsche Bundesbank gezeigt.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und Privatpersonen		
												zu- sammen	Buch- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0	
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1	
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0	
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9	
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1	
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6	
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4	
2023	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7	
2024	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0	
2023 Juni	10 577,7	17,7	2 967,0	2 434,5	2 166,3	268,2	532,5	371,5	161,0	4 646,7	4 108,0	3 734,5	3 397,1	
Juli	10 743,2	17,2	3 002,4	2 456,4	2 188,8	267,6	546,0	384,8	161,2	4 651,1	4 114,5	3 738,2	3 402,0	
Aug.	10 735,3	17,5	2 994,8	2 455,6	2 187,1	268,4	539,2	377,9	161,4	4 649,4	4 111,7	3 733,9	3 400,6	
Sept.	10 737,5	18,0	2 916,4	2 371,6	2 106,3	265,3	544,8	382,8	162,0	4 649,8	4 113,1	3 735,7	3 401,7	
Okt.	10 797,9	17,5	2 980,6	2 430,9	2 165,6	265,3	549,7	387,7	162,1	4 653,7	4 116,8	3 736,3	3 401,6	
Nov.	10 610,8	16,9	2 987,1	2 438,4	2 168,4	270,0	548,7	386,5	162,2	4 666,3	4 123,1	3 740,9	3 406,9	
Dez.	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7	
2024 Jan.	10 454,3	16,3	2 979,1	2 420,8	2 144,5	276,3	558,2	394,5	163,7	4 665,4	4 113,3	3 729,2	3 393,3	
Febr.	10 584,8	16,3	3 012,3	2 441,5	2 160,1	281,4	570,8	406,8	163,9	4 675,8	4 120,6	3 736,2	3 399,3	
März	10 509,6	17,6	2 957,6	2 389,6	2 105,8	283,8	568,1	403,0	165,1	4 695,4	4 126,2	3 741,0	3 401,3	
April	10 598,5	16,6	2 959,3	2 382,9	2 097,2	285,7	576,4	412,6	163,8	4 690,1	4 127,5	3 741,6	3 402,0	
Mai	10 578,7	16,7	2 951,3	2 378,9	2 092,4	286,5	572,4	406,9	165,5	4 701,4	4 135,1	3 747,0	3 406,5	
Juni	10 491,1	16,7	2 936,5	2 378,3	2 093,0	285,3	558,2	393,5	164,7	4 712,0	4 142,7	3 747,5	3 408,4	
Juli	10 309,2	16,3	2 890,5	2 327,0	2 040,4	286,6	563,5	397,7	165,8	4 721,8	4 152,6	3 755,6	3 413,5	
Aug.	10 269,1	17,0	2 889,6	2 327,5	2 039,7	287,8	562,1	394,7	167,5	4 729,7	4 158,4	3 758,2	3 415,9	
Sept.	10 374,4	17,3	2 868,9	2 291,1	2 004,2	286,9	577,8	408,5	169,3	4 752,7	4 168,5	3 763,6	3 420,7	
Okt.	10 490,7	18,1	2 864,5	2 283,4	1 994,9	288,5	581,1	409,1	172,0	4 749,4	4 168,9	3 762,0	3 419,0	
Nov.	10 662,0	17,4	2 878,7	2 308,9	2 021,8	287,2	569,8	397,4	172,4	4 770,4	4 179,4	3 771,0	3 428,1	
Dez.	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0	
2025 Jan.	11 172,1	16,3	2 871,4	2 285,0	1 992,6	292,4	586,4	412,7	173,6	4 815,1	4 204,3	3 783,6	3 429,5	
Febr.	10 699,4	16,4	2 873,7	2 274,9	1 978,2	296,6	598,8	423,7	175,1	4 847,8	4 220,7	3 795,1	3 438,9	
März	10 674,5	15,6	2 853,1	2 252,0	1 955,8	296,2	601,1	426,1	174,9	4 862,5	4 225,1	3 794,5	3 438,4	
Veränderungen 3)														
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0	
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1	
2018	101,8	8,5	- 29,2	- 49,7	- 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8	
2019	483,4	2,8	20,7	- 3,8	- 2,3	- 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9	
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	- 18,8	- 16,2	- 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2	
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	- 0,8	5,7	11,7	- 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9	
2022	1 170,5	- 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6	
2023	- 133,8	- 1,3	- 41,5	- 76,2	- 86,2	10,0	34,7	17,2	17,5	84,5	44,6	40,5	41,3	
2024	466,6	0,9	- 115,3	- 142,6	- 156,7	14,1	27,3	17,1	10,2	140,2	89,8	63,4	46,5	
2023 Juli	170,6	- 0,5	34,6	22,2	22,7	- 0,6	12,4	12,2	0,2	6,0	7,6	4,7	5,8	
Aug.	- 15,1	0,3	- 7,6	- 1,1	- 1,9	0,8	- 6,5	6,6	0,1	- 0,5	- 2,4	- 3,9	- 1,0	
Sept.	1,6	0,6	- 78,5	- 83,9	- 80,8	- 3,1	5,3	4,7	0,7	1,6	2,3	2,7	2,0	
Okt.	68,3	- 0,5	64,7	59,5	59,5	0,0	5,1	5,1	0,1	5,1	4,6	1,5	0,9	
Nov.	- 174,8	- 0,6	8,2	7,9	3,2	4,7	0,3	0,3	0,0	13,7	7,3	6,4	7,2	
Dez.	- 286,4	1,8	- 102,9	- 89,1	- 86,8	- 2,3	- 13,8	- 11,6	- 2,2	- 13,7	- 12,3	- 10,1	- 10,1	
2024 Jan.	123,8	- 2,4	90,9	68,6	61,1	7,6	22,3	18,9	3,3	15,1	5,4	0,8	0,1	
Febr.	132,1	0,0	33,5	20,9	15,7	5,3	12,5	12,3	0,2	11,2	7,4	7,3	6,3	
März	- 75,2	1,3	- 55,0	- 52,0	- 54,3	2,4	- 3,0	- 3,9	0,9	20,1	6,2	5,5	2,8	
April	86,9	- 1,1	1,5	- 6,7	- 8,6	1,9	8,2	9,2	- 1,1	- 3,8	1,9	1,4	1,2	
Mai	- 11,7	0,2	- 7,0	- 3,7	- 4,6	0,9	- 3,3	- 5,0	1,7	12,5	8,4	6,3	5,5	
Juni	- 95,0	- 0,0	- 16,0	- 1,1	1,0	- 2,1	- 14,9	- 14,2	- 0,6	11,0	7,9	0,8	2,1	
Juli	- 177,5	- 0,4	- 43,7	- 49,9	- 51,0	1,1	6,1	5,6	0,6	12,1	11,6	9,7	6,5	
Aug.	- 32,9	0,6	0,1	1,1	- 0,1	1,1	- 1,0	2,6	1,7	9,4	6,4	3,2	3,2	
Sept.	108,9	0,4	- 20,0	- 36,1	- 35,3	- 0,7	16,0	14,3	1,7	23,9	11,6	7,0	6,4	
Okt.	110,1	0,8	- 0,5	- 2,5	- 4,0	1,5	- 1,9	- 0,7	2,7	- 2,7	1,6	2,4	2,1	
Nov.	157,6	- 0,7	11,4	24,7	26,2	- 1,6	- 13,2	- 13,6	0,4	20,8	10,7	8,0	8,3	
Dez.	139,4	2,3	- 110,4	- 106,0	- 102,7	- 3,3	- 4,4	- 3,1	- 1,2	10,6	10,7	11,1	2,0	
2025 Jan.	330,7	- 3,3	100,2	83,0	75,5	7,5	17,2	15,1	2,1	37,7	18,4	5,7	3,9	
Febr.	- 453,0	0,1	2,2	- 10,2	- 14,4	4,2	12,4	10,9	1,5	33,2	17,5	12,6	10,9	
März	- 27,6	- 0,8	- 20,6	- 22,8	- 22,4	- 0,4	2,3	2,4	- 0,2	15,8	5,2	0,2	0,3	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
öffentliche Haushalte				Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite		Wertpapiere 2)	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	2023
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	2024
337,4	373,4	248,7	124,7	538,7	403,1	279,6	135,6	31,0	104,5	1 150,6	886,7	1 795,7	2023 Juni
336,2	376,4	252,1	124,3	536,6	407,3	282,8	129,3	30,7	98,7	1 156,3	895,0	1 916,3	Juli
333,3	377,9	249,5	128,4	537,7	404,5	282,9	133,2	31,1	102,1	1 157,7	899,2	1 915,9	Aug.
334,1	377,4	252,0	125,4	536,7	404,7	282,5	132,0	32,0	100,0	1 163,8	902,7	1 989,5	Sept.
334,7	380,5	255,1	125,4	537,0	405,6	282,9	131,4	32,0	99,4	1 165,8	909,5	1 980,1	Okt.
334,0	382,2	254,4	127,8	543,2	412,1	288,2	131,1	30,9	100,2	1 153,0	895,0	1 787,6	Nov.
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	Dez.
335,9	384,2	256,3	127,9	552,0	414,9	287,1	137,1	28,8	108,3	1 167,8	911,4	1 625,8	2024 Jan.
336,9	384,5	254,8	129,6	555,2	420,3	293,8	134,9	28,5	106,4	1 205,6	942,8	1 674,7	Febr.
339,7	385,2	257,2	128,0	569,2	426,8	294,6	142,5	28,1	114,4	1 211,2	942,8	1 627,7	März
339,7	385,8	259,9	126,0	562,7	422,4	294,1	140,3	28,8	111,4	1 218,9	947,8	1 713,6	April
340,5	388,1	259,6	128,5	566,3	429,9	296,6	136,4	27,8	108,6	1 247,8	977,8	1 661,5	Mai
339,0	395,2	262,6	132,7	569,3	425,5	293,2	143,8	28,0	115,8	1 237,3	963,9	1 588,6	Juni
342,2	397,0	263,1	133,9	569,2	425,5	295,9	143,7	27,5	116,2	1 230,3	956,4	1 450,3	Juli
342,2	400,2	261,9	138,3	571,3	429,2	301,1	142,1	27,5	114,6	1 236,5	961,1	1 396,4	Aug.
342,9	404,9	264,2	140,7	584,2	433,0	304,0	151,2	27,9	123,3	1 279,6	996,9	1 455,9	Sept.
343,0	406,8	270,5	136,3	580,5	435,1	305,0	145,4	27,1	118,3	1 284,7	997,7	1 574,0	Okt.
342,8	408,5	270,8	137,7	591,0	450,1	309,8	140,9	26,9	113,9	1 325,5	1 037,9	1 669,9	Nov.
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	Dez.
354,1	420,6	277,5	143,1	610,8	456,5	315,5	154,3	25,0	129,3	1 326,5	1 032,7	2 142,8	2025 Jan.
356,2	425,6	278,0	147,5	627,1	465,8	320,5	161,3	24,6	136,7	1 366,1	1 058,9	1 595,4	Febr.
356,0	430,6	279,4	151,2	637,4	464,5	323,0	172,9	25,3	147,6	1 384,6	1 080,1	1 558,7	März
Veränderungen 3)													
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	- 51,4	- 55,0	- 51,4	2016
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	- 29,0	- 18,9	14,8	2018
7,3	- 17,7	- 8,6	- 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	- 32,1	- 33,3	330,3	2019
0,2	- 2,4	- 1,7	- 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	- 0,4	0,7	- 9,7	- 8,2	108,8	2020
17,8	- 19,1	- 6,1	- 13,1	21,1	35,5	22,6	- 14,3	- 1,1	- 13,2	71,7	- 84,9	- 203,7	2021
16,9	- 14,4	1,9	- 16,3	19,3	20,7	24,4	- 1,4	2,6	- 3,9	15,0	- 0,8	793,3	2022
- 0,9	4,1	6,4	- 2,3	39,9	28,3	15,1	11,7	- 2,4	14,1	42,6	34,1	- 218,1	2023
16,8	26,4	16,3	10,1	50,5	38,8	25,8	11,6	- 4,5	16,1	136,3	113,5	304,4	2024
- 1,2	3,0	3,4	- 0,4	- 1,7	4,4	3,4	- 6,1	- 0,3	- 5,7	10,3	- 12,6	120,4	2023 Juli
- 2,8	1,5	- 2,6	4,1	1,9	1,9	1,0	3,8	0,5	3,4	- 5,1	- 1,9	- 2,2	Aug.
0,7	- 0,3	2,6	- 2,9	- 0,7	0,4	- 0,3	- 1,1	0,9	- 2,0	6,6	3,7	71,3	Sept.
0,7	3,0	3,1	- 0,0	0,5	1,1	0,5	- 0,5	0,0	- 0,6	3,9	8,3	- 5,0	Okt.
- 0,8	0,9	- 1,5	2,4	6,4	6,7	5,8	- 0,3	- 1,2	0,9	- 3,0	- 5,3	- 193,1	Nov.
- 0,1	- 2,2	0,7	- 2,8	- 1,4	- 0,9	- 4,4	- 0,5	- 2,5	2,0	- 15,2	- 15,5	- 156,4	Dez.
0,7	4,6	2,0	2,6	9,7	3,5	3,4	- 6,2	0,4	5,8	25,3	27,8	- 5,1	2024 Jan.
1,0	0,1	- 1,7	1,8	3,9	6,0	7,4	- 2,1	- 0,3	- 1,8	38,2	31,8	49,2	Febr.
2,7	0,7	2,4	- 1,6	13,9	6,4	1,0	7,6	- 0,4	7,9	5,4	- 0,2	47,1	März
0,1	0,6	2,6	- 2,0	- 5,8	- 4,0	- 0,4	- 1,8	0,7	- 2,5	4,6	1,8	85,7	April
0,8	2,1	- 0,4	2,5	4,1	8,0	2,9	- 3,9	- 1,1	- 2,8	34,2	34,8	- 51,5	Mai
- 1,4	7,1	3,0	4,2	3,1	- 4,3	- 3,6	7,4	0,2	7,2	- 17,0	- 19,8	- 73,0	Juni
3,1	2,0	0,8	1,1	0,5	0,5	3,3	- 0,0	- 0,5	0,4	- 3,4	- 3,8	- 142,0	Juli
- 0,0	3,2	- 1,2	4,4	3,0	4,5	5,9	- 1,6	0,0	- 1,6	6,9	5,5	- 50,0	Aug.
0,6	4,5	2,3	2,2	12,4	3,3	2,3	9,1	0,4	8,7	46,1	39,1	58,6	Sept.
0,2	- 0,8	3,6	- 4,4	- 4,3	1,5	0,5	- 5,8	- 0,8	- 5,0	- 5,4	- 9,5	118,0	Okt.
- 0,2	2,7	1,3	1,4	10,1	14,7	4,3	- 4,6	- 0,2	- 4,4	27,1	27,7	98,9	Nov.
9,1	- 0,4	1,7	- 2,2	- 0,1	- 1,2	- 1,3	1,1	- 3,1	4,2	- 25,7	- 21,6	262,6	Dez.
1,7	12,7	5,0	7,7	19,3	7,1	7,0	12,3	0,9	11,4	21,1	11,4	175,0	2025 Jan.
1,8	4,9	0,5	4,4	15,7	8,6	4,9	7,0	- 0,4	7,5	38,9	25,7	- 527,4	Febr.
- 0,1	5,0	1,4	3,6	10,6	- 1,0	2,5	11,6	0,7	10,9	14,4	16,8	- 36,4	März

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
									darunter bis zu 2 Jahren		darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 231,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2023 Juni	10 577,7	1 530,6	1 149,6	381,0	4 378,1	4 110,1	2 586,3	1 040,5	541,1	483,3	450,2	196,6	90,9
Juli	10 743,2	1 563,0	1 159,8	403,2	4 382,4	4 116,2	2 569,6	1 070,7	572,0	475,9	439,9	197,0	90,2
Aug.	10 735,3	1 549,2	1 162,1	387,0	4 388,3	4 124,6	2 555,7	1 101,4	603,4	467,5	428,7	191,6	87,5
Sept.	10 737,5	1 500,0	1 112,7	387,3	4 384,5	4 126,8	2 545,8	1 119,2	620,4	461,8	420,1	193,4	89,5
Okt.	10 797,9	1 530,0	1 132,1	398,0	4 398,0	4 135,1	2 528,3	1 151,4	653,5	455,4	410,8	198,1	88,2
Nov.	10 610,8	1 547,2	1 136,6	410,5	4 414,1	4 158,1	2 538,2	1 171,5	670,5	448,3	400,3	197,0	89,8
Dez.	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024 Jan.	10 454,3	1 538,7	1 125,8	412,8	4 411,2	4 162,0	2 484,1	1 238,6	733,2	439,4	386,3	189,6	81,6
Febr.	10 584,8	1 553,3	1 134,8	418,5	4 408,0	4 160,5	2 466,4	1 259,7	753,8	434,4	378,9	191,6	82,1
März	10 509,6	1 495,3	1 083,4	411,9	4 436,4	4 186,1	2 467,5	1 288,2	781,6	430,3	373,2	191,5	82,7
April	10 598,5	1 520,0	1 094,3	425,7	4 435,0	4 186,5	2 463,4	1 297,4	789,0	425,7	367,7	191,0	84,1
Mai	10 578,7	1 503,4	1 088,4	415,0	4 464,9	4 209,9	2 484,8	1 303,0	793,5	422,2	363,7	196,0	88,3
Juni	10 491,1	1 479,3	1 067,5	411,8	4 469,5	4 211,8	2 481,9	1 311,8	800,8	418,1	359,1	197,6	92,0
Juli	10 309,2	1 464,5	1 055,3	409,2	4 462,6	4 214,6	2 484,4	1 316,2	805,0	414,0	355,0	191,4	83,2
Aug.	10 269,1	1 426,3	1 025,0	401,3	4 522,7	4 269,7	2 535,4	1 323,2	812,1	411,2	352,1	194,8	85,4
Sept.	10 374,4	1 410,5	1 004,3	406,3	4 529,5	4 275,3	2 532,9	1 333,1	821,7	409,3	349,4	199,9	89,4
Okt.	10 490,7	1 427,9	1 001,9	426,0	4 539,0	4 281,9	2 542,8	1 331,5	819,0	407,6	346,9	197,6	88,6
Nov.	10 662,0	1 442,6	1 016,5	426,1	4 589,7	4 329,2	2 599,5	1 324,6	808,2	405,1	345,1	206,3	89,6
Dez.	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025 Jan.	11 172,1	1 456,8	1 013,8	443,1	4 573,3	4 318,1	2 591,6	1 323,1	795,4	403,3	344,8	204,1	90,3
Febr.	10 699,4	1 465,5	1 015,0	450,5	4 606,0	4 336,6	2 618,4	1 317,0	788,1	401,2	342,9	211,7	98,4
März	10 674,5	1 451,8	998,7	453,1	4 598,1	4 329,4	2 610,4	1 320,1	788,7	398,9	340,7	218,9	103,0
Veränderungen 4)													
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	- 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	- 30,6	- 6,6	- 3,4	- 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	- 74,7	- 34,9	- 14,5	- 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	- 45,8	- 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	- 15,6	- 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	- 27,5	- 26,3	18,4	12,8
2023	- 133,8	- 133,9	- 138,4	4,5	89,6	93,4	- 172,3	347,9	338,5	- 82,3	- 109,9	7,1	- 7,1
2024	466,6	- 51,5	- 71,6	20,1	128,4	140,3	58,9	121,4	101,4	- 40,0	- 49,2	6,8	5,9
2023 Juli	170,6	31,5	10,4	21,1	4,9	6,5	- 16,4	30,2	31,0	- 7,3	- 10,3	0,6	- 0,7
Aug.	- 15,1	- 13,3	2,8	- 16,1	6,4	7,9	- 13,6	30,0	30,7	- 8,5	- 11,2	- 4,4	- 2,4
Sept.	1,6	- 49,2	- 49,4	0,2	- 3,9	2,2	- 9,9	17,8	17,3	- 5,7	- 8,6	1,8	1,9
Okt.	68,3	30,9	19,9	11,0	13,8	8,5	- 17,4	32,3	33,1	- 6,4	- 9,4	4,7	- 1,2
Nov.	- 174,8	18,9	5,1	13,8	17,5	23,9	10,6	20,4	17,2	- 7,1	- 10,5	- 0,7	2,1
Dez.	- 286,4	- 67,4	- 47,2	- 20,3	16,0	27,3	3,4	26,4	23,1	- 2,5	- 5,0	- 10,5	- 13,8
2024 Jan.	123,8	48,2	25,6	22,5	- 8,9	- 13,2	- 46,4	39,8	39,6	- 6,5	- 9,1	3,0	5,5
Febr.	132,1	14,8	9,0	5,8	- 3,2	- 1,5	- 17,7	21,1	20,7	- 5,0	- 7,3	2,0	0,4
März	- 75,2	- 57,9	- 51,4	- 6,6	28,4	25,6	1,2	28,5	27,8	- 4,1	- 5,7	- 0,1	0,6
April	86,9	24,2	10,9	13,4	- 1,7	0,2	- 4,3	9,1	7,3	- 4,6	- 5,5	- 0,6	1,3
Mai	- 11,7	- 15,1	- 5,1	- 10,1	30,5	23,9	21,8	5,5	4,4	- 3,5	- 4,0	5,1	4,3
Juni	- 95,0	- 23,3	- 19,2	- 4,1	2,0	- 0,5	- 3,3	6,9	7,1	- 4,2	- 4,5	1,4	3,6
Juli	- 177,5	- 9,0	- 8,0	- 1,0	- 6,5	3,1	2,7	4,4	4,4	- 4,0	- 4,1	- 6,2	- 8,7
Aug.	- 32,9	- 5,9	1,7	- 7,7	28,5	23,1	19,0	7,0	7,0	- 2,9	- 2,9	3,8	2,5
Sept.	108,9	- 15,2	- 20,6	5,4	7,2	6,0	- 2,3	10,1	9,7	- 1,8	- 2,7	5,3	4,1
Okt.	110,1	15,5	- 2,9	18,4	8,2	5,1	9,3	- 2,6	- 3,1	- 1,7	- 2,5	- 2,7	- 1,0
Nov.	157,6	12,3	14,0	- 1,7	48,9	46,6	55,6	- 6,5	- 10,9	- 2,5	- 1,8	7,9	0,8
Dez.	139,4	- 39,9	- 25,7	- 14,2	- 5,0	21,9	23,0	- 2,0	- 12,7	0,9	1,0	- 12,1	- 7,5
2025 Jan.	330,7	49,9	22,4	27,6	- 11,8	- 28,3	- 26,1	0,4	- 0,2	- 2,7	- 2,4	4,9	3,3
Febr.	- 453,0	8,5	1,2	7,2	33,9	18,6	26,8	- 6,2	- 7,3	- 2,1	- 1,8	8,8	8,2
März	- 27,6	- 14,0	- 16,6	2,6	- 7,7	- 6,9	- 7,7	3,0	0,6	- 2,3	- 2,2	7,2	4,6

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	2023
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	2024
103,6	32,5	2,0	1,8	71,4	64,0	4,8	2,6	1 253,9	75,7	853,4	749,6	1 804,7	2023 Juni
104,8	33,2	2,0	1,7	69,2	61,5	6,5	2,9	1 262,0	76,3	855,0	757,2	1 914,3	Juli
102,0	32,4	2,0	1,7	72,2	61,5	5,8	3,0	1 271,3	83,5	840,0	765,2	1 912,5	Aug.
102,0	32,6	2,0	1,7	64,3	60,0	4,9	3,0	1 280,7	82,6	825,8	765,1	1 973,5	Sept.
107,9	37,8	2,0	1,6	64,8	59,7	6,2	2,9	1 288,5	84,7	843,9	755,9	1 972,3	Okt.
105,2	34,5	2,0	1,6	59,1	55,1	6,6	3,0	1 286,3	83,6	805,3	769,5	1 778,8	Nov.
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	Dez.
106,1	35,6	1,9	1,6	59,5	50,5	9,1	3,3	1 304,0	83,0	775,3	756,5	1 656,1	2024 Jan.
107,6	39,2	1,9	1,5	55,9	49,5	10,0	3,3	1 316,2	83,3	831,9	749,6	1 712,5	Febr.
106,8	37,5	1,9	1,5	58,8	49,9	9,1	3,5	1 320,0	82,7	834,2	756,2	1 655,0	März
105,0	35,6	1,9	1,5	57,4	49,2	9,5	3,7	1 324,9	77,3	821,9	746,5	1 736,9	April
105,8	34,8	1,9	1,5	59,0	49,5	8,7	3,8	1 327,0	75,7	832,8	756,7	1 681,4	Mai
103,8	33,3	1,9	1,4	60,1	49,5	9,3	4,0	1 327,0	79,4	825,3	786,7	1 590,0	Juni
106,3	36,2	1,9	1,4	56,6	49,1	10,1	4,2	1 316,5	76,0	780,4	790,0	1 480,9	Juli
107,5	37,9	1,9	1,4	58,3	49,1	12,7	4,6	1 320,2	77,6	772,8	789,8	1 420,1	Aug.
108,6	39,3	1,9	1,4	54,2	43,4	10,1	4,9	1 321,7	78,4	815,6	802,4	1 479,8	Sept.
107,2	38,8	1,9	1,4	59,6	43,6	9,4	4,9	1 326,0	73,8	783,1	817,2	1 583,2	Okt.
114,8	38,3	1,9	1,4	54,2	39,5	6,5	4,7	1 322,7	75,4	812,3	821,6	1 661,8	Nov.
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	Dez.
111,9	36,9	1,9	1,4	51,2	32,8	11,2	5,0	1 329,7	76,0	824,0	834,0	2 138,0	2025 Jan.
111,4	37,7	1,8	1,4	57,8	32,4	12,2	5,1	1 335,4	77,3	851,9	835,0	1 588,3	Febr.
114,0	40,4	1,8	1,4	49,8	32,5	11,2	5,3	1 342,2	91,1	865,6	834,0	1 566,3	März
Veränderungen 4)													
1,1	0,0	0,3	0,1	2,2	1,2	0,3	1,1	8,6	1,3	116,1	26,4	39,5	2016
10,8	4,2	0,1	0,0	0,0	0,0	1,1	0,3	3,3	8,5	16,1	34,1	162,3	2017
6,4	4,1	0,1	0,1	2,1	2,1	2,6	0,3	30,0	5,9	36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	0,1	0,1	1,4	1,4	5,6	0,5	22,3	0,1	47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	0,1	0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	9,3	61,6	1,5	108,5	2020
3,1	8,0	0,2	0,1	5,5	5,0	7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	207,9	2021
5,8	8,5	0,3	0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022
14,4	6,7	0,2	0,4	10,9	14,8	1,8	0,5	110,6	43,1	55,7	43,3	189,9	2023
1,0	4,1	0,1	0,2	18,7	18,6	1,3	1,6	12,7	9,3	17,7	43,5	312,9	2024
1,2	0,7	0,0	0,0	2,1	2,5	1,7	0,3	10,2	0,7	4,2	8,1	109,7	2023 Juli
2,1	0,1	0,0	0,0	2,9	0,0	0,7	0,1	7,0	7,1	18,9	7,2	2,8	Aug.
0,1	0,3	0,0	0,0	7,9	1,5	0,9	0,1	10,3	0,0	14,2	1,0	60,4	Sept.
5,9	5,2	0,0	0,0	0,6	0,3	1,4	0,1	8,3	2,2	19,1	4,6	0,4	Okt.
2,8	3,2	0,0	0,0	5,7	4,6	0,4	0,1	2,0	1,0	32,8	14,8	195,8	Nov.
3,3	3,4	0,0	0,0	0,8	3,1	1,6	0,1	5,6	3,0	80,1	15,3	163,0	Dez.
2,5	2,3	0,0	0,0	1,2	1,5	4,1	0,1	21,1	2,4	48,0	29,3	40,5	2024 Jan.
1,5	3,6	0,0	0,0	3,6	1,0	0,8	0,0	12,5	0,2	56,7	6,4	57,0	Febr.
0,7	1,7	0,0	0,0	2,9	0,5	0,9	0,2	3,6	0,6	2,0	6,6	57,1	März
1,9	2,1	0,0	0,0	1,4	0,8	0,4	0,2	3,6	5,4	14,2	10,0	84,4	April
0,8	0,7	0,0	0,0	1,5	0,3	0,8	0,1	4,2	1,6	13,9	10,7	55,2	Mai
2,1	1,6	0,0	0,0	1,0	0,1	0,6	0,2	2,9	3,7	11,2	29,5	89,7	Juni
2,6	2,8	0,0	0,0	3,4	0,4	0,8	0,2	8,9	3,4	41,2	3,7	116,5	Juli
1,2	1,6	0,0	0,0	1,6	0,0	2,5	0,5	1,8	0,8	6,5	4,7	58,5	Aug.
1,2	1,5	0,0	0,0	4,0	5,6	2,5	0,3	2,8	0,8	44,9	15,4	56,0	Sept.
1,7	0,8	0,0	0,0	5,8	0,7	0,8	0,1	0,1	4,7	33,3	5,7	114,9	Okt.
7,1	0,7	0,0	0,0	5,7	4,4	2,8	0,2	8,9	1,3	21,0	2,9	84,5	Nov.
4,6	3,8	0,0	0,0	14,7	6,2	0,1	0,1	16,0	2,9	62,3	10,0	252,6	Dez.
1,6	2,3	0,0	0,0	11,7	0,6	4,8	0,2	20,6	3,3	72,0	2,3	192,6	2025 Jan.
0,6	0,8	0,0	0,0	6,6	0,3	0,9	0,1	5,3	1,3	27,5	0,8	530,0	Febr.
2,6	2,8	0,0	0,0	8,0	0,1	0,9	0,2	4,8	11,7	13,6	1,2	24,8	März

runge. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen-

men mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2024 Okt. Nov. Dez.	1 303	10 599,7	69,0	3 508,5	2 986,5	518,5	5 163,8	519,6	3 864,8	0,1	760,8	100,4	1 758,1
	1 299	10 765,0	61,1	3 569,5	3 048,8	517,5	5 185,5	523,2	3 875,8	0,1	770,4	100,7	1 848,1
	1 296	10 907,0	81,4	3 428,2	2 913,5	511,8	5 186,8	514,8	3 877,6	0,1	779,5	101,2	2 109,3
2025 Jan. Febr. März	1 290	11 270,4	77,1	3 530,3	3 005,2	522,0	5 242,1	537,8	3 880,3	0,1	807,8	102,8	2 318,2
	1 291	10 797,8	56,2	3 571,2	3 038,8	529,4	5 296,2	552,7	3 890,0	0,1	835,2	103,1	1 770,9
	1 287	10 773,7	62,1	3 573,4	3 042,8	527,5	5 300,0	550,0	3 887,6	0,1	842,9	103,4	1 734,7
Kreditbanken 6)													
2025 Febr. März	234	5 042,2	20,5	1 724,9	1 612,6	111,5	1 819,7	387,5	1 076,2	0,1	346,4	34,6	1 442,5
	230	5 009,4	21,9	1 709,6	1 599,2	109,6	1 816,0	382,0	1 076,6	0,1	347,4	34,8	1 427,2
Großbanken 7)													
2025 Febr. März	3	2 350,5	9,1	728,0	677,3	50,7	826,1	186,7	448,1	–	187,6	26,5	760,8
	3	2 323,0	8,5	713,2	662,8	50,4	840,7	192,1	446,9	–	198,9	26,7	733,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2025 Febr. März	123	2 215,4	8,2	704,5	646,9	57,0	834,2	155,4	526,2	0,1	147,4	7,5	660,8
	122	2 204,2	9,8	699,8	643,9	55,5	814,3	142,5	528,0	0,1	137,4	7,5	672,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
2025 Febr. März	108	476,3	3,1	292,4	288,4	3,7	159,3	45,4	101,9	–	11,4	0,6	20,9
	105	482,3	3,6	296,6	292,5	3,8	161,0	47,3	101,7	–	11,1	0,6	20,7
Landesbanken													
2025 Febr. März	6	902,8	2,6	334,0	275,6	58,3	444,3	48,8	345,1	0,0	46,7	10,2	111,7
	6	915,9	3,1	346,8	289,3	57,4	446,2	50,1	343,6	0,0	48,4	10,2	109,6
Sparkassen													
2025 Febr. März	344	1 579,5	16,7	282,5	158,4	124,1	1 237,2	55,6	1 007,3	–	174,2	17,2	25,9
	344	1 574,6	20,5	272,4	147,0	125,3	1 239,5	56,6	1 006,4	–	176,6	17,2	25,0
Kreditgenossenschaften													
2025 Febr. März	669	1 203,5	11,5	220,3	110,0	109,9	918,9	35,7	762,4	0,0	120,7	20,9	31,9
	669	1 201,0	11,4	214,8	104,6	109,7	922,4	36,6	763,7	0,0	122,0	20,9	31,4
Realkreditinstitute													
2025 Febr. März	7	217,2	0,1	16,3	8,8	7,5	195,3	2,8	179,9	–	12,6	0,2	5,2
	7	217,3	0,1	16,9	9,5	7,4	195,2	2,8	179,6	–	12,7	0,2	5,0
Bausparkassen													
2025 Febr. März	13	260,3	0,2	38,2	23,3	14,9	217,8	1,2	195,4	.	21,2	0,2	3,9
	13	260,2	0,2	37,8	22,9	14,9	218,2	1,2	195,7	.	21,3	0,2	3,9
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2025 Febr. März	18	1 592,3	4,5	955,0	850,2	103,1	463,1	21,1	323,7	0,0	113,4	20,0	149,6
	18	1 595,3	4,9	975,2	870,3	103,1	462,6	20,8	322,0	0,0	114,6	20,1	132,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2025 Febr. März	135	2 461,9	8,5	849,8	802,4	46,6	799,4	179,7	439,7	0,1	172,9	2,6	801,6
	132	2 463,9	10,4	860,1	814,0	45,3	781,3	170,8	441,0	0,1	161,0	2,6	809,5
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2025 Febr. März	27	1 985,6	5,4	557,4	514,0	42,8	640,0	134,3	337,8	0,1	161,5	2,1	780,7
	27	1 981,6	6,8	563,5	521,5	41,6	620,3	123,4	339,3	0,1	149,9	2,1	788,8

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

(Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaber-schuld-verschrei-bungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rück-lagen, Genuss-rechts-kapital, Fonds für allgemeine Bank-risiken	Sonstige Passiv-posi-tionen 1)	Stand am Monats-ende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:											
	Sicht-ein-lagen	Termin-ein-lagen		Sicht-ein-lagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nach-richtlich: Verbind-lich-keiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Spar-briefe					
					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	darunter mit drei-monatiger Kündi-gungsfrist						
Alle Bankengruppen															
2 014,3	661,3	1 353,0	4 742,1	2 752,8	728,7	680,6	88,3	411,9	350,3	168,1	1 410,5	648,3	1 784,5	2024 Okt. Nov. Dez.	
2 043,9	673,3	1 370,5	4 804,2	2 815,4	725,1	692,3	87,3	409,4	348,4	161,9	1 410,3	649,9	1 856,8		
1 951,8	586,0	1 365,8	4 791,7	2 821,3	708,6	692,6	75,4	410,3	349,4	158,9	1 400,9	649,4	2 113,2		
2 066,1	664,9	1 401,2	4 795,4	2 811,9	726,2	691,5	103,2	407,7	348,1	158,1	1 418,1	656,6	2 334,2	2025 Jan. Febr. März	
2 101,0	696,0	1 405,0	4 830,9	2 849,2	729,3	689,3	114,1	405,5	346,2	157,5	1 425,5	660,4	1 780,0		
2 088,5	686,9	1 401,6	4 834,3	2 847,8	737,1	689,2	102,3	403,2	344,0	157,0	1 431,4	669,3	1 750,2		
Kreditbanken 6)															
1 141,8	542,0	599,8	2 038,8	1 269,9	392,2	263,9	111,3	83,2	49,2	29,7	237,8	232,3	1 391,4	2025 Febr. März	
1 134,7	534,9	599,7	2 022,3	1 263,5	379,8	266,7	99,2	82,6	48,5	29,6	240,7	233,9	1 377,9		
Großbanken 7)															
442,2	193,7	248,6	905,4	557,7	189,8	78,5	44,9	75,8	42,6	3,5	178,8	90,9	733,2	2025 Febr. März	
435,6	184,0	251,7	907,3	556,6	193,4	78,4	46,0	75,4	42,0	3,5	181,1	91,7	707,2		
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
492,5	251,5	241,0	904,2	558,7	150,8	161,7	66,4	7,1	6,4	26,0	57,0	121,9	639,7	2025 Febr. März	
485,0	248,9	236,1	886,3	550,9	138,0	164,6	53,3	7,0	6,2	25,9	57,6	122,6	652,5		
Zweigstellen ausländischer Banken															
207,0	96,8	110,2	229,2	153,6	51,6	23,7	0,0	0,2	0,2	0,1	2,0	19,5	18,5	2025 Febr. März	
214,1	102,0	112,0	228,6	156,0	48,5	23,8	0,0	0,2	0,2	0,1	2,0	19,5	18,1		
Landesbanken															
206,9	34,8	172,1	306,3	158,4	76,7	65,0	1,6	4,2	4,2	2,0	233,6	45,6	110,4	2025 Febr. März	
217,0	44,0	172,9	308,6	161,1	76,9	64,4	2,0	4,2	4,2	2,0	233,6	45,8	110,9		
Sparkassen															
144,2	3,9	140,3	1 199,3	789,8	97,9	22,8	–	190,0	173,7	98,7	23,6	154,1	58,2	2025 Febr. März	
142,4	3,3	139,1	1 195,0	786,3	98,7	22,8	–	188,8	172,5	98,4	23,7	158,6	54,9		
Kreditgenossenschaften															
153,1	1,5	151,7	888,5	550,9	138,8	44,5	–	127,7	118,7	26,6	8,2	114,8	38,9	2025 Febr. März	
152,7	2,2	150,5	885,8	548,4	139,2	44,5	–	127,2	118,4	26,5	8,1	116,7	37,6		
Realkreditinstitute															
39,1	2,8	36,3	53,1	2,6	5,7	44,8	0,1	–	–	–	108,4	9,5	7,2	2025 Febr. März	
40,0	3,0	37,0	53,3	2,7	5,5	45,2	0,1	–	–	–	107,6	9,5	7,0		
Bausparkassen															
37,0	2,3	34,8	194,5	7,1	2,9	184,0	–	0,4	0,4	0,1	8,1	13,5	7,1	2025 Febr. März	
37,9	2,9	35,0	193,9	7,1	2,7	183,6	–	0,4	0,4	0,1	8,1	13,5	6,8		
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
378,9	108,7	270,2	150,4	70,6	15,2	64,3	1,0	–	–	–	805,8	90,4	166,8	2025 Febr. März	
363,9	96,6	267,4	175,3	78,8	34,2	62,0	1,0	–	–	–	809,6	91,3	155,1		
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
667,8	344,1	323,7	858,5	549,7	174,8	112,1	71,4	6,3	6,1	15,5	52,3	106,2	777,0	2025 Febr. März	
671,9	349,2	322,7	843,3	547,8	158,1	115,4	57,8	6,3	6,0	15,7	53,6	106,2	788,9		
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
460,8	247,3	213,5	629,3	396,1	123,3	88,3	71,4	6,2	5,9	15,4	50,3	86,7	758,6	2025 Febr. März	
457,9	247,2	210,7	614,7	391,7	109,6	91,6	57,8	6,1	5,8	15,6	51,6	86,7	770,8		

fähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen

Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle 1.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken"). **8** Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbstständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	–	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	–	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2023 Okt.	17,4	62,2	2 351,7	2 102,8	–	0,8	248,0	13,1	4 051,9	3 656,6	0,1	3,0	392,2
Nov.	16,7	45,5	2 375,9	2 122,3	–	0,9	252,7	13,3	4 057,9	3 661,2	0,1	3,1	393,6
Dez.	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024 Jan.	16,1	73,1	2 330,7	2 070,9	–	0,8	259,0	28,1	4 048,3	3 649,5	0,0	1,4	397,4
Febr.	16,2	47,5	2 376,9	2 112,0	–	0,8	264,1	31,6	4 055,7	3 654,0	0,1	0,5	401,2
März	17,5	46,9	2 325,4	2 058,2	–	0,7	266,5	34,3	4 061,0	3 658,4	0,1	0,5	402,1
April	16,4	46,0	2 319,4	2 050,6	–	0,7	268,1	38,0	4 062,1	3 661,7	0,0	1,7	398,6
Mai	16,6	43,4	2 317,7	2 048,2	–	0,8	268,7	41,5	4 069,5	3 666,0	0,1	1,2	402,2
Juni	16,5	46,6	2 313,9	2 045,6	–	0,8	267,5	44,4	4 076,9	3 670,9	0,1	1,1	404,8
Juli	16,1	50,0	2 259,5	1 989,8	–	0,7	269,0	46,0	4 083,3	3 676,4	0,0	1,1	405,8
Aug.	16,8	46,0	2 263,7	1 992,9	–	0,8	269,9	47,3	4 088,6	3 677,6	0,1	1,4	409,5
Sept.	17,1	48,4	2 225,0	1 954,8	–	0,9	269,3	46,5	4 098,6	3 684,7	0,1	2,0	411,8
Okt.	17,9	50,5	2 215,2	1 943,4	–	0,9	270,9	44,8	4 099,7	3 689,4	0,0	3,1	407,2
Nov.	17,2	43,2	2 248,3	1 977,8	–	0,9	269,6	36,8	4 109,8	3 698,7	0,1	2,6	408,5
Dez.	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025 Jan.	16,2	60,2	2 206,1	1 931,3	–	0,8	274,0	37,3	4 134,7	3 706,8	0,1	2,1	425,8
Febr.	16,3	39,4	2 216,9	1 937,8	–	1,0	278,1	36,7	4 150,7	3 716,8	0,1	2,5	431,3
März	15,5	46,0	2 187,7	1 909,0	–	0,9	277,8	37,0	4 154,8	3 717,7	0,1	2,7	434,3
Veränderungen *)													
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	–	– 0,9	– 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	– 0,1	– 0,1	– 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	+ 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	– 0,0	– 0,2	– 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	– 2,2	+ 6,6
2022	– 29,6	– 836,6	+ 938,0	+ 938,1	–	+ 0,2	– 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	– 0,1	+ 0,1	– 3,3
2023	– 1,3	– 15,3	– 65,5	– 71,2	–	– 0,2	+ 5,9	+ 1,9	+ 30,9	+ 39,0	– 0,1	– 1,8	– 6,2
2024	+ 0,9	+ 9,5	– 149,7	– 164,7	–	– 0,1	+ 15,0	+ 15,3	+ 76,9	+ 52,4	– 0,0	+ 1,0	+ 23,6
2023 Okt.	– 0,5	+ 12,7	+ 46,8	+ 46,8	–	– 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,0	– 0,0	– 0,4	+ 1,1
Nov.	– 0,6	– 16,7	+ 24,2	+ 19,5	–	+ 0,1	+ 4,6	+ 0,1	+ 6,1	+ 4,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,3
Dez.	+ 1,8	+ 6,5	– 95,5	– 93,3	–	– 0,1	– 2,0	+ 0,6	– 12,7	– 10,3	– 0,0	– 2,2	– 0,2
2024 Jan.	– 2,4	+ 21,1	+ 48,6	+ 40,3	–	– 0,0	+ 8,4	+ 3,9	+ 4,0	– 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 4,0
Febr.	+ 0,0	– 25,6	+ 46,3	+ 41,2	–	– 0,0	+ 5,1	+ 3,4	+ 6,7	+ 3,7	+ 0,0	– 0,9	+ 3,8
März	+ 1,3	– 0,6	– 51,5	– 53,8	–	– 0,1	+ 2,3	+ 2,8	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,0	– 0,1	+ 0,9
April	– 1,1	– 0,8	– 5,9	– 7,5	–	+ 0,0	+ 1,6	+ 3,7	+ 1,1	+ 3,3	– 0,0	+ 1,3	– 3,5
Mai	+ 0,2	– 2,7	– 1,7	– 2,4	–	+ 0,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 7,4	+ 4,3	+ 0,0	– 0,5	+ 3,6
Juni	– 0,0	+ 3,2	– 3,8	– 1,9	–	– 0,0	– 1,9	+ 2,9	+ 7,4	+ 4,9	– 0,0	– 0,1	+ 2,6
Juli	– 0,4	+ 3,4	– 53,0	– 54,4	–	– 0,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 7,1	+ 6,1	– 0,0	– 0,1	+ 1,0
Aug.	+ 0,6	– 3,8	+ 4,7	+ 3,6	–	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,4	+ 5,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 3,7
Sept.	+ 0,4	+ 2,4	– 38,7	– 38,1	–	+ 0,1	– 0,7	+ 1,3	+ 10,8	+ 7,9	– 0,0	+ 0,6	+ 2,3
Okt.	+ 0,7	+ 2,1	– 4,0	– 5,6	–	– 0,0	+ 1,6	– 1,7	+ 1,2	+ 4,7	– 0,0	+ 1,1	– 4,6
Nov.	– 0,7	– 7,2	+ 33,2	+ 34,5	–	+ 0,0	– 1,3	– 8,0	+ 10,1	+ 9,4	+ 0,0	– 0,5	+ 1,3
Dez.	+ 2,3	+ 18,0	– 123,8	– 120,4	–	– 0,1	– 3,3	+ 0,6	+ 10,5	+ 2,8	– 0,0	– 0,7	+ 8,4
2025 Jan.	– 3,3	– 1,0	+ 83,8	+ 76,1	–	+ 0,1	+ 7,6	– 0,1	+ 14,5	+ 5,4	– 0,0	+ 0,2	+ 8,9
Febr.	+ 0,1	– 20,9	+ 10,8	+ 6,5	–	+ 0,1	+ 4,1	– 0,6	+ 17,1	+ 11,1	–	+ 0,5	+ 5,6
März	– 0,8	+ 6,6	– 29,2	– 28,8	–	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

		Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Zeit	
Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhand-kredite		insgesamt	Sicht-einlagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nachrichtlich: Treuhand-kredite	insgesamt	Sicht-ein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)		Nachrichtlich: Treuhand-kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
-	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
-	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	2023
-	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	2024
-	24,1	80,3	1 132,1	136,7	995,4	0,0	14,0	4 198,0	2 544,5	1 086,5	455,4	111,6	37,3	2023 Okt.
-	24,0	80,6	1 136,6	140,0	996,7	0,0	14,0	4 217,3	2 552,9	1 085,6	448,3	130,5	37,6	Nov.
-	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	Dez.
-	23,7	80,3	1 125,8	155,3	970,5	0,0	13,4	4 216,3	2 496,8	1 128,7	439,4	151,4	54,5	2024 Jan.
-	23,7	80,1	1 134,8	161,4	973,4	0,0	13,3	4 213,6	2 478,3	1 143,5	434,4	157,3	57,5	Febr.
-	23,5	80,3	1 083,4	159,4	924,0	0,0	12,8	4 239,0	2 479,2	1 168,8	430,3	160,7	60,2	März
-	23,4	80,8	1 094,3	160,6	933,8	0,0	12,7	4 239,6	2 475,4	1 173,6	425,8	164,8	63,7	April
-	23,5	81,0	1 088,4	158,0	930,5	0,0	12,7	4 263,3	2 497,0	1 176,9	422,2	167,2	66,9	Mai
-	23,2	81,1	1 067,5	158,5	909,0	0,0	12,3	4 264,7	2 494,2	1 182,5	418,1	170,0	68,9	Juni
-	23,1	84,5	1 055,3	159,3	896,1	0,0	12,1	4 267,8	2 497,1	1 185,2	414,0	171,5	70,0	Juli
-	26,4	84,9	1 025,0	133,1	891,9	0,0	12,0	4 323,3	2 548,5	1 191,1	411,2	172,5	74,5	Aug.
-	26,1	84,6	1 004,3	135,4	868,8	0,0	11,6	4 322,6	2 544,1	1 193,8	409,3	175,4	75,3	Sept.
-	26,1	84,0	1 001,9	132,9	868,9	0,0	11,6	4 329,5	2 555,1	1 200,0	407,6	166,9	73,9	Okt.
-	26,2	84,3	1 016,5	139,5	877,0	0,0	11,5	4 371,9	2 608,4	1 197,6	405,1	160,8	66,5	Nov.
-	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	Dez.
-	26,2	85,0	1 013,8	137,7	876,1	0,0	11,0	4 355,9	2 600,4	1 195,2	403,4	157,0	66,4	2025 Jan.
-	26,2	85,4	1 015,0	143,0	872,0	0,0	11,0	4 374,9	2 627,8	1 189,4	401,2	156,4	65,2	Febr.
-	26,2	85,8	998,7	138,1	860,7	0,0	10,6	4 368,0	2 618,3	1 194,9	398,9	155,9	65,7	März
Veränderungen *)														
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,7	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	- 0,7	+ 0,1	- 8,6	+ 1,6	- 10,2	+ 0,0	- 0,3	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 3,4	- 4,1	- 1,4	2019
-	+ 5,7	- 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	- 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	2020
-	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	- 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	2021
-	- 0,1	+ 1,7	- 104,6	+ 8,8	- 113,4	- 0,0	- 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	- 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
-	- 1,2	+ 0,6	- 139,9	- 8,9	- 131,0	± 0,0	- 2,3	+ 76,6	- 172,0	+ 226,4	- 82,3	+104,5	+ 3,5	2023
-	+ 2,3	+ 3,8	- 69,9	+ 23,0	- 92,9	+ 0,0	- 2,4	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	- 40,0	+ 23,1	+17,0	2024
-	- 0,1	- 0,1	+ 19,9	- 0,7	+ 20,6	- 0,0	- 0,1	+ 8,7	- 13,4	+ 14,0	- 6,4	+ 14,6	+ 0,3	2023 Okt.
-	- 0,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	+ 19,3	+ 8,5	- 1,0	- 7,1	+ 18,8	+ 0,3	Nov.
-	- 0,2	- 0,2	- 47,3	- 12,5	- 34,8	- 0,0	- 0,5	+ 22,3	- 0,7	+ 13,7	- 2,5	+ 11,8	+ 1,2	Dez.
-	- 0,1	- 0,1	+ 26,0	+ 17,4	+ 8,6	+ 0,0	- 0,1	- 12,7	- 44,1	+ 28,7	- 6,5	+ 9,2	+ 4,4	2024 Jan.
-	- 0,0	- 0,2	+ 8,9	+ 6,1	+ 2,9	- 0,0	- 0,1	- 2,8	- 18,4	+ 14,8	- 5,0	+ 5,9	+ 3,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,3	- 51,4	- 1,9	- 49,5	-	- 0,5	+ 25,5	+ 0,9	+ 25,3	- 4,1	+ 3,4	+ 2,6	März
-	- 0,1	+ 0,4	+ 11,0	+ 1,2	+ 9,8	-	- 0,1	+ 0,6	- 3,8	+ 4,8	- 4,6	+ 4,2	+ 3,5	April
-	+ 0,0	+ 0,2	- 5,3	- 2,6	- 2,7	-	- 0,1	+ 23,7	+ 21,7	+ 3,1	- 3,5	+ 2,4	+ 3,2	Mai
-	- 0,2	+ 0,1	- 18,9	+ 0,5	- 19,4	-	- 0,4	- 0,4	- 2,7	+ 3,7	- 4,2	+ 2,8	+ 2,0	Juni
-	- 0,1	+ 3,4	- 8,1	+ 4,8	- 13,0	+ 0,0	- 0,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	- 4,0	+ 1,5	+ 1,1	Juli
-	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 5,9	- 4,1	+ 0,0	- 0,1	+ 23,5	+ 19,5	+ 5,8	- 2,9	+ 1,0	+ 4,5	Aug.
-	- 0,3	+ 0,0	- 20,7	+ 2,4	- 23,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,7	- 4,5	+ 2,7	- 1,8	+ 2,9	+ 0,9	Sept.
-	- 0,0	- 0,6	- 2,4	- 2,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 7,1	+ 11,6	- 1,8	- 1,7	- 1,0	- 1,5	Okt.
-	+ 0,1	+ 0,3	+ 14,7	+ 6,6	+ 8,1	- 0,0	- 0,0	+ 42,7	+ 52,8	- 1,6	- 2,5	- 6,1	- 7,4	Nov.
-	- 0,2	- 0,4	- 25,4	- 14,8	- 10,6	- 0,0	- 0,5	+ 16,6	+ 22,1	- 3,4	+ 0,9	- 3,0	+ 0,6	Dez.
-	+ 0,1	+ 1,1	+ 22,3	+ 14,5	+ 7,8	-	- 0,0	- 27,3	- 24,8	+ 1,0	- 2,7	- 0,7	- 0,2	2025 Jan.
-	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 5,4	- 4,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,0	+ 27,6	- 5,8	- 2,1	- 0,7	- 1,3	Febr.
-	- 0,3	+ 0,3	- 16,4	- 5,0	- 11,3	- 0,0	- 0,4	- 6,8	- 9,5	+ 5,5	- 2,3	- 0,5	+ 0,3	März

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.
4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank.
5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu

Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit		Kassen- bestand an Noten und Münzen in Nicht- Eurowäh- rungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsen- fähige Geld- markt- papiere von Banken	Wert- papiere von Banken	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatz- wechsel und bör- senfähige Geldmarkt- papiere von Nicht- banken	Wert- papiere von Nicht- banken
				zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7	
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6	
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5	
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1	
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5	
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5	
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9	
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6	
2023	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8	
2024	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6	
2023 Okt.	0,2	1 212,3	975,9	689,7	286,2	3,6	232,8	4,2	956,8	635,7	188,7	447,0	14,6	306,5	
Nov.	0,2	1 190,3	954,5	674,0	280,5	3,3	232,4	4,2	971,3	645,4	194,5	450,9	15,3	310,6	
Dez.	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8	
2024 Jan.	0,2	1 206,8	971,9	684,9	287,0	2,8	232,0	6,1	985,5	649,3	196,9	452,4	14,6	321,6	
Febr.	0,2	1 245,8	1 010,7	724,3	286,4	3,0	232,2	6,9	1 000,4	660,7	204,4	456,3	14,2	325,4	
März	0,2	1 255,0	1 016,4	732,9	283,5	2,7	236,0	7,0	1 007,9	651,5	191,9	459,6	15,3	341,2	
April	0,2	1 255,8	1 018,0	729,5	288,5	2,2	235,6	7,4	1 016,3	664,8	206,3	458,5	16,5	335,0	
Mai	0,2	1 282,2	1 041,2	755,0	286,2	2,5	238,5	7,5	1 018,6	667,3	207,9	459,4	16,1	335,2	
Juni	0,2	1 253,4	1 012,8	723,8	289,0	2,3	238,3	7,2	1 025,1	665,2	207,3	457,9	16,5	343,4	
Juli	0,2	1 251,7	1 007,8	719,6	288,2	2,6	241,3	7,0	1 025,1	669,1	208,7	460,4	15,8	340,2	
Aug.	0,2	1 256,1	1 010,7	720,2	290,5	2,6	242,8	6,9	1 027,7	673,1	211,4	461,7	16,0	338,6	
Sept.	0,2	1 291,1	1 042,8	755,5	287,3	2,4	245,9	8,9	1 062,7	693,5	230,3	463,2	16,7	352,6	
Okt.	0,2	1 293,3	1 043,2	755,3	287,9	2,4	247,7	8,9	1 064,1	695,1	229,2	465,9	15,4	353,6	
Nov.	0,2	1 321,2	1 071,1	781,1	290,0	2,2	247,9	8,1	1 075,7	700,4	232,2	468,2	13,3	362,0	
Dez.	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6	
2025 Jan.	0,1	1 324,2	1 074,0	770,6	303,4	2,1	248,1	7,9	1 107,4	711,3	240,9	470,5	14,0	382,0	
Febr.	0,1	1 354,4	1 101,1	799,1	302,0	2,0	251,3	7,5	1 145,5	726,0	251,3	474,7	15,6	403,9	
März	0,1	1 385,7	1 133,8	835,7	298,1	2,2	249,7	7,6	1 145,2	720,0	245,7	474,3	16,6	408,6	
Veränderungen *)															
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5	
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4	
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7	
2019	- 0,0	- 4,1	- 11,3	- 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8	
2020	- 0,0	- 32,0	- 22,4	- 6,6	- 15,8	+ 0,9	- 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1	
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	- 2,5	- 15,8	- 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	- 3,2	+ 1,4	
2022	- 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	- 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	- 6,7	
2023	- 0,0	+ 32,6	+ 24,9	+ 10,2	+ 14,7	+ 1,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 51,5	+ 14,8	+ 5,2	+ 9,6	- 2,6	+ 39,3	
2024	+ 0,0	+ 121,0	+ 106,2	+ 97,2	+ 9,0	- 1,0	+ 15,9	- 0,2	+ 95,3	+ 55,1	+ 43,9	+ 11,2	+ 0,5	+ 39,7	
2023 Okt.	+ 0,0	+ 10,3	+ 10,6	+ 2,6	+ 8,0	+ 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,7	+ 3,8	+ 5,2	- 1,4	- 1,6	- 3,0	
Nov.	-	- 14,4	- 13,9	- 11,5	- 2,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 18,7	+ 12,9	+ 7,6	+ 5,3	+ 0,8	+ 5,0	
Dez.	- 0,0	- 21,0	- 17,6	- 21,0	+ 3,4	- 0,3	- 3,2	+ 0,0	- 9,7	- 17,2	- 19,2	+ 2,0	- 3,0	+ 10,5	
2024 Jan.	+ 0,0	+ 34,0	+ 31,6	+ 29,7	+ 1,9	- 0,2	+ 2,7	- 0,0	+ 21,4	+ 19,0	+ 21,0	- 2,0	+ 2,2	+ 0,1	
Febr.	- 0,0	+ 39,2	+ 38,9	+ 39,6	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 15,8	+ 12,3	+ 7,5	+ 4,8	- 0,3	+ 3,8	
März	- 0,0	+ 9,1	+ 5,6	+ 8,7	- 3,0	- 0,3	+ 3,8	+ 0,1	+ 7,7	- 9,1	- 12,5	+ 3,4	+ 1,0	+ 15,7	
April	+ 0,0	- 1,5	- 0,8	- 4,7	+ 4,0	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	+ 7,1	+ 12,3	+ 14,0	- 1,6	+ 1,2	- 6,4	
Mai	- 0,0	+ 30,1	+ 26,8	+ 27,6	- 0,9	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,0	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,3	+ 1,8	- 0,4	+ 0,7	
Juni	+ 0,0	- 33,6	- 33,1	- 34,1	+ 1,0	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 3,4	- 4,7	- 1,6	- 3,1	+ 0,4	+ 7,7	
Juli	- 0,0	+ 2,5	- 0,8	- 1,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,0	- 0,2	+ 2,3	+ 5,8	+ 2,4	+ 3,4	- 0,7	- 2,9	
Aug.	+ 0,0	+ 11,1	+ 9,5	+ 4,7	+ 4,8	- 0,0	+ 1,6	- 0,1	+ 7,8	+ 8,2	+ 4,6	+ 3,6	+ 0,3	- 0,7	
Sept.	- 0,0	+ 37,6	+ 34,7	+ 36,9	- 2,2	- 0,2	+ 3,1	- 0,1	+ 35,7	+ 20,8	+ 19,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 14,2	
Okt.	+ 0,0	- 5,7	- 7,3	- 4,8	- 2,5	+ 0,0	+ 1,6	- 0,0	- 3,4	- 2,2	- 2,9	+ 0,6	- 1,4	+ 0,2	
Nov.	+ 0,0	+ 18,1	+ 18,3	+ 19,7	- 1,5	- 0,2	+ 0,0	- 0,8	+ 5,1	+ 0,0	+ 0,8	- 0,7	- 2,1	+ 7,2	
Dez.	+ 0,0	- 19,9	- 17,2	- 24,7	+ 7,5	- 0,2	- 2,5	- 0,1	- 11,9	- 11,5	- 10,9	- 0,6	- 0,5	+ 0,1	
2025 Jan.	- 0,1	+ 16,1	+ 13,5	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,0	+ 41,1	+ 20,5	+ 18,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 19,4	
Febr.	+ 0,0	+ 30,2	+ 26,9	+ 28,3	- 1,4	- 0,0	+ 3,4	- 0,4	+ 37,2	+ 14,1	+ 10,3	+ 3,7	+ 1,6	+ 21,6	
März	- 0,0	+ 43,7	+ 45,1	+ 44,4	+ 0,8	+ 0,2	- 1,6	+ 0,1	+ 7,3	- 0,4	- 3,7	+ 3,3	+ 1,1	+ 6,6	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

		Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Nachrichtlich: Treuhandkredite				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	–	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	–	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	–	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	2023
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	2024
10,2	16,6	1 021,8	558,9	462,9	288,0	174,9	–	423,2	207,0	216,2	117,4	98,8	0,3	2023 Okt.
10,4	16,4	1 003,7	538,0	465,7	291,0	174,6	–	412,5	206,3	206,3	107,1	99,2	0,3	Nov.
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	Dez.
10,7	16,4	979,5	520,1	459,5	284,6	174,9	–	409,6	200,3	209,3	110,6	98,6	0,7	2024 Jan.
10,7	15,9	1 025,8	534,6	491,2	311,3	179,9	0,0	425,9	211,9	214,1	117,4	96,6	2,0	Febr.
10,7	15,9	1 041,0	502,1	538,9	370,9	168,1	0,0	408,7	192,8	215,9	118,1	97,7	2,6	März
10,8	16,1	1 029,6	524,9	504,8	329,8	175,0	0,0	419,4	207,2	212,3	114,6	97,7	3,2	April
10,8	16,0	1 034,0	554,2	479,7	315,8	163,9	0,0	420,7	212,0	208,7	109,3	99,4	4,0	Mai
10,6	16,0	1 033,2	549,6	483,6	315,3	168,3	0,0	414,4	204,4	210,1	111,0	99,0	4,5	Juni
10,5	16,0	987,8	505,4	482,4	311,4	170,9	0,0	402,9	191,4	211,5	112,3	99,3	4,8	Juli
10,6	16,0	974,5	469,5	505,0	330,4	174,6	0,0	408,3	196,3	212,0	112,7	99,3	5,1	Aug.
10,6	15,9	1 011,3	532,4	478,9	299,4	179,5	0,0	424,3	210,9	213,5	113,7	99,8	5,5	Sept.
10,7	16,2	1 012,4	528,4	484,0	303,5	180,6	0,0	412,5	197,7	214,9	116,2	98,7	5,4	Okt.
10,8	16,3	1 027,3	533,8	493,5	314,3	179,2	0,0	432,3	207,0	225,3	118,4	106,9	4,1	Nov.
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	Dez.
10,7	17,6	1 052,3	527,2	525,1	345,9	179,3	–	439,5	211,5	228,0	121,9	106,1	4,9	2025 Jan.
10,7	17,5	1 085,9	552,9	533,0	348,0	185,0	–	456,0	221,4	234,6	129,7	104,9	5,2	Febr.
10,7	17,5	1 089,8	548,8	541,0	357,8	183,2	–	466,3	229,6	236,7	128,7	108,1	5,6	März
Veränderungen *)														
– 0,1	– 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	– 0,0	+ 3,5	– 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	– 0,0	2016
– 1,0	– 4,1	– 15,5	+ 25,2	– 40,8	– 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	– 0,4	2017
– 0,2	– 2,2	– 23,9	– 23,4	– 0,4	+ 2,1	– 2,6	– 0,0	– 11,9	– 0,2	– 11,8	– 5,7	– 6,0	– 0,2	2018
– 0,3	– 0,9	– 9,5	– 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	– 0,0	– 0,8	+ 2,1	– 2,9	– 1,8	– 1,1	– 0,0	2019
– 0,2	– 3,9	+ 83,8	+ 87,8	– 4,1	– 34,7	+ 30,6	–	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020
– 0,2	– 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	– 0,0	2021
– 0,7	– 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	– 13,0	– 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022
+ 0,2	+ 1,1	– 66,1	– 4,6	– 61,4	– 86,9	+ 25,4	± 0,0	+ 11,6	– 18,3	+ 29,9	+ 20,9	+ 9,0	+ 0,1	2023
+ 0,0	+ 0,3	+ 33,9	– 10,8	+ 44,6	+ 22,2	+ 22,4	± 0,0	+ 17,6	+ 12,7	+ 4,9	– 1,5	+ 6,4	+ 3,3	2024
+ 0,0	+ 0,5	+ 17,0	+ 22,8	– 5,8	– 5,6	– 0,2	–	+ 19,6	+ 0,9	+ 18,7	+ 17,3	+ 1,4	– 0,1	2023 Okt.
+ 0,2	– 0,1	– 12,9	– 18,4	+ 5,5	+ 4,9	+ 0,6	–	– 8,6	+ 0,6	– 9,2	– 9,8	+ 0,6	– 0,0	Nov.
+ 0,3	+ 0,3	– 77,4	– 67,0	– 10,4	– 2,3	– 8,2	–	– 31,3	– 29,7	– 1,5	– 1,8	+ 0,3	– 0,0	Dez.
+ 0,0	– 0,4	+ 51,4	+ 48,7	+ 2,8	– 5,2	+ 8,0	–	+ 27,8	+ 23,6	+ 4,3	+ 5,3	– 1,0	– 0,4	2024 Jan.
+ 0,0	– 0,4	+ 46,4	+ 14,5	+ 31,9	+ 26,7	+ 5,2	+ 0,0	+ 16,4	+ 11,5	+ 4,9	+ 6,8	– 1,9	+ 1,4	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 15,1	– 32,4	+ 47,6	+ 59,5	– 11,9	–	– 17,3	– 19,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,5	März
+ 0,0	+ 0,1	– 13,1	+ 22,2	– 35,3	– 41,9	+ 6,6	–	+ 10,1	+ 14,1	– 4,0	– 4,3	+ 0,3	+ 0,7	April
– 0,0	– 0,0	+ 7,1	+ 30,5	– 23,5	– 12,9	– 10,6	–	+ 2,3	+ 5,3	– 3,0	– 4,8	+ 1,8	+ 0,8	Mai
– 0,2	+ 0,0	– 4,6	– 6,3	+ 1,8	– 1,9	+ 3,6	–	– 7,5	– 8,2	+ 0,7	+ 1,2	– 0,5	+ 0,5	Juni
– 0,1	– 0,0	– 40,6	– 40,6	+ 0,0	– 2,9	+ 3,0	–	– 10,7	– 12,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,3	Juli
+ 0,1	– 0,0	– 6,8	– 33,2	+ 26,3	+ 20,8	+ 5,5	–	+ 7,6	+ 6,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,2	Aug.
+ 0,0	– 0,1	+ 38,6	+ 63,6	– 24,9	– 30,1	+ 5,1	–	+ 16,7	+ 14,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	Sept.
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	– 6,7	+ 7,5	+ 1,5	+ 6,0	–	– 14,1	– 14,1	– 0,0	+ 1,2	– 1,3	– 0,1	Okt.
+ 0,1	– 0,0	+ 6,8	+ 1,2	+ 5,6	+ 8,2	– 2,6	–	+ 16,8	+ 8,0	+ 8,8	+ 1,0	+ 7,8	– 1,2	Nov.
– 0,1	+ 0,8	– 67,3	– 72,1	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	– 0,0	– 30,5	– 16,8	– 13,7	– 12,9	– 0,8	+ 0,2	Dez.
+ 0,0	+ 0,4	+ 87,5	+ 63,9	+ 23,6	+ 27,5	– 3,9	–	+ 31,6	+ 16,0	+ 15,6	+ 15,7	– 0,1	+ 0,2	2025 Jan.
+ 0,0	– 0,0	+ 32,9	+ 25,3	+ 7,7	+ 2,0	+ 5,7	–	+ 17,7	+ 9,9	+ 7,8	+ 7,9	– 0,1	+ 0,3	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 14,4	+ 0,6	+ 13,7	+ 13,9	– 0,2	–	+ 13,6	+ 9,8	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,4	+ 0,3	März

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige		
	mit börsen-fähigen Geld-marktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichs-forderungen	ohne börsen-fähige Geld-marktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichs-forderungen	insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-	
				zu-sammen	Buchkredite und Wechsel	börsen-fähige Geld-markt-papiere	zu-sammen	Buch-kredite	Schatz-wechsel			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4	
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0	
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0	
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	- 0,2	3 145,0	2 732,8	
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9	
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0	
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6	
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9	
2023	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1	
2024	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8	
2023 Okt.	4 051,9	3 656,7	293,6	270,9	270,3	0,6	22,7	20,3	2,4	3 758,3	3 401,0	
Nov.	4 057,9	3 661,3	291,1	272,0	271,4	0,7	19,0	16,6	2,4	3 766,9	3 404,2	
Dez.	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1	
2024 Jan.	4 048,3	3 649,5	281,0	263,3	262,7	0,6	17,7	16,8	0,8	3 767,3	3 401,5	
Febr.	4 055,7	3 654,0	281,5	267,3	266,8	0,5	14,2	14,1	0,0	3 774,3	3 404,7	
März	4 061,0	3 658,5	289,2	273,3	272,6	0,7	15,9	16,1	- 0,2	3 771,8	3 403,2	
April	4 062,1	3 661,8	289,3	270,4	269,6	0,8	18,9	18,0	0,9	3 772,8	3 406,5	
Mai	4 069,5	3 666,1	288,4	271,4	270,5	0,9	17,0	16,7	0,3	3 781,1	3 410,7	
Juni	4 076,9	3 670,9	294,3	273,8	273,0	0,7	20,5	20,1	0,4	3 782,6	3 408,6	
Juli	4 083,3	3 676,5	290,5	270,8	270,1	0,7	19,7	19,3	0,4	3 792,8	3 416,3	
Aug.	4 088,6	3 677,7	285,0	266,9	266,1	0,7	18,1	17,4	0,7	3 803,6	3 422,4	
Sept.	4 098,6	3 684,8	295,2	275,2	274,3	0,9	20,0	18,9	1,1	3 803,4	3 419,6	
Okt.	4 099,7	3 689,4	293,6	271,1	270,3	0,8	22,5	20,2	2,3	3 806,1	3 422,8	
Nov.	4 109,8	3 698,8	293,7	272,6	272,0	0,7	21,1	19,2	1,9	3 816,1	3 429,8	
Dez.	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8	
2025 Jan.	4 134,7	3 706,9	299,1	275,3	274,7	0,6	23,8	22,4	1,4	3 835,6	3 440,0	
Febr.	4 150,7	3 716,8	304,1	280,7	279,9	0,7	23,4	21,6	1,8	3 846,6	3 445,7	
März	4 154,8	3 717,8	307,1	282,7	282,0	0,7	24,4	22,5	2,0	3 847,6	3 442,7	
Veränderungen *)												
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8	
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4	
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0	
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8	
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6	
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	- 0,1	- 4,9	- 2,8	- 2,1	+ 143,4	+ 157,9	
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8	
2023	+ 30,9	+ 38,9	- 15,3	- 14,5	- 14,4	- 0,1	- 0,8	+ 0,9	- 1,7	+ 46,2	+ 42,3	
2024	+ 76,9	+ 52,3	+ 12,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 64,0	+ 42,4	
2023 Okt.	+ 3,7	+ 3,0	- 3,5	- 4,6	- 4,5	- 0,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 7,2	+ 5,2	
Nov.	+ 6,1	+ 4,7	- 2,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	- 3,7	- 3,7	+ 0,0	+ 8,4	+ 3,8	
Dez.	- 12,7	- 10,3	- 11,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	- 3,2	- 1,3	- 1,8	- 1,7	- 2,9	
2024 Jan.	+ 4,0	- 0,5	+ 1,9	- 0,9	- 1,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	
Febr.	+ 6,7	+ 3,7	+ 0,4	+ 3,9	+ 4,0	- 0,1	- 3,5	- 2,7	- 0,8	+ 6,3	+ 2,7	
März	+ 5,3	+ 4,4	+ 6,6	+ 4,8	+ 4,7	+ 0,2	+ 1,7	+ 2,0	- 0,2	- 1,3	- 0,3	
April	+ 1,1	+ 3,3	+ 0,1	- 2,8	- 3,0	+ 0,2	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4	
Mai	+ 7,4	+ 4,3	- 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,0	- 1,9	- 1,3	- 0,6	+ 8,3	+ 4,3	
Juni	+ 7,4	+ 4,9	+ 5,9	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,6	- 2,1	
Juli	+ 7,1	+ 6,1	- 3,4	- 2,5	- 2,5	- 0,0	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 10,4	+ 7,6	
Aug.	+ 5,3	+ 1,3	- 5,5	- 4,0	- 4,0	+ 0,0	- 1,5	- 1,9	+ 0,3	+ 10,8	+ 6,2	
Sept.	+ 10,8	+ 7,9	+ 10,5	+ 8,6	+ 8,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	- 2,3	
Okt.	+ 1,2	+ 4,7	- 3,8	- 6,3	- 6,1	- 0,1	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 5,0	+ 8,2	
Nov.	+ 10,1	+ 9,4	- 0,0	+ 1,4	+ 1,5	- 0,1	- 1,4	- 1,0	- 0,4	+ 10,2	+ 6,2	
Dez.	+ 10,5	+ 2,8	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,9	- 0,2	- 1,6	- 1,1	- 0,5	+ 9,4	+ 8,2	
2025 Jan.	+ 14,5	+ 5,4	+ 3,1	- 1,2	- 1,4	+ 0,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,1	+ 11,4	+ 3,2	
Febr.	+ 17,1	+ 11,1	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	+ 12,6	+ 7,3	
März	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3	- 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	- 3,3	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit										
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte																		
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite												
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																							
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015											
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016											
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017											
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018											
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019											
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020											
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021											
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022											
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	2023											
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	2024											
3 131,2	360,7	2 770,5	269,8	23,1	357,3	234,8	13,8	221,0	122,4	–	1,0	2023 Okt.											
3 135,5	361,4	2 774,1	268,7	23,0	362,7	237,8	14,1	223,8	124,8	–	1,0	Nov.											
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	Dez.											
3 130,5	359,5	2 771,0	271,0	22,7	365,8	239,4	13,8	225,6	126,4	–	1,0	2024 Jan.											
3 132,4	357,0	2 775,4	272,3	22,7	369,6	240,7	14,1	226,6	128,9	–	1,0	Febr.											
3 128,6	354,1	2 774,5	274,6	22,5	368,7	241,1	14,3	226,8	127,5	–	1,0	März											
3 132,3	353,4	2 779,0	274,2	22,4	366,3	241,9	14,3	227,5	124,4	–	1,0	April											
3 135,9	353,3	2 782,6	274,8	22,4	370,4	242,9	14,5	228,4	127,5	–	1,0	Mai											
3 135,3	352,3	2 783,1	273,3	22,2	374,0	242,5	14,6	227,8	131,5	–	1,0	Juni											
3 143,2	355,5	2 787,6	273,1	22,1	376,6	243,8	15,0	228,9	132,7	–	1,0	Juli											
3 149,7	355,9	2 793,8	272,8	24,5	381,2	244,5	15,2	229,2	136,7	–	1,9	Aug.											
3 146,3	356,1	2 790,3	273,3	24,2	383,8	245,3	15,2	230,1	138,5	–	1,9	Sept.											
3 148,6	353,8	2 794,8	274,2	24,2	383,3	250,3	15,4	234,9	133,0	–	1,9	Okt.											
3 156,0	352,9	2 803,1	273,8	24,3	386,3	251,6	15,7	235,9	134,7	–	1,9	Nov.											
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	Dez.											
3 154,7	349,9	2 804,8	285,3	24,2	395,6	255,1	15,8	239,3	140,5	–	2,0	2025 Jan.											
3 158,9	349,3	2 809,6	286,8	24,2	400,9	256,4	16,2	240,2	144,5	–	2,0	Febr.											
3 156,4	347,2	2 809,1	286,4	24,2	404,9	257,0	16,1	240,9	148,0	–	2,0	März											
Veränderungen *)																							
+	75,1	+	9,7	+	65,4	+	4,7	–	0,9	–	30,9	–	7,3	–	4,0	–	3,3	–	23,6	–	–	0,4	2016
+	87,6	+	9,4	+	78,2	+	15,8	+	0,1	–	39,9	–	10,6	–	1,3	–	9,3	–	29,4	–	–	0,1	2017
+	108,7	+	19,3	+	89,4	–	6,7	–	0,9	–	37,1	–	10,5	–	2,7	–	7,8	–	26,6	–	–	0,0	2018
+	126,0	+	18,9	+	107,2	+	6,8	–	0,8	–	17,8	–	5,5	–	2,6	–	2,9	–	12,3	–	+	0,1	2019
+	145,0	+	9,4	+	135,5	+	0,6	+	6,1	–	2,8	–	1,1	–	1,5	+	0,4	–	1,7	–	–	0,4	2020
+	140,1	+	5,6	+	134,5	+	17,8	+	2,3	–	14,6	–	3,3	–	1,3	–	2,0	–	11,3	–	–	0,0	2021
+	169,9	+	33,5	+	136,4	+	14,9	–	0,1	–	15,7	+	2,5	–	0,7	+	3,3	–	18,2	–	–	0,0	2022
+	46,9	+	11,0	+	35,9	–	4,7	–	1,1	+	3,9	+	5,5	±	0,0	+	5,5	–	1,5	–	–	0,0	2023
+	27,9	–	6,5	+	34,5	+	14,5	+	1,4	+	21,6	+	12,5	+	1,6	+	10,9	+	9,1	–	+	0,9	2024
+	4,4	+	1,1	+	3,2	+	0,8	–	0,1	+	2,1	+	1,8	+	0,2	+	1,6	+	0,3	–	–	0,0	2023 Okt.
+	4,8	+	0,2	+	4,6	–	1,1	–	0,1	+	4,7	+	2,2	+	0,2	+	2,0	+	2,4	–	+	0,0	Nov.
–	3,5	–	0,4	–	3,2	+	0,7	–	0,2	+	1,1	+	2,0	+	0,1	+	1,9	–	0,9	–	–	0,0	Dez.
–	1,3	–	1,4	+	0,1	+	1,6	–	0,1	+	1,8	–	0,6	–	0,3	–	0,3	+	2,4	–	+	0,0	2024 Jan.
+	1,4	–	2,5	+	4,0	+	1,3	–	–	+	3,5	+	1,0	+	0,3	+	0,7	+	2,5	–	–	0,0	Febr.
–	2,6	–	2,5	–	0,1	+	2,3	–	0,2	–	1,0	+	0,4	+	0,2	+	0,2	–	1,4	–	+	0,0	März
+	3,7	–	0,8	+	4,5	–	0,4	–	0,1	–	2,4	+	0,7	+	0,0	+	0,7	–	3,1	–	+	0,0	April
+	3,8	–	0,1	+	3,8	+	0,5	+	0,0	+	4,0	+	0,9	+	0,1	+	0,8	+	3,1	–	+	0,0	Mai
–	0,6	–	1,1	+	0,5	–	1,4	–	0,2	+	3,6	–	0,4	+	0,2	–	0,6	+	4,0	–	–	0,0	Juni
+	7,8	+	3,3	+	4,5	–	0,2	–	0,1	+	2,9	+	1,6	+	0,3	+	1,3	+	1,3	–	–	0,0	Juli
+	6,5	+	0,4	+	6,2	–	0,3	+	2,3	+	4,6	+	0,6	+	0,3	+	0,4	+	4,0	–	+	0,9	Aug.
–	2,8	+	0,3	–	3,1	+	0,5	–	0,3	+	2,6	+	0,9	–	0,0	+	0,9	+	1,8	–	+	0,0	Sept.
+	7,3	–	0,1	+	7,4	+	0,9	+	0,1	–	3,2	+	2,3	+	0,2	+	2,1	–	5,5	–	–	0,1	Okt.
+	6,6	–	0,7	+	7,3	–	0,4	+	0,1	+	4,0	+	2,3	+	0,3	+	2,0	+	1,7	–	+	0,0	Nov.
–	1,8	–	1,2	–	0,6	+	10,1	–	0,2	+	1,2	+	2,8	–	0,0	+	2,8	–	1,6	–	–	0,0	Dez.
+	1,8	–	1,0	+	2,8	+	1,4	+	0,1	+	8,2	+	0,7	+	0,1	+	0,7	+	7,5	–	+	0,0	2025 Jan.
+	5,8	–	0,7	+	6,5	+	1,6	+	0,1	+	5,2	+	1,3	+	0,4	+	0,9	+	4,0	–	–	0,0	Febr.
–	2,8	–	1,8	–	1,0	–	0,5	–	0,3	+	4,0	+	0,5	–	0,1	+	0,7	+	3,5	–	+	0,0	März

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche ^{*)}

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
insgesamt	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau												
		zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
3 395,7	1 740,5	1 801,7	1 512,0	289,7	1 872,8	525,7	154,6	136,1	113,3	160,2	56,0	61,5	218,1	
3 401,2	1 753,5	1 802,8	1 524,4	278,5	1 879,2	527,2	155,3	138,3	113,5	159,4	56,3	58,7	219,4	
3 408,4	1 762,5	1 808,4	1 531,5	276,9	1 884,0	529,6	155,7	143,8	114,1	159,0	56,4	52,0	219,2	
3 420,6	1 768,1	1 816,4	1 538,6	277,8	1 888,5	531,7	153,8	144,6	114,3	154,9	56,8	51,2	224,9	
3 428,8	1 773,5	1 823,0	1 544,5	278,6	1 892,1	534,7	147,9	146,9	113,7	154,4	56,5	51,1	227,8	
3 438,3	1 773,2	1 829,1	1 545,8	283,3	1 899,7	537,4	150,2	149,2	113,1	154,9	55,2	51,3	228,1	
Kurzfristige Kredite														
264,0	.	7,4	.	7,4	233,9	5,3	37,2	5,1	22,2	46,8	3,5	4,5	47,2	
272,6	.	7,6	.	7,6	243,4	5,6	39,7	6,2	23,1	48,0	4,0	4,6	48,2	
273,0	.	7,5	.	7,5	244,4	5,5	40,4	6,2	23,3	48,0	4,1	4,4	47,0	
274,3	.	7,7	.	7,7	244,2	5,5	39,2	5,3	23,5	46,7	4,2	4,0	49,7	
274,9	.	7,4	.	7,4	244,6	5,4	35,5	6,0	22,5	48,0	4,0	4,6	54,1	
282,0	.	7,5	.	7,5	251,8	5,4	39,2	7,3	23,1	49,5	3,5	4,1	54,8	
Mittelfristige Kredite														
361,0	.	41,9	.	41,9	291,2	24,3	34,0	6,0	23,1	28,2	4,2	18,6	61,3	
354,1	.	40,8	.	40,8	285,1	24,1	32,9	5,8	22,5	27,3	4,1	15,6	61,6	
352,3	.	40,0	.	40,0	284,1	23,8	33,2	11,0	22,1	27,5	4,2	9,4	61,4	
356,1	.	38,9	.	38,9	288,0	23,2	34,2	10,9	21,8	25,8	4,3	9,4	64,6	
351,4	.	38,3	.	38,3	283,6	22,9	31,9	10,3	21,8	25,2	4,3	10,3	62,5	
347,2	.	37,4	.	37,4	280,5	22,5	32,3	9,6	20,9	24,6	4,1	10,3	62,7	
Langfristige Kredite														
2 770,7	1 740,5	1 752,5	1 512,0	240,5	1 347,7	496,1	83,4	125,1	68,0	85,2	48,3	38,5	109,7	
2 774,5	1 753,5	1 754,4	1 524,4	230,1	1 350,7	497,5	82,8	126,3	68,0	84,1	48,1	38,5	109,7	
2 783,1	1 762,5	1 760,9	1 531,5	229,4	1 355,5	500,3	82,0	126,7	68,7	83,5	48,1	38,2	110,8	
2 790,3	1 768,1	1 769,8	1 538,6	231,2	1 356,3	503,0	80,4	128,5	69,1	82,4	48,2	37,8	110,7	
2 802,6	1 773,5	1 777,3	1 544,5	232,9	1 363,9	506,4	80,5	130,5	69,4	81,2	48,2	36,3	111,2	
2 809,1	1 773,2	1 784,2	1 545,8	238,4	1 367,4	509,4	78,7	132,3	69,1	80,9	47,6	37,0	110,7	
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
+ 4,9	+ 6,5	+ 1,9	+ 7,7	- 5,8	+ 5,8	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,3	- 1,0	+ 0,3	- 2,7	+ 1,3	
+ 7,3	+ 8,9	+ 5,6	+ 7,1	- 1,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 1,6	- 0,4	
+ 13,4	+ 5,5	+ 8,0	+ 7,1	+ 0,9	+ 5,8	+ 2,1	- 1,9	+ 0,8	+ 0,2	- 4,0	+ 0,3	- 0,8	+ 6,8	
+ 10,3	+ 5,8	+ 8,0	+ 6,2	+ 1,8	+ 5,8	+ 3,4	- 5,8	+ 3,5	- 0,7	- 0,7	- 0,3	+ 0,7	+ 3,3	
+ 10,5	+ 6,4	+ 6,7	+ 6,6	+ 0,2	+ 7,4	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,3	- 0,5	+ 0,6	- 1,3	+ 0,3	- 0,7	
Kurzfristige Kredite														
+ 7,4	.	+ 0,2	.	+ 0,2	+ 8,4	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,0	
+ 0,5	.	- 0,0	.	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 1,3	
+ 1,9	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 1,2	- 0,9	+ 0,1	- 1,3	+ 0,1	- 0,4	+ 3,4	
- 1,8	.	- 0,2	.	- 0,2	- 2,0	- 0,1	- 3,8	+ 0,7	- 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 3,0	
+ 5,7	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 6,1	- 0,0	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,0	- 0,5	+ 0,2	
Mittelfristige Kredite														
- 6,5	.	- 1,2	.	- 1,2	- 5,7	- 0,4	- 1,1	- 0,2	- 0,6	- 0,8	- 0,0	- 2,9	+ 0,4	
- 2,0	.	- 0,8	.	- 0,8	- 1,3	- 0,3	+ 0,4	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,3	
+ 3,9	.	- 1,1	.	- 1,1	+ 4,0	- 0,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 0,2	- 0,1	+ 3,4	
- 2,0	.	- 0,7	.	- 0,7	- 1,8	- 0,3	- 2,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,9	- 0,5	
- 3,5	.	- 0,9	.	- 0,9	- 3,1	- 0,3	+ 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,7	+ 0,1	- 0,3	
Langfristige Kredite														
+ 4,0	+ 6,5	+ 2,9	+ 7,7	- 4,7	+ 3,1	+ 2,4	- 0,6	+ 1,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	
+ 8,9	+ 8,9	+ 6,4	+ 7,1	- 0,7	+ 4,7	+ 2,6	- 0,6	+ 0,3	+ 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,4	+ 1,1	
+ 7,6	+ 5,5	+ 9,0	+ 7,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,6	- 1,7	+ 1,7	+ 0,4	- 1,0	+ 0,1	- 0,4	+ 0,0	
+ 14,1	+ 5,8	+ 8,9	+ 6,2	+ 2,7	+ 9,5	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,4	- 1,1	- 0,0	- 0,8	+ 0,7	
+ 8,3	+ 6,4	+ 7,5	+ 6,6	+ 1,0	+ 4,4	+ 3,4	- 1,8	+ 1,8	- 0,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,7	- 0,5	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen

ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

													Zeit	
						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck			
Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:				
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen							Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)	Kredite insgesamt													
973,0	346,8	75,8	223,7	504,8	54,3	1 505,7	1 271,3	234,4	185,6	7,1	17,2	4,7	2023	
978,2	348,4	78,2	222,6	505,4	55,0	1 505,1	1 271,0	234,1	186,1	7,0	17,0	4,6	2024 1.Vj.	
983,7	351,7	77,1	222,5	506,4	55,0	1 507,5	1 274,2	233,3	186,4	7,0	16,9	4,7	2.Vj.	
987,8	353,6	78,5	223,2	507,7	54,4	1 515,3	1 280,1	235,2	187,1	7,8	16,8	4,6	3.Vj.	
993,9	358,8	76,8	223,6	509,2	54,0	1 519,9	1 283,8	236,1	187,7	7,1	16,9	4,5	4.Vj.	
997,5	362,0	77,4	224,3	512,2	53,8	1 521,7	1 287,3	234,5	186,9	7,7	16,9	4,5	2025 1.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
67,4	16,0	12,6	11,3	20,6	5,7	29,5	2,1	27,5	2,2	7,1	0,6	0,0	2023	
69,7	15,1	14,5	11,4	20,9	6,9	28,8	2,0	26,8	1,9	7,0	0,5	0,0	2024 1.Vj.	
70,9	15,3	14,1	11,3	20,7	7,2	28,1	2,1	26,1	2,0	7,0	0,5	0,0	2.Vj.	
71,6	15,0	14,9	11,6	21,0	6,9	29,6	2,1	27,5	2,5	7,8	0,5	0,0	3.Vj.	
70,0	14,9	12,5	11,5	20,8	6,6	29,8	2,0	27,8	2,5	7,1	0,5	–	4.Vj.	
70,3	14,8	13,8	11,4	21,4	7,1	29,6	2,1	27,5	2,3	7,7	0,5	–	2025 1.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
115,9	26,0	21,4	32,2	31,2	6,4	69,4	17,5	51,8	47,1	.	0,4	0,1	2023	
115,3	25,9	21,1	31,7	31,0	6,1	68,6	16,7	51,9	47,0	.	0,4	0,1	2024 1.Vj.	
115,3	25,4	21,1	31,9	31,0	6,1	67,7	16,2	51,6	46,6	.	0,4	0,1	2.Vj.	
117,0	25,1	22,1	32,7	30,9	6,0	67,6	15,7	51,9	47,0	.	0,5	0,0	3.Vj.	
117,4	24,9	22,7	32,8	31,1	6,1	67,4	15,3	52,0	47,0	.	0,4	0,0	4.Vj.	
116,1	24,2	21,8	33,6	31,0	6,0	66,3	14,8	51,6	46,5	.	0,4	0,0	2025 1.Vj.	
Langfristige Kredite														
789,7	304,8	41,8	180,1	453,0	42,3	1 406,8	1 251,7	155,1	136,3	.	16,2	4,6	2023	
793,2	307,3	42,6	179,5	453,5	41,9	1 407,7	1 252,3	155,4	137,2	.	16,0	4,6	2024 1.Vj.	
797,5	311,0	41,9	179,2	454,7	41,7	1 411,6	1 255,9	155,7	137,8	.	16,0	4,6	2.Vj.	
799,2	313,6	41,6	178,9	455,8	41,5	1 418,1	1 262,3	155,8	137,6	.	15,9	4,6	3.Vj.	
806,5	318,9	41,6	179,3	457,3	41,3	1 422,7	1 266,4	156,3	138,2	.	15,9	4,5	4.Vj.	
811,1	323,0	41,8	179,2	459,8	40,7	1 425,7	1 270,4	155,4	138,1	.	16,0	4,4	2025 1.Vj.	
Veränderungen im Vierteljahr *)	Kredite insgesamt													
+ 5,0	+ 1,3	+ 2,4	– 0,8	+ 0,5	+ 0,6	– 0,6	– 0,2	– 0,4	+ 0,8	– 0,1	– 0,2	– 0,1	2024 1.Vj.	
+ 5,5	+ 3,1	– 1,1	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,9	+ 3,4	– 0,5	+ 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 4,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,3	– 0,6	+ 7,7	+ 5,9	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,9	– 0,1	– 0,1	3.Vj.	
+ 5,8	+ 5,0	– 1,8	+ 0,5	+ 1,5	– 0,4	+ 4,4	+ 4,8	– 0,4	– 0,7	– 0,7	+ 0,1	– 0,1	4.Vj.	
+ 4,2	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,3	+ 3,2	+ 3,7	– 0,6	+ 0,1	+ 0,5	– 0,1	– 0,1	2025 1.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 2,3	– 0,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,2	– 0,9	– 0,0	– 0,8	– 0,1	– 0,1	– 0,1	–	2024 1.Vj.	
+ 1,3	+ 0,2	– 0,4	– 0,1	– 0,2	+ 0,2	– 0,6	+ 0,1	– 0,7	+ 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,7	– 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	– 0,3	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,9	– 0,0	– 0,0	3.Vj.	
– 1,7	– 0,1	– 2,4	– 0,1	– 0,4	– 0,3	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,7	+ 0,1	– 0,0	4.Vj.	
– 0,2	– 0,5	+ 1,2	– 0,3	+ 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 0,1	– 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 0,0	–	2025 1.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
– 0,5	– 0,1	– 0,3	– 0,3	– 0,2	– 0,2	– 0,8	– 0,8	+ 0,1	– 0,1	.	–	– 0,0	2024 1.Vj.	
– 0,0	– 0,5	– 0,0	+ 0,2	– 0,0	– 0,0	– 0,7	– 0,5	– 0,2	– 0,2	.	+ 0,0	– 0,0	2.Vj.	
+ 1,6	– 0,4	+ 0,9	+ 0,8	– 0,1	– 0,1	– 0,2	– 0,5	+ 0,4	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0	3.Vj.	
+ 0,5	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,2	– 0,4	+ 0,1	+ 0,0	.	– 0,0	–	4.Vj.	
– 0,8	– 0,7	– 0,9	+ 0,9	– 0,3	– 0,1	– 0,4	– 0,6	+ 0,1	+ 0,1	.	– 0,0	– 0,0	2025 1.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 3,2	+ 2,3	+ 0,8	– 0,6	+ 0,4	– 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,0	.	– 0,2	– 0,1	2024 1.Vj.	
+ 4,3	+ 3,4	– 0,7	+ 1,6	+ 1,0	– 0,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,8	.	– 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 2,0	+ 2,8	– 0,3	– 0,4	+ 1,1	– 0,3	+ 6,4	+ 6,4	+ 0,0	– 0,3	.	– 0,1	– 0,1	3.Vj.	
+ 6,9	+ 5,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,6	– 0,2	+ 4,4	+ 5,2	– 0,8	– 0,8	.	+ 0,1	– 0,1	4.Vj.	
+ 5,2	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,7	– 0,2	+ 4,0	+ 4,2	– 0,1	+ 0,1	.	– 0,1	– 0,1	2025 1.Vj.	

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite.
2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:							
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos					
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Inländische Nichtbanken insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)			
2022	4 162,0	2 720,6	873,5	314,8	558,7	50,5	508,2	533,2	34,6	35,9	18,5	3,9					
2023	4 229,0	2 540,8	1 100,1	514,7	585,4	80,5	504,9	445,9	142,2	50,1	20,3	2,9					
2024	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6					
2024 April	4 239,6	2 475,4	1 173,6	584,9	588,8	84,9	503,8	425,8	164,8	63,7	20,3	4,4					
Mai	4 263,3	2 497,0	1 176,9	587,4	589,5	85,1	504,3	422,2	167,2	66,9	20,4	4,8					
Juni	4 264,7	2 494,2	1 182,5	591,0	591,5	86,7	504,8	418,1	170,0	68,9	20,4	4,5					
Juli	4 267,8	2 497,1	1 185,2	594,6	590,6	86,4	504,3	414,0	171,5	70,0	20,4	5,1					
Aug.	4 323,3	2 548,5	1 191,1	601,4	589,7	86,1	503,6	411,2	172,5	74,5	21,0	6,5					
Sept.	4 322,6	2 544,1	1 193,8	611,4	582,4	83,6	498,8	409,3	175,4	75,3	21,0	4,3					
Okt.	4 329,5	2 555,1	1 200,0	616,4	583,5	83,6	499,9	407,6	166,9	73,9	21,0	5,6					
Nov.	4 371,9	2 608,4	1 197,6	610,6	587,0	83,8	503,1	405,1	160,8	66,5	21,1	3,3					
Dez.	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6					
2025 Jan.	4 355,9	2 600,4	1 195,2	608,2	587,0	79,4	507,6	403,4	157,0	66,4	21,0	5,2					
Febr.	4 374,9	2 627,8	1 189,4	603,4	586,1	78,2	507,9	401,2	156,4	65,2	21,1	6,0					
März	4 368,0	2 618,3	1 194,9	612,2	582,7	75,1	507,6	398,9	155,9	65,7	21,0	6,2					
Veränderungen *)																	
2023	+ 76,6	- 172,0	+ 226,4	+ 198,4	+ 28,0	+ 29,9	- 1,9	- 82,3	+ 104,5	+ 3,5	+ 1,8	- 1,0					
2024	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	+ 85,7	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 40,0	+ 23,1	+ 17,0	+ 0,7	+ 0,6					
2024 April	+ 0,6	- 3,8	+ 4,8	+ 6,3	- 1,4	- 2,4	+ 1,0	- 4,6	+ 4,2	+ 3,5	+ 0,1	- 0,1					
Mai	+ 23,7	+ 21,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	- 3,5	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,4					
Juni	- 0,4	- 2,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 0,2	+ 1,6	- 1,4	- 4,2	+ 2,8	+ 2,0	+ 0,0	- 0,3					
Juli	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,6	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 4,0	+ 1,5	+ 1,1	- 0,0	+ 0,6					
Aug.	+ 23,5	+ 19,5	+ 5,8	+ 6,8	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 2,9	+ 1,0	+ 4,5	+ 0,5	+ 1,4					
Sept.	- 0,7	- 4,5	+ 2,7	+ 10,0	- 7,3	- 2,5	- 4,8	- 1,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,3					
Okt.	+ 7,1	+ 11,6	- 1,8	- 0,6	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 1,7	- 1,0	- 1,5	+ 0,1	+ 1,3					
Nov.	+ 42,7	+ 52,8	- 1,6	- 5,8	+ 4,3	+ 0,6	+ 3,6	- 2,5	- 6,1	- 7,4	+ 0,1	- 2,3					
Dez.	+ 16,6	+ 22,1	- 3,4	- 4,4	+ 1,0	- 3,6	+ 4,6	+ 0,9	- 3,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,2					
2025 Jan.	- 27,3	- 24,8	+ 1,0	+ 2,0	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 2,7	- 0,7	- 0,2	- 0,1	+ 1,7					
Febr.	+ 19,0	+ 27,6	- 5,8	- 4,9	- 0,9	- 1,2	+ 0,3	- 2,1	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	+ 0,7					
März	- 6,8	- 9,5	+ 5,5	+ 8,8	- 3,3	- 3,1	- 0,3	- 2,3	- 0,5	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2					
Inländische öffentliche Haushalte														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)			
2022	279,8	82,5	191,6	106,8	84,9	23,1	61,7	2,0	3,7	27,3	1,9	2,4					
2023	286,9	91,2	190,5	105,6	84,9	23,3	61,6	0,9	4,4	26,6	1,4	0,2					
2024	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	-					
2024 April	266,2	81,6	179,4	99,9	79,5	18,7	60,8	0,8	4,4	26,9	1,3	0,3					
Mai	274,8	92,1	177,5	98,4	79,1	18,4	60,7	0,7	4,5	27,0	1,3	0,8					
Juni	284,5	95,3	184,1	104,9	79,2	19,4	59,8	0,7	4,4	26,8	1,3	0,9					
Juli	264,1	81,0	178,2	99,2	79,1	19,4	59,6	0,6	4,2	26,6	1,3	0,9					
Aug.	271,6	90,7	176,2	97,2	78,9	19,2	59,7	0,6	4,1	29,8	1,8	1,9					
Sept.	269,6	88,4	176,3	104,2	72,2	17,3	54,9	0,6	4,2	29,8	1,8	0,3					
Okt.	256,7	86,2	165,6	94,0	71,6	16,7	54,8	0,6	4,4	29,9	1,8	1,4					
Nov.	263,4	93,2	165,3	94,1	71,2	16,7	54,5	0,6	4,3	29,9	1,8	-					
Dez.	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	-					
2025 Jan.	236,8	81,5	150,5	87,8	62,7	14,7	48,0	0,5	4,3	30,3	1,8	0,1					
Febr.	244,9	89,5	150,5	89,2	61,3	14,1	47,3	0,6	4,3	30,4	1,8	0,1					
März	251,5	87,4	159,2	101,2	58,0	13,0	45,0	0,5	4,3	30,4	1,8	-					
Veränderungen *)																	
2023	+ 6,5	+ 8,7	- 1,7	- 1,7	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 1,1	+ 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 2,2					
2024	- 37,7	+ 0,1	- 37,4	- 15,0	- 22,3	- 9,3	- 13,0	- 0,3	- 0,1	+ 3,5	+ 0,4	- 0,2					
2024 April	- 17,0	- 7,3	- 9,7	- 6,2	- 3,5	- 3,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,0					
Mai	+ 8,6	+ 10,5	- 1,9	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,5					
Juni	+ 9,6	+ 3,2	+ 6,5	+ 6,5	+ 0,1	+ 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1					
Juli	- 20,4	- 14,3	- 5,9	- 5,7	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,0	-					
Aug.	+ 7,5	+ 9,7	- 2,1	- 1,9	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,1					
Sept.	- 2,5	- 2,3	- 0,3	+ 6,6	- 6,9	- 2,1	- 4,8	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,6					
Okt.	- 13,0	- 2,2	- 10,8	- 10,2	- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,1					
Nov.	+ 6,2	+ 6,6	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 1,4					
Dez.	- 13,0	- 1,4	- 11,6	- 3,3	- 8,4	- 2,5	- 5,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	-					
2025 Jan.	- 13,6	- 10,4	- 3,2	- 3,1	- 0,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1					
Febr.	+ 8,2	+ 8,0	+ 0,1	+ 1,5	- 1,4	- 0,6	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-					
März	+ 6,5	- 2,1	+ 8,7	+ 12,0	- 3,3	- 1,1	- 2,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1					

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufge- nommene Kredite insgesamt	Sicht- einlagen	Termineinlagen 1) 2)					Sparein- lagen 3)	Spar- briefe 4)	Nachrichtlich:						
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhand- kredite	Nachrangige Verbindlich- keiten (ohne börsenfähige Schuldver- schreibungen)	Verbindlich- keiten aus Repos				
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)			
2022	3 882,2	2 638,1	681,9	208,0	473,9	27,4	446,5	531,2	31,0	8,6	16,6	1,5				
2023	3 942,1	2 449,6	909,6	409,1	500,5	57,2	443,3	445,0	137,9	23,5	19,0	2,7				
2024	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6				
2024 April	3 973,4	2 393,8	994,2	485,0	509,2	66,2	443,0	425,0	160,5	36,8	19,0	4,1				
	3 988,5	2 404,8	999,4	489,0	510,4	66,7	443,7	421,5	162,7	39,9	19,1	4,1				
	3 980,3	2 398,9	998,4	486,1	512,3	67,3	445,0	417,4	165,6	42,1	19,2	3,7				
Juli	4 003,7	2 416,1	1 007,0	495,4	511,6	66,9	444,6	413,4	167,2	43,4	19,2	4,3				
Aug.	4 051,6	2 457,8	1 014,9	504,1	510,8	66,8	443,9	410,5	168,4	44,7	19,2	4,6				
Sept.	4 053,0	2 455,7	1 017,5	507,2	510,2	66,3	443,9	408,7	171,2	45,6	19,2	4,0				
Okt.	4 072,8	2 468,9	1 034,4	522,5	511,9	66,8	445,1	407,0	162,5	44,0	19,2	4,2				
Nov.	4 108,4	2 515,2	1 032,2	516,5	515,8	67,2	448,6	404,5	156,5	36,6	19,3	3,3				
Dez.	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6				
2025 Jan.	4 119,1	2 518,9	1 044,7	520,4	524,2	64,7	459,6	402,8	152,7	36,2	19,2	5,2				
Febr.	4 129,9	2 538,3	1 038,9	514,2	524,7	64,1	460,6	400,7	152,1	34,7	19,3	5,9				
März	4 116,5	2 530,9	1 035,7	511,0	524,7	62,1	462,6	398,4	151,6	35,2	19,3	6,2				
Veränderungen *)																
2023	+ 70,0	- 180,7	+ 228,1	+ 200,1	+ 28,1	+ 29,8	- 1,7	- 81,2	+ 103,8	+ 3,5	+ 2,4	+ 1,2				
2024	+ 163,7	+ 57,8	+ 122,3	+ 100,8	+ 21,6	+ 8,8	+ 12,8	- 39,7	+ 23,3	+ 13,5	+ 0,3	+ 0,8				
2024 April	+ 17,6	+ 3,5	+ 14,6	+ 12,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,2	- 4,6	+ 4,1	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,0				
Mai	+ 15,0	+ 11,3	+ 5,0	+ 3,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,6	- 3,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,1	- 0,0				
Juni	- 10,0	- 5,9	- 2,8	- 2,9	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 4,1	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,0	- 0,4				
Juli	+ 23,5	+ 17,2	+ 8,6	+ 9,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 4,0	+ 1,6	+ 1,4	- 0,0	+ 0,6				
Aug.	+ 16,0	+ 9,8	+ 7,9	+ 8,7	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 2,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,4				
Sept.	+ 1,8	- 2,1	+ 3,0	+ 3,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,0	- 0,7				
Okt.	+ 20,0	+ 13,8	+ 8,9	+ 9,5	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 1,7	- 1,0	- 1,6	+ 0,0	+ 0,2				
Nov.	+ 36,5	+ 46,2	- 1,3	- 6,0	+ 4,7	+ 0,7	+ 4,0	- 2,5	- 6,0	- 7,4	+ 0,1	- 0,9				
Dez.	+ 29,6	+ 23,5	+ 8,3	- 1,1	+ 9,4	- 1,1	+ 10,5	+ 0,9	- 3,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2				
2025 Jan.	- 13,7	- 14,5	+ 4,2	+ 5,1	- 0,9	- 1,4	+ 0,5	- 2,6	- 0,7	- 0,3	- 0,1	+ 1,6				
Febr.	+ 10,9	+ 19,5	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 0,6	+ 1,1	- 2,1	- 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 0,7				
März	- 13,3	- 7,4	- 3,2	- 3,2	+ 0,0	- 2,0	+ 2,0	- 2,3	- 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3				
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)			
2022	1 193,5	783,4	397,1	140,8	256,3	16,8	239,5	4,4	8,6	1,9	13,5	1,5				
2023	1 194,6	723,0	453,9	204,3	249,6	19,0	230,6	3,3	14,4	2,5	15,5	2,7				
2024	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6				
2024 April	1 197,7	700,0	479,7	232,5	247,1	19,1	228,1	3,2	14,8	2,9	15,3	4,1				
Mai	1 203,1	709,0	475,9	228,2	247,7	19,4	228,3	3,2	15,0	3,0	15,3	4,1				
Juni	1 183,4	697,2	467,8	218,5	249,4	19,5	229,9	3,2	15,1	3,0	15,3	3,7				
Juli	1 207,3	719,5	469,4	220,5	248,9	19,2	229,6	3,2	15,2	3,1	15,3	4,3				
Aug.	1 216,5	724,4	473,6	225,8	247,9	19,1	228,8	3,2	15,3	3,3	15,3	4,6				
Sept.	1 219,8	729,0	472,2	224,6	247,6	18,9	228,7	3,2	15,4	3,2	15,3	4,0				
Okt.	1 230,0	735,0	476,3	229,6	246,8	18,8	228,0	3,2	15,5	3,3	15,3	4,2				
Nov.	1 236,1	745,9	471,7	220,9	250,8	18,9	231,9	3,2	15,3	3,3	15,3	3,3				
Dez.	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6				
2025 Jan.	1 248,3	749,2	480,8	222,1	258,7	18,0	240,7	3,1	15,2	1,8	15,1	5,2				
Febr.	1 241,1	744,6	478,0	218,4	259,7	18,4	241,2	3,2	15,3	1,8	15,1	5,9				
März	1 235,2	738,7	478,1	218,3	259,8	16,6	243,2	3,1	15,3	2,0	15,1	6,2				
Veränderungen *)																
2023	+ 11,1	- 48,0	+ 57,5	+ 63,0	- 5,5	+ 2,0	- 7,6	- 1,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,2				
2024	+ 57,1	+ 34,5	+ 21,9	+ 13,5	+ 8,4	- 0,1	+ 8,5	- 0,3	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8				
2024 April	+ 6,7	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0				
Mai	+ 5,5	+ 9,2	- 3,9	- 4,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0				
Juni	- 21,5	- 11,8	- 9,8	- 9,7	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,4				
Juli	+ 23,9	+ 22,3	+ 1,5	+ 2,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,6				
Aug.	+ 9,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 5,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	-	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,4				
Sept.	+ 3,6	+ 4,5	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,7				
Okt.	+ 10,3	+ 6,0	+ 4,1	+ 5,0	- 0,9	- 0,2	- 0,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2				
Nov.	+ 6,9	+ 11,3	- 4,3	- 8,6	+ 4,4	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9				
Dez.	+ 15,9	+ 11,0	+ 5,1	- 3,3	+ 8,4	- 0,6	+ 9,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,2				
2025 Jan.	- 3,6	- 7,7	+ 4,0	+ 4,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 1,6				
Febr.	- 7,2	- 4,5	- 2,8	- 3,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,7				
März	- 5,8	- 5,8	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 1,8	+ 1,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,3				

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2022	2 688,7	1 854,7	1 809,9	307,3	1 342,5	160,1	44,8	284,8	268,7	31,2	200,5	37,1	
2023	2 747,5	1 726,6	1 685,2	270,9	1 271,0	143,4	41,3	455,7	434,0	67,6	317,3	49,2	
2024	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5	
2024 Okt.	2 842,8	1 734,0	1 692,3	274,0	1 280,4	137,8	41,7	558,1	535,5	81,4	399,0	55,1	
Nov.	2 872,4	1 769,3	1 727,7	275,9	1 311,8	140,1	41,6	560,5	538,5	81,1	402,2	55,2	
Dez.	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5	
2025 Jan.	2 870,7	1 769,7	1 727,5	276,3	1 311,5	139,7	42,2	563,9	541,5	80,5	405,5	55,4	
Febr.	2 888,8	1 793,7	1 750,7	277,9	1 333,6	139,1	43,1	560,8	538,3	79,6	403,6	55,1	
März	2 881,3	1 792,1	1 748,6	273,2	1 337,1	138,3	43,5	557,6	535,1	78,2	402,2	54,6	
Veränderungen *)													
2023	+ 58,9	- 132,7	- 129,2	- 36,7	- 76,8	- 15,7	- 3,5	+ 170,6	+ 164,9	+ 36,1	+ 116,5	+ 12,2	
2024	+ 106,6	+ 23,3	+ 22,0	+ 0,2	+ 27,7	- 5,9	+ 1,3	+ 100,5	+ 100,0	+ 12,8	+ 79,2	+ 8,0	
2024 Okt.	+ 9,7	+ 7,7	+ 8,1	+ 5,6	+ 2,6	- 0,1	- 0,4	+ 4,9	+ 4,9	+ 0,3	+ 4,1	+ 0,5	
Nov.	+ 29,5	+ 34,9	+ 35,0	+ 1,8	+ 30,9	+ 2,3	- 0,1	+ 2,9	+ 3,5	- 0,3	+ 3,7	+ 0,1	
Dez.	+ 13,7	+ 12,5	+ 11,4	+ 0,7	+ 9,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,2	+ 3,1	- 0,3	+ 3,1	+ 0,3	
2025 Jan.	- 10,0	- 6,8	- 6,3	+ 1,2	- 6,4	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	
Febr.	+ 18,1	+ 24,1	+ 23,2	+ 2,3	+ 21,2	- 0,3	+ 0,9	- 3,1	- 3,3	- 0,9	- 2,0	- 0,3	
März	- 7,5	- 1,6	- 2,1	- 4,7	+ 3,5	- 0,8	+ 0,5	- 3,2	- 3,1	- 1,4	- 1,3	- 0,5	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1) Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Einlagen und aufgenommene Kredite														
Zeit	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2022	279,8	66,8	7,9	24,2	34,6	0,1	11,4	53,8	17,1	25,2	10,9	0,5	15,9	
2023	286,9	52,0	9,8	6,7	35,5	0,0	11,6	51,9	19,7	21,9	9,9	0,4	15,1	
2024	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4	
2024 Okt.	256,7	43,6	10,0	3,9	29,6	0,0	11,7	60,5	23,0	29,4	7,6	0,4	18,2	
Nov.	263,4	39,5	6,9	3,1	29,5	0,0	11,7	55,6	22,6	24,9	7,7	0,5	18,1	
Dez.	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4	
2025 Jan.	236,8	32,8	5,8	2,9	24,0	0,0	11,7	52,8	21,6	22,8	7,9	0,5	18,6	
Febr.	244,9	32,4	5,9	2,5	24,0	0,0	11,7	57,3	23,0	26,8	6,9	0,5	18,7	
März	251,5	32,5	5,8	4,7	22,0	0,0	11,7	67,0	23,8	36,0	6,9	0,5	18,7	
Veränderungen *)														
2023	+ 6,5	- 14,8	+ 1,9	- 17,6	+ 0,9	- 0,0	+ 0,2	- 2,0	+ 2,9	- 3,7	- 1,0	- 0,1	- 0,1	
2024	- 37,7	- 18,6	- 3,0	- 4,1	- 11,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,7	+ 1,5	+ 0,3	- 2,6	+ 0,1	+ 3,4	
2024 Okt.	- 13,0	+ 0,7	- 0,3	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 9,0	- 1,1	- 7,7	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
Nov.	+ 6,2	- 4,4	- 3,5	- 0,9	- 0,1	-	+ 0,1	- 4,9	- 0,4	- 4,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	
Dez.	- 13,0	- 6,2	- 0,1	- 0,6	- 5,5	-	- 0,1	- 3,9	- 1,0	- 2,6	- 0,3	- 0,0	+ 0,3	
2025 Jan.	- 13,6	- 0,6	- 1,0	+ 0,5	- 0,0	-	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 0,1	
Febr.	+ 8,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,5	+ 1,4	+ 4,1	- 1,0	+ 0,0	+ 0,1	
März	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	+ 2,2	- 2,0	-	+ 0,0	+ 9,8	+ 0,7	+ 9,1	- 0,1	-	+ 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen 3)					Nachrichtlich:			Zeit										
	nach Befristung				insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	Verbindlichkeiten aus Repos												
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	zusammen	über 1 Jahr 2)																				
			darunter:																				
			bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre																			
16,0	67,2	217,5	10,6	206,9	526,8	521,8	5,1	22,4	6,8	3,1	–	2022											
21,6	204,7	251,0	38,2	212,7	441,8	438,4	3,4	123,5	21,0	3,5	–	2023											
22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–	2024											
22,5	292,9	265,2	48,1	217,1	403,8	400,9	2,9	147,0	40,7	4,0	–	2024 Okt.											
22,0	295,5	265,0	48,3	216,7	401,3	398,6	2,8	141,2	33,3	4,0	–	Nov.											
22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–	Dez.											
22,4	298,4	265,5	46,6	218,8	399,7	397,0	2,7	137,5	34,3	4,1	–	2025 Jan.											
22,6	295,8	265,1	45,6	219,4	397,5	394,8	2,7	136,8	32,9	4,1	–	Febr.											
22,5	292,7	265,0	45,5	219,5	395,3	392,6	2,6	136,2	33,2	4,2	–	März											
Veränderungen *)																							
+	5,7	+	137,0	+	33,6	+	27,8	+	5,8	–	80,1	–	78,4	–	1,7	+	101,1	+	2,9	+	0,4	–	2023
+	0,5	+	87,3	+	13,2	+	8,9	+	4,3	–	39,4	–	38,7	–	0,7	+	22,3	+	12,6	+	0,5	–	2024
–	0,1	+	4,6	+	0,3	+	0,1	+	0,2	–	1,7	–	1,7	–	0,0	–	1,1	–	1,6	+	0,0	–	2024 Okt.
–	0,5	+	2,6	+	0,3	+	0,2	+	0,1	–	2,5	–	2,3	–	0,1	–	5,8	–	7,4	+	0,0	–	Nov.
+	0,1	+	2,2	+	1,0	–	0,6	+	1,5	+	1,1	+	1,1	–	0,0	–	3,0	+	0,3	+	0,0	–	Dez.
+	0,3	+	0,6	–	0,5	–	1,1	+	0,6	–	2,7	–	2,7	–	0,0	–	0,7	–	0,4	+	0,1	–	2025 Jan.
+	0,2	–	2,6	–	0,4	–	1,0	+	0,6	–	2,2	–	2,2	–	0,0	–	0,7	–	1,4	+	0,0	–	Febr.
–	0,1	–	3,1	–	0,1	–	0,1	+	0,1	–	2,2	–	2,2	–	0,0	–	0,5	+	0,3	+	0,0	–	März

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)												Sozialversicherung					Zeit
zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen 3)		Spar- einlagen und Spar- briefe 2) 4)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite						
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																	
80,0	49,2	12,5	13,8	4,4	0,0	79,2	8,3	44,9	25,5	0,6	–	2022					
83,3	45,6	19,8	14,1	3,8	0,0	99,6	16,1	57,2	25,3	1,0	–	2023					
80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–	2024					
70,1	35,0	18,0	13,6	3,6	0,0	82,5	18,2	42,7	20,8	0,9	–	2024 Okt.					
75,8	39,7	19,1	13,4	3,5	0,0	92,5	24,0	47,2	20,5	0,8	–	Nov.					
80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–	Dez.					
70,1	35,7	17,7	13,2	3,5	0,0	81,2	18,4	44,3	17,7	0,8	–	2025 Jan.					
74,5	40,1	17,7	13,0	3,6	0,0	80,8	20,5	42,2	17,3	0,8	–	Febr.					
70,2	36,3	17,2	13,1	3,5	0,0	81,7	21,5	43,3	16,1	0,8	–	März					
Veränderungen *)																	
+	3,2	–	3,8	+	7,3	+	0,3	–	0,6	–	–	2023					
–	3,5	–	0,5	–	1,8	–	0,9	–	0,3	–	–	2024					
–	1,9	–	0,6	–	1,2	+	0,0	–	0,0	–	–	2024 Okt.					
+	5,6	+	4,6	+	1,1	–	0,0	–	0,1	–	–	Nov.					
+	4,3	+	5,6	–	1,1	–	0,2	+	0,0	–	–	Dez.					
–	9,9	–	9,6	–	0,3	–	0,1	–	0,0	–	–	2025 Jan.					
+	4,4	+	4,4	+	0,0	–	0,1	+	0,1	–	–	Febr.					
–	4,3	–	3,8	–	0,5	+	0,0	–	0,0	–	–	März					

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit",

Lastenausgleichsfonds. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	ins-gesamt	von Inländern					von Ausländern			Nicht-banken ins-gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
		zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist					
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2022	538,5	533,2	510,3	254,2	22,9	14,2	5,3	4,8	1,4	34,9	34,6	20,8	0,2
2023	450,5	445,9	395,3	187,1	50,6	43,0	4,6	3,8	2,6	143,2	142,2	35,5	1,0
2024	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	3,7	158,9	157,8	43,2	1,1
2024 Nov. Dez.	409,4	405,1	345,2	168,5	59,9	53,2	4,3	3,3	0,2	161,9	160,8	42,7	1,2
	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	1,8	158,9	157,8	43,2	1,1
2025 Jan. Febr. März	407,7	403,4	344,8	170,0	58,6	51,9	4,3	3,3	0,3	158,1	157,0	43,9	1,1
	405,5	401,2	343,0	169,6	58,3	51,7	4,3	3,3	0,2	157,5	156,4	44,8	1,1
	403,2	398,9	340,7	169,0	58,2	51,6	4,3	3,2	0,2	157,0	155,9	45,5	1,1
Veränderungen *)													
2023	- 83,0	- 82,3	- 110,0	- 52,3	+ 27,7	+ 28,8	- 0,7	- 1,1	.	+ 105,2	+ 104,5	+ 12,2	+ 0,7
2024	- 40,2	- 40,0	- 49,2	- 17,1	+ 9,2	+ 10,0	- 0,2	- 0,5	.	+ 23,3	+ 23,1	+ 8,9	+ 0,2
2024 Nov. Dez.	- 2,5	- 2,5	- 1,8	- 0,2	- 0,7	- 0,6	- 0,0	- 0,0	.	- 6,1	- 6,1	+ 0,7	- 0,0
	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	.	- 3,1	- 3,0	+ 0,5	- 0,0
2025 Jan. Febr. März	- 2,7	- 2,7	- 2,4	- 0,6	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 0,0
	- 2,1	- 2,1	- 1,8	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 0,0
	- 2,3	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	+ 0,7	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere											Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
insgesamt	darunter:													
	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit									
					bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre		über 2 Jahre					
Zeit	insgesamt	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen		darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	über 2 Jahre	insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre	Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2022	1 231,5	92,8	15,0	307,8	88,6	98,6	1,4	26,6	3,4	1 106,4	0,8	0,7	37,8	0,1
2023	1 327,5	85,8	15,7	312,6	101,2	122,9	1,3	43,7	3,4	1 160,9	0,0	0,0	37,5	0,1
2024	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2024 Nov.	1 369,4	98,1	16,2	320,7	106,1	118,4	1,4	44,6	4,0	1 206,4	0,2	0,0	40,9	0,1
Dez.	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2025 Jan.	1 377,0	100,2	16,0	315,4	110,6	121,5	1,2	42,9	3,9	1 212,6	0,2	0,0	41,2	0,1
Febr.	1 385,6	100,3	19,4	320,4	111,6	124,5	1,3	42,9	4,1	1 218,2	0,3	0,0	39,9	0,1
März	1 391,7	102,0	22,7	321,7	123,8	140,8	1,3	39,5	3,9	1 211,5	0,2	0,0	39,7	0,1
Veränderungen *)														
2023	+ 97,0	- 6,3	+ 1,4	+ 4,4	+ 11,4	+ 24,5	- 0,0	+ 17,7	+ 0,6	+ 54,8	+ 0,0	+ 0,1	- 0,3	-
2024	+ 31,5	+ 11,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 8,7	- 2,1	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	+ 34,0	+ 0,2	- 0,0	+ 3,4	- 0,0
2024 Nov.	- 0,8	- 0,7	+ 0,4	+ 2,4	+ 4,9	+ 5,2	+ 0,0	- 0,6	+ 0,1	- 5,5	-	-	+ 0,6	-
Dez.	- 9,3	- 0,6	- 0,5	- 1,6	+ 5,2	+ 3,0	- 0,2	- 1,9	- 0,2	- 10,4	+ 0,0	-	- 0,1	-
2025 Jan.	+ 16,9	+ 2,6	+ 0,4	- 3,7	- 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 16,6	-	-	+ 0,3	-
Febr.	+ 8,6	+ 0,1	+ 3,1	+ 5,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 5,7	+ 0,1	-	- 1,3	-
März	+ 6,1	+ 1,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 12,2	+ 16,2	+ 0,0	- 3,4	- 0,1	- 6,7	- 0,1	-	- 0,2	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel

verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- sum- me 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 8)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 9)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 4)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 5)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 7)				
					Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen									
Alle Bausparkassen																
2024	13	260,5	23,5	0,2	15,3	21,0	133,4	42,0	20,8	0,8	36,8	180,0	14,5	7,5	13,2	78,8
2025 Jan.	13	260,5	23,8	0,2	14,9	21,5	133,0	42,0	21,2	0,8	36,3	179,8	14,9	8,1	13,5	5,2
Febr.	13	260,3	23,3	0,2	14,9	21,8	132,7	42,1	21,2	0,7	36,3	179,6	14,9	8,1	13,5	5,2
März	13	260,2	22,8	0,2	14,9	22,2	132,5	42,2	21,3	0,7	37,2	179,2	14,8	8,1	13,5	5,2
Private Bausparkassen																
2025 Jan.	8	185,4	11,0	0,2	8,8	14,0	102,7	36,1	10,0	0,2	33,8	115,1	14,6	8,1	9,3	3,4
Febr.	8	185,2	10,6	0,2	8,9	14,2	102,5	36,2	10,1	0,2	33,8	114,9	14,6	8,1	9,3	3,4
März	8	185,2	10,2	0,2	8,9	14,4	102,3	36,3	10,2	0,2	34,5	114,5	14,5	8,1	9,3	3,3
Öffentliche Bausparkassen																
2025 Jan.	5	75,1	12,7	0,0	6,1	7,5	30,2	5,9	11,1	0,6	2,5	64,7	0,3	–	4,2	1,9
Febr.	5	75,0	12,7	0,1	6,1	7,6	30,2	5,9	11,1	0,5	2,5	64,7	0,3	–	4,2	1,8
März	5	75,0	12,6	0,0	6,0	7,8	30,2	5,9	11,1	0,5	2,6	64,6	0,3	–	4,3	1,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen							Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 11)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 13)
	eingezahlte Bauspar- be- träge 10)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zuteil- lun- gen 12)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen		ins- gesamt	dar- unter aus Zuteil- lun- gen	ins- gesamt	darunter Til- gun- gen im Quartal			
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 10)								
							zu- sam- men	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfi- nanzie- rungs- krediten	zu- sam- men	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfi- nanzie- rungs- krediten							
Alle Bausparkassen																	
2024	25,6	1,7	5,7	53,1	40,5	48,7	25,2	4,5	10,2	4,7	13,4	11,5	7,6	5,8	4,6	0,2	
2025 Jan.	2,1	0,0	0,5	4,3	3,2	3,8	1,9	0,4	0,9	0,4	1,0	11,5	7,6	0,5		0,0	
Febr.	2,1	0,0	0,4	4,4	3,3	3,8	2,0	0,4	0,8	0,4	1,0	11,8	7,7	0,6		0,0	
März	2,0	0,0	0,5	5,0	3,5	4,1	2,1	0,4	0,9	0,4	1,1	12,3	7,8	0,6	...	0,0	
Private Bausparkassen																	
2025 Jan.	1,4	0,0	0,3	3,0	2,1	2,7	1,3	0,3	0,6	0,3	0,8	7,4	4,2	0,4		0,0	
Febr.	1,3	0,0	0,2	3,0	2,1	2,7	1,4	0,3	0,5	0,3	0,8	7,5	4,2	0,4		0,0	
März	1,3	0,0	0,3	3,4	2,2	2,9	1,4	0,3	0,6	0,3	0,9	7,7	4,2	0,4	...	0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2025 Jan.	0,8	0,0	0,2	1,3	1,0	1,1	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	4,1	3,4	0,1		0,0	
Febr.	0,7	0,0	0,2	1,4	1,2	1,1	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	4,3	3,5	0,2		0,0	
März	0,7	0,0	0,2	1,6	1,3	1,2	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	4,5	3,6	0,2	...	0,0	

*) Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und

Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) ^{*)}

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands	
					zusammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zusammen	an deutsche Nicht- banken	an auslän- dische Nicht- banken				
Auslandsfilialen 9)																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3	
2023	47	200	1 544,2	457,5	437,7	304,4	133,3	19,8	507,9	421,0	5,4	415,6	86,9	578,8	417,0	
2024	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9	
2024 März	47	199	1 634,7	506,6	483,8	327,2	156,6	22,8	523,9	431,4	5,1	426,3	92,6	604,1	428,8	
April	47	199	1 668,0	499,4	474,9	325,7	149,3	24,4	520,3	432,4	4,8	427,5	88,0	648,2	477,1	
Mai	47	199	1 647,4	504,5	482,0	330,9	151,1	22,4	528,0	440,3	4,9	435,5	87,7	614,9	439,2	
Juni	47	198	1 612,4	498,6	478,8	329,8	148,9	19,9	538,5	449,1	4,9	444,2	89,3	575,3	421,0	
Juli	47	198	1 596,9	505,8	485,8	328,1	157,7	19,9	539,9	450,4	5,2	445,2	89,5	551,3	384,7	
Aug.	47	195	1 594,9	499,8	479,7	324,4	155,3	20,1	543,0	453,3	5,3	448,0	89,8	552,1	380,5	
Sept.	47	195	1 598,5	499,1	478,8	322,5	156,3	20,4	568,4	477,9	5,1	472,8	90,5	530,9	372,4	
Okt.	47	197	1 645,8	503,1	482,0	333,2	148,9	21,0	579,7	492,9	4,9	488,0	86,8	563,0	393,0	
Nov.	47	197	1 708,6	528,3	507,5	357,3	150,2	20,8	591,7	500,9	4,6	496,3	90,8	588,6	412,9	
Dez.	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9	
Veränderungen *)																
2023	± 0	- 2	- 83,7	- 2,7	- 8,1	- 12,1	+ 4,0	+ 5,4	- 1,4	- 20,2	- 4,4	- 15,8	+ 18,8	- 68,1	- 94,4	
2024	± 0	- 3	+ 175,7	+ 64,6	+ 62,6	+ 56,3	+ 6,3	+ 2,0	+ 54,2	+ 49,1	- 0,5	+ 49,6	+ 5,1	+ 32,0	+ 37,6	
2024 April	± 0	-	+ 32,9	- 7,5	- 9,2	- 1,5	- 7,7	+ 1,6	- 5,4	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 4,8	+ 43,7	+ 48,1	
Mai	± 0	-	- 19,9	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,0	- 2,0	+ 10,8	+ 10,8	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	- 32,6	- 37,5	
Juni	± 0	- 1	- 35,7	- 7,1	- 4,5	- 1,1	- 3,4	- 2,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 1,2	- 40,3	- 18,8	
Juli	± 0	-	- 15,0	+ 7,3	+ 7,2	- 1,7	+ 9,0	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,4	- 24,0	- 36,0	
Aug.	± 0	- 3	- 0,8	- 4,4	- 4,5	- 3,7	- 0,8	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 1,0	+ 0,8	- 3,0	
Sept.	± 0	-	+ 4,1	- 0,0	- 0,3	- 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,5	- 0,2	+ 26,7	+ 1,0	- 21,2	- 7,8	
Okt.	± 0	+ 2	+ 46,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,7	- 9,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 9,0	- 0,2	+ 9,2	- 4,5	+ 30,8	+ 19,5	
Nov.	± 0	-	+ 61,2	+ 22,3	+ 22,5	+ 24,1	- 1,6	- 0,3	+ 2,7	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 3,0	+ 24,1	+ 18,9	
Dez.	± 0	-	+ 13,3	- 2,3	- 3,3	+ 3,4	- 6,8	+ 1,1	- 15,8	- 18,6	+ 0,3	- 18,9	+ 2,8	+ 26,3	+ 43,5	
Auslandstöchter 8)																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0	
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0	
2023	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0	
2023 März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0	
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0	
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0	
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0	
Juli	12	31	253,4	63,6	52,2	23,0	29,3	11,4	147,4	126,9	12,9	114,1	20,5	42,4	0,0	
Aug.	12	31	252,8	62,8	52,2	21,9	30,3	10,6	146,0	125,6	12,7	112,9	20,4	44,1	0,0	
Sept.	12	31	256,2	66,4	56,0	25,0	31,0	10,5	146,7	125,8	12,3	113,5	20,9	43,0	0,0	
Okt.	12	31	257,4	65,8	56,0	24,5	31,5	9,8	146,8	126,2	12,0	114,2	20,6	44,8	0,0	
Nov.	12	31	259,9	66,9	57,7	23,6	34,1	9,3	147,8	126,9	12,1	114,8	20,9	45,2	0,0	
Dez.	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0	
Veränderungen *)																
2022	- 1	- 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	- 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	- 1,9	- 6,5	± 0,0	
2023	+ 1	- 1	+ 8,7	+ 13,5	+ 12,2	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	- 1,4	+ 3,1	- 0,2	- 6,3	± 0,0	
2023 April	-	- 1	- 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	- 0,1	+ 0,6	- 0,8	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 4,1	± 0,0	
Mai	-	-	- 1,5	- 5,7	- 4,9	- 0,8	- 4,1	- 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0	
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	- 3,0	± 0,0	
Juli	-	- 1	+ 0,6	- 0,5	- 0,4	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	± 0,0	
Aug.	-	-	- 1,2	- 1,0	- 0,2	- 1,0	+ 0,8	- 0,9	- 1,8	- 1,7	- 0,2	- 1,5	- 0,1	+ 1,7	± 0,0	
Sept.	-	-	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 1,0	± 0,0	
Okt.	-	-	+ 1,4	- 0,6	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,3	+ 1,8	± 0,0	
Nov.	-	-	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9	+ 2,9	- 0,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	
Dez.	-	-	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,4	- 1,1	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 0,3	- 2,0	± 0,0	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldver-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite									Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
von Banken (MFIs)				von Nichtbanken (Nicht-MFIs)							insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands	
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)			auslän- dische Nicht- banken					
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)									Auslandsfilialen 9)				
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022
943,5	554,5	422,6	131,9	389,0	10,6	9,5	1,2	378,4	64,1	66,1	470,5	418,3	2023
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	2024
997,2	587,3	442,4	144,9	409,9	11,3	10,3	1,0	398,6	86,3	69,4	481,8	431,6	2024 März
978,9	576,4	435,8	140,6	402,5	11,1	10,1	1,0	391,4	88,0	69,2	531,8	479,3	April
998,2	591,9	449,7	142,1	406,3	14,8	13,9	1,0	391,5	85,8	69,0	494,4	443,4	Mai
986,4	578,3	450,5	127,8	408,0	14,2	13,2	1,0	393,8	81,7	69,5	474,7	423,1	Juni
999,5	583,6	450,6	133,0	415,9	14,3	13,4	1,0	401,6	87,0	69,3	441,1	388,9	Juli
1 002,4	591,0	457,1	133,9	411,4	14,9	13,9	1,0	396,6	85,5	69,1	437,8	385,0	Aug.
1 014,0	602,5	466,1	136,4	411,5	13,4	12,5	0,9	398,0	84,7	70,1	429,7	377,0	Sept.
1 040,4	610,4	472,5	137,9	430,0	13,9	13,0	1,0	416,1	81,7	70,8	453,0	397,1	Okt.
1 075,0	638,7	501,0	137,8	436,3	15,0	14,0	1,0	421,3	88,0	71,3	474,2	417,6	Nov.
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	Dez.
Veränderungen *)									Auslandstöchter 8)				
+ 1,2	- 17,0	- 13,8	- 3,1	+ 18,1	+ 1,2	+ 1,5	- 0,3	+ 16,9	+ 3,9	+ 3,0	- 88,0	- 94,5	2023
+ 107,9	+ 76,0	+ 80,7	- 4,6	+ 31,9	+ 4,3	+ 4,4	- 0,1	+ 27,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 49,4	+ 42,9	2024
- 18,8	- 11,4	- 6,6	- 4,8	- 7,4	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 7,3	+ 1,3	- 0,2	+ 50,0	+ 47,7	2024 April
+ 20,5	+ 16,6	+ 13,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	- 0,0	+ 0,1	- 1,5	- 0,2	- 37,4	- 35,9	Mai
- 13,2	- 14,7	+ 0,7	- 15,5	+ 1,5	- 0,6	- 0,6	+ 0,0	+ 2,2	- 4,8	+ 0,5	- 19,7	- 20,3	Juni
+ 13,5	+ 5,5	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 7,9	+ 5,7	- 0,2	- 33,6	- 34,2	Juli
+ 4,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,5	+ 4,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	- 4,7	- 0,3	- 0,2	- 3,3	- 3,6	Aug.
+ 12,3	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,1	+ 0,2	- 1,4	- 1,4	- 0,1	+ 1,6	- 0,4	+ 1,0	- 8,1	- 8,0	Sept.
+ 24,2	+ 6,1	+ 6,4	- 0,3	+ 18,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 17,6	- 4,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 20,1	Okt.
+ 31,1	+ 25,3	+ 28,4	- 3,1	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 21,2	+ 20,5	Nov.
- 18,7	- 4,0	+ 2,4	- 6,4	- 14,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 14,6	- 16,4	+ 1,6	+ 45,7	+ 43,4	Dez.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)									Veränderungen *)				
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	2023
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	2023 März
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0	April
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0	Mai
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0	Juni
187,9	72,3	47,0	25,3	115,6	6,8	4,4	2,4	108,8	10,5	20,5	34,4	0,0	Juli
185,5	70,6	46,0	24,7	114,8	6,6	4,2	2,4	108,2	10,3	20,6	36,4	0,0	Aug.
188,2	74,1	49,1	25,1	114,1	6,7	4,3	2,4	107,4	11,3	20,5	36,0	0,0	Sept.
189,3	73,1	48,3	24,8	116,2	6,5	4,1	2,4	109,7	11,6	20,8	35,8	0,0	Okt.
192,1	73,7	48,4	25,3	118,4	6,5	4,1	2,4	111,8	11,6	20,8	35,4	0,0	Nov.
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	Dez.
Veränderungen *)									Veränderungen *)				
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	- 4,2	+ 6,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1	+ 6,7	- 2,9	- 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022
+ 7,6	+ 8,9	+ 12,6	- 3,8	- 1,3	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 0,8	- 1,4	+ 0,7	+ 1,8	± 0,0	2023
- 2,7	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	- 2,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 2,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	2023 April
- 0,6	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,4	- 1,2	± 0,0	Mai
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	- 0,9	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 1,6	- 1,6	- 0,1	+ 2,5	± 0,0	Juni
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	- 1,1	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,1	± 0,0	Juli
- 2,9	- 1,9	- 1,0	- 0,8	- 1,1	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 0,2	+ 0,1	+ 1,8	± 0,0	Aug.
+ 1,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	- 1,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	+ 1,0	- 0,1	- 0,7	± 0,0	Sept.
+ 1,2	- 1,0	- 0,8	- 0,2	+ 2,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	± 0,0	Okt.
+ 3,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	± 0,0	Nov.
+ 4,1	+ 2,4	+ 2,8	- 0,4	+ 1,7	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	Dez.

schreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nach-

rangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 8 Die Zahlen der Auslandstöchter wurden letztmalig 12.23 erhoben. 9 Die Zahlen der Auslandsfilialen wurden letztmalig 12.24 erhoben.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserve- periode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven (ohne Einlage- fazilität) ⁶⁾	Summe aller Unter- schreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023	16 261,6	162,6	162,3	170,5	8,2	0,0
2024	16 422,2	164,2	163,9	170,8	6,9	0,0
2025 Febr.	16 718,3	167,2	166,9	172,4	5,5	0,0
März ^{p)}	16 674,0	166,7	166,4	171,7	5,2	0,0
April ^{p)}	16 747,0	167,5	167,2

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserve- periode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven (ohne Einlage- fazilität) ⁶⁾	Summe aller Unter- schreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023	4 483 853	27,6	44 839	44 709	47 008	2 299	0
2024	4 517 828	27,5	45 178	45 052	48 069	3 016	1
2025 Febr.	4 560 618	27,3	45 606	45 481	47 006	1 525	1
März ^{p)}	4 571 913	27,4	45 719	45 594	46 818	1 224	0
April ^{p)}	4 621 342	27,6	46 213	46 088

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserve- periode beginnend im Monat ¹⁾	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kredit- genossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unter- stützungsaufgaben
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023	9 282	7 417	3 170	14 061	8 178	148	2 118
2024	9 561	7 484	2 856	14 355	8 417	133	2 156
2025 Febr.	9 860	7 326	2 725	14 499	8 551	139	2 167
März	9 621	7 624	2 789	14 549	8 485	132	2 192
April	9 707	7 947	2 799	14 552	8 511	134	2 212

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserve- periode beginnend im Monat ¹⁾	Verbindlichkeiten (ohne Spar- einlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau- spareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindest- reserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau- spareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgege- benen Inhaberschuldverschrei- bungen mit Ursprungslauf- zeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservepflichtiger MFIs
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023	3 447 513	968	420 839	455 493	125 531
2024	3 608 785	2 148	356 674	406 283	134 680
2025 Febr.	3 656 555	1 495	337 179	404 471	139 543
März	3 634 967	1 341	372 920	402 609	139 872
April	3 662 003	1 911	392 062	400 410	142 448

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze						Basiszinssätze					
Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen-refi-nanzie-rungs-fazilität		Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen-refi-nanzie-rungs-fazilität	
		Festsatz	Mindest-bietungs-satz					Festsatz	Mindest-bietungs-satz		
2024 12. Juni	3,75	4,25	–	4,50	2025 5. Feb. 12. Mär. 23. April	2,75	2,90	–	3,15	2023 1. Jan. 1. Juli	1,62
18. Sept. 2)	3,50	3,65	–	3,90		2,50	2,65	–	2,90		3,12
23. Okt.	3,25	3,40	–	3,65		2,25	2,40	–	2,65		
18. Dez.	3,00	3,15	–	3,40							
										2024 1. Jan.	3,62
										1. Juli	3,37
											2,27

1 Gemäß § 247 BGB. 2 Mit Wirkung zum 18. September 2024 wird die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Einlagefazilität auf 15 Basispunkte reduziert. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für

die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 25 Basispunkten.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender	Zinstender			Laufzeit	
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz		
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.				Tage	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2025	9. Apr.	8 847	8 847	2,65	—	—	—	7
	16. Apr.	11 937	11 937	2,65	—	—	—	7
	23. Apr.	14 204	14 204	2,40	—	—	—	7
	30. Apr.	15 609	15 609	2,40	—	—	—	7
	7. Mai	10 640	10 640	2,40	—	—	—	7
	14. Mai	9 858	9 858	2,40	—	—	—	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2024	18. Dez.	11 027	11 027	2) 2,99	—	—	—	98
2025	29. Jan.	3 766	3 766	2) ...	—	—	—	91
	26. Feb.	2 250	2 250	2) ...	—	—	—	91
	26. Mär.	7 233	7 233	2) ...	—	—	—	91
	30. Apr.	4 398	4 398	2) ...	—	—	—	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Durchschnitt

im Monat

2024 Sept.

Okt.

Nov.

Dez.

2025 Jan.

Febr.

März

April

€STR 1)	EURIBOR ® 2)					
	Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld	
2024 Sept.	3,557	3,491	3,438	3,434	3,258	2,936
Okt.	3,338	3,308	3,205	3,167	3,002	2,691
Nov.	3,164	3,148	3,066	3,007	2,788	2,506
Dez.	3,064	3,029	2,890	2,825	2,632	2,436
2025 Jan.	2,919	2,898	2,792	2,704	2,614	2,525
Febr.	2,691	2,663	2,606	2,525	2,460	2,407
März	2,499	2,472	2,401	2,442	2,385	2,398
April	2,341	2,316	2,243	2,249	2,202	2,143

* Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html

1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in

Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. 2 Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar. Werte ab November 2023 werden mit drei Nachkommastellen berechnet. Davor liegende Werte wurden mit zwei Nachkommastellen ermittelt. Aus technischen Gründen werden diese Werte ebenfalls mit drei Nachkommastellen dargestellt. Die dritte Nachkommastelle ist mit einer 0 aufgefüllt. Bis einschließlich Oktober 2023 wurden alle Werte mit zwei Nachkommastellen berechnet und veröffentlicht. <https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use> <https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/>

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

		Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
Stand am Monatsende	Effektivzinssatz 1)	Volumen 2)	Effektivzinssatz 1)	Volumen 2)	Effektivzinssatz 1)	Volumen 2)	Effektivzinssatz 1)	Volumen 2)	
	% p.a.	Mio €	% p.a.	Mio €	% p.a.	Mio €	% p.a.	Mio €	
2024 März	3,06	400 182	1,09	242 659	3,56	212 882	1,56	20 688	
April	3,08	414 278	1,11	243 548	3,54	213 659	1,62	20 719	
Mai	3,09	424 087	1,12	244 423	3,50	211 340	1,75	20 827	
Juni	3,09	433 321	1,13	244 777	3,42	200 180	1,84	21 079	
Juli	3,09	441 266	1,14	245 316	3,44	203 485	1,91	21 085	
Aug.	3,07	445 355	1,14	246 009	3,40	209 286	1,96	21 125	
Sept.	3,03	451 326	1,15	246 598	3,28	210 020	2,01	21 852	
Okt.	2,95	453 875	1,16	248 069	3,14	216 899	2,04	21 601	
Nov.	2,83	450 230	1,16	248 463	2,98	210 843	2,08	21 274	
Dez.	2,74	448 377	1,16	250 541	2,84	204 250	2,09	21 188	
2025 Jan.	2,64	446 474	1,17	251 939	2,72	209 780	2,12	20 824	
Febr.	2,53	441 456	1,17	253 291	2,56	207 798	2,16	20 754	
März	2,45	436 925	1,18	254 041	2,42	207 628	2,23	21 470	

Stand am Monatsende		Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
		mit Ursprungslaufzeit											
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 März	5,68	3 184	3,75	23 540	1,93	1 558 297	10,05	47 109	4,90	76 985	4,26	326 829	
April	5,65	3 289	3,78	23 271	1,94	1 559 197	10,13	45 949	4,97	76 906	4,30	327 227	
Mai	5,55	3 400	3,81	23 042	1,95	1 561 200	10,13	46 181	5,13	77 092	4,34	327 336	
Juni	5,58	3 272	3,84	22 914	1,97	1 564 022	10,17	46 114	5,22	76 708	4,37	326 248	
Juli	5,45	3 483	3,87	22 626	1,98	1 566 908	10,00	45 875	5,27	76 941	4,40	326 337	
Aug.	5,43	3 344	3,90	22 463	2,00	1 570 363	9,97	45 873	5,30	77 210	4,43	326 755	
Sept.	5,38	3 308	3,91	22 308	2,01	1 572 823	10,06	47 862	5,34	77 109	4,47	325 545	
Okt.	5,19	3 325	3,94	22 206	2,02	1 574 221	9,86	46 477	5,37	77 277	4,47	327 532	
Nov.	5,15	3 189	3,99	22 050	2,04	1 577 905	9,76	45 342	5,41	77 500	4,50	327 920	
Dez.	5,10	3 162	3,99	21 842	2,05	1 579 090	9,63	47 945	5,43	77 359	4,52	325 763	
2025 Jan.	4,80	3 394	3,93	21 506	2,06	1 579 472	9,56	46 518	5,63	77 540	4,48	326 211	
Febr.	4,77	3 282	3,92	21 317	2,07	1 582 197	9,46	47 269	5,68	77 390	4,50	326 025	
März	4,63	3 414	3,89	21 107	2,08	1 585 388	9,44	48 105	5,71	77 159	4,53	325 440	

	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 März	6,03	189 482	4,62	249 544	2,56	895 185
April	5,97	188 827	4,72	248 341	2,58	897 166
Mai	5,92	188 826	4,74	249 224	2,59	899 489
Juni	5,88	192 015	4,74	248 588	2,59	896 461
Juli	5,91	189 012	4,73	249 072	2,60	898 488
Aug.	5,88	186 347	4,71	249 434	2,62	901 170
Sept.	5,75	189 368	4,68	249 435	2,62	897 212
Okt.	5,59	185 531	4,59	249 770	2,61	898 316
Nov.	5,47	188 429	4,59	248 878	2,63	901 834
Dez.	5,30	185 938	4,50	247 499	2,60	903 159
2025 Jan.	5,13	188 603	4,36	247 166	2,57	904 717
Febr.	5,00	190 684	4,30	247 282	2,58	906 674
März	4,86	191 273	4,23	246 389	2,57	905 148

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47*.)

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
tätlich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 März	0,60	1 698 313	3,27	47 316	2,94	3 332	2,53	2 296	0,74	373 900	2,35	57 421
April	0,60	1 698 724	3,21	52 193	2,95	3 789	2,76	2 954	0,75	368 393	2,38	58 350
Mai	0,60	1 701 051	3,22	50 351	2,91	3 284	2,43	1 947	0,76	364 344	2,41	58 880
Juni	0,59	1 706 912	3,11	47 821	2,90	3 156	2,51	1 930	0,76	359 875	2,43	59 236
Juli	0,58	1 702 120	3,10	52 304	2,82	3 175	2,46	2 188	0,76	355 745	2,44	59 365
Aug.	0,58	1 738 837	3,04	54 951	2,74	3 013	2,31	1 824	0,77	352 793	2,44	59 448
Sept.	0,57	1 732 207	2,92	53 747	2,60	2 726	2,35	1 531	0,76	350 119	2,42	60 261
Okt.	0,56	1 739 552	2,76	52 529	2,51	3 955	2,22	1 881	0,73	347 649	2,39	61 015
Nov.	0,54	1 774 986	2,64	54 471	2,49	4 516	2,21	1 664	0,74	345 853	2,34	60 341
Dez.	0,56	1 787 584	2,48	52 894	2,27	3 014	2,11	1 710	0,73	346 876	2,27	60 226
2025 Jan.	0,56	1 780 715	2,36	61 538	2,23	4 411	2,23	2 573	0,74	345 517	2,23	58 967
Febr.	0,52	1 804 335	2,20	54 518	2,23	4 215	2,20	2 412	0,72	343 642	2,16	58 699
März	0,52	1 803 859	2,11	50 773	2,17	3 481	2,13	2 115	0,70	341 412	2,12	58 625

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften									
tätlich fällig		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren			
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	
2024 März	1,00	525 597	3,74	109 409	3,29	609	3,60	538	
April	1,01	527 442	3,74	109 540	3,46	815	3,68	573	
Mai	1,06	535 774	3,71	99 982	3,58	1 720	3,63	1 543	
Juni	1,00	530 169	3,56	104 386	3,46	1 187	3,60	1 248	
Juli	1,02	544 474	3,51	102 515	3,51	1 347	3,46	842	
Aug.	1,09	547 151	3,45	94 979	2,86	357	3,30	1 078	
Sept.	1,07	553 465	3,34	116 890	2,99	813	3,35	648	
Okt.	0,98	557 777	3,14	119 676	2,66	686	3,16	512	
Nov.	1,01	565 279	2,99	109 103	2,66	387	2,66	472	
Dez.	0,94	582 203	2,85	114 224	2,21	351	2,94	1 027	
2025 Jan.	0,95	558 822	2,72	109 604	2,39	518	2,81	665	
Febr.	0,90	558 073	2,54	119 955	2,27	500	2,61	619	
März	0,84	552 414	2,36	103 427	2,30	524	2,67	831	

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2024 März	8,27	8,03	8 190	9,21	1 250	8,15	260	6,87	3 173	8,79	4 757
April	8,34	8,07	9 080	9,32	1 348	7,46	320	6,91	3 581	8,91	5 180
Mai	8,46	8,16	8 491	9,36	1 229	7,04	328	7,09	3 330	8,97	4 833
Juni	8,29	8,03	8 426	9,19	1 234	6,76	304	6,95	3 359	8,86	4 763
Juli	8,33	8,10	9 917	9,31	1 497	7,03	331	6,90	3 914	8,98	5 672
Aug.	8,42	8,06	8 287	9,24	1 329	6,99	315	6,87	3 069	8,87	4 902
Sept.	8,45	8,11	7 641	9,07	1 196	7,18	287	6,96	2 745	8,85	4 610
Okt.	8,46	8,08	7 760	9,08	1 239	7,02	293	6,77	2 758	8,90	4 709
Nov.	8,49	8,07	7 472	8,79	1 094	6,15	342	6,79	2 653	8,98	4 477
Dez.	8,41	7,82	6 152	8,65	841	6,73	293	6,87	2 585	8,66	3 274
2025 Jan.	8,54	8,15	7 695	9,08	1 429	7,23	270	7,14	2 529	8,73	4 896
Febr.	8,34	7,97	7 253	8,89	1 214	6,57	239	6,98	2 452	8,58	4 562
März	8,13	7,82	8 078	8,95	1 258	6,42	250	6,69	2 986	8,59	4 842

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkung x s. S. 47*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittssätze einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredit. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2024 März	4,91	3 987	5,08	953	5,68	1 522	5,16	814	4,07	1 651
April	5,05	3 544	4,99	1 093	5,67	1 314	5,26	891	4,30	1 339
Mai	4,99	3 199	5,00	881	5,48	1 288	5,19	749	4,32	1 162
Juni	4,98	3 711	5,01	860	5,55	1 479	5,23	838	4,23	1 394
Juli	4,82	4 100	4,73	1 191	5,32	1 636	5,24	744	4,16	1 720
Aug.	4,82	3 109	4,91	778	5,49	1 063	5,22	621	4,15	1 425
Sept.	4,65	3 804	4,76	1 024	5,24	1 504	4,81	696	4,02	1 604
Okt.	4,37	4 543	4,47	1 226	4,86	1 598	4,44	1 073	3,91	1 872
Nov.	4,37	3 925	4,38	900	4,91	1 283	4,65	726	3,91	1 916
Dez.	4,22	5 673	4,38	1 433	4,72	1 993	4,32	1 385	3,72	2 295
2025 Jan.	4,36	4 448	4,25	1 365	4,66	1 834	4,65	781	3,95	1 833
Febr.	4,32	3 912	4,22	947	4,58	1 284	4,84	722	3,96	1 906
März	4,27	5 058	4,17	1 405	4,36	1 936	4,63	966	4,03	2 156
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2024 März	4,96	3 188	.	.	5,75	1 215	5,25	700	4,05	1 273
April	5,08	2 756	.	.	5,70	962	5,39	760	4,27	1 034
Mai	5,09	2 320	.	.	5,57	859	5,34	643	4,38	818
Juni	5,08	2 844	.	.	5,67	1 109	5,35	683	4,29	1 052
Juli	4,90	3 158	.	.	5,36	1 261	5,39	625	4,20	1 272
Aug.	4,88	2 317	.	.	5,53	758	5,33	532	4,16	1 027
Sept.	4,74	2 827	.	.	5,28	1 122	5,09	517	4,07	1 188
Okt.	4,44	3 430	.	.	4,93	1 226	4,77	785	3,83	1 419
Nov.	4,39	3 002	.	.	5,04	942	4,72	592	3,84	1 468
Dez.	4,31	4 053	.	.	4,77	1 482	4,75	851	3,69	1 720
2025 Jan.	4,36	3 338	.	.	4,66	1 360	4,80	632	3,85	1 346
Febr.	4,40	2 953	.	.	4,70	982	4,98	600	3,93	1 371
März	4,32	3 746	.	.	4,46	1 427	4,78	744	3,97	1 575

noch: Kredite an private Haushalte												
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)												
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
Kredite insgesamt												
2024 März	3,88	3,83	15 439	4,01	2 258	5,28	1 739	4,09	1 755	3,55	5 414	3,61
April	3,91	3,86	16 793	4,21	2 754	5,45	1 869	4,06	1 868	3,57	6 234	3,64
Mai	3,96	3,91	15 403	4,19	2 277	5,44	1 828	4,14	1 480	3,60	6 051	3,69
Juni	3,99	3,95	16 296	4,33	2 186	5,51	2 039	4,19	1 476	3,66	6 163	3,68
Juli	3,97	3,92	19 511	4,22	3 156	5,38	2 340	4,15	1 839	3,64	7 547	3,71
Aug.	3,87	3,83	16 811	4,14	2 526	5,37	1 816	4,01	1 658	3,60	6 122	3,60
Sept.	3,78	3,73	16 611	4,01	2 594	5,29	1 898	3,88	1 581	3,47	5 987	3,50
Okt.	3,69	3,65	17 878	3,89	3 123	4,99	1 991	3,81	1 802	3,42	6 232	3,45
Nov.	3,65	3,59	17 721	3,95	2 794	5,02	1 984	3,67	1 720	3,36	5 062	3,39
Dez.	3,59	3,56	16 989	3,86	3 100	4,78	2 088	3,70	1 876	3,32	4 961	3,34
2025 Jan.	3,56	3,52	19 743	3,70	3 755	4,60	2 276	3,50	1 944	3,30	6 090	3,41
Febr.	3,63	3,58	19 077	3,74	3 320	4,56	2 265	3,60	1 745	3,35	5 622	3,48
März	3,64	3,60	22 151	3,66	3 899	4,41	2 494	3,62	2 206	3,39	6 585	3,54
darunter: besicherte Kredite 11)												
2024 März	.	3,66	7 324	.	.	5,00	737	3,91	762	3,43	2 491	3,49
April	.	3,74	7 898	.	.	5,48	783	3,88	853	3,48	2 770	3,53
Mai	.	3,77	6 873	.	.	5,35	740	3,97	677	3,48	2 483	3,57
Juni	.	3,78	7 745	.	.	5,43	844	4,03	682	3,54	2 777	3,52
Juli	.	3,77	8 861	.	.	5,27	877	3,97	808	3,55	3 290	3,59
Aug.	.	3,69	7 548	.	.	5,29	745	3,85	710	3,51	2 614	3,45
Sept.	.	3,57	7 608	.	.	5,10	746	3,70	687	3,38	2 689	3,37
Okt.	.	3,50	8 012	.	.	4,79	843	3,56	787	3,32	2 635	3,32
Nov.	.	3,41	7 880	.	.	4,89	770	3,48	791	3,29	2 224	3,18
Dez.	.	3,40	7 399	.	.	4,71	802	3,44	764	3,25	2 167	3,20
2025 Jan.	.	3,41	8 728	.	.	4,44	936	3,35	902	3,22	2 629	3,32
Febr.	.	3,48	8 180	.	.	4,43	935	3,42	817	3,28	2 340	3,40
März	.	3,50	9 663	.	.	4,29	1 013	3,42	1 057	3,34	2 878	3,44

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
Anmerkung 11 s. S. 47*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter	
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite					
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 März	10,88	39 566	11,17	27 767	18,66	6 459	6,48	97 035	6,51	96 538
April	11,00	38 415	11,19	27 036	18,65	6 438	6,37	96 481	6,40	95 979
Mai	10,95	38 754	11,23	27 112	18,66	6 427	6,38	96 257	6,41	95 778
Juni	10,96	38 787	11,09	27 550	18,67	6 425	6,32	98 856	6,35	98 366
Juli	10,76	38 598	11,05	26 764	18,61	6 442	6,34	96 983	6,37	96 494
Aug.	10,76	38 728	11,06	26 783	18,60	6 487	6,36	96 173	6,39	95 725
Sept.	10,95	40 475	11,10	28 680	18,66	6 695	6,27	97 568	6,30	97 065
Okt.	10,75	38 998	10,91	27 202	18,29	6 714	6,10	94 754	6,13	94 271
Nov.	10,69	37 775	10,75	26 131	18,26	6 731	6,00	95 914	6,04	95 415
Dez.	10,42	40 036	10,72	27 444	18,26	6 729	5,86	92 551	5,89	92 120
2025 Jan.	10,44	38 696	10,48	27 109	17,94	6 677	5,63	95 185	5,66	94 744
Febr.	10,30	39 062	10,30	27 079	17,75	6 962	5,51	97 053	5,54	96 579
März	10,31	39 990	10,27	28 704	17,66	6 661	5,40	97 956	5,43	97 486

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften													
	insgesamt				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)			
					darunter		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre	
	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt														
2024 März	5,19	94 238	5,42	27 803	5,64	12 574	6,70	1 930	4,24	1 017	5,27	67 328	4,29	5 644
April	5,20	79 786	5,35	23 180	5,67	9 851	6,60	3 249	4,20	1 118	5,24	56 030	4,40	4 605
Mai	5,10	82 546	5,27	20 970	5,67	10 468	6,62	3 568	4,24	961	5,13	57 369	4,12	4 985
Juni	5,06	101 220	5,11	31 097	5,59	11 582	6,58	4 052	4,26	984	5,07	71 086	4,49	6 869
Juli	4,98	83 558	5,12	23 367	5,57	10 470	6,50	3 672	4,22	1 236	5,03	55 383	4,14	5 738
Aug.	5,02	75 678	4,98	19 585	5,48	9 906	6,52	2 515	3,98	1 115	5,10	52 170	3,95	4 129
Sept.	4,68	102 848	4,88	25 662	5,28	11 734	6,44	3 423	3,93	1 083	4,65	73 859	4,21	5 256
Okt.	4,68	95 792	4,82	24 634	5,12	12 241	6,23	3 587	3,89	1 042	4,68	67 518	4,16	4 689
Nov.	4,45	79 102	4,62	20 567	4,98	12 259	6,31	3 309	3,78	1 083	4,44	50 355	3,73	5 052
Dez.	4,27	108 179	4,34	32 239	4,88	12 994	6,15	3 586	3,70	1 367	4,26	73 362	3,77	6 644
2025 Jan.	4,24	77 873	4,24	25 014	4,64	11 896	5,66	2 321	3,88	1 111	4,20	51 774	3,79	4 680
Febr.	4,13	74 593	4,22	20 143	4,52	11 983	5,77	2 168	3,81	1 079	4,08	49 183	3,69	4 723
März	3,77	116 480	4,08	30 728	4,41	13 802	5,83	2 856	3,81	1 156	3,59	85 548	4,27	5 457
darunter: besicherte Kredite 11)														
2024 März	5,03	11 566	.	.	5,74	412	4,91	99	3,75	277	5,24	8 292	5,35	1 271
April	4,81	8 922	.	.	5,61	457	4,90	159	3,69	272	4,93	5 989	5,13	1 001
Mai	4,79	8 862	.	.	5,64	356	4,62	151	3,76	247	5,13	5 522	4,71	1 249
Juni	4,97	12 576	.	.	5,61	392	4,68	173	3,55	251	5,34	7 255	4,86	2 681
Juli	4,63	10 570	.	.	5,44	482	4,88	162	3,81	305	5,06	6 631	3,88	1 646
Aug.	4,61	8 058	.	.	5,40	360	4,51	161	3,60	285	5,03	4 614	4,64	1 033
Sept.	4,59	11 171	.	.	5,31	401	4,47	140	3,55	328	4,97	6 840	4,41	1 356
Okt.	4,63	19 382	.	.	5,04	472	4,03	179	3,41	282	4,79	15 034	5,02	1 453
Nov.	4,09	9 335	.	.	5,00	381	4,21	149	3,21	295	4,50	5 321	4,10	1 386
Dez.	4,09	14 563	.	.	4,71	537	4,24	172	3,23	368	4,38	8 580	4,33	2 131
2025 Jan.	3,87	9 796	.	.	4,70	460	4,08	186	3,35	298	3,97	5 675	3,83	1 564
Febr.	3,72	7 522	.	.	4,58	398	4,35	158	3,43	320	3,81	5 067	3,47	558
März	3,81	13 618	.	.	4,31	473	4,14	166	3,45	313	3,88	8 614	3,93	1 617

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen ³⁾	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2021 4.Vj.	2 667,2	261,3	468,6	355,1	472,4	921,6	3,2	85,0	40,8	59,3
2022 1.Vj.	2 547,3	243,7	440,2	333,2	468,7	870,5	2,7	87,5	41,0	59,8
2.Vj.	2 369,8	215,6	390,4	305,5	462,5	803,5	3,0	85,5	41,3	62,6
3.Vj.	2 296,3	202,1	369,9	289,1	461,3	776,7	4,0	84,3	41,4	67,6
4.Vj.	2 275,6	189,7	373,8	279,7	466,0	772,1	3,4	79,9	38,7	72,2
2023 1.Vj.	2 326,7	201,6	380,7	280,4	472,6	790,1	3,6	85,0	38,5	74,3
2.Vj.	2 331,8	194,8	383,4	280,4	475,6	799,2	3,6	83,9	38,1	72,9
3.Vj.	2 311,1	186,5	376,7	274,2	483,4	785,3	3,7	88,6	38,1	74,7
4.Vj.	2 408,5	190,2	405,6	291,0	499,7	822,6	3,3	79,0	34,2	83,0
2024 1.Vj.	2 477,6	193,7	412,6	289,4	502,9	847,6	3,7	97,0	35,1	95,5
2.Vj.	2 435,8	183,9	410,0	287,7	481,9	847,4	3,1	95,9	35,0	91,0
3.Vj.	2 486,5	184,2	431,8	290,9	491,8	870,5	2,9	96,7	34,9	82,8
4.Vj.	2 491,0	181,3	439,7	290,6	500,0	866,8	3,3	87,0	33,5	88,9
Lebensversicherung										
2021 4.Vj.	1 411,1	152,4	231,9	211,8	93,4	669,1	1,7	14,6	21,9	14,3
2022 1.Vj.	1 317,8	136,8	211,5	193,1	99,7	626,1	0,9	13,9	22,0	13,8
2.Vj.	1 202,1	120,5	180,3	173,1	104,2	569,4	0,9	13,6	22,1	17,9
3.Vj.	1 149,6	110,2	166,6	162,1	107,0	546,4	1,1	12,3	22,3	21,7
4.Vj.	1 130,1	103,6	170,5	155,6	111,5	540,0	1,1	11,5	19,5	16,8
2023 1.Vj.	1 147,9	105,1	170,3	155,6	113,3	553,5	1,0	12,1	19,4	17,4
2.Vj.	1 154,0	102,9	171,7	154,9	114,3	559,9	1,0	12,0	19,2	18,0
3.Vj.	1 123,5	97,9	163,2	149,4	115,7	547,2	1,5	11,7	19,1	17,9
4.Vj.	1 180,4	101,5	178,7	161,0	116,6	574,7	1,4	10,3	16,6	19,5
2024 1.Vj.	1 193,5	98,6	176,5	156,0	115,6	594,3	1,4	10,2	16,6	24,3
2.Vj.	1 180,6	95,3	172,6	153,6	115,1	594,3	1,2	7,2	16,5	24,7
3.Vj.	1 206,4	96,1	181,7	158,9	116,3	609,6	1,2	7,2	16,5	18,8
4.Vj.	1 204,6	93,8	181,6	158,6	121,3	605,9	1,0	6,9	15,3	20,2
Nicht-Lebensversicherung										
2021 4.Vj.	738,4	94,6	140,1	84,7	97,5	234,3	0,3	44,6	14,0	28,4
2022 1.Vj.	722,5	91,5	133,4	80,8	98,6	227,7	0,2	45,7	13,9	30,7
2.Vj.	681,7	81,9	122,0	74,9	98,6	216,5	0,1	44,1	14,1	29,5
3.Vj.	661,2	76,2	116,1	70,3	99,2	212,3	0,1	43,2	14,1	29,7
4.Vj.	659,9	72,9	115,3	69,0	100,0	215,5	0,2	42,8	14,2	30,1
2023 1.Vj.	687,1	81,2	121,1	69,7	103,0	219,5	0,1	45,1	14,2	33,2
2.Vj.	688,3	77,2	124,0	70,7	104,4	222,0	0,1	44,9	14,1	30,9
3.Vj.	682,7	73,7	122,7	69,2	107,0	221,0	0,1	45,3	14,3	29,4
4.Vj.	708,1	74,9	131,9	74,1	109,0	230,1	0,1	43,9	13,0	31,1
2024 1.Vj.	748,8	81,0	139,5	75,3	110,6	234,6	0,1	55,8	13,9	38,0
2.Vj.	742,2	75,4	140,9	75,1	110,7	233,9	0,1	56,8	13,9	35,4
3.Vj.	755,1	75,0	146,5	77,4	111,6	241,0	0,2	57,8	13,9	31,7
4.Vj.	755,9	73,9	147,8	76,4	113,5	240,9	0,2	55,3	13,7	34,2
Rückversicherung ⁴⁾										
2021 4.Vj.	517,7	14,3	96,6	58,6	281,4	18,2	1,1	25,9	4,9	16,7
2022 1.Vj.	507,1	15,5	95,3	59,3	270,4	16,7	1,6	27,9	5,0	15,3
2.Vj.	486,0	13,2	88,0	57,5	259,6	17,6	1,9	27,9	5,1	15,1
3.Vj.	485,5	15,6	87,3	56,7	255,1	18,1	2,7	28,8	5,1	16,2
4.Vj.	485,6	13,2	88,0	55,1	254,5	16,7	2,1	25,7	5,0	25,3
2023 1.Vj.	491,8	15,3	89,2	55,1	256,3	17,1	2,4	27,8	4,8	23,7
2.Vj.	489,5	14,7	87,6	54,8	256,9	17,2	2,5	26,9	4,8	24,0
3.Vj.	504,9	14,8	90,8	55,6	260,7	17,1	2,1	31,6	4,8	27,3
4.Vj.	520,0	13,7	95,0	55,9	274,1	17,8	1,8	24,7	4,6	32,4
2024 1.Vj.	535,3	14,2	96,6	58,1	276,6	18,7	2,2	31,0	4,6	33,2
2.Vj.	513,0	13,2	96,5	59,1	256,0	19,1	1,8	31,9	4,5	30,8
3.Vj.	525,1	13,0	103,6	54,5	264,0	19,9	1,6	31,7	4,5	32,2
4.Vj.	530,5	13,7	110,2	55,6	265,1	20,0	2,1	24,8	4,5	34,5
Pensionseinrichtungen ⁵⁾										
2021 4.Vj.	709,9	82,1	60,0	48,7	11,3	473,5	0,1	12,4	18,5	3,3
2022 1.Vj.	689,8	75,8	56,7	46,2	12,0	465,9	0,0	12,4	18,5	2,2
2.Vj.	665,9	70,3	52,9	43,3	12,5	453,5	0,0	12,3	18,6	2,5
3.Vj.	657,0	67,7	52,0	42,1	12,9	448,1	0,0	12,9	18,7	2,6
4.Vj.	664,0	67,3	54,6	41,9	13,6	451,3	0,0	13,1	18,8	3,5
2023 1.Vj.	671,5	66,4	56,9	42,3	13,6	457,9	0,0	12,9	18,7	2,7
2.Vj.	678,7	67,5	58,9	42,7	13,4	462,0	0,0	12,9	18,7	2,6
3.Vj.	675,9	67,1	60,3	42,3	13,5	458,2	0,1	12,9	18,7	2,8
4.Vj.	703,5	70,1	67,7	44,0	13,5	472,6	0,1	13,2	18,9	3,4
2024 1.Vj.	712,3	70,4	69,6	44,1	13,7	480,8	0,1	12,4	18,6	2,6
2.Vj.	714,8	71,0	71,4	44,3	13,7	480,6	0,0	12,1	19,1	2,5
3.Vj.	730,5	73,0	75,0	44,9	14,3	489,7	0,1	12,0	19,2	2,3
4.Vj.	737,3	73,8	77,6	44,2	14,0	493,1	0,0	12,3	19,2	2,9

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger.

4 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite ¹⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen ⁶⁾
					Insgesamt ²⁾	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen ³⁾	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2021 4.Vj.	2 667,2	36,0	82,0	579,3	1 820,7	1 578,3	242,3	2,5	146,8	–
2022 1.Vj.	2 547,3	34,4	82,1	563,2	1 725,9	1 472,6	253,3	4,0	137,7	–
2.Vj.	2 369,8	33,6	78,7	541,7	1 574,4	1 326,8	247,6	6,0	135,3	–
3.Vj.	2 296,3	33,8	73,6	537,5	1 506,1	1 262,3	243,7	7,4	138,0	–
4.Vj.	2 275,6	32,3	70,1	544,0	1 487,0	1 248,7	238,3	5,6	136,7	–
2023 1.Vj.	2 326,7	33,1	71,2	544,7	1 539,0	1 277,3	261,7	4,3	134,3	–
2.Vj.	2 331,8	33,1	68,4	548,0	1 544,4	1 284,6	259,8	4,4	133,5	–
3.Vj.	2 311,1	35,3	76,9	552,1	1 508,1	1 248,1	260,1	4,6	134,1	–
4.Vj.	2 408,5	30,5	73,3	569,8	1 586,6	1 325,4	261,2	4,1	144,1	–
2024 1.Vj.	2 477,6	30,6	78,1	575,0	1 642,5	1 345,5	296,9	3,7	147,8	–
2.Vj.	2 435,8	32,2	76,8	510,2	1 684,6	1 387,1	297,5	3,6	128,4	–
3.Vj.	2 486,5	33,4	79,5	519,8	1 725,3	1 424,2	301,0	3,5	125,0	–
4.Vj.	2 491,0	33,5	73,8	529,5	1 716,4	1 422,6	293,9	3,5	134,3	–
Lebensversicherung										
2021 4.Vj.	1 411,1	3,3	20,7	148,2	1 185,5	1 185,5	–	0,9	52,5	–
2022 1.Vj.	1 317,8	3,2	19,9	142,9	1 101,6	1 101,6	–	1,4	48,8	–
2.Vj.	1 202,1	3,1	19,0	141,4	984,5	984,5	–	2,7	51,3	–
3.Vj.	1 149,6	3,0	17,0	138,0	936,9	936,9	–	3,1	51,8	–
4.Vj.	1 130,1	2,7	16,6	136,0	924,9	924,9	–	2,3	47,7	–
2023 1.Vj.	1 147,9	2,7	17,8	132,9	946,0	946,0	–	1,9	46,6	–
2.Vj.	1 154,0	2,7	17,6	133,6	951,7	951,7	–	1,7	46,8	–
3.Vj.	1 123,5	2,7	16,9	134,1	919,9	919,9	–	2,4	47,6	–
4.Vj.	1 180,4	0,8	17,7	133,3	977,7	977,7	–	2,0	48,8	–
2024 1.Vj.	1 193,5	0,8	17,5	128,8	994,3	994,3	–	1,7	50,2	–
2.Vj.	1 180,6	1,0	14,5	92,9	1 035,1	1 035,1	–	1,9	35,2	–
3.Vj.	1 206,4	0,6	14,8	94,3	1 063,8	1 063,8	–	1,7	31,3	–
4.Vj.	1 204,6	0,7	14,6	92,4	1 063,0	1 063,0	–	1,7	32,2	–
Nicht-Lebensversicherung										
2021 4.Vj.	738,4	1,4	10,7	175,8	492,6	367,6	125,0	0,2	57,8	–
2022 1.Vj.	722,5	1,3	11,7	173,1	483,0	347,1	136,0	0,3	53,0	–
2.Vj.	681,7	1,2	11,1	167,7	451,9	322,7	129,2	0,5	49,3	–
3.Vj.	661,2	1,2	10,5	168,0	430,5	307,4	123,1	0,5	50,5	–
4.Vj.	659,9	1,2	10,4	170,4	425,6	306,7	118,9	0,4	52,0	–
2023 1.Vj.	687,1	1,2	10,7	173,0	450,8	314,4	136,4	0,4	51,0	–
2.Vj.	688,3	1,2	10,6	176,0	451,1	317,1	134,0	0,3	49,1	–
3.Vj.	682,7	1,7	10,9	176,6	444,4	313,0	131,4	0,4	48,8	–
4.Vj.	708,1	0,6	12,5	180,2	461,3	333,6	127,7	0,3	53,3	–
2024 1.Vj.	748,8	0,6	13,4	184,6	494,5	337,1	157,4	0,3	55,5	–
2.Vj.	742,2	0,7	13,4	181,1	493,6	338,4	155,2	0,3	53,2	–
3.Vj.	755,1	1,2	12,8	182,8	506,0	351,1	154,9	0,3	52,0	–
4.Vj.	755,9	0,6	13,8	185,3	499,0	351,0	148,1	0,3	56,9	–
Rückversicherung ⁴⁾										
2021 4.Vj.	517,7	31,4	50,5	255,3	142,6	25,3	117,3	1,4	36,5	–
2022 1.Vj.	507,1	30,0	50,4	247,2	141,3	23,9	117,4	2,3	35,9	–
2.Vj.	486,0	29,3	48,6	232,6	138,0	19,6	118,4	2,8	34,7	–
3.Vj.	485,5	29,7	46,2	231,5	138,7	18,0	120,7	3,8	35,7	–
4.Vj.	485,6	28,4	43,1	237,5	136,5	17,1	119,4	2,9	37,1	–
2023 1.Vj.	491,8	29,2	42,8	238,8	142,2	16,9	125,3	2,1	36,8	–
2.Vj.	489,5	29,3	40,2	238,4	141,6	15,8	125,8	2,4	37,6	–
3.Vj.	504,9	31,0	49,2	241,3	143,9	15,2	128,7	1,9	37,7	–
4.Vj.	520,0	29,1	43,0	256,3	147,7	14,2	133,5	1,8	42,0	–
2024 1.Vj.	535,3	29,1	47,2	261,6	153,7	14,1	139,6	1,7	42,0	–
2.Vj.	513,0	30,5	48,9	236,2	155,9	13,6	142,3	1,4	40,0	–
3.Vj.	525,1	31,6	51,9	242,8	155,4	9,3	146,1	1,6	41,7	–
4.Vj.	530,5	32,2	45,3	251,8	154,4	8,6	145,8	1,6	45,2	–
Pensionseinrichtungen ⁵⁾										
2021 4.Vj.	709,9	–	1,9	32,0	560,2	557,3	–	0,1	8,9	106,8
2022 1.Vj.	689,8	–	2,0	33,5	559,7	556,9	–	0,1	9,5	85,1
2.Vj.	665,9	–	1,8	33,5	561,0	558,4	–	0,1	9,0	60,4
3.Vj.	657,0	–	1,9	34,7	563,1	560,6	–	0,1	9,7	47,5
4.Vj.	664,0	–	1,8	34,5	576,4	573,9	–	0,1	9,4	41,8
2023 1.Vj.	671,5	–	1,8	35,5	577,3	574,9	–	0,1	9,5	47,3
2.Vj.	678,7	–	1,8	35,7	582,0	579,6	–	0,1	9,6	49,5
3.Vj.	675,9	–	1,9	35,0	583,7	581,5	–	0,1	9,7	45,6
4.Vj.	703,5	–	1,9	35,0	597,0	594,8	–	0,1	9,9	59,6
2024 1.Vj.	712,3	–	1,9	36,0	600,0	597,8	–	0,1	9,6	64,8
2.Vj.	714,8	–	1,9	36,0	601,3	599,1	–	0,1	9,9	65,7
3.Vj.	730,5	–	1,8	36,3	606,2	603,9	–	0,1	9,9	76,2
4.Vj.	737,3	–	2,0	37,3	615,6	613,3	–	0,1	10,2	72,1

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen, die bei den meisten Versicherungsunternehmen ab Q2/2024 weggefallen sind. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen

enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus- länder 7)
2016	68 998	27 429	19 177	18 265	– 10 012	41 569	161 776	– 58 012	187 500	32 288	– 92 778
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	– 3 356	39 471	134 192	– 71 454	161 012	44 634	– 83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	– 29 055	62 027	107 155	– 24 417	67 328	64 244	– 28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 481	374 034	14 462	88 703	270 870	77 446	280 820	18 955	226 887	34 978	170 661
2021	231 129	221 648	31 941	19 754	169 953	9 481	245 892	– 41 852	245 198	42 546	– 14 763
2022	150 656	156 190	59 322	35 221	61 648	– 5 534	143 910	2 915	49 774	91 221	6 746
2023	288 235	158 228	88 018	– 11 899	82 109	130 007	120 324	32 163	– 59 817	147 978	167 911
2024	231 161	128 216	4 528	47 293	76 396	102 944	35 536	81 686	– 95 857	49 707	195 624
2024 April	– 27 811	– 25 395	– 10 665	6 215	– 20 946	– 2 416	– 32 195	– 4 492	– 12 041	– 15 662	4 384
Mai	25 802	22 035	1 836	696	19 503	3 767	15 288	3 605	– 9 394	21 077	10 514
Juni	27 182	14 811	10 021	2 760	2 031	12 370	– 176	12 204	– 10 121	– 2 259	27 358
Juli	6 888	– 1 185	– 17 832	– 1 018	17 665	8 073	188	1 835	– 5 220	3 573	6 699
Aug.	17 852	7 546	3 649	3 739	157	10 306	– 7 043	9 231	– 11 073	– 5 201	24 895
Sept.	27 433	6 564	9 543	– 1 018	– 1 962	20 869	9 224	16 898	– 7 504	– 170	18 209
Okt.	43 816	44 141	1 290	2 583	40 269	– 325	8 745	– 5 915	– 11 945	– 26 606	35 071
Nov.	15 912	13 419	– 7 535	2 072	18 882	– 2 493	– 10 120	7 339	– 1 731	– 15 727	26 031
Dez.	– 6 611	– 5 993	– 14 594	22 847	– 14 246	– 618	14 527	– 36	– 5 845	20 408	– 21 138
2025 Jan.	53 129	29 469	13 979	– 113	15 603	23 660	18 245	34 581	– 10 473	– 5 863	34 884
Febr.	11 645	– 8 131	5 608	604	– 14 344	19 777	5 409	23 836	– 20 702	2 275	6 236
März	45 905	26 000	14 802	3 329	7 869	19 905	22 797	14 058	– 11 912	20 651	23 107

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2016	39 133	4 409	34 724	39 265	– 5 143	44 408	– 132
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	– 11 184	100 808	– 28 224
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	– 1 119	44 189	11 759
2020	78 464	17 771	60 693	111 570	27	111 543	– 33 106
2021	115 940	49 066	66 875	102 605	10 869	91 736	13 335
2022	– 6 517	27 792	– 34 309	– 1 964	– 8 262	6 298	– 4 553
2023	42 198	36 898	5 299	53 068	14 650	38 418	– 10 870
2024	21 289	16 738	4 551	25 388	4 267	21 121	– 4 099
2024 April	2 043	1 546	497	2 823	– 2 481	5 304	– 780
Mai	5 453	474	4 979	4 781	3 531	1 250	672
Juni	– 1 502	292	– 1 794	– 2 410	– 4 084	1 674	908
Juli	3 370	204	3 166	4 431	– 40	4 391	– 1 061
Aug.	– 2 514	1 300	– 3 814	– 2 964	– 3 201	237	450
Sept.	7 403	558	6 845	5 403	2 559	2 844	2 000
Okt.	6 559	6 195	364	7 806	3 813	3 993	– 1 247
Nov.	– 2 898	863	– 3 761	– 2 199	– 3 466	1 267	– 698
Dez.	– 3 134	69	– 3 203	– 3 928	– 1 987	1 941	794
2025 Jan.	7 644	577	7 067	6 788	4 455	2 333	856
Febr.	6 871	52	6 818	3 024	12 658	– 9 634	3 847
März	– 5 327	167	– 5 494	– 6 396	– 5 779	617	1 069

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

		Bankschuldverschreibungen 1)						
Zeit	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezialkre- ditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschrei- bungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffent- lichen Hand
Brutto-Absatz								
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 371	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	184 206	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	139 775	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	169 680	651 596
2023	1 705 524	937 757	45 073	12 633	782 969	97 082	153 128	614 639
2024	1 508 040	813 899	37 320	13 509	630 383	132 687	135 577	558 563
2024 April	150 134	84 574	5 951	1 213	66 287	11 124	13 211	52 349
Mai	143 782	78 455	1 463	1 027	66 133	9 832	12 237	53 091
Juni	118 188	58 371	3 127	887	45 597	8 759	10 682	49 136
Juli	119 604	65 562	3 280	1 522	49 131	11 630	9 338	44 704
Aug.	113 940	60 353	2 571	413	46 104	11 265	6 501	47 086
Sept.	125 924	71 525	1 754	1 112	57 743	10 916	12 918	41 482
Okt.	121 438	57 431	2 679	2 036	39 390	13 326	11 523	52 484
Nov.	108 313	56 866	709	0	40 750	15 407	10 119	41 328
Dez.	82 316	49 207	1 001	1 010	39 811	7 386	15 326	17 782
2025 Jan.	156 303	89 840	7 970	1 707	63 263	16 899	7 252	59 211
Febr.	137 648	91 122	6 871	3 137	62 491	18 623	6 890	39 636
März	136 273	77 811	1 477	66	60 029	16 239	10 381	48 082
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)								
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	77 439	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	64 234	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	56 491	263 932
2023	482 193	155 790	28 294	4 664	101 059	21 772	44 272	282 132
2024	474 165	148 883	25 513	9 142	79 163	35 065	69 369	255 914
2024 April	47 632	18 861	3 459	1 026	9 789	4 587	5 921	22 850
Mai	45 810	13 637	328	1 027	9 717	2 564	5 248	26 925
Juni	30 324	7 312	1 022	852	2 049	3 389	3 162	19 850
Juli	34 914	11 612	2 034	1 522	4 939	3 118	2 582	20 720
Aug.	36 346	9 667	2 421	413	4 993	1 841	2 559	24 120
Sept.	32 314	7 584	1 681	370	2 851	2 681	8 945	15 785
Okt.	45 420	12 031	1 939	1 528	5 769	2 794	6 464	26 925
Nov.	26 773	6 132	38	0	2 651	3 443	5 461	15 180
Dez.	21 723	3 880	750	10	1 443	1 677	12 434	5 409
2025 Jan.	66 426	26 206	5 875	611	14 513	5 207	3 934	36 286
Febr.	47 568	21 402	5 431	1 791	10 155	4 024	2 525	23 641
März	45 433	8 730	1 432	66	4 302	2 931	5 668	31 035
Netto-Absatz 5)								
2016 3)	21 951	10 792	2 176	–	12 979	16 266	5 327	18 177
2017 3)	2 669	5 954	6 389	–	4 697	18 788	–	10 114
2018	2 758	26 648	19 814	–	6 564	18 850	–	33 630
2019	59 719	28 750	13 098	–	3 728	26 263	–	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	–	8 816	22 067	–	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	–	7 471	22 973	4 314	122 123
2022	135 853	36 883	23 894	–	9 399	15 944	30 531	68 299
2023	190 577	78 764	10 184	–	791	46 069	23 303	111 848
2024	76 658	6 557	3 554	–	1 212	17 104	26 002	41 468
2024 April	–	9 914	–	–	–	14 334	2 346	4 233
Mai	5 787	2 720	–	–	77	2 782	2 505	3 598
Juni	15 859	9 951	–	–	207	9 726	918	2 329
Juli	415	18 041	–	–	480	19 593	2 563	4 490
Aug.	6 815	3 317	–	–	237	1 338	459	1 793
Sept.	11 706	7 980	–	–	442	11 086	589	2 965
Okt.	12 141	2 585	–	–	117	3 340	5 485	2 212
Nov.	20 351	4 631	–	–	514	6 635	3 044	2 184
Dez.	–	22 147	–	–	258	3 613	6 941	7 227
2025 Jan.	–	37 615	–	–	–	3 269	8 031	–
Febr.	–	10 252	–	–	–	896	4 291	–
März	–	24 075	–	–	–	11 090	2 873	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	311 572	313 527	1 583 616
2019	3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	342 325	1 584 136
2020 4)	3 545 200	1 174 817	183 980	55 959	687 710	247 169	379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023	4 131 592	1 384 958	237 099	54 312	806 808	286 739	441 742	2 304 892
2024	4 246 276	1 417 415	234 326	55 796	808 182	319 110	473 066	2 355 795
2024 April	4 169 790	1 408 556	242 090	55 474	805 788	305 203	453 941	2 307 292
Mai	4 175 267	1 409 122	239 361	55 574	807 179	307 007	457 302	2 308 844
Juni	4 198 060	1 423 493	239 081	55 370	820 249	308 793	460 082	2 314 485
Juli	4 193 225	1 403 611	237 606	55 897	798 532	311 576	455 405	2 334 209
Aug.	4 195 648	1 403 950	239 400	55 662	796 741	312 147	457 309	2 334 389
Sept.	4 204 230	1 407 618	233 380	56 090	807 073	311 075	459 445	2 337 167
Okt.	4 227 651	1 419 276	235 844	56 012	808 324	319 096	462 217	2 346 158
Nov.	4 260 127	1 423 703	235 605	55 518	808 773	323 807	465 103	2 371 321
Dez.	4 246 276	1 417 415	234 326	55 796	808 182	319 110	473 066	2 355 795
2025 Jan.	4 282 528	1 431 634	235 712	56 965	811 630	327 327	470 895	2 379 999
Febr.	4 273 180	1 440 869	237 784	58 234	812 940	331 911	470 019	2 362 292
März	4 288 090	1 443 402	236 245	57 705	816 229	333 223	473 428	2 371 260

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: März 2025

bis unter 2	1 210 861	535 073	71 410	18 433	309 530	135 700	86 347	589 442
2 bis unter 4	872 379	372 437	67 881	15 865	219 467	69 225	89 589	410 353
4 bis unter 6	687 142	221 190	45 906	7 082	123 004	45 197	75 036	390 917
6 bis unter 8	356 236	117 961	20 823	5 287	64 212	27 639	43 611	194 663
8 bis unter 10	322 670	94 595	20 338	8 269	48 630	17 358	25 882	202 193
10 bis unter 15	243 678	54 182	7 838	2 560	35 002	8 782	27 837	161 659
15 bis unter 20	132 014	11 019	1 328	80	7 334	2 277	17 448	103 547
20 und darüber	463 109	36 945	721	128	9 049	27 046	107 677	318 486

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmontat bis zur Endfälligkeit bei gesamtjährigen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtjährigen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichts- ungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung	
2016	176 355	-	1 062	3 272	319	337	-	2 165	1 676 397
2017	178 828	-	2 471	3 894	776	533	-	661	1 933 733
2018	180 187	-	1 357	3 670	716	82	-	1 111	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	-	1 673	2 411	2 419	542	-	65	1 950 224
2020 4)	181 881	-	2 872	1 877	219	178	-	460	1 963 588
2021	186 580	-	4 152	9 561	672	35	-	212	2 301 942
2022	199 789	-	12 272	14 950	224	371	-	293	2 185 963
2023	182 246	-	15 984	3 377	3	50	-	564	2 051 675
2024	181 022	-	1 387	2 415	27	0	-	147	2 213 188
2024 April	181 805	-	295	126	-	-	-	4	2 159 884
Mai	181 553	-	322	187	-	-	-	328	2 159 986
Juni	181 236	-	317	31	8	0	-	73	2 135 158
Juli	181 104	-	143	117	20	-	-	5	2 131 696
Aug.	181 117	-	7	316	-	-	-	76	2 162 378
Sept.	181 288	-	128	444	-	-	-	33	2 221 347
Okt.	181 470	-	179	565	-	-	-	5	2 175 920
Nov.	181 512	-	44	127	-	-	-	5	2 188 640
Dez.	181 022	-	521	67	-	-	-	10	2 213 188
2025 Jan.	180 887	-	147	158	-	-	-	99	2 391 497
Febr.	180 708	-	179	24	-	-	-	81	2 455 163
März	180 660	-	55	132	-	-	-	12	2 393 944

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmontat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)							
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand		Bankschuldverschreibungen	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bankschuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	
		zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere			zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		
							mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 2)					
% p.a.												
2016	0,4	0,1	–	0,1	0,6	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1
2017	0,6	0,4	–	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7
2018	0,7	0,6	–	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5
2019	0,2	–	0,1	–	0,3	0,4	–	0,2	–	0,3	0,1	2,5
2020	0,1	–	0,3	–	0,5	0,1	–	0,4	–	0,5	–	1,7
2021	0,0	–	0,2	–	0,3	0,1	–	0,3	–	0,4	–	0,9
2022	1,6	1,3	–	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3
2023	2,9	2,6	–	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5	2,4	3,3	3,2	4,2
2024	2,8	2,5	–	2,4	3,0	2,6	2,4	2,3	2,3	2,9	3,1	3,7
2024 März	2,94	2,56	–	2,56	3,10	2,73	2,49	2,41	2,35	3,07	3,02	3,73
April	3,05	2,61	–	2,61	3,12	2,81	2,58	2,50	2,45	3,15	3,14	3,74
Mai	3,08	2,70	–	2,70	3,18	2,88	2,66	2,58	2,52	3,19	3,20	3,84
Juni	2,92	2,64	–	2,64	3,31	2,86	2,63	2,55	2,48	3,17	3,26	3,87
Juli	2,88	2,55	–	2,55	3,08	2,80	2,58	2,50	2,46	3,09	3,24	3,74
Aug.	2,44	2,31	–	2,31	2,69	2,53	2,31	2,23	2,21	2,81	3,04	3,58
Sept.	2,75	2,24	–	2,24	2,88	2,46	2,25	2,17	2,17	2,71	2,98	3,53
Okt.	2,81	2,42	–	2,42	2,74	2,48	2,29	2,21	2,23	2,71	2,97	3,49
Nov.	2,96	2,21	–	2,21	2,94	2,53	2,34	2,26	2,31	2,72	2,92	3,52
Dez.	2,84	2,42	–	2,42	2,73	2,41	2,23	2,14	2,18	2,61	2,83	3,40
2025 Jan.	2,78	2,63	–	2,63	2,93	2,70	2,52	2,44	2,48	2,87	3,14	3,67
Febr.	2,65	2,49	–	2,49	2,76	2,59	2,43	2,36	2,40	2,74	3,05	3,49
März	2,90	2,73	–	2,73	3,00	2,85	2,70	2,64	2,74	2,94	3,27	3,72

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtständiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der

in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €																
Zeit	Absatz = Erwerb insge- samt	Absatz								Erwerb						
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer						
		zu- sam- men	Publikumsfonds			Spezial- fonds	aus- län- dische Fonds 4)	zu- sam- men	Kreditinstitute 2)		übrige Sektoren 3)			Aus- län- der 5)		
			zu- sam- men	darunter					zu- sam- men	darunter auslän- dische Anteile	zu- sam- men	darunter auslän- dische Anteile				
				Geld- markt- fonds	Wert- papier- fonds								Immo- bilien- fonds			
2016	149 288	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	29 919	156 236	2 877	– 3 172	153 359	33 091	– 6 948		
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	– 1 048	145 802	52 244	– 2 526		
2018	108 293	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680		
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544		
2020	157 349	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	41 321	156 421	336	– 1 656	156 085	42 977	928		
2021	281 018	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	123 157	289 400	13 154	254	276 246	122 903	– 8 383		
2022	111 321	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	32 299	114 603	3 170	– 1 459	111 433	33 758	– 3 281		
2023	74 014	44 484	5 969	460	4 951	723	38 461	29 530	76 234	– 4 778	– 2 054	81 012	31 584	– 2 220		
2024	152 206	40 124	– 1 659	1 692	1 992	– 5 890	41 784	112 082	153 803	8 704	2 614	145 099	109 468	– 1 598		
2024 April	16 099	10 159	742	220	1 063	– 481	9 417	5 939	15 297	442	226	14 855	5 713	801		
2024 Mai	8 762	378	210	137	479	– 463	172	8 384	9 378	233	– 46	9 145	8 430	– 616		
2024 Juni	10 128	1 653	461	161	493	– 241	1 190	8 475	9 600	74	– 31	9 526	8 506	528		
2024 Juli	11 075	1 969	225	285	566	– 729	1 744	9 105	10 478	149	47	10 329	9 058	596		
2024 Aug.	7 802	– 767	723	407	804	– 725	– 1 491	8 569	7 181	235	– 289	6 946	8 858	620		
2024 Sept.	6 286	113	321	260	476	– 477	– 208	6 173	7 405	669	380	6 736	5 793	– 1 119		
2024 Okt.	18 134	5 565	559	56	1 129	– 688	5 006	12 569	19 087	634	199	18 453	12 370	– 953		
2024 Nov.	16 622	1 778	– 1 841	– 231	– 1 154	– 571	3 616	14 843	17 197	555	– 172	16 642	15 015	– 575		
2024 Dez.	27 208	12 681	– 438	46	– 160	– 611	13 119	14 527	27 756	3 296	2 368	24 460	12 159	– 548		
2025 Jan.	25 562	5 441	– 1 332	184	734	– 499	6 773	20 120	25 361	1 010	32	24 351	20 088	201		
2025 Febr.	20 919	6 451	2 243	83	2 654	– 730	4 209	14 468	17 362	303	– 27	17 059	14 495	3 557		
2025 März	12 407	5 595	3 775	253	3 962	– 870	1 821	6 812	10 251	853	271	9 398	6 541	2 155		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

				2023		2024			
Positionen	2022	2023	2024	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	67,32	– 1,86	43,39	23,75	11,53	– 16,26	– 10,23	34,54	35,34
Schuldverschreibungen insgesamt	4,16	6,44	2,08	1,66	– 1,29	5,67	1,27	– 0,41	– 4,45
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,24	1,62	1,52	– 0,15	– 1,29	2,49	1,62	– 0,70	– 1,89
langfristige Schuldverschreibungen	2,92	4,83	0,56	1,81	0,00	3,18	– 0,35	0,29	– 2,57
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	3,40	6,67	– 0,44	0,42	– 0,32	2,93	1,28	– 1,45	– 3,19
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,86	– 0,03	– 1,39	– 0,48	0,03	0,64	0,09	– 1,24	– 0,87
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,79	3,19	0,97	0,28	0,05	0,84	1,54	0,09	– 1,51
Staat	0,74	3,51	– 0,01	0,62	– 0,40	1,45	– 0,35	– 0,31	– 0,81
Schuldverschreibungen des Auslands	0,76	– 0,23	2,52	1,24	– 0,96	2,74	– 0,01	1,05	– 1,26
Kredite insgesamt	197,54	89,21	78,30	14,23	49,10	28,57	5,39	25,83	18,51
kurzfristige Kredite	179,72	41,69	64,02	11,00	16,38	25,93	11,12	13,61	13,36
langfristige Kredite	17,82	47,52	14,28	3,22	32,73	2,64	– 5,72	12,22	5,15
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	178,63	70,65	58,05	11,68	27,43	20,22	4,53	11,15	22,14
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	174,80	31,66	46,99	7,96	– 1,10	15,26	4,80	3,26	23,67
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,78	6,86	12,11	1,78	– 2,00	7,66	0,62	3,96	– 0,14
Staat	2,05	32,13	– 1,05	1,94	30,52	– 2,70	– 0,88	3,92	– 1,40
Kredite an das Ausland	18,91	18,57	20,26	2,55	21,67	8,35	0,86	14,68	– 3,63
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	130,18	51,14	55,05	14,07	9,24	22,64	22,91	16,53	– 7,02
Anteilsrechte insgesamt	130,01	47,73	48,59	12,74	10,19	16,87	19,93	15,58	– 3,78
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	44,06	– 14,32	2,00	4,72	– 8,26	3,45	2,81	4,08	– 8,34
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	43,79	– 13,91	2,89	5,06	– 8,21	2,43	2,83	3,89	– 6,27
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,27	– 0,41	– 0,89	– 0,34	– 0,05	1,02	– 0,02	0,18	– 2,07
Börsennotierte Aktien des Auslands	0,61	– 39,39	– 4,35	– 13,20	– 1,64	0,17	– 1,94	– 1,15	– 1,43
Übrige Anteilsrechte 1)	85,34	101,44	50,95	21,22	20,10	13,25	19,06	12,66	5,99
Anteile an Investmentfonds	0,17	3,41	6,46	1,33	– 0,95	5,77	2,98	0,95	– 3,24
Geldmarktfonds	– 0,38	– 0,58	1,38	0,59	0,03	– 0,53	0,67	– 0,18	1,42
Sonstige Investmentfonds	0,55	4,00	5,08	0,74	– 0,98	6,30	2,31	1,13	– 4,66
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,51	10,28	6,35	– 0,23	2,22	4,41	– 0,34	– 0,29	2,57
Finanzderivate	12,94	10,13	9,85	3,25	2,84	2,19	4,58	3,80	– 0,72
Sonstige Forderungen	75,55	16,57	– 43,28	– 51,10	15,54	78,22	– 55,69	33,13	– 98,95
Insgesamt	491,21	181,92	151,75	5,62	89,19	125,44	– 32,10	113,13	– 54,72
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	14,16	0,35	13,32	1,57	– 5,04	6,82	7,07	– 0,29	– 0,27
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 0,36	– 4,68	0,26	– 0,84	– 2,99	1,01	2,49	– 1,22	– 2,02
langfristige Schuldverschreibungen	14,52	5,03	13,06	2,41	– 2,05	5,80	4,58	0,93	1,75
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,80	0,65	– 2,38	0,56	– 2,05	2,11	1,16	– 3,18	– 2,47
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,86	– 0,03	– 1,39	– 0,48	0,03	0,64	0,09	– 1,24	– 0,87
Finanzielle Kapitalgesellschaften	4,41	– 2,83	– 2,54	– 0,08	– 2,78	1,05	0,41	– 2,10	– 1,90
Staat	– 0,07	– 0,11	– 0,04	– 0,04	– 0,00	0,01	0,00	– 0,02	– 0,02
Private Haushalte	0,60	3,61	1,59	1,16	0,70	0,42	0,67	0,17	0,32
Schuldverschreibungen des Auslands	8,36	– 0,30	15,70	1,01	– 2,99	4,70	5,91	2,89	2,20
Kredite insgesamt	331,60	59,65	74,63	1,83	30,30	25,48	20,23	29,57	– 0,65
kurzfristige Kredite	230,71	– 5,84	45,64	– 4,75	– 3,61	23,26	20,64	13,51	– 11,78
langfristige Kredite	100,88	65,49	28,99	6,58	33,91	2,21	– 0,42	16,07	11,13
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	304,32	72,55	51,99	4,97	15,78	25,84	6,87	8,35	10,94
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	174,80	31,66	46,99	7,96	– 1,10	15,26	4,80	3,26	23,67
Finanzielle Kapitalgesellschaften	108,29	59,78	15,40	1,88	19,27	17,69	4,45	4,55	– 11,29
Staat	21,23	– 18,90	– 10,40	– 4,87	– 2,39	– 7,11	– 2,37	0,54	– 1,45
Kredite aus dem Ausland	27,28	– 12,90	22,64	– 3,14	14,52	– 0,36	13,36	21,23	– 11,59
Anteilsrechte insgesamt	36,17	5,46	37,96	8,99	– 2,59	10,71	10,84	9,04	7,36
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	57,05	– 27,72	– 16,85	1,80	– 10,71	– 2,21	– 4,14	– 0,94	– 9,56
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	43,79	– 13,91	2,89	5,06	– 8,21	2,43	2,83	3,89	– 6,27
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2,21	– 8,32	– 11,31	– 1,88	– 1,20	– 1,99	– 3,86	– 4,60	– 0,86
Staat	0,76	– 1,12	– 3,99	– 0,04	0,01	– 2,12	– 2,90	0,96	0,08
Private Haushalte	10,29	– 4,37	– 4,45	– 1,33	– 1,31	– 0,53	– 0,22	– 1,19	– 2,51
Börsennotierte Aktien des Auslands	– 9,52	13,71	23,54	1,84	2,52	5,19	7,88	2,12	8,35
Übrige Anteilsrechte 1)	– 11,36	19,48	31,27	5,35	5,60	7,74	7,10	7,86	8,57
Versicherungstechnische Rückstellungen	9,14	5,26	5,27	1,31	1,33	1,33	1,31	1,31	1,32
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	– 47,42	14,55	1,46	– 10,85	24,55	– 2,93	– 4,65	15,19	– 6,15
Sonstige Verbindlichkeiten	195,06	43,52	41,11	3,06	10,33	9,66	6,04	4,58	20,83
Insgesamt	538,71	128,80	173,75	5,91	58,88	51,06	40,83	59,41	22,45

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023		2024			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	852,1	846,7	887,5	836,1	846,7	830,2	819,9	854,2	887,5
Schuldverschreibungen insgesamt	53,9	62,1	66,1	62,1	62,1	68,1	69,5	70,0	66,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	8,4	9,8	11,9	11,1	9,8	12,7	14,4	13,8	11,9
langfristige Schuldverschreibungen	45,5	52,3	54,2	51,1	52,3	55,4	55,1	56,3	54,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,7	32,2	33,0	31,9	32,2	35,4	36,9	36,0	33,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	5,8	4,5	5,7	5,8	6,6	6,6	5,4	4,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	15,0	18,8	20,8	18,3	18,8	19,8	21,5	22,0	20,8
Staat	3,9	7,6	7,7	7,8	7,6	9,0	8,7	8,5	7,7
Schuldverschreibungen des Auslands	29,2	29,9	33,1	30,3	29,9	32,7	32,7	34,1	33,1
Kredite insgesamt	1 725,7	1 810,6	1 892,5	1 764,8	1 810,6	1 839,8	1 845,8	1 869,6	1 892,5
kurzfristige Kredite	1 447,6	1 486,1	1 552,8	1 471,5	1 486,1	1 512,4	1 524,0	1 536,3	1 552,8
langfristige Kredite	278,1	324,5	339,6	293,3	324,5	327,4	321,7	333,3	339,6
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1 337,3	1 407,9	1 466,0	1 380,5	1 407,9	1 428,1	1 432,7	1 443,8	1 466,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 221,1	1 252,8	1 299,7	1 253,9	1 252,8	1 268,0	1 272,8	1 276,1	1 299,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	91,3	98,1	110,2	100,1	98,1	105,8	106,4	110,4	110,2
Staat	24,9	57,1	56,0	26,5	57,1	54,4	53,5	57,4	56,0
Kredite an das Ausland	388,4	402,7	426,5	384,3	402,7	411,7	413,1	425,8	426,5
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	3 837,8	4 005,2	4 103,2	3 988,8	4 005,2	4 078,7	4 069,6	4 107,7	4 103,2
Anteilsrechte insgesamt	3 625,2	3 769,6	3 840,3	3 762,7	3 769,6	3 829,7	3 815,6	3 848,7	3 840,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	331,8	334,5	327,3	330,1	334,5	359,7	333,0	338,3	327,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	324,5	326,7	320,7	322,9	326,7	351,0	324,5	331,5	320,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	7,4	7,8	6,6	7,2	7,8	8,6	8,5	6,8	6,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	64,7	45,9	51,7	40,0	45,9	48,6	49,5	52,3	51,7
Übrige Anteilsrechte 1)	3 228,6	3 389,3	3 461,3	3 392,6	3 389,3	3 421,4	3 433,1	3 458,1	3 461,3
Anteile an Investmentfonds	212,6	235,6	262,9	226,0	235,6	249,0	254,0	259,0	262,9
Geldmarktfonds	7,2	6,9	11,9	6,8	6,9	6,4	7,1	7,0	11,9
Sonstige Investmentfonds	205,4	228,7	251,0	219,3	228,7	242,6	246,9	252,0	251,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	39,5	51,2	55,4	46,8	51,2	55,0	55,0	53,6	55,4
Finanzderivate	92,2	33,3	34,9	44,6	33,3	35,0	35,1	27,3	34,9
Sonstige Forderungen	1 696,5	1 806,8	1 795,9	1 790,4	1 806,8	1 857,3	1 833,2	1 883,0	1 795,9
Insgesamt	8 297,5	8 616,0	8 835,4	8 533,5	8 616,0	8 764,0	8 728,1	8 865,4	8 835,4
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	228,7	239,7	260,2	234,8	239,7	247,0	254,7	259,1	260,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	9,3	4,5	5,4	7,5	4,5	5,6	8,7	7,4	5,4
langfristige Schuldverschreibungen	219,4	235,2	254,8	227,3	235,2	241,4	246,0	251,7	254,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	90,9	96,3	99,4	94,1	96,3	102,3	103,4	102,1	99,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	5,8	4,5	5,7	5,8	6,6	6,6	5,4	4,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	73,4	74,7	77,5	73,8	74,7	79,3	79,5	79,5	77,5
Staat	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
Private Haushalte	11,4	15,5	17,1	14,4	15,5	16,3	16,9	16,9	17,1
Schuldverschreibungen des Auslands	137,8	143,4	160,9	140,8	143,4	144,7	151,3	157,0	160,9
Kredite insgesamt	3 467,4	3 514,9	3 592,3	3 497,0	3 514,9	3 537,3	3 558,2	3 584,1	3 592,3
kurzfristige Kredite	1 785,4	1 770,8	1 814,0	1 781,4	1 770,8	1 786,8	1 808,3	1 819,9	1 814,0
langfristige Kredite	1 682,0	1 744,1	1 778,2	1 715,6	1 744,1	1 750,6	1 750,0	1 764,2	1 778,2
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	2 495,0	2 566,8	2 620,8	2 551,0	2 566,8	2 594,8	2 601,7	2 609,6	2 620,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 221,1	1 252,8	1 299,7	1 253,9	1 252,8	1 268,0	1 272,8	1 276,1	1 299,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	1 148,0	1 206,3	1 223,4	1 187,4	1 206,3	1 225,9	1 230,4	1 234,3	1 223,4
Staat	125,9	107,7	97,7	109,7	107,7	100,9	98,5	99,3	97,7
Kredite aus dem Ausland	972,4	948,1	971,5	946,0	948,1	942,5	956,6	974,5	971,5
Anteilsrechte insgesamt	5 004,4	5 315,1	5 461,0	5 213,4	5 315,1	5 464,3	5 418,0	5 505,3	5 461,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	761,3	807,7	804,6	778,6	807,7	851,7	806,2	821,7	804,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	324,5	326,7	320,7	322,9	326,7	351,0	324,5	331,5	320,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	151,2	173,3	174,4	167,9	173,3	175,4	175,9	175,5	174,4
Staat	69,2	76,0	78,5	70,9	76,0	81,0	75,7	78,8	78,5
Private Haushalte	216,4	231,7	231,0	216,8	231,7	244,3	230,1	235,9	231,0
Börsennotierte Aktien des Auslands	823,2	951,0	1 059,9	910,3	951,0	1 029,3	1 000,7	1 046,7	1 059,9
Übrige Anteilsrechte 1)	3 419,9	3 556,4	3 596,5	3 524,5	3 556,4	3 583,2	3 611,1	3 636,8	3 596,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	333,0	338,2	343,5	336,9	338,2	339,6	340,9	342,2	343,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	74,5	34,3	27,6	17,3	34,3	31,7	23,2	30,4	27,6
Sonstige Verbindlichkeiten	1 787,2	1 836,8	1 908,4	1 866,9	1 836,8	1 832,0	1 849,6	1 895,2	1 908,4
Insgesamt	10 895,1	11 279,0	11 592,9	11 166,2	11 279,0	11 451,8	11 444,6	11 616,3	11 592,9

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023		2024			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	110,35	90,34	148,56	13,37	62,21	31,74	45,77	17,47	53,58
Bargeld	44,19	14,04	20,74	2,38	5,41	1,19	3,66	5,56	10,33
Einlagen insgesamt	66,16	76,29	127,82	10,99	56,81	30,55	42,11	11,92	43,25
Sichteinlagen	47,63	- 129,98	21,88	- 32,67	- 18,65	- 33,47	8,43	- 7,62	54,53
Termineinlagen	34,48	184,52	122,93	42,52	48,33	60,27	36,02	21,92	4,72
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 15,94	21,75	- 16,98	1,14	27,12	3,75	- 2,34	- 2,39	- 16,00
Schuldverschreibungen insgesamt	25,03	65,03	2,31	14,29	0,56	6,25	3,80	- 0,66	- 7,07
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,01	11,75	- 9,73	2,12	- 4,04	- 2,78	- 1,88	- 1,98	- 3,10
langfristige Schuldverschreibungen	23,02	53,28	12,04	12,17	4,60	9,03	5,68	1,31	- 3,98
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	20,32	53,94	- 2,83	11,99	- 0,37	4,78	1,06	- 0,92	- 7,76
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,50	3,41	1,53	1,09	0,68	0,39	0,62	0,21	0,30
finanzielle Kapitalgesellschaften	17,47	42,65	- 3,41	9,33	- 0,95	4,44	0,52	- 1,33	- 7,04
Staat	2,35	7,89	- 0,95	1,57	- 0,11	- 0,04	- 0,08	0,20	- 1,02
Schuldverschreibungen des Auslands	4,72	11,10	5,15	2,30	0,94	1,47	2,73	0,26	0,69
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	96,82	38,24	104,14	8,76	4,82	14,83	20,51	28,70	40,09
Anteilsrechte insgesamt	45,63	2,34	10,85	0,86	- 1,66	1,42	3,69	5,61	0,13
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	12,38	- 4,69	- 6,49	- 1,43	- 2,39	- 1,15	- 0,60	- 1,92	- 2,83
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,96	- 3,64	- 4,32	- 0,41	- 1,31	- 0,52	- 0,19	- 1,19	- 2,43
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,42	- 1,06	- 2,17	- 1,02	- 1,08	- 0,63	- 0,41	- 0,73	- 0,40
Börsennotierte Aktien des Auslands	8,39	2,73	6,47	1,73	0,77	1,72	2,43	2,02	0,30
Übrige Anteilsrechte 1)	24,86	4,31	10,87	0,56	- 0,04	0,86	1,86	5,50	2,66
Anteile an Investmentfonds	51,19	35,89	93,29	7,91	6,48	13,41	16,82	23,10	39,96
Geldmarktfonds	0,82	4,40	33,47	1,67	0,82	1,48	2,02	9,17	20,80
Sonstige Investmentfonds	50,36	31,50	59,82	6,24	5,66	11,93	14,80	13,92	19,16
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	- 0,41	1,13	5,72	- 1,05	- 2,22	10,32	- 1,28	- 1,06	- 2,26
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	10,86	- 12,94	16,16	- 2,52	- 11,08	5,69	5,83	2,62	2,02
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	34,68	25,45	23,52	2,53	14,60	3,90	0,17	5,94	13,53
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	- 0,29	49,90	7,52	24,48	- 3,81	12,88	- 5,35	20,52	- 20,54
Insgesamt	277,03	257,14	307,92	59,85	65,09	85,61	69,45	73,52	79,34
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	83,22	14,36	14,03	6,52	- 0,09	- 0,80	2,47	8,07	4,30
kurzfristige Kredite	2,59	- 0,90	- 0,96	- 0,50	- 0,86	- 0,81	- 1,18	1,22	- 0,20
langfristige Kredite	80,63	15,26	14,99	7,01	0,77	0,00	3,64	6,85	4,49
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	79,24	18,81	18,72	6,64	3,77	0,73	4,85	7,71	5,42
Konsumentenkredite	4,60	1,44	0,44	1,66	- 2,02	- 0,41	- 0,77	1,42	0,20
Gewerbliche Kredite	- 0,61	- 5,89	- 5,13	- 1,78	- 1,84	- 1,13	- 1,61	- 1,06	- 1,33
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	82,56	12,26	18,25	6,41	- 0,64	- 0,24	3,58	9,19	5,73
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	0,66	2,10	- 4,22	0,11	0,55	- 0,56	- 1,11	- 1,12	- 1,43
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	83,22	14,36	14,03	6,52	- 0,09	- 0,80	2,47	8,07	4,30

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesamelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023		2024			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	3 120,1	3 219,5	3 406,1	3 148,9	3 219,5	3 252,9	3 299,4	3 345,3	3 406,1
Bargeld	431,4	445,4	466,1	440,0	445,4	446,6	450,3	455,8	466,1
Einlagen insgesamt	2 688,7	2 774,1	2 940,0	2 708,9	2 774,1	2 806,3	2 849,2	2 889,5	2 940,0
Sichteinlagen	1 811,7	1 686,3	1 740,0	1 705,0	1 686,3	1 652,9	1 661,2	1 685,5	1 740,0
Termineinlagen	334,8	528,7	665,5	471,9	528,7	590,6	627,5	645,9	665,5
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	542,3	559,1	534,5	531,9	559,1	562,8	560,5	558,1	534,5
Schuldverschreibungen insgesamt	125,0	198,2	209,8	192,5	198,2	206,9	213,3	215,6	209,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,9	12,5	11,2	16,4	12,5	18,4	16,9	15,0	11,2
langfristige Schuldverschreibungen	121,1	185,7	198,6	176,1	185,7	188,5	196,4	200,6	198,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	88,4	147,8	151,8	144,6	147,8	154,5	157,9	159,3	151,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,7	13,5	14,9	12,4	13,5	14,1	14,7	14,7	14,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	74,5	122,0	125,4	119,9	122,0	128,1	130,9	132,1	125,4
Staat	4,2	12,3	11,5	12,2	12,3	12,3	12,2	12,6	11,5
Schuldverschreibungen des Auslands	36,6	50,4	58,0	47,9	50,4	52,4	55,4	56,3	58,0
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 330,9	2 558,8	2 860,8	2 470,7	2 558,8	2 691,4	2 722,5	2 790,8	2 860,8
Anteilsrechte insgesamt	1 474,9	1 596,2	1 693,4	1 555,5	1 596,2	1 654,4	1 658,0	1 688,5	1 693,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	255,9	279,2	289,0	262,5	279,2	299,6	283,9	294,0	289,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	208,7	223,9	222,9	209,5	223,9	236,5	222,3	227,5	222,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	47,2	55,3	66,1	53,0	55,3	63,1	61,6	66,4	66,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	209,3	247,9	300,8	235,7	247,9	270,2	282,9	285,5	300,8
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 009,7	1 069,0	1 103,5	1 057,4	1 069,0	1 084,7	1 091,2	1 109,0	1 103,5
Anteile an Investmentfonds	856,0	962,6	1 167,4	915,2	962,6	1 036,9	1 064,6	1 102,2	1 167,4
Geldmarktfonds	3,3	7,9	41,6	7,0	7,9	9,3	11,4	20,7	41,6
Sonstige Investmentfonds	852,7	954,8	1 125,8	908,2	954,8	1 027,6	1 053,2	1 081,6	1 125,8
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	40,7	43,0	49,7	44,2	43,0	52,8	52,1	52,0	49,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 104,5	1 151,9	1 244,9	1 089,3	1 151,9	1 170,2	1 206,6	1 244,2	1 244,9
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	1 178,4	1 234,5	1 274,8	1 201,5	1 234,5	1 241,8	1 249,8	1 262,0	1 274,8
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen ²⁾	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
Insgesamt	7 903,3	8 409,6	9 049,9	8 150,8	8 409,6	8 619,7	8 747,4	8 913,6	9 049,9
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	2 100,8	2 117,6	2 131,4	2 115,7	2 117,6	2 116,4	2 118,6	2 127,0	2 131,4
kurzfristige Kredite	55,5	55,1	54,4	55,9	55,1	54,4	53,2	54,4	54,4
langfristige Kredite	2 045,2	2 062,4	2 077,1	2 059,8	2 062,4	2 062,0	2 065,3	2 072,5	2 077,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 621,3	1 643,3	1 660,5	1 637,7	1 643,3	1 643,7	1 648,6	1 656,5	1 660,5
Konsumentenkredite	228,9	230,0	225,0	232,1	230,0	229,6	228,5	229,5	225,0
Gewerbliche Kredite	250,6	244,2	245,9	245,9	244,2	243,2	241,5	240,9	245,9
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	2 004,0	2 016,3	2 034,6	2 016,9	2 016,3	2 016,2	2 019,4	2 028,7	2 034,6
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	96,7	101,3	96,9	98,8	101,3	100,2	99,2	98,3	96,9
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,3	4,9	5,1	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,1
Insgesamt	2 105,1	2 122,5	2 136,5	2 120,4	2 122,5	2 121,3	2 123,5	2 132,0	2 136,5

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2018	+ 64,7	+ 22,4	+ 10,7	+ 15,8	+ 15,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
2019	+ 47,0	+ 18,2	+ 12,9	+ 7,0	+ 8,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020	- 151,1	- 91,3	- 31,3	+ 6,3	- 34,9	- 4,4	- 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 1,0
2021 p)	- 116,4	- 132,0	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,4	- 3,2	- 3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022 p)	- 84,9	- 115,2	+ 16,8	+ 4,8	+ 8,8	- 2,1	- 2,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2
2023 p)	- 103,8	- 92,8	- 9,0	- 11,0	+ 9,0	- 2,5	- 2,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
2024 ts)	- 118,8	- 62,3	- 27,3	- 18,6	- 10,6	- 2,8	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 0,2
2023 1.Hj. p)	- 37,2	- 41,4	- 3,3	- 2,1	+ 9,6	- 1,8	- 2,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,5
2.Hj. p)	- 66,6	- 51,4	- 5,7	- 8,9	- 0,6	- 3,1	- 2,4	- 0,3	- 0,4	- 0,0
2024 1.Hj. ts)	- 50,3	- 27,7	- 13,9	- 8,6	- 0,1	- 2,4	- 1,3	- 0,7	- 0,4	- 0,0
2.Hj. ts)	- 68,4	- 34,6	- 13,3	- 10,0	- 10,5	- 3,1	- 1,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2018	2 086,4	1 337,2	603,4	162,4	0,7	60,8	39,0	17,6	4,7	0,0
2019	2 075,7	1 315,6	615,7	161,1	0,9	58,7	37,2	17,4	4,6	0,0
2020	2 347,8	1 530,4	667,8	163,0	7,6	68,1	44,4	19,4	4,7	0,2
2021 p)	2 503,7	1 683,4	669,0	165,4	0,9	68,1	45,8	18,2	4,5	0,0
2022 p)	2 570,8	1 780,2	639,0	172,1	3,2	65,0	45,0	16,2	4,4	0,1
2023 p)	2 632,1	1 856,6	623,1	180,2	3,2	62,9	44,4	14,9	4,3	0,1
2024 p)	2 688,9	1 892,8	638,0	194,0	3,0	62,5	44,0	14,8	4,5	0,1
2023 1.Vj. p)	2 597,7	1 803,8	637,1	173,4	3,5	64,6	44,8	15,8	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 595,8	1 811,6	628,3	172,8	2,8	63,6	44,4	15,4	4,2	0,1
3.Vj. p)	2 638,0	1 855,0	626,2	175,4	3,8	63,8	44,9	15,1	4,2	0,1
4.Vj. p)	2 632,1	1 856,6	623,1	180,2	3,2	62,9	44,4	14,9	4,3	0,1
2024 1.Vj. p)	2 639,8	1 859,8	630,8	180,8	3,2	62,6	44,1	15,0	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 635,8	1 851,6	631,5	183,3	3,5	62,0	43,5	14,8	4,3	0,1
3.Vj. p)	2 672,3	1 879,1	637,5	188,0	3,2	62,4	43,9	14,9	4,4	0,1
4.Vj. p)	2 688,9	1 892,8	638,0	194,0	3,0	62,5	44,0	14,8	4,5	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungs-saldo	Nach-richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt 1)
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:							
		Steuern	Sozial-beiträge	sonstige		Sozial-leistungen	Arbeit-nehmer-entgelte	Vor-leistungen	Brutto-investi-tionen	Zinsen	sonstige		
Mrd €													
2018	1 598,0	832,9	572,6	192,5	1 533,3	803,9	270,7	188,2	89,8	31,8	149,0	+ 64,7	1 412,5
2019	1 657,6	859,3	598,2	200,1	1 610,6	844,6	285,1	199,5	96,1	28,1	157,3	+ 47,0	1 464,6
2020	1 612,7	808,9	608,1	195,7	1 763,8	900,3	296,7	226,9	105,7	22,4	211,7	– 151,1	1 424,0
2021 p)	1 747,9	907,4	632,2	208,3	1 864,3	937,2	307,2	243,7	106,2	21,7	248,3	– 116,4	1 547,4
2022 p)	1 852,6	970,0	667,1	215,5	1 937,5	968,5	320,7	252,2	112,2	27,9	256,0	– 84,9	1 647,2
2023 p)	1 921,2	970,6	709,9	240,7	2 025,0	1 019,1	337,6	264,0	117,1	36,6	250,7	– 103,8	1 688,8
2024 ts)	2 012,9	1 004,8	755,2	252,9	2 131,6	1 094,3	355,8	283,0	124,8	45,4	228,2	– 118,8	1 765,2
in % des BIP													
2018	46,6	24,3	16,7	5,6	44,7	23,4	7,9	5,5	2,6	0,9	4,3	+ 1,9	41,2
2019	46,9	24,3	16,9	5,7	45,6	23,9	8,1	5,6	2,7	0,8	4,4	+ 1,3	41,4
2020	46,7	23,4	17,6	5,7	51,1	26,1	8,6	6,6	3,1	0,6	6,1	– 4,4	41,3
2021 p)	47,5	24,7	17,2	5,7	50,7	25,5	8,4	6,6	2,9	0,6	6,8	– 3,2	42,1
2022 p)	46,9	24,5	16,9	5,4	49,0	24,5	8,1	6,4	2,8	0,7	6,5	– 2,1	41,7
2023 p)	45,9	23,2	17,0	5,8	48,4	24,3	8,1	6,3	2,8	0,9	6,0	– 2,5	40,3
2024 ts)	46,8	23,3	17,5	5,9	49,5	25,4	8,3	6,6	2,9	1,1	5,3	– 2,8	41,0
Zuwachsraten in %													
2018	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,2	+ 6,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,9	+ 10,0	– 7,8	+ 3,6	.	+ 4,2
2019	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,1	– 11,8	+ 5,6	.	+ 3,7
2020	– 2,7	– 5,9	+ 1,6	– 2,2	+ 9,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 13,7	+ 9,9	– 20,2	+ 34,6	.	– 2,8
2021 p)	+ 8,4	+ 12,2	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 4,1	+ 3,5	+ 7,4	+ 0,5	– 2,9	+ 17,3	.	+ 8,7
2022 p)	+ 6,0	+ 6,9	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 5,7	+ 28,2	+ 3,1	.	+ 6,5
2023 p)	+ 3,7	+ 0,1	+ 6,4	+ 11,7	+ 4,5	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,4	+ 31,2	– 2,1	.	+ 2,5
2024 ts)	+ 4,8	+ 3,5	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,3	+ 7,4	+ 5,4	+ 7,2	+ 6,6	+ 24,2	– 9,0	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozial-
beiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben							Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)												
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)								
2018	949,1	776,3	6,0	904,0	272,4	337,2	39,1	55,1	16,1	+ 45,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 488,1	1 429,3	+ 58,8	
2019	1 007,6	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,1	1 529,1	+ 42,0	
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	− 165,4	719,5	747,8	− 28,3	1 516,2	1 709,8	− 193,7	
2021	1 105,6	833,3	25,3	1 240,1	310,7	531,0	21,0	69,3	26,1	− 134,5	769,2	777,1	− 7,9	1 701,8	1 844,2	− 142,4	
2022	1 144,4	895,9	32,4	1 286,2	325,7	498,8	33,5	72,5	79,3	− 141,8	800,4	793,2	+ 7,2	1 772,1	1 906,7	− 134,6	
2023 p)	1 215,8	915,9	36,2	1 311,2	346,6	479,7	64,2	81,9	31,5	− 95,5	820,3	814,4	+ 5,9	1 895,9	1 985,5	− 89,6	
2022 1.Vj.	278,2	224,0	5,0	279,3	79,6	116,8	5,5	11,9	7,0	− 1,0	p) 193,8	p) 199,8	p) − 6,0	p) 430,7	p) 437,8	p) − 7,1	
2.Vj.	287,9	224,6	5,1	294,2	77,8	126,4	10,6	15,3	5,9	− 6,2	p) 199,9	p) 196,7	p) + 3,2	p) 444,2	p) 447,2	p) − 3,1	
3.Vj.	267,7	207,0	13,3	298,8	78,1	116,8	10,8	17,7	10,8	− 31,0	p) 194,0	p) 197,6	p) − 3,6	p) 419,2	p) 453,8	p) − 34,6	
4.Vj.	318,5	244,5	9,0	413,5	89,7	138,5	6,5	27,5	55,6	− 95,0	p) 210,5	p) 198,1	p) + 12,4	p) 486,0	p) 568,5	p) − 82,5	
2023 1.Vj.	281,9	215,4	9,3	331,8	81,3	130,7	20,1	13,6	17,8	− 49,9	p) 195,4	p) 200,8	p) − 5,4	p) 441,7	p) 497,0	p) − 55,3	
2.Vj.	311,6	226,3	9,4	313,1	84,7	117,7	24,2	17,8	2,2	− 1,6	p) 199,3	p) 198,9	p) + 0,4	p) 476,2	p) 477,3	p) − 1,1	
3.Vj.	290,5	229,6	7,2	303,1	86,5	103,2	12,6	21,0	4,5	− 12,6	p) 201,5	p) 205,0	p) − 3,6	p) 457,1	p) 473,3	p) − 16,1	
4.Vj.	338,8	244,4	10,3	366,3	93,7	126,4	11,3	29,3	7,0	− 27,5	p) 218,4	p) 208,7	p) + 9,7	p) 522,1	p) 539,9	p) − 17,9	
2024 1.Vj.	290,7	225,5	7,9	310,7	92,3	113,8	16,8	17,6	3,7	− 20,1	p) 204,0	p) 212,1	p) − 8,1	p) 459,9	p) 488,1	p) − 28,2	
2.Vj.	311,9	230,7	6,3	329,0	92,2	110,7	13,7	22,7	8,1	− 17,1	p) 213,0	p) 214,7	p) − 1,7	p) 490,7	p) 509,4	p) − 18,8	
3.Vj.	309,7	236,1	9,0	341,0	92,4	113,6	18,2	27,0	5,7	− 31,2	p) 210,8	p) 218,8	p) − 8,1	p) 485,9	p) 525,2	p) − 39,3	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten

werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2018	374,4	363,5	+ 10,9	419,6	399,8	+ 19,9	270,0	260,1	+ 9,8
2019	382,5	369,2	+ 13,3	435,0	417,9	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,6
2020	341,4	472,1	- 130,7	454,2	487,7	- 33,5	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	511,9	- 141,6	507,9	507,3	+ 0,6	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	- 116,0	533,5	521,1	+ 12,4	328,4	325,8	+ 2,6
2023	425,3	490,2	- 64,9	529,5	530,2	- 0,7	349,4	356,0	- 6,6
2024	473,7	498,8	- 25,0	p) 544,1	p) 562,4	p) - 18,2	376,1	400,9	- 24,8
2022 1.Vj.	94,7	114,0	- 19,3	134,6	122,7	+ 11,9	68,4	73,8	- 5,4
2.Vj.	99,7	123,5	- 23,7	133,2	123,6	+ 9,6	81,0	77,3	+ 3,7
3.Vj.	89,0	127,8	- 38,7	126,1	121,4	+ 4,7	81,1	80,3	+ 0,8
4.Vj.	116,1	150,4	- 34,2	139,6	153,4	- 13,8	98,0	94,5	+ 3,5
2023 1.Vj.	96,2	116,9	- 20,7	121,0	122,3	- 1,3	73,3	81,0	- 7,7
2.Vj.	101,8	119,6	- 17,7	138,5	133,6	+ 4,9	87,0	86,6	+ 0,4
3.Vj.	106,1	115,9	- 9,8	123,1	120,0	+ 3,2	87,4	91,5	- 4,1
4.Vj.	121,2	137,8	- 16,6	146,9	154,4	- 7,5	101,7	96,9	+ 4,8
2024 1.Vj.	102,8	111,6	- 8,7	129,2	133,9	- 4,7	76,7	90,6	- 13,9
2.Vj.	109,9	115,1	- 5,2	134,4	133,1	+ 1,3	91,7	95,0	- 3,4
3.Vj.	114,1	123,1	- 9,0	134,1	134,2	- 0,2	92,3	100,9	- 8,6
4.Vj.	146,9	149,1	- 2,2	p) 146,5	p) 161,2	p) - 14,7	115,5	114,4	+ 1,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird,

bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+	1	26 775
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+	23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	–	274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+	1 359	29 321
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+	1 387	34 911
2023	915 893	774 112	389 114	349 554	35 444	143 663	–	1 882	33 073
2024	947 904	801 796	408 036	361 749	32 011	145 700	+	408	33 087
2023 1.Vj.	220 950	186 173	93 366	83 536	9 271	26 505	+	8 271	7 665
2.Vj.	221 225	186 597	94 492	82 961	9 144	35 152	–	525	8 959
3.Vj.	230 151	195 334	98 626	87 824	8 884	34 958	–	141	8 678
4.Vj.	243 568	206 008	102 631	95 233	8 145	47 048	–	9 488	7 770
2024 1.Vj.	225 304	188 806	96 283	85 277	7 246	25 910	+	10 588	7 999
2.Vj.	232 175	196 883	100 461	88 881	7 541	35 730	–	438	8 306
3.Vj.	234 085	197 514	100 548	89 000	7 965	36 267	+	304	9 337
4.Vj.	256 341	218 593	110 744	98 591	9 258	47 793	–	10 045	7 445
2025 1.Vj.	...	206 776	106 268	92 221	8 287	8 145
2024 März	.	71 630	35 845	32 904	2 882	.	.	.	2 666
2025 März	.	79 749	40 651	36 614	2 484	.	.	.	2 715

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 9)	Ländersteuern 9)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 7)			Gewerbesteuerumlagen 8)				
	zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer 4)	Körperschaftsteuer 5)	Kapitalertragsteuer 6)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571
735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
829 774	399 271	236 227	73 388	44 852	44 803	291 394	212 596	78 798	6 347	101 829	25 199	5 734	55 662
861 103	416 813	248 920	74 845	39 758	53 290	302 143	228 651	73 493	6 647	103 528	26 509	5 463	59 307
199 764	94 453	55 669	19 728	10 700	8 357	73 522	52 197	21 325	370	23 110	6 815	1 494	13 591
199 993	98 917	59 538	15 467	12 406	11 506	67 260	47 855	19 405	1 499	24 740	6 142	1 435	13 396
208 722	98 832	56 370	17 010	9 902	15 550	76 093	56 986	19 106	1 583	24 665	6 160	1 389	13 388
221 295	107 069	64 651	21 184	11 844	9 390	74 519	55 557	18 962	2 895	29 314	6 082	1 417	15 287
202 975	97 423	57 101	19 102	10 141	11 080	73 613	56 469	17 144	489	23 846	6 478	1 125	14 168
211 033	105 931	62 650	14 831	10 361	18 089	71 247	52 496	18 751	1 604	24 634	6 257	1 360	14 150
211 963	99 029	60 055	18 787	8 696	11 492	76 383	58 085	18 298	1 544	26 550	7 041	1 416	14 450
235 132	114 429	69 115	22 125	10 560	12 629	80 901	61 600	19 300	3 010	28 498	6 732	1 562	16 539
222 259	106 560	61 306	20 068	10 640	14 547	79 018	61 110	17 908	322	27 473	7 529	1 357	15 483
77 551	47 075	18 054	16 389	8 712	3 920	19 699	14 141	5 558	12	8 152	2 258	354	5 920
86 163	51 344	19 415	17 215	10 137	4 577	22 875	16 283	6 592	8	8 713	2 754	470	6 414

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2024: 48,1/49,1/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2024: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherungs- steuer	Tabak- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Alkohol- steuer	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2018	40 882	18 927	13 779	14 339	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 136	14 257	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 553	14 651	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 980	14 733	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	15 672	14 229	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2023	36 658	12 239	16 851	14 672	9 514	6 832	2 159	2 904	12 203	9 286	2 477	1 233	92 466	75 265	15 493
2024	35 087	12 634	18 227	15 637	9 667	5 153	1 980	5 142	12 750	9 990	2 486	1 283	93 448	75 491	16 067
2023 1.Vj.	4 362	2 888	7 637	2 669	2 632	1 749	530	643	3 362	2 368	666	420	21 555	17 471	3 610
2.Vj.	8 796	3 649	3 091	3 830	2 475	1 669	517	712	2 937	2 323	615	267	22 731	18 117	4 192
3.Vj.	9 477	2 607	3 309	3 879	2 339	1 749	532	773	2 997	2 302	577	284	23 013	18 294	4 271
4.Vj.	14 023	3 095	2 813	4 294	2 068	1 665	580	776	2 907	2 292	620	263	25 168	21 383	3 421
2024 1.Vj.	4 488	3 028	8 255	2 672	2 661	1 540	520	681	2 986	2 388	651	453	22 819	18 587	3 718
2.Vj.	8 717	3 491	3 355	3 905	2 533	1 313	460	859	3 050	2 314	609	285	22 745	17 976	4 312
3.Vj.	9 299	2 872	3 546	3 884	2 373	1 362	503	2 711	3 410	2 751	592	288	23 666	18 705	4 455
4.Vj.	12 583	3 243	3 071	5 177	2 101	937	496	890	3 304	2 538	633	258	24 219	20 224	3 582
2025 1.Vj.	5 962	3 344	8 863	3 415	2 659	2 021	519	690	3 726	2 681	640	481
2024 März	2 717	1 681	1 051	840	961	538	153	212	958	801	201	299	.	.	.
2025 März	2 699	1 806	1 128	1 328	871	492	139	251	1 311	940	190	313	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)			Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:						
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten	Krankenversicherung der Rentner					
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	− 3 887	39 880	38 196	1 286	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	3 746
2023	382 540	271 852	108 836	381 073	325 369	25 346	+ 1 467	48 869	46 649	1 637	3 697
2024 p)	401 880	286 664	112 427	403 841	345 082	27 336	− 1 960	48 698	45 596	2 454	3 740
2022 1.Vj.	86 684	60 599	25 937	86 841	74 568	5 734	− 157	41 784	39 952	1 367	3 783
2.Vj.	90 040	63 978	25 879	87 138	74 644	5 756	+ 2 903	44 425	42 441	1 513	3 761
3.Vj.	89 284	62 891	26 218	92 606	79 400	6 127	− 3 322	41 548	39 767	1 315	3 775
4.Vj.	96 931	70 750	25 995	93 444	79 944	6 170	+ 3 487	46 082	44 186	1 399	3 767
2023 1.Vj.	91 370	64 171	26 972	92 422	79 330	6 142	− 1 052	45 109	43 030	1 569	3 724
2.Vj.	94 735	67 459	26 942	92 585	79 177	6 165	+ 2 151	47 245	45 043	1 693	3 705
3.Vj.	93 776	66 300	26 950	97 619	83 549	6 513	− 3 843	44 354	42 208	1 632	3 703
4.Vj.	101 578	73 852	27 041	97 967	83 678	6 520	+ 3 611	48 825	46 660	1 637	3 697
2024 1.Vj.	96 340	67 378	28 344	97 801	83 894	6 560	− 1 461	46 926	44 166	2 179	3 758
2.Vj.	99 956	71 411	27 848	98 246	83 818	6 604	+ 1 710	48 873	46 253	2 024	3 748
3.Vj.	98 881	70 041	28 091	103 565	88 506	7 058	− 4 684	44 821	42 036	2 179	3 744
4.Vj.	106 704	77 833	28 143	104 229	88 864	7 113	+ 2 474	48 698	45 596	2 454	3 740
2025 1.Vj.	101 459	71 286	29 479	104 229	89 066	7 306	− 2 770	46 312	43 429	2 180	3 741

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse

der Kapitalrechnung. 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 3 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 4 Einschl. Barmittel.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	darunter:						
		Beiträge	Insolvenzgeldumlage		Arbeitslosengeld 2)	Kurzarbeitergeld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenzgeld	Verwaltungs- ausgaben 5)		
2018	39 335	34 172	622	33 107	13 757	761	6 951	588	8 129	+ 6 228	–
2019	35 285	29 851	638	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	6 913
2021	35 830	29 571	1 302	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	16 935
2022	37 831	31 651	1 062	37 530	16 588	3 779	7 125	534	6 256	+ 300	423
2023	42 245	36 058	748	39 233	18 799	981	7 614	1 236	7 006	+ 3 012	– 423
2024	44 609	38 095	782	45 214	22 197	1 276	8 641	1 613	7 715	– 605	–
2022 1.Vj.	8 827	7 374	251	10 685	4 424	2 037	1 821	135	1 412	– 1 858	–
2.Vj.	9 327	7 857	262	9 457	4 091	1 180	1 794	147	1 450	– 130	–
3.Vj.	9 278	7 740	261	8 401	4 056	406	1 621	107	1 506	+ 877	–
4.Vj.	10 398	8 679	289	8 987	4 016	156	1 889	145	1 888	+ 1 411	423
2023 1.Vj.	9 836	8 442	178	9 942	4 727	408	1 858	376	1 550	– 106	–
2.Vj.	10 387	8 976	186	9 661	4 604	290	1 902	271	1 689	+ 726	–
3.Vj.	10 361	8 804	182	9 351	4 712	140	1 775	284	1 691	+ 1 010	–
4.Vj.	11 661	9 836	202	10 278	4 755	144	2 079	306	2 076	+ 1 382	– 423
2024 1.Vj.	10 298	8 903	183	11 237	5 511	465	2 074	380	1 729	– 939	–
2.Vj.	11 019	9 494	196	11 175	5 447	330	2 167	498	1 811	– 156	–
3.Vj.	10 982	9 291	193	10 918	5 609	227	2 027	365	1 897	+ 64	–
4.Vj.	12 309	10 407	210	11 884	5 631	255	2 373	370	2 278	+ 425	–
2025 1.Vj.	11 130	9 390	464	13 306	6 558	539	2 400	468	1 868	– 2 176	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bil-

dung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:							
		Beiträge	Bundesmittel 2)		Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	ärztliche Behandlung	zahnärztliche Behandlung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 4)	
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2023	304 441	278 742	21 896	309 596	91 380	50 170	49 047	17 610	23 381	19 112	12 681	– 5 155
2024 p)	318 223	298 186	15 497	328 183	98 936	55 247	52 116	18 236	25 190	20 546	12 745	– 9 960
2022 1.Vj.	79 253	62 142	17 049	81 493	20 550	11 891	11 847	4 286	5 216	4 574	3 510	– 2 240
2.Vj.	79 112	64 611	14 280	79 269	21 080	12 053	11 753	4 249	5 335	4 457	2 958	– 158
3.Vj.	75 516	65 242	9 804	75 011	21 164	12 221	11 384	3 956	5 352	4 441	2 996	+ 505
4.Vj.	81 512	70 384	9 091	74 894	21 659	12 242	11 566	4 310	5 442	4 486	3 148	+ 6 617
2023 1.Vj.	73 718	66 513	6 759	77 593	22 293	12 333	12 477	4 372	5 666	4 927	3 169	– 3 875
2.Vj.	73 722	68 792	4 495	76 031	22 531	12 414	12 234	4 481	5 806	4 682	3 166	– 2 309
3.Vj.	75 330	69 236	5 244	76 967	22 767	12 667	11 959	4 373	6 001	4 695	3 030	– 1 637
4.Vj.	81 548	74 199	5 399	78 860	23 364	12 870	12 415	4 440	5 845	4 809	3 452	+ 2 688
2024 1.Vj.	75 004	70 700	3 617	80 253	24 188	13 455	13 042	4 603	6 194	5 148	3 069	– 5 249
2.Vj.	79 051	73 540	4 609	82 224	24 187	13 777	12 945	4 591	6 337	5 118	3 190	– 3 174
3.Vj.	78 688	74 065	3 679	81 579	24 562	13 882	12 954	4 462	6 365	5 133	3 195	– 2 891
4.Vj.	85 481	79 881	3 592	84 127	25 998	14 132	13 175	4 580	6 294	5 147	3 290	+ 1 354

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und

Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 3 Einschl. Zahnersatz. 4 Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:	insgesamt	darunter:					
		Beiträge		Pflege-sachleistung	stationäre Pflege insgesamt 2)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungs-ausgaben	
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	– 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	– 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	– 2 156
2023	61 374	58 807	59 178	11 506	22 513	16 035	3 582	2 267	+ 2 196
2024 p)	66 661	65 372	68 204	12 771	24 794	18 642	4 043	2 442	– 1 543
2022 1.Vj.	12 912	12 412	14 739	2 564	4 974	3 572	775	529	– 1 827
2.Vj.	15 350	12 951	14 827	2 464	5 026	3 698	795	548	+ 523
3.Vj.	13 708	13 021	15 387	2 638	5 197	3 755	802	542	– 1 679
4.Vj.	15 813	14 067	15 078	2 581	5 281	3 892	837	528	+ 735
2023 1.Vj.	14 283	13 169	14 698	2 876	5 377	3 846	843	570	– 415
2.Vj.	14 227	13 668	14 392	2 745	5 539	3 940	869	561	– 165
3.Vj.	15 585	15 228	14 823	2 867	5 776	4 074	891	571	+ 762
4.Vj.	16 920	16 469	15 317	2 863	5 782	4 317	949	560	+ 1 603
2024 1.Vj.	15 896	15 525	16 546	3 207	6 038	4 387	950	645	– 651
2.Vj.	16 544	16 223	16 792	3 161	6 153	4 581	988	607	– 247
3.Vj.	16 468	16 200	17 162	3 211	6 308	4 697	1 026	600	– 694
4.Vj.	17 753	17 423	17 704	3 192	6 294	4 977	1 080	589	+ 49

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. **1** Einschl. der Zuführungen

an den Vorsorgefonds. **2** Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/ Nachtpflege. **3** Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende		Bankensystem				Inländische Nichtbanken						
		Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger				
			darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:	
		Insgesamt	insgesamt	Wertpapiere	insgesamt	Wertpapiere	insgesamt	Wertpapiere	insgesamt	Wertpapiere	insgesamt	Wertpapiere
2018	2 086 432	364 731	350 487	508 832	167 506	186 346	89 794	54 594	8 725	971 929	892 221	
2019	2 075 743	366 562	352 025	468 708	158 119	183 714	88 771	67 083	7 225	989 676	908 749	
2020	2 347 758	522 392	507 534	508 339	157 828	190 566	99 175	57 394	8 373	1 069 067	997 077	
2021	2 503 656	716 004	700 921	500 693	144 646	190 957	102 426	55 413	7 435	1 040 590	970 359	
2022	2 570 847	742 514	727 298	511 776	128 893	210 227	125 381	63 002	10 782	1 043 327	976 691	
2023	2 632 103	696 287	680 801	462 962	126 354	207 177	124 176	80 089	23 037	1 185 589	1 120 173	
2024 p)	2 688 879	633 608	618 332	480 196	135 342	203 676	124 825	77 917	21 919	1 293 483	1 230 701	
2022 1.Vj.	2 506 057	737 978	722 843	484 117	143 411	193 485	105 554	53 735	6 959	1 036 742	969 015	
2.Vj.	2 543 944	759 385	744 213	487 804	133 999	202 225	115 121	55 996	8 086	1 038 533	971 491	
3.Vj.	2 557 425	741 360	726 147	515 379	126 865	201 750	115 740	57 830	8 987	1 041 106	969 192	
4.Vj.	2 570 847	742 514	727 298	511 776	128 893	210 227	125 381	63 002	10 782	1 043 327	976 691	
2023 1.Vj.	2 597 693	741 587	726 326	487 938	129 372	208 206	124 049	65 348	16 123	1 094 614	1 030 874	
2.Vj.	2 595 817	719 981	704 639	461 905	125 988	208 453	124 069	71 758	20 884	1 133 721	1 069 197	
3.Vj.	2 637 950	706 113	690 704	457 746	126 627	207 370	123 410	76 407	23 354	1 190 316	1 124 068	
4.Vj.	2 632 103	696 287	680 801	462 962	126 354	207 177	124 176	80 089	23 037	1 185 589	1 120 173	
2024 1.Vj. p)	2 639 758	683 097	667 557	460 445	128 895	204 319	123 505	78 758	24 405	1 213 139	1 149 511	
2.Vj. p)	2 635 750	661 349	645 746	464 015	132 539	202 039	122 056	77 629	24 160	1 230 718	1 167 838	
3.Vj. p)	2 672 337	645 723	630 043	476 391	140 183	202 320	121 917	81 475	24 083	1 266 427	1 202 106	
4.Vj. p)	2 688 879	633 608	618 332	480 196	135 342	203 676	124 825	77 917	21 919	1 293 483	1 230 701	

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende			Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)			Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)				
	Gesamtstaat							
2018	2 086 432	14 680	52 572	1 456 159	79 487	483 533	.	.
2019	2 075 743	14 678	56 350	1 458 540	67 532	478 643	.	.
2020	2 347 758	14 757	173 851	1 596 136	88 865	474 149	.	.
2021	2 503 656	18 040	195 421	1 730 366	92 620	467 210	.	.
2022 1.Vj.	2 506 057	15 982	172 812	1 774 970	75 782	466 511	.	.
2.Vj.	2 543 944	18 108	161 848	1 811 062	81 385	471 541	.	.
3.Vj.	2 557 425	22 956	149 831	1 797 101	86 899	500 639	.	.
4.Vj.	2 570 847	17 319	150 371	1 818 674	116 353	468 130	.	.
2023 1.Vj.	2 597 693	15 337	145 250	1 881 494	88 982	466 629	.	.
2.Vj.	2 595 817	15 343	153 379	1 891 398	73 603	462 095	.	.
3.Vj.	2 637 950	18 123	164 481	1 923 681	67 200	464 466	.	.
4.Vj.	2 632 103	16 886	146 625	1 927 916	68 484	472 192	.	.
2024 1.Vj. p)	2 639 758	14 910	133 469	1 960 403	64 656	466 318	.	.
2.Vj. p)	2 635 750	15 822	118 653	1 973 685	58 936	468 652	.	.
3.Vj. p)	2 672 337	17 224	110 901	2 007 431	63 774	473 007	.	.
4.Vj. p)	2 688 879	14 816	114 292	2 016 828	67 731	475 213	.	.
	Bund							
2018	1 337 194	14 680	42 246	1 107 522	43 086	129 660	933	10 358
2019	1 315 637	14 678	38 480	1 102 058	29 956	130 465	605	10 493
2020	1 530 351	14 757	154 498	1 180 873	48 416	131 808	609	14 716
2021	1 683 411	18 040	176 428	1 300 604	57 779	130 559	618	8 276
2022 1.Vj.	1 688 334	15 982	155 123	1 340 528	41 679	135 022	576	10 629
2.Vj.	1 727 566	18 108	147 681	1 373 804	47 195	140 779	623	10 691
3.Vj.	1 761 268	22 956	144 999	1 369 815	55 557	167 941	828	13 302
4.Vj.	1 780 235	17 319	146 989	1 391 825	93 225	130 878	8 815	9 213
2023 1.Vj.	1 803 793	15 337	140 238	1 456 522	60 414	131 281	3 574	10 710
2.Vj.	1 811 623	15 343	149 363	1 472 451	42 689	131 778	2 846	11 453
3.Vj.	1 854 967	18 123	159 932	1 504 643	40 273	131 996	6 427	10 081
4.Vj.	1 856 570	16 886	142 897	1 512 508	52 960	131 320	15 158	9 856
2024 1.Vj. p)	1 859 758	14 910	127 794	1 534 058	51 608	131 387	18 264	10 662
2.Vj. p)	1 851 557	15 822	112 601	1 548 050	45 204	129 879	17 663	10 495
3.Vj. p)	1 879 068	17 224	105 352	1 578 794	47 560	130 139	17 623	11 583
4.Vj. p)	1 892 819	14 816	108 286	1 587 971	54 377	127 370	21 649	11 805
	Länder							
2018	603 409	–	10 332	351 994	19 506	221 578	14 396	1 891
2019	615 709	–	17 873	360 495	22 117	215 224	15 115	1 826
2020	667 836	–	19 354	419 862	22 932	205 687	12 108	1 410
2021	669 041	–	18 994	435 430	17 925	196 691	12 628	1 792
2022 1.Vj.	666 609	–	17 691	440 264	16 416	192 237	11 821	1 935
2.Vj.	662 770	–	14 169	443 117	16 320	189 164	11 581	1 762
3.Vj.	645 865	–	4 834	433 147	18 822	189 061	14 256	2 167
4.Vj.	639 046	–	3 384	432 686	14 083	188 893	11 776	1 791
2023 1.Vj.	637 096	–	5 112	430 715	14 922	186 347	12 111	2 424
2.Vj.	628 296	–	4 213	424 450	16 147	183 485	13 603	2 168
3.Vj.	626 217	–	4 843	424 601	13 298	183 475	11 193	2 847
4.Vj.	623 087	–	4 121	421 451	12 899	184 616	11 774	5 271
2024 1.Vj. p)	630 769	–	5 999	432 488	13 088	179 194	12 573	12 223
2.Vj. p)	631 459	–	6 256	432 753	12 369	180 081	12 525	9 563
3.Vj. p)	637 472	–	5 690	435 609	15 277	180 895	13 537	10 473
4.Vj. p)	638 003	–	6 112	436 138	16 152	179 602	13 791	7 676
	Gemeinden							
2018	162 376	–	1	3 045	20 945	138 386	1 906	497
2019	161 101	–	–	2 996	19 633	138 472	1 867	532
2020	162 992	–	–	3 366	18 548	141 077	1 413	330
2021	165 380	–	–	3 241	17 918	144 221	1 844	313
2022 1.Vj.	164 684	–	–	3 052	18 413	143 218	1 915	349
2.Vj.	166 630	–	–	2 902	18 378	145 350	1 755	370
3.Vj.	166 378	–	–	2 856	16 265	147 257	2 130	392
4.Vj.	172 131	–	–	2 896	17 668	151 567	1 699	399
2023 1.Vj.	173 405	–	–	2 883	18 414	152 107	2 194	416
2.Vj.	172 780	–	–	2 988	19 477	150 315	1 776	741
3.Vj.	175 373	–	–	2 825	20 150	152 398	2 382	798
4.Vj.	180 208	–	–	2 781	18 006	159 421	2 528	463
2024 1.Vj. p)	180 838	–	–	2 723	19 007	159 108	2 405	848
2.Vj. p)	183 340	–	–	2 602	18 770	161 968	2 402	907
3.Vj. p)	187 955	–	–	2 917	19 685	165 353	2 681	853
4.Vj. p)	193 977	–	–	2 769	19 781	171 427	1 987	868

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
	Sozialversicherungen							
2018	704	–	–	–	388	316	16	4 506
2019	899	–	–	–	375	524	16	4 753
2020	7 641	–	–	–	7 128	513	6 931	4 606
2021	933	–	–	–	511	422	19	4 729
2022 1.Vj.	3 481	–	–	–	2 990	491	2 739	4 140
2.Vj.	3 895	–	–	–	3 312	583	2 958	4 095
3.Vj.	4 458	–	–	–	3 780	678	3 330	4 683
4.Vj.	3 165	–	–	–	1 036	2 128	1 442	12 328
2023 1.Vj.	3 542	–	–	–	1 466	2 077	2 263	6 593
2.Vj.	2 785	–	–	–	703	2 082	1 442	5 306
3.Vj.	3 837	–	–	–	762	3 075	2 442	8 719
4.Vj.	3 199	–	–	–	417	2 782	1 500	15 370
2024 1.Vj. p)	3 153	–	–	–	412	2 741	1 519	11 027
2.Vj. p)	3 501	–	–	–	651	2 850	1 519	13 143
3.Vj. p)	3 202	–	–	–	515	2 687	1 519	12 451
4.Vj. p)	3 026	–	–	–	413	2 613	1 519	18 597

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. 1 Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumschlag. 2 Forderungen und Verbindlichkeiten gegen-

über anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt 1)	Bargeld und Einlagen 2)		Wertpapierverschuldung									Kredit- verschul- dung 1)
		insgesamt 1)	darunter: 3) Tages- anleihe	insgesamt 1)	darunter: 3)								
					konven- tionelle Bundes- anleihen	konven- tionelle Bundes- obligationen	konven- tionelle Bundes- schatzan- weisungen 4)	Unver- zinsliche Schatzan- weisungen 5)	Bundes- schatzbriefe	Grüne Bundes- wertpapiere	inflation- sindexierte Bundeswert- papiere 6)	Kapitalin- dexierung inflation- sindexierter Wertpapiere	
2007	1 000 426	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	76 167
2008	1 031 948	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	90 728
2009	1 098 584	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	75 532
2010	1 349 563	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	254 654
2011	1 359 259	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	227 499
2012	1 402 753	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	215 843
2013	1 405 276	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	202 668
2014	1 411 880	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	193 531
2015	1 385 956	13 949	1 070	1 188 523	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	183 484
2016	1 380 165	15 491	1 010	1 179 464	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	185 209
2017	1 363 920	14 298	966	1 168 633	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	180 988
2018	1 337 194	14 680	921	1 149 768	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	172 746
2019	1 315 637	14 678	–	1 140 538	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	160 422
2020	1 530 351	14 757	.	1 335 371	801 910	179 560	98 543	113 141	.	9 876	58 279	3 692	180 223
2021	1 683 411	18 040	.	1 477 033	892 464	190 839	103 936	153 978	.	21 627	65 390	6 722	188 338
2022	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023	1 856 570	16 886	.	1 655 404	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 280
2024 p)	1 892 819	14 816	.	1 696 257	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 746
2022 1.Vj.	1 688 334	15 982	.	1 495 651	911 280	204 534	108 702	140 427	.	23 961	67 776	7 809	176 701
2.Vj.	1 727 566	18 108	.	1 521 485	937 949	198 472	111 343	138 495	.	29 425	70 217	11 209	187 973
3.Vj.	1 761 268	22 956	.	1 514 814	918 838	208 509	111 675	137 740	.	35 527	71 498	12 879	223 498
4.Vj.	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023 1.Vj.	1 803 793	15 337	.	1 596 760	987 363	213 514	120 904	127 143	.	39 459	73 591	15 497	191 695
2.Vj.	1 811 623	15 343	.	1 621 814	1 007 004	211 742	124 160	139 012	.	50 243	59 227	13 604	174 466
3.Vj.	1 854 967	18 123	.	1 664 575	1 021 675	226 340	125 255	148 407	.	52 763	59 923	13 863	172 270
4.Vj.	1 856 570	16 886	.	1 655 404	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 280
2024 1.Vj. p)	1 859 758	14 910	.	1 661 852	1 054 941	226 133	119 517	119 164	.	58 565	60 312	14 048	182 995
2.Vj. p)	1 851 557	15 822	.	1 660 652	1 066 616	217 406	124 243	106 105	.	65 074	59 968	15 386	175 083
3.Vj. p)	1 879 068	17 224	.	1 684 146	1 081 652	232 490	124 060	101 317	.	65 349	59 874	15 641	177 698
4.Vj. p)	1 892 819	14 816	.	1 696 257	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 746

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. 2 Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem

Münzumschlag. 3 Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. 4 Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). 5 Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). 6 Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position							2023			2024				
	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
	Index 2020=100			Veränderung gegen Vorjahr in %										
Preisbereinigt, verkettet														
I. Entstehung des Inlandsprodukts														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	103,7	103,9	100,9	- 1,7	0,1	- 2,8	- 0,8	- 3,3	2,1	- 2,4	- 0,4	- 1,1	- 7,0	
Baugewerbe	85,6	85,0	81,8	-11,2	- 0,8	- 3,7	- 1,2	0,4	- 0,1	- 3,6	- 3,5	- 3,9	- 3,9	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	107,0	105,0	105,2	5,5	- 1,8	0,2	- 2,4	- 2,3	- 1,4	0,0	0,8	0,3	- 0,2	
Information und Kommunikation	109,3	113,0	115,9	0,7	3,3	2,6	3,6	2,3	2,9	2,7	3,3	2,4	1,9	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100,0	99,0	98,3	- 7,3	- 1,0	- 0,7	- 0,0	1,1	- 1,6	0,2	0,2	- 0,6	- 2,5	
Grundstücks- und Wohnungswesen	104,3	105,3	106,3	1,9	0,9	0,9	0,8	1,0	0,9	1,7	1,8	0,6	- 0,3	
Unternehmensdienstleister 1)	112,9	112,9	113,0	3,5	0,1	0,1	0,6	0,2	0,4	0,7	0,9	- 0,1	- 1,1	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	106,1	107,5	109,4	4,5	1,3	1,8	1,5	0,5	0,8	1,0	1,4	2,3	2,5	
Sonstige Dienstleister	118,2	120,3	121,5	17,0	1,8	1,0	1,5	1,6	1,1	1,2	1,3	1,1	0,3	
Bruttowertschöpfung	105,6	105,8	105,5	1,7	0,2	- 0,3	0,1	- 0,7	0,7	- 0,2	0,6	0,1	- 1,6	
Bruttoinlandsprodukt 2)	105,1	104,8	104,6	1,4	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 0,8	0,1	0,1	- 0,4	
II. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	108,0	107,6	107,9	5,6	- 0,4	0,3	- 0,2	- 1,1	- 0,2	0,7	- 0,2	0,2	0,3	
Konsumausgaben des Staates	103,6	103,4	107,0	0,1	- 0,1	3,5	- 1,9	1,2	1,9	1,7	4,0	4,2	4,0	
Ausrüstungen	108,2	107,3	101,3	4,5	- 0,8	- 5,5	- 0,1	- 2,9	- 3,7	- 4,9	- 4,8	- 6,0	- 6,4	
Bauten	93,1	89,9	87,0	- 3,9	- 3,4	- 3,3	- 3,1	- 2,8	- 3,4	- 5,1	- 3,4	- 2,7	- 1,9	
Sonstige Anlagen 4)	109,8	115,0	119,4	2,6	4,7	3,9	4,3	4,4	5,1	4,9	4,4	4,0	2,4	
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	- 0,1	0,1	0,0	0,6	- 0,3	- 0,9	- 1,1	- 0,8	0,4	1,6	
Inländische Verwendung	105,9	105,4	105,8	2,8	- 0,4	0,3	- 0,2	- 0,9	- 1,2	- 1,1	- 0,6	0,9	2,2	
Außenbeitrag 6)	.	.	.	- 1,3	0,1	- 0,6	- 0,3	0,2	0,8	0,4	0,6	- 0,8	- 2,5	
Exporte	113,3	113,0	111,7	3,1	- 0,3	- 1,1	0,6	- 1,7	- 2,5	- 1,9	0,9	- 0,2	- 3,2	
Importe	116,6	115,9	116,1	7,0	- 0,6	0,2	1,3	- 2,3	- 4,4	- 3,1	- 0,6	1,6	2,8	
Bruttoinlandsprodukt 2)	105,1	104,8	104,6	1,4	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 0,8	0,1	0,1	- 0,4	
In jeweiligen Preisen (Mrd €)														
III. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	2 075,1	2 205,6	2 271,8	12,7	6,3	3,0	7,1	5,1	4,5	3,7	2,7	2,9	2,7	
Konsumausgaben des Staates	869,8	905,2	961,3	6,1	4,1	6,2	3,1	5,4	5,3	6,1	7,3	6,5	5,2	
Ausrüstungen	263,0	275,7	264,8	11,7	4,8	- 3,9	6,4	2,0	0,4	- 3,0	- 3,1	- 4,6	- 4,8	
Bauten	446,5	466,1	464,7	10,5	4,4	- 0,3	4,9	3,0	0,7	- 2,3	- 0,8	0,5	1,4	
Sonstige Anlagen 4)	148,8	158,0	168,4	6,5	6,2	6,6	5,8	5,9	6,6	6,5	7,5	7,1	5,4	
Vorratsveränderungen 5)	52,0	7,2	8,2	
Inländische Verwendung	3 855,1	4 017,9	4 139,3	10,6	4,2	3,0	4,4	2,9	2,9	1,6	2,6	3,4	4,4	
Außenbeitrag	98,7	167,7	166,0	
Exporte	1 810,1	1 816,6	1 812,5	15,4	0,4	- 0,2	1,4	- 3,7	- 3,4	- 1,8	1,5	1,1	- 1,7	
Importe	1 711,4	1 649,0	1 646,5	24,1	- 3,6	- 0,1	- 2,1	- 9,2	- 8,5	- 5,5	- 1,1	2,4	3,8	
Bruttoinlandsprodukt 2)	3 953,9	4 185,6	4 305,3	7,5	5,9	2,9	5,9	5,4	5,0	3,0	3,6	2,8	2,1	
IV. Preise (2020=100)														
Privater Konsum	109,9	117,2	120,4	6,8	6,7	2,7	7,3	6,3	4,7	2,9	3,0	2,7	2,4	
Bruttoinlandsprodukt	109,1	115,8	119,4	6,1	6,1	3,1	6,4	6,1	5,4	3,8	3,5	2,7	2,5	
Terms of Trade	94,0	97,6	98,8	- 3,5	3,8	1,3	4,3	5,5	3,5	2,7	1,1	0,7	0,6	
V. Verteilung des Volkseinkommens														
Arbeitnehmerentgelt	2 087,0	2 229,0	2 353,8	6,0	6,8	5,6	7,1	7,2	6,4	6,5	5,9	5,6	4,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	850,8	903,7	830,6	3,8	6,2	- 8,1	9,5	4,6	- 0,7	- 8,6	- 5,5	- 9,5	- 8,3	
Volkseinkommen	2 937,8	3 132,7	3 184,3	5,4	6,6	1,6	7,8	6,4	4,5	1,6	2,7	1,0	1,3	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	4 097,1	4 332,2	4 459,0	7,8	5,7	2,9	5,9	5,4	4,5	2,8	3,7	2,6	2,7	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2025. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutzpflanzen und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Produzierendes Gewerbe	davon:																						
	Baugewerbe	Energie	Industrie																				
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige															
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen												
2021 = 100																							
100	17,08	8,21	74,71	27,84	33,97	2,53	10,36	9,71	9,59	11,83	12,21												
99,3	99,1	99,9	99,3	99,4	99,2	99,2	99,4	99,4	99,3	99,3	98,9												
98,7	96,7	98,7	99,2	96,3	101,1	101,0	100,1	97,3	102,9	100,2	102,9												
97,0	95,6	84,8	98,6	90,7	106,4	93,5	95,6	93,5	103,7	99,3	116,1												
92,7	92,6	82,2	93,9	86,2	100,5	87,8	94,5	88,7	93,8	91,5	107,7												
92,1	80,4	90,4	95,0	89,3	99,9	89,4	95,3	90,7	96,1	90,0	111,1												
92,9	93,7	76,4	94,6	88,2	100,8	87,8	93,5	90,1	92,2	90,2	112,0												
91,5	95,6	74,6	92,5	85,2	98,3	85,2	94,7	87,4	92,0	89,3	104,2												
94,2	100,7	87,3	93,5	82,0	102,9	88,7	94,4	86,6	95,1	96,5	103,3												
90,3	78,1	89,8	93,2	86,6	98,1	87,0	96,4	87,0	93,9	86,9	108,7												
101,9	97,2	86,6	104,7	95,9	113,3	96,4	102,2	98,1	104,3	101,8	125,5												
93,3	93,1	80,0	94,9	88,4	101,3	87,8	93,1	90,0	92,7	88,7	117,8												
90,1	91,6	75,4	91,4	86,5	95,5	80,3	94,0	88,0	87,3	86,2	102,7												
95,4	96,5	73,8	97,6	89,7	105,5	95,3	93,4	92,3	96,6	95,7	115,6												
92,0	99,2	74,5	92,3	87,1	96,6	84,2	94,3	87,9	90,9	89,2	100,7												
86,9	90,8	73,7	87,5	82,5	90,7	77,9	92,7	83,1	88,8	81,4	94,0												
95,7	96,9	75,6	97,7	86,1	107,7	93,6	97,1	91,1	96,2	97,3	117,8												
94,3	98,6	78,9	95,0	87,3	101,0	89,5	97,1	90,9	94,4	90,2	110,9												
99,2	101,6	89,7	99,7	87,8	110,3	96,2	97,7	92,3	99,1	95,8	121,1												
89,1	101,8	93,4	85,7	70,8	97,5	80,4	88,4	76,6	91,8	103,5	77,8												
82,3	64,7	96,2	84,8	81,7	85,0	78,6	94,0	80,1	85,5	75,2	92,8												
87,0	75,1	86,5	89,8	84,1	95,1	83,6	89,5	84,8	90,9	84,0	106,0												
101,7	94,4	86,8	105,0	93,9	114,3	98,8	105,6	96,1	105,2	101,5	127,4												
Veränderung gegenüber Vorjahr in %																							
+	3,5	-	2,3	+	3,1	+	4,7	+	8,2	+	2,6	+	6,1	+	1,9	+	9,2	+	10,3	+	7,2	-	2,8
-	0,6	-	2,4	-	1,2	-	0,1	-	3,1	+	1,9	+	1,8	+	0,7	-	2,1	+	3,6	+	0,9	+	4,0
-	1,7	-	1,1	-	14,1	-	0,6	-	5,8	+	5,2	-	7,4	-	4,5	-	3,9	+	0,8	-	0,9	+	12,8
-	4,4	-	3,1	-	3,1	-	4,8	-	5,0	-	5,5	-	6,1	-	1,2	-	5,1	-	9,5	-	7,9	-	7,2
-	5,2	-	2,5	-	7,9	-	5,3	-	5,4	-	6,3	-	9,1	-	0,4	-	5,4	-	9,1	-	6,4	-	10,5
-	5,1	-	4,8	-	1,6	-	5,4	-	4,9	-	6,7	-	5,1	-	1,8	-	6,0	-	11,2	-	9,3	-	7,8
-	4,4	-	4,6	+	2,6	-	4,8	-	6,1	-	4,6	-	7,5	-	1,9	-	6,5	-	11,9	-	9,6	-	2,7
-	3,1	-	0,7	-	3,6	-	3,5	-	3,4	-	4,6	-	2,6	-	0,5	-	2,4	-	5,7	-	6,1	-	7,5
-	1,9	-	2,9	-	0,7	-	1,9	-	3,1	-	1,8	-	2,7	+	1,1	-	4,1	-	2,3	-	3,4	-	2,2
-	4,4	-	0,4	-	10,9	-	4,5	-	4,5	-	5,2	-	10,3	-	0,1	-	5,5	-	10,6	-	6,3	-	8,9
-	4,0	-	4,0	-	6,1	-	3,7	-	4,3	-	3,6	-	5,1	-	1,4	-	5,8	-	8,5	-	6,9	-	1,4
-	7,4	-	6,8	±	0,0	-	8,1	-	6,4	-	11,5	-	11,9	+	1,0	-	7,9	-	14,7	-	11,9	-	17,4
-	3,9	-	3,5	+	1,9	-	4,4	-	4,0	-	5,0	+	1,4	-	4,9	-	4,6	-	10,6	-	9,2	-	4,1
-	5,7	-	5,6	-	1,1	-	6,2	-	5,8	-	7,1	-	7,8	-	3,4	-	6,7	-	12,7	-	10,3	-	7,4
-	2,9	-	3,7	+	3,1	-	3,2	-	5,8	-	1,2	-	8,0	-	2,1	-	7,4	-	11,9	-	8,9	+	4,1
-	4,3	-	4,4	+	5,9	-	5,0	-	6,5	-	5,0	-	6,7	-	0,3	-	5,5	-	11,2	-	9,6	-	3,7
-	4,1	-	2,6	-	6,1	-	4,2	-	4,8	-	4,6	-	7,0	-	1,1	-	4,4	-	9,1	-	5,5	-	5,0
-	2,8	-	1,7	-	1,5	-	3,2	-	3,7	-	3,7	-	1,0	-	1,0	-	3,0	-	5,6	-	7,1	-	5,7
-	2,2	+	2,2	-	3,5	-	3,2	-	1,1	-	5,6	+	0,8	+	0,8	+	0,8	-	2,1	-	5,6	-	13,5
-	1,6	+	2,7	-	2,7	-	2,2	-	3,1	-	3,0	-	3,8	+	2,7	-	6,0	-	5,4	-	6,4	-	2,3
-	4,1	-	7,3	+	0,8	-	4,0	-	4,2	-	3,7	-	7,2	-	3,0	-	4,5	-	2,9	-	4,4	-	6,1
-	0,2	-	2,9	+	0,2	+	0,3	-	2,1	+	0,9	+	2,5	+	3,3	-	2,0	+	0,9	-	0,3	+	1,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2021. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der

Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitsstglich bereinigt  )

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
									Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2022	105,1	+ 5,7	110,3	+ 11,0	101,1	+ 1,7	109,6	+ 10,3	113,2	+ 13,9	108,0	+ 8,8
2023	101,2	– 3,7	100,0	– 9,3	101,6	+ 0,5	105,1	– 4,1	100,3	– 11,4	107,3	– 0,6
2024	98,1	– 3,1	93,7	– 6,3	100,3	– 1,3	103,2	– 1,8	94,8	– 5,5	107,0	– 0,3
2024 März	106,1	– 2,2	102,4	– 7,7	107,6	+ 1,0	113,7	+ 1,6	105,3	– 8,6	117,6	+ 6,6
April	93,0	– 1,9	93,7	– 7,6	91,0	+ 1,9	103,8	– 0,4	94,5	– 10,1	108,1	+ 4,0
Mai	92,6	– 8,0	93,8	– 5,4	89,9	– 11,6	106,5	+ 7,5	113,3	+ 23,6	103,4	+ 1,0
Juni	101,4	– 10,3	94,3	– 7,5	105,5	– 12,7	105,2	– 2,9	96,5	– 8,4	109,0	– 0,5
Juli	100,1	+ 4,6	97,3	+ 2,5	101,8	+ 7,0	100,9	– 3,7	90,8	+ 2,6	105,5	– 6,0
Aug.	86,5	– 3,7	86,7	– 4,4	85,0	– 2,1	97,7	– 9,6	81,0	– 22,9	105,2	– 3,9
Sept.	102,5	+ 4,0	90,7	– 6,1	110,6	+ 11,0	100,7	± 0,0	97,4	+ 1,8	102,3	– 0,7
Okt.	101,4	+ 5,4	92,5	– 4,7	106,5	+ 12,8	107,7	+ 1,7	106,6	+ 7,6	108,3	– 0,6
Nov.	98,9	– 0,7	95,4	– 1,0	101,0	+ 0,6	100,5	– 8,4	90,1	– 19,6	105,2	– 3,1
Dez.	101,8	– 6,6	84,7	– 8,3	113,8	– 6,3	95,9	– 0,6	88,3	+ 0,1	99,3	– 1,0
2025 Jan.	98,2	+ 1,4	100,2	+ 1,2	95,8	+ 0,7	107,2	+ 7,8	85,1	+ 0,9	117,3	+ 10,2
Febr.	96,6	+ 0,9	94,1	– 0,3	97,4	+ 2,1	103,1	– 2,8	84,9	– 4,6	111,3	– 2,2
März �)	111,3	+ 4,9	105,0	+ 2,5	114,4	+ 6,3	119,4	+ 5,0	96,2	– 8,6	130,0	+ 10,5
aus dem Inland												
2022	105,6	+ 6,3	112,6	+ 13,3	98,7	– 0,5	109,7	+ 10,5	111,2	+ 12,1	109,1	+ 9,9
2023	100,9	– 4,5	103,1	– 8,4	99,1	+ 0,4	99,7	– 9,1	99,5	– 10,5	99,7	– 8,6
2024	95,8	– 5,1	93,6	– 9,2	97,8	– 1,3	96,5	– 3,2	90,3	– 9,2	99,0	– 0,7
2024 März	102,4	– 9,0	101,9	– 11,2	102,4	– 7,5	105,7	– 4,1	99,8	– 14,9	108,0	+ 0,6
April	91,0	– 8,5	94,4	– 13,3	87,1	– 4,5	96,2	– 2,2	95,3	– 8,0	96,5	+ 0,2
Mai	91,3	– 13,6	92,5	– 10,5	90,2	– 17,3	91,7	– 4,6	85,0	– 14,4	94,4	– 0,5
Juni	101,7	– 5,6	95,6	– 4,1	108,1	– 7,3	95,8	± 0,0	90,9	– 3,2	97,7	+ 1,2
Juli	104,2	+ 5,9	99,9	+ 2,5	109,2	+ 10,3	96,4	– 3,6	87,1	– 10,7	100,0	– 1,0
Aug.	84,5	– 7,0	88,0	– 7,3	79,7	– 7,5	96,3	– 2,7	84,6	– 18,4	100,9	+ 3,8
Sept.	95,7	+ 2,1	87,4	– 8,4	102,9	+ 12,7	97,4	– 1,7	100,6	– 2,6	96,2	– 1,3
Okt.	90,4	– 5,8	90,8	– 9,5	88,5	– 3,0	101,0	– 1,9	96,4	+ 2,9	102,8	– 3,6
Nov.	97,7	– 1,4	95,5	– 4,5	99,3	+ 1,2	99,9	+ 0,1	90,0	– 7,6	103,8	+ 3,1
Dez.	101,7	+ 3,4	80,5	– 17,0	122,9	+ 22,4	86,4	– 7,9	85,1	– 5,3	86,9	– 8,8
2025 Jan.	96,1	+ 1,4	97,4	– 3,5	94,8	+ 5,9	97,5	+ 4,2	81,8	– 2,2	103,7	+ 6,3
Febr.	94,3	– 0,4	92,6	– 3,4	95,2	+ 2,1	99,1	+ 1,3	84,5	– 1,2	104,8	+ 2,1
März �)	106,9	+ 4,4	106,0	+ 4,0	108,0	+ 5,5	105,5	– 0,2	96,5	– 3,3	109,1	+ 1,0
aus dem Ausland												
2022	104,8	+ 5,3	108,1	+ 8,8	102,5	+ 3,0	109,6	+ 10,3	114,4	+ 15,0	107,2	+ 8,0
2023	101,5	– 3,1	96,8	– 10,5	103,0	+ 0,5	108,8	– 0,7	100,8	– 11,9	112,8	+ 5,2
2024	99,7	– 1,8	93,9	– 3,0	101,7	– 1,3	107,7	– 1,0	97,3	– 3,5	112,9	+ 0,1
2024 März	108,8	+ 2,9	102,9	– 3,9	110,6	+ 6,2	119,2	+ 5,5	108,5	– 4,8	124,6	+ 10,8
April	94,4	+ 3,2	93,0	– 1,0	93,3	+ 5,8	109,0	+ 0,7	94,1	– 11,1	116,5	+ 6,5
Mai	93,5	– 3,6	95,0	± 0,0	89,8	– 7,9	116,5	+ 15,2	129,6	+ 48,3	110,0	+ 1,9
Juni	101,1	– 13,4	93,1	– 10,7	104,0	– 15,7	111,5	– 4,5	99,7	– 10,9	117,3	– 1,5
Juli	97,2	+ 3,6	94,8	+ 2,6	97,6	+ 5,2	104,0	– 3,8	93,0	+ 11,6	109,5	– 9,1
Aug.	87,9	– 1,2	85,4	– 1,3	88,0	+ 0,9	98,6	– 13,7	79,0	– 25,3	108,3	– 8,6
Sept.	107,4	+ 5,2	94,0	– 3,8	115,1	+ 10,2	103,0	+ 1,2	95,5	+ 4,5	106,7	– 0,3
Okt.	109,3	+ 13,4	94,2	+ 0,3	116,8	+ 21,3	112,3	+ 4,1	112,5	+ 10,1	112,3	+ 1,4
Nov.	99,8	– 0,2	95,4	+ 2,8	101,9	+ 0,1	100,9	– 13,3	90,2	– 25,1	106,2	– 7,1
Dez.	101,8	– 12,7	88,8	+ 1,0	108,5	– 18,8	102,4	+ 4,1	90,2	+ 3,4	108,4	+ 4,2
2025 Jan.	99,7	+ 1,4	102,9	+ 5,9	96,3	– 2,0	113,8	+ 10,1	87,0	+ 2,7	127,2	+ 12,8
Febr.	98,2	+ 1,8	95,5	+ 2,8	98,7	+ 2,2	105,8	– 5,3	85,2	– 6,4	116,1	– 4,8
März �)	114,4	+ 5,1	104,1	+ 1,2	118,1	+ 6,8	128,9	+ 8,1	96,1	– 11,4	145,2	+ 16,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c.   Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau															
	zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	zusammen	Veränderung gegen Vorjahr %	Wohnungsbau	Veränderung gegen Vorjahr %	gewerblicher Hochbau	Veränderung gegen Vorjahr %	öffentlicher Hochbau	Veränderung gegen Vorjahr %	Tiefbau	Veränderung gegen Vorjahr %	gewerbliche Auftraggeber	Veränderung gegen Vorjahr %	öffentliche Auftraggeber 2)	Veränderung gegen Vorjahr %
	2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100		2021 = 100	
2021	99,5	+ 9,2	99,4	+ 13,7	99,5	+ 8,3	99,4	+ 20,3	99,1	+ 12,1	99,6	+ 4,1	99,4	+ 15,7	99,4	+ 2,4
2022	104,4	+ 4,9	97,9	- 1,5	95,7	- 3,8	98,4	- 1,0	104,3	+ 5,2	112,4	+ 12,9	105,8	+ 6,4	108,8	+ 9,5
2023	108,2	+ 3,6	93,6	- 4,4	83,2	- 13,1	96,2	- 2,2	121,4	+ 16,4	126,6	+ 12,6	117,3	+ 10,9	114,8	+ 5,5
2024	109,7	+ 1,4	90,2	- 3,6	81,3	- 2,3	91,2	- 5,2	118,4	- 2,5	133,9	+ 5,8	117,5	+ 0,2	120,1	+ 4,6
2024 Febr.	96,7	+ 1,9	77,8	- 1,5	71,9	- 1,4	72,0	- 14,5	120,5	+ 47,3	120,3	+ 5,0	101,6	- 1,3	108,4	+ 7,9
März	123,9	+ 2,4	102,4	- 6,0	91,2	+ 3,2	103,4	- 17,7	138,8	+ 14,7	150,7	+ 10,7	121,8	- 9,1	150,0	+ 17,2
April	109,8	+ 3,9	85,6	- 4,0	82,3	- 0,6	82,7	- 7,4	108,2	- 3,4	140,0	+ 10,8	117,4	+ 7,6	120,1	+ 1,8
Mai	112,9	+ 2,4	97,8	+ 5,0	85,0	- 3,3	108,5	+ 15,8	104,2	- 4,8	131,7	± 0,0	119,4	+ 3,4	124,7	+ 4,2
Juni	119,6	+ 5,5	97,0	- 2,5	84,3	- 10,6	101,0	+ 17,2	127,8	- 23,4	147,8	+ 13,0	130,3	+ 18,2	131,5	+ 0,2
Juli	110,8	- 8,6	87,6	- 15,3	80,8	- 12,3	83,2	- 20,8	128,1	- 7,4	139,9	- 2,4	111,9	- 4,2	131,2	- 11,2
Aug.	116,6	- 2,9	95,3	+ 2,3	80,6	+ 0,6	104,8	+ 5,2	113,0	- 3,1	143,3	- 6,8	134,2	- 9,9	120,5	+ 7,0
Sept.	108,9	- 9,6	93,2	- 16,5	85,3	+ 2,9	91,3	- 24,7	128,6	- 28,6	128,6	- 2,2	114,7	- 16,6	118,7	- 5,7
Okt.	108,1	+ 1,1	87,8	± 0,0	80,0	- 2,3	88,3	- 1,3	113,8	+ 10,5	133,5	+ 2,1	120,3	- 0,6	113,0	+ 5,4
Nov.	109,8	+ 19,2	87,5	+ 5,3	83,4	+ 17,6	87,1	- 2,4	103,6	- 1,3	137,7	+ 33,3	126,7	+ 21,0	107,5	+ 17,6
Dez.	113,0	+ 2,5	98,7	+ 0,9	90,8	- 0,9	94,4	+ 5,9	143,2	- 5,9	130,8	+ 4,1	115,2	- 2,0	126,2	+ 10,3
2025 Jan.	96,7	+ 12,8	79,5	+ 10,7	83,1	+ 37,6	74,5	- 4,2	84,8	- 7,0	118,2	+ 14,9	109,5	+ 13,2	90,5	+ 0,7
Febr.	98,4	+ 1,8	86,4	+ 11,1	78,8	+ 9,6	80,5	+ 11,8	135,9	+ 12,8	113,4	- 5,7	102,0	+ 0,4	108,1	- 0,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschafts-

szahlen, Tabelle III.2.f. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◻

Zeit	darunter:													
	in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:													
	Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %	Insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr %
	2015 = 100		2015 = 100		2015 = 100		2015 = 100		2015 = 100		2015 = 100		2015 = 100	
2021	124,7	+ 2,7	116,7	+ 0,7	121,7	+ 0,3	78,1	- 4,6	95,4	- 10,8	110,4	- 5,7	135,2	+ 7,8
2022	134,4	+ 7,8	115,8	- 0,8	128,2	+ 5,3	102,9	+ 31,8	107,8	+ 13,0	122,8	+ 11,2	144,7	+ 7,0
2023	137,6	+ 2,4	112,2	- 3,1	136,0	+ 6,1	106,0	+ 3,0	108,0	+ 0,2	118,3	- 3,7	149,5	+ 3,3
2024 3)	140,9	+ 2,4	113,4	+ 1,1	139,9	+ 2,9	105,0	- 0,9	106,7	- 1,2	114,2	- 3,5	159,3	+ 6,6
2024 März	143,6	+ 3,3	115,2	+ 1,4	143,9	+ 4,7	104,8	+ 5,0	101,2	- 5,2	127,3	- 1,2	157,9	+ 5,3
April	140,6	+ 2,3	112,6	+ 0,7	140,2	+ 2,1	109,8	+ 2,3	94,5	- 0,8	123,6	- 1,8	155,5	+ 7,9
Mai	141,3	+ 0,1	113,2	- 1,4	141,4	+ 1,1	112,1	- 0,3	91,7	± 0,0	120,4	- 5,6	155,3	+ 5,1
Juni	137,3	- 0,4	110,2	- 1,8	141,0	+ 3,2	102,3	- 12,3	98,1	+ 3,2	112,8	- 6,2	153,9	+ 3,7
Juli	141,3	+ 1,2	113,9	- 0,1	141,6	+ 1,1	106,6	- 1,4	98,2	- 1,2	113,5	- 3,9	164,2	+ 7,4
Aug.	136,7	+ 3,2	110,1	+ 2,1	139,2	+ 4,7	98,2	- 3,3	93,5	- 3,7	105,7	- 4,9	154,6	+ 6,2
Sept.	139,0	+ 4,6	112,2	+ 4,5	134,2	+ 1,4	110,9	+ 6,5	102,3	- 1,4	109,9	- 2,0	162,6	+ 8,5
Okt.	146,6	+ 3,5	117,6	+ 2,6	142,3	+ 3,8	116,6	- 3,5	110,9	- 0,2	118,9	- 2,1	166,2	+ 6,3
Nov.	154,2	+ 4,4	124,3	+ 3,5	143,8	+ 4,4	116,2	- 0,4	140,3	+ 2,2	121,7	- 0,6	168,6	+ 7,7
Dez.	160,2	+ 3,9	128,4	+ 2,8	158,8	+ 2,4	113,8	- 2,4	143,5	+ 0,6	115,4	- 1,8	175,7	+ 5,2
2025 Jan.	132,4	+ 4,3	106,4	+ 3,3	131,4	+ 3,1	84,6	- 2,1	106,2	- 2,2	98,4	+ 0,5	162,9	+ 8,1
Febr.	129,9	+ 5,3	103,8	+ 4,3	131,4	+ 5,5	79,7	- 3,5	94,0	- 4,2	100,8	- 2,8	157,3	+ 7,7
März	149,2	+ 3,9	118,6	+ 3,0	149,2	+ 3,7	106,5	+ 1,6	95,1	- 6,0	123,4	- 3,1	166,4	+ 5,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2024 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Ausschl. gering- fügig ent- lohnte Beschäf- tigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeits- losen- quo- te 4) 5) in %	Offene Stel- len 4) 6) in Tsd			
	Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	Tsd	insgesamt		darunter:			insgesamt		darunter:	insgesamt	darunter:						
				Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	Produ- zieren- des Ge- werbe	Dienst- leis- tungs- bereich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung						insgesamt			konjunk- turell bedingt	insgesamt	dem Rechtskreis SGB III zugeordnet
2020	44 965	− 0,7	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695	1 137	5,9	613					
2021	45 052	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706					
2022	45 675	+ 1,4	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845					
2023	46 011	+ 0,7	34 790	+ 0,8	9 425	24 430	687	4 198	241	147	2 609	875	5,7	761					
2024	46 081	+ 0,2	34 932	+ 0,4	9 361	24 710	615	4 180	...	7)	2 787	980	6,0	694					
2022 1.Vj.	45 284	+ 1,6	34 242	+ 2,0	9 348	23 943	715	4 061	1 033	792	2 417	874	5,3	818					
2.Vj.	45 605	+ 1,6	34 401	+ 2,0	9 372	24 056	718	4 112	337	324	2 311	777	5,0	864					
3.Vj.	45 776	+ 1,2	34 522	+ 1,7	9 405	24 133	724	4 159	103	92	2 501	804	5,5	880					
4.Vj.	46 035	+ 1,1	34 864	+ 1,4	9 475	24 409	730	4 166	229	139	2 443	778	5,3	817					
2023 1.Vj.	45 712	+ 0,9	34 614	+ 1,1	9 395	24 288	696	4 152	430	153	2 610	900	5,7	773					
2.Vj.	45 981	+ 0,8	34 702	+ 0,9	9 410	24 352	687	4 209	152	146	2 561	839	5,6	770					
3.Vj.	46 080	+ 0,7	34 762	+ 0,7	9 421	24 398	686	4 242	128	122	2 647	885	5,7	768					
4.Vj.	46 269	+ 0,5	35 082	+ 0,6	9 471	24 682	680	4 189	253	166	2 617	874	5,7	732					
2024 1.Vj.	45 879	+ 0,4	34 795	+ 0,5	9 366	24 563	630	4 154	468	200	2 796	1 000	6,1	704					
2.Vj.	46 089	+ 0,2	34 858	+ 0,4	9 355	24 635	615	4 207	212	204	2 733	939	5,9	701					
3.Vj.	46 106	+ 0,1	34 892	+ 0,4	9 348	24 678	610	4 214	201	192	2 829	998	6,0	699					
4.Vj.	46 250	− 0,0	35 184	+ 0,3	9 373	24 961	603	4 146	...	7)	2 790	983	6,0	670					
2025 1.Vj.	45 819	− 0,1	2 983	1 120	6,4	638					
2021 Dez.	45 475	+ 1,2	34 284	+ 1,7	9 364	23 980	708	4 112	957	772	2 330	803	5,1	794					
2022 Jan.	45 218	+ 1,5	34 176	+ 2,0	9 332	23 900	711	4 048	1 123	847	2 462	903	5,4	792					
Febr.	45 263	+ 1,6	34 243	+ 2,2	9 346	23 939	719	4 049	1 087	803	2 428	884	5,3	822					
März	45 370	+ 1,6	34 334	+ 2,1	9 369	23 999	719	4 061	888	727	2 362	835	5,1	839					
April	45 489	+ 1,6	34 368	+ 2,0	9 366	24 037	713	4 091	453	439	2 309	800	5,0	852					
Mai	45 621	+ 1,7	34 445	+ 2,1	9 376	24 089	719	4 131	318	305	2 260	771	4,9	865					
Juni	45 705	+ 1,5	34 445	+ 1,9	9 376	24 084	724	4 164	241	228	2 363	761	5,2	877					
Juli	45 663	+ 1,3	34 322	+ 1,8	9 361	23 988	718	4 176	115	102	2 470	801	5,4	881					
Aug.	45 716	+ 1,2	34 571	+ 1,7	9 417	24 169	725	4 151	87	76	2 547	827	5,6	887					
Sept.	45 948	+ 1,2	34 899	+ 1,7	9 499	24 401	733	4 136	108	97	2 486	782	5,4	873					
Okt.	46 070	+ 1,2	34 893	+ 1,5	9 489	24 414	734	4 161	134	124	2 442	764	5,3	846					
Nov.	46 078	+ 1,1	34 897	+ 1,3	9 478	24 435	738	4 179	156	147	2 434	770	5,3	823					
Dez.	45 957	+ 1,1	34 705	+ 1,2	9 414	24 357	704	4 182	397	146	2 454	799	5,4	781					
2023 Jan.	45 651	+ 1,0	34 550	+ 1,1	9 381	24 240	697	4 138	451	145	2 616	911	5,7	764					
Febr.	45 697	+ 1,0	34 601	+ 1,0	9 392	24 279	692	4 148	441	157	2 620	910	5,7	778					
März	45 789	+ 0,9	34 679	+ 1,0	9 412	24 332	692	4 157	398	159	2 594	878	5,7	777					
April	45 886	+ 0,9	34 685	+ 0,9	9 410	24 342	684	4 188	146	139	2 586	855	5,7	773					
Mai	45 994	+ 0,8	34 728	+ 0,8	9 413	24 371	687	4 228	149	142	2 544	829	5,5	767					
Juni	46 062	+ 0,8	34 709	+ 0,8	9 404	24 357	690	4 266	162	156	2 555	833	5,5	769					
Juli	46 030	+ 0,8	34 584	+ 0,8	9 382	24 261	687	4 279	113	107	2 617	878	5,7	772					
Aug.	46 013	+ 0,6	34 804	+ 0,7	9 429	24 433	685	4 221	113	107	2 696	910	5,8	771					
Sept.	46 196	+ 0,5	35 089	+ 0,5	9 500	24 641	684	4 186	158	152	2 627	869	5,7	761					
Okt.	46 296	+ 0,5	35 117	+ 0,6	9 490	24 686	686	4 181	183	177	2 607	861	5,7	749					
Nov.	46 319	+ 0,5	35 126	+ 0,7	9 473	24 719	688	4 195	181	174	2 606	865	5,6	733					
Dez.	46 193	+ 0,5	34 915	+ 0,6	9 401	24 637	648	4 197	395	148	2 637	896	5,7	713					
2024 Jan.	45 849	+ 0,4	34 754	+ 0,6	9 359	24 528	635	4 138	540	189	2 805	1 006	6,1	699					
Febr.	45 860	+ 0,4	34 770	+ 0,5	9 359	24 548	625	4 141	485	201	2 814	1 015	6,1	706					
März	45 929	+ 0,3	34 810	+ 0,4	9 360	24 591	615	4 169	379	210	2 769	977	6,0	707					
April	46 018	+ 0,3	34 863	+ 0,5	9 362	24 633	618	4 190	224	215	2 750	949	6,0	701					
Mai	46 116	+ 0,3	34 886	+ 0,5	9 354	24 661	615	4 222	200	191	2 723	930	5,8	702					
Juni	46 132	+ 0,2	34 837	+ 0,4	9 336	24 635	611	4 250	213	204	2 727	937	5,8	701					
Juli	46 080	+ 0,1	34 729	+ 0,4	9 313	24 551	613	4 253	203	194	2 809	989	6,0	703					
Aug.	46 037	+ 0,1	34 918	+ 0,3	9 353	24 702	606	4 192	174	165	2 872	1 021	6,1	699					
Sept.	46 202	+ 0,0	35 220	+ 0,4	9 418	24 929	612	4 145	226	217	2 806	985	6,0	696					
Okt.	46 300	+ 0,0	35 237	+ 0,3	9 394	24 978	613	4 137	269	259	2 791	974	6,0	689					
Nov.	46 296	− 0,0	35 205	+ 0,2	9 367	24 989	606	4 151	...	7)	2 66	2 774	5,9	668					
Dez.	46 153	− 0,1	35 000	+ 0,2	9 298	24 906	569	4 151	...	7)	2 807	1 003	6,0	654					
2025 Jan.	45 784	− 0,1	34 808	+ 0,2	9 239	24 782	558	4 096	...	7)	2 58	2 993	1 127	6,4	632				
Febr.	45 802	− 0,1	34 837	+ 0,2	9 233	24 816	554	4 097	...	7)	2 44	2 989	1 128	6,4	639				
März	45 872	− 0,1	2 967	1 104	6,4	643					
April	2 932	1 077	6,3	646					

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ursprungswerte von der Bundes-

agentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2022 und 2023 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,5 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 61,3 % von den endgültigen Angaben ab. 8 Ab Mai 2024 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeuger- preise gewerblicher Produkte im Inlands- absatz 3)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Pro- dukte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel			
	insgesamt 1)	davon									Ausfuhr	Einfuhr		
		Nah- rungs- mittel 1) 2)	Industrie- erzeug- nisse ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienst- leis- tungen 1)	darunter: Tatsäch- liche Miet- zahlungen								
2015 = 100							2020 = 100	2021 = 100		2020 = 100	2021=100			
Indexstand														
2021	4)	109,2	4)	114,1	4)	106,7	4)	109,0	4)	103,1	4)	100,0	100,0	100,0
2022		118,7		126,2		112,7		146,8		110,2		116,6	129,8	113,5
2023		125,9		140,9		119,1		154,2		113,1		126,7	130,1	114,2
2024		129,0		144,8		120,8		149,3		119,3		130,8	127,7	112,5
2023 Juni		126,1		141,2		119,5		153,7		116,8		129,8	141,4	112,3
Juli		126,7		141,2		118,8		153,6		117,1		128,9	142,5	111,6
Aug.		127,2		141,0		119,2		156,5		117,5	127,1	129,2	142,5	112,0
Sept.		127,4		141,5		120,1		157,6		117,8		129,3	137,0	113,3
Okt.		127,2		141,6		120,5		154,7		117,8		129,1	135,0	113,4
Nov.		126,3		142,4		120,5		151,6		117,3	127,7	128,3	135,4	112,8
Dez.		126,6		142,4		120,5		148,4		117,4		127,3	137,3	111,7
2024 Jan.		126,4		143,7		119,7		150,2		117,6		127,6	138,4	111,7
Febr.		127,2		143,6		120,3		150,9		118,1	129,5	127,1	139,9	111,5
März		128,0		143,5		120,9		150,5		118,6		127,3	141,2	111,9
April		128,8		144,3		121,1		154,0		119,2		127,5	142,1	112,7
Mai		129,1		144,0		120,9		152,1		119,3	130,4	127,5	144,0	112,7
Juni		129,3		144,4		120,8		150,3		119,4		127,7	146,5	113,1
Juli		130,0		144,6		120,1		150,7		119,8		127,9	145,5	112,6
Aug.		129,8		144,6		120,0		148,5		119,7	131,4	128,2	139,1	112,2
Sept.		129,7		145,2		120,9		145,8		119,7		127,5	136,8	111,8
Okt.		130,2		146,3		121,5		146,4		120,2		127,7	138,3	112,5
Nov.		129,3		146,6		121,7		146,1		119,9	132,0	128,4	140,4	113,5
Dez.		130,2		146,9		122,1		146,2		120,5		128,3	142,1	113,9
2025 Jan.		129,9		146,5		121,1		148,2		120,3		128,2	141,5	115,2
Febr.		130,5		147,8		121,0		148,9		120,8	133,8	128,0	143,7	115,5
März		131,0		148,2		121,9		146,6		121,2		127,1	143,3	114,3
April		131,6		148,8		122,1		145,8		121,7		126,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
2021	4)	+ 3,2	4)	+ 2,9	4)	+ 2,5	4)	+ 10,1	4)	+ 2,0	4)	+ 1,3	+ 11,4	
2022		+ 8,7		+ 10,6		+ 5,7		+ 34,7		+ 2,9		+ 1,7	+ 21,8	
2023		+ 6,0		+ 11,7		+ 5,6		+ 5,1		+ 4,8		+ 2,1	+ 6,5	
2024		+ 2,5		+ 2,8		+ 1,5		- 3,2		+ 4,3		+ 2,2	+ 1,2	
2023 Juni		+ 6,8		+ 12,6		+ 6,2		+ 4,0		+ 6,1		+ 2,0	+ 8,6	
Juli		+ 6,5		+ 10,7		+ 5,5		+ 3,9		+ 6,7		+ 2,1	+ 10,8	
Aug.		+ 6,4		+ 9,2		+ 5,5		+ 5,3		+ 6,8	+ 6,5	+ 2,2	+ 12,9	
Sept.		+ 4,3		+ 8,1		+ 4,9		- 0,8		+ 4,7		+ 2,2	+ 11,0	
Okt.		+ 3,0		+ 7,1		+ 4,1		- 6,0		+ 4,2		+ 2,1	+ 9,5	
Nov.		+ 2,3		+ 6,6		+ 3,6		- 7,3		+ 3,4	+ 4,6	+ 2,1	+ 7,2	
Dez.		+ 3,8		+ 5,8		+ 3,3		+ 3,1		+ 3,4		+ 2,1	+ 7,0	
2024 Jan.		+ 3,1		+ 5,1		+ 2,8		- 3,0		+ 3,8		+ 2,1	+ 5,9	
Febr.		+ 2,7		+ 2,9		+ 2,8		- 2,6		+ 3,7	+ 3,2	+ 2,1	+ 4,9	
März		+ 2,3		+ 1,6		+ 2,2		- 2,9		+ 4,0		+ 2,1	+ 3,6	
April		+ 2,4		+ 2,3		+ 1,8		- 1,3		+ 3,6		+ 2,2	+ 1,7	
Mai		+ 2,8		+ 2,1		+ 1,3		- 1,2		+ 4,7	+ 3,0	+ 2,2	+ 0,4	
Juni		+ 2,5		+ 2,3		+ 1,1		- 2,2		+ 4,7		+ 2,2	+ 0,7	
Juli		+ 2,6		+ 2,4		+ 1,1		- 1,9		+ 4,4		+ 2,2	+ 0,9	
Aug.		+ 2,0		+ 2,6		+ 0,7		- 5,1		+ 4,4	+ 3,4	+ 2,0	+ 0,2	
Sept.		+ 1,8		+ 2,6		+ 0,7		- 7,5		+ 4,4		+ 2,1	+ 1,3	
Okt.		+ 2,4		+ 3,3		+ 0,8		- 5,4		+ 4,8		+ 2,2	+ 0,8	
Nov.		+ 2,4		+ 2,9		+ 1,0		- 3,6		+ 4,5	+ 3,4	+ 2,1	+ 0,6	
Dez.		+ 2,8		+ 3,2		+ 1,3		- 1,5		+ 4,6		+ 2,2	+ 2,0	
2025 Jan.		+ 2,8		+ 1,9		+ 1,2		- 1,3		+ 5,1		+ 2,3	+ 2,4	
Febr.		+ 2,6		+ 2,9		+ 0,6		- 1,3		+ 4,7	+ 3,3	+ 2,3	+ 3,6	
März		+ 2,3		+ 3,3		+ 0,8		- 2,6		+ 4,1		+ 1,9	+ 2,1	
April		+ 2,2		+ 3,1		+ 0,8		- 5,3		+ 4,5		+ 2,1	...	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. **2** Einschließlich alkoholischer Geträn-

ke und Tabakwaren. **3** Ohne Umsatzsteuer. **4** Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. **5** Ab Oktober 2024 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2017	1 435,3	4,5	971,8	4,3	447,9	3,5	1 419,7	4,1	1 955,2	3,6	201,4	7,1	10,3
2018	1 506,6	5,0	1 019,6	4,9	461,5	3,0	1 481,2	4,3	2 028,8	3,8	220,3	9,4	10,9
2019	1 572,6	4,4	1 069,5	4,9	479,2	3,8	1 548,7	4,6	2 080,6	2,6	215,5	– 2,2	10,4
2020	1 561,7	– 0,7	1 066,1	– 0,3	521,5	8,8	1 587,6	2,5	2 080,7	0,0	331,9	54,0	16,0
2021	1 620,5	3,8	1 111,3	4,2	531,5	1,9	1 642,8	3,5	2 144,4	3,1	303,6	– 8,6	14,2
2022	1 718,7	6,1	1 174,8	5,7	539,6	1,5	1 714,4	4,4	2 312,6	7,8	237,5	– 21,8	10,3
2023	1 846,0	7,4	1 286,5	9,5	571,4	5,9	1 857,9	8,4	2 462,3	6,5	256,7	8,1	10,4
2024	1 951,3	5,7	1 362,8	5,9	608,6	6,5	1 971,4	6,1	2 564,0	4,1	292,2	13,8	11,4
2023 3.Vj.	457,0	7,7	323,9	9,3	145,0	5,0	469,0	7,9	620,0	5,8	58,1	12,5	9,4
4.Vj.	511,7	6,9	357,9	9,2	143,5	6,0	501,3	8,2	630,2	4,8	62,4	7,5	9,9
2024 1.Vj.	461,5	6,8	324,2	7,6	151,8	6,1	476,0	7,1	634,9	5,3	86,7	16,8	13,7
2.Vj.	471,7	6,0	322,4	6,3	149,3	6,8	471,7	6,4	630,8	3,6	68,6	10,7	10,9
3.Vj.	483,0	5,7	342,9	5,9	154,6	6,6	497,5	6,1	645,7	4,1	67,6	16,3	10,5
4.Vj.	535,1	4,6	373,3	4,3	152,8	6,5	526,2	5,0	652,6	3,5	69,3	11,0	10,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2025. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre

Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr
2017	92,2	2,3	92,2	2,3	92,6	2,3	92,9	2,4	94,0	2,8
2018	94,9	3,0	95,0	3,0	95,2	2,8	95,5	2,8	97,2	3,3
2019	97,8	3,0	97,8	3,0	98,0	2,9	98,0	2,6	100,2	3,1
2020	100,0	2,3	100,0	2,2	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	– 0,2
2021	101,5	1,5	101,5	1,5	101,7	1,7	101,5	1,5	103,3	3,3
2022	104,2	2,6	104,1	2,6	103,9	2,2	103,6	2,0	107,8	4,3
2023	108,4	4,0	108,3	4,0	106,7	2,7	106,3	2,6	114,8	6,4
2024	115,1	6,1	114,9	6,1	111,9	4,9	111,6	4,9	120,9	5,3
2023 4.Vj.	119,3	3,7	119,1	3,7	118,2	2,6	107,2	2,5	126,4	6,2
2024 1.Vj.	108,2	6,3	108,0	6,3	101,9	3,1	108,5	3,1	114,9	6,2
2.Vj.	104,1	3,2	104,0	3,1	103,5	4,3	110,6	4,3	116,9	5,5
3.Vj.	121,8	8,9	121,6	8,9	116,5	5,4	112,9	5,7	119,7	5,4
4.Vj.	126,2	5,9	126,0	5,8	125,8	6,5	114,3	6,6	132,0	4,4
2025 1.Vj.	109,2	0,9	108,9	0,9	108,6	6,6	115,7	6,7	.	.
2024 Sept.	106,1	4,8	105,9	4,7	105,6	5,9	113,3	5,9	.	.
Okt.	106,3	4,5	106,1	4,4	105,9	6,0	113,6	6,1	.	.
Nov.	163,5	6,6	163,3	6,5	163,2	6,7	114,5	6,9	.	.
Dez.	108,9	6,2	108,7	6,1	108,5	6,6	114,6	6,8	.	.
2025 Jan.	107,0	3,1	106,8	3,1	107,2	6,6	115,0	6,6	.	.
Febr.	112,4	2,1	112,2	2,1	110,5	7,3	116,0	7,5	.	.
März	108,0	– 2,4	107,8	– 2,4	108,2	5,8	116,2	5,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert.
2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2025.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Bilanzsumme	Aktiva								Passiva							
		langfristige Vermögenswerte	darunter:			kurzfristige Vermögenswerte	darunter:			Eigenkapital	Schulden						
			immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte		Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	zusammen	langfristig		kurzfristig		
													darunter Finanzschulden	zusammen	darunter:	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Insgesamt (Mrd €)																	
2020	2 850,0	1 797,3	607,6	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,4	857,0	304,4	196,1	
2021	3 292,0	1 971,6	680,1	773,8	384,8	1 320,4	272,1	261,5	261,5	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	321,4	236,7	
2022	3 431,6	2 057,0	713,5	804,3	414,0	1 374,6	326,2	268,3	244,3	1 133,2	2 298,4	1 195,7	760,2	1 102,8	332,3	273,3	
2023	3 320,5	2 038,7	699,2	823,2	385,5	1 281,8	325,2	259,9	251,4	1 145,4	2 175,1	1 146,3	763,3	1 028,8	334,1	261,7	
2022 2.Hj.	3 431,6	2 057,0	713,5	804,3	414,0	1 374,6	326,2	268,3	244,3	1 133,2	2 298,4	1 195,7	760,2	1 102,8	332,3	273,3	
2023 1.Hj.	3 322,4	2 009,5	699,5	799,0	377,0	1 312,9	343,9	263,7	235,2	1 134,0	2 188,3	1 130,8	748,9	1 057,5	329,7	259,9	
2023 2.Hj.	3 320,5	2 038,7	699,2	823,2	385,5	1 281,8	325,2	259,9	251,4	1 145,4	2 175,1	1 146,3	763,3	1 028,8	334,1	261,7	
2024 1.Hj.p)	3 383,9	2 085,6	712,1	846,6	390,2	1 298,3	350,4	267,1	233,7	1 153,3	2 230,6	1 169,5	793,0	1 061,1	344,1	254,8	
in % der Bilanzsumme																	
2020	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9	
2021	100,0	59,9	20,7	23,5	11,7	40,1	8,3	7,9	7,9	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,8	7,2	
2022	100,0	59,9	20,8	23,4	12,1	40,1	9,5	7,8	7,1	33,0	67,0	34,8	22,2	32,1	9,7	8,0	
2023	100,0	61,4	21,1	24,8	11,6	38,6	9,8	7,8	7,6	34,5	65,5	34,5	23,0	31,0	10,1	7,9	
2022 2.Hj.	100,0	59,9	20,8	23,4	12,1	40,1	9,5	7,8	7,1	33,0	67,0	34,8	22,2	32,1	9,7	8,0	
2023 1.Hj.	100,0	60,5	21,1	24,1	11,4	39,5	10,4	7,9	7,1	34,1	65,9	34,0	22,5	31,8	9,9	7,8	
2023 2.Hj.	100,0	61,4	21,1	24,8	11,6	38,6	9,8	7,8	7,6	34,5	65,5	34,5	23,0	31,0	10,1	7,9	
2024 1.Hj.p)	100,0	61,6	21,0	25,0	11,5	38,4	10,4	7,9	6,9	34,1	65,9	34,6	23,4	31,4	10,2	7,5	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)																	
2020	2 265,0	1 354,9	399,1	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,3	1 628,8	904,7	537,0	724,0	267,3	149,8	
2021	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	363,5	1 147,0	254,4	206,3	204,2	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,2	285,9	184,0	
2022	2 730,8	1 538,3	461,5	591,7	392,2	1 192,4	307,7	209,1	186,5	879,7	1 851,1	912,7	534,3	938,4	291,6	215,2	
2023	2 620,2	1 512,9	446,6	604,5	363,1	1 107,3	305,2	202,2	203,4	888,8	1 731,4	859,8	536,9	871,6	294,9	206,6	
2022 2.Hj.	2 730,8	1 538,3	461,5	591,7	392,2	1 192,4	307,7	209,1	186,5	879,7	1 851,1	912,7	534,3	938,4	291,6	215,2	
2023 1.Hj.	2 651,0	1 504,1	460,3	588,8	352,3	1 146,8	326,4	210,9	184,5	892,6	1 758,4	854,6	528,8	903,8	285,2	210,1	
2023 2.Hj.	2 620,2	1 512,9	446,6	604,5	363,1	1 107,3	305,2	202,2	203,4	888,8	1 731,4	859,8	536,9	871,6	294,9	206,6	
2024 1.Hj.p)	2 672,0	1 551,4	454,8	625,0	366,5	1 120,6	329,9	208,4	187,5	906,1	1 765,9	878,5	561,6	887,4	300,9	201,1	
in % der Bilanzsumme																	
2020	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6	
2021	100,0	56,3	16,8	21,9	13,8	43,7	9,7	7,9	7,8	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,9	7,0	
2022	100,0	56,3	16,9	21,7	14,4	43,7	11,3	7,7	6,8	32,2	67,8	33,4	19,6	34,4	10,7	7,9	
2023	100,0	57,7	17,0	23,1	13,9	42,3	11,7	7,7	7,8	33,9	66,1	32,8	20,5	33,3	11,3	7,9	
2022 2.Hj.	100,0	56,3	16,9	21,7	14,4	43,7	11,3	7,7	6,8	32,2	67,8	33,4	19,6	34,4	10,7	7,9	
2023 1.Hj.	100,0	56,7	17,4	22,2	13,3	43,3	12,3	8,0	7,0	33,7	66,3	32,2	20,0	34,1	10,8	7,9	
2023 2.Hj.	100,0	57,7	17,0	23,1	13,9	42,3	11,7	7,7	7,8	33,9	66,1	32,8	20,5	33,3	11,3	7,9	
2024 1.Hj.p)	100,0	58,1	17,0	23,4	13,7	41,9	12,4	7,8	7,0	33,9	66,1	32,9	21,0	33,2	11,3	7,5	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																	
2020	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3	
2021	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	55,2	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	52,6	
2022	700,9	518,7	251,9	212,5	21,8	182,2	18,5	59,1	57,8	253,5	447,3	283,0	225,9	164,3	40,7	58,1	
2023	700,3	525,8	252,6	218,7	22,3	174,5	20,0	57,7	48,0	256,6	443,7	286,5	226,5	157,2	39,1	55,2	
2022 2.Hj.	700,9	518,7	251,9	212,5	21,8	182,2	18,5	59,1	57,8	253,5	447,3	283,0	225,9	164,3	40,7	58,1	
2023 1.Hj.	671,4	505,4	239,2	210,2	24,7	166,0	17,4	52,9	50,7	241,5	429,9	276,2	220,1	153,8	44,6	49,9	
2023 2.Hj.	700,3	525,8	252,6	218,7	22,3	174,5	20,0	57,7	48,0	256,6	443,7	286,5	226,5	157,2	39,1	55,2	
2024 1.Hj.p)	711,9	534,1	257,2	221,6	23,6	177,8	20,5	58,6	46,1	247,1	464,8	291,1	231,3	173,7	43,2	53,8	
in % der Bilanzsumme																	
2020	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9	
2021	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,3	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	7,9	
2022	100,0	74,0	36,0	30,3	3,1	26,0	2,6	8,4	8,3	36,2	63,8	40,4	32,2	23,5	5,8	8,3	
2023	100,0	75,1	36,1	31,2	3,2	24,9	2,9	8,2	6,9	36,6	63,4	40,9	32,3	22,4	5,6	7,9	
2022 2.Hj.	100,0	74,0	36,0	30,3	3,1	26,0	2,6	8,4	8,3	36,2	63,8	40,4	32,2	23,5	5,8	8,3	
2023 1.Hj.	100,0	75,3	35,6	31,3	3,7	24,7	2,6	7,9	7,6	36,0	64,0	41,1	32,8	22,9	6,6	7,4	
2023 2.Hj.	100,0	75,1	36,1	31,2	3,2	24,9	2,9	8,2	6,9	36,6	63,4	40,9	32,3	22,4	5,6	7,9	
2024 1.Hj.p)	100,0	75,0	36,1	31,1	3,3	25,0	2,9	8,2	6,5	34,7	65,3	40,9	32,5	24,4	6,1	7,6	

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne

Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		EBITDA 1) in % des Umsatzes		EBITDA 1) in % des Umsatzes			EBIT 2) in % des Umsatzes		EBIT 2) in % des Umsatzes						
					Gewogener Durchschnitt	Verteilung 3)				Gewogener Durchschnitt	Verteilung 3)					
						1.Quartil	Median				3.Quartil	1.Quartil	Median	3.Quartil		
		Mrd € 4)	Verän- derung gegen Vorjahr in % 5)	Mrd € 4)	Verän- derung gegen Vorjahr in % 5)	%	Verän- derung gegen Vorjahr in %-Punk- ten 5)	%	%	%	Mrd € 4)	Verän- derung gegen Vorjahr in % 5)	%	Verän- derung gegen Vorjahr in %-Punk- ten 5)	%	%
Insgesamt																
2016	1 624,3	-0,4	214,4	7,8	13,2	1,0	6,7	11,4	17,9	111,7	9,0	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0
2017	1 719,3	5,1	243,4	14,6	14,2	1,2	7,0	11,0	18,0	141,9	33,3	8,3	1,8	2,5	6,8	12,1
2018 6)	1 706,8	0,7	232,8	-0,9	13,6	-0,2	6,1	10,6	17,8	129,2	-6,3	7,6	-0,6	2,1	6,5	11,9
2019	1 764,6	2,6	233,6	0,4	13,2	-0,3	6,9	12,2	19,2	105,5	-17,9	6,0	-1,5	1,6	5,8	11,8
2020	1 632,8	-8,8	213,6	-7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	17,9	52,1	-41,0	3,2	-2,1	-0,8	4,9	10,5
2021	1 994,7	20,4	297,7	37,7	14,9	1,9	7,8	13,4	19,9	161,5	212,6	8,1	5,0	2,9	8,2	12,2
2022	2 431,3	20,8	324,8	7,8	13,4	-1,6	6,4	11,8	18,4	170,0	3,5	7,0	-1,2	1,6	6,6	12,4
2023	2 238,3	-7,7	323,6	0,4	14,5	1,2	6,1	12,2	17,9	170,0	0,9	7,6	0,7	1,8	6,6	11,5
2019 2.Hj.	903,7	2,4	121,3	4,8	13,4	0,3	6,6	11,8	20,0	52,0	-11,4	5,8	-0,9	0,8	6,1	12,5
2020 1.Hj.	744,5	-14,4	78,2	-34,1	10,5	-3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	-88,0	1,1	-5,3	-2,1	3,5	8,8
2.Hj.	888,4	-3,3	135,4	17,1	15,2	2,8	7,6	13,2	19,8	44,2	8,6	5,0	0,7	1,7	6,5	11,6
2021 1.Hj.	920,0	20,3	151,5	87,2	16,5	5,9	7,4	12,6	19,5	84,5	.	9,2	8,3	2,3	7,8	12,2
2.Hj.	1 075,6	20,4	146,4	8,1	13,6	-1,6	7,9	13,2	20,8	77,0	73,1	7,2	2,2	2,9	7,7	13,4
2022 1.Hj.	1 149,7	23,5	161,0	4,8	14,0	-2,5	6,1	11,5	18,4	84,9	-1,6	7,4	-1,9	1,6	6,4	11,8
2.Hj.	1 283,3	18,5	163,9	11,0	12,8	-0,9	5,9	11,6	18,9	85,2	9,1	6,6	-0,6	1,7	6,7	12,9
2023 1.Hj.	1 112,0	-3,0	172,0	7,8	15,5	1,6	6,4	10,8	17,5	98,1	16,9	8,8	1,5	1,2	6,5	10,8
2.Hj.	1 127,6	-12,0	151,7	-6,8	13,5	0,8	6,3	12,5	19,8	71,9	-15,0	6,4	-0,2	1,2	7,0	13,0
2024 1.Hj. p)	1 075,5	-3,7	160,6	-6,1	14,9	-0,4	6,1	11,0	16,7	89,7	-8,4	8,3	-0,4	1,6	5,9	10,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 7)																
2016	1 295,9	-0,8	161,9	6,3	12,5	0,8	6,5	10,6	16,0	84,8	4,2	6,5	0,3	2,8	6,3	10,5
2017	1 395,9	5,5	187,5	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,5	40,6	8,1	2,0	3,2	6,7	10,4
2018 6)	1 367,7	1,0	175,7	-1,5	12,9	-0,3	6,9	10,7	16,0	100,7	-7,1	7,4	-0,6	2,8	6,9	11,4
2019	1 410,9	2,0	168,1	-4,4	11,9	-0,8	6,9	11,3	16,6	76,3	-23,8	5,4	-1,8	1,4	5,7	10,1
2020	1 285,2	-9,4	143,6	-8,6	11,2	0,1	5,7	10,6	16,5	29,1	-48,1	2,3	-2,3	-0,7	4,3	9,8
2021	1 585,8	22,4	208,9	45,9	13,2	2,1	7,9	12,8	17,9	118,6	325,8	7,5	5,4	2,8	7,8	11,1
2022	1 957,4	21,7	222,9	4,7	11,4	-1,8	6,9	11,3	16,4	116,3	-4,7	5,9	-1,6	1,8	6,6	10,7
2023	1 784,0	-8,2	233,7	5,7	13,1	1,7	7,5	11,4	16,1	124,2	7,6	7,0	1,0	2,2	6,6	11,4
2019 2.Hj.	721,0	1,7	84,8	0,3	11,8	-0,2	6,1	10,8	16,9	34,4	-19,7	4,8	-1,3	0,6	5,2	11,1
2020 1.Hj.	580,6	-16,0	49,0	-42,4	8,4	-3,8	4,4	8,8	14,9	0,2	-101,7	0,0	-6,2	-2,1	3,1	7,8
2.Hj.	704,6	-3,0	94,6	25,4	13,4	3,4	7,0	12,1	18,6	28,9	19,6	4,1	1,1	0,3	6,0	10,4
2021 1.Hj.	731,9	24,0	111,2	126,9	15,2	6,9	8,2	12,6	18,6	66,7	.	9,1	9,3	2,9	7,9	12,1
2.Hj.	854,2	21,1	97,7	3,8	11,4	-1,9	7,8	12,3	17,5	51,9	80,8	6,1	2,0	2,6	7,0	11,5
2022 1.Hj.	923,4	23,8	110,9	-2,5	12,0	-3,3	7,7	11,5	16,3	59,0	-14,2	6,4	-2,8	2,3	6,4	10,4
2.Hj.	1 035,8	19,9	112,2	13,1	10,8	-0,7	5,9	10,8	16,7	57,4	7,7	5,5	-0,6	1,3	6,5	11,4
2023 1.Hj.	894,9	-2,9	129,0	16,7	14,4	2,4	7,1	11,7	16,3	76,7	30,5	8,6	2,2	2,1	6,7	10,7
2.Hj.	890,0	-13,0	104,9	-5,0	11,8	1,0	6,7	12,4	17,4	47,5	-16,0	5,3	-0,2	1,8	6,6	12,0
2024 1.Hj. p)	838,4	-5,4	119,9	-6,1	14,3	-0,1	7,4	11,3	16,7	71,2	-6,7	8,5	-0,1	2,7	6,4	10,4
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2016	328,4	1,3	52,5	12,8	16,0	1,6	6,8	13,4	25,1	26,9	24,4	8,2	1,5	2,3	8,2	15,3
2017	323,4	3,5	55,9	8,3	17,3	0,8	6,8	11,5	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	7,2	15,1
2018 6)	339,2	-0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	-3,5	8,4	-0,3	1,4	5,8	16,6
2019	353,7	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,7	24,5	29,2	2,8	8,3	-0,2	2,4	6,2	16,2
2020	347,6	-6,1	70,0	-5,4	20,1	0,1	6,9	13,3	22,1	23,0	-22,1	6,6	-1,4	-1,2	6,5	12,2
2021	408,9	13,0	88,8	21,6	21,7	1,6	7,6	15,0	24,0	42,8	79,7	10,5	3,9	3,0	9,2	15,6
2022	473,9	17,4	101,9	15,3	21,5	-0,4	5,2	13,1	22,8	53,8	26,4	11,3	0,8	1,0	6,9	14,4
2023	454,4	-5,6	89,9	-11,2	19,8	-1,3	5,6	12,9	22,2	45,8	-13,7	10,1	-1,0	1,6	6,8	12,9
2019 2.Hj.	182,7	5,5	36,5	16,9	20,0	1,9	7,1	15,1	24,4	17,7	10,9	9,7	0,5	1,8	8,2	16,3
2020 1.Hj.	163,9	-8,1	29,2	-9,4	17,8	-0,3	5,6	10,8	21,2	7,7	-36,4	4,7	-2,1	-2,2	4,3	10,9
2.Hj.	183,8	-4,2	40,8	-2,2	22,2	0,4	8,9	14,7	23,3	15,3	-12,8	8,3	-0,9	2,6	7,5	13,3
2021 1.Hj.	188,1	7,7	40,3	26,1	21,5	3,1	6,9	12,6	24,5	17,8	119,9	9,5	4,8	0,9	6,9	13,6
2.Hj.	221,4	17,9	48,7	18,2	22,0	0,1	9,4	16,5	24,7	25,1	59,1	11,3	3,0	3,8	9,5	17,7
2022 1.Hj.	226,3	22,0	50,1	25,3	22,2	0,6	4,6	11,6	20,9	25,9	46,4	11,5	1,9	-0,5	6,3	13,5
2.Hj.	247,6	13,4	51,8	7,0	20,9	-1,3	5,2	14,1	24,0	27,8	12,1	11,2	-0,1	2,2	7,5	15,4
2023 1.Hj.	217,1	-3,6	43,1	-11,8	19,8	-1,9	4,7	9,6	19,2	21,4	-14,4	9,9	-1,3	-2,2	4,2	12,0
2.Hj.	237,6	-7,5	46,8	-10,7	19,7	-0,7	5,9	14,4	23,3	24,4	-13,0	10,3	-0,7	0,9	7,3	16,1
2024 1.Hj. p)	237,1	2,9	40,7	-6,1	17,2	-1,7	5,3	8,5	16,8	18,5	-14,2	7,8	-1,6	-0,4	3,6	9,3

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation - Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte (operatives Ergebnis vor Abschreibungen). 2 Earnings before interest and taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern (operatives Ergebnis). 3 Quan-

tilangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 4 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlusstatistik S. 3. 5 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlusstatistik S. 6. 6 Ab 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken. 7 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2022	2023	2024	2024				2025	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dezember	Januar ¹⁾	Februar ¹⁾
I. Leistungsbilanz	- 14 653	+ 243 245	+ 425 930	+ 105 307	+ 112 355	+ 110 751	+ 50 440	+ 18 027	+ 33 125
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 876 227	2 825 224	2 836 561	719 497	699 943	722 525	225 714	230 987	241 959
Ausgaben	2 921 860	2 561 705	2 464 682	623 803	616 444	629 769	194 932	209 475	203 695
Saldo	- 45 633	+ 263 519	+ 371 879	+ 95 694	+ 83 500	+ 92 755	+ 30 782	+ 21 512	+ 38 264
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 346 963	1 391 506	1 522 900	390 771	392 611	394 867	143 646	125 056	119 908
Ausgaben	1 178 082	1 264 955	1 353 946	329 339	338 008	365 595	130 541	117 195	112 847
Saldo	+ 168 881	+ 126 551	+ 168 955	+ 61 432	+ 54 603	+ 29 272	+ 13 106	+ 7 861	+ 7 061
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	1 078 629	1 253 612	1 344 689	359 728	326 407	359 082	136 999	101 598	96 685
Ausgaben	1 043 834	1 233 348	1 291 141	374 407	310 587	323 321	112 215	97 400	94 544
Saldo	+ 34 795	+ 20 264	+ 53 548	- 14 679	+ 15 820	+ 35 761	+ 24 784	+ 4 198	+ 2 141
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	172 359	185 406	196 365	49 365	44 654	58 038	24 659	14 258	14 832
Ausgaben	345 056	352 495	364 816	86 506	86 221	105 076	42 890	29 803	29 173
Saldo	- 172 696	- 167 089	- 168 451	- 37 140	- 41 567	- 47 037	- 18 231	- 15 544	- 14 341
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 148 366	+ 40 362	+ 6 344	+ 2 208	+ 4 859	+ 11 361	+ 7 189	+ 512	+ 1 185
III. Kapitalbilanz ¹⁾	+ 57 860	+ 322 157	+ 491 773	+ 130 775	+ 150 042	+ 94 658	+ 37 245	+ 8 405	+ 50 765
1. Direktinvestitionen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 247 407	+ 33 223	+ 245 637	+ 98 265	+ 30 095	+ 17 323	- 43 720	+ 32 133	+ 3 165
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 141 735	- 308 631	+ 196 543	- 26 057	+ 21 058	+ 66 123	+ 34 539	+ 23 475	+ 11 948
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 105 672	- 341 854	- 49 094	- 124 321	- 9 037	+ 48 800	+ 78 259	- 8 657	+ 8 783
2. Wertpapieranlagen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	- 253 387	- 97 387	- 114 356	- 101 035	- 54 283	+ 58 676	+ 23 263	+ 17 242	+ 4 343
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 159 862	+ 471 611	+ 733 994	+ 175 616	+ 177 187	+ 207 495	+ 66 899	+ 79 484	+ 42 506
Aktien und									
Investmentfondsanteile	- 159 992	+ 89 645	+ 210 558	+ 54 728	+ 43 165	+ 80 559	+ 20 883	+ 20 539	- 8 718
kurzfristige									
Schuldverschreibungen	- 105 485	+ 114 988	+ 110 767	+ 7 960	+ 30 854	+ 56 378	+ 29 487	+ 22 101	- 1 314
langfristige									
Schuldverschreibungen	+ 105 615	+ 266 978	+ 412 668	+ 112 928	+ 103 168	+ 70 558	+ 16 530	+ 36 844	+ 52 539
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 93 526	+ 568 998	+ 848 350	+ 276 651	+ 231 470	+ 148 818	+ 43 636	+ 62 242	+ 38 163
Aktien und									
Investmentfondsanteile	+ 61 520	+ 172 062	+ 381 729	+ 124 278	+ 127 474	+ 100 019	+ 26 237	+ 11 370	+ 53 498
kurzfristige									
Schuldverschreibungen	- 69 879	- 9 419	- 14 013	+ 6 113	+ 9 623	- 4 919	- 2 490	- 11 032	- 9 152
langfristige									
Schuldverschreibungen	+ 101 885	+ 406 355	+ 480 634	+ 146 260	+ 94 373	+ 53 718	+ 19 889	+ 61 905	- 6 183
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 107 913	+ 14 610	+ 47 337	+ 16 676	- 4 583	+ 18 938	+ 5 452	+ 6 224	- 171
4. Übriger Kapitalverkehr									
Eurosistem	- 61 957	+ 384 127	+ 308 509	+ 113 132	+ 182 766	- 3 988	+ 49 540	- 45 712	+ 42 151
Staat	+ 172 677	+ 317 993	+ 39 526	- 17 959	+ 30 524	- 47 701	- 44 579	+ 20 610	+ 844
Monetäre Finanzinstitute ²⁾	- 49 427	+ 1 549	- 16 026	- 690	- 27 231	+ 15 278	+ 29 694	- 312	- 5 701
Unternehmen und Privatpersonen	- 306 204	+ 162 708	+ 331 268	+ 116 995	+ 166 520	+ 15 430	+ 35 851	- 36 420	+ 58 362
Unternehmen und Privatpersonen	+ 120 997	- 98 122	- 46 259	+ 14 785	+ 12 953	+ 13 004	+ 28 574	- 29 590	- 11 355
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 17 884	- 12 416	+ 4 648	+ 3 738	- 3 954	+ 3 709	+ 2 711	- 1 481	+ 1 276
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 75 854	+ 38 550	+ 59 499	+ 23 260	+ 32 828	- 27 455	- 20 385	- 10 134	+ 16 455

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. ¹ Zunahme: + / Abnahme: -. ² Ohne Eurosistem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz							Vermögens- änderungs- bilanz 2)	Kapitalbilanz 3)		Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienst- leistungen	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Insgesamt		darunter: Währungs- reserven		
			darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 1)								
2010	+ 150 210	+ 159 328	- 8 801	- 25 147	+ 52 346	- 36 317	+ 19	+ 73 036	+ 1 613	- 77 192	
2011	+ 172 827	+ 164 171	- 8 902	- 30 158	+ 70 336	- 31 523	- 1 070	+ 101 101	+ 2 836	- 70 657	
2012	+ 201 277	+ 200 916	- 10 420	- 31 425	+ 67 297	- 35 511	- 2 167	+ 131 252	+ 1 297	- 67 858	
2013	+ 192 346	+ 199 951	- 17 770	- 34 257	+ 66 870	- 40 218	- 2 970	+ 200 883	+ 838	+ 11 507	
2014	+ 215 932	+ 218 515	- 15 863	- 22 941	+ 61 801	- 41 443	+ 336	+ 231 400	- 2 564	+ 15 132	
2015	+ 250 088	+ 245 054	- 18 813	- 16 236	+ 60 040	- 38 770	- 1 769	+ 227 420	- 2 213	- 20 899	
2016	+ 284 662	+ 250 397	- 21 830	- 18 346	+ 90 869	- 38 259	- 1 345	+ 269 282	+ 1 686	- 14 034	
2017	+ 268 729	+ 257 041	- 12 757	- 21 212	+ 83 864	- 50 964	- 6 479	+ 274 766	- 1 269	+ 12 515	
2018	+ 289 187	+ 218 739	- 27 726	- 14 010	+ 134 180	- 49 722	- 3 602	+ 261 115	+ 392	- 24 470	
2019	+ 278 477	+ 213 201	- 39 862	- 14 443	+ 130 094	- 50 375	- 4 907	+ 200 831	- 544	- 72 739	
2020	+ 218 031	+ 177 742	- 21 461	+ 6 633	+ 87 061	- 53 406	- 10 520	+ 168 954	- 51	- 38 557	
2021	+ 254 406	+ 187 660	- 5 281	+ 3 833	+ 122 860	- 59 947	- 3 480	+ 205 068	+ 31 892	- 45 858	
2022	+ 152 037	+ 133 232	+ 19 937	- 32 035	+ 119 281	- 68 441	- 20 743	+ 150 721	+ 4 426	+ 19 427	
2023	+ 232 793	+ 227 114	- 28 799	- 63 437	+ 136 787	- 67 671	- 26 771	+ 195 438	+ 884	- 10 584	
2024	+ 246 665	+ 235 506	- 41 809	- 74 023	+ 148 995	- 63 813	- 20 375	+ 239 393	- 1 440	+ 13 103	
2022 2.Vj.	+ 23 488	+ 30 094	+ 8 013	- 5 662	+ 12 168	- 13 112	- 4 656	+ 46 178	+ 597	+ 27 347	
3.Vj.	+ 23 992	+ 31 087	+ 8 246	- 21 778	+ 32 105	- 17 423	- 6 581	- 21 278	+ 784	- 38 689	
4.Vj.	+ 46 330	+ 32 455	- 3 162	- 5 879	+ 41 418	- 21 665	- 5 670	+ 60 460	+ 845	+ 19 801	
2023 1.Vj.	+ 61 696	+ 54 420	- 6 386	- 9 381	+ 33 261	- 16 605	- 13 907	+ 59 707	+ 224	+ 11 918	
2.Vj.	+ 39 737	+ 52 656	- 4 743	- 17 533	+ 14 724	- 10 110	- 3 996	+ 34 049	+ 1 096	- 1 692	
3.Vj.	+ 59 434	+ 58 486	- 7 531	- 24 379	+ 41 173	- 15 846	- 3 887	+ 30 242	- 790	- 25 305	
4.Vj.	+ 71 926	+ 61 552	- 10 139	- 12 145	+ 47 629	- 25 110	- 4 981	+ 71 440	+ 355	+ 4 495	
2024 1.Vj.	+ 82 656	+ 68 718	- 9 191	- 9 646	+ 39 707	- 16 123	- 7 908	+ 47 115	+ 378	- 27 634	
2.Vj.	+ 60 316	+ 66 928	- 10 392	- 19 506	+ 23 215	- 10 320	- 1 471	+ 28 843	+ 746	- 30 003	
3.Vj.	+ 53 265	+ 55 586	- 9 241	- 26 960	+ 40 107	- 15 467	- 4 093	+ 88 010	- 890	+ 38 837	
4.Vj.	+ 50 427	+ 44 274	- 12 985	- 17 910	+ 45 967	- 21 904	- 6 903	+ 75 426	- 1 674	+ 31 902	
2025 1.Vj. p)	+ 75 258	+ 56 310	- 4 935	- 13 050	+ 48 050	- 16 051	- 6 280	+ 73 375	+ 796	+ 4 397	
2022 Okt.	+ 7 851	+ 6 800	- 944	- 5 628	+ 12 165	- 5 486	- 1 674	+ 39 575	+ 672	+ 33 398	
Nov.	+ 17 834	+ 13 081	- 1 452	- 1 867	+ 12 686	- 6 065	- 2 119	- 11 861	+ 425	- 27 576	
Dez.	+ 20 644	+ 12 574	- 766	+ 1 616	+ 16 568	- 10 114	- 1 877	+ 32 746	- 252	+ 13 978	
2023 Jan.	+ 15 005	+ 11 041	- 1 208	- 2 230	+ 11 182	- 4 989	- 5 965	- 13 386	- 341	- 22 426	
Febr.	+ 19 943	+ 18 856	- 1 904	- 3 052	+ 9 280	- 5 142	- 1 915	+ 23 790	+ 143	+ 5 763	
März	+ 26 748	+ 24 523	- 3 274	- 4 099	+ 12 799	- 6 474	- 6 026	+ 49 303	+ 423	+ 28 581	
April	+ 16 574	+ 14 851	- 1 226	- 4 192	+ 10 957	- 5 041	- 343	- 28 449	+ 88	- 44 680	
Mai	+ 3 703	+ 15 916	- 261	- 6 228	- 5 840	- 145	- 2 364	+ 7 821	+ 45	+ 6 482	
Juni	+ 19 460	+ 21 889	- 3 255	- 7 113	+ 9 608	- 4 924	- 1 289	+ 54 678	+ 962	+ 36 507	
Juli	+ 16 515	+ 18 549	- 2 296	- 7 866	+ 11 692	- 5 860	- 4 672	- 4 861	- 118	- 16 704	
Aug.	+ 19 516	+ 19 670	- 2 248	- 10 479	+ 15 412	- 5 087	- 683	+ 33 984	- 107	+ 15 150	
Sept.	+ 23 403	+ 20 267	- 2 986	- 6 035	+ 14 070	- 4 898	+ 1 467	+ 1 119	- 566	- 23 751	
Okt.	+ 18 061	+ 21 226	- 2 394	- 10 961	+ 14 061	- 6 265	- 3 426	+ 5 057	+ 858	- 9 578	
Nov.	+ 29 176	+ 23 576	- 4 755	- 3 224	+ 14 992	- 6 169	- 3 838	+ 30 547	+ 65	+ 5 209	
Dez.	+ 24 689	+ 16 749	- 2 991	+ 2 039	+ 18 576	- 12 675	+ 2 283	+ 35 836	- 569	+ 8 864	
2024 Jan.	+ 26 399	+ 21 987	- 1 915	- 4 326	+ 13 362	- 4 623	- 5 444	+ 9 357	- 249	- 11 598	
Febr.	+ 26 730	+ 23 183	- 3 698	- 2 005	+ 10 673	- 5 122	- 1 574	+ 14 396	+ 1 193	- 10 760	
März	+ 29 527	+ 23 548	- 3 577	- 3 315	+ 15 672	- 6 379	- 890	+ 23 362	- 566	- 5 275	
April	+ 23 903	+ 23 440	- 3 183	- 6 304	+ 10 498	- 3 732	- 2 082	- 3 133	- 317	- 24 954	
Mai	+ 16 639	+ 23 526	- 2 667	- 7 251	+ 1 873	- 1 509	- 1 674	+ 21 995	+ 156	+ 7 030	
Juni	+ 19 775	+ 19 961	- 4 542	- 5 951	+ 10 844	- 5 079	+ 2 285	+ 9 981	+ 908	- 12 079	
Juli	+ 17 690	+ 20 306	- 2 053	- 9 487	+ 12 689	- 5 817	- 2 499	+ 43 812	- 1 194	+ 28 620	
Aug.	+ 15 405	+ 16 898	- 3 872	- 10 347	+ 14 007	- 5 152	+ 601	+ 5 212	- 552	- 10 795	
Sept.	+ 20 170	+ 18 382	- 3 317	- 7 126	+ 13 411	- 4 498	- 2 196	+ 38 986	+ 855	+ 21 012	
Okt.	+ 11 265	+ 15 013	- 1 109	- 11 069	+ 13 353	- 6 032	- 2 724	+ 3 958	- 1 367	- 4 583	
Nov.	+ 18 253	+ 18 807	- 5 387	- 6 311	+ 13 034	- 7 278	- 1 552	+ 26 974	+ 1 671	+ 10 274	
Dez.	+ 20 908	+ 10 454	- 6 490	- 530	+ 19 580	- 8 594	- 2 626	+ 44 494	- 1 977	+ 26 211	
2025 Jan.	+ 14 943	+ 13 672	- 671	- 6 042	+ 12 888	- 5 575	- 1 482	+ 13 390	+ 1 192	- 70	
Febr. r)	+ 26 249	+ 20 220	- 838	- 4 024	+ 15 294	- 5 241	- 2 913	+ 12	- 64	- 23 324	
März p)	+ 34 066	+ 22 418	- 3 425	- 2 985	+ 19 868	- 5 235	- 1 885	+ 59 973	- 332	+ 27 792	

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.

2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -. 4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2022	2023	2024	2024			2025		
					Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	1 594 342	1 575 209	1 548 298	132 912	132 595	111 828	125 190	129 997	140 261
	Einfuhr	1 506 254	1 357 465	1 307 843	118 554	112 194	96 967	112 349	111 367	116 838
	Saldo	+ 88 088	+ 217 744	+ 240 456	+ 14 358	+ 20 401	+ 14 861	+ 12 841	+ 18 630	+ 23 423
I. Europäische Länder	Ausfuhr	1 091 862	1 072 633	1 052 886	91 808	90 505	74 635	88 022	89 097	96 265
	Einfuhr	973 845	874 238	836 085	75 404	71 621	60 276	70 396	73 438	74 034
	Saldo	+ 118 016	+ 198 396	+ 216 801	+ 16 404	+ 18 884	+ 14 358	+ 17 626	+ 15 660	+ 22 231
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	878 946	859 537	838 318	73 291	70 930	59 457	70 037	70 171	76 941
	Einfuhr	738 272	712 019	679 628	61 194	57 719	48 137	54 999	58 488	60 535
	Saldo	+ 140 674	+ 147 518	+ 158 690	+ 12 097	+ 13 211	+ 11 319	+ 15 038	+ 11 684	+ 16 405
Euroraum (20)	Ausfuhr	617 386	603 547	583 537	50 600	49 076	41 874	48 843	48 739	53 632
	Einfuhr	507 264	474 607	449 413	40 177	37 299	32 048	36 224	38 792	39 717
	Saldo	+ 110 121	+ 128 940	+ 134 124	+ 10 423	+ 11 777	+ 9 825	+ 12 619	+ 9 948	+ 13 915
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	70 927	67 497	64 831	5 499	5 371	4 765	5 614	5 234	5 963
	Einfuhr	67 200	56 141	51 174	4 944	4 136	3 565	4 040	4 069	4 416
	Saldo	+ 3 726	+ 11 356	+ 13 657	+ 555	+ 1 234	+ 1 200	+ 1 574	+ 1 164	+ 1 547
Frankreich	Ausfuhr	118 225	119 825	115 355	9 934	9 499	7 966	9 299	9 639	10 190
	Einfuhr	69 980	69 872	66 988	6 131	5 771	4 862	5 063	5 356	5 902
	Saldo	+ 48 244	+ 49 953	+ 48 367	+ 3 803	+ 3 728	+ 3 104	+ 4 236	+ 4 283	+ 4 288
Italien	Ausfuhr	89 149	85 403	80 166	7 084	6 761	5 497	6 716	6 880	7 592
	Einfuhr	73 271	71 323	67 290	6 013	5 597	5 018	5 237	6 807	6 092
	Saldo	+ 15 878	+ 14 080	+ 12 877	+ 1 071	+ 1 164	+ 479	+ 1 479	+ 73	+ 1 499
Niederlande	Ausfuhr	112 496	111 835	109 377	9 219	9 134	8 483	9 191	9 038	9 875
	Einfuhr	115 117	102 911	93 723	7 659	7 573	6 930	8 100	8 123	8 424
	Saldo	- 2 621	+ 8 924	+ 15 653	+ 1 560	+ 1 561	+ 1 553	+ 1 091	+ 914	+ 1 451
Österreich	Ausfuhr	90 280	80 355	76 193	6 693	6 593	5 358	6 309	6 327	6 904
	Einfuhr	58 161	53 744	50 955	4 610	4 304	3 589	4 086	4 237	4 553
	Saldo	+ 32 119	+ 26 610	+ 25 239	+ 2 083	+ 2 288	+ 1 769	+ 2 223	+ 2 090	+ 2 352
Spanien	Ausfuhr	49 973	54 037	53 596	4 742	4 548	3 772	4 630	4 609	5 249
	Einfuhr	37 636	38 636	38 001	3 231	3 306	2 842	3 109	3 321	3 661
	Saldo	+ 12 337	+ 15 401	+ 15 595	+ 1 511	+ 1 243	+ 930	+ 1 521	+ 1 288	+ 1 588
Andere EU-Länder	Ausfuhr	261 561	255 990	254 781	22 691	21 854	17 583	21 195	21 432	23 308
	Einfuhr	231 008	237 412	230 215	21 018	20 420	16 089	18 775	19 696	20 818
	Saldo	+ 30 553	+ 18 578	+ 24 566	+ 1 674	+ 1 434	+ 1 494	+ 2 419	+ 1 736	+ 2 490
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	212 915	213 096	214 568	18 516	19 575	15 178	17 985	18 926	19 325
	Einfuhr	235 573	162 219	156 457	14 210	13 902	12 139	15 398	14 950	13 499
	Saldo	- 22 658	+ 50 878	+ 58 111	+ 4 307	+ 5 673	+ 3 039	+ 2 587	+ 3 976	+ 5 826
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	70 611	66 780	68 015	5 658	6 043	5 016	6 048	6 480	6 457
	Einfuhr	55 734	51 757	52 575	4 778	4 787	3 950	4 806	5 094	4 731
	Saldo	+ 14 877	+ 15 022	+ 15 440	+ 879	+ 1 256	+ 1 066	+ 1 242	+ 1 385	+ 1 725
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	73 767	78 427	80 299	7 064	7 514	5 260	6 630	6 618	6 855
	Einfuhr	40 452	36 770	36 143	3 138	3 196	2 634	3 640	3 504	3 427
	Saldo	+ 33 315	+ 41 657	+ 44 156	+ 3 925	+ 4 318	+ 2 625	+ 2 990	+ 3 114	+ 3 428
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	497 428	497 748	490 548	40 657	41 698	36 839	36 822	40 519	43 613
	Einfuhr	531 456	482 269	470 529	43 061	40 483	36 573	41 805	37 740	42 576
	Saldo	- 34 028	+ 15 480	+ 20 019	- 2 404	+ 1 215	+ 266	- 4 983	+ 2 779	+ 1 036
1. Afrika	Ausfuhr	26 462	28 742	26 317	2 199	2 232	2 112	2 343	2 291	2 428
	Einfuhr	34 242	32 477	32 121	2 308	2 669	2 790	2 946	2 424	2 902
	Saldo	- 7 781	- 3 735	- 5 804	- 109	- 436	- 678	- 603	- 133	- 474
2. Amerika	Ausfuhr	210 652	216 538	219 071	18 165	18 568	15 807	16 331	18 395	20 088
	Einfuhr	132 019	130 487	129 179	11 195	10 606	10 065	11 529	10 341	11 562
	Saldo	+ 78 632	+ 86 051	+ 89 892	+ 6 970	+ 7 962	+ 5 742	+ 4 802	+ 8 054	+ 8 526
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	156 208	157 930	161 386	13 368	14 345	11 479	11 978	13 979	15 262
	Einfuhr	93 346	94 634	91 570	7 823	7 363	6 773	7 991	7 072	8 444
	Saldo	+ 62 863	+ 63 296	+ 69 816	+ 5 545	+ 6 981	+ 4 705	+ 3 987	+ 6 906	+ 6 819
3. Asien	Ausfuhr	246 289	238 709	232 127	19 279	19 817	17 977	17 274	18 865	20 115
	Einfuhr	357 680	313 055	303 459	29 044	26 768	23 259	26 775	24 493	27 548
	Saldo	- 111 390	- 74 346	- 71 333	- 9 765	- 6 951	- 5 282	- 9 501	- 5 627	- 7 433
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	29 648	32 039	33 888	3 031	3 142	3 019	2 775	2 901	3 001
	Einfuhr	13 308	16 057	11 459	903	1 026	858	732	769	949
	Saldo	+ 16 341	+ 15 983	+ 22 429	+ 2 128	+ 2 116	+ 2 161	+ 2 043	+ 2 132	+ 2 053
Japan	Ausfuhr	20 511	20 238	21 556	1 864	2 525	1 445	1 781	2 482	1 760
	Einfuhr	25 420	25 568	22 617	1 971	1 920	1 736	1 789	1 829	1 923
	Saldo	- 4 909	- 5 330	- 1 062	- 106	+ 605	- 291	- 8	+ 653	- 163
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	106 762	97 346	89 935	7 141	6 672	6 048	6 221	6 495	7 822
	Einfuhr	192 855	156 831	156 184	15 241	14 223	12 110	14 057	12 700	13 915
	Saldo	- 86 093	- 59 484	- 66 250	- 8 100	- 7 551	- 6 062	- 7 837	- 6 205	- 6 092
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens ³⁾	Ausfuhr	63 344	60 971	58 596	4 825	4 808	4 562	4 516	4 731	4 943
	Einfuhr	70 936	66 716	61 899	5 915	5 110	4 817	5 313	4 782	5 874
	Saldo	- 7 592	- 5 745	- 3 303	- 1 089	- 302	- 255	- 797	- 50	- 930
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	14 024	13 759	13 033	1 015	1 080	943	874	968	982
	Einfuhr	7 514	6 249	5 770	515	440	459	554	483	565
	Saldo	+ 6 510	+ 7 510	+ 7 263	+ 500	+ 640	+ 484	+ 320	+ 485	+ 417

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. Euroraum einschl. Kroatien. ¹ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. ² Ohne Hongkong. ³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:						Regierungsleistungen 2)	Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transportleistungen	Reiseverkehr 1)	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen				
2020	+ 6 633	- 5 392	- 14 678	+ 9 696	+ 18 149	- 7 941	- 4 483	+ 2 919	+ 5 434	+ 83 611	- 1 984
2021	+ 3 833	- 5 966	- 24 323	+ 8 648	+ 32 149	- 9 354	- 9 557	+ 3 295	+ 5 294	+ 120 632	- 3 065
2022	- 32 035	- 10 481	- 54 946	+ 9 115	+ 29 937	- 11 073	- 9 429	+ 3 865	+ 5 502	+ 119 168	- 5 390
2023	- 63 437	- 10 495	- 71 774	+ 9 412	+ 21 684	- 10 961	- 15 676	+ 3 402	+ 6 153	+ 134 966	- 4 332
2024	- 74 023	- 10 849	- 74 060	+ 11 129	+ 17 826	- 10 529	- 21 125	+ 3 493	+ 6 103	+ 143 535	- 642
2023 3.Vj.	- 24 379	- 2 562	- 25 304	+ 2 699	+ 5 066	- 3 521	- 4 388	+ 814	+ 1 096	+ 41 389	- 1 312
4.Vj.	- 12 145	- 3 022	- 17 021	+ 2 245	+ 6 003	- 885	- 2 769	+ 668	+ 1 846	+ 43 367	+ 2 416
2024 1.Vj.	- 9 646	- 1 925	- 11 040	+ 2 890	+ 4 919	- 3 548	- 4 354	+ 976	+ 1 829	+ 38 712	- 834
2.Vj.	- 19 506	- 2 083	- 19 410	+ 2 890	+ 4 678	- 2 275	- 6 213	+ 748	+ 1 355	+ 22 999	- 1 139
3.Vj.	- 26 960	- 2 628	- 25 954	+ 2 623	+ 4 338	- 3 244	- 5 196	+ 868	+ 1 105	+ 40 422	- 1 420
4.Vj.	- 17 910	- 4 213	- 17 656	+ 2 726	+ 3 891	- 1 462	- 5 362	+ 901	+ 1 814	+ 41 401	+ 2 751
2025 1.Vj. p)	- 13 050	- 3 164	- 11 813	+ 2 794	+ 5 315	- 3 420	- 5 982	+ 922	+ 1 871	+ 47 533	- 1 354
2024 Mai	- 7 251	- 910	- 6 301	+ 1 103	+ 1 088	- 1 051	- 2 048	+ 128	+ 452	+ 1 804	- 383
Juni	- 5 951	- 701	- 6 763	+ 818	+ 1 293	+ 579	- 2 171	+ 298	+ 452	+ 10 751	- 360
Juli	- 9 487	- 686	- 7 360	+ 1 010	+ 1 216	- 2 075	- 2 392	+ 278	+ 368	+ 12 761	- 440
Aug.	- 10 347	- 810	- 9 756	+ 705	+ 802	- 853	- 1 507	+ 291	+ 368	+ 14 123	- 485
Sept.	- 7 126	- 1 131	- 8 838	+ 909	+ 2 320	- 315	- 1 298	+ 298	+ 369	+ 13 538	- 495
Okt.	- 11 069	- 1 371	- 10 914	+ 983	+ 2 319	- 1 509	- 1 729	+ 329	+ 546	+ 13 344	- 537
Nov.	- 6 311	- 1 380	- 4 692	+ 888	+ 1 210	- 1 038	- 2 523	+ 458	+ 543	+ 12 959	- 468
Dez.	- 530	- 1 462	- 2 050	+ 854	+ 362	+ 1 085	- 1 110	+ 114	+ 725	+ 15 099	+ 3 756
2025 Jan.	- 6 042	- 1 009	- 3 863	+ 853	+ 1 894	- 1 702	- 2 940	+ 316	+ 623	+ 12 742	- 477
Febr. r)	- 4 024	- 1 163	- 3 278	+ 897	+ 1 076	- 1 487	- 1 241	+ 307	+ 623	+ 15 101	- 430
März p)	- 2 985	- 993	- 4 671	+ 1 044	+ 2 346	- 231	- 1 801	+ 299	+ 626	+ 19 690	- 447

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen

ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen								Vermögensänderungsbilanz		
	Insgesamt	Staat		Alle Sektoren ohne Staat 2)				Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen	
		Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:					
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.		Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen				
2020	– 53 406	– 35 008	– 11 620	+ 10 959	– 18 398	– 5 920	– 5 908	– 10 520	– 3 547	– 6 973	
2021	– 59 947	– 37 264	– 8 935	+ 11 840	– 22 683	– 6 178	– 6 170	– 3 480	– 582	– 2 899	
2022	– 68 441	– 40 473	– 15 081	+ 14 036	– 27 968	– 8 029	– 7 149	– 20 743	– 16 009	– 4 733	
2023	– 67 671	– 36 704	– 14 101	+ 14 605	– 30 967	– 7 420	– 6 805	– 26 771	– 19 265	– 7 507	
2024	– 63 813	– 35 727	– 15 282	+ 14 881	– 28 087	– 8 345	– 7 734	– 20 375	– 15 793	– 4 582	
2023 3.Vj.	– 15 846	– 9 979	– 2 959	+ 2 037	– 5 867	– 1 844	– 1 691	– 3 887	– 2 265	– 1 622	
4.Vj.	– 25 110	– 13 029	– 6 062	+ 2 172	– 12 081	– 1 847	– 1 691	– 4 981	– 3 393	– 1 588	
2024 1.Vj.	– 16 123	– 9 292	– 3 595	+ 2 787	– 6 831	– 2 085	– 1 933	– 7 908	– 6 173	– 1 735	
2.Vj.	– 10 320	– 3 149	– 2 486	+ 7 705	– 7 171	– 2 086	– 1 933	– 1 471	– 2 124	+ 653	
3.Vj.	– 15 467	– 9 192	– 2 555	+ 2 114	– 6 275	– 2 087	– 1 933	– 4 093	– 3 003	– 1 090	
4.Vj.	– 21 904	– 14 094	– 6 646	+ 2 276	– 7 810	– 2 087	– 1 933	– 6 903	– 4 493	– 2 409	
2025 1.Vj. p)	– 16 051	– 8 612	– 1 941	+ 3 358	– 7 439	– 2 035	– 2 028	– 6 280	– 4 837	– 1 443	
2024 Mai	– 1 509	+ 712	– 629	+ 4 189	– 2 222	– 693	– 644	– 1 674	– 1 607	– 67	
Juni	– 5 079	– 2 367	– 1 311	+ 1 859	– 2 712	– 697	– 644	+ 2 285	+ 2 445	– 160	
Juli	– 5 817	– 3 587	– 1 144	+ 403	– 2 230	– 695	– 644	– 2 499	– 1 886	– 612	
Aug.	– 5 152	– 3 223	– 596	+ 520	– 1 929	– 695	– 644	+ 601	+ 790	– 189	
Sept.	– 4 498	– 2 381	– 815	+ 1 191	– 2 116	– 696	– 644	– 2 196	– 1 907	– 289	
Okt.	– 6 032	– 3 621	– 1 291	+ 510	– 2 411	– 693	– 641	– 2 724	– 2 231	– 493	
Nov.	– 7 278	– 4 892	– 2 194	+ 458	– 2 386	– 692	– 641	– 1 552	– 564	– 988	
Dez.	– 8 594	– 5 582	– 3 161	+ 1 307	– 3 013	– 702	– 652	– 2 626	– 1 699	– 928	
2025 Jan.	– 5 575	– 3 380	– 698	+ 756	– 2 195	– 679	– 676	– 1 482	– 370	– 1 112	
Febr. r)	– 5 241	– 3 037	– 685	+ 1 277	– 2 204	– 678	– 676	– 2 913	– 2 552	– 361	
März p)	– 5 235	– 2 196	– 558	+ 1 325	– 3 039	– 678	– 676	– 1 885	– 1 915	+ 30	

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2022	2023	2024	2024		2025			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)	Januar	Februar r)	März p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 274	+ 289 509	+ 481 386	+ 209 573	+ 14 340	+ 327 795	+ 185 044	+ 89 589	+ 53 162
1. Direktinvestitionen	+ 142 394	+ 95 801	+ 73 750	+ 26 298	+ 409	+ 36 243	+ 13 867	+ 5 415	+ 16 961
Beteiligungskapital	+ 77 311	+ 41 499	+ 60 401	+ 17 493	+ 6 226	+ 22 238	+ 7 007	+ 10 174	+ 5 057
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 42 816	+ 26 890	+ 46 610	+ 11 222	+ 6 051	+ 19 330	+ 2 648	+ 9 058	+ 7 623
Direktinvestitionskredite	+ 65 083	+ 54 301	+ 13 349	+ 8 804	- 5 817	+ 14 004	+ 6 859	- 4 759	+ 11 905
2. Wertpapieranlagen	+ 11 568	+ 154 690	+ 219 810	+ 69 959	+ 37 636	+ 112 091	+ 49 879	+ 41 239	+ 20 973
Aktien 2)	- 15 196	- 4 848	+ 4 784	+ 6 863	- 5 852	+ 7 349	+ 6 099	+ 6 995	- 5 744
Investmentfondsanteile 3)	+ 32 299	+ 29 530	+ 112 082	+ 23 847	+ 41 939	+ 41 400	+ 20 120	+ 14 468	+ 6 812
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 16 257	+ 6 516	+ 11 825	+ 5 758	- 913	+ 1 455	- 1 847	+ 1 246	+ 2 056
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	- 21 791	+ 123 492	+ 91 119	+ 33 490	+ 2 462	+ 61 887	+ 25 507	+ 18 530	+ 17 849
3. Finanzderivate und									
Mitarbeiteroptionen 6)	+ 44 584	+ 35 751	+ 42 040	+ 17 738	+ 6 191	+ 14 207	+ 4 029	+ 2 094	+ 8 084
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 98 301	+ 2 383	+ 147 226	+ 96 468	- 28 222	+ 164 458	+ 116 078	+ 40 905	+ 7 475
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 59 454	+ 42 146	+ 163 081	+ 79 599	- 20 361	+ 120 556	+ 34 051	+ 40 984	+ 45 521
kurzfristig	+ 34 961	+ 16 508	+ 141 448	+ 67 360	- 23 503	+ 107 074	+ 27 232	+ 38 712	+ 41 130
langfristig	+ 24 455	+ 25 571	+ 21 591	+ 12 226	+ 3 098	+ 13 479	+ 6 818	+ 2 277	+ 4 384
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 49 731	+ 124 975	+ 48 173	+ 34 389	+ 21 374	+ 23 699	+ 61 348	- 14 805	- 22 844
kurzfristig	+ 25 101	+ 106 012	+ 27 833	+ 30 571	+ 16 074	+ 20 656	+ 58 864	- 15 458	- 22 750
langfristig	- 7 699	+ 1 770	- 10 220	- 2 958	- 3 611	- 1 441	+ 483	- 300	- 1 624
Staat	- 25 051	+ 7 601	- 9 215	+ 850	- 4 342	+ 379	- 259	+ 2 768	- 2 130
kurzfristig	- 23 462	+ 1 732	- 5 574	+ 1 666	- 4 215	+ 864	- 320	+ 3 139	- 1 955
langfristig	- 1 587	+ 5 854	- 3 701	- 816	- 188	- 485	+ 61	- 370	- 175
Bundesbank	+ 14 167	- 172 339	- 54 813	- 18 371	- 24 893	+ 19 824	+ 20 939	+ 11 957	- 13 072
5. Währungsreserven	+ 4 426	+ 884	- 1 440	- 890	- 1 674	+ 796	+ 1 192	- 64	- 332
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 150 553	+ 94 072	+ 241 993	+ 121 563	- 61 086	+ 254 419	+ 171 654	+ 89 577	- 6 812
1. Direktinvestitionen	+ 81 451	+ 71 645	+ 43 438	+ 24 359	- 19 994	+ 27 825	+ 18 328	+ 5 272	+ 4 225
Beteiligungskapital	+ 41 127	+ 39 664	+ 38 938	+ 10 370	+ 9 496	+ 8 337	+ 3 563	+ 3 258	+ 1 516
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 20 572	+ 3 605	+ 8 390	+ 2 313	+ 3 349	+ 7 465	+ 2 744	+ 2 954	+ 1 767
Direktinvestitionskredite	+ 40 324	+ 31 980	+ 4 500	+ 13 989	- 29 489	+ 19 488	+ 14 765	+ 2 014	+ 2 709
2. Wertpapieranlagen	- 2 251	+ 152 519	+ 188 399	+ 51 105	+ 36 549	+ 75 875	+ 35 940	+ 13 603	+ 26 333
Aktien 2)	- 5 717	- 13 172	- 5 628	+ 1 204	- 1 337	+ 5 732	+ 854	+ 3 810	+ 1 069
Investmentfondsanteile 3)	- 3 281	- 2 220	- 1 598	+ 98	- 2 077	+ 5 915	+ 201	+ 3 557	+ 2 156
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	- 33 835	+ 8 689	- 14 682	+ 6 852	+ 10 828	+ 7 577	- 6 763	+ 1 564	+ 12 776
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 40 581	+ 159 222	+ 210 306	+ 42 951	+ 29 135	+ 56 651	+ 41 648	+ 4 672	+ 10 331
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 71 354	- 130 092	+ 10 156	+ 46 099	- 77 641	+ 150 719	+ 117 386	+ 70 702	- 37 369
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 153 090	- 55 218	+ 55 688	+ 6 158	- 87 373	+ 198 108	+ 119 050	+ 50 640	+ 28 418
kurzfristig	+ 160 861	- 88 243	+ 23 059	- 9 431	- 101 021	+ 193 254	+ 123 021	+ 45 044	+ 25 189
langfristig	- 7 773	+ 33 019	+ 32 636	+ 15 588	+ 13 649	+ 4 853	- 3 971	+ 5 596	+ 3 228
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 14 648	+ 64 406	+ 14 492	+ 30 258	- 32 481	+ 6 320	+ 38 422	+ 18 971	- 51 072
kurzfristig	- 8 243	+ 28 982	- 9 340	+ 24 969	- 35 358	- 868	+ 35 861	+ 14 888	- 51 617
langfristig	+ 10 364	+ 21 072	+ 7 698	+ 1 579	- 1 662	+ 2 643	+ 1 047	+ 2 538	- 943
Staat	- 5 668	- 1 032	- 1 969	+ 1 702	- 4 810	+ 3 489	+ 487	+ 1 345	+ 1 658
kurzfristig	- 3 253	- 963	- 2 030	+ 1 764	- 5 531	+ 3 829	+ 869	+ 1 318	+ 1 642
langfristig	- 2 413	+ 123	+ 69	- 61	+ 728	- 339	- 381	+ 27	+ 16
Bundesbank	- 90 717	- 138 249	- 58 055	+ 7 981	+ 47 023	- 57 198	- 40 573	- 253	- 16 372
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)	+ 150 721	+ 195 438	+ 239 393	+ 88 010	+ 75 426	+ 73 375	+ 13 390	+ 12	+ 59 973

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionskredite). 2 Einschl. Genußscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Auslandsaktiva									Auslands- passiva 3) 4)	Netto- Auslands- position 5)
	Insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen		Wertpapier- anlagen 2)		
		Insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Sonder- ziehungs- rechte	Reserve- position im IWF	Bargeld, Ein- lagen und Wertpapier- anlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungs- konten innerhalb des ESZB 1)			
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2022 Nov. Dez.	1 577 175 1 617 056	277 458 276 488	183 052 184 036	49 168 48 567	9 315 9 480	35 923 34 404	1 248 088 1 290 317	1 233 980 1 269 076	51 629 50 251	810 314 919 441	766 861 697 614
2023 Jan. Febr. März	1 508 507 1 455 724 1 522 539	281 692 276 016 288 131	190 062 183 755 196 405	48 256 48 582 48 039	9 437 9 480 9 373	33 938 34 199 34 314	1 176 042 1 130 353 1 184 604	1 162 354 1 114 888 1 170 620	50 772 49 356 49 804	793 716 743 006 791 478	714 791 712 718 731 061
April Mai Juni	1 431 180 1 435 049 1 416 292	285 667 290 368 280 820	194 679 197 915 188 991	47 642 48 658 48 618	9 297 9 379 9 292	34 049 34 416 33 919	1 096 324 1 095 750 1 087 034	1 081 284 1 081 900 1 068 747	49 189 48 931 48 438	726 986 701 467 718 324	704 194 733 582 697 969
Juli Aug. Sept.	1 399 374 1 406 665 1 393 337	282 438 284 364 282 490	191 458 192 914 190 232	48 368 48 979 49 647	9 184 9 218 9 278	33 429 33 253 33 333	1 068 875 1 074 575 1 064 193	1 052 218 1 056 420 1 048 059	48 061 47 725 46 654	689 447 687 342 713 662	709 927 719 322 679 675
Okt. Nov. Dez.	1 415 403 1 414 241 1 455 788	295 288 292 718 292 259	202 630 201 195 201 335	49 531 48 939 48 766	9 256 8 958 8 782	33 871 33 627 33 376	1 074 627 1 076 415 1 117 978	1 058 985 1 060 074 1 093 371	45 488 45 107 45 550	688 966 691 309 779 844	726 437 722 932 675 943
2024 Jan. Febr. März	1 397 172 1 431 638 1 436 723	294 012 295 014 312 728	202 641 202 181 220 571	49 412 49 313 49 281	8 921 8 777 8 563	33 428 34 744 34 314	1 058 508 1 093 262 1 083 242	1 041 902 1 075 510 1 065 759	44 261 43 361 40 754	669 890 679 579 666 365	727 281 752 058 770 359
April Mai Juni	1 428 136 1 441 362 1 474 113	324 404 324 156 328 214	232 438 232 717 234 891	49 368 49 501 49 858	8 591 8 399 8 355	34 007 33 538 35 109	1 063 804 1 077 447 1 106 429	1 047 932 1 061 110 1 090 444	39 928 39 758 39 470	653 953 663 179 667 250	774 183 778 183 806 863
Juli Aug. Sept.	1 435 795 1 465 316 1 472 197	332 651 335 474 345 338	240 587 244 992 254 267	49 622 49 207 49 081	8 401 8 318 8 395	34 041 32 957 33 595	1 064 405 1 090 965 1 088 058	1 048 438 1 075 239 1 073 512	38 739 38 877 38 802	655 396 673 181 674 582	780 399 792 134 797 615
Okt. Nov. Dez.	1 483 529 1 486 323 1 464 391	364 864 366 023 363 705	274 165 271 468 270 580	49 292 50 617 50 888	8 339 8 221 8 267	33 068 35 717 33 970	1 080 082 1 082 106 1 063 165	1 064 456 1 066 511 1 046 318	38 583 38 197 37 521	673 967 670 005 723 234	809 562 816 318 741 157
2025 Jan. Febr. März	1 506 156 1 522 873 1 521 470	385 150 390 627 402 671	290 776 295 956 310 903	50 660 50 869 49 085	8 448 8 328 8 044	35 265 35 475 34 639	1 084 104 1 096 061 1 082 989	1 068 023 1 080 833 1 069 172	36 902 36 185 35 810	682 654 682 507 665 048	823 501 840 367 856 422
April	1 523 635	399 435	310 207	47 647	8 540	33 041	1 090 090	1 075 272	34 110	670 200	853 435

* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

ung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	insgesamt	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2021	1 173 863	256 664	917 199	625 190	292 009	263 878	28 130	1 598 311	217 032	1 381 278	1 123 522	257 756	160 958	96 798
2022	1 249 914	250 819	999 094	677 867	321 227	291 702	29 525	1 647 261	178 781	1 468 480	1 175 223	293 257	192 732	100 525
2023	1 391 900	356 561	1 035 339	720 782	314 556	282 180	32 376	1 713 800	218 976	1 494 824	1 206 406	288 418	181 624	106 794
2024	1 429 321	341 379	1 087 942	781 336	306 606	271 655	34 950	1 723 245	244 614	1 478 632	1 186 440	292 192	177 631	114 561
2024 Okt.	1 451 999	373 368	1 078 632	768 979	309 652	275 309	34 343	1 789 965	279 274	1 510 691	1 224 621	286 070	172 392	113 678
Nov.	1 457 326	370 816	1 086 511	776 708	309 803	274 759	35 044	1 768 157	255 379	1 512 778	1 226 123	286 656	172 789	113 867
Dez.	1 429 321	341 379	1 087 942	781 336	306 606	271 655	34 950	1 723 245	244 614	1 478 632	1 186 440	292 192	177 631	114 561
2025 Jan.	1 495 633	408 716	1 086 918	786 266	300 651	265 943	34 708	1 782 255	280 585	1 501 671	1 217 307	284 364	168 696	115 668
Febr. ^{*)}	1 481 143	382 290	1 098 852	793 045	305 808	270 964	34 844	1 807 069	289 520	1 517 548	1 230 623	286 926	170 086	116 839
März ^{*)}	1 459 190	352 386	1 106 804	787 294	319 510	284 398	35 113	1 749 598	238 657	1 510 941	1 213 917	297 025	180 376	116 649
EU-Länder (27 ohne GB)														
2021	664 781	193 308	471 473	362 948	108 525	95 715	12 810	1 000 796	153 000	847 796	743 381	104 415	74 871	29 543
2022	715 319	190 825	524 494	400 165	124 329	110 892	13 436	1 020 635	128 411	892 225	777 106	115 118	84 134	30 985
2023	847 302	285 362	561 940	441 542	120 398	105 965	14 433	1 059 887	143 175	916 713	800 125	116 587	83 803	32 785
2024	836 409	275 135	561 275	440 892	120 382	104 694	15 688	1 078 474	176 005	902 469	785 791	116 678	81 252	35 427
2024 Okt.	861 785	299 235	562 550	440 295	122 255	106 704	15 551	1 108 893	181 958	926 935	808 492	118 443	82 774	35 669
Nov.	856 247	290 165	566 083	440 929	125 154	109 368	15 785	1 102 602	174 678	927 924	808 824	119 099	83 871	35 228
Dez.	836 409	275 135	561 275	440 892	120 382	104 694	15 688	1 078 474	176 005	902 469	785 791	116 678	81 252	35 427
2025 Jan.	900 476	337 642	562 834	444 439	118 395	102 727	15 668	1 116 431	196 100	920 331	804 715	115 616	79 587	36 030
Febr. ^{*)}	881 365	314 939	566 427	443 130	123 297	107 701	15 595	1 116 308	195 920	920 388	800 798	119 590	82 928	36 662
März ^{*)}	861 471	288 892	572 579	444 056	128 522	112 833	15 690	1 090 067	173 845	916 222	792 669	123 553	87 044	36 508
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2021	509 081	63 356	445 726	262 242	183 484	168 164	15 320	597 515	64 032	533 482	380 141	153 341	86 087	67 254
2022	534 595	59 995	474 600	277 702	196 898	180 809	16 089	626 626	50 370	576 256	398 117	178 139	108 598	69 540
2023	544 598	71 199	473 399	279 240	194 159	176 216	17 943	653 912	75 801	578 111	406 281	171 831	97 822	74 009
2024	592 911	66 244	526 667	340 444	186 224	166 961	19 263	644 772	68 609	576 162	400 649	175 513	96 379	79 134
2024 Okt.	590 214	74 133	516 081	328 685	187 397	168 605	18 792	681 073	97 317	583 756	416 129	167 627	89 617	78 010
Nov.	601 079	80 651	520 428	335 779	184 650	165 390	19 259	665 555	80 701	584 854	417 298	167 556	88 918	78 638
Dez.	592 911	66 244	526 667	340 444	186 224	166 961	19 263	644 772	68 609	576 162	400 649	175 513	96 379	79 134
2025 Jan.	595 157	71 074	524 083	341 827	182 256	163 216	19 040	665 825	84 485	581 339	412 592	168 748	89 109	79 638
Febr. ^{*)}	599 777	67 352	532 426	349 915	182 511	163 263	19 248	690 761	93 600	597 161	429 825	167 336	87 159	80 178
März ^{*)}	597 719	63 494	534 225	343 237	190 988	171 565	19 423	659 532	64 812	594 719	421 247	173 472	93 331	80 141
Euroraum (20)														
2021	558 322	171 246	387 076	301 672	85 403	73 756	11 648	915 484	131 168	784 316	702 011	82 306	58 889	23 416
2022	608 500	171 729	436 771	340 636	96 135	84 051	12 084	926 974	106 598	820 376	731 485	88 891	64 748	24 143
2023	743 472	267 370	476 102	382 981	93 121	80 105	13 016	961 323	122 072	839 251	749 573	89 678	65 199	24 479
2024	728 709	255 679	473 031	379 711	93 319	79 827	13 493	968 460	148 244	820 215	731 845	88 370	63 527	24 843
2024 Okt.	754 929	282 580	472 349	378 629	93 720	80 184	13 536	995 326	151 394	843 932	755 686	88 246	63 221	25 025
Nov.	749 588	272 635	476 953	380 874	96 079	82 340	13 739	991 138	147 515	843 622	755 443	88 179	63 484	24 696
Dez.	728 709	255 679	473 031	379 711	93 319	79 827	13 493	968 460	148 244	820 215	731 845	88 370	63 527	24 843
2025 Jan.	798 975	321 847	477 128	385 265	91 863	78 366	13 497	1 005 045	168 549	836 497	750 351	86 145	61 001	25 144
Febr. ^{*)}	779 861	300 189	479 672	384 885	94 787	81 361	13 426	1 000 813	166 680	834 133	746 419	87 714	62 238	25 476
März ^{*)}	757 154	272 145	485 009	386 243	98 766	85 293	13 474	973 446	145 602	827 844	737 438	90 406	65 320	25 086
Extra-Euroraum (20)														
2021	615 541	85 418	530 123	323 518	206 605	190 123	16 483	682 827	85 864	596 962	421 512	175 450	102 069	73 381
2022	641 414	.	.	.	225 092	207 651	17 441	720 287	.	.	.	204 366	127 984	76 382
2023	648 428	.	.	.	221 436	202 075	19 361	752 476	.	.	.	198 740	116 425	82 314
2024	700 611	.	.	.	213 286	191 828	21 458	754 786	.	.	.	203 821	114 104	89 718
2024 Okt.	697 070	.	.	.	215 932	195 124	20 807	794 639	.	.	.	197 824	109 171	88 653
Nov.	707 739	.	.	.	213 724	192 419	21 305	777 019	.	.	.	198 476	109 306	89 171
Dez.	700 611	.	.	.	213 286	191 828	21 458	754 786	.	.	.	203 821	114 104	89 718
2025 Jan.	696 659	.	.	.	208 788	187 577	21 211	777 210	.	.	.	198 219	107 695	90 524
Febr. ^{*)}	701 282	.	.	.	211 021	189 603	21 417	806 256	.	.	.	199 212	107 849	91 363
März ^{*)}	702 036	.	.	.	220 744	199 105	21 639	776 152	.	.	.	206 619	115 056	91 563

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2023	1,6288	7,6600	7,4509	151,99	1,4595	11,4248	11,4788	0,9718	1,0813	0,86979
2024	1,6397	7,7875	7,4589	163,85	1,4821	11,6290	11,4325	0,9526	1,0824	0,84662
2023 Dez.	1,6321	7,7870	7,4556	157,21	1,4653	11,5333	11,2028	0,9441	1,0903	0,86168
2024 Jan.	1,6422	7,8201	7,4572	159,46	1,4631	11,3501	11,2834	0,9368	1,0905	0,85873
Febr.	1,6533	7,7651	7,4550	161,38	1,4564	11,3843	11,2500	0,9462	1,0795	0,85466
März	1,6586	7,8297	7,4566	162,77	1,4726	11,5214	11,3054	0,9656	1,0872	0,85524
April	1,6469	7,7658	7,4596	165,03	1,4661	11,6828	11,5910	0,9761	1,0728	0,85658
Mai	1,6317	7,8206	7,4606	168,54	1,4780	11,5988	11,6186	0,9830	1,0812	0,85564
Juni	1,6206	7,8051	7,4592	169,81	1,4750	11,4178	11,2851	0,9616	1,0759	0,84643
Juli	1,6257	7,8750	7,4606	171,17	1,4868	11,7160	11,5324	0,9676	1,0844	0,84332
Aug.	1,6559	7,8736	7,4614	161,06	1,5049	11,7895	11,4557	0,9450	1,1012	0,85150
Sept.	1,6398	7,8611	7,4600	159,08	1,5037	11,7852	11,3577	0,9414	1,1106	0,84021
Okt.	1,6250	7,7276	7,4593	163,20	1,4993	11,7907	11,4048	0,9386	1,0904	0,83496
Nov.	1,6267	7,6617	7,4583	163,23	1,4855	11,7408	11,5828	0,9355	1,0630	0,83379
Dez.	1,6529	7,6298	7,4589	161,08	1,4915	11,7447	11,5040	0,9339	1,0479	0,82804
2025 Jan.	1,6626	7,5560	7,4609	161,92	1,4904	11,7456	11,4797	0,9414	1,0354	0,83908
Febr.	1,6528	7,5749	7,4592	158,09	1,4893	11,6574	11,2474	0,9413	1,0413	0,83071
März	1,7158	7,8353	7,4597	161,17	1,5518	11,5472	10,9675	0,9548	1,0807	0,83703
April	1,7844	8,1850	7,4648	161,67	1,5701	11,8380	10,9744	0,9370	1,1214	0,85379

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2001 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
2007 1. Januar	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft							
	Erweiterten EWK-Länderkreises 1)				Weiten EWK-Länderkreises 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	27 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	27 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)	
							insgesamt	davon:						
								Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder					
1999	96,2	96,2	95,8	96,1	96,5	96,0	97,9	99,6	95,7	97,6	98,3	98,1	97,8	
2000	87,0	86,8	85,9	85,5	88,0	86,1	92,0	97,5	85,5	91,2	93,1	92,3	91,2	
2001	87,4	87,1	86,7	84,5	90,1	86,9	91,9	96,8	86,2	90,6	93,0	91,7	91,1	
2002	89,7	90,3	89,9	88,2	94,4	90,6	92,7	96,1	88,7	91,4	93,5	92,2	91,9	
2003	100,5	101,6	101,3	99,5	106,5	101,8	96,3	95,3	98,0	95,8	97,0	96,8	96,9	
2004	104,3	105,6	104,3	102,8	111,0	105,7	96,8	94,2	100,6	96,2	98,5	98,2	98,5	
2005	102,9	104,3	102,4	100,9	109,1	103,2	95,3	92,6	99,4	93,9	98,5	97,2	96,8	
2006	102,9	104,3	101,9	99,9	109,3	102,6	94,1	91,0	98,8	92,2	98,6	96,8	96,0	
2007	106,5	107,3	104,2	101,6	112,9	104,8	95,3	90,3	102,9	92,7	100,9	98,3	97,4	
2008	110,4	110,3	106,3	105,6	117,8	107,3	95,6	89,0	106,1	92,0	102,4	98,5	97,6	
2009	111,9	111,1	107,6	109,1	120,8	108,3	96,2	90,1	105,8	93,0	101,9	98,6	97,9	
2010	104,6	103,3	99,2	101,7	112,1	99,3	93,4	89,5	99,2	88,9	98,8	94,3	92,5	
2011	104,4	102,4	97,4	100,0	112,9	98,8	93,0	89,2	98,6	88,1	98,2	93,5	91,9	
2012	98,6	97,1	91,7	94,2	107,6	94,0	90,9	89,0	93,4	85,4	95,9	90,5	88,9	
2013	102,2	100,1	94,8	97,2	112,4	97,0	93,3	89,6	98,6	87,5	98,1	92,3	90,9	
2014	102,4	99,5	94,7	97,4	114,7	97,4	94,0	90,5	99,1	88,4	98,2	92,5	91,5	
2015	92,5	89,6	85,9	86,6	106,1	88,7	90,7	91,1	90,0	84,4	94,3	87,8	86,9	
2016	95,2	91,6	88,2	p)	88,1	110,1	90,7	91,6	91,6	85,7	95,0	88,8	88,1	
2017	97,5	93,6	89,4	p)	89,2	112,5	92,0	92,8	91,6	94,5	96,3	89,9	88,9	
2018	100,0	95,8	91,0	p)	91,1	117,3	95,2	94,1	91,7	97,6	87,4	97,7	90,8	
2019	98,1	93,3	89,2	p)	88,8	115,5	92,5	93,1	91,9	94,7	96,4	89,9	89,4	
2020	99,7	93,7	90,5	p)	90,1	119,2	93,9	93,3	92,2	94,8	97,2	90,1	90,1	
2021	99,6	93,7	89,1	p)	88,1	120,5	94,3	94,1	92,3	96,7	97,2	90,7	90,9	
2022	95,3	90,8	84,4	p)	83,3	116,1	90,9	92,4	91,8	93,1	85,4	95,9	89,0	
2023	98,1	94,0	88,9	p)	87,2	121,8	94,7	93,8	91,9	96,5	98,0	91,3	91,6	
2024	98,4	94,4	89,6	p)	88,4	124,1	95,0	93,9	92,2	96,4	98,0	91,6	91,9	
2022 Nov.	95,7	92,2	85,3	p)	84,0	116,6	91,9	92,4	91,7	93,2	97,0	90,6	90,3	
Dez.	96,8	92,6			118,6	92,8					96,2	89,7	89,8	
2023 Jan.	97,1	92,8			119,2	93,1					97,5	90,4	90,4	
Febr.	97,0	93,1		p)	119,3	93,4	93,2	91,5	95,6	86,4	97,7	90,5	90,6	
März	97,3	93,3	87,3	p)	119,7	93,6					98,0	90,9	91,1	
April	98,4	94,2			121,5	94,8					98,6	91,6	91,9	
Mai	98,0	93,6	88,8	p)	120,9	94,2	93,8	91,9	96,7	87,2	98,1	91,1	91,4	
Juni	98,2	93,8			121,8	94,7					98,2	91,3	91,8	
Juli	99,2	94,9			123,7	96,1					98,4	91,9	92,5	
Aug.	99,0	95,1	89,9	p)	123,7	96,1	93,7	91,8	96,6	87,8	98,3	91,9	92,4	
Sept.	98,5	94,7			123,0	95,5					98,0	91,7	92,1	
Okt.	98,0	94,0			122,5	94,9					97,7	91,3	91,7	
Nov.	98,7	94,6	89,8	p)	123,4	95,2	94,3	92,4	97,2	88,1	98,1	91,5	91,9	
Dez.	98,2	93,9			123,2	94,8					97,6	91,1	91,5	
2024 Jan.	98,4	94,4			123,6	95,2					97,8	91,4	91,8	
Febr.	98,1	94,1	89,6	p)	123,3	94,8	93,9	92,2	96,5	87,9	97,7	91,4	91,7	
März	98,8	94,8			124,2	95,5					98,1	91,7	92,1	
April	98,6	94,5			124,0	95,1					98,3	91,8	92,1	
Mai	98,9	94,8	89,7	p)	124,4	95,3	94,1	92,2	97,0	88,0	98,5	91,9	92,2	
Juni	98,5	94,5			124,0	95,0					98,1	91,8	92,0	
Juli	99,0	95,1			124,8	95,5					98,4	92,0	92,2	
Aug.	99,0	95,0	90,0	p)	125,2	95,7	94,0	92,1	96,8	88,0	98,2	91,8	92,2	
Sept.	98,8	94,8			125,2	95,5					98,2	91,8	92,2	
Okt.	98,2	94,3			124,4	94,9					98,1	91,7	92,0	
Nov.	97,5	93,6	89,1	p)	123,5	94,1	93,7	92,4	95,5	87,7	97,4	91,2	91,4	
Dez.	96,9	93,0			122,7	93,5					97,2	91,0	91,1	
2025 Jan.	96,7	p)	92,9		122,3	p)	93,2				97,0	p)	90,7	
Febr.	96,3	p)	92,6	...	121,8	p)	92,7	96,8	p)	90,5	
März	98,3	p)	94,4		124,5	p)	94,7				97,6	p)	91,7	
April	100,5	p)	96,6		127,7	p)	97,0				p)	98,3	p)	93,1

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 18 Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko,

Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikatorkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises.